

Cat. 24 b.

Bibl. cant. VS Kantonsbibl.



1010075134

NB 667/20,B



Civilgesetzbuch.



3146

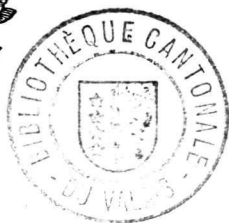
Civilgesetzbuch



des

Kantons Valais.

Officielle Original-Ausgabe.



Sitten.

Druck von David Racher.

1854

NB 667/20,1





Civilgesetzbuch

des

Kantons Valais.

Einleitungstitel.

Von der Wirkung und Anwendung der
Gesetze überhaupt.

Artikel 1. Das Gesetz verfügt nur für die Zukunft;
es hat keine rückwirkende Kraft.

2. Die Polizei- und Sicherheitsgesetze verbinden
jeden, welcher das Gebiet des Kantons bewohnt.

Die Liegenschaften, selbst die im Besitze von
Ausländern, sind dem Gesetze des Kantons unter-
worfen.

Die Gesetze in Betreff des Standes und der Rechts-
fähigkeit der Personen erstrecken sich selbst auf die
im Auslande sich aufhaltenden Walliser.

3. Im Auslande vorgenommene Akten (Rechts-
handlungen) können für gültig erklärt werden, wenn

sie dem Gesetze jenes Landes gemäß sind, in dem sie abgeschlossen wurden.

4. Gesetzen, welche die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit betreffen, darf durch Privatverträge kein Abbruch geschehen.

5. Fragen, die weder nach dem Text noch nach dem Geist des Gesetzes entschieden werden können, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu behandeln.



Erstes Buch.

Von den Personen.

Erster Titel.

Von dem Genuße und Verluste der bürgerlichen Rechte.

Erstes Kapitel.

Von dem Genuße der bürgerlichen Rechte.

6. Jeder Walliser-Bürger genießt der bürgerlichen Rechte.

7. Der Ausländer genießt nur jener bürgerlichen Rechte, welche den Wallisern im Staate, dem dieser Ausländer angehört, zugestanden sind.

Jedoch wird der Ausländer die Gegenseitigkeit niemals anrufen können, um ausgedehnterer oder anderer Rechte zu genießen als jener, die dem Walliser im Kantone zustehen; und diese Gegenseitigkeit ist auf die Fälle nicht anwendbar, über welche das Gesetz speziell anderswie verfügt hat.

8. Der Staat, die Gemeinden, die befugten Körperschaften und Gesellschaften werden als mora-

lische Personen betrachtet, welche der bürgerlichen Rechte, unter den von den Gesetzen bestimmten Beschränkungen, genießen.

9. Das ungeborne Kind genießt der bürgerlichen Rechte von dem Zeitpunkte der Empfängniß an, unter der Voraussetzung, daß es lebensfähig zur Welt kommt.

Im Zweifel, wird jenes als lebensfähig vermuthet für welches der Beweis obwaltet, daß es lebendig zur Welt gekommen ist, mit Vorbehalt dessen, was für den Nr. 3. des Art. 114 vorgesehenen Fall festgesetzt wurde.

10. Die Existenz und der Tod einer Person, so wie der Umstand, daß eine Person eine andere überlebt habe, müssen, im Falle eines Zweifels, von denjenigen, denen daran gelegen ist, bewiesen werden; mit Ausnahme dessen, was im nachfolgenden Artikel steht.

11. Sind mehrere Personen durch ein und dasselbe Ereigniß umgekommen, so muß, wenn die zusammen Umgekommenen weniger als siebenzig zurückgelegte Altersjahre hatten, im Falle eines Zweifels, vermuthet werden, der Volljährige habe den Minderjährigen; von mehreren Minderjährigen der Ältere den Jüngeren, und von mehreren Volljährigen der Jüngere den Ältern überlebt.

Wenn von den zusammen Umgekommenen die einen über siebenzig, die andern über sieben Alters-

jahre hatten, so wird vermuthet, daß letztere die ersteren überlebt haben; dagegen wird vermuthet, letztere seyen vor den ersteren gestorben, wenn sie jünger als siebenjährig waren.

Ist das Alter der Verstorbenen ungewiß, so wird vermuthet, sie seyen alle im selben Augenblicke umgekommen.

12. Jedes, einem Walliser im Auslande geborne Kind, wird als Walliser betrachtet.

13 Das ausgesetzte, von unbekannten Vater und Mutter erzeugte, auf dem Gebiete des Kantons gefundene Kind ist Walliser-Bürger.

14. Die Frau folgt dem Stande ihres Mannes.

Zweites Kapitel.

Von den Wirkungen der Einbürgerung im Auslande, und von dem Verluste der bürgerlichen Rechte.

15. Der in einem fremden Lande eingebürgerte Walliser-Bürger ist von der Ausübung seiner politischen Rechte und von dem Genusse seiner nützlichen Bürgerschafts- oder Gemeinderechte ausgeschlossen.

16. Der im Auslande eingebürgerte Walliser-Bürger, so wie seine Descendenten bis zur zweiten Zeugungsstufe einschließlicb, können ihre Rechte, durch die Zurückkunft in den Kanton mit dem Vorhaben, da ihren Wohnsitz aufzuschlagen, wieder erwerben.

17. Die Kinder eines im Auslande eingebürger-
ten Walliser-Bürgers, behalten die Ausübung der
im Art. 15 erwähnten Rechte, so lange sie im Wal-
lis wohnhaft sind.

18. Der Verlust der bürgerlichen Rechte oder des
Genusses derselben kann auch durch Verurtheilungen
erfolgen, aber bloß auf die Weise und in den Fällen,
wie solche das Straf-Gesetzbuch bestimmt.

19. Der zur Todesstrafe Verurtheilte ist folgen-
der Rechte verlustig :

Er verliert den Besitz und Genuß aller seiner Gü-
ter, und kann auf keine Art darüber verfügen ;

Er kann nicht erbfolgen ;

Er kann weder durch Schenkung zwischen Leben-
den, noch durch letzten Willens-Verfügung erwerben,
es sey denn bloß für seinen Lebensunterhalt ;

Er kann über die Güter, welche er später erwor-
ben hat weder durch Schenkung zwischen Lebenden,
noch durch letzten Willens-Verordnung verfügen ;

Er kann weder die Rechte der väterlichen Gewalt
ausüben, noch zu den das Interesse seiner Frau be-
treffenden Rechtsgeschäften seine Ermächtigung oder
Einwilligung ertheilen ;

Er verliert die ihm auf die Güter seiner Frau von
dem Gesetze eingeräumten Rechte ; die Erwerbsge-
meinschaft zwischen Eheleuten ist aufgelöst ;

Er kann weder als Vormund, noch als Curator

bestellt werden, noch an einem Familienrathe Antheil nehmen.

Er kann nicht Zeuge seyn;

Er kann vor Gericht weder als Kläger noch als Angeklagter selbstständig rechten, sondern bloß unter dem Namen und durch das Amt eines Curators.

20. Die andern Strafen, welche den theilweisen oder gänzlichen Verlust der im vorstehenden Artikel erwähnten Rechte nach sich ziehen, sind durch die Gesetze bezeichnet.

21. Die Verurtheilungen ziehen den Verlust dieser Rechte erst von dem Augenblicke an nach sich, wo das Urtheil in Rechtskraft übergegangen ist.

22. Im Falle der Vollziehung der Todesstrafe fällt die Erbschaft des Verurtheilten den im Augenblicke der Strafvollziehung von dem Gesetze zur abintestat Erbfolge bezeichneten Erben anheim, und die von ihm allfällig früher gemachten letzten Willens-Verfügungen bleiben ohne Wirkung.

23. Wenn die Verurtheilung zur Todesstrafe nicht vollzogen werden kann, so wird das Vermögen, welches der Verurtheilte zur Zeit des in Rechtskraft übergegangenen Urtheils besaß, verwaltet und seine Rechte ausgeübt, wie diejenigen der Abwesenden. Derselbe Fall tritt ein bei jeder Verurtheilung zu anderen Strafen, welche den Verlust der im Art. 19 erwähnten Rechte nach sich ziehen.

24. Die zur Zeit des in Rechtskraft übergegan-

genen Urtheils rechtmäßigen Erben des Verurtheilten können in den im vorstehenden Artikel vorgesehenen Fällen sich unmittelbar in den provisorischen Besitz seiner Güter, deren sämmtliche Früchte ihnen zugehören werden, einweisen lassen.

Es können jedoch diejenigen, welche, mit der Zeit, die in den Besitz gesetzten Erben auszuschließen oder mit denselben mitzuerben fähig wären, die provisorische Besitznahme erhalten, nachdem sie contradictorisch gegen Letztere nachgewiesen haben, daß der Verurtheilte zur Zeit des ihnen erworbenen Rechtes noch bei Leben war, jedoch ohne auf die Rückerstattung der von den früheren Verwaltern genossenen Früchte Anspruch machen zu können.

Diese Verwalter sind übrigens allen Lasten und Verpflichtungen unterworfen, welche das Gesetz denjenigen, die in den provisorischen Besitz der Güter eines Abwesenden eingewiesen worden sind, auferlegt.

25. Der Ehegatte des Verurtheilten kann, zur selben Zeit, seine gesetzlichen und vertragmäßigen Rechte ausüben.

26. Die Erbschaft der Verurtheilten, von welchen im Art. 23 die Rede ist, wird sich erst im Augenblicke ihres Todes eröffnen, sowohl in Betreff der Güter, welche ihnen zur Zeit des in Rechtskraft übergegangenen Urtheils zugehörten, als derjenigen, die sie im Augenblicke des Todes besitzen.

Zweiter Titel.

Von den Acten des Civilstandes und von deren Berichtigung.

27. Der Civilstand der Personen wird durch Geburts-, Heiraths- und Todesakte beurkundet, welche in eigens dazu bestimmte Register eingeschrieben werden.

Besondere Verfügungen werden alles darauf Bezügliche anordnen.

28. Die Auszüge aus diesen Registern haben, gleich den öffentlichen Urkunden, Beweiskraft.

29. Sind allfällig keine Register vorhanden, oder ist ein Akt nicht eingetragen worden, oder findet er sich nicht mehr eingeschrieben vor, so können die Geburten, Ehen und Sterbefälle entweder durch Urkunden oder durch Zeugen, wie auch durch Schriften, die von den verstorbenen Vater und Mutter herrühren, bewiesen werden.

30. Jeder Verwahrer der Register des bürgerlichen Standes ist civilisch verantwortlich für die darin vorkommenden untreuen Veränderungen; jedoch unter Vorbehalt des allfälligen Rückgriffes gegen die Urheber dieser Veränderungen.

31. Jede untreue Veränderung, jede Fälschung der Acte des Civilstandes giebt den Parteien ein Recht

auf vollständige Schadloshaltung, unbeschadet des Belangens vor dem Criminal-Gerichte.

32. Es dürfen an den bereits geschehenen Akte-Einschreibungen des Civilstandes, ohne die Dazwischenkunft der betheiligten Parteien, keine Abänderungen vorgenommen werden.

33. Die Berichtigung kann den dazu nicht einberufenen betheiligten Parteien zu keiner Zeit entgegen-gesetzt werden.

Dritter Titel.

Von dem Wohnsitz.

34. Der bürgerliche Wohnsitz eines jeden Wal-lisers ist im Orte seiner Hauptniederlassung.

35. Die Veränderung des Wohnsitzes geschieht durch die wirkliche Bewohnung eines andern Ortes, verbunden mit der Absicht, seine Hauptniederlassung daselbst aufzuschlagen.

36. Der Beweis dieser Absicht liegt in der ausdrücklichen, bei dem Präsidenten der Gemeinde, die man verläßt, und bei demjenigen der Gemeinde, wohin man seinen Wohnsitz verlegt hat, abgegebenen Erklärung.

37. In Ermangelung einer Erklärung wird der neue Wohnsitz durch den wirklichen Aufenthalt und durch die Verlegung der Hauptniederlassung, nach Verlauf eines Jahres, als festgesetzt angesehen.

38. Die Frau hat keinen andern Wohnsitz als denjenigen ihres Mannes.

Ist die Frau rechtmäßig von Bett und Gütern getrennt, so ist ihr neuer Wohnsitz in dem Orte wo sie ihre Hauptniederlassung hat.

39. Der nicht emancipirte Minderjährige hat seinen Wohnsitz bei seinen Vater und Mutter; er behält diesen Wohnsitz selbst nach ihrem Tode.

Der interdicirte Volljährige verbleibt in dem Wohnsitz, den er vor seiner Interdiction gehabt hat.

40. Volljährige, die bei andern in Dienst oder gewöhnlich in Arbeit stehen, haben denselben Wohnsitz, welchen die Person hat, bei der sie dienen oder arbeiten, wenn sie mit ihr in demselben Hause wohnen.

41. Der zu öffentlichen oder widerruflichen Ämtern berufene Bürger behält seinen frühern Wohnsitz, wenn er sich nicht anders erklärt hat.

42. Der Ort der Erbschaftseröffnung wird durch den Wohnsitz des Verstorbenen bestimmt.

43. Wenn in einem Akte für die Vollziehung desselben von Seite der Parteien, oder auch einer aus ihnen, ein anderer als der eigentliche Wohnsitz ge-

wählt wird, so können die diesen Akt betreffenden Anzeigen, Klagen und Betreibungen an dem verabredeten Wohnsitz und vor dem Richter desselben statt haben.

44. Der Minderjährige kann seinen Wohnsitz ohne Einwilligung des Vormundes und ohne Ermächtigung des Waisenamtes nicht verändern.

45. Der Abwesende behält, wenn er seinen Wohnsitz im Auslande nicht aufgeschlagen hat, den vor seiner Abreise gehabtten Wohnsitz.

Vierter Titel.

Von den Abwesenden.

Erstes Kapitel.

Von der Abwesenheits-Vermuthung.

46. Wenn die Nothwendigkeit eintritt für die Verwaltung eines Theils oder des sämmtlichen Vermögens einer im Kanton nicht mehr erscheinenden Person, von welcher man keine Kunde hat und die keinen Sachwalter bestellte, zu sorgen, so wird ihr, auf Verlangen der betheiligten Parteien oder auch von Amtswegen, ein Curator gegeben.

47. Dieser Curator ist, in Betreff der ihm an-

vertrauten Verwaltung und der bezüglichlichen Rechnungsablegung denselben Obliegenheiten unterworfen wie ein Vormund.

48. Die minderjährigen Kinder und die Frauen der Abwesendvermutheten sollen mit einem Vormunde oder gerichtlichen Beistande versehen werden.

Zweites Kapitel.

Von der Abwesenheits-Erklärung.

49. Wenn eine Person im Lande nicht mehr erscheint, und man von derselben seit zehn Jahren keine Kunde hat, dieselbe mag einen Sachwalter bestellt haben oder nicht, so können die betheiligten Parteien sich an den Richter erster Instanz des letzten Wohnsitzes im Kanton der abwesendvermutheten Person wenden, um eine Abwesenheits-Erklärung zu erwirken.

50. Zur Nachweisung der Abwesenheit wird der Richter erster Instanz, auf schriftlichen Gesuch, eine gegenüber der öffentlichen Behörde contradictorisch zu führende Untersuchung verordnen.

51. Die Untersuchungsverordnung soll an dem gewöhnlichen Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes verkündet und in das Wochenblatt eingetragen werden.

52. Das Urtheil, wodurch Jemand für abwe-

send erklärt wird, soll nicht eher als nach Verlauf eines Jahres von der Einrückung der Untersuchungsverordnung in das Wochenblatt an gerechnet, ausgesprochen werden.

Bei diesem Urtheile wird der Richter auf die Beweggründe der Abwesenheit und auf die Ursachen, welche es veranlassen konnten, daß man von der abwesendvermutheten Person keine Kunde habe, Rücksicht nehmen.

53 Das Urtheil der Abwesenheitserklärung wird erst vollziehbar, nachdem dasselbe am Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes verkündet und in das Wochenblatt eingerückt worden ist.

Drittes Kapitel.

Von den Wirkungen der Abwesenheit.

Erster Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf das Vermögen, welches der Abwesende am Tage des Verschwindens, oder am Tage der letzten Kunde von seinem Leben besaß.

54. Sobald das Urtheil der Abwesenheitserklärung vollziehbar geworden seyn wird, können diejenigen, welche am Tage der letzten Kunde von seinem Leben, oder wenn man darüber keine Kunde erhalten hat, am Tage des Verschwindens, des Abwesenden muthmaßliche Erben sind, sich in den provisorischen Besitz seines Vermögens einweisen lassen.

Das Testament, wenn eines vorhanden ist, wird auf Ansuchen der etwa betheiligten Parteien oder auf Begehren der öffentlichen Behörde eröffnet und falls es ein eigenhändig geschriebenes ist, in die Hände eines Notars niedergelegt, in Gemäßheit des Art. 622.

Die Legataren, die Beschenkten, sowie alle diejenigen, welche auf das Vermögen des Abwesenden Rechte haben, die durch seinen Tod bedingt werden, können dieselben gleichfalls provisorisch ausüben.

55. Jene, welche, kraft vorstehenden Artikels, die Einweisung in den Besitz des Vermögens des Abwesenden erlangt haben, können die Verwaltung dieses Vermögens nicht eher antreten als bis sie eine hinreichende Gewähr geleistet haben.

56. Der gegenwärtige Ehegatte kann beim Zeitpunkte der Einweisung in den provisorischen Besitz, mittelst einer hinreichenden Gewährleistung für die zur Wiedererstattung geeigneten Sachen, seine gesetzlichen und vertragmäßigen Rechte ausüben.

Die allfällig bestehende Erwerbsgemeinschaft wird von diesem Zeitpunkte an aufhören.

57. Der provisorische Besitz ist eine bloße Anvertrauung, die denjenigen, welche selben erhalten, die Vermögensverwaltung des Abwesenden einräumt, wenn sie die erheischte Gewähr geleistet haben, und welche sie verpflichtet für den Fall, wo der Abwe-

sende wieder erscheint oder man von ihm Kunde erhalten sollte, demselben oder dessen Rechthabenden Rechnung zu geben.

58. Diejenigen, welche die provisorische Einweisung erlangt haben, müssen ein Inventar der Urkunden des Abwesenden, desgleichen eine Schätzung seiner Fahrhabe und ein Verzeichniß seiner Liegenschaften in Gegenwart des Berichtstellers oder einer von ihm in der Gemeinde, wo diese Verrichtungen zu geschehen haben, bezeichneten Person schreiben lassen. Dieses Inventar und dieses Verzeichniß sammt Schätzung sollen in die Akten des Waisenamtes eingeschrieben werden.

Alle bei dieser Gelegenheit verursachten Unkosten sollen von dem Vermögen des Abwesenden bestritten werden.

Das Waisenamt wird, eintretenden Falls, den theilweisen oder gänzlichen Verkauf des beweglichen Vermögens verfügen. Im Falle des Verkaufes, soll der Ertrag wie auch die fällig gewordenen Einkünfte wieder angelegt werden.

59. Die Ascendenten und Descendenten, welche des Vermögens, in Folge der provisorischen Einweisung, genossen haben, sind im Falle der Wiederkehr des Abwesenden, zur Wiedererstattung der Einkünfte nicht gehalten.

Die übrigen Personen, welche, in Folge der pro-

visorischen Einweisung, der Güter des Abwesenden genossen haben, sind demselben, wenn er vor Verfluß von dreißig Jahren, seit dem Tage seines Verschwindens oder der letzten Kunde von seinem Leben wieder erscheint, nur über die Hälfte der reinen Einkünfte Rechnung abzulegen verbunden.

Erscheint er aber erst nach Verlauf von dreißig Jahren, so gehören sämtliche Einkünfte Ihnen zu.

60. Alle diejenigen, welche nur vermöge der provisorischen Einweisung den Genuß haben, können die Liegenschaften des Abwesenden weder veräußern, noch mit einer Hypothek beschweren, außer es sei für einen augenscheinlichen Nothfall oder Vortheil desselben. In diesem Falle wird die Genehmigung des Waisenamtes erfordert, und der Verkauf soll nach der für die Güter-Veräußerung der Minderjährigen bestimmten Weise vor sich gehen.

61. Wenn, vor der entgültigen Einweisung, Jemand mit dem Beweise auftritt, daß er, zur Zeit des Verschwindens oder der letzten Kunde ein besseres oder ein gleiches Recht mit der Person, welche die provisorische Einweisung erhalten hat, besaß, so kann er dieselbe vom Besitze ausschließen oder sich mit ihr gleichstellen lassen; er hat aber kein Recht auf die Früchte, die, kraft des 59ten Artikels, vor der gerichtlichen Einlage erworben worden wären.

62. Hat die Abwesenheit seit der provisorischen

Einweisung dreißig Jahre fortgedauert, oder sind seit der Geburt des Abwesenden neunzig Jahre verfloßen, so werden die Bürgschaft und die anderen Versicherungsleistungen aufgehoben; die Erbfolge wird vom Tage des Verschwindens, oder der zuletzt erhaltenen Kunde an, eröffnet; die Berechtigten können die Vermögensvertheilung des Abwesenden begehren und ein Urtheil über die endgültige Einweisung auswirken.

Die endgültige, gleichwie die provisorische, Einweisung sollen nach einer gegenüber der öffentlichen Behörde contradictorisch geführten Verhandlung ausgesprochen werden.

Das Urtheil wird erst nach dessen Veröffentlichung, mittelst Einrückung in das Wochenblatt und Verkündigung am Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes des Abwesenden, vollziehbar.

63. Wenn der Tod des Abwesenden bewiesen ist, so wird, von dessen Sterbtag an, die Erbfolge zu Gunsten derjenigen, die zu dieser Zeit die Erbfähigen waren, eröffnet, und diejenigen, welche des Vermögens des Abwesenden genossen haben, sind verbunden dasselbe, mit Ausnahme der, kraft des 59sten Artikels, ihnen erworbenen Früchte, wieder auszuliefern.

64. Wenn der Abwesende während der provisorischen Einweisung wieder erscheint, oder wenn

während derselben dargethan wird, daß er noch lebt, hören die Wirkungen des Urtheils der Abwesenheits-erklärung auf, jedoch unbeschadet der im ersten Kapitel des gegenwärtigen Titels für die Verwaltung seines Vermögens vorgeschriebenen, auf dessen Erhaltung abzielenden Maßregeln, inwiefern solche stattzufinden haben.

65. Wenn, selbst nach der endgültigen Einweisung, der Abwesende wieder erscheint, oder erwiesen wird, daß er noch lebt, so wird er sein Vermögen in dem Zustande, worin es sich alsdann befindet, sowie auch den Preis dessen, was veräußert wurde, zurück-erhalten. Wenn dieser Preis zur Erwerbung anderer Güter angelegt worden ist, so kann er die von dieser Anlegung herrührenden Güter beansprechen.

66. Die Descendenten des Abwesenden können ebenfalls, innerhalb dreißig Jahren von der endgültigen Einweisung an gerechnet, die Zurückerstattung seines Vermögens, laut Vorschrift des vorhergehenden Artikels, verlangen.

67. Nach Erlassung des auf Abwesenheit erken- nenden Urtheils kann Jeder, welcher wider den Ab- wesenden Rechte auszuüben hätte, dieselben nur gegen Jene geltend machen, die in den Besitz seines Ver- mögens eingewiesen worden sind, und die Verwal- tung desselben haben. Ist aber die Verwaltung den Eingewiesenen nicht anvertraut worden, so soll die

Betreibung gegen den Curator, der das Vermögen des Abwesenden verwaltet, gerichtet werden.

68. Wenn die muthmaßlichen Erben, die Legataren, Beschenkten oder andere, die auf das Vermögen des Abwesenden Rechte haben, welche durch seinen Tod bedingt sind, die erheischten Gewährschaften nicht leisten wollen oder nicht leisten können, so soll zur Verwaltung dieses Vermögens ein Curator ernannt werden.

69. Der Curator wird über die Einkünfte denjenigen, welchen diese, kraft des Artikels 59, zugehören, Rechnung abstellen.

Der dem Abwesenden vorbehaltenen Antheil der Einkünfte soll angelegt werden, und die daherigen Einkünfte werden sämmtlich denjenigen angehören, welche die provisorische Einweisung werden erhalten haben.

70. Die Curatel wird, gleichwie die Vormundschaft, erneuert.

71. Durch die endgültige Einweisung hört die Curatel auf.

72. Dem Curator gebührt ein Lohn, welcher aus demjenigen Theil der Einkünfte, welche den provisorisch in den Besitz Eingewiesenen zukömmt, behoben werden soll.

Zweiter Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf die eventuellen Rechte, welche dem Abwesenden zustehen können.

73. Nimmt jemand ein Recht in Anspruch, welches einer Person, deren Existenz nicht anerkannt ist, zugefallen ist, so muß er den Beweis führen, daß dieselbe in dem Zeitpunkte des zugefallenen Rechtes am Leben war; bis zu diesem Beweise bleibt seine Klage unzulässig.

74. Wird eine Erbschaft eröffnet, zu welcher Jemand, dessen Existenz nicht anerkannt ist, berufen wird, so fällt dieselbe ausschließlich denjenigen zu, mit welchen er das Recht zu erben gehabt hätte, oder auf die, welche in seiner Ermangelung zur Erbfolge berufen wären. Die Descendenten des Abwesenden werden jedoch zugelassen, denselben, als wenn er nicht mehr bei Leben wäre, in den Fällen und laut der Regeln der Vertretung in Erbschaftsachen zu vertreten.

In diesen Fällen sind diejenigen, welchen die Erbschaft zugefallen ist, verbunden, zur Sicherung der allfälligen Rückerstattung hinreichende Gewährschaft zu leisten und, gemäß dem 58sten Artikel, zur Abfassung des Inventars schreiten zu lassen.

75. Die Verfügungen der zwei vorhergehenden Artikel finden statt, unbeschadet der Erbschaftsklage und anderer Rechte, welche dem Abwesenden, wenn

er wieder erscheint oder von seinem Leben Kunde erhalten wurde, oder seinen Stellvertretern oder sonstigen Rechthabenden zustehen werden, und erlöschen nur durch den Verlauf der für die Verjährung bestimmten Zeit.

76. So lange der Abwesende sich nicht einstellt oder keine Klage unter seinem Namen geführt werden, eignen sich diejenigen, welche die Erbschaft in Empfang genommen haben, die im guten Glauben bezogenen Einkünfte zu.



Fünfter Titel.

Von dem Verlöbniße und der Ehe.



Erstes Kapitel.

Von dem Eheverlöbniße.

77. Das Eheverlöbniß erwirkt nur insofern ein Civilklagerecht, als es mittelst authentischen oder privatschriftlichen Aktes geschehen ist.

Stehen die Contrahenten unter väterlicher Gewalt so haben sie überdieß noch die Ermächtigung ihres Vaters, oder falls dieser verhindert oder todt sein sollte, jene ihrer Mutter einzuholen.

Sonſt Minderjährige müſſen ſich die Ermächtigung ihres Vormundes oder Curators verſchaffen.

Die bei oberwähnten Fällen erforderliche Einwilligung ſoll mittelſt authentischer oder privatschriftlicher Urkunde ertheilt werden.

78. Wenn nach gültig eingegangenem Verlöbniſſe einer der Kontrahenten ſich weigert ſein Verſprechen zu erfüllen, ſo kann der andere nur den Erſatz deſſ wirklich erlittenen Schadens anfordern; eſ iſt dabei weder auf die eventuellen Nachtheile noch auf die etwa verabredeten Strafklaufeln Rückſicht zu nehmen.

Zweites Kapitel.

Von den erforderlichen Eigenſchaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu geben.

79. Die erforderlichen Eigenſchaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu ertheilen, werden durch ein beſonderes Geſetz beſtimmt werden.

Drittes Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten, die aus der Ehe entſtehen.

80. Die Ehegatten übernehmen lediglich durch die Verheirathung mit einander die Verbindlichkeit, ihre Kinder zu ernähren, zu unterhalten und zu erziehen.

81. Das Kind hat kein Recht zu einer Klage gegen seine Vater und Mutter auf eine Versorgung durch Heirath oder sonst.

82. Die Kinder sind ihren Vater und Mutter und übrigen Ascendenten, die sich in Dürftigkeit befinden, die Lebensmittel schuldig.

83. Auf gleiche Weise und unter denselben Umständen sind der Schwiegersohn und die Schwiegertochter ihren Schwiegervater und Schwiegermutter die Lebensmittel schuldig, doch hört diese Verbindlichkeit auf:

- 1) Wenn die Schwiegermutter zu einer zweiten Ehe geschritten ist;
- 2) Wenn derjenige der Ehegatten, von dem die Schwägerschaft herkam, und die aus seiner Verbindung mit dem andern Ehegatten abstammenden Kinder verstorben sind.

84. Die aus diesen Verfügungen entspringenden Verbindlichkeiten sind gegenseitig.

85. Die Lebensmittel werden nur im Verhältnisse des Bedürfnisses desjenigen der sie fordert, und des Vermögens dessen, der sie schuldig ist, zugestanden.

86. Wenn derjenige, welcher die Lebensmittel giebt, oder derjenige, welcher sie empfängt, in eine solche Lage versetzt wird, daß der eine sie nicht mehr geben kann, oder der andere deren, ganz oder zum

Theil, nicht mehr bedarf, ſo kann deren Entledigung oder Verminderung begehrt werden.

87. Derjenige, welcher die Lebensmittel zu leiſten verpflichtet iſt, hat die Wahl, entweder mittelſt eines Koſtgeldes dieſer Verpflichtung genug zu thun, oder die Perſon, welcher er die Lebensmittel ſchuldig iſt, in ſein Haus aufzunehmen und zu unterhalten.

Der Richter kann jedoch, nach den Umſtänden, die Leiſtungsart der Lebensmittel beſtimmen.

Viertes Kapitel.

Von den gegenseitigen Rechten und Pflichten der Ehegatten.

88. Die Ehegatten ſind ſich gegenseitig Treue, Hilfe und Beiſtand ſchuldig.

89. Der Mann iſt ſeiner Frau Schutz, und die Frau ihrem Manne Gehorſam ſchuldig.

90. Die Frau iſt verbunden, bei ihrem Manne zu wohnen und ihm überall hinzufolgen, wo er ſich aufzuhalten für gut findet; der Mann iſt verpflichtet, ſie aufzunehmen und ihr, im Maäße ſeines Vermögens und Standes, alles zu verſchaffen, was zu den Bedürfniffen des Lebens nöthig iſt.

91. Die Frau kann ohne Ermächtigung ihres Mannes weder gerichtlich klagen noch ſich verantworten.

92. Die Ermächtigung des Mannes wird nicht erfordert, wenn die Frau in Criminal- oder Polizei-Sachen belangt wird.

93. Die volljährige Frau kann ohne die Ermächtigung ihres Mannes keinen Vertrag schließen, noch sonstige Verbindlichkeiten eingehen.

Ist die Frau minderjährig, so wird überdies die Ermächtigung des Waisenamtes erheischt.

94. Weigert sich der Mann, seine Frau zu ermächtigen vor Gericht zu stehen oder einen Akt abzuschließen, so kann das Waisenamt, nach vorerstlicher Anhör oder Einberufung des Mannes, die betreffende Ermächtigung verleihen.

95. Stehen die Interessen des Mannes denjenigen seiner Frau gegenüber, oder ist der Mann betheilig, so kann die Frau vom Waisenamte ermächtigt werden, ohne daß es dießfalls der vorläufigen Anhör oder Einberufung des Mannes bedarf.

96. Ist der Mann wegen seiner Minderjährigkeit, seiner Interdiction, oder wegen Versetzung unter einen gerichtlichen Beistand, wegen seiner Abwesenheit, oder einer Verurtheilung, selbst durch Contumaz, zu einer Gefängnißstrafe von mehr als einem Jahre, oder zu sonst irgend welcher schweren Strafe verhindert, seine Frau zu ermächtigen, so kann diese nur mit jener Ermächtigung handeln, die für sie erheischt würde, wenn sie unverheirathet wäre.

Das Gleiche gilt für die von Gütern geschiedene Frau.

97. Die auf bloße Verwaltung bezüglichen Ge-

ſchäfte des der Frau angehörigen Vermögens werden von den Vertretern des minderjährigen oder mit Interdikt belegten Mannes beſorgt, mit Vorbehalt deſſen, was in dem zweiten Abſatze des 336ſten Artikels geſagt wird.

98. Wenn die Ehefrau eine öffentliche Handelsfrau iſt, ſo kann ſie in Betreff ihres Handels, ohne ihres Mannes Ermächtigung, Verbindlichkeiten eingehen und vor Gericht erſcheinen.

Als öffentliche Handelsfrau wird ſie nur dann betrachtet, wenn ſie einen beſondern Handel treibt, nicht aber wenn ſie lediglich die Waaren der Handlung ihres Mannes im Kleinen verkauft.

99. Jede im Allgemeinen ertheilte Ermächtigung, wäre ſie auch im Heirathsvertrag ausbedungen worden, bleibt wirkungslos.

Eine vom abweſenden Manne ertheilte Speziellvollmacht kommt ſeiner Ermächtigung gleich.

100. Die auf den Mangel der Ermächtigung gegründete Ungültigkeit kann nur von der Frau, von dem Manne oder von ihren Erben entgegengeſetzt werden.

101. Die Frau kann ohne Ermächtigung ihres Mannes teſtiren.

Fünftes Kapitel.

Von den zweiten Ehen.

102. Die Frau, welche vor Verfluß von zehn Monaten seit dem Tode ihres Mannes eine zweite Ehe eingeht, verliert alle, sowohl vermöge Heirathsvertrags als durch letzten Willens-Verfügungen, von ihrem ersten Manne erhaltenen Vortheile.

Sie wird überdieß der Rechte verlustig, welche das Gesetz dem überlebenden Ehegatten auf das Vermögen des vor ihm verstorbenen Ehegatten einräumt.

Auch sind die Heirathsverträge der zweiten Ehe für beide Ehegatten nichtig.

103. Wenn die Person, welche aus erster Ehe Kinder hat, eine zweite Ehe eingeht, verliert sie, zu Gunsten der Kinder, welche sie mit dem verstorbenen Ehegatten, von dem die Schenkung herrührt, erzeugte, das bloße Eigenthum alles dessen, was sie von der Freigebigkeit dieses Letztern erhalten hat; sie erwirbt das Eigenthum nicht wieder wenn gleich die besagten Kinder vor ihr mit Tod abgegangen wären.

104. Die Verfügung des vorstehenden Artikels ist für den Fall nicht anwendbar, wo der früher verstorbene Ehegatte in den Heirathsverträgen oder durch letzten Willens-Verfügung ausdrücklich erklärt hat, daß der Ueberlebende das Eigenthum des oberwähnten Vermögens, selbst wenn er eine zweite Ehe eingehen würde, beibehalten solle.

105. Der Ehegatte, welcher aus einer vorherigen Ehe Kinder hat und eine zweite Ehe eingegangen iſt, kann ſeinem neuen Ehegatten, ſei's mittelſt Aktes unter Lebenden, ſei's mittelſt letzten Willens-Aktes, nicht mehr ſchenken als einen Theil von der Größe, wie jener, den das wenigſtnehmende Kind aus der erſten Ehe bekömmt; und in keinem Falle dürfen dieſe Schenkungen den Vierteltheil des Vermögens überſchreiten.

Sechſtes Kapitel.

Von den bürgerlichen Wirkungen der Scheidung von Bett.

106. Iſt die Scheidung von Bett wegen einer entehrenden Strafe, wegen Religionsveränderung, Ehebruch, ſchwerer Mißhandlungen, oder Ausſchweifungen, wegen Drohungen oder Anſchlägen auf das Leben eines der Ehegatten, ausgesprochen, ſo zieht das Scheidungsurtheil wider den Ehegatten, gegen welchen die Scheidung zugelassen wird, den Verluſt aller Vortheile nach ſich, welche das Geſetz dem überlebenden Ehegatten auf das Vermögen des Verſtorbenen zuſichert, ſo auch jener, die ihm von dem andern Ehegatten entweder durch Heirathsvertrag oder nach Eingehung der Ehe zugewendet waren.

Der Ehegatte, wider den die Scheidung zugelassen wurde, kann überdieß zu Gunſten des andern zu ei-

ner Unterhaltsgeldung verfällt werden, welche nach dem Maße der Bedürfnisse des unschuldigen Ehegatten und des Vermögenszustandes des schuldigen Ehegatten bestimmt werden soll.

107. Die erwähnten Vorthteile werden nur insofern wieder hergestellt werden, als die Ehegatten sich vereinigen und auf's Neue mit einander wohnen würden, und als derjenige, zu dessen Gunsten der Verfall eingetreten ist, seinen erworbenen Rechten schriftlich entsagt hätte.

Diese Entsagung bedarf keiner andern Einwilligung als jener der Ehegatten.

Jedoch kann sie die erworbenen Rechte eines Dritten nicht beeinträchtigen.

108. Bei allen Scheidungsfällen sollen die Kinder dem Ehegatten, der die Scheidung erlangt hat, anvertraut werden, außer der Richter habe, zum größern Vorthteile der Kinder, verordnet, daß alle oder einige derselben der Observe entweder des andern Ehegatten oder einer dritten Person anvertraut werden.

109. Wer auch die Person sei, welcher die Kinder anvertraut werden, behalten Vater und Mutter gegenseitig das Recht, den Unterhalt und die Erziehung ihrer Kinder zu überwachen, und müssen nach Verhältniß ihres Vermögens dazu beitragen.

Bleibt einem der Ehegatten kein Vermögen übrig,

so soll der andere die Unkosten des Unterhalts und Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder gänzlich tragen.

110. Die Scheidung von Bett kann den in dieser Ehe gezeugten Kindern keine der Vortheile entziehen, welche ihnen durch die Gesetze oder durch die Heirathsverträge ihrer Vater und Mutter zugesichert waren; jedoch sollen sich die Rechte der Kinder nur auf die Weise und unter denselben Umständen eröffnen, wie sie sich eröffnet haben würden, wenn keine Scheidung stattgefunden hätte.

111. Die Scheidung von Bett zieht immer auch die Gütertrennung nach sich.



Sechster Titel.

Von der Vaterschaft und der Abstammung.

Erstes Kapitel.

Von der Abstammung ehelicher oder in der Ehe geborner Kinder.

112. Das während der Ehe empfangene Kind hat den Ehemann zum Vater.

Dieser kann jedoch den ehelichen Stand des Kindes verläugnen, wenn er beweist, daß er von dem

dreihundertsten bis dreihundert achtzigsten Tage, vor Geburt dieses Kindes, entweder wegen Entfernung oder wegen eines andern Zufalles, in der physischen Unmöglichkeit war seiner Frau beizuwohnen.

113. Der Mann kann unter dem Vorwande seiner natürlichen Untüchtigkeit das Kind nicht verläugnen.

Er kann selbst Ehebruchs wegen das Kind nicht verläugnen, außer ihm wäre dessen Geburt verheimlicht worden, oder er wäre zur Zeit der Empfängniß von seiner Frau gesetzlich geschieden gewesen; in diesen Fällen ist es ihm gestattet, alle Thatsachen vorzubringen, die zum Beweis, daß er nicht des Kindes Vaters sei, dienen können. Das Zugeständniß der Mutter ist für sich nicht hinreichend um diesen Beweis zu erstellen.

114. Das vor dem hundert achtzigsten Tage von der Heirath an geborne Kind kann von dem Ehe- manne in einem oder andern der folgenden Fälle nicht verläugnet werden;

- 1) Wenn er vor der Heirath von der Schwangerschaft Kenntniß hatte;
- 2) Wenn er dem Geburts-Akte beigewohnt hat;
- 3) Wenn das Kind nicht lebensfähig erklärt wird.

115. Das Kind einer in den zehn ersten Monaten ihrer Trauer wieder verheiratheten Wittwe, welches nach hundert achtzig Tagen seit der zweiten Ehe

geboren wurde, wird, im Falle eines Zweifels, dem zweiten Ehemanne anzugehören vermuthet.

116. In allen Fällen, wo der Ehemann zu einer Einsprache berechtigt ist, muß er mit derselben in Zeit von zwei Monaten seit der Geburt des Kindes gerichtlich einkommen, wenn er sich am Geburtsorte des Kindes befindet;

In drei Monaten nach seiner Rückkehr, wenn er zur Zeit der Geburt abwesend war;

In drei Monaten nach der Entdeckung des Betrugs, wenn ihm die Geburt des Kindes verheimlicht wurde.

117. Wenn der Ehemann ohne mit seiner Einsprache eingekommen zu seyn gestorben ist, jedoch in der zur Einsprache gestatteten nützlichen Frist, so haben die Erben, um die Ehelichkeit des Kindes anzustreiten, zwei Monate, von der Zeit an zu rechnen, wo das Kind in dem Besitze des Vermögens des Ehemanns war, oder von der Zeit an, wo die Erben von dem Kinde in diesem Besitze gestört worden sind.

118. Die Klage muß gegen den, für das Kind speziell bestellten Vormund, nachdem die Mutter hiezu einberufen wurde, gestellt werden.

119. Die Ehelichkeit des dreihundert Tage nach Auflösung der Ehe gebornen Kindes kann angestritten werden.

Zweites Kapitel.

Von den Beweisen der Abstammung der ehelichen Kinder.

120. Die Abstammung der ehelichen Kinder wird durch Geburts-Akte bewiesen.

121. In Ermangelung dieser Urkunde ist der beständige Standes-Besitz als eheliches Kind hinreichend.

122. Der Standes-Besitz wird durch ein hinreichendes Zusammentreffen von Thatsachen begründet, welche zwischen einer Person und der Familie, zu welcher dieselbe gehören will, Verhältnisse von Abstammung und Verwandtschaft anzeigen.

Die vorzüglichsten dieser Thatsachen sind:

Daß die Person immer den Namen des Vaters geführt habe, dem sie anzugehören behauptet;

Daß der Vater sie als sein Kind behandelt und, in dieser Eigenschaft, für ihre Erziehung, ihren Unterhalt und ihre Versorgung gesorgt habe;

Daß sie in der Gesellschaft beständig dafür gehalten wurde;

Daß sie von der Familie dafür anerkannt wurde.

123. Wenn zwei Personen, die öffentlich als Eheleute beisammen lebten und beide gestorben sind, Kinder gehabt haben, so kann die Geburtsechtheit der Kinder unter dem alleinigen Vorwande des Mangels an Beweis der Trauung nicht angestritten werden,

so oft diese Geburtsrechtlichkeit durch einen Standes-Besitz bewiesen ist, dem der Geburts-Akt nicht widerspricht.

124. Die in einer ungültigen Ehe gebornen Kinder werden als eheliche betrachtet, wenn beide Ehegatten, oder einer von ihnen, sich in gutem Glauben verehelicht haben.

125. Niemand kann einen andern Stand in Anspruch nehmen, als denjenigen, welchen ihm sein Geburts-Akt und der mit demselben übereinstimmende Standes-Besitz beilegen.

Dagegen kann Niemand den Stand desjenigen bestreiten, der einen mit seiner Geburtsurkunde übereinstimmenden Standes-Besitz für sich hat.

126. In Ermangelung der Geburtsurkunde und eines beständigen Standes-Besitzes, oder wenn das Kind entweder unter falschem Namen oder als von unbekannten Vater und Mutter geboren eingeschrieben worden ist, kann der Beweis der Abstammung durch Zeugen geführt werden.

Jedoch ist dieser Beweis nur alsdann zulässig, wenn irgend ein Anfang eines Beweises schriftlich vorhanden ist, oder wenn die aus bereits zuverlässigen Thatsachen fließenden Vermuthungen oder Anzeigen erheblich genug sind, um die Zulassung des Zeugenbeweises zu begründen.

127. Der Anfang zum schriftlichen Beweise er-

giebt sich aus Familien-Urkunden, Hausregistern und Papieren des Vaters oder der Mutter, aus öffentlichen und selbst aus Privat-Akten, welche von einer in dem Streite begriffenen Partei, oder von Jemanden, der daran betheiligt seyn würde, wenn er noch lebte, herrühren.

128. Der Gegenbeweis kann durch Zeugen und durch jedes andere geeignete Mittel geführt werden, um darzuthun, daß der Kläger nicht das Kind der Mutter sei, welcher er anzugehören behauptet, oder selbst, wenn die Abkunft von der Mutter erwiesen ist, daß er nicht das Kind des Mannes dieser Mutter sei.

129. Die peinliche Klage wegen des Vergehens der Standes-Unterschlagung kann erst nach dem Endurtheil über die Standesfrage ihren Anfang nehmen.

130. Die Klage um den Stand ist, von Seiten des Kindes, unverjährbar.

131. Diese Klage kann von den Erben oder Abstämmlingen des Kindes, welches seine Ansprüche nicht geltend gemacht hat, nur alsdann geführt werden, wenn solches noch in der Minderjährigkeit oder in den drei Jahren nach erreichter Volljährigkeit gestorben ist.

132. Hat das Kind diese Klage angefangen, so können die Erben oder Abstämmlinge selbe fortführen, insofern das Kind von derselben nicht förmlich

abgestanden wäre, oder, von der letzten Prozedurverhandlung an gerechnet, drei Jahre hätte verstreichen lassen, ohne derselben Folge zu geben.

Drittes Kapitel.

Von den unehelichen Kindern.

Erster Abschnitt.

Von der Geburtsechtigung der unehelichen Kinder.

133. Die unehelichen Kinder, mit Ausnahme der im folgenden Artikel erwähnten, werden mittelst nachheriger Ehe ihrer Vater und Mutter geechtigt, selbst dann, wenn zwischen der Geburt des Kindes und der Ehe, wodurch die Echtigung zu Stande kommt, eine Zwischenehe stattgefunden hätte.

134 Von der Wohlthat der Geburtsechtigung werden ausgeschlossen:

1° Die Kinder, deren Vater und Mutter oder nur einer aus beiden zur Zeit der Empfängniß mit einer andern Person verheirathet waren;

2° Die von solchen Personen, welche wegen Verwandtschaft oder Verschwägerung in gerader Linie bis in's Unendliche, oder wegen Verwandtschaft in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade nach der Civilberechnung einander nicht heirathen dürfen, gezeugten Kinder;

3° Die Kinder, deren Vater und Mutter oder nur einer von beiden zur Zeit der Empfängniß die heiligen Weihen empfangen oder die feierlichen Kloster-gelübde abgelegt haben.

135. Die Geburtsrechti-gung durch nachfolgende Ehe findet nur zu Gunsten der Kinder statt, welche von ihren Vater und Mutter vor oder bei der Trau-ung gesetzmäßig anerkannt sind, oder welche vor diesem Zeitpunkte zugesprochen wurden.

136. Diese Geburtsrechti-gung kann selbst in An-sehung verstorbener unehelicher Kinder stattfinden, und der Vortheil der Echti-gung geht auf ihre Des-cendenten über.

137. Die auf solche Art geechti-gten Kinder ha-ben, vom Tage der Trauung an, dieselben Rechte, als wenn sie aus dieser Ehe geboren wären.

Zweiter Abschnitt.

Von der Anerkennung und dem Anspruche der unehelichen Kinder.

138. Die Anerkennung eines unehelichen Kindes hat in seinem Geburtsakte oder mittelst eines authen-tischen Aktes vor oder nach seiner Geburt zu ge-schehen.

139. Die Anerkennung eines unehelichen Kin-des hat nur seinem Anerkenner gegenüber ihre Wir-kung.

140. Die von einem der Ehegatten während der Ehe gemachte Anerkennung zu Gunsten eines unehelichen Kindes, daß er vor seiner Heirath gehabt hat, soll weder seinem Mitehegatten, noch den in dieser Ehe gebornen Kindern nachtheilig sein können; wenn jedoch aus dieser Ehe keine Kinder überbleiben, so kann nach Auflösung derselben die Anerkennung ihre Wirkung erhalten.

141. Jede Anerkennung von Seiten des Vaters, oder der Mutter, so wie auch jeder Anspruch von Seiten des Kindes, kann von allen denjenigen angestritten werden, welche dabei ein Interesse haben.

142. Die Vaterschaft des unehelichen Kindes, welches von dem Vater nicht anerkannt worden ist, kann nur in den folgenden Fällen nachgesucht und das Kind ihm zugesprochen werden:

1° Wenn erwiesen würde, daß der als Vater des Kindes Ausgegebene für selbes eine Reihe von Sorgen getragen hat, woraus auf die Vaterschaft gefolgert werden kann;

2° Wenn man eine von dem als Vater des Kindes Ausgegebenen herrührende Schrift aufweisen kann, worin derselbe seine Vaterschaft erklärt;

3° Im Falle einer Entführung oder Nothzucht wenn die Zeit der Entführung oder der Nothzucht mit derjenigen der Schwängerung zusammentrifft;

4° Wenn die Mutter beweist, daß während der

Zeit die vom dreihundertsten bis zum hundertachtzigsten Tage vor der Geburt des Kindes gelaufen ist, der angebliche Vater mit ihr Beischlaf gepflogen hat.

143. Das umständliche, selbst außergerichtliche Geständniß genügt um den Beweis des Beischlafs zu leisten.

144. Die Vaterschaftsklage soll abgewiesen werden:

1° Wenn der Verantwortler beweist, daß er innerhalb der Zeit, welche seit dem dreihundertsten bis zum hundertachtzigsten Tage vor der Geburt des Kindes abgelaufen ist, abwesend war, oder daß die Mutter mit einer andern Mannsperson fleischlichen Umgang gepflogen hat;

2° Wenn die Klage gegen einen Verstorbenen eingelegt wird.

145. In dem bei N° 1 des 142. Artikels vorgesehenen Falle soll die Vaterschaftsklage innerhalb fünf Jahren seit der Geburt des Kindes, und in den übrigen Fällen erwähnten Artikels innerhalb drei Monaten, seit der nämlichen Zeit, eingelegt werden.

Zu dieser Klageführung bedarf die Mutter keiner Ermächtigung.

146. Die Vaterschaftsklage abseiten einer kantonsfremden Person gegen einen Walliser wird nur insofern zugelassen als die Ausländerin nachweisen

würde, daß nach den Gesetzen ihres Heimathlandes diese Klage zwischen ähnlichen Umständen auch zu Gunsten einer Walliserin gegen einen Angehörigen besagten Landes gestattet sei.

Es kann jedoch die Ausländerin das Gegenseitigkeitsrecht, um diese Klage gegen einen Walliser einzulegen, nur in den vom gegenwärtigen Gesetzbuche vorgesehenen Fällen in Anspruch nehmen.

147. Die Vaterschaftsklage so wie jeder darauf bezügliche Handel soll, nach Auswahl der Mutter, entweder vor dem Correctionel-Gerichte des Bezirkes wo der Beklagte wohnt, oder vor jenem des Wohnsitzes der Mutter eingeleitet werden.

148. Die Nachsuehung der Mutterschaft ist gestattet.

Das Kind, welches seine Mutter beansprucht, ist gehalten, zu beweisen, daß es identisch dasselbe Kind sei, mit dem sie niedergekommen ist. Diesen Beweis durch Zeugen zu führen, ist ihm nur dann erlaubt, wenn schon ein Anfang eines schriftlichen Beweises vorhanden ist, oder wenn die Muthmaßungen und Indizien der nunzumal zuverlässigen Thatsachen gewichtig genug sind um die Zulässigkeit festzusetzen.

Dritter Abschnitt.

Von dem Civilstande, dem Unterhalte und der Erziehung der unehelichen Kinder.

149. Das anerkannte uneheliche Kind darf die Rechte eines ehelichen Kindes nicht in Anspruch nehmen.

Die Rechte der unehelichen Kinder werden in den Titeln: von den testamentarischen Erbfolgen und von den abintestat Erbfolgen bestimmt.

150. Die Sorge für die Erziehung und den Unterhalt des unehelichen Kindes liegt der Mutter ob, wenn dessen Vaterschaft nicht durch Anerkennung oder Zuspruch bewiesen ist.

151. Das uneheliche Kind, dessen Vaterschaft bewiesen ist, führt den Namen seines Vaters und wird zum Angehörigen der väterlichen Gemeinde.

Es bleibt während der zwei ersten Jahre unter Ob-
sorge der Mutter; ist sie jedoch außer Stand dazu, so hat der Vater für dasselbe zu sorgen; er ist überdies zu einer Entschädigung von fünfunddreißig Franken für die Entbindungskosten gehalten.

152. Nach Verlauf des zweiten Jahres ist der Vater dem Kinde den Unterhalt und eine gehörige Erziehung schuldig, bis es im Stande seyn wird, für sein Fortkommen selbst zu sorgen.

Ist der Vater nicht im Stande, die Unkosten ganz

oder zum Theil zu tragen, so hat die Mutter dafür zu sorgen.

153. Wenn der Vater, obschon er dem Kantone angehört, dennoch kein Angehöriger einer Gemeinde ist, so gehört das Kind der Gemeinde seiner Mutter an, so lange der Vater kein Recht zu einer Gemeinde erworben hat.

154. Das uneheliche Kind, dessen Vater unbekannt ist, führt den Namen seiner Mutter und wird zum Angehörigen der Gemeinde derselben.

Die Mutter ist verpflichtet, dessen Unterhalt zu bestreiten und ihm eine gehörige Erziehung zu geben, bis es im Stande seyn wird für sein Fortkommen selbst zu sorgen.

155. Wenn der Vater mehrere Gemeinde-Rechte besitzt, so erwirbt das uneheliche Kind das Recht der Einwohnung in allen diesen Gemeinden.

Diese Verfügung ist auch für den Fall anwendbar, wenn die Mutter eines unehelichen Kindes, dessen Vater unbekannt ist, mehrere Gemeinde-Rechte besitzen sollte.



Siebenter Titel.

Von der väterlichen Gewalt.

156. Das Kind ist in jedem Alter seinen Vater und Mutter Ehrerbietung und Achtung schuldig.

157. Es bleibt unter ihrer Gewalt bis zu seiner Volljährigkeit oder seiner Emancipation.

158. Der Vater übt während der Ehe allein diese Gewalt aus.

159. Das minderjährige, nicht emancipirte Kind darf das väterliche Haus ohne Erlaubniß seines Vaters nicht verlassen.

160. Der Vater, welcher gewichtige Gründe hat, mit der Aufführung seines minderjährigen, nicht emancipirten Kindes unzufrieden zu seyn, kann beim Waisenamte Klage einlegen auf dessen Gutachten das Civilgericht des Distriktes zu einer höchstens zweimonatlichen Haft des Kindes berechtigen kann.

Das Waisenamtsamt und das Gericht hören das Kind an, bevor auf die Verhaftung angetragen und selbe beschieden wird. Wenn das Kind auf die Einberufung nicht erscheint, so soll es vor dieselben gebracht werden. Es haben jedoch außer dem Antrage zur Verhaftung und der Ermächtigung zu dieser keine gerichtlichen Förmlichkeiten oder schriftliche Aufsätze stattzufinden.

Der Entscheid des Gerichtes ist endgültig.

161. Der Vater ist gehalten, alle durch das Verhaftungsbegehren verursachten Kosten zu bezahlen und dem Kinde die gebührenden Lebensmittel darzureichen.

162. Die überlebende und nicht wieder verheirathete Mutter kann auch die Verhaftung ihres Kindes begehren.

163. Die Verfügungen vorgehender Artikel gelten auch für die Väter und Mütter der anerkannten oder zugesprochenen unehelichen Kinder.

164. Verfällt das Kind nach seiner Loslassung in neue Verirrungen, so kann auf die, im Artikel 160 vorgeschriebene Art, die Verhaftung wiederholt beschieden werden.

165. Der Vater oder die Mutter, welche die Verhaftung verlangt haben, oder das Gericht, welches dazu berechtigt hat, können zu jeder Zeit dieselbe aufheben.

166. Während der Ehe hat der Vater und, nach Absterben eines der Ehegatten, der Ueberlebende den Genuß des Vermögens der in der Ehe gebornen Kinder bis zur Volljährigkeit oder Emancipation derselben.

Die nämlichen Rechte kommen der Mutter zu, im Falle auf Abwesenheit des Mannes erkannt worden wäre.

Ist das Kind nach seiner Volljährigkeit oder Eman-

cipation in dem Hause seines Vaters oder Mutter verblieben, so wird dieser Genuß, bei Nichtvorhandenseyn von Gegenverträgen, als ununterbrochen vermuthet.

167. Die mit diesem Genuße verbundenen Lasten sind:

- 1) Diejenigen, welche den Nutznießern obliegen;
- 2) Die Bezahlung der Jahresabträge oder der Kapitalzinsen, welche vom Tage an laufen, an welchem die Nutznießung eröffnet worden ist;
- 3) Die Ernährung, der Unterhalt und die Erziehung der Kinder, ihrem Vermögen und Stande gemäß;
- 4) Die Begräbniß- und Krankheitskosten.

Der Vater und die Mutter sind jedoch zu keiner Bürgschaftsleistung gehalten, außer was im Art. 176 gesagt ist.

168. Dieser Genuß wird zu Gunsten desjenigen der Ehegatten nicht statthaben, gegen welchen aus den im Artikel 106 erwähnten Gründen die Trennung von Bett und Gütern ausgesprochen wurde, ausgenommen wenn, gemäß dem Artikel 108, die Kinder seiner Obforge anvertraut wären.

169. Dieser Genuß hört auf für die Mutter, welche zu einer zweiten Ehe schreitet.

170. Der Genuß des Vaters und der Mutter erstreckt sich weder auf das Vermögen, welches die

Kinder durch gesonderte Arbeit und Gewerbsfleiß erwerben, noch auf das, was ihnen unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben oder vermacht wurde, daß Vater und Mutter desselben nicht zu genießen haben; diese Bedingung ist jedoch in Betreff der Güter, welche ihren Pflichttheil ausmachen sollen, ohne Wirkung.

171. Die Einkünfte des dem Genusse des Vaters oder der Mutter nicht unterliegenden Vermögens werden verhältnißmäßig die im Artikel 167 erwähnten Lasten tragen.

172. Der Vater ist überdies der Verwalter des Vermögens seiner minderjährigen Kinder.

Er ist rechnungspflichtig in Betreff sowohl des Eigenthums als der Einkünfte der Güter, deren Genuß er nicht hat, und nur in Betreff des Eigenthums der Güter, deren Nutznießung das Gesetz ihm einräumt.

173. Der volljährige Vater vertritt, wenn er freie Verfügung über sein Vermögen hat, seine minderjährigen, nicht emancipirten Kinder in allen Civilgeschäften. Er kann jedoch die Güter, deren Nutznießung oder Verwaltung er hat, weder veräußern, noch verpfänden oder mit einer Hypothek beschweren, ausgenommen im Falle einer Nothwendigkeit oder anerkannten Nützlichkeit und mit der Guttheißung des Waisenamtes.

Hat der Vater nicht die freie Verfügung über sein Vermögen, so hat das Waisenamt für die Bestellung eines Vormundes Sorge zu tragen.

174. Sind die Interessen des minderjährigen Kindes denjenigen seines Vaters entgegengesetzt, so wird dem Kinde ein Specieellcurator gegeben.

175. Der Vater soll ein Inventar des Vermögens seiner Kinder aufstellen lassen, sowohl dessen, wovon er die Nutznießung, als desjenigen, worüber er bloß die Verwaltung hat.

Das Waisenamt hat über die Erfüllung dieser Obliegenheit zu wachen.

Ein Doppel dieses Inventars soll in die Archive des Waisenamtes niedergelegt werden.

Die nämliche Verpflichtung liegt auch der Mutter ob, welche den Genuß des Vermögens ihrer Kinder hat.

176. Wenn der Vater nicht Garantie darbietet und das Vermögen seiner Kinder in Gefahr setzt so ist er gehalten, dasselbe mittelst Bürgschaft oder auf andere Art hinreichend sicher zu stellen.

Kann er nicht hinreichende Sicherstellung leisten, so wird den Kindern ein Vormund ernannt, unbeschadet des Rechtes, welches der Vater auf die Einkünfte haben kann.

Spricht der Vater dawider ein, so wird der Fall vor den Richter erster Instanz gebracht, welcher


darüber, unter Appellationsvorbehalt, Urtheil spricht.

177. Der Vater ist nur seinen volljährig gewordenen oder emancipirten Kindern, oder deren Rechte habenden Rechnung über seine Verwaltung abzuliegen verbunden, den Fall ausgenommen, wenn er sich nochmals verehelichen sollte.

178. Außer den im Art. 157 vorgesehenen Fällen endet die väterliche Gewalt durch den Tod; durch die Wirkung der gerichtlichen Verurtheilungen, mit welchen der Verlust dieses Rechtes verbunden ist; und durch Erkennung auf die Abwesenheit desjenigen, der die väterliche Gewalt ausübt, doch nur während der Dauer dieser Abwesenheit.

179. Dem Vater und der Mutter kann die väterliche Gewalt gleichfalls entzogen werden, wenn sie sich Freveln und schwerer Mißhandlungen gegen ihre Kinder schuldig gemacht haben.

180. Die Rechtsfähigkeit oder Unfähigkeit der unter väterlicher Gewalt stehenden Söhne, in Betreff gewisser Verträge, wird in den bezüglichen Titeln des Gesetzbuches geregelt.



Achter Titel.

Von der Minderjährigkeit, der Vormundschaft und der Emancipation.

Erstes Kapitel.

Von der Minderjährigkeit.

181. Minderjährig ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das dreiundzwanzigste Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat.

Zweites Kapitel.

Von der Vormundschaft.

182. Die Verwaltung der Vormundschaften findet unter der Autorität der Waisenämter statt, welche bei allen wichtigen Akten der Vormundschaft die Familienräthe um ihr Gutachten zu befragen haben.

Erster Abschnitt.

Von dem Waisenamte und den Familienräthen.

§ 1.

183. Jede Gemeinde hat ein Waisenamt, das aus drei Mitgliedern besteht; es hat zwei Suppleanten und einen Sekretär.

184. Die Mitglieder des Waisenamtes und die Suppleanten werden von dem Municipalrathe aus seiner Mitte oder außerhalb desselben gewählt. Den Sekretär wählt das Waisenamt; eines seiner Mitglieder kann die Verrichtungen dieser Stelle versehen.

185. Die Waisenämter sind nach jedesmaliger Erneuerung der Municipalräthe der Wiedererwählung unterworfen.

Die Mitglieder dieser Räthe sind nicht berechtigt die auf sie gefallene Wahl zum Waisenamtsmitglied abzulehnen.

186. Mehrere benachbarte Gemeinden können sich vereinigen um nur ein Waisenamt zu haben.

187. Das Waisenamt ist speziell beauftragt über die Interessen derjenigen zu wachen denen das Gesetz einen besondern Schutz zusagt, und die Wahrung der Vormünder und Curatoren auf das strengste zu beaufsichtigen.

188. Die Mitglieder des Waisenamtes sind gehalten den Schaden gut zu machen, welchen sie durch Trug oder groben Fehler verschuldet haben.

189. Die Gerichtsbarkeit der Waisenämter wird durch den Wohnsitz derjenigen bestimmt, die das Gesetz unter ihren speziellen Schutz stellt.

190. Ein Mitglied des Waisenamtes ist ablehnbar und muß sich selbst entschlagen, wenn es mit

demjenigen im vierten Grade verwandt oder verwägert ist, dessen Interessen jenen des Minderjährigen entgegengesetzt sind.

191. Alle auf die Vormundschaften sich beziehenden Verrichtungen sollen in ein besonderes Protokoll eingeschrieben werden.

Der Sekretär des Waisenamtes hat ein Register zu führen, worin die Namen sämtlicher Vormünder der Gemeinde, das Datum ihrer Bestellung, der Rechnungsabstattung und des Schlusses ihrer Verrichtungen enthalten seyn sollen.

192. Der Bezirksberichtsteller durchsieht alljährlich das im vorstehenden Artikel erwähnte Protokoll und Register, und giebt darüber dem Regierungsrathe seinen Bericht ab.

193. Die Waisenämter stehen unter unmittelbarer Aufsicht des Staatsrathes welcher selbe durch die Bezirksberichtsteller oder durch besonders hiezu Abgeordnete ausübt.

Der Staatsrath faßt die maßgeblichen Beschlüsse um die Vollziehung der den Waisenämtern auferlegten Verpflichtungen zu sichern.

§ 2.

Von den Familienräthen.

194. Der Familienrath besteht aus den männlichen, volljährigen und nicht interdicirten Ver-

wandten und Verschwägerten des Minderjährigen bis zum achten Grade einschließlicb.

Er wird vom Waisenamte mittelst einer Verkündung am gewöhnlichen Ausrufungsorte in dem Wohnsitz des Minderjährigen einberufen.

195. Das Waisenamte kann außerdem jene Verwandten und Verschwägerten einzeln zum Familienrathe berufen deren Gegenwart es für die Interessen des Minderjährigen vortheilhafter findet.

Diese Berufung wird durch eine der Person selbst oder an ihrem Wohnsitz abgegebene Einladung erzielt.

Die Einladung kann mittelst eines einfachen, vom Präsidenten des Waisenamtes ausgehenden Einberichtes geschehen, selbst hinsichtlich der außerhalb der Gemeinde des Minderjährigen wohnsitzenden Verwandten oder Verschwägerten.

196. Außer in Dringlichkeitsfällen soll zwischen dem, im vorstehenden Artikel erwähnten Einladungstage und jenem der Familienrathsversammlung eine Frist von wenigstens drei Tagen belassen werden.

Diese Frist ist für je sechs Stunden Entfernung um einen Tag zu verlängern für die nicht in der Gemeinde wohnsitzenden Verwandten oder Verschwägerten. Auf Entfernungen von minder als sechs Stunden ist keine Rücksicht zu nehmen.

197. Diejenigen, welche in Gemäßheit des Artikels **195** zum Familienrathe geladen werden, sind gehalten persönlich dabei sich einzufinden.

Es können jedoch die Verwandten oder Verschwägerten sich von ihrem Vater oder Stiefvater, Sohn oder Stieffohn, Bruder oder Stiefbruder vertreten lassen.

Der Bevollmächtigte kann nur eine Person vertreten.

198. Jeder in Person oder auf seinem Wohnsitze Einberufene, welcher ohne rechtmäßige Entschuldigung von dem Familienrathe ausbleiben würde, verurtheilt eine Buße von fünf Franken zu Gunsten der Armenkasse der Gemeinde des Minderjährigen.

Auf diese Buße wird vom Waisenamte, ohne Weiterziehung erkannt.

199. Der Präsident des Waisenamtes führt im Familienrathe den Vorsitz.

200. In Ermangelung von Verwandten oder wenn die Einberufenen nicht erscheinen, schreitet das Waisenamt von Amtswegen zu allen Verrichtungen bei welchen das Gesetz den Familienrathen irgend eine Befugniß zugebracht hat.

Zweiter Abschnitt.

Von der Uebertragungsart der Vormundschaft.

§ 1.

Von der testamentarischen Vormundschaft.

201. Der Vater hat das Recht für seine minderjährigen Kinder einen Vormund zu wählen.

In Abgang eines von dem Vater erwählten Vormundes fällt dieses Recht der überlebenden nicht wieder verheiratheten Mutter anheim.

202. Dieser Vormund kann nur durch letzten Willens-Berordnung gewählt werden.

203. Hat der Vater seine überlebende Frau zur Vormünderin ihrer gemeinsamen Kinder gewählt, so muß diese Wahl der Bestätigung des Waisenamtes unterbreitet werden, mit Vorbehalt der Appellation an das Bezirksgericht, welches dann darüber endgültig entscheidet.

204. Der Vater, so wie auch das Waisenamt können der Mutter-Vormünderin einen besondern Beistand beigesellen, ohne dessen Gutachten sie keinen, die Vormundschaft betreffenden Akt vornehmen darf.

Sind aber die Akte, für welche der Beistand ernannt wurde, ausdrücklich bezeichnet worden, so ist die Mutter-Vormünderin befähigt, die andern Akte ohne dessen Gutachten vorzunehmen.

205. Die Mutter kann, ohne hinreichende Beweggründe, die Vormundschaft nicht ausschlagen, außer in dem, vom 209ten Artikel vorgesehenen Falle.

206. Die Mutter-Vormünderin ist, in Hinsicht der Vermögensverwaltung ihrer Kinder, an die für die andern Vormünder vorgeschriebenen Regeln gebunden.

207. Die Mutter-Vormünderin wird die Vormundschaft von Rechtswegen verlieren, wenn sie ein uneheliches Kind gebiert.

208. Will die Mutter-Vormünderin sich wieder verheirathen, so muß sie, vor der Trauung dem Waisenamte Anzeige machen, welches nach Anhör des Familienrathes entscheiden wird ob die Vormundschaft ihr weiterhin anvertraut werden soll.

In Abgang dieser Anzeige verliert sie die Vormundschaft von Rechtswegen, und ihr neuer Ehemann wird für alle Folgen der von ihr widerrechtlich fortgesetzten Vormundschaft solidarisch verantwortlich.

209. Wenn das Waisenamt der Mutter die Vormundschaft weiterhin überläßt, so muß es ihr unumgänglich den zweiten Ehemann, als Mitvormund beigesellen, welcher dann an allen Verwaltungsakten Theil nehmen soll und mit seiner Frau

solidarisch verantwortlich wird für die nach der Familienrath geführte Verwaltung.

Die Kundgebungen, welche diese Verwaltung veranlaßt, werden an Beide gerichtet.

210. Der von dem Vater oder von der Mutter erwählte Vormund ist nicht gehalten die Vormundschaft anzunehmen, wenn er nicht etwa zu der Klasse derjenigen gehört, welche mit der Vormundschaft in Abgang dieser Speziellernennung, beladen werden konnten.

§ 2.

Von der Vormundschaft der Ascendenten.

211. In Abgang eines testamentarischen Vormunds, kommt die Vormundschaft von Rechtswegen sowohl den väterlichen als mütterlichen Ascendenten zu. Finden sich derselben mehrere vor, so wird der Familienrath denjenigen unter ihnen bestimmen, welcher die Vormundschaft verwalten soll.

§ 3.

Von der durch das Waisenamt übertragenen Vormundschaft.

212. In Abgang männlicher Ascendenten und testamentarischer Vormünder, sowie auch wenn der Vormund aus einer der oben erwähnten Klassen sich entweder im Falle der Ausschließungen, von denen hier nachstehend die Rede ist, oder einer rechtsgültigen Ablehnung befindet, liegt dem Wai-

senamte nach Anhör des Familienrathes die Ernennung eines Vormundes ob.

Jedermann kann dem Waisenamte den Fall einberichten, welcher die Ernennung eines Vormundes veranlassen könnte.

213. Bei der Wahl eines Vormundes wird das Waisenamt nachstehende Regeln befolgen.

214. Die Vormundschaft ist den muthmaßlichen Erben des Minderjährigen in der Weise zu übertragen, daß der Vormund zuerst aus der väterlichen Linie, und hernach aus der mütterlichen, und so fortwärts fehrlweise bis zur Volljährigkeit des Minderjährigen, gewählt wird.

215. Die Verfügung vorstehenden Artikels ist anwendbar auf den Ehemann der muthmaßlichen Erbin, aber nur im Falle wenn diese sich am Leben befindet; und ist sie mit Tod abgegangen, dann nur in dem Falle, wenn aus der Ehe Kinder leben, welche muthmaßliche Erben des Minderjährigen sind.

216. Befindet sich in der Zahl der muthmaßlichen Erben keiner der im Falle wäre die Vormundschaft zu führen, so wird derjenige Anverwandte oder Verschwägerle, welcher der nächste im Grade ist, dazu berufen, indem man mit der väterlichen Seite anfängt, und dann abwechselt wie es im 214ten Artikel erwähnt worden ist.

Diese Verfahrensart wird fortgesetzt, indem nach und nach alle fähigen Verwandten und Verschwägerten bis zum achten Grade einbegriffen, dazu berufen werden, mit Vorbehalt dessen was beim 239sten Artikel gesagt ist.

217. Sind in einer Linie keine muthmaßlichen Erben vorhanden, denen die Vormundschaft übertragen werden kann, so fällt diese ausschließlich auf die Erben der andern Linie.

218. Wenn alle Verwandten und Verschwägerten einer Linie ihren Vormundschaftskehr gemacht haben, können sie nicht wieder zu einem neuen Kebr berufen werden, so lange diejenigen der andern Linie die Vormundschaft noch nicht alle versehen haben.

219. Sollte das Waisenamt von den oben festgesetzten Regeln abweichen, so wird laut Vorschrift der Artikel 241 und folgender verfahren.

220. Hat der Minderjährige keine Verwandten oder Verschwägerten denen die Vormundschaft, gemäß den Vorschriften gegenwärtigen Gesetzbuches, übertragen werden kann, so wird der Vormund außerhalb der Verwandtschaft ernannt.

221. In dringenden Fällen, wenn es unmöglich ist den Familienrath zu versammeln, kann das Waisenamt einen provisorischen Vormund erwählen, um zu den Akten zu schreiten, welche keinen Verzug leiden.

222. Die Vormundschaft ist eine persönliche Last, die auf die Erben des Vormundes nicht übergeht. Diese sind nur für die Verwaltung ihres Erblassers verantwortlich.

Dritter Abschnitt.

Von dem Nebenvormunde.

223. Bei jeder Vormundschaft soll ein Nebenvormund seyn. Seine Obliegenheiten bestehen darin: für die Interessen des Minderjährigen zu handeln wenn solche jenen des Vormundes entgegen stehen; die Ernennung eines neuen Vormundes zu veranlassen für den Fall, wenn die Vormundschaft erledigt oder verlassen wäre; und die Verwaltung zu überwachen.

224. Der Nebenvormund wird auf gleiche Art wie der Vormund ernannt.

225. Wenn die Berrichtungen des Vormundes einer Person aus der in den §§ 1 und 2 des vorgehenden Abschnittes bezeichneten einen oder andern Klasse übertragen werden, und durch letzten Willens-Berordnung kein Nebenvormund ernannt wurde; so soll dieser Vormund, vor seinem Verwaltungsantritte, die Ernennung eines Nebenvormundes veranlassen.

Hat er vor Erfüllung dieser Förmlichkeit sich in

die Verwaltung eingemischt, so kann das Waisenamt, wenn von Seite des Vormundes sträflicher Vorsatz obgewaltet hat, selbem die Vormundschaft entziehen, unbeschadet der dem Minderjährigen zukommenden Vergütungen.

226. Der Nebenvormund soll, soviel möglich, aus jener der zwei Linien, zu welcher der Vormund nicht gehört, genommen werden.

227. Die Berrichtungen des Nebenvormundes hören zur nämlichen Zeit als die Vormundschaft auf.

228. Die in den Abschnitten 5 und 6 gegenwärtigen Kapitels enthaltenen Verfügungen sind auch auf die Nebenvormünder anwendbar.

Vierter Abschnitt.

Von der Dauer der Vormundschaft.

229. Die Dauer der durch das Waisenamt bestellten Vormundschaft ist von zwei Jahren. Jedoch ist derjenige, welchem sie übertragen wurde, verpflichtet bis zu seiner Ersehung zu verwalten.

230. Der Vormund kann in seinen Berrichtungen bestätigt werden; er ist aber nicht gehalten in denselben fortzufahren, es sey denn er wäre der einzige Verwandte oder Verschwägerte, der fähig wäre die Vormundschaft zu versehen.

231. Der testamentarische Vormund kann nach Verlauf von zwei Jahren, und der Ascendent nach erfülltem fünfundsiechzigsten Altersjahre sich entledigen lassen.

Fünfter Abschnitt.

Von den Ursachen, welche der Vormundschaft überheben, und von der Verweigerung, dieselbe zu verwalten.

232. Sind der Vormundschaft während der Dauer ihrer Amtsverrichtungen überhoben ;

- 1) Der Präsident des Großen Rathes ;
- 2) Die Mitglieder des Staatsrathes ;
- 3) Der Staatschreiber ;

233. Die Abwesenden aus dem Kantone sind der Vormundschaft gleichfalls überhoben.

234. Die Mitglieder des Staatsrathes können sich der Vormundschaft, welche ihnen vor ihrem Amtsantritte übertragen wurde, entledigen lassen.

Das Gleiche gilt für diejenigen, welche im Falle sind, sich von dem Kantone zu entfernen.

235. Wer das fünfundsiechzigste Altersjahr zurückgelegt hat, kann sich weigern Vormund zu seyn; derjenige, welcher vor diesem Alter zum Vormund ernannt worden ist, muß in der Vormundschaft bis zu deren Vollendung fortfahren; mit Vorbehalt dessen was beim 231sten Artikel gesagt ist.

236. Jeder mit einer schweren und gehörig erwiesenen Gebrechlichkeit Behaftete, ist der Vormundschaft überhoben.

Er kann sich von derselben entledigen lassen, wenn er mit dieser Gebrechlichkeit nach seiner Ernennung befallen worden ist.

237. Drei Vormundschaften sind für Jedermann ein gültiger Grund, der vierten überhoben zu werden.

238. Ein Vater, welcher schon mit zwei Vormundschaften beladen ist, kann nicht gehalten werden eine dritte anzunehmen, mit Ausnahme der Vormundung seiner Descendenten.

239. Die Verwandten oder Verschwägerten, mit Ausnahme des muthmaßlichen Erben, können die Vormundschaft ausschlagen, wenn sie mehr als drei Stunden von dem Orte, wo sie ausgeübt wird, ihren Wohnsitz haben.

240. Jeder Nichtverwandte oder Nichtverschwägte, der am Orte wo die Vormundschaft ausgeübt wird, nicht wohnsitz, kann nicht angehalten werden, dieselbe zu übernehmen.

241. Wenn der ernannte Vormund bei der Berathung, welche ihm die Vormundschaft überträgt, gegenwärtig ist, so hat er auf der Stelle und unter Strafe mit seinen ferneren bezüglichlichen Einsprachen nicht mehr angehört zu werden, seine Entschuldi-

gungen anzubringen, über welche das Waisenamt berathschlagen wird.

242. War der bestellte Vormund bei der Berathung, welche ihm die Vormundschaft überträgt, nicht anwesend, so hat er binnen acht Tagen nach der ihm gemachten Anzeige seiner Bestellung die bezügliche Entschuldigung anzubringen.

Diese Frist wird für jede Entfernung von sechs Stunden zwischen dem Orte, wo die Vormundschaft übertragen wurde, und dem Wohnstze des Vormundes um einen Tag verlängert; nach Ablauf derselben soll der bestellte Vormund mit seiner Einsprache nicht mehr angehört werden.

243. Werden seine Entschuldigungen abgewiesen, so kann er um deren Anerkennung vor dem Richter erster Instanz einkommen; er ist aber gehalten, während des Rechtsstreites, die Vormundschaft einstweilig zu verwalten.

244. Der Richter erster Instanz hat, nach vorläufiger Anhör des Vormundes und des Waisenamtes in der Person seines Präsidenten, zu entscheiden.

Von diesem Bescheide kann nicht appellirt werden.

245. Unterliegt der Vormund in seiner Einsprache, so hat er die Kosten der Instanz zu tragen; widrigenfalls wird für solche der Minderjährige haften.

246. Jeder, der eine ihm endgültig übertragene Vormundschaft zu verwalten verweigert, ist zum Schadenersatz gegen den Minderjährigen gehalten und soll überdieß zu einer Strafe von dreißig bis hundert Franken, zu Gunsten der Armenkasse der Gemeinde des Minderjährigen, verfällt werden.

Diese Strafe wird von dem Richter erster Instanz auf Betreibung der öffentlichen Behörde ausgesprochen werden.

Das Waisenamt ist überdieß berechtigt, einen Curator, selbst außerhalb der Verwandtschaft, zu ernennen, um, während der Dauer der Vormundschaft, selbe auf Kosten und Verantwortlichkeit des Vormundes zu verwalten.

Sechster Abschnitt.

Von der Unfähigkeit zur Vormundschaft, von der Ausschließung und Absetzung von derselben.

247. Können weder Vormünder noch Mitglieder eines Familienrathes seyn :

- 1) Die Minderjährigen, mit Vorbehalt dessen was im nachstehenden Artikel gesagt ist ;
- 2) Die Interdicirten ;
- 3) Die, in Gemäßheit des 325ten Artikels, unter gerichtlichen Beistand gestellten Personen.

- 4) Die Weibspersonen, mit Ausnahme der Mutter und der weiblichen Ascendenten;
- 5) Alle jene, die mit dem Minderjährigen einen Rechtshandel haben oder zu haben bedroht sind, oder deren Vater oder Mutter mit ihm ebenfalls einen Rechtsstreit haben oder zu haben bedroht sind, durch welchen der Stand des Minderjährigen, sein Vermögen oder ein beträchtlicher Theil desselben gefährdet würden. Der nämliche Fall tritt ein beim muthmaßlichen Erben desjenigen, der mit dem Minderjährigen in einem Rechtsstreite steht, oder zu stehen bedroht ist.

248. Der Vater und die Mutter, obschon minderjährig, können dem Familienrathe beiwohnen.

249. Sind von der Vormundschaft ausgeschlossen und sollen, falls sie die Vormundschaft ausüben, solcher entsetzt werden:

- 1) Leute von allgemein bekannter schlechter Aufführung;
- 2) Diejenigen, deren Verwaltung ihre Unfähigkeit oder Untreue beweist.

250. Die Verurtheilung zur Gefängnißstrafe, und selbst die Verurtheilung zu einer korrekzionellen Strafe wegen Diebstahls oder Fälschung bringt von Rechtswegen die Ausschließung von der Vormundschaft mit sich. Sie veranlaßt selbst die Ab-

setzung in dem Falle, wenn es sich um eine vorher übertragene Vormundschaft handeln würde.

251. Wer von einer Vormundschaft ausgeschlossen oder abgesetzt worden ist, kann nicht Mitglied eines Familienrathes seyn.

252. So oft der Fall zur Absetzung eines Vormundes eintritt, ist solche von dem Waisenamte auszusprechen.

Dieser Bescheid muß begründet werden und kann nur nach Anhör oder Einberufung des Vormundes statt finden.

253. Spricht der Vormund wider den Bescheid nicht ein, so hat dieses Umstandes Erwähnung zu geschehen und der neue Vormund unverzüglich seine Verrichtungen anzutreten.

Wird dawider Einsprache erhoben, so soll der Vormund dennoch eingestellt und indessen durch einen provisorischen Vormund ersetzt werden.

254. Der Vormund hat, wenn er einsprechen will, solches binnen acht Tagen zu thun, indem er den Handel vor den Richter erster Instanz bringt, dessen Bescheid der Weiterziehung unterliegt.

Der Handel soll contradictorisch gegenüber der öffentlichen Behörde betrieben werden.

255. Die Verwandten und Verschwägerten des Minderjährigen können in dem Handel inter-

veniren, welcher als ein Dringlicher einzuleiten und abzuurtheilen ist.

Siebenter Abschnitt.

Von der Verwaltung des Vormundes.

256. Der Vormund ist, bei Strafe des Schadenersages, verpflichtet in dieser Eigenschaft, vom Tage seiner Ernennung an, wenn er bei derselben gegenwärtig war, sonst aber vom Tage der Anzeige an, zu handeln und zu verwalten.

Er kann jedoch die Schriften des Minderjährigen vor Verfassung des Inventars nicht zu Handen nehmen.

257. Der Vormund trägt Sorge für die Person des Minderjährigen, vertritt ihn in allen Civilakten und verwaltet dessen Vermögen.

Vor seinem Verwaltungsantritte leistet der Vormund den Eid in die Hände des Waisenamts-Präsidenten, die Vormundschaft gut und getreu zu verwalten.

258. Der Vormund kann dem Vater oder der Mutter die Erziehung der Kinder ohne dringende Ursache nicht entziehen, worüber das Waisenamt erkennen wird, unter Vorbehalt des Rekurses an den Richter erster Instanz, welcher darüber, unter Appellations-Vorbehalt, zu erkennen hat.

259. Der Vormund kann, wenn er schwere Unzufriedenheitsgründe mit der Aufführung des Minderjährigen haben sollte, seine Klagen vor das Waisenamt bringen, welches, nach Anhör des Familienrathes, laut Vorschrift des 160sten Artikels verfahren wird.

260. Der Minderjährige ist seinem Vormunde Ehrfurcht und Gehorsam schuldig; er kann jedoch bei dem Waisenamte Klage anbringen, wenn der Vormund seine Gewalt mißbraucht, oder seine Obliegenheiten zu erfüllen vernachlässiget.

261. Der Vormund soll das Vermögen des Minderjährigen wie ein guter Familienvater verwalten; er ist für den aus schlechter Verwaltung allfällig entstandenen Schaden verantwortlich.

262. Der Vormund muß in den ersten acht Tagen nach erhaltener Kunde seiner Ernennung, wenn die Habe unter Siegel gelegt wurde, deren Aufhebung nachsuchen, und wird unmittelbar, im Sinne der Vorschrift des Gesetzbuches über die bürgerliche Prozeßordnung, zur Inventarisirung des Vermögens des Minderjährigen schreiten lassen.

Ein Doppel dieses Inventars soll in die Archive des Waisenamtes gelegt werden.

Die Verpflichtung, ein Inventar aufzustellen, erneuert sich jedesmal, wenn das Vermögen des Minderjährigen durch Erbschaft oder sonst vermehrt wird.

Schuldet der Minderjährige dem Vormunde so muß es dieser, unter Strafe des Verlustes, in dem Inventar erklären, und zwar auf die Aufforderung, welche derjenige, der das Inventar verfaßt, an den Vormund zu richten verpflichtet ist und worüber in dem Verbalprozeßse Meldung zu machen seyn wird.

263. Das Inventar soll von dem Sekretär des Waisenamtes oder von einer andern hiezu durch das Waisenamt delegirten Person, im Beiseyn des Vormundes und Nebenvormundes aufgenommen werden.

264. In Monatsfrist nach Abschluß des Inventars, wird der Vormund alle Fahrnisse, außer jenen, die er in Natura zu behalten von dem Waisenamte berechtigt ist, nach geschehener Werthung derselben, und nach zwei, an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen in dem gewöhnlichen Ausrufsorte stattgefundenen Verkündigungen, durch eine vom Waisenamte delegirte Person öffentlich versteigern lassen.

265. Die Mutter-Vormünderin ist, so lange sie im gesetzlichen Genuße des Vermögens des Minderjährigen steht, nicht gehalten die Fahrnisse zu verkaufen wenn sie dieselben zu behalten vorzieht.

In diesem Falle ist sie den nämlichen Obliegenheiten, wie die Nugnießer unterworfen.

266. Wenn der Minderjährige das sechszehnte Altersjahr zurückgelegt hat, und in der Gemeinde

oder in der Nachbarschaft wohnt, so wird er zur Inventarsabfassung und zur Veräußerung der Fahrnisse und Liegenschaften einberufen.

Ist er anwesend, so soll seine Ansicht darüber vernommen werden; ist er abwesend, so sollen die Ursachen seiner Abwesenheit angegeben werden.

267. Der auf einen andern folgende Vormund soll das Inventar von seinem Vorgänger in Empfang nehmen und untersuchen.

Wenn der vorgehende Vormund, wegen noch nicht abgelegter Rechnung, kein vollständiges Inventar abgeben kann, so wird er seinem Nachfolger ein Verzeichniß der Sachen, die er ihm übergibt, einhändigen und sich darüber einen Empfangsschein ausfertigen lassen.

268. Der Vormund darf die Gelder des Minderjährigen nicht zu seinem eigenen Vortheil verwenden, und wenn er es thut, so ist er vom Tage des Verbrauchs an, den gesetzlichen Zins dafür schuldig, und kann überdieß, auf Begehren des Waisenamtes oder des Nebenvormundes, sofort zur Rückerstattung gehalten werden.

269. Der Vormund soll die Kapitalien binnen drei Monaten nach deren Eingehen anlegen; geschieht dieß nicht innerhalb dieser Frist, so ist er von der Zeit an den Zins schuldig, es sey denn das Waisenamt habe die Unmöglichkeit der Bewerk-

stellung anerkannt, oder es habe den Vormund berechtigt die Anlegung zu verschieben.

270. Wenn die Einkünfte des Minderjährigen die Ausgaben übersteigen, so wird das Waisenamt die Summe genau festsetzen, bei welcher für den Vormund die Verbindlichkeit eintritt, den Überschuß anzulegen. Die Anlegung soll in der Frist von sechs Monaten geschehen; im Unterlassungsfalle ist der Vormund gehalten, von dem Verlaufe dieser Frist an, die Zinse selbst zu bezahlen, ausgenommen das Waisenamt habe ihn aus billigen Gründen ermächtigt, die Einkünfte während einer längern Zeit zu behalten ohne sie anzulegen.

271. Hat der Vormund die Summe, bei welcher die Anlegung beginnen soll, nicht bestimmen lassen, so ist er nach Verlauf von sechs Monaten, für jede nicht angelegte Summe, so gering sie auch seyn mag, den Zins schuldig. Er hat selbst während des Verlaufes dieser Zeit den Zins zu bezahlen, wenn er das Geld des Minderjährigen zu seinem eigenen Vortheil verwendet hat.

272. Wenn die Verwaltung schwierig und von bedeutendem Umfang ist, kann das Waisenamt den Vormund ermächtigen, sich für die Verwaltung einen oder mehrere Partikularverwalter zu zugesellen, welche besoldet werden und unter der Verantwortlichkeit des Vormundes verwalten.

273. Der Gehalt der Partikularverwalter soll zwischen diesen, dem Vormunde und dem Nebenvormunde, unter Genehmigung des Waisenamtes verabredet werden.

274. Der Vormund kann, ohne Ermächtigung des Waisenamtes, für den Minderjährigen kein Anleihen machen, noch dessen Grundgüter veräußern oder mit einer Hypothek beschweren.

Diese Ermächtigung darf nur wegen einer unumgänglichen Nothwendigkeit oder wegen eines augenscheinlichen Vortheils bewilliget werden.

Im ersten Falle wird das Waisenamt seine Ermächtigung nur alsdann ertheilen, wenn durch eine von dem Vormunde summarisch gestellte Rechnung dargelegt worden ist, daß die Baarschaften, die Mobiliareffekten und Einkünfte des Minderjährigen unzulänglich sind.

Das Waisenamt wird, in jedem Falle, dem Vormunde die Liegenschaften bezeichnen, welche vorzugsweise verkauft werden sollen, und die für nützlich erachteten Bedingnisse vorschreiben.

275. Im Falle des Verkaufes hat solcher öffentlich, in Gegenwart des Vormundes zu geschehen, mittelst Versteigerung, die in der Gemeinde, wo die Güter liegen, durch ein Mitglied des Waisenamtes zu bewerkstelligen ist, nach einer durch zwei Sachkundige gemachten Schätzung und nach den an drei

aufeinanderfolgenden Sonntagen in dem gewöhnlichen Ausrufsorte der nämlichen Gemeinde und jener des Wohnsitzes des Minderjährigen stattgehabten Verkündigungen.

Das Waisenamt kann jedoch verfügen, daß die Verkündigungen und die Versteigerung in andern Gemeinden geschehen, wenn das Interesse des Minderjährigen es ihm anrathen sollte.

276. Wenn die Schätzung der sämtlichen Güter, deren Verkauf gestattet wurde, hundert fünfzig Franken übersteigt, so muß ein Doppel der Verkündigung wenigstens acht Tage vor der Versteigerung in das Wochenblatt eingerückt werden.

277. Die laut Artikel 274 zur Veräußerung der Güter eines Minderjährigen erforderlichen Formlichkeiten sind für den Fall nicht anwendbar, wo, auf Ansuchen eines Miteigenthümers durch Nichttheilung, die Versteigerung gerichtlich verfügt worden wäre.

Doch darf in diesem Falle die Versteigerung nicht anders als in der, von den zwei vorgehenden Artikeln vorgeschriebenen, Form vorgenommen werden; die Fremden müssen dabei unbedingt zugelassen werden.

278. Wenn die Gebote bei der Versteigerung den Schätzungspreis nicht erreichen, so wird eine

neue, wenigstens sechs Tage vorher verkündigte, Versteigerung statthaben.

Wenn bei dieser zweiten Versteigerung der Schatzungspreis nicht geboten wird, so kann das Waisenamt den Verkauf unter der Schätzung ohne fernere Versteigerung gestatten.

279. Das Waisenamt kann den Verkauf ohne Versteigerung und ohne Schätzung erlauben, wenn es im Interesse des Minderjährigen seyn sollte.

280. Die Liegenschaften des Minderjährigen werden in Pacht gegeben mittelst öffentlicher Versteigerung, nach zwei, an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen in der Gemeinde des Wohnsitzes des Minderjährigen, oder in jener wo die Güter gelegen sind, geschehenen Verkündigungen; bei der Wahl der Gemeinde wird sich das Waisenamt durch den größern Vortheil des Minderjährigen bestimmen lassen. Diese Förmlichkeit bei der Verpachtung kann jedoch durch das Waisenamt auch erlassen werden.

281. Der Vormund darf sich keine Schuldforderung gegen den Minderjährigen abtreten lassen.

282. Der Vormund kann, ohne Ermächtigung des Waisenamtes, eine dem Minderjährigen zugefallene Erbschaft weder annehmen noch ausschlagen.

In zweifelhaften Fällen wird das Waisenamt dem Vormunde vorschreiben von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch zu machen.

283. Es ist dem Vormunde, ohne die Ermächtigung des Waisenamtes, untersagt:

Eine Liegenschaft unter lästigem Titel zu erwerben, oder eine Schenkung anzunehmen, welche dem Minderjährigen eine Verbindlichkeit auflagen wird;

Einen Vergleich und Compromiß einzugehen.

284. Um in Bezug auf den Minderjährigen die nämliche Wirkung zu erhalten, welche sie unter Volljährigen hätte, muß die Theilung, nach vorhergegangener Schätzung, von dem Waisenamte gutgeheißen werden.

285. Der Vormund kann keine Baarschaft des Minderjährigen ohne Spezialhypothek und ohne Solidarbürgen ausleihen.

286. Der Schuldner des Minderjährigen wird für das dem Vormunde bezahlte Kapital nur dann gültig entlediget, wenn die Quittung von dem Nebenvormunde genehmiget worden ist.

287. Der Vormund kann, ohne Ermächtigung des Waisenamtes, im Namen des Minderjährigen nicht rechten, sey's als Kläger, sey's als Verantwortlicher, noch in ein Begehren hinsichtlich der unbeweglichen Rechte des Minderjährigen einwilligen.

Liegt jedoch Gefahr im Verzuge, so kann er eigenmächtig die dringendsten Erhaltungsschritte thun; er soll aber das Waisenamt über diese Schritte in

Kenntniß setzen und von demselben zur Weiterbeförderung des Handels die Ermächtigung erhalten.

Wenn der Minderjährige verurtheilt ist, so darf der Vormund, ohne Ermächtigung des Waisenamtes auf dem Wege der Appellation nicht rechten, unter Strafe für die Kosten derselben verantwortlich zu seyn.

288. Der Vormund kann im Namen des Minderjährigen alle andern, in gegenwärtigem Abschnitte nicht vorgesehenen, Akte bloßer Verwaltung verrichten.

289. Die gesetzliche Verpflichtung des Vormunds verbindet nur das Vermögen des Minderjährigen.

290. Die mit den erforderlichen Förmlichkeiten eingegangenen Verbindlichkeiten der Minderjährigen haben die gleiche Kraft mit jenen, welche von Volljährigen eingegangen worden sind.

Achter Abschnitt.

Von den Vormundschaftsrechnungen.

291. Jeder Vormund ist verpflichtet, nach Verlauf von zwei Jahren oder am Ende seiner Vormundschaft, wenn sie eher aufgehört hat, über seine Verwaltung Rechnung abzulegen.

Davon sind die Ascendenten ausgenommen welche

nur am Ende der Vormundschaft zur Rechnungsablegung gehalten sind.

292. Jede Lossprechung von der Pflicht Rechnung abzulegen, sowie jedes Verbot, Rechnung zu fordern, sind nichtig.

293. Die Rechnung soll dem volljährig gewordenen Minderjährigen abgelegt werden oder dem Waisenamte im Beiseyn des Familienrathes wenn die Verwaltung des Vormundes früher aufgehört hat.

Jeder Anverwandte wird zugelassen, seine Bemerkungen abzugeben.

Hat der Minderjährige das sechszehnte Altersjahr zurückgelegt, so soll er nothwendigerweise beigezogen werden.

294. Wenn der zur Rechnungsablegung berufene Vormund nicht erscheint, so kann er ersetzt werden; außer er sey rechtmäßig verhindert gewesen.

Erscheint er auch das zweite Mal nicht, so wird er unumgänglich ersetzt, und soll von dem neuen Vormunde zur Rechnungsablegung betrieben werden.

Er kann überdies als ein treulofer Verwalter angeklagt werden.

295. Bei der Rechnungsablegung soll der Vormund die Quittungen und andern Belegstücke, die Schuldbriefe, das Vermögensinventar des

Minderjährigen und die frühere Rechnung aufweisen.

296. Der Vormund ist für die Fahrnisse, welche er mit Zustimmung des Waisenamtes dem Minderjährigen überlassen hat, nicht verantwortlich.

297. Alle hinreichend gerechtfertigten, zu einem nützlichen Zwecke verwendeten Ausgaben werden dem Vormunde zugestanden.

Kleine Ausgaben und solche für die man gewöhnlich keine Quittungen zu begehren pflegt, werden mittelst besonderer, das Datum der Ausgaben bestimmenden, Aufzeichnungen des Vormundes bewiesen und, wenn nöthig, mit dem Eide desselben erhärtet.

298. Der Ueberschuß welchen der Vormund oder der Minderjährige schuldet, ist auf Verlangen sofort zahlbar, und wird vom Augenblicke des Rechnungsschlusses Zins tragen.

Jedoch wird dasjenige, was der Vormund an Kapitalzinsen und Pachtgeldern, die er nicht bezogen hat, dem Minderjährigen schuldet, erst ein Jahr, nach deren Verfall, Zins tragen.

299. Eine den Mühewaltungen des Vormundes angemessene Entschädigung soll ihm von dem Waisenamte zugesprochen werden.

300. Jede Klage des Minderjährigen gegen den Vormund in Betreff der Verhandlungen der Vor-

mundschaft ist in zehn Jahren, von der Volljährigkeit an gerechnet, verjährt.

301. Jeder Vertrag, der zwischen dem Vormunde und seinem volljährig gewordenen Minderjährigen, in Hinsicht der Verhandlungen der Vormundschaft zu Stande kommen könnte, ist ungültig, wenn nicht die Rechnungsablegung nebst Einhändigung der Belege vorangegangen ist; all dieß muß durch eine förmliche Quittung wenigstens zehn Tage vor dem Vertrage bewährt seyn.

302. Nach jeder Rechnungsablegung soll das Vermögensinventar des Minderjährigen, wenn nöthig, berichtigt und mit der Rechnung in Einklang gebracht werden.

Drittes Kapitel.

Von der Emancipation.

303. Der Minderjährige kann, nach zurückgelegtem achtzehnten Altersjahre, von seinem Vater emancipirt werden.

304. In Ermangelung des Vaters kann die Emancipation von dem Waisenamte nach Anhör des Familienrathes ertheilt werden.

In diesem Falle wird die Emancipation durch eine vom Waisenamte ausgestellte Erklärung erwiesen werden.

305. Der emancipirte Minderjährige bleibt unter der Curatel bis zu seiner Volljährigkeit.

306. Der Vater ist von Rechtswegen der Curator des emancipirten Minderjährigen.

307. Der emancipirte Minderjährige kann eigenmächtig für eine Frist von höchstens drei Jahren seine Güter in Pacht oder Miethe geben; er bezieht seine Einkünfte, stellt dafür Quittungen aus und vollzieht alle Akte bloßer Verwaltung, ohne, wegen dieser Handlungen wiedereinsetzbar zu seyn, die Fälle ausgenommen, wo ein Volljähriger es selbst werden könnte.

308. Der emancipirte Minderjährige kann vor Gericht nicht rechten, keine Kapitalsumme einziehen und dafür Quittung ausstellen, kein Anleihen machen, keine Bürgschaft leisten, seine Liegenschaften weder mit Hypothek beschweren, noch verkaufen oder veräußern, und keine andere Handlungen als jene bloßer Verwaltung ausüben, ohne die Förmlichkeiten, welche für die nicht emancipirten Minderjährigen vorgeschrieben sind, zu beobachten.

309. Können von dem Waisenamte emancipirt werden die minderjährigen Kinder, welche achtzehn Jahre zurückgelegt haben und die in einem der nachfolgenden Fälle sich befinden:

- 1) Wenn ihr Vater interdicirt, oder unter gerichtlichen Beistand gestellt ist;

- 2) Wenn ihr Vater sich entfernt und seit länger als einem Jahre keine Kunde über sich gegeben hat ;
- 3) Wenn der Vater der väterlichen Gewalt verlustig ist ;
- 4) Wenn der Vater zu einer mehr als einjährigen Verhaftung verurtheilt worden ist.


310. Wenn die in den zwei ersten §§ des vorgehenden Artikels vorgesehenen Emancipationsgründe aufhören, tritt der Vater wieder in die Rechte seiner väterlichen Gewalt.

311. Der emancipirte Minderjährige darf ohne Ermächtigung des Curators keinen Handel oder keine Kunst treiben.

312. Der Minderjährige, der diese Ermächtigung erhalten hat, kann in Betreff seines Handels oder seiner Kunst eigenmächtig Verbindlichkeiten eingehen.

313. Sind von Rechtswegen emancipirt, und erwerben alle den Volljährigen zustehenden Rechte :

Die Doktoren der Rechte, der Medicin oder Chirurgie, die Advokaten und die Notaren.



Neunter Titel.

Von der Volljährigkeit, der Interdiction und von dem gerichtlichen Beistande.

Erstes Kapitel.

Von der Volljährigkeit.

314. Die Volljährigkeit ist auf das zurückgelegte dreiundzwanzigste Jahr festgesetzt; in diesem Alter ist man für alle Akte des bürgerlichen Lebens befähigt, jedoch mit Vorbehalt der von dem Gesetze gemachten Einschränkungen.

Zweites Kapitel.

Von der Interdiction.

315. Der Volljährige, der sich in einem anhaltenden Zustande von Blödsinn, Wahnsinn oder Raserei befindet, kann interdicirt werden, selbst wenn er zuweilen gesunde Augenblicke hat.

316. Der Verschwender kann auch interdicirt werden.

317. Jeder Verwandte oder Verschwägte ist befugt die Interdiction seines Verwandten oder Verschwägerten nachzusuchen.

Das nämliche gilt in Ansehung des einen Ehegatten gegen den andern.

Im Falle des Stillschweigens der Einen und der Andern, kann die Interdiction von dem Municipalrathe veranlaßt werden.

Das Waisenamt kann gleichfalls von Amtswegen hiezu schreiten.

318. Wenn im Falle der Raserei, die Interdiction von keiner der, im vorgehenden Artikel erwähnten, Personen hervorgerufen wird, so hat dieses durch die öffentliche Behörde zu geschehen.

319. Auf Interdiction hat das Waisenamt zu erkennen, mit Vorbehalt des Rekurses an die Gerichte.

320. Die Thatfachen, welche das Interdictionsbegehren begründen, sollen dem Familienrathe zur Kenntniß gebracht werden, welcher darüber sein, mit Gründen unterstütztes, Gutachten abgeben wird.

321. Auf Interdiction wird nach vorläufiger Anhör oder Einberufung des zu Interdicirenden erkannt, wenn nicht die Interdiction wegen Raserei, Wahnsinn oder Blödsinn hervorgerufen wurde und die Thatfachen, welche zu derselben Anlaß geben, allgemein bekannt sind.

322. Wird wider den von Seite des Waisenamtes erlassenen Interdictionsbescheid Einsprache

erhoben, so wird der Handel vor den Richter erster Instanz gezogen, und vor ihm, auf Kosten des Interdicirten contradictorisch gegenüber der öffentlichen Behörde betrieben.

323. Die im vorgehenden Artikel erwähnte Einsprache hat innerhalb der auf die Verkündung der Interdiction folgenden vierzehn Tage zu geschehen, widrigenfalls geht der waisenamtliche Bescheid in Rechtskraft über.

324. Im Falle des Recurses an die Gerichte haben die Parteien für die Einleitung des Handels die gewöhnlichen Prozeßformen zu befolgen.

Jedoch werden der Handel und die Fristen, selbst während der Ferien, ihren Lauf haben.

Der Richter kann die Fristen verkürzen.

325. Falls die eingezogenen Erkundigungen nicht hinreichende Gründe liefern sollten um eine völlige Interdiction zu verhängen, kann sowohl das Waisenamt als die Gerichte verordnen, daß die fragliche Person, in Zukunft weder rechten, Vergleiche eingehen, Anleihen machen, Capitalien empfangen und dafür Quittung ausstellen, seine Güter veräußern oder mit Hypothek beschweren, Liegenschaften unter lästigem Titel erwerben, Fahrnisse auf Borg kaufen, noch eine Erbschaft annehmen oder ausschlagen könne ohne Zuzug

eines Beistandes, welcher auf gleiche Weise wie der Vormund ernannt werden soll.

Die Verfügungen der Artikeln 348, 350 und 351 sind auf diesen Beistand anwendbar.

326. Der Bescheid der Gerichte über die Zulassung oder die Abweisung der Interdiction kann weiter gezogen werden.

327. Wird der Bescheid des Waisenamtes welcher die Interdiction verhängt hat, durch den Richter umgeändert, so kann die Weiterziehung von den Verwandten und Verschwägerten des Verantworters im Interdictionshandel, contradictorisch gegen Letzteren eingelegt werden, selbst wenn sie im Handel nicht intervenirt wären.

328. Das Appellationsgericht kann nach Gutdünken die Person deren Interdiction nachgesucht wird, selbst verhören, oder durch einen Ausschuss aus seiner Mitte verhören lassen.

329. Wird das Interdictionsbegehren von dem Waisenamt abgewiesen, so können die Ansucher solches vor dem Richter erster Instanz contradictorisch gegen Jenen betreiben der mit der Interdiction behaftet werden soll.

330. Der auf Interdiction oder auf Bestellung eines gerichtlichen Beistandes erkennende waisenamtliche Bescheid ist ungeachtet der Weiterziehung vor die Gerichte vorläufig vollziehbar.

331. Wenn der im vorgehenden Artikel erwähnte Bescheid unwiderruflich geworden ist, muß zur Bestellung eines definitiven Curators oder Beistandes geschritten werden.

332. Die Interdiction oder die Ernennung eines gerichtlichen Beistandes soll am gewöhnlichen Ausrufsorte des Wohnsitzes des Verantworters verkündiget und ins wochentliche Amtsblatt eingerückt werden.

Sie wird für jene Personen, welche in der Gemeinde wohnhaft sind, oder, wenn die gewöhnlichen Ausrufungen in der Pfarrei statt finden, für jene die in der Pfarrei wohnhaft sind, von der Verkündigung an, und für die übrigen, sobald das Amtsblatt zu ihrer Kenntniß hat kommen können, ihre Wirkung haben.

Der Präsident des Waisenamts ist verpflichtet, unter Strafe des Schadenersages, dafür zu sorgen daß die Einrückung ins Amtsblatt in den vierzehn, auf die Verkündigung folgenden, Tagen statt habe.

333. Die vor der Interdiction wegen Wahnsinns oder Blödsinns abgeschlossenen Akte, können zum Vortheil des Interdicirten als nichtig erklärt werden, wenn die Ursache der Interdiction schon zur Zeit ihres Abschlusses bestand.

Das Gleiche gilt für den Interdictionsfall wegen

Verschwendung, wenn der Parthei, welche den Vertrag abgeschlossen hat, dieser Grund bekannt war, und wenn die Natur des mit dem Interdicirten abgeschlossenen Vertrags die unredliche Absicht nachweist.

334. Die von dem Interdicirten unter früherem Datum als jenes der Interdiction privatschriftlich abgeschlossenen Akte können demselben nur insofern entgegen gehalten werden als die Gewißheit ihres Datums anderweitig erwiesen wäre.

335. Der Ehemann ist von Rechtswegen der Curator seiner interdicirten, von ihm nicht getrennten Frau; außer in dem Falle, wenn sie wegen Verschwendung interdicirt wäre.

336. Der Interdicirte ist, in Ansehung der Verwaltung seines Vermögens, dem nicht emancipirten Minderjährigen gleich gestellt.

Das Waisenamt kann jedoch auf das Gutachten des Familienrathes dem Interdicirten gewisse Geschäfte bloßer Verwaltung anvertrauen.

337. Die Einkünfte des wegen Wahnsinns oder Blödsinns Interdicirten sollen wesentlich zu Erleichterung seines Schicksals und zur Beschleunigung seiner Genesung angewendet werden. Je nach der Beschaffenheit seiner Krankheit und dem Zustande seines Vermögens kann das Waisenamt beschließen, daß er in seiner Wohnung verpflegt oder in ein an-

deres Haus gebracht werde, wo ihm die seiner Lage angemessene Sorgfalt und Verpflegung ertheilt werden können.

338. Die Interdiction und die Bestellung eines gerichtlichen Beistands hören mit den Ursachen auf, welche dieselben veranlaßt haben; demungeachtet kann der Interdicirte oder der mit.gerichtlichem Beistande Versehene die Ausübung seiner Rechte erst nach dem Aufhebungsurtheile wieder erhalten.

339. Die Aufhebung der Interdiction wird durch das Waisenamt nach Anhörung oder Einberufung des Familienrathes verfügt.

340. Wenn beim Ansuchen des Interdicirten um Aufhebung der Interdiction, das Waisenamt und der Familienrath der Ansicht sind, daß die Interdiction fortzudauern habe, so ist diese Ansicht maßgebend.

Bei Meinungsverschiedenheit gibt das Waisenamt den Ausschlag mit Vorbehalt des Rekurses an die Gerichte, vor welchen die Frage contradictorisch gegenüber der öffentlichen Behörde, wenn das Waisenamt sich für die Aufrechthaltung der Interdiction ausgesprochen hat, und im entgegengesetzten Falle contradictorisch gegen den Interdicirten verhandelt werden soll.

341. Der Aufhebungsbescheid des Waisenamtes wird nur insofern vollziehbar seyn als binnen vier-

zehn Tage nach gefaßtem Bescheide Niemand dagegen Einsprache erhoben hat.

Die Einsprache wird durch jene erhoben die berechtigt sind die Interdiction zu veranlassen.

342. Das Waisenamt wird ein Register führen, in welches die Namen aller Interdicirten seines Amtsbezirktes eingetragen werden.

343. Die Verfügungen gegenwärtigen Kapitels in Betreff der Interdiction, sind auf den Fall anwendbar wo wegen der in den Artikeln 315 und 316 erwähnten, Gründe die Ernennung eines gerichtlichen Beistandes hervorgerufen wurde.

Drittes Kapitel.

Von dem gerichtlichen Beistande der Weibspersonen.

344. Mit einem gerichtlichen Beistande sind zu versehen :

Die Tochter und die Wittwe, wenn sie volljährig sind ;

Die Mutter-Vormünderin muß für die ihr persönlich zustehenden Güter einen besondern Beistand haben.

Die Gewalt der Frau ist im Titel : von der Ehe : bestimmt.

345. Der gerichtliche Beistand wird von dem Waisenamte ernannt.

Die Tochter oder die Wittwe soll angehört oder einberufen werden.

346. Der Vater ist von Rechtswegen gerichtlicher Beistand seiner volljährigen Tochter.

347 Die volljährige Tochter oder Wittwe darf, ohne Einwilligung ihres Beistandes, nicht vor Gericht erscheinen, sey's als Klägerin sey's als Beklagte, keine Capitalsumme einziehen, noch dafür Quittung ausstellen, weder Anleihen machen, noch Liegenschaften kaufen, keine Erbschaft annehmen oder ausschlagen, ihre liegenden Güter weder verkaufen, tauschen, veräußern, noch mit Hypothek beschweren.

Sie kann ohne die Genehmigung des Waisenamtes keine Bürgschaft leisten.

Sie kann, ohne Mitwirkung ihres Beistandes, alle übrigen, in gegenwärtigem Artikel nicht besonders bezeichneten, Akte ausüben.

348. Wenn in den, im gegenwärtigen Kapitel vorgesehenen Fällen, der gerichtliche Beistand seine Einwilligung verweigert, so kann die Tochter oder die Wittwe sich an das Waisenamt wenden, dessen Gutachten einer Einwilligung gleich kommt.

349. Die Tochter, die Frau oder die Wittwe können aus den, im zweiten Kapitel gegenwärtigen Titels erwähnten, Gründen und unter Beobachtung der, in demselben vorgeschriebenen, Förmlichkeiten in die Klasse der Interdicirten gestellt werden.

350. Die Dauer der Berrichtungen des gerichtlichen Beistandes ist auf vier Jahre festgesetzt.

Jedoch ist dieser Beistand gehalten in seinen Berrichtungen, bis zu seiner Ersetzung fortzufahren.

Er kann bestätigt werden, wenn er dazu einwilliget.

351. Die Verfügungen über die Unfähigkeit, die Ausschließung und Absetzung von der Vormundschaft sind auf die gerichtlichen Beistände anwendbar.

Zehnter Titel.

Von der Curatel.

352. Es soll ein Curator ernannt werden :

- 1) Um eine erblose Verlassenschaft zu vertreten;
- 2) Um den zur Gefängnißstrafe Verurtheilten, während der Zeit seiner Verhaftung zu vertreten;
- 3) Um die Interessen des Kindes, mit dem eine Wittwe beim Tode ihres Mannes schwanger gieng, zu besorgen;
- 4) Und überhaupt in allen durch das Gesetz bestimmten Fällen.

353. Bei jeder Curatel soll ein Nebencurator seyn. Die Verfügungen der Artikeln 226, 227 und 228 sind auf ihn anwendbar.

354. Der Curator und der Nebencurator werden von dem Waisenamte gewählt, mit Vorbehalt der durch das Gesetz speziell ausgenommenen Fälle.

355. Die für die Vormundschaften bestehenden Verfügungen sind auch auf die Curatelen anwendbar, in Betreff der Ernennung der Curatoren durch das Waisenamt, der Dauer der Curatel, der Überhebungsgründe und der Weise, in welcher diese vorgetragen und erörtert werden sollen, der Unfähigkeit, der Ausschließungen und Absetzungen, der Verwaltung, der Rechnungsablegungen, der Haltung der Familienräthe und in Betreff der Gerichtsbarkeit.

356. Die Curatel wird mit den Ursachen, welche dieselbe erforderlich machten, aufhören.

Ende des ersten Buches.



Zweites Buch.

Von den Gütern und den verschiedenen Verhältnissen des Eigenthums.

Erster Titel.

Von der Unterscheidung der Güter.

357. Alle Güter sind beweglich oder unbeweglich. (Fahrhabe oder Liegenschaften.)

Erstes Kapitel.

Von den unbeweglichen Gütern.

358. Die Güter sind unbeweglich, entweder ihrer Natur, oder ihrer Bestimmung, oder dem Gegenstande nach, auf welchen sie sich beziehen.

359. Grundgüter und Gebäude sind ihrer Natur nach unbeweglich.

360. Mühlen und andere Werkstätten, die auf Pfeilern ruhen oder Theil eines Gebäudes ausmachen, sind ihrer Natur nach unbeweglich.

361. Sind ebenfalls unbeweglich die auf dem Halme stehende Erndte und die vom Baume noch nicht getrennten Früchte.

Sobald aber dieselben geschnitten oder gepflückt sind, gehören sie, selbst wenn sie noch nicht weggeschafft sind, zu den beweglichen Gütern.

Ist nur ein Theil der Ernte geschnitten, so gehört dieser Theil allein zu den Beweglichkeiten.

362. Alle am Boden haftenden Bäume oder Gesträuche sind auch unbeweglich.

363. Die ordentlichen Schläge der Niederwaldungen oder die regelmäßig eingetheilten Schläge der Hochwaldungen werden, nur so wie die Bäume nach und nach gefällt werden, zu den Beweglichkeiten gerechnet.

364. Die Quellen, Wasserbehälter und Wasserläufe werden als unbewegliche Güter betrachtet.

Ebenso die Röhren, welche in einem Gebäude oder in einem andern Gute zur Wasserleitung dienen; sie machen einen Theil des unbeweglichen Gutes aus, zu dessen Gebrauch das Wasser bestimmt ist.

365. Gehören zu den unbeweglichen Gütern, ihrer Bestimmung nach, alle Mobiliar-Effekten,

welche der Eigenthümer zu immerwährendem Stande auf dem Grundgute befestiget oder angebracht hat.

Es wird angenommen der Eigenthümer habe auf seinem Grundgute Mobilien-Effecten zu immerwährendem Stande angebracht, wenn dieselben mit Gyps, mit Kalk oder mit Kitt befestiget sind, oder nicht weggenommen werden können, ohne daß sie selbst oder der Theil des Grundstücks, an welchem sie befestiget sind, gebrochen oder beschädiget werden.

Die Spiegel eines Zimmers werden, als zu immerwährendem Stande angebracht, betrachtet, wenn das Täfelwerk, worauf sie befestiget sind, mit der übrigen Vertäfelung ein Ganzes ausmacht.

Das nämliche gilt in Bezug auf Gemälde und andere Verzierungen.

366. Dem Gegenstande nach, auf welchen sie sich beziehen, sind unbewegliche Güter :

Die Nugnießung der unbeweglichen Sachen ;

Die Dienstbarkeiten oder Grunddienste ;

Die Klagen auf Zurückforderung einer unbeweglichen Sache.

Zweites Kapitel.

Von den beweglichen Gütern.

367. Die Güter sind beweglich entweder ihrer Natur nach, oder durch Bestimmung des Gesetzes.

368. Ihrer Natur nach sind beweglich : diejenigen Körper, die von einem Orte zum andern versetzt werden können, entweder durch eigene Bewegung, wie die Thiere, oder nur durch eine äußere Kraft, wie die leblosen Dinge.

369. Durch Bestimmung des Gesetzes sind bewegliche Güter : die, selbst hypothekarischen Verbindlichkeiten und Rechtsklagen, welche eintreibliche Summen oder Mobilien-Effecten zum Gegenstande haben, so wie auch die ewigen oder lebenslänglichen Renten.

370. Die Barken, Flußschiffe und Fahren sind Beweglichkeiten.

371. Die Ausdrücke : Beweglichkeiten, bewegliche Güter, Fahrhabe, Fahrnisse, Mobilien oder Mobilien-Effecten begreifen überhaupt alles, was laut der vorstehenden Regeln als bewegliche Güter betrachtet wird.

372. Durch die Worte : möblirende Geräthschaften versteht man nur die zum Gebrauche oder zur Verzierung der Zimmer bestimmten Geräthe, wie Tapete, Bette, Stühle, Spiegel, Wanduhren, Tische, Porzellan und andere Gegenstände dieser Art.

373. Der Verkauf oder die Schenkung eines möblirten Hauses begreift nur die möblirenden Geräthschaften in sich.

374. Der Verkauf oder die Schenkung eines Hauses mit Allem, was sich darin befindet; schließt weder das baare Geld noch die Aktivschulden und andere Rechte, deren Urkunden im Hause hinterlegt seyn mögen. in sich; alle andern Mobilien-Effecten aber sind darin begriffen.

Drittes Kapitel.

Vom Verhältnisse der Güter zu ihren Besitzern.

375. Privatpersonen können unter den gesetzlich bestimmten Beschränkungen über die ihnen angehörenden Güter verfügen, wie sie wollen.

Die Verwaltung und Veräußerung der Güter, welche nicht Privatpersonen zugehören, sind besondern Formen und Regeln unterworfen.

376. Die Heerstraßen und öffentlichen Wege, jene der Gemeinden ausgenommen, die Rhone und der Lemaneersee, dessen Ufer und Häfen, und überhaupt alle Theile des Kantonalbodens, welche nicht Privateigenthum seyn können, werden als Staatseigenthum angesehen.

377. Die ledigen und herrenlosen Güter gehören jener Gemeinde, auf deren Boden sie sich befinden.

378. Die Güter derjenigen Personen, die keine Erben hinterlassen, oder deren Nachlaß von dem

Erben nicht angenommen wurde, gehören dem Staate zu.

379. Man kann auf den Gütern entweder ein Eigenthumsrecht, oder ein einfaches Nutzungsrecht, oder bloß ein Grunddienstrecht haben.

Zweiter Titel.

Von dem Eigenthume.

380. Das Eigenthum ist das Recht über die Sachen auf die unbeschränkteste Art zu verfügen und derselben zu genießen, jedoch ohne einen durch die Gesetze oder Verordnungen verbotenen Gebrauch davon zu machen.

381. Niemand kann gezwungen werden, sein Eigenthum abzutreten, außer zum Zwecke öffentlichen Nutzens und in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen und mittelst einer billigen und vorläufigen Entschädigung.

382. Das Eigenthum einer beweglichen oder unbeweglichen Sache giebt ein Recht auf alles, was sie hervorbringt, und was ihr durch Natur oder Kunst zuwächst.

Dieses Recht heißt **Zuwachsrecht**.

Erstes Kapitel.

Von dem Zuwachsrechte auf das, was die Sache hervorbringt.

383. Die natürlichen oder durch Kunstfleiß erzeugten Früchte der Erde und die Civilfrüchte gehören, kraft des Zuwachsrechtes, dem Eigenthümer zu.

384. Natürliche Früchte sind diejenigen, welche die Erde von selbst erzeugt. Die Erzeugnisse und die Vermehrung des Viehstandes sind auch natürliche Früchte.

Die durch Kunstfleiß erzeugten Früchte eines Grundstücks sind diejenigen, welche man durch den Anbau erhält.

Civilfrüchte sind die Hauszinse, die Zinse der Kapitalien, die rückständigen Leibrenten und andere.

Die Pachtpreise gehören ebenfalls zu den Civilfrüchten.

385. Die durch die Sache erzeugten Früchte gehören dem Eigenthümer, nur unter dem Beding zu, daß er die von Drittmann bestrittenen Arbeits- Düngers- und Saatkosten erstatte.

386. Der Besizer im guten Glauben gewinnt sich die Früchte, und kann einzig zur Erstattung derjenigen angehalten werden, welche er seit dem gerichtlichen Begehren bezogen hat.

387. Wer als Eigenthümer, kraft eines, das Eigenthum übertragenden, Rechtstitels, dessen Mängel ihm unbekannt waren, besitzt, ist Besitzer im guten Glauben.

388. Der Besitzer im bösen Glauben ist verpflichtet, nicht allein die seit der ungerechten Inhabung erhaltenen Früchte zu erstatten, sondern auch diejenigen, welche er durch seine Schuld nicht bezogen und die ein guter Hausvater hätte beziehen können.

389. Der Besitzer, selbst wenn er im guten Glauben ist, kann keinen Anspruch machen auf Vergütung der Verbesserungen, welche zur Zeit der Entwährung nicht mehr bestehen.

Der Besitzer im guten Glauben hat ein Vorbehaltungsrecht auf die Güter in Betreff der wirklichen und bestehenden Verbesserungen, wenn diese bei der Rückforderungsklage angesprochen wurden, und man einigen Beweis ihres Daseyns geführt hat.

In keinem Falle aber kommt dieses Vorbehaltungsrecht dem Besitzer im bösen Glauben zu.

Wenn zwischen der Summe, die den wirklichen Werth der Ausbesserungen vorstellt, und derjenigen, die dafür in der That ausgegeben wurde, ein Unterschied besteht, so kann, selbst der Besitzer im guten Glauben, nur die kleinere von den zwei Summen ansprechen.

Zweites Kapitel.

Von dem Zuwachsrechte auf das, was sich mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird.

390. Alles was sich mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird, gehört dem Eigenthümer nach folgenden Regeln.

Erster Abschnitt.

Von dem Zuwachsrechte in Beziehung auf unbewegliche Sachen.

391. Das Eigenthum des Bodens bringt das Eigenthum alles dessen mit sich, was darüber und darunter ist.

Der Eigenthümer kann über dem Boden Pflanzungen und Bauten nach Belieben anlegen.

Unter dem Boden kann er nach Belieben was immer für Bauten und Umgrabungen machen und aus diesen Umgrabungen alle möglichen Erzeugnisse ziehen

Dies alles jedoch mit Vorbehalt der in dem Titel von den Dienstbarkeiten oder Grunddiensten festgesetzten Ausnahmen und der Einschränkungen, die sich aus den Gesetzen und Verordnungen ergeben.

392. Wenn ein Eigenthümer durch seine Umgrabungen und Vertiefungen das nachbarliche

Grundstück einer gewichtigen Gefahr aussetzt, so können auf Begehren des Nachbarn entweder die Umgrabungen untersagt werden, oder der Eigenthümer wird für verpflichtet erklärt, alle Sicherheit zu leisten, welche nothwendig befunden wird, um den Nachbar vor jedem bezüglichen Schaden zu schützen.

393. Bei allen auf einem Grundstücke oder im Innern desselben befindlichen Bauten, Pflanzungen und Werken, tritt, bis zum Beweise des Gegentheils, die Vermuthung ein, daß dieselben von dem Eigenthümer auf eigene Kosten gemacht und ihm zugehörig sind; jedoch unbeschadet des von einem Dritten durch Verjährung oder sonst wie, etwa schon erworbenen oder noch allfällig zu erwerbenden Eigenthumsrechtes, sey es an einem unterirdischen Gewölbe unter dem Gebäude eines andern, sey es an irgend einem andern Theile des Gebäudes.

394. Der Eigenthümer des Bodens, welcher Bauten, Pflanzungen und Werke aus ihm nicht zugehörigen Materialien gemacht hat, muß den Werth derselben bezahlen; er kann auch, eintretenden Falls, zum Schadenersatz verurtheilt werden; jedoch hat der Eigenthümer der Materialien nicht das Recht, dieselben wegzunehmen.

395. Wenn die Pflanzungen, Bauten und Werke von einem Dritten und mit seinen Materia-

lien gemacht worden sind, so hat der Eigenthümer des Grundes das Recht, dieselben entweder zu behalten oder den Dritten zu verpflichten sie wegzuschaffen.

Verlangt der Eigenthümer des Grundes die Wegschaffung der Pflanzungen und Bauten, so geschieht solches auf Unkosten dessen, der sie gemacht hat, ohne eine Entschädigung für ihn; es kann dieser, sogar, eintretenden Falls, wegen des Nachtheils, welcher dem Grundeigenthümer daraus erwachsen seyn mag, zum Schadenersatz verurtheilt werden.

Wenn der Eigenthümer vorzieht, diese Pflanzungen und Bauten zu behalten, so steht es ihm frei, entweder den Werth der Materialien und den Arbeitslohn zu erstatten, oder die Summe zu bezahlen, um welche das Gut an Werth gestiegen ist.

Sind jedoch die Pflanzungen, Bauten und Werke von einem Dritten angelegt worden, dem der Grund entwährt, der aber, in Hinsicht seines guten Glaubens, nicht zur Erstattung der Früchte verurtheilt wurde, so kann der Eigenthümer die Wegschaffung der besagten Werke, Pflanzungen und Bauten nicht verlangen, sondern er ist bloß zu oberwähnter Wahl berechtigt.

396. Sollte ein Theil eines im Baue begriffenen Gebäudes auf den Boden des Nachbarn ein-

greifen, so kann, wenn dieser davon einberichtet, dagegen sich nicht widersetzt, die Person, welche im guten Glauben bauen läßt, als Eigenthümerin sowohl des Bodens als auch des Gebäudes erklärt werden, unter der Bedingung daß sie dem Nachbar den Werth und ein Drittel darüber der besetzten Räumlichkeit wie auch den Schadenersatz für die allfälligen erlittenen Nachtheile bezahle.

397. Wenn die Pflanzungen, Bauten und andere Werke durch einen Dritten mit Materialien, die ihm nicht angehören, gemacht wurden, so hat der Eigenthümer der Materialien kein Recht, dieselben zurück zu verlangen.

Er kann jedoch den Dritten, der sich derselben bedient hat, um Entschädigung belangen; er kann selbst den Eigenthümer des Bodens betreiben, aber bloß um den Preis zu erlangen, welchen dieser etwa noch schuldet.

398. Die Anspühlungen und Anwächse, welche sich nach und nach und unmerklich an den Grundstücken, die an einen See, an den Strom oder an einen Fluß oder Bach anstoßen, bilden, heißt man *Anschwemmung*.

Die Anschwemmung kommt dem Ufereigenthümer, unter nachstehenden Ausnahmen, zu Gute, es mag nun von dem Strome, von einem Flusse oder Bache die Rede seyn; jedoch mit der Verbindlich-

keit, einen Fußtritt oder Leinpfad, den Verordnungen gemäß, zu lassen, wie auch den zu Wuhrenbauten an Orten, wo diese, den Verordnungen gemäß, den Ufereigenthümern nicht zur Last liegen, erforderlichen Raum zu gestatten.

399. Gleiche Bewandniß hat es mit den Ansätzen, welche das fließende Wasser bildet, das sich allmählig von einem seiner Ufer wegzieht, indem es auf das andere übertritt; die Anschwemmung kommt alsdann dem Eigenthümer des entblößten Ufers zu Gute, ohne daß der Ufereigenthümer der entgegengesetzten Seite den von ihm verlornen Boden ansprechen kann.

400. Die Anschwemmungen des Lemnersees gehören dem Staate zu.

401. Die Anschwemmung kommt den Ufereigenthümern nicht zu Gute, wenn die Eigenthume längs dem Strome oder Flusse abgemarkt sind; in diesem Falle gehört die Anschwemmung der Gemeinde zu, auf deren Gebiete sich solche gebildet hat.

402. Die Anschwemmung hat in Betreff der Teiche nicht statt, deren Eigenthümer den Boden immer behält, den das Wasser bedeckt, wenn es zur Höhe des Abflusses des Teiches angestiegen ist; wenn auch schon die Masse des Wassers sich nachher vermindern sollte.

Dagegen erwirbt der Eigenthümer des Seiches auch kein Recht auf die Ufergrundstücke, welche sein Wasser bei einer außerordentlichen Anschwellung überdeckt.

403. Wird von dem Strome, von einem Flusse oder Bache ein beträchtlicher und erkennbarer Theil eines am Ufer gelegenen Grundstückes durch plötzliche Gewalt fortgerissen und einem an oder unter dem entgegengesetzten Ufer befindlichen Grundstücke zugeführt, so kann der Eigenthümer des abgerissenen Stückes sein Eigenthum in Anspruch nehmen, jedoch muß er seine Klage innerhalb eines Jahres einlegen; nach Verlauf dieser Frist wird er damit nicht mehr zugelassen.

404. Wird durch ein Erdsturz ein beträchtlicher Theil eines obern Grundstückes auf das untere geworfen, so kann der Eigenthümer des verschütteten Theils denselben innerhalb eines Jahres zurücknehmen; er hat jedoch das bezügliche Begehren in den sechs Monaten, die auf den Erdsturz folgen, zu stellen.

In diesem Falle ist der Eigenthümer gehalten, alle Gegenstände, die von seinem Eigenthume eingefallen sind, wegzuräumen, und den Schaden zu bezahlen, der durch die Begräbung der verschütteten Sachen verursacht worden ist.

405. Die Inseln und Anschwemmungen, welche sich in der Rhone, den Flüssen und Bächen bilden,

gehören den Ufereigenthümern derjenigen Seite zu, auf der die Insel sich gebildet hat; ist die Insel, nicht auf einer Seite allein gebildet, so gehört sie den Ufereigenthümern der beiden Seiten zu, nach Maaßgabe der Linie, die man als mitten in dem Ströme, Flusse oder Bache gezogen annimmt, ausgenommen die am Ufer gelegenen Grundgüter seyen abgemerkt, in welchem Falle die Inseln und Anschwemmungen den Ufergemeinden anheimfallen.

406. Wenn die Rhone, ein Fluß oder ein Bach, durch Bildung eines neuen Armes, das Grundstück eines Eigenthümers durchschneidet, und solchergestalt umfaßt, daß dadurch eine Insel gebildet wird, so behält dieser das Eigenthum seines Grundstücks.

407. Wenn die Rhone, ein Fluß oder Bach, sein altes Bett verläßt und sich einen neuen Lauf bahnt, so haben die Eigenthümer des neu eingenommenen Grundstückes das Recht auf dem verlassenen Bette einen dem Werthe der eingenommenen Grundstücke entsprechenden Bodentheil zu erhalten.

Bleibt nach geschעהener Entschädigung der Eigenthümer, noch ein Bodentheil über, so wird es den Ufereigenthümern des verlassenen Bettes angehören.

408. Die Verfügungen des gegenwärtigen Abschnittes beeinträchtigen keineswegs das Recht, den

Strom und die Flüsse innerhalb ihrer Schranken zu halten oder zurück zu versetzen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Zuwachtsrechte in Beziehung auf bewegliche Sachen.

409. Wenn mehrere bewegliche Sachen, welche verschiedenen Herren gehören, dergestalt mit einander vereinigt sind, daß sie ein Ganzes bilden, doch auch von einander getrennt werden können, ohne daß daraus eine beträchtliche Beschädigung entsteht, so behält jeder Herr den Besitz seiner Sache und kann die Trennung derselben begehren.

Derjenige, der durch seine Schuld oder Nachlässigkeit die Vereinigung zweier Sachen veranlaßt hat, ist zu dem Schadenersatz, zu dem er Anlaß gegeben, gehalten.

410. Wenn die vereinigten Stoffe gar nicht oder nur mit beträchtlicher Beschädigung eines derselben getrennt werden können, und sich diese Stoffe, sey's mit Einwilligung aller Betheiligten, sey's durch Zufall vereinigt befinden, so entsteht aus dem durch die Mischung gebildeten Ganzen ein für alle Eigenthümer gemeinschaftliches Gut, woran ein jeder nach Verhältniß der Menge der Eigenschaft und des Werthes des ihm darin gehörigen Stoffes Theil hat.

Sind jedoch die Stoffe durch die Wirkung eines Dritten oder nur eines Theils der Eigenthümer vereinigt worden, so bleibt denjenigen, die in die Vermischung nicht eingewilliget haben, die Wahl, entweder an der Sache nach Maßgabe der Menge und Eigenschaft ihres Stoffes Theil zu nehmen, oder dieselben gegen eine billige Schadloshaltung abzutreten.

411. Wenn ein Handwerker oder sonst jemand einen ihm nicht zugehörigen Stoff angewendet hat, um daraus eine Sache einer neuen Gattung zu bilden, so hat der Eigenthümer, ohne Rücksicht, ob der Stoff seine vorige Gestalt wieder annehmen kann oder nicht, die Wahl entweder die daraus gebildete Sache gegen Erstattung des Arbeitslohns zurück zu fordern, oder seinen Stoff gegen eine billige Schadloshaltung abzutreten.

412. Ist jedoch der Arbeitslohn so beträchtlich, daß er den Werth des angewendeten Stoffes weit überstiege, so hat der Arbeiter das Recht, die bearbeitete Sache zu behalten, unter der Bedingung, daß er dem Eigenthümer den Preis des Stoffes vergüte.

413. Hat Jemand theils seinen eigenen Stoff, theils den Stoff eines andern gebraucht, um daraus eine Sache einer neuen Gattung zu bilden, dergestalt, daß diese Stoffe entweder gar nicht oder nicht ohne Schwierigkeit getrennt werden können, so ge-

hört die Sache den Eigenthümern gemeinschaftlich zu, und zwar einerseits nach Verhältniß des Stoffes, anderseits nach Verhältniß des Stoffes und Arbeitslohns.

Jedoch kann der Eigenthümer, ohne dessen Vorwissen der Stoff verbraucht worden ist, selben demjenigen, der davon Gebrauch gemacht hat, abtreten und dessen Werth abfordern.

414. Ist eine Sache unter mehreren gemein, so muß sie zum gemeinschaftlichen Vorthteile versteigert werden.

415. Wer Stoffe, die einem andern zugehören, ohne dessen Vorwissen gebraucht hat, kann, eintretenden Falls, auch zum Schadenersatz verfallen werden, unbeschadet der peinlichen Klage, wenn sich der Fall dazu ergibt.



Dritter Titel.

Von der Nutznießung, dem Gebrauche und von der Wohnung.

Erstes Kapitel.

Von der Nutznießung.

416. Die Nutznießung ist das Recht, der Sachen, deren Eigenthum einem Andern zusteht, wie der Eigenthümer selbst zu genießen, jedoch mit der Verbindlichkeit deren wesentlichen Bestand zu erhalten.

417. Die Nutznießung wird durch das Gesetz oder den Willen des Menschen festgesetzt.

418. Die Nutznießung kann entweder unbedingt, oder auf bestimmten Tag, oder mit Bedingniß festgesetzt werden.

419. Sie kann auf jede Gattung von beweglichen oder unbeweglichen Gütern festgesetzt werden.

Erster Abschnitt.

Von den Rechten des Nutznießers.

420. Der Nutznießer ist berechtigt jeder Gattung von Früchten zu genießen, sey's natürliche, sey's

durch Kunstfleiß erworbene, sey's Civilfrüchte, welche der Gegenstand, dessen Nutznießung er hat, hervorbringen kann

421. Die natürlichen und durch Kunstfleiß hervorgebrachten Früchte, welche in dem Augenblicke, wo die Nutznießung ihren Anfang nimmt, an den Ästen hängen oder auf den Halmen stehen, gehören dem Nutznießer; diejenigen, welche zur Zeit, da die Nutznießung aufhört, in demselben Zustande sind, gehören dem Eigenthümer ohne gegenseitige Vergütung der Arbeits-Saat- und anderer Anbaukosten; aber auch unbeschadet des Antheils an den Früchten, welcher dem Theilpächter, wenn ein solcher, bei'm Anfange oder bei'm Erlöschen der Nutznießung, vorhanden war, zukommt.

422. Die Civilfrüchte werden als Tag für Tag erworben betrachtet und gehören dem Nutznießer nach Verhältniß der Dauer seiner Nutznießung.

Diese Regel ist auch auf die Verpachtungspreise, so wie auf die Miethzinse der Häuser und auf die andern Civilfrüchte, anwendbar.

423. Um das Verhältniß zu bestimmen, nach welchem die aus den Pachtungen sich ergebenden Civilfrüchte zwischen dem Eigenthümer und dem Nutznießer in dem Jahre wo die Nutznießung beginnt und in jenem wo sie endet, vertheilt werden sollen, hat das Pachtjahr mit dem Tage des Pachtabschlusses

zu beginnen, wenn es sich von der Miethe eines Wohnhauses handelt; und vom 1. Januar jedes der erwähnten Jahre an, wenn es sich um Verpachtungen von Grundstücken handelt.

424. Begreift die Nugnießung Sachen, die man nicht gebrauchen kann, ohne sie zu verzehren, z. B. Getreide, Wein und andere Getränke, so ist der Nugnießer berechtigt, dieselben zu verzehren, jedoch unter der Verbindlichkeit, bei'm Erlöschen der Nugnießung, deren Schätzungswerth, oder Sachen von gleicher Gattung zurückzuerstatten, wobei dem allfälligen Minderwerth oder dem Fehlbetrag Rechnung getragen wird.

Wenn Geld in der Nugnießung einbegriffen wird, so soll der Nugnießer am Ende der Nugnießung den nämlichen Werth in gangbaren Geldsorten, nach seiner Auswahl, erstatten.

425. Hat die Nugnießung Sachen zum Gegenstande, welche durch den Gebrauch zwar nicht sofort verzehrt, aber doch nach und nach abgenutzt werden, so hat der Nugnießer das Recht, sich derselben zu dem Gebrauche zu bedienen, zu dem sie bestimmt sind, und ist, am Ende der Nugnießung, bloß gehalten dieselben in dem Zustande, worin sie sich befinden, wenn sie anders nicht durch seinen sträflichen Vorsatz oder seine Fahrlässigkeit verschlimmert worden sind, zu erstatten.

Wenn jedoch die Nutznießung Kleidungsstücke, Tapeten, Vorhänge, Bettgeräthe und was immer für Wäschezeug, Küchengeräthe oder Ackerwerkzeuge in sich begreift, so wird der Nutznießer für die Verschlimmerung, welche diese Gegenstände erlitten hätten, Rechnung leisten.

426. Der Nutznießer kann, bevor er von den Mobilien Besitz nimmt, dieselben sämmtlich oder zum Theil dem Eigenthümer überlassen.

427. Die Nutznießung einer Leibrente ertheilt dem Nutznießer auch das Recht, während der Dauer seines Nießbrauches, dieselbe zu beziehen, ohne zu irgend einer Erstattung gehalten zu seyn.

428. Sind Niederwaldungen in der Nutznießung einbegriffen, so ist der Nutznießer verbunden, in Betreff der Ordnung und Menge des Schlages, nach der Wirthschaft oder nach dem beständigen Gebrauche der Eigenthümer sich zu richten; jedoch ohne Vergütung zu Gunsten des Nutznießers oder seiner Erben für die während der Nutznießung von ihm unterlassenen ordentlichen Schläge, sey es der Niederwaldungen, der Laßreiser, oder der Hochwaldungen.

Bäume, die man aus einer Baumschule ziehen kann, ohne diese zu beschädigen, machen einen Theil der Nutznießung nur unter dem Vorbehalte aus, daß der Nutznießer in der Ergänzung derselben den Orts-Gebräuchen nachkomme.

429. Der Nutznießer benutzt ferner, doch immer den von den frühern Eigenthümern beobachteten Zeit und Gebräuchen gemäß, diejenigen Theile von Hochwaldungen, welche in regelmäßige Schläge eingetheilt worden sind, ob nun solche sich periodisch auf einem gewissen Umfange des Bodens, oder auf eine gewisse Anzahl Bäume beschränken, welche auf dem ganzen Umfange des Gutes ohne Unterschied genommen werden.

430. In allen andern Fällen darf der Nutznießer die hochstämmigen Bäume nicht berühren; er kann zu den Ausbesserungen, zu denen er gehalten ist, lediglich die durch Zufall ausgerissenen oder abgebrochenen Bäume gebrauchen; doch darf er zu diesem Zwecke, wenn es nöthig ist, deren auch eine Anzahl fällen, unter dem Bedinge, daß er vorher wegen der Nothwendigkeit mit dem Eigenthümer sich abgefunden habe.

431. Er kann aus den Gehölzen die Pfähle für die, in der Nutznießung einbegriffenen, Weinberge nehmen; er kann auch von den Bäumen den jährlichen oder periodischen Ertrag beziehen; alles jedoch nach dem Gebrauche des Landes oder nach der Gewohnheit der Eigenthümer.

432. Die abstehenden Obstbäume, selbst diejenigen, welche durch Zufall ausgerissen oder zerbrochen werden, gehören dem Nutznießer, mit der Obliegenheit sie durch andere zu ersetzen.

433. Der Nutznießer kann entweder in eigener Person genießen oder die Ausübung seines Rechtes unter einer lästigen Bedingung oder unentgeltlich abtreten.

434. Die vom Nutznießer für eine Frist von mehr als zwei Jahren abgeschlossenen Pachtverträge sind, falls der Nießbrauch erlöschen würde, nur für die, sey's von der ersten zweijährigen Periode, wenn solche noch nicht abgeschlossen ist, sey's von der zweiten und so fort, noch zu laufende Zeit verbindlich; dermaßen, daß der Pächter die gepachteten Güter nur bis zum Schluß der zweijährigen Periode zu genießen berechtigt ist, während welcher der Nießbrauch erlöscht.

435. Der Nutznießer benutzt die durch Anschwemmung verursachte Vermehrung des Gutes, dessen Nutznießung er hat.

436. Er genießt der Dienstbarkeits-, Durchgangs- und überhaupt aller Rechte, deren Genuß dem Eigenthümer zusteht, und zwar wie der Eigenthümer selbst.

437. Er benutzt ferner, auf gleiche Weise wie der Eigenthümer, die Bergwerke und Steinbrüche, welche zur Zeit der Nutznießungseröffnung ausgebeutet werden.

Er hat kein Nutznießungsrecht auf noch nicht eröffnete Bergwerke und Steinbrüche, weder auf Torf-

gruben, die man zu benutzen noch nicht angefangen hat, noch auf den Schatz, der während der Dauer der Nutznießung entdeckt werden könnte.

Jedoch gebührt ihm der Zins derjenigen Summen, welche als Vergütung für die Beschädigung der dem Nießbrauche unterworfenen Grundgüter zuerkannt wurden.

438. Der Eigenthümer darf weder thätlich, noch auf was immer für eine Weise, die Rechte des Nutznießers beeinträchtigen.

Der Nutznießer kann aber auch seinerseits, nach beendigter Nutznießung, für die Verbesserungen, die er gemacht zu haben behauptet, keine Vergütung begehren, selbst wenn die Sache dadurch an Werth gewonnen hätte.

Er oder seine Erben können jedoch die Spiegel, Gemälde und andere Verzierungen, die er hat anbringen lassen, wegnehmen; jedoch muß er die von jenen Gegenständen besetzt gewesenen Stellen wieder in den vorigen Stand setzen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten des Nutznießers.

439. Der Nutznießer übernimmt die Sachen in dem Zustande, worin sie sich befinden.

Der Nutznießer ist zum Genusse, von dem Augenblicke der Nutznießungsöffnung an, berechtigt; er darf aber den Besitz der Güter, welche der Nutznießung unterworfen sind, nicht eher antreten, als nach geleisteter Bürgschaft, solcher wie ein guter Hausvater zu genießen, und nachdem er in Gegenwart des Eigenthümers, oder doch nach dessen gehöriger Einladung, ein Schätzungsinventar der beweglichen und ein Verzeichniß der unbeweglichen Sachen hat verfertigen lassen.

Die Kosten des Inventars werden vom Nutznießer bestritten, wenn nicht die Nutznießungsurkunde eine Gegenverfügung enthalten sollte.

440. Der Nutznießer kann weder der Bürgschaftsleistung noch der Aufstellung des Schätzungsinventars der Beweglichkeiten überhoben werden. Jedoch ist derjenige, der mit Vorbehalt der Nutznießung verkauft oder verschenkt, zur Bürgschaftsleistung nicht gehalten.

441. Hat der Nutznießer das Verzeichniß der unbeweglichen Sachen nicht verfertigen lassen, so wird vermuthet, er habe selbe in einem guten Zustande der Ausbesserung jeder Art empfangen.

442. Findet der Nutznießer keine Bürgschaft, so werden die unbeweglichen Sachen verpachtet oder in Beschlag genommen.

Die Schuldbriefe werden in Beschlag genommen;

Die in der Nugnießung einbegriffenen Summen werden an Zins gelegt;

Die Lebensmittel werden verkauft und der dahe-
rige Preis ebenfalls an Zins gelegt;

Die Zinsen dieser Summen und der Preis dieser
Pachtungen gehören dem Nugnießer.

443. Der Nugnießer kann nicht destoweniger,
mittelft Leistung der von dem 439sten Artikel erheisch-
ten Bürgschaft, den Beschlag aufheben lassen, und
nach Beendigung des Pachtes, die Verwaltung der
verpachteten Güter übernehmen.

444. In Ermangelung einer Bürgschaft von
Seite des Nugnießers kann der Eigenthümer ver-
langen, daß die Fahrnisse, welche durch den Ge-
brauch abgenutzt werden, verkauft und deren Erlös,
wie derjenige der Lebensmittel, an Zins gelegt werde;
der Nugnießer bezieht alsdann während seiner Nug-
nießung den Zins; doch kann er auch verlangen, und
die Richter können, nach den Umständen, verordnen,
daß ihm ein Theil der Fahrnisse die er zum Ge-
brauche nothwendig hat, unter bloßer Bürgschaft
seines Eides und unter der Verbindlichkeit, solche am
Ende der Nugnießung wieder zu erstellen, gelassen
werde.

445. Der Nugnießer ist nur zu den Unterhalts-
ausbesserungen verbunden.

Die Hauptausbesserungen bleiben dem Eigenthü-

mer zur Last, es sei denn sie wären durch Mangel an Unterhaltsausbesserungen, seit der Eröffnung der Nutznießung verursacht worden, in welchem Falle auch die Hauptausbesserungen dem Nutznießer obliegen.

446. Hauptausbesserungen sind die der Hauptmauern und der Gewölbe, die Herstellung der Balken und Dächer in ihrem ganzen oder in ihrem größern Theile.

Ferner die Herstellung der Dämme, der für den Gebrauch der Hüttenwerke, der Mühlen und anderer ähnlicher Kunstwerke angelegten Wasserleitungen, wie auch der Unterstützungs- und Einfassungsmauern, ebenfalls in ihrem ganzen oder in ihrem größern Theile.

In Betreff neu wieder aufzubauender Wasserleitungen zur Bewässerung, fällt der Ueberschuß der, nach dem Durchschnitte der drei vorhergegangenen Jahre berechneten, gewöhnlichen Unterhaltungsausgabe dem Eigenthümer zur Last.

Alle anderen Ausbesserungen gehören zum Unterhalt.

447. Weder der Eigenthümer noch der Nutznießer sind verbunden, dasjenige was Altershalber zusammengefallen oder durch Zufall zerstört worden ist, wieder aufzubauen, ausgenommen das Gebäude wäre zur Ausbeutung der, dem Nießbrauche unter-

worfenen, Güter nothwendig; in diesem Falle kann der Eigenthümer, unter den im Artikel 449 bestimmten Bedingungen, dazu gezwungen werden.

448. Der Nutznießer ist, während seines Genusses, zur Ertragung aller jährlichen Lasten der, der Nutznießung unterworfenen, Güter verbunden, als da sind, die Abgaben in Natura oder in Geld, und andere Lasten, die man gewöhnlich als Nutznießungslasten betrachtet.

449. In Betreff der Lasten, welche während der Nutznießung dem Eigenthume auferlegt werden können, tragen der Nutznießer und der Eigenthümer folgendermaßen dazu bei:

Der Eigenthümer ist zur Bezahlung derselben verbunden, und der Nutznießer muß den Zins vergüten;

Der Eigenthümer kann jedoch einen Theil der, der Nutznießung unterworfenen, Güter, bis auf den erforderlichen Belauf, verkaufen lassen;

Der Nutznießer soll über den Verkauf vorher gerichtlich einberichtet werden, und er kann denselben mittelst Vorschuß der zur Lastentilgung erforderlichen Summe verhindern;

Macht der Nutznießer den Vorschuß, so kommt ihm am Ende der Nutznießung die Rückforderung des Kapitals zu.

450. Der Nutznießer, unter besonderm Titel haf-

tet nicht für die Schulden, wofür das Grundstück zur Hypothek gestellt ist; zahlt er solche, so bleibt ihm der Regreß gegen den Eigenthümer offen.

451. Der Nutznießer mit Universaltitel ist gehalten für das Ganze oder im Verhältnisse der Güter, deren er genießt, die Zinsen der Schulden, so wie sämtliche ewigen und lebenslänglichen Renten zu bezahlen.

Handelt es sich um die Bezahlung eines Kapitals, so wird, wenn der Nutznießer die Summe vorschießen will, für welche diese Güter beizutragen haben, ihm bei Erlöschen der Nutznießung das Kapital ohne Zins zurückerstattet.

Will der Nutznießer den Vorschuß nicht machen, so steht es dem Eigenthümer frei, entweder diese Geldsumme zu bezahlen, in welchem Falle ihm der Nutznießer während der Dauer des Nießbrauchs für die Zinse Rechnung zu leisten hat; oder einen Theil der dem Nießbrauche unterworfenen Güter bis zum Belauf der schuldigen Summe verkaufen zu lassen.

Dies hat auch bei allfälligen beträchtlichen Reparaturen als Vorschrift zu dienen.

452. Der Nutznießer ist zu den Kosten der Prozesse, welche den Genuß betreffen, so wie zu den Kosten der übrigen Verurtheilungen, wozu diese Prozesse Anlaß geben könnten, gehalten.

Entsteht eine Zwist über das Eigenthum und über den Genuß, so sind der Eigenthümer und der Nutznießer, ein jeder nach Verhältniß seines Interesses, dazu gehalten.

453. Wenn, während der Dauer der Nutznießung, ein Dritter auf das Grundgut sich einen Eingriff erlaubt, oder auf irgend eine andere Art gegen die Rechte des Eigenthümers etwas unternimmt, so ist der Nutznießer gehalten, es demselben anzuzeigen; in Ermangelung dessen, ist er für allen Schaden, der daraus für den Eigenthümer entstehen kann, ebenso verantwortlich, als er es für die von ihm selbst veranlaßten Beschädigungen seyn würde.

454. Haftet die Nutznießung auf Sachen, die man, ohne sie zu verzehren, nicht gebrauchen kann, und sind solche, wenn auch durch Zufall, zu Grunde gegangen, so ist der Nutznießer, auf der im Artikel 424 bestimmten Weise, zu deren Erstattung verbunden.

455. Haftet die Nutznießung nur auf einem Viehstücke, welches ohne Schuld des Nutznießers zu Grunde gegangen ist, so wird dieser nicht gehalten, dem Eigenthümer ein anderes dafür zu geben, noch dessen Schätzungspreis zu erlegen.

456. Geht die Heerde, worauf die Nutznießung haftet, durch Zufall oder durch Krankheit und

ohne des Nutznießers Schuld gänzlich zu Grunde, so ist dieser dem Eigenthümer nur für die Häute oder deren Werth Rechnung zu leisten verbunden.

Ist die Heerde nicht gänzlich zu Grunde gegangen, so wird der Nutznießer gehalten die Anzahl der Thiere, die zu Grunde gegangen sind, bis zum Belauf der Jungen, welche sie erzeugt haben, zu ersetzen.

Dritter Abschnitt.

Wie sich die Nutznießung endiget.

457. Die Nutznießung erlischt:

Durch den natürlichen Tod des Nutznießers ;

Durch Verfluß der Zeit, für welche die Nutznießung festgesetzt wurde ;

Durch Zusammenfall oder Vereinigung der beiden Eigenschaften als Nutznießer und Eigenthümer in einer und derselben Person ;

Durch den Nichtgebrauch des Rechtes während der für die Verjährung der verschiedenen Eigenthume bestimmten Zeit ;

Durch den gänzlichen Untergang der Sache, auf welcher die Nutznießung haftet.

Durch die Entsagung, welche jedoch theilweise nicht geschehen kann, mit Ausnahme dessen, was beim Artikel 426 gesagt ist.

458. Der Nutznießer verliert auch sein Recht auf die ganze Nutznießung wenn er ein in der Nutznießung begriffenes Grundstück vertauscht, verkauft, zur Hypothek giebt, mit einer Dienstbarkeit beschwert, oder auf jede andere Art veräußert.

459. Die Nutznießung kann auch durch den Mißbrauch aufhören, welchen der Nutznießer von seinem Genuß macht, indem er entweder das Grundstück zu Schaden kommen, oder wegen Abgangs an Unterhalt zu Grunde gehen läßt.

Die Gläubiger des Nutznießers können zur Erhaltung ihrer Rechte in den hieraus entstandenen Streitigkeiten interveniren, sie können sich zur Reparatur der gemachten Beschädigungen und zur Gewährleistung für die Zukunft erboten. Die Gerichte können je nach der Wichtigkeit der Umstände entweder die völlige Erlöschung der Nutznießung verfügen, oder aber die Wiedereinsetzung des Eigenthümers in den Genuß des behafteten Gegenstandes nur unter der Bedingung verordnen, daß er alljährlich dem Nutznießer oder seinen Rechts habenden eine bestimmte Geldsumme zahle, bis zum Augenblicke wo die Nutznießung hätte erlöschen sollen.

Die Gerichte können desgleichen je nach den Umständen verordnen, daß die Güter verpachtet werden, mit Vorbehalt des Genusses der Nutznießung wem Rechts.

460. Die Nutznießung welche andern als Privatpersonen zugestanden ist, dauert nur dreißig Jahre, wenn nicht deren Beststellungsakt eine längere Frist bestimmt, in diesem Falle kann jedoch die Dauer der Nutznießung niemals sechzig Jahre übersteigen.

461. Die bis zur Zeit, wo ein Dritter ein bestimmtes Alter erreicht haben wird, bewilligte Nutznießung, dauert bis zu diesem Zeitpunkte, selbst wenn der Dritte vor dem bestimmten Alter mit Tod abginge.

462. Der Verkauf einer, der Nutznießung unterworfenen Sache, bewirkt an dem Rechte des Nutznießers keine Veränderung; er verbleibt im Genuße der Nutznießung, wenn er derselben nicht förmlich entzagt hat.

463. Die Gläubiger des Nutznießers können die zu ihrem Nachtheil gemachte Entsagung als nichtig erklären lassen.

464. Wenn nur ein Theil einer, der Nutznießung unterworfenen Sache, zu Grunde gegangen ist, so besteht die Nutznießung auf dem übrig gebliebenen Theile fort.

465. Hattet die Nutznießung bloß auf einem Gebäude, und wird dieses durch eine Feuersbrunst oder einen andern Zufall zerstört, oder stürzt es Altershalber ein, so steht dem Nutznießer kein Recht,

weder auf den Genuß des Bodens noch der Materialien, zu.

Haftet aber die Nutznießung auf einem Gute, wovon das Gebäude einen Theil ausgemacht hat, so gebührt dem Nutznießer der Genuß des Bodens und der Materialien.

Zweites Kapitel.

Von dem Gebrauche und von der Wohnung.

466. Die Gebrauchs- und Wohnungsrechte werden durch die That des Menschen festgesetzt und gehen auf gleiche Weise wie die Nutznießung verloren.

467. Wer ein Gebrauchs- oder Wohnungsrecht hat, muß, gleichwie der Nutznießer, Bürgschaft leisten, so wie Verzeichnisse und ein Inventar aufstellen lassen.

468. Der Gebrauchs- und der Wohnungsberechtigte sollen als gute Hausväter genießen.

469. Die Gebrauchs- und Wohnungsrechte regeln sich nach der Urkunde, worauf sie gegründet sind, und erhalten, im Sinne der bezüglichen Verfügungen, mehr oder weniger Ausdehnung.

Erklärt sich die Urkunde über die Ausdehnung dieser Rechte nicht, so werden diese auf folgende Art bestimmt.

470. Wer den Gebrauch der Früchte eines Grundgutes hat, kann davon nur so viel fordern, als er für seine und seiner Familie Bedürfnisse nothwendig hat.

Er kann davon auch für die Bedürfnisse der Kinder fordern, die ihm seit der Einräumung des Gebrauchs geboren worden sind.

471. Der Gebrauchsberechtigte kann sein Recht einem Andern weder abtreten noch verpachten.

472. Wer das Wohnungsrecht in einem Hause hat, kann darin mit seiner Familie wohnen, selbst wenn er zur Zeit, als ihm dieses Recht verliehen wurde, nicht verheirathet war.

473. Das Wohnungsrecht beschränkt sich auf das was der Wohnungsberechtigte nebst seiner Familie zur Wohnung nothwendig hat.

474. Das Wohnungsrecht kann weder abgetreten noch verpachtet werden.

475. Wenn der Gebrauchsberechtigte alle Früchte des Grundstücks verbraucht, oder das ganze Haus einnimmt, so muß er, gleichwie der Nutznießer, die Anbaukosten, die Unterhaltsausbesserungen und die jährlichen Lasten auf sich nehmen.

Bezieht er nur einen Theil der Früchte oder bewohnt er nur einen Theil des Hauses, so trägt er nach Verhältniß seines Genusses bei.

Vierter Titel.

Von den Dienstbarkeiten oder Grund- diensten.

476. Eine Dienstbarkeit ist eine Last, welche einem Grundgute zum Gebrauche und Nutzen eines, einem andern Eigenthümer zugehörigen, Grundgutes auferlegt ist.

477. Sie entsteht entweder aus der natürlichen Lage der Orte, oder aus gesetzlichen Verbindlichkeiten, oder aus der That des Menschen.

Erstes Kapitel.

Von den Dienstbarkeiten, die aus der Lage der Orte entstehen.

478. Die tiefer gelegenen Grundgüter müssen das Wasser aufnehmen, welches seinem natürlichen Laufe nach, ohne daß des Menschen Hand dazu beigetragen hätte, von den höhergelegenen Grundgütern abfließt.

Der Eigenthümer des tiefern Grundstücks darf zur Verhinderung dieses Abflusses keinen Damm auführen.

Der Eigenthümer des obern Grundgutes darf nichts unternehmen was die Dienstbarkeit des untern Grundstücks erschwert.

Er kann jedoch sein Wasser in Gräben oder Wasserleitungen (Rinnen) sammeln und dasselbe auf das untere Grundgut fließen lassen.

479. Der Eigenthümer des obern Grundgutes muß jedoch, unter Strafe des Schadenersages, den Eigenthümer des untern Gutes, bevor die zur Anlegung dieser Gräben nöthigen Arbeiten gemacht werden, darüber einberichten, und sie müssen auf die für das tiefer liegende Grundgut mindest schädliche Weise angelegt werden.

480. Wer auf seinem Grundgute eine Quelle hat, kann sich ihrer nach Willkühr bedienen, mit Vorbehalt des Rechtes, welches der Eigenthümer des untern Grundgutes durch Urkunde oder Verjährung erworben haben könnte.

481. Die Verjährung kann in diesem Falle nur durch einen dreißigjährigen ununterbrochenen Genuß erworben werden, und zwar von dem Augenblicke an gerechnet, wo der Eigenthümer des tiefer gelegenen Grundstücks, auf dem höheren Grundgute sichtbare Werke, die bestimmt sind und dazu gedient haben den Fall und Lauf des Wassers auf sein Eigenthum zu erleichtern, angelegt und vollendet hat.

482 Der Eigenthümer einer Quelle darf den Lauf derselben nicht verändern, wenn sie den Einwohnern einer Gemeinde, eines Dorfes oder Weilers das denselben nöthige Wasser verschafft; wenn aber die Einwohner derselben sich den Gebrauch davon weder erworben noch verjährt haben, so kann der Eigenthümer eine durch Sachkundige zu bestimmende Entschädigung fordern.

483. Derjenige, dessen Eigenthum an ein fließendes Wasser gränzt, das ohne Zuthun der Hand des Menschen einen natürlichen Lauf hat, kann sich desselben, da wo es vorbeifließt, zur Wässerung seiner Güter bedienen.

Derjenige, durch dessen Grundgut dieses Wasser fließt, kann sich des Wassers der Strecke nach, die es durchläuft, ebenfalls bedienen, mit der Verbindlichkeit jedoch, dasselbe bei dem Ausflusse aus seinem Grundstücke wieder in seinen gewöhnlichen Lauf zu leiten, unbeschadet, sowohl in dem einen als dem andern Falle, der erworbenen Rechte, der Ortsverordnungen und Gebräuche.

484. Die Mühlen und Hüttenwerke können, entgegengesetzte Gebräuche oder Gegenverträge vorbehalten, die zur Wässerung der Güter bestimmten Wasser nicht ableiten.

485. Das Regenwasser und jenes, welches verlassen sich natürlicher Weise auf die Straßen

ergießt, stehen dem ersten Besiznehmer zu Gebote, jedem seinem Grundgute gegenüber, unbeschadet der polizeilichen Straßenverordnungen.

486. Die Verfügung des vorhergehenden Artikels erstreckt sich nicht auf die Quellwässer, oder auf die Abflüsse der Brunnen, der Ställe oder Mistgruben, welche auf die Straßen in offenen oder geschlossenen, mit Genehmigung der Polizei errichteten, Canälen fließen; sie verbleiben in dem Eigenthume derjenigen, welche in dieser Beziehung einen Rechtstitel oder den Besiz haben.

487. Jeder Eigenthümer kann seinen Nachbar zur Abmarkung ihrer aneinandergrenzenden Grundgüter zwingen. Die Abmarkung geschieht auf gemeinschaftliche Kosten.

488. Jeder Eigenthümer ist berechtigt, sein Grundgut einzuschließen, mit Vorbehalt der im Artikel 524 enthaltenen Ausnahme, und der dem Drittmann etwa zustehenden Dienstbarkeitsrechte.

Zweites Kapitel.

Von den durch das Gesetz festgesetzten Dienstbarkeiten.

489. Die durch das Gesetz festgesetzten Dienstbarkeiten haben den öffentlichen Nutzen oder den einer Gemeinde oder den Nutzen der Privatpersonen zum Gegenstande.

490. Die zum öffentlichen oder Gemeindegenuß eingeführten Dienstbarkeiten bestehen in dem Leinpfade längs den Wässern, in dem Bau oder der Ausbesserung der Straßen und anderer öffentlicher oder Gemeinde-Werken.

Alles was diese Gattung von Dienstbarkeiten betrifft, ist durch Gesetze oder besondere Verordnungen bestimmt.

491. Das Gesetz unterwirft die Eigenthümer gegenseitig verschiedenen Verbindlichkeiten, ohne Rücksicht auf irgend eine Uebereinkunft.

492. Diese Verbindlichkeiten betreffen die Mittelmauer und Mittelgraben, den Fall der Errichtung einer Stützmauer, die Aussicht auf das Eigenthum des Nachbarn, die Dachtraufe, das Durchgangrecht und die Wasserleitungen

Erster Abschnitt.

Von der Mittelmauer und dem Mittelgraben.

493. Jede Scheidewand zwischen Gebäuden bis auf die Höhe wo sie übereinander hinausragen, oder zwischen Höfen und Gärten, ja selbst zwischen Grundstücken, wenn diese in gleicher Höhe sich befinden, wird als Mittelmauer vermuthet, wenn keine Urkunde oder kein Merkmal des Gegentheils vorhanden ist.

Sind die Grundgüter von ungleicher Höhe, und unterstützt eine Mauer das höhere Erdreich, so wird die Mauer als ausschließliches Eigenthum desjenigen angesehen, dessen Grundstück sie unterstützt.

494. Es ist ein Merkmal daß die Mauer nicht gemeinschaftlich sey :

Wenn wirklich bestehende Oeffnungen, wie Thüren und Fenster, oder Kennzeichen alter Oeffnungen dieser Art, wie Wandbretter, Rahmen und Karnieße sich vorfinden.

Wenn eine Traufe besteht ;

Desgleichen wenn nur auf einer Seite entweder eine Mauerkappe oder Steinleisten und Kragsteine, die bei Errichtung der Mauer daselbst angebracht wurden, sich befinden.

In diesen Fällen wird die Mauer als ausschließlich dem Eigenthümer zugehörig betrachtet, zu dessen Gunsten die Oeffnungen angebracht sind oder auf dessen Seite die Traufe, die Mauerkappe oder die Leisten und Kragsteine sich befinden.

Die Verzahnungssteine stehen nicht als Beweis einer Mittelmauer.

495. Die Ausbesserung und Wiederaufführung einer gemeinschaftlichen Mauer liegen allen jenen zur Last, welche ein Recht daran haben, und nach Verhältniß der Rechte eines jeden.

496. Jedoch kann jeder Miteigenthümer einer Mittelmauer, sich des Beitrags zur Ausbesserung und Wiederaufbauung überheben, wenn er der Gemeinschaft entsagt, vorausgesetzt, daß die Mittelmauer kein ihm zugehöriges Gebäude unterstütze.

Ungeachtet dieser Verzichtleistung kann derjenige, welcher der Gemeinschaft entsagt hat, zu den Ausbesserungen, die er durch seine Handlung veranlaßt hat, gehalten werden.

497. Jeder Miteigenthümer kann an eine Mittelmauer bauen und bis zur Hälfte ihrer Dicke Balken oder Durchzüge einlegen.

Jedoch kann er in derselben keine Einbrechung machen, weder irgend ein Werk daran anlegen oder darauf stützen, ohne vorher die Einwilligung des Miteigenthümers einzuholen, oder, auf dessen Verweigerung, durch Sachkundige die erforderlichen Mittel bestimmen zu lassen, wie das neue Werk gemacht werden könne, ohne den Rechten des andern schädlich zu seyn.

498. Jeder Miteigenthümer kann die Mittelmauer erhöhen lassen, doch hat er die Erhöhungskosten und die Unterhaltsausbesserungen des erhöhten Theiles so wie die Arbeiten allein zu bezahlen zu welchen er veranlaßt würde, damit die Mittelmauer die von der Erhöhung herrührende größere Last, ohne etwas an ihrer Festigkeit zu verlieren, ertragen könne.

499. Ist die Mittelmauer nicht stark genug, um die Erhöhung zu ertragen, so muß derjenige, der sie erhöhen will, selbe auf eigene Kosten von Neuem aufführen lassen, und der Zusatz um den sie dicker wird, muß auf seiner Seite genommen werden.

In den Fällen des gegenwärtigen und vorhergehenden Artikels ist der Miteigenthümer überdies gehalten, den Schaden, welchen sein Nachbar aus der Erhöhung oder der neuen Aufführung, wenn gleich nur temporär erlitten hätte, zu vergüten.

500. Der Nachbar, welcher zur Erhöhung nichts beigetragen hat, kann die Gemeinschaft derselben erwerben, wenn er die Hälfte der Erhöhungskosten und den Werth der Hälfte des Bodens ersetzt, der für den allfälligen Zusatz an Dicke angewendet worden ist.

501. Jeder Eigenthümer dessen Grundstück unmittelbar an die Mauer des Nachbarn anstößt, hat ebenfalls das Recht sie ganz oder zum Theil gemeinschaftlich zu machen, wenn er dem Eigenthümer der Mauer die Hälfte ihres Werths, oder die Hälfte des Werths desjenigen Theils, welchen er gemeinschaftlich machen will, und die Hälfte des Werths des Bodens, worauf die Mauer gebaut ist, bezahlt, mit der fernern Verbindlichkeit, die erforderlich erachteten Arbeiten, um dem Nachbarn nicht zu schaden, auszuführen.

502. Es darf gegen eine Mittelmauer weder Mist, Holz, Erde, noch ein anderer ähnlicher Gegenstand angehäuft werden, ohne alle erforderliche Vorsorge zu treffen, damit diese Anhäufungen weder durch ihre Feuchtigkeit noch durch ihren Druck oder ihre zu große Höhe, noch auf was immer für eine Art Schaden zufügen können.

503. Wenn die verschiedenen Stockwerke eines Hauses verschiedenen Eigenthümern gehören, und in den Eigenthumsurkunden die Art der Ausbesserungen und des Wiederaufbaues nicht festgesetzt ist, so sollen diese auf folgende Weise geschehen :

Die Hauptmauern und das Dach fallen sämmtlichen Eigenthümern zur Last, jedem nach Verhältniß des Werthes des ihm zugehörigen Stockwerkes.

Der Eigenthümer eines jeden Stockwerkes macht und unterhält den Fußboden, auf dem er geht, und es ist dem untern Eigenthümer erlaubt, an demselben seine Zimmerdecke zu befestigen, und zwar ohne Entschädigung.

Der Eigenthümer des ersten Stockwerkes macht und unterhält die Treppe, die dahin führt; der Eigenthümer des zweiten Stockwerkes macht und unterhält die Treppe, die vom ersten Stocke zu dem seinigen führt, und so weiter.

Wenn ein Stockwerk unter mehreren Eigenthümern vertheilt ist, so sollen die Auslagen für die Treppe

welche dahin führt von dem unmittelbar unteren Stockwerke oder vom Erdgeschoße an, wenn es sich vom ersten Stockwerke handelt, unter ihnen, je nach dem Werth ihres bezüglichen Antheils an dem gemeinsamen Stockwerke vertheilt werden.

In Betreff der Treppen die in die Keller oder Dachwohnungen führen, wird die gleiche Vertheilung befolgt; bei solcher ist der Werth der Keller und Dachwohnungen als Grundlage zu nehmen.

Die Gewölbe liegen dem Eigenthümer desjenigen Gemaches zur Last, zu welchem selbige gehören.

504. Wird eine Mittelmauer oder ein Haus wieder aufgebaut, so dauern die Aktiv- und Passivdienstbarkeiten, in Hinsicht der neuen Mauer oder des neuen Hauses fort; doch können sie nicht erschwert werden, und es wird vorausgesetzt, daß der Wiederaufbau vor erworbener Verjährung geschieht.

505. Alle Gräben zwischen zwei Grundstücken werden als gemeinschaftlich vermuthet, wenn keine Urkunde oder keine Merkmale, die das Gegentheil beweisen, vorhanden sind.

506. Ein Merkmal der Nichtgemeinschaft ist, wenn der Erdwall oder der Auswurf der Erde sich nur auf einer Seite des Grabens befindet, und seit drei Jahren daselbst angehäuft ist.

Der Graben wird als ausschließliches Eigenthum.

desjenigen angesehen, auf dessen Seite sich der Auswurf befindet.

Diese Vermuthung hört auf, wenn die abschüssige Lage des Bodens oder jedes andere augenscheinliche Hinderniß die Erde nur auf einer Seite zu werfen nöthiget.

507. Der gemeinschaftliche Graben muß auf gemeinschaftliche Kosten unterhalten werden.

508. Jede Hecke, welche Grundstücke scheidet, wird für gemeinschaftlich gehalten, es sei denn, daß nur eines der Grundgüter im Verzäunungsstande wäre, oder daß Marken, Urkunden oder hinreichender Besitz die Nichtgemeinschaftlichkeit beweisen sollte.

509. Die in einer gemeinschaftlichen Hecke sich befindlichen Bäume sind gemeinschaftlich wie die Hecke, und jeder der beiden Eigenthümer hat das Recht zu begehren, daß sie umgehauen werden.

Zweiter Abschnitt.

Von der Entfernung und den Zwischenwerken, welche bei gewissen Gebäuden, Ausgrabungen und Pflanzungen erheischt werden.

510. Wer ein Haus oder auch nur eine Mauer aufführen will, kann selbst auf den Grenzen seines Eigenthumes bauen, unbeschadet des Rechtes, welches der Nachbar, in Gemäßheit des Artikels 501 hat, die Mauer gemeinschaftlich zu machen.

511. Niemand kann einen Schöpfbrunnen, eine Cisterne oder eine Abtrittsgrube neben einer gemeinschaftlichen oder nicht gemeinschaftlichen Mauer graben, außer in einer Entfernung von sechs Schuh, es sei denn, er führe auf seinem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer auf, um dadurch jedem aus diesen Werken für den Nachbar entstehenden Nachtheil vorzubeugen.

512. Niemand kann an eine gemeinschaftliche oder nicht gemeinschaftliche Mauer in einer kleineren Entfernung als von drei Schuh Kamin- schläuche, Brennöfen oder Schmieden anbauen, außer er lasse auf seinem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer aufführen, um dadurch dem Nachtheil vorzubeugen, welcher aus diesen Werken für den Nachbar entstehen könnte.

In allen Fällen wird die Aufsicht der Polizei vorbehalten.

513. Niemand darf an eine gemeinschaftliche oder nicht gemeinschaftliche Mauer einen Stall anbauen, Salzmagazine errichten, oder äßende Stoffe anhäufen, wofern er nicht auf eigenem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer aufbauet, um seinen Nachbar vor Schaden zu schützen.

514. Dem Eigenthümer eines Grundstücks ist es nur insofern erlaubt, einen Graben oder eine Wasserleitung darin aufzuwerfen, als er bis zur

Scheidelinie beider Güter einen, der Tiefe des Grabens oder der Wasserleitung gleichkommenden, Rand stehen läßt, außer er treffe die nöthige Vorsorge, um jeden Schaden von seinem Nachbar abzuwenden.

515. Es ist nicht erlaubt nächst den Grenzen des nachbarlichen Eigenthums Bäume zu pflanzen, außer mit Beobachtung nachstehender Entfernungen:

1° Für die hochstämmigen Bäume, zwölf Schuhe.

In Betreff der zu beobachtenden Entfernung werden als hochstämmige Bäume betrachtet, alle jene deren hauptsächliche Kraft von der beträchtlichen Höhe ihres Stammes herrührt, er mag sich in mehrere Äste verzweigen oder sich ohne zu verzweigen in die Höhe ziehen, so wie die Nußbäume, die Kastanien, Eichen, Fichten, die Ulme, Pappel, Buchen und andere dergleichen.

2° Für die anderweitigen nicht hochstämmigen Bäume, sechs Schuhe.

Werden als dieser Gattung zugehörend angesehen, diejenigen Bäume, deren, zu einer nicht beträchtlichen Höhe herangewachsener Stamm sich in mehr oder minder zahlreiche Zweige vertheilt; so wie die Birn- Apfel- Kirsch-Bäume, und überhaupt alle Fruchtbäume welche im N° 1 nicht einbegriffen sind.

3° Für die Reben, Gesträuche, so wie für die

Fruchtbäume, sei's Zwerg- oder Spalierbäume, die nicht über acht Schuhe in die Höhe reichen, andert-halb Schuhe.

Die Beobachtung der hierob vorgeschriebenen Entfernungen ist nicht nothwendig, wenn das Grundstück von jenem des Nachbars mittelst einer gemeinschaftlichen oder nicht gemeinschaftlichen Mauer geschieden ist, doch sind die Pflanzen bei einer Höhe zu behalten, welche diejenige der Mauer nicht übersteigt.

516. In Betreff der Pflanzen die im Innern der Waldungen, nächst den respectiven Marken, sei's am Rande der Wasserleitungen oder den Gemeindestraßen entlang wachsen, und in Betreff der Pflanzungen die allda gemacht werden, sind die Ortsgebräuche, und in deren Abgang die im vorigen Artikel bestimmten Entfernungen zu beobachten.

517. Der Nachbar hat immer das Recht zu verlangen, daß die Bäume, welche in Zukunft in einer geringern Entfernung gepflanzt würden, umgehauen werden.

518. Derjenige, auf dessen Eigenthum die Äste von des Nachbars Bäumen überhangen, kann diesen letztern zwingen, dieselben abzuschneiden.

Erstrecken sich die Wurzeln bis in sein Grundstück, so hat er das Recht dieselben darin selbst abzuschneiden.

519. Der Eigenthümer eines Grundgutes darf dasselbe nicht mit einer lebendigen Hecke einschließen, außer in einer Entfernung von einem Schuh von der Scheidelinie der beiden Grundgüter.

Die Entfernung muß von zwei Schuhen seyn, wenn das angrenzende Gut ein Garten oder ein Weinberg ist.

Dritter Abschnitt.

Von der Aussicht auf das Eigenthum des Nachbars.

520. Ein Nachbar darf ohne Bewilligung des andern, in der Mittelmauer kein Fenster oder Öffnung, auf welche Art dieses auch geschehen mag, anbringen.

521. Der Eigenthümer einer nicht gemeinschaftlichen Mauer kann in derselben Aussichten oder Fenster anbringen, wenn gleich diese Mauer unmittelbar an das Grundgut eines andern stoßt; er kann aber diese Aussichten oder Fenster mit ins Kreuz eingesetzten Eisenstangen nicht versehen, außer die Außenseite der Mauer, in der man dieselben anbringt, sey vom Grundgute des Nachbars um neun Schuhe entfernt.

Dieses Verbot hört auf wenn eine Dienstbarkeit besteht, oder wenn zwischen den zwei Grundgütern

ein Weg, oder eine kleine Gasse von einer geringern Breite, als die obenerwähnte, sich befindet.

522. Wenn das Recht der Aussicht durch Urkunde oder durch Verjährung erworben worden ist, so kann der Nachbar nicht näher als neun Schuhe dem gegenüberstehenden Gebäude bauen.

Vierter Abschnitt.

Von der Dachtraufe.

523. Jeder Eigenthümer soll seine Dächer so einrichten, daß das Regenwasser auf seinen Boden oder auf die öffentliche Straße, mit Vorbehalt der Polizeiaufsicht, sich ergieße; er kann dasselbe nicht auf das Grundstück seines Nachbarn ablaufen lassen.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Durchgangrechte und von den Wasserleitungen.

524. Der Eigenthümer, dessen Grundgüter eingeschlossen sind und der keinen Ausweg auf eine öffentliche Straße hat, kann zur Ausbeutung seines Grundgutes einen Durchgang über die Grundgüter seiner Nachbarn fordern, mit der Verbindlichkeit, einen dem Schaden, den dieser Durchgang verursachen kann, verhältnißmäßigen Ersatz zu leisten.

Die Bestimmung dieses Artikels ist auch für den

Fall maßgebend, wenn der Eigenthümer des eingeschlossenen Grundstückes die Kultur oder die Ausbeutungsart desselben ändern würde.

525. Der Durchgang muß, in der Regel, auf jener Seite genommen werden, wo er von dem eingeschlossenen Grundstücke am kürzesten zur öffentlichen Straße führt.

526. Er muß jedoch an demjenigen Orte bestimmt werden, wo er dem Eigenthümer, über dessen Grundstück er gestattet wird, am unschädlichsten ist.

527. Wenn das Grundgut in Folge eines Verkaufs, eines Tausches oder einer Theilung eingeschlossen worden ist, so sind die Verkäufer, die Tauschenden oder Theiler den Durchgang, selbst ohne Entschädigung, zu gestatten verbunden.

528. Wenn der, dem eingeschlossenen Grundstücke gestattete Durchgang, durch die Vereinigung dieses Grundstückes mit einem andern, welches an eine öffentliche Straße grenzt, nothwendig zu seyn aufhört, so kann der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundstückes immer verlangen, daß der Durchgang aufgehoben werde; ist eine Entschädigung bezahlt worden, so soll deren Preis zurückgegeben werden.

Das Gleiche gilt auch, wenn ein Verbindungs-

weg mit dem eingeschlossen gewesenen Grundstücke geöffnet worden.

In diesen beiden Fällen kann die Verjährung nicht angerufen werden.

529. Der erforderliche Durchgang kann auch begehrt werden während der todten Jahreszeit, für die Ausbeutung der Wälder, ja selbst einzelner Bäume, welche man nur durch das tiefergelegene Grundgut ausziehen kann; unter der Verbindlichkeit, eine dem durch diesen Durchgang verursachten Schaden verhältnißmäßige Vergütung zu bezahlen.

530. Die Klage auf Entschädigung, in dem von dem Artikel 524 vorgesehenen Falle, ist verjährbar, und das Durchgangsrecht besteht fort, obgleich die Entschädigungsklage nicht mehr zulässig ist.

531. Ein oder mehrere Eigenthümer, denen zur Bewässerung ihrer Güter das Wasser fehlt, können einen Durchgang für das Wasser mittelst Anlegung einer Wasserleitung auf fremden Grundgütern verlangen, unter der Verbindlichkeit, eine dem zu diesem Dienste nothwendigen Boden verhältnißmäßige Entschädigung, und ein Sechstel darüber, zu bezahlen.

Dieses Sechstel darüber wird für Gemeindegüter nicht entrichtet.

Der Eigenthümer der Wasserleitung haftet für jeden Schaden, der daraus entstehen kann.

532. Die Gemeinde, das Dorf oder der Weiler, welcher nicht genugsam mit Brunnen versehen ist, kann zur Anlegung neuer Brunnen, mittelst der im vorhergehenden Artikel bestimmten Entschädigung, den nöthigen Durchgang verlangen.

533. Der in den zwei vorgehenden Artikeln erwähnte Durchgang soll, in der Regel, da genommen werden, wo er den dazwischen gelegenen Grundgütern am wenigsten schädlich wird.

Der Durchgang kann, wider den Willen der Eigenthümer, nicht durch Gebäude, Höfe, Gärten und eingemauerte Räume genommen werden.

D r i t t e s K a p i t e l .

Von den durch die That des Menschen festgesetzten Dienstbarkeiten.

Erster Abschnitt.

Von den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeiten, welche auf den Gütern errichtet werden können.

534. Es ist den Eigenthümern erlaubt, auf ihren Eigenthümen oder zu Gunsten derselben, jede ihnen beliebige Dienstbarkeit zu errichten, wenn nur diese der öffentlichen Ordnung nicht zuwider gehen.

535. Es können jedoch Verträge geschlossen wer-

den, welche einer Person, ohne Rücksicht auf die von ihr besessenen Güter, die Ausübung eines Rechtes auf dem Grundgut eines andern für ihren Nutzen oder Annehmlichkeit einräumen; dieses Recht darf aber nicht an einen Andern abgetreten noch verpachtet werden, weder sich über das Leben derjenigen, die dieses Recht zuerst erhalten haben, erstrecken, noch zu Gunsten ihrer Nachfolger festgesetzt werden.

536. Die Ausübung und der Umfang der Dienstbarkeiten richten sich nach der Begründungsurkunde, und, in Abgang der Urkunde, nach den nachstehenden Regeln.

537. Die Dienstbarkeiten sind entweder unabgebrochene oder abgebrochene.

Unabgebrochene Dienstbarkeiten sind diejenigen, deren Ausübung immerwährend ist oder seyn kann, ohne daß dazu ein wirkliches Zuthun des Menschen erfordert wird, wie die Wasserleitungen, die Traufen, die Aussichten und andere dieser Art.

Abgebrochene Dienstbarkeiten sind jene, zu deren Ausübung das wirkliche Zuthun des Menschen nothwendig ist; solche sind: das Durchgangs- und Weiderecht, das Recht Wasser zu schöpfen und andere dergleichen.

538. Die Dienstbarkeiten sind augenscheinliche oder nicht augenscheinliche.

Augenscheinliche Dienstbarkeiten sind diejenigen,

welche durch äußere Werke, wie eine Wasserleitung, erkannt werden.

Die Fenster sind nur dann ein augenscheinliches Merkmal einer Dienstbarkeit, wenn sie mit ins Kreuz eingesetzten Eisenstangen versehen sind, den Fall ausgenommen wo eine Bestimmung des Hausvaters besteht.

Die Pforten sind kein augenscheinliches Merkmal einer Dienstbarkeit, wenn sie nicht etwa in einer gemeinschaftlichen Mauer angebracht sind.

Nicht augenscheinliche Dienstbarkeiten sind diejenigen, welche kein äußeres Merkmal ihres Daseyns haben, wie z. B. das Verbot, auf einem Grundstücke zu bauen, oder nicht über eine bestimmte Höhe zu bauen.

539. Die Dienstbarkeit, Wasser zu schöpfen mittelst eines äußern und fortbestehenden Kanals oder jedes andern ebenfalls äußern und fortbestehenden Werkes, wenn diese Wasserleitung zur Beförderung des Ackerbaues, der Industrie oder zu jedem andern Gebrauche angelegt ist, wird zu den unabgebrochenen und augenscheinlichen Dienstbarkeiten gerechnet.

Zweiter Abschnitt.

Wie die Dienstbarkeiten errichtet werden.

540. Die unabgebrochenen und zugleich augen-

scheinlichen Dienstbarkeiten werden durch Urkunde oder durch dreißigjährigen Besiz erworben.

541. Die unabgebrochenen nicht augenscheinlichen Dienstbarkeiten und die abgebrochenen Dienstbarkeiten, sie mögen augenscheinlich seyn oder nicht, können nur durch Urkunden begründet werden.

Jedoch können die Dienstbarkeiten des Durchgangrechts zu Gunsten gewisser und bestimmter Grundgüter auch durch einen dreißigjährigen Besiz erworben werden, wenn nur dieses Durchgangrecht nicht als ein mißbräuchliches betrachtet werden kann; es wird jedesmal als solches betrachtet, wenn sich ein anderes Durchgangrecht vorfindet, welches zum Dienste der Grundstücke genugsam ist.

In Betreff der übrigen Dienstbarkeiten ist der, selbst undenkliche, Besiz nicht hinreichend, um dieselben festzusetzen; jedoch kann man Dienstbarkeiten dieser Art, die durch den Besiz bereits erworben sind, gegenwärtig nicht mehr bestreiten.

542. Die Bestimmung des Hausvaters gilt in Betreff der unabgebrochenen und zugleich augenscheinlichen Dienstbarkeiten als eine Urkunde.

543. Die Bestimmung des Hausvaters hat nur insofern statt, als es erwiesen ist, daß die zwei, gegenwärtig getrennten Grundgüter dem nämlichen Eigenthümer gehört haben, und daß durch ihn die

Sachen in den Zustand gesetzt worden sind, woraus die Dienstbarkeit hervorgeht.

544. Wird eines dieser Grundgüter veräußert, ohne daß der Vertrag, in Rücksicht der Dienstbarkeit eine Übereinkunft enthält, so dauert selbe auf eine active oder passive Art, zu Gunsten des veräußerten Grundgutes, oder auf demselben fort.

545. Wer eine Dienstbarkeit errichtet, wird angesehen, auch alles was zur Ausübung derselben nothwendig ist, zugestanden zu haben.

So bringt die Dienstbarkeit des Wassers schöpfens aus einem fremden Brunnen das Durchgangsrecht nothwendig mit sich.

546. Die von einem Miteigenthümer eines ungetheilten Grundstückes zugestandene Dienstbarkeit wird nur alsdann als begründet und in der That auf dem Grundgute haftend betrachtet, wenn die andern Miteigenthümer selbe sämmtlich oder einzeln auch zugestanden haben.

Die von einigen Miteigenthümern, unter was immer für einem Titel, gemachten Dienstbarkeitsbewilligungen bleiben so lange schwebend, bis alle andern denselben beigestimmt haben.

Wenn jedoch die Bewilligung von einem Miteigenthümer ohne Beistimmung der Andern gestattet worden ist, so dürfen weder der Eigenthümer von dem die Bewilligung ausgeht, noch seine Nachfolger,

selbst unter besonderm Titel, noch seine Rechts habenden irgend etwas thun was die Ausübung des bewilligten Rechtes hindern könnte.

Dritter Abschnitt.

Von den Rechten des Eigenthümers des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zukommt.

547. Derjenige, dem eine Dienstbarkeit zukommt, hat das Recht, alle zu deren Ausübung und Erhaltung nothwendigen Werke zu errichten.

548. Die Kosten dieser Werke hat er, und nicht der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes zu tragen, außer die Begründungsurkunde der Dienstbarkeit enthalte das Gegentheil.

Wenn jedoch der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes aus denselben Werken einigen Vortheil bezieht, so sollen die Kosten von beiden Eigenthümern nach Verhältniß des Nutzens, den ein jeder von ihnen davon hat, getragen werden.

549. In dem Falle selbst, wo der Eigenthümer des dienstpflichtigen Bodens die Verbindlichkeit hat, die zur Ausübung oder zur Erhaltung der Dienstbarkeit erforderlichen Werke, entweder ganz oder zum Theil zu errichten, kann er sich jederzeit von dieser Obliegenheit befreien, wenn er den Theil des Grundstücks, auf welchem sich die Dienstbarkeit aus-

übt, dem Eigenthümer des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zusteht, abtritt.

550. Wird das Grundstück, zu dessen Vorthail die Dienstbarkeit errichtet ist, getheilt, so muß dieselbe jedem Theile geleistet werden, ohne daß jedoch der Zustand des dienstpflichtigen Grundgutes dadurch erschwert werden darf.

So sind, z. B., im Falle eines Durchgangsbrechtes, alle Miteigenthümer verbunden, dasselbe auf dem nämlichen Wege auszuüben.

551. Der Eigenthümer des die Dienstbarkeit schuldigen Grundgutes darf nichts thun, was deren Ausübung schmälern oder unbequemer machen könnte.

So kann er weder den Zustand der Orte verändern, noch die Ausübung der Dienstbarkeit auf einen andern Ort verlegen, als den worauf sie ursprünglich angewiesen worden ist.

Wäre jedoch diese ursprüngliche Anweisung dem Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes beschwerlicher geworden, oder hinderte sie ihn vortheilhafte Ausbesserungen daran vorzunehmen, so kann er dem Eigenthümer des andern Grundstückes einen zur Ausübung seines Rechtes eben so bequemen Ort anweisen, und dieser muß es annehmen.

552. Seinerseits darf der zu einer Dienstbarkeit Berechtigte weder auf dem dienstpflichtigen Grundstücke noch auf demjenigen, welchem die Dienstbar-

keit zu leisten ist, eine Veränderung vornehmen, welche den Zustand des erstern erschwert.

Vierter Abschnitt.

Wie die Dienstbarkeiten erlöschen.

553. Die Dienstbarkeiten hören auf, wenn die Sachen sich in einem solchen Zustande befinden, daß man die Dienstbarkeit nicht mehr ausüben kann.

554. Sie leben wieder auf, wenn die Sachen wieder dermaßen hergestellt sind, daß man die Dienstbarkeit ausüben kann; außer es wäre schon ein hinreichender Zeitraum verflossen, welcher in Gemäßheit der Artikel 556 und folgender, die Vermuthung begründet, daß die Dienstbarkeit erloschen sei.

555. Jede Dienstbarkeit ist erloschen, wenn das Grundstück, dem sie zu leisten ist, und dasjenige, welches sie zu leisten hat, in den Händen eines und desselben Eigenthümers vereinigt sind.

556. Die Dienstbarkeit erlischt durch den alleinigen Nichtgebrauch während dreißig Jahren; außer der Eigenthümer des zur Dienstbarkeit berechtigten Grundstückes wäre durch einen von seinem Willen unabhängigen Umstand verhindert worden, derselben zu genießen.

557. Die dreißig Jahre nehmen je nach den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeit ihren

Anfang; bei abgebrochenen Dienstbarkeiten von dem Tage an, wo man derselben zu genießen aufgehört hat, bei unabgebrochenen aber von dem Tage an, wo eine der Dienstbarkeit zuwiderlaufende Handlung statt gehabt hat.

558 Die Ausübungsweise der Dienstbarkeit kann, wie die Dienstbarkeit selbst, und auf die nämliche Art, verjährt werden.

559. Der Gebrauch einer Dienstbarkeit zu einer andern als zu der verabredeten oder durch den Besitz geregelten Zeit verhindert die Verjährung derselben nicht.

560. Wenn das zur Dienstbarkeit berechnigte Grundgut ungetheilt Mehrern zugehört, so verhindert der Genuß des Einen die Verjährung gegen alle.

561. Wenn unter den Miteigenthümern sich einer befindet, wider welchen die Verjährung nicht laufen konnte, wie z. B. ein Minderjähriger, so hat dieser das Recht aller übrigen bewahrt.

Ende des zweiten Buches.

Drittes Buch.

Von den verschiedenen Arten das Eigenthum zu erwerben.

Allgemeine Verfügungen.

562. Das Eigenthum der Güter wird durch Erbschaft kraft letzten Willensverfügung oder ohne solche, durch Schenkung zwischen Lebenden und vermöge anderer Verbindlichkeiten erworben und übertragen.

563. Das Eigenthum wird auch durch Anwachs oder Einverleibung, oder durch Verjährung erworben.

564. Dinge, die Niemand gehören, deren man jedoch Eigenthümer werden kann, werden durch die Besiznahme erworben.

Diese Dinge sind:

Die Thiere, welche in Niemandens Besiz und ein Gegenstand der Jagd und des Fischens sind; der Schatz und die verlassenen beweglichen Dinge.

Die verlorenen Sachen können ebenfalls durch die Besitznahme erworben werden.

565. Die Befugniß zu jagen oder zu fischen wird mittelst besonderer Gesetze geordnet.

Es ist jedoch nicht erlaubt fremden Boden zu betreten um darin gegen das Verbot des Besitzers zu jagen.

566. Jedem Eigenthümer von Bienenschwärmen kommt das Recht zu, selben auf fremden Boden nachzugehen; es liegt ihm jedoch die Pflicht ob, den Schaden gut zu machen, welchen er dem Grundeigenthümer zugefügt hat.

Ist der Eigenthümer denselben innerhalb zweier Tage nicht nachgegangen, oder hat er während einer gleichen Zeitfrist aufgehört, denselben nachzugehen, so können die Schwärme, wenn sie auf einem öffentlichen oder Gemeindeboden sich befinden, von Jedermann, und von dem Grundeigenthümer wenn sie auf Partikularboden sind, behändigt und behalten werden.

Das gleiche Recht steht dem Eigenthümer zahmgemachter Thiere zu; unterläßt er aber solche innerhalb zwanzig Tagen zurückzufordern, so gehören sie demjenigen zu, der sich derselben bemästert hat.

567. Das Eigenthum eines Schazes gehört dem, welcher ihn in seinem eignen Boden findet; wird der Schatz in dem Boden eines andern gefunden

den, so gehört er zur einen Hälfte demjenigen zu, der ihn durch bloßen Zufall gefunden hat, und, zur andern Hälfte, dem Eigenthümer des Bodens.

Schatz heißt eine alte Hinterlage jeder verborgenen oder vergrabenen Sache, auf die Niemand sein Eigenthumsrecht erweisen kann.

568. Der Finder einer Sache ist gehalten, solche dem vorigen Besitzer zu erstatten, wenn deren Kennzeichen oder andere Umstände ihn zu dessen Kenntniß führen.

Kennt er denselben nicht, und übersteigt die Sache den Werth von einem Franken, so hat der Finder selbe dem Präsidenten der Gemeinde, in welcher sie gefunden wurde, innerhalb acht und vierzig Stunden zu Händen zu geben.

In den beiden Fällen gegenwärtigen Artikels wird der Finder, welcher die Zurückerstattung oder die vorgeschriebene Einhändigung unterlassen sollte, als ein betrüglicher Vorenthalter fremder Sache angesehen.

569. Der Gemeindepräsident soll die bei ihm geschehene Hinterlage veröffentlichen lassen.

Übersteigt die gefundene Sache sechs Franken an Werth, so hat er dieselbe mittelst des wochentlichen Amtsblattes bekannt zu machen.

570. Wenn innerhalb sechs Monaten seit der Verkündigung, der Eigenthümer sich nicht stellt, so

gilt die Sache für verlassen, und gehört sodann dem Finder zu. Im Falle ihr Verkauf durch Umstände nothwendig geworden wäre, hat er das Recht den Preis derselben sich verabsolgen zu lassen.

571. Der Eigenthümer der verlorenen Sache, oder deren Finder ist, bei Zurücknahme oder bei Empfang des Preises derselben zur Erstattung der Kosten gehalten.

572. Auf Begehren des Finders, ist der Eigenthümer der verlorenen Sache gehalten, demselben als Vergeltung das Zehntel der Summe oder des Sachwerthes zu bezahlen; übersteigt aber die Summe oder der Sachwerth tausend Franken, so kann für den Ueberschuß nur der zwanzigste Theil als Vergeltung verlangt werden.

573. Es giebt Dinge, die Niemand gehören, und deren Gebrauch Jedermann zukommt.

Polizeigesetze bestimmen die Art, sie zu benutzen.



Erster Titel.

Von den Erbschaften.

574. Die Erbschaften werden entweder mittelst Verfügung des Menschen oder des Gesetzes übertragen.

575. Ueber den Nachlaß sowohl im Ganzen als theilweise, desgleichen über Summen oder besondere Gegenstände, die in demselben begriffen sind, darf einzig mittelst letzten Willensaktes verfügt werden; mit Vorbehalt der im fünften Kapitel des Titels von den Schenkungen aufgestellten Ausnahmen.

Zweiter Titel.

Von den testamentarischen Erbschaften.

Erstes Kapitel.

Von den Testamenten.

576. Das Testament ist ein seiner Natur nach widerruflicher Akt, wodurch der Testator für die Zeit, da er nicht mehr am Leben seyn wird, und gemäß den Bestimmungen des Gesetzes, über alle seine Güter oder einen Theil derselben zu Gunsten einer oder mehrerer Personen verfügt.

577. Das Testament kann Verfügungen, sey's unter einem Universaltitel, sey's unter Partikular-
titel, enthalten.

578. Verfügungen unter einem Universaltitel sind solche, wodurch der Testator einer oder mehreren Personen sein sämmtliches Vermögen oder einen Theil desselben vermacht.

Alle übrigen Verfügungen sind unter Partikular-titel.

579. Zwei oder mehrere Personen können durch ein und denselben Akt, weder zum Vortheile eines Dritten noch unter dem Titel einer gegenseitigen Verfügung testiren.

Zweites Kapitel.

Von der Fähigkeit, mittelst Testaments zu verfügen oder zu empfangen.

580. Alle, außer denen, welche das Gesetz dazu unfähig erklärt, können durch Testament verfügen und empfangen.

581. Sind, mittelst Testaments zu verfügen unfähig :

Jene, die das sechszehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben ;

Jene, die dieses Rechtes in Folge einer peinlichen Verurtheilung verlustig worden sind, in Gemäßheit, dessen, was im Titel von dem Genusse und dem Verluste der bürgerlichen Rechte bestimmt ist ;

Die Interdicirten wegen Blödsinnigkeit, Wahnsinn oder Raserei; wenn nicht erwiesen wird, daß sie zur Zeit der Testamentserrichtung bei gesunder Vernunft waren;

Diejenigen, selbst nicht interdicirten, Personen, in Betreff welcher der Beweis geliefert wurde, daß sie zur Zeit der Testamentserrichtung entweder blödsinnig, wahnsinnig oder rasend, oder aus irgend einer andern Ursache nicht bei gesunder Vernunft waren.

582. Der in Wallis begüterte Fremde kann über diese Güter mittelst Testaments selbst zu Gunsten eines Fremden verfügen, in Gemäßheit der Bestimmungen des 7. Artikels gegenwärtigen Gesetzbuches.

Selbst, wenn im Sinne des erwähnten Artikels der Fremde über seine Güter nicht verfügen könnte, bleibt es demselben frei, über solche, zu Gunsten eines Wallisers, zu verfügen.

583. Die von einer peinlichen Verurtheilung, so wie die von der Eigenschaft als Fremder herrührende Unfähigkeit, stößt das Testament um, selbst wenn selbe auch nur zur Zeit des Absterbens des Testators bestünde.

Hat die nach der Testamentserrichtung eingetretene Unfähigkeit vor dem Absterben des Testators aufgehört, so schadet sie nicht der Gültigkeit des Testamentes.

584. Niemand darf durch Uebereinkunft oder sonst, der Befugniß zu testiren, entsagen.

585. Sind unfähig mittelst Testaments zu bekommen:

Die noch nicht empfangen sind, mit Ausnahme der Kinder im ersten Grade einer bestimmten und beim Tode des Testators lebenden Person;

Jene, die nicht lebensfähig geboren wurden;

Jene, die dieses Rechtes durch ein peinliches Strafurtheil verlustig geworden sind, laut der im Titel von dem Genusse und dem Verluste der bürgerlichen Rechte aufgestellten Grundsätze; sie können jedoch für Alimente bekommen;

Endlich der Fremde, in Gemäßheit dessen, was im Art. 7 gesagt ist.

586. Handelt es sich über die Unfähigkeit nicht empfangener Kinder, über jene, die von einem Strafurtheile herrührt, über die, welche sich aus der Eigenschaft als Fremder ergibt, so wird nur der Zeitpunkt des Hinscheidens des Testators berücksichtigt.

Jedoch berücksichtigt man auch die Zeit, wo die von dem Testator auferlegte Bedingniß in Erfüllung geht, wenn es sich um jene Unfähigkeit handelt, von der im Artikel 676 die Rede ist.

587. Die außerehelich gebornen und im Art. 134 erwähnten Kinder des Testators können nur Alimente empfangen.

588. Die natürlichen Kinder können durch Testament nicht mehr bekommen, als was ihnen das Gesetz in der Abintestat-Erbfolge gewährt, falls der Testator eheliche oder geburtsgeechtigte Kinder zurückläßt.

Sie können außer ihrem Reservattheil die Hälfte des verfügbaren Vermögensantheils erhalten, wenn der Testator keine Descendenten hinterläßt, aber doch Ascendenten, Brüder und Schwestern oder Descendenten von diesen; und drei Vierteltheile desselben Antheiles, wenn der Testator weder Descendenten, noch Ascendenten, noch Brüder, noch Schwestern, noch Descendenten von diesen, aber doch Seitenverwandte in erbfähigem Grade hinterläßt.

589. Die in den zwei vorhergehenden Artikeln aufgestellte Unfähigkeit betrifft bloß die Verfügungen des Vaters und der Mutter der in erwähnten Artikeln angegebenen Kinder; gegen über jeder andern Person besteht solche nicht.

590. Sind unfähig, weil unwürdig, mittelst Testaments zu bekommen:

1° Derjenige, welcher verurtheilt wurde, weil er den Testator ermordet oder demselben nach dem Leben getrachtet hat, inwiefern dieser nicht erst nach dem Vergehen und nachdem er den Thäter gekannt hat, sein Testament errichtet hätte;

2° Der Volljährige, welcher im Bewußtseyn seiner

Eigenschaft als Erbe des Verstorbenen und von der Ermordung desselben Kenntniß habend, dieselbe innerhalb sechs Monaten, von dem Tage an zu rechnen, an dem er diese Kenntniß erhielt, dem Gerichte nicht angezeigt hat; den Fall ausgenommen, wo das öffentliche Amt selbst eingeschritten wäre. Die Unterlassung der Anzeige kann weder dem Ehegatten, den Ascendenten und Descendenten des Mörders, weder seinen Brüdern oder Schwestern, Oheimen oder Tanten, Neffen oder Nichten, noch seinen Verschwägerten in dem nämlichen Grade entgegengehalten werden;

3° Derjenige, welcher den Testator eines Vergehens angeklagt hat das die Todesstrafe nach sich zieht und dessen Klage durch Urtheil als verläumderisch erklärt worden ist; es sei denn, der Testator hätte erst verfügt, nachdem er von der Klage und Verläumdungserklärung Kenntniß hatte;

4° Jeder, der den Testator verhindert hat, ein neues Testament zu machen oder das schon gemachte zu widerrufen, oder welcher das spätere Testament unterdrückt, durchgestrichen oder verfälscht hat;

5° Wer Jemanden gezwungen oder in sträflicher Absicht verleitet hat, ein Testament zu machen oder das schon gemachte zu ändern. Ein solcher kann nichts bekommen, weder kraft des letzten Testaments noch kraft des frühern.

591. Der wegen Unwürdigkeit von der Erbschaft oder dem Vermächtnisse ausgeschlossene Erbe ist gehalten, alle Früchte und Einkünfte, deren er seit der Eröffnung der Erbschaft genossen hat, zurückzugeben.

592. Hat der wegen Unwürdigkeit Ausgeschlossene den Testator überlebt, und Kinder oder Descendenten hinterlassen, so haben diese, wenn andere eingesetzte Erben vorhanden sind, das Recht auf den Pflicht- oder Reservattheil, der ihrem Urheber gehört hätte.

Der Ausgeschlossene hat jedoch auf den seinen Kindern oder Descendenten zugefallenen Erbschaftsantheil keine der Nießbrauchs- oder Verwaltungsrechte, welche er darüber kraft der väterlichen Gewalt hätte ausüben können; er kann ihre Güter, die von der Erbschaft, von welcher er ausgeschlossen wurde, herkommen, nicht abintestat erben.

593. Die Mitglieder der Mönchsorden können nach Ablegung der ersten, selbst zeitfristigen, Gelübde mittelst Testaments nicht verfügen.

Sie können mittelst Testaments nichts bekommen, außer geringer lebenslänglicher Gehalte für ihre kleinen Ausgaben.

594. Die Mitglieder der Mönchsorden, welche beständige oder zeitfristige Gelübde abgelegt haben, und, nach rechtmäßiger Losbindung von denselben,

wieder in die Welt zurücktreten, werden, aber bloß für die Zukunft, wieder befähigt, mittelst Testaments zu bekommen, und über das Vermögen das sie nach ihrem Zurücktritte in die Welt sich erworben, zu verfügen.

Wenn sie jedoch innerhalb zehn Jahren seit Ablegung der ersten Gelübde in die Welt zurücktreten, so werden sie nicht nur als in das Recht zu verfügen und zu bekommen, wieder eingesetzt angesehen, sondern sie können überdies die Vollziehung der testamentarischen Verfügungen, welche früher zu ihrem Vortheile gemacht worden sind, und die Früchte eines Jahres nur, begehren.

595. Die religiösen Corporationen können mittelst Testaments nicht erwerben.

Die übrigen moralischen Personen, wie die Spitäler, die Pfarropfründen, die religiösen Bruderschaften, die Anstalten öffentlichen Nutzens können mittelst Testaments bekommen; haben jedoch die testamentarischen Verfügungen Gegenstände zum Gegenstande; so können sie nur nach großräthlicher Guttheißung ihre Vollziehung erhalten.

596. Jede testamentarische Verfügung zu Gunsten der Unfähigen, von denen in den Artikeln 587 und 588 die Rede ist, ist nichtig, wenn sie auch unter dem Namen unterschobener Personen gemacht worden wäre.

Als unterschobene Personen werden Vater und Mutter, Kinder und Descendenten, und der Ehegatte der unfähigen Person angesehen.

Außer der, in oben erwähnten Artikeln vorgesehnen, Unfähigkeitssfälle, oder wenn es sich um andere Personen handelt, als die hier oben bezeichnet sind, wird die Verfügung nur in so fern vernichtet, als derjenige, der sie anstreitet, beweisen würde, daß selbe mit Hintergehung des Gesetzes gemacht worden sei.

Drittes Kapitel.

Von dem Vermögensantheil, worüber man mittelst Testaments verfügen kann, und von dem Pflicht- oder Reservattheil; von der Reduction und der Enterbung.

Erster Abschnitt.

Von dem Vermögensantheil, worüber man mittelst Testaments verfügen kann, und von dem Pflicht- oder Reservattheil.

597. Die Freigebigkeiten mittelst Testaments können das Drittel von dem Vermögen des Verfügenden nicht übersteigen, wenn dieser beim Ableben ein oder mehrere eheliche oder legitimirte Kinder hinterläßt; nicht die Hälfte, wenn er in Abgang ehelicher oder legitimirter Kinder, Ascendenten oder Seitenverwandte im vierten Grade, in jeder der zwei Linien, väterlichen und mütterlichen hinterläßt und nicht drei Biertheile, wenn er Ascendenten oder

Seitenverwandte im vierten Grade in einer Linie bloß hinterläßt.

598. Nichtdestoweniger kann der Testator, zum Nachtheil eines kantonsfremden Erben, über den nämlichen Theil des Vermögens verfügen, über den man, im gleichen Falle, im Lande, dem dieser Fremde angehört, verfügen könnte; es darf jedoch dieser Theil nie ein geringerer seyn, als jener der im vorgehenden Artikel bestimmt ist.

599. In dem Artikel 597 sind unter dem Namen Kinder, die Descendenten, in welchem Grade sie auch immer seien, begriffen.

600. Der nicht verfügbare Vermögensantheil bildet den Pflicht- oder Reservattheil. Solcher wird von den Anverwandten in absteigender, aufsteigender oder Seitenlinie, je nach der Rangordnung, in dem sie das Gesetz zur Erbfolge beruft, angetreten.

Falls nur in einer Linie Ascendenten oder Seitenverwandte im vierten Grade sich vorfinden, so haben diese allein das Recht auf den Reservattheil in allen Fällen wo sie in einer Theilung, bei der entferntere Seitenverwandte concuriren, die Quotität des Vermögens, zu welcher der Reservattheil angesetzt ist, nicht mehr erhalten können.

601. Der Reservattheil des natürlichen Kindes an dem Vermögen seiner Vater und Mutter ist

ein Drittel desjenigen, welchen er als rechtmäßiges Kind bekommen hätte. Concurrirt das natürliche Kind mit Ascendenten oder Seitenverwandten im vierten Grade beider Linien, so wird sein Reservattheil vor jenem der Ascendenten oder Seitenverwandten ausgefolgert.

Sind Ascendenten oder Seitenverwandte, denen der Reservattheil gebührt, nur in einer Linie vorhanden, so wächst der Belauf an dem Reservattheile, welcher der andern Linie zugefallen wäre, dem verfügbaren Vermögensantheil zu.

602. Der Pflicht- oder Reservattheil gebührt den Betreffenden als völliges Eigenthum, ohne daß der Testator solchen mit einer Last oder Bedingung beschweren kann.

603. In Abgang ehelicher oder natürlicher Descendenten, Ascendenten oder Seitenverwandten im vierten Grade, kann das ganze Vermögen durch testamentarische Freigebigkeiten erschöpft werden.

604. Betrifft die Verfügung eine Nutznießung oder eine lebenslängliche Rente, so haben die Erben, zu deren Gunsten das Gesetz einen Pflichttheil aussetzt, die Wahl, entweder diese Verfügung zu vollziehen, oder das Eigenthum des verfügbaren Antheils fahren zu lassen.

605. Der volle Eigenthumswerth der Güter, welche an einen der Erbfähigen in gerader Linie in

allen Graden, oder in der Seitenlinie bis und mit dem vierten Grade, entweder auf Leibrente, oder auf verlornes Kapital, oder mit Vorbehalt der Nugnießung, veräußert wurden, soll dem Antheil, über den verfügt werden kann, angerechnet und der sich etwa ergebende Ueberschuß zur Masse gegeben werden.

Diese Anrechnung und zur Massewerfung können durch jene der andern Erbfähigen, welche in die Veräußerungen eingewilligt haben, nicht verlangt werden.

Zweiter Abschnitt.

Von der Reduction der testamentarischen Verfügungen.

606. Die testamentarischen Verfügungen, welche die disponible Portion (den verfügbaren Antheil) übersteigen, müssen, bei Eröffnung der Erbschaft, auf den Belang dieser Portion reducirt werden.

607. Die Reduction wird dadurch erstellt, daß man aus allen, bei dem Ableben des Testators, sich vorfindlichen Gütern, eine Massa bildet.

Hiezu schlägt man auf fingirte Weise alle die Güter worüber mittelst Schenkungen zwischen Lebenden verfügt worden ist, und zwar nach ihrem Werthe zur Zeit der Schenkung, wenn es sich von Mobiliareffekten handelt; und nach Maaßgabe des

Zustandes der Güter zur Zeit der Schenkung, und ihres Werthes zur Zeit des Ablebens des Schenkgebers, wenn es sich von Liegenschaften handelt; man berechnet alsdann auf der Basis all' dieser Güter, und nach Abzug der Schulden, sowie mit Berücksichtigung der Eigenschaft der hinterlassenen Erben, die Größe des Antheils, worüber der Testator verfügen konnte.

Wenn die Schulden den Werth des vom Verstorbenen zurückgelassenen Vermögens erschöpften oder überträfen, so soll der Reservattheil ausschließlich auf der Basis der Masse der zwischen Lebenden geschenkten Güter berechnet werden.

608. Wenn der Werth der Schenkungen zwischen Lebenden dem verfügbaren Antheil gleichkommt, oder ihn übersteigt, so sind alle testamentarischen Verfügungen ohne Wirkung.

609. Wenn die testamentarischen Verfügungen entweder die disponible Portion, oder das, was nach Abzug des Werthes der Schenkungen zwischen Lebenden von dieser Portion übrig bleibt, übersteigen, so geschieht die Reduktion verhältnißmäßig, ohne Unterschied der Universal- und Partikularvermächtnisse.

610. Jedoch soll in allen Fällen, wo der Testator ausdrücklich erklärt hat, daß, seinem Willen zufolge, ein Vermächtniß vorzugsweise vor dem andern

bezahlt werde, dieser Vorzug stattfinden; und das Vermächtniß, welches dieses Vorzugs genießt, soll bloß insofern reducirt werden, als der Betrag der andern zum gesetzlichen Pflicht- oder Reservattheile nicht zureicht.

Dritter Abschnitt.

Von der Enterbung.

611. Außer den Ursachen, welche einen Erben der Erbfolge unwürdig machen, können diejenigen, zu deren Vortheil das Gesetz ein Reservat festsetzt, desselben durch eine ausdrückliche Erklärung des Testators, aus gesetzlich zugelassenen und im Testamente spezifisirten Gründen, verlustig werden.

612. Das Kind oder der Descendent kann nur in folgenden Fällen enterbt werden:

1° Wenn er, ohne rechtmäßigen Grund, dem Testator die Alimente verweigert hat;

2° Wenn er den im Zustande des Wahnsinns oder der Raserei sich befindlichen Testator verlassen und sich seiner gar nicht angenommen hat;

3° Wenn er es ohne billigen Grund vernachlässigt hat, denselben, aus dem Gefängnisse zu befreien, obgleich er es thun konnte;

4° Wenn er sich gegen seinen Vater oder gegen

seine Mutter schlechten Benehmens oder einer schweren Beleidigung schuldig machte.

613. Der Vater oder die Mutter können wegen des in der Nummer 2 vorgehenden Artikels angeführten Grundes enterbt werden; sie können es auch wegen folgender Gründe werden.

1° Wenn sie die Erziehung des testirenden Kindes gänzlich vernachlässigt oder demselben ohne rechtmäßigen Grund die Alimente verweigert haben;

2° Wenn sie einem ihrer Kinder nach dem Leben getrachtet haben;

3° Wenn der Vater oder die Mutter einander nach dem Leben getrachtet, oder einander auf gräßliche Art mißhandelt haben.

Die Verfügungen gegenwärtigen Artikels sind auf jeden andern Ascendenten anwendbar.

614. Der Seitenverwandte, zu dessen Vorthail das Gesetz einen Reservattheil festsetzt, kann aus den, im Artikel 612 angeführten, Ursachen, und, nebst dem noch aus folgenden Gründen enterbt werden:

1° Wenn er wissentlich dem Testator an seinem Vermögen einen bedeutenden Schaden zugefügt hat;

2° Wenn er den Testator eines Vergehens angeklagt hat, welches die Gefängnißstrafe nach sich zieht, und die Anklage gerichtlich als verläumberisch erklärt worden ist.

615. Die Enterbung eines Descendenten kann auch statt finden, wenn vernünftigerweise zu befürchten ist, daß wegen Verschwendung oder Zahlungsunfähigkeit des zur Erbfolge Berufenen, seine Kinder ganz oder zum Theil des Pflichttheiles, der ihm zukömmt, beraubt würden. Diese Enterbung kann aber nur zum Vortheile der Kinder des Enterbten geschehen.

616. Der Erbe hat die in dem Testamente angegebene Enterbungsurfsache zu beweisen.

617. Wenn der Enterbte, welcher Kinder oder Descendenten hat, den Testator überlebt, so gehört der Pflicht- oder Reservattheil, zu dem er berechtigt gewesen wäre, denselben zu; wenn dagegen der Testator den Enterbten überlebt, so beeinträchtigt die Enterbung deren Rechte nicht.

Im erstern Falle gebühren dem Enterbten weder die Nutznießung noch die Verwaltung des Vermögens, welches den Pflicht- oder Reservattheil ausmacht, und er kann in Betreff dieses Vermögens seine Kinder oder Descendenten nicht abintestat beerben, wie solches im Artikel 592 vorgeschrieben ist.

618. Ist die Enterbungsurfsache nicht angegeben oder nicht erwiesen, so hat der Erbe nur auf einen Pflichttheil Anspruch.

619. Derjenige, welcher durch die Wirkung der Enterbung eines Descendenten oder Ascendenten

dessen Antheil an dem Nachlaß erhält, hat dem Enterbten die Alimente zu liefern, außer es habe derselbe andere Mittel sein Leben zu fristen; er ist jedoch nicht verpflichtet, selbe über den Ertrag des Pflichttheiles zu liefern.

Viertes Kapitel.

Von der Form der Testamente.

620. Jedes Testament soll entweder eigenhändig geschrieben oder mittelst eines öffentlichen Aktes errichtet werden, außer das Gesetz gestatte solches in privilegirter Form zu machen.

Erster Abschnitt.

Von dem eigenhändigen Testamente.

621. Das eigenhändige Testament soll, unter Nichtigkeitsstrafe, ganz von der Hand des Testators geschrieben, betagt und unterschrieben seyn.

622. Das eigenhändige Testament soll in die Hände eines Notars abgegeben und dessen Urschriften beigelegt werden.

Der Notar hat in Beiseyn zweier Zeugen über diese Hinterlage eine Urkunde abzufassen, und die Grossen oder Ausfertigungen des Testamentes, ge-

mäß den bezüglichen Bestimmungen für die Notariatsacte, auszuliefern.

623. Das eigenhändige Testament kann vor der, im vorgehenden Artikel erwähnten, Hinterlage nicht in Vollziehung gebracht werden, außer in Bezug der dringlichen Verfügungen.

624. Wenn auf die Habschaften des Verstorbenen die Siegel angelegt worden sind, so soll die Hinterlage durch den Richter geschehen. In den übrigen Fällen hat selbe auf Betrieb des Erben oder jedes andern Interessirten statt zu finden.

625. Der Testator kann sein eigenhändiges Testament selbst bei einem Notar hinterlegen.

Er kann solches verschlossen und versiegelt abgeben.

Das geschlossene und versiegelte Testament soll eine Ueberschrift, seinen Inhalt angehend, enthalten.

Der Notar darf vor dem Tode des Testators dieses Testament nicht eröffnen, unter einer Buße, die sich auf zweihundert Franken erstrecken kann, zu Gunsten der Armen der Gemeinde des Notars.

626. Der Testator kann immerdar sein eigenhändiges Testament von dem Notar, bei dem er es hinterlegt hat, gegen einen Empfangschein, der dessen Urschriften beigelegt werden soll, zurücknehmen.

Es soll diese Zurückerstattung am Rande des Hinterlegungsverbals vorgemerkt werden.

Zweiter Abschnitt.

Von dem öffentlichen Testamente.

627. Das öffentliche Testament wird von einem Notar in Gegenwart zweier Zeugen, aufgenommen.

628. Der Notar soll den Testator kennen, oder sich der Identität seiner Person versichern.

Er soll den Testator, während dem er testirt, im Angesichte haben.

629. Der Testator soll seinen Willen mündlich auf deutliche Weise vortragen, und nicht mittelst einer einfachen Bejahung eines ihm gemachten Antrags.

630. Der Testator erklärt seinen Willen dem Notar in Gegenwart der Zeugen; dieser verliest jenem das Testament ebenfalls in deren Gegenwart.

Bei dieser Verlesung soll der Testator seine letzten Willensverordnungen artikelweise gutheissen.

Es soll die Erfüllung der in gegenwärtigem Artikel enthaltenen Bestimmungen im Akte erwähnt werden.

Die Stunde des Testamentschlusses soll angegeben werden.

631. Das Testament soll von dem Testator unterschrieben werden; kann er es nicht, so soll die Ursache davon im Akte vorgemerkt werden.

632. Das Testament soll von dem Notar und den zwei Zeugen unterschrieben werden.

633. In Dringlichkeitsfällen, ist das Testament, welches von einem Notar in Gegenwart zweier Zeugen, deren einer oder beide nicht unterschreiben können, aufgenommen wurde, dennoch gültig, wenn innerhalb achtundvierzig Stunden, nach dessen Festsetzung der Inhalt von dem Notar und den zwei Zeugen, in Gegenwart zweier neuen Zeugen, welche die Urschrift unterschreiben sollen, bescheiniget wird.

Dieses Testament gilt nur in dem Falle, wo der Testator innerhalb dreißig Tagen, seitdem er das Testament errichtet hat, mit Tod abgegangen wäre, außer er hätte vor Abfluß dieser Zeitfrist die Befugniß, zu testiren, verloren und solche vor seinem Tode nicht wieder erworben.

634. Wenn ein ganz Gehörloser, jedoch Lesekundiger, sein Testament errichten will, so soll er, abgesehen von den Bestimmungen der Art. 630, 631 und 632, das Testament in Gegenwart der Zeugen und des Notars vorlesen, welcher letzterer von dieser Förmlichkeit ausdrückliche Meldung machen soll. Wenn der Testator nicht lesen kann, so sollen drei Zeugen herbeigerufen werden, von denen wenigstens zwei das Testament unterschreiben müssen, Alles unter Nichtigkeitsstrafe.

635. Die Bestimmungen gegenwärtigen Abschnittes, betreffend die mittelst eines öffentlichen Aktes errichteten Testamente, sollen unter den von dem Notariatsgesetze verhängten, Strafen beobachtet werden.

Verfügung, die den zwei vorgehenden Abschnitten gemein ist.

636. Der Walliser, der sich im Auslande befindet, kann sein Testament mittelst eines eigenhändigen, wie es im Artikel 621 gesagt ist, oder mittelst eines öffentlichen Aktes, mit den in dem Orte, wo dieser Akt abgeschlossen wird, vorgeschriebenen Formlichkeiten errichten.

Dritter Abschnitt.

Von den privilegierten Testamenten.

637. Das Testament, welches man an Orten errichtet, mit denen jede Verbindung unterbrochen ist, und wo kein Notar sich vorfindet, ist gültig, wenn es von dem Pfarrer oder von dem Präsidenten oder von dem Richter der Gemeinde, oder von deren Stellvertretern, in Gegenwart zweier Zeugen schriftlich aufgenommen worden ist.

Das Testament soll immerdar von demjenigen, der es aufgenommen hat, unterschrieben werden.

Es wird jedoch ohne die Unterschrift des Testators und der Zeugen gültig seyn, in diesem Falle aber muß die Ursache, warum selbe zu unterschreiben verhindert waren, ausdrücklich angegeben werden.

Man kann bei solchen Testamenten, Personen beiderlei Geschlechtes als Zeugen brauchen, nur müssen sie bei gesunder Vernunft seyn und sechszehn volle Jahre haben.

638. Stirbt der Testator, bevor die Verbindungen wieder hergestellt worden, oder innerhalb der dreißig Tage, von denen im nachstehenden Artikel die Rede ist, so wird das Testament sobald möglich in die Hände eines Notars niedergelegt, welcher es seinen Urschriften beilegen soll.

Die Bestimmungen der Artikel 622 und 623 sind hier anwendbar.

639. Die hier oben gedachten Testamente werden ungültig dreißig Tage nachdem die Verbindungen mit dem Orte, in welchem sich der Testator aufhält, wieder hergestellt worden, oder dreißig Tage, nachdem er sich an einen Ort begeben hat, wo sie nicht unterbrochen sind, es wäre denn, der Testator hätte die Befugniß zu testiren vor Abfluß dieser Zeitfrist verloren, und solche vor seinem Tode nicht wieder erhalten.

640. In dringenden Fällen, wo es unmöglich ist, einen Notar herbeizurufen, oder im Verhinde-

rungsfalle desselben, kann das Testament mit den im Artikel 637 vorgeschriebenen Formen errichtet werden.

Dieses Testament gilt nur in dem Falle, wenn der Testator innerhalb dreißig Tagen seit seiner Testamentserrichtung mit Tod abgehen würde, außer er hätte vor Abfluß dieser Zeitfrist die Befugniß zu testiren verloren, und solche vor seinem Tode nicht wieder erhalten.

Die Bestimmungen der Artikel 622 und 623 sind auf dieses Testament anwendbar.

641. Die Testamente der Militäre im eidgenössischen oder Kantondienste, und anderer bei der Armee Angestellter, können, in was immer für einem Lande, von einem Major oder von jedem andern Offizier eines höhern Grades, in Gegenwart zweier Zeugen, welche die von dem Artikel 637 erforderten Eigenschaften besitzen, aufgenommen werden. Diese Testamente sollen schriftlich errichtet und in Betreff der Unterschriften die Bestimmungen oben angeführten Artikels befolgt werden.

Die Testamente derjenigen, die sich bei einem detaschirten Korps oder auf einem detaschirten Posten befinden, können auch von ihrem Hauptmann, oder von jedem andern untergeordneten Offizier, der dabei das Kommando führt, aufgenommen werden.

642. Sie können ferner, wenn der Testator krank oder verwundet ist, von dem Feldpriester oder vom Feldarzt im Dienste, in Gegenwart zweier Zeugen, und auf die, von dem vorstehenden Artikel vorgeschriebene Weise, aufgenommen werden.

643. Die Testamente, von denen in den zwei vorgehenden Artikeln die Rede ist, müssen, in möglichst kürzester Frist, dem Staatsrathe überantwortet werden, welcher deren Hinterlage bei einem Notar verordnen soll.

Dieser wird solche seinen Urschriften beilegen und davon Grossen oder Ausfertigungen ausliefern.

644. Die Bestimmungen der Artikel 641 und 642 haben blos zu Gunsten derjenigen statt, welche sich auf einem Kriegszuge ob außerhalb des Kantons ob in demselben, oder an einem Orte befinden, wo des Krieges wegen der Zugang verschlossen und die Verbindungen unterbrochen sind.

645. Das in oben bestimmter Form errichtete Testament wird nichtig, dreißig Tage, nachdem der Testator an einem Ort angelangt seyn wird, wo er befähigt ist, nach den gewöhnlichen Formen zu testiren.

646. Die Bestimmungen der Artikel 637, 641 und 642 sind, unter Nichtigkeitsstrafe, zu befolgen.

Vierter Abschnitt.

Verfügung, die den verschiedenen Testamentsgattungen
gemeinsam ist.

647. Die Erbseinzetzungen und Vermächtnisse zu Gunsten des Notars, des Civil- oder Militärbeamten, oder des Priesters, die das Testament aufgenommen haben, oder auch zu Gunsten der Zeugen, die dazu berufen worden sind, bleiben ohne Wirkung. Eben so die Erbseinzetzungen und Vermächtnisse zu Gunsten des Ehegatten, oder der Verwandten, oder Verschwägerten oberwähnter Personen bis zum zweiten Grade einbegriffen.

Fünftes Kapitel.

Von der Erbseinzetzung und von den Vermächtnissen.

648. Die testamentarischen Verfügungen, sie mögen unter dem Namen einer Erbseinzetzung oder eines Vermächtnisses, oder unter was immer einer andern Benennung, die geeignet ist, den Willen des Testators an Tag zu geben, geschehen, haben ihre Wirkung, vorausgesetzt daß sie den Bestimmungen des Gesetzes nachkommen.

649. Erbe ist Jener, zu dessen Vortheil der Testator unter einem Universaltitel verfügt hat.

650. Legatar ist der, zu dessen Vortheil der Testator unter einem Partikultitel verfügt hat.

651. Wenn der Testator nur über einen Theil der Erbschaft verfügt, so fällt das Übrige den rechtmäßigen Erben zu, nach der für die Abintestaterbfolge aufgestellten Rangordnung.

Das Gleiche gilt, wenn der Testator nur Partikularvermächtnisse gemacht hat.

652. Werden mehrere Erben eingesetzt, ohne ihre Theile zu bestimmen, so theilen sie unter einander zu gleichen Theilen, ohne Unterschied zwischen denen, die besonders, und denen die zusammen eingesetzt worden sind.

653. Wenn, unter mehreren eingesetzten Erben, Einigen bestimmte Theile, wie z. B. ein Drittel, ein Sechstel, und den übrigen gar kein Theil angewiesen wurde, so fällt die übrige Erbschaft diesen Letzteren zu gleichen Theilen zu.

654. Bleibt für den ohne bestimmten Theil eingesetzten Erben nichts über, so muß verhältnißmäßig von jedem bestimmten Theil ein genugsamer Werth abgezogen werden, um diesem Erben einen Theil zu geben, der demjenigen des Erben, welchem der kleinste Theil angewiesen worden ist, gleichkommt. Sind die Theile der Erben gleich, so müssen sie dem, auf eine unbestimmte Art eingesetzten, Erben, einen genugsamen Werth abtreten, um demselben, einen dem ihrigen gleichkommenden, Theil zukommen zu lassen.

In allen übrigen Fällen, wo der Testator sich in seinen Berechnungen geirrt hat, soll die Vertheilung auf die Weise gemacht werden, daß die Absichten des Testators, so weit möglich, nach den Verhältnissen, die er für die ganze Erbschaft festgesetzt, erfüllt werden.

655. Wenn durch die Verfügungen unter einem Partikultartitel, der Gesamtbestand der Erbschaft erschöpft wird, so bleiben die Verfügungen unter einem Universaltitel ohne Wirkung.

656. Finden sich unter den eingesetzten Erben solche Personen vor, von denen die Einen nach den für die Abintestaterbfolgen aufgestellten Grundsätze, in Hinsicht der andern als eine einzige und nämliche Person angesehen werden müssen (wie z. B. die Nissen in Hinsicht des Bruders des Verstorbenen); so sollen dieselben auch bei der, kraft des Testaments, vorzunehmenden Theilung, nur als eine einzige und nämliche Person angesehen werden. Eine Corporation, eine Gemeinschaft, eine Beigesellung von Individuen (z. B. die Armen) werden immerdar nur als eine einzige Person gezählt.

657. Jede Verfügung zu Gunsten einer dermaßen ungewissen Person, daß sie nicht gewiß werden kann, ist nichtig. Desgleichen ist auch jede Verfügung nichtig, die zu Gunsten einer ungewissen Person gemacht wurde, die ein Dritter zu ernennen hätte.

Jedoch sind die Verfügungen unter einem Partikulartitel erlaubt, welche zu Gunsten einer Person gemacht wurden, die von Drittmann, unter verschiedenen vom Testator bezeichneten, auszuwählen ist, oder gewissen Familien oder gewissen moralischen Körperschaften, die der Testator bestimmt hat, angehört. Dasselbe gilt für die Verfügungen unter einem Partikulartitel die zu Gunsten einer der moralischen Körperschaften, die er gleichfalls bezeichnet hat, gemacht wurden.

658. Die Freigebigkeiten, welche der Testator im allgemeinen zum Heil seiner Seele oder zu Gunsten der Armen gemacht hat, und alle anderen dergleichen Verfügungen, deren Anwendung er nicht bezeichnet, oder in denen er das fromme Werk oder die öffentliche Anstalt, die er begünstigen wollte, nicht bestimmt hat, sollen zur Verfügung des Municipalrathes jener Gemeinde, in welcher der Testator bei seinem Ableben den Wohnsitz hatte, gestellt werden, der dann solche in die Armenkasse einzuwerfen oder für den öffentlichen Unterricht zu verwenden hat. Das Gleiche gilt, wenn jener, der die Verwendung, das fromme Werk oder die öffentliche Anstalt, welche der Testator in Augen hatte, zu bestimmen beauftragt war, sich mit dieser Bestimmung nicht beladen wollte oder konnte.

659. Der Beweis, daß die Erbseinsetzung oder

das Vermächtniß zu Gunsten einer im Testamente bezeichneten Person nur dem Anscheine nach geschehen sei, und daß der Testator wahrhaft die Absicht hatte, zu Gunsten einer andern Person, einer andern moralischen Körperschaft, oder öffentlichen Anstalt, die er nicht genannt hat, zu verfügen, ist unzulässig; die Verfügung verbleibt in Kraft, ohngeachtet aller im Testamente enthaltenen Ausdrücke, welche diese Absicht anzeigen würden oder vermuthen ließen.

Die Bestimmung dieses Artikels ist jedoch nicht anwendbar auf den Fall wo die Erbseinsetzung oder das Vermächtniß darum angestritten würde, weil selbe zu Gunsten Unfähiger, unter dem Namen untergeschobener Personen, gemacht worden sind.

660. Jede Verfügung unter einem Universal- oder Partikularartikel, welche sich auf einen falschen Beweggrund stützt, der allein den Testator verleitet hat, ist ohne Wirkung.

661. Wenn es sich aus dem Testamente nicht ergibt, daß der in demselben angegebene Beweggrund allein den Testator verleitet habe, so gilt die Verfügung, selbst dann, wenn der Beweggrund ein irriger wäre; den Fall ausgenommen, wo derjenige, welcher die Verfügung antstreiten will, be-

weist, es habe sich der Testator bloß von diesem Beweggrunde verleiten lassen.

662. Wurde die Person des Erben oder des Legatars irrig bezeichnet, so gilt dennoch die Verfügung, wenn nur über die Person, welche der Testator nennen wollte, keine Ungewißheit obwaltet.

Dasselbe gilt bei irriger Angabe oder Bezeichnung der vermachten Sache, wenn nur über die Sache, welche der Testator vermachen wollte, Gewißheit obwaltet.

663. Jede Verfügung, mittelst welcher dem Erbe oder einem Drittmanne die Befugniß überlassen wird, den Theil des Vermächtnisses zu bestimmen, ist ohne Wirkung, es sei denn von Vermächtnissen die Rede, welche unter remuneratorischem Titel geschehen, für Dienste, die dem Testator während seiner Krankheit geleistet wurden.

664. Das Vermächtniß einer Sache die einem andern gehört, ist nichtig, außer es stehe ausdrücklich im Testamente, es habe der Testator gewußt, daß die Sache einer andern Person zugehöre; in diesem Falle hat der Erbe die Wahl, entweder die Sache anzukaufen, um solche dem Legatar auszuliefern, oder aber demselben ihren Preis zu bezahlen.

Es ist jedoch das Vermächtniß ohne Unterschied

gültig, wenn die vermachte Sache, obschon sie zur Zeit der Testamentserrichtung einer andern Person angehörte, das Eigenthum des Testators zur Zeit seines Absterbens war.

665. In jenem Falle ist das Vermächtniß der Sache, die demjenigen zugehört, welcher das Vermächtniß zu entrichten hat, gültig. Diesem steht aber die Wahl zu, entweder die Sache abzuliefern oder deren Werth zu bezahlen.

666. Gehört dem Testator, oder der mit der Entrichtung des Vermächtnisses beladenen Person, die vermachte Sache nur zum Theil, oder haben sie auf derselben bloß ein einfaches Recht, so gilt das Vermächtniß nur in Betreff dieses Antheils oder dieses Rechtes, es sey denn, daß der Wille des Testators zu ersehen sey, die ganze Sache zu vermachen, in Gemäßheit des Art. 664.

667. Wenn einer der Ehegatten, unter denen Erwerbsgemeinschaft besteht, eine dieser Gemeinschaft zugehörige Sache vermacht, so kann der Legatar die Sache fordern, wenn bei Theilung der Gemeinschaft selbe in das Loos der Erben des Testators fällt; ansonsten kann er deren Werth begehren.

668. Das Vermächtniß einer beweglichen unbestimmten Sache, welche in einer Gattung oder in einer Art einbegriffen ist, gilt ohne Unterschied, wenn

gleich die Sache beim Absterben des Testators nicht unter dessen Vermögen wäre; es mag von dieser nämlichen Gattung oder nämlichen Art bei der Testamentserrichtung eine vorhanden gewesen seyn oder nicht.

669. Hat der Testator eine individuell bestimmte, oder in einer Gattung, oder in einer bezeichneten Art einbegriffene Sache, als ihm zugehörig verschenkt, so ist das Vermächtniß nichtig, wenn bei seinem Absterben sich selbe nicht in seiner Verlassenschaft befindet.

Findet sich, zu diesem Zeitpunkte, die Sache in der Verlassenschaft vor, aber nicht in der von dem Testator bezeichneten Quantität, so kann der Legatar nur so viel begehren, als sich vorfindet.

670. Das Vermächtniß einer Sache, die zur Zeit des Testaments schon dem Legatar angehörte, ist nichtig.

Hat er selbe seit dem Testamente von dem Testator oder irgend einem andern erworben, so gebührt ihm ihr Preis, mit Hintansetzung der Verfügung des Art. 678; vorausgesetzt, daß die von dem Art. 664 erheischten Umstände zusammentreffen; in beiden Fällen aber ist das Vermächtniß kraftlos, wenn die Sache dem Legatar unter einem ganz unentgeltlichen Titel zugekommen ist.

671. Jede Verfügung unter einem Universal-

oder Partikulartitel kann unbedingt oder bedingt gemacht werden.

672. In jeder testamentarischen Verfügung werden die unmöglichen Bedingungen, so wie jene, die den Gesetzen oder den guten Sitten zuwider sind, als nicht geschrieben angesehen.

673. Jede Bedingung, wodurch Jemand verhindert würde, eine erste oder nochmalige Ehe einzugehen, ist gesetzwidrig.

Derjenige, dem eine Nugnießung, ein Gebrauchs- oder Wohnungsrecht, ein periodischer Gehalt, für den Fall wenn er in ehelossem oder Wittwenstande wäre, oder für die Zeit, während welcher er in solchen verbleibt, vermacht worden ist, kann jedoch dieses Vermächtnisses nur so lange genießen, als er ehelos oder Wittwer bleibt.

Die Bedingung des Wittwenstandes, welche in den testamentarischen Verfügungen des einen Ehegatten zu Gunsten des andern beigefügt wurde, ist ebenfalls gültig. Diese Bedingung wird, auch wenn sie nicht ausgedrückt ist, immerdar als beigefügt angesehen, wenn der Verfügende Kinder oder Descendenten hinterläßt.

674. Bei jeder Verfügung unter einem Universaltitel, ist die Bezeichnung des Tages, an dem die Erbseinfetzung beginnen oder aufhören soll, gleichfalls als nicht geschrieben anzusehen.

675. Jede Verfügung unter einem Universal-

oder Partikularartitel ist nichtig, wenn sie unter der Bedingung geschieht, daß der Erbe oder der Legatar in seinem Testamente dem Testator auch etwelchen Vortheil verschreibe.

676. Jede testamentarische Verfügung, welche unter einer Bedingung gemacht worden ist, die von einer ungewissen Begebenheit abhängt, so daß nach der Absicht des Testators, diese Verfügung nur in so fern vollzogen werden soll, als diese Begebenheit sich ereignen wird oder nicht, ist kraftlos, wenn der eingesetzte Erbe oder Legatar vor Erfüllung der Bedingung gestorben ist.

677. Die Bedingung, welche, nach der Absicht des Testators, die Vollziehung der Verfügung nur aufschiebt, hindert den eingesetzten Erben oder Legatar nicht, ein erworbenes Recht zu haben, das auf seine Erben übertragbar ist.

678. Jede Veräußerung, welche der Testator mit dem ganzen vermachten Gegenstande, oder mit einem Theile desselben, vornimmt, selbst die Veräußerung mittelst Kaufs unter Vorbehalt des Wiederkaufs, oder mittelst Tausches, bewirkt den Widerruf des Vermächtnisses, in Betreff all dessen was veräußert worden ist, wenn gleich diese Veräußerung nichtig, und der Gegenstand an den Testator wieder zurückgefallen wäre.

Ebenso verhält es sich mit der gezwungenen Ent-eignung

Geschieht die Veräußerung durch den Prokurator ohne Wissen des Testators, durch dessen Vormund oder Curator, so kann der Legatar den Werth des veräußerten Gegenstandes begehren.

679. Das Vermächtniß wird als widerrufen angesehen, wenn der Testator die vermachte Sache solchergestalt umgeändert hat, daß sie weder ihre frühere Form noch ihre erste Benennung beibehält.

Die einfache Anbauesänderung ist nicht als eine Formsumänderung anzusehen.

680. Das Vermächtniß ist entkräftet, wenn die vermachte Sache bei Lebzeiten des Testators gänzlich zu Grunde gegangen ist. Es ist desgleichen entkräftet, wenn sie seit seinem Absterben, ohne Zuthun und Verschulden, des obgleich zur Ueberlieferung aufgeforderten Erben, zu Grunde gegangen ist, vorausgesetzt daß sie auch in den Händen des Legatars hätte zu Grunde gehen müssen.

681. Wenn mehrere Sachen wechselweise vermacht worden sind, so besteht das Vermächtniß, wenn schon nur eine einzige überbliebe.

682. Jede testamentarische Verfügung wird kraftlos, wenn derjenige, zu dessen Gunsten sie gemacht wurde, den Testator nicht überlebt hat.

683. Die testamentarische Verfügung ist entkräftet, in Betreff des eingesetzten Erben oder

Legatars der sie ausschlägt, oder der unfähig ist, sie anzunehmen.

684. Die, ob unter Universal- oder unter Partikularartikel von einem, der zur Zeit des Testaments, weder Kinder noch Descendenten hatte, oder nicht wußte, daß er deren habe, gemachten Verfügungen sind durch das Daseyn oder das Dazukommen eines ehelichen, selbst nachgebornen Kindes oder Descendenten, so auch durch die Ectigung eines natürlichen Kindes mittelst nachfolgender Ehe, von Rechtswegen widerrufen.

Dieser Widerruf findet auch dann statt, wenn das Kind des Testators zur Zeit des Testamentes schon empfangen war, oder wenn das natürliche Kind vor dem Testamente geboren und erst seitdem geechtiget ward.

Es hat jedoch der Widerruf nicht statt, wenn der Testator für den Fall des Daseyns oder des Dazukommens von Kindern oder Descendenten Vorsehung getroffen hat, oder wenn aus dem Testamente zu ersehen, daß der Testator von der Schwangerschaft seiner Frau zur Zeit des Testamentes Kenntniß hatte.

685. Die Verfügung soll dennoch ihre Wirkung haben, wenn die Kinder oder Descendenten, welche den Widerruf, in Gemäßheit des vorgehenden Artikels veranlassen, vor dem Testator mit Tod abgegangen sind.

686. Das Vermächtniß einer Schuldforderung, oder ein solches das die Befreiung von einer Schuld enthält, gilt nur für den Antheil dieser Schuld oder dieser Schuldforderung, welche beim Absterben des Testators sich annoch vorfindet.

Der Erbe ist nur gehalten dem Legatar jene Klagrechte abzutreten, die dem Testator auf den vermachten Schuldtitel zustanden.

687. Das Vermächtniß einer an einem bestimmten Orte zu Handen zu nehmenden Sache oder Quantität, besteht nur für jenen Theil, welcher sich an dem vom Testator bestimmten Orte vorfindet.

688. Wenn der Testator eine bestimmte Sache oder Summe als eine von ihm dem Legatar schuldige, diesem vermacht, so ist das Vermächtniß gültig, wenn gleich die vermachte Sache oder Summe nicht geschuldet würde.

Wenn die Schuld des Testators wahrhaft bestand, so erwirbt der Legatar ein neues Klagerecht, um seine Schuldforderung zu verlangen, ohne dabei gehalten zu seyn, den Verfall der Zahlungsfrist, oder das Eintreten der dieser angehängten Bedingung abzuwarten. Es wäre jedoch das Vermächtniß kraftlos, wenn der Testator seit dem Testamente die Schuld abgetragen hätte.

689. Das zu Gunsten des Gläubigers, ohne daß der Testator seiner Schuld erwähnt hat, gemachte

Vermächtniß, ist nicht als zur Wettschlagung seiner Forderung gemacht zu betrachten.

690. Jedes unbedingte Vermächtniß giebt dem Legatar, vom Sterbetag des Testators an, ein Recht auf die vermachte Sache, welches auf seine Erben übergeht.

691. Besteht das Vermächtniß in einer unbestimmten Sache, die in einer gewissen Gattung oder Art einbegriffen ist, so kommt die Auswahl dem Erben zu, welcher nicht gehalten ist, dieselbe von der besten Qualität zu geben, aber er darf sie auch nicht von der schlechtesten anbieten.

692. Wird die Wahl dem Gutachten eines Dritten überlassen, so wird die nämliche Regel befolgt.

693. Ist dieser Drittmann todt, weigert er sich, oder ist er verhindert, diese Wahl zu machen, so hat der Richter selbe vorzunehmen, welcher sich dabei nach den hierobigen Vorschriften zu richten hat.

694. Wird die Auswahl dem Legatar vorbehalten, so kann dieser unter den Sachen nämlicher Art, die sich in der Verlassenschaft vorfinden, jene, die von bester Qualität ist, auswählen; findet sich von der nämlichen Art keine vor, so hat man in Hinsicht des Legatars dieselben Vorschriften zu befolgen, wie für die dem Erbe überlassene Auswahl.

695. Im Falle wechselweisen Vermächtnisses, wird angenommen die Auswahl sei dem Erben überlassen.

696. Hat der Erbe oder Legatar, in den Fällen, wo ihnen respective die Wahl eingeräumt wurde, dieselbe nicht benutzen können, so geht dieses Recht auf ihre Erben über, und die einmal gemachte Auswahl ist unwiderruflich.

Findet sich in dem Vermögen des Testators nur eine einzige Sache von der vermachten Art oder Gattung vor, so kann der Erbe oder Legatar, ohngeachtet des ihm zustehenden Auswahlrechtes, keine andere, außerhalb dieses Vermögens, auswählen, wenn nicht der Testator ihn ausdrücklich dazu befugt hätte.

697. Das Vermächtniß der Schuldenbefreiung begreift nur die zur Zeit des Testamentes vorhandenen, und nicht die seitdem gemachten Schulden.

698. Das Vermächtniß der Alimente begreift in sich die Nahrung, Kleidung, Wohnung und Alles, was zum Unterhalte des Legatars, während er lebt, nothwendig ist; selbes kann sich nach den Umständen auch auf einen, seinem Stande gemäßen, Unterricht erstrecken.

699. Der Legatar kann sich nicht in den Besitz der vermachten Sache setzen, ohne deren Auslieferung von den Erben zu begehren.

700. Er kann die Früchte oder Interessen davon nicht eher verlangen, als vom Tage an, wo er das Gesuch um Auslieferung vor Gericht angebracht hat,

oder vom Tage an, wo ihm diese Auslieferung von freien Stücken zugestanden worden ist.

701. Die Interessen oder Früchte der vermachten Sache, gehören dem Legatar vom Sterbetage an, ohne daß er deßwegen eine gerichtliche Klage angestellt habe:

1° Wenn der Testator in dieser Beziehung ausdrücklich seinen Willen im Testamente erklärt hat;

2° Wenn eine Leibrente, oder ein periodischer Gehalt, unter dem Titel von Alimenten vermacht worden ist.

702. Hat der Testator eine bestimmte Quantität vermacht, welche zu festgesetzten Zeitpunkten, wie z. B. alljährlich, monatlich, oder zu irgend einer andern Zeit, abgetragen werden soll, so läuft der erste Zeitraum von dem Tode des Testators an, und die vermachte Quantität fällt gänzlich für den vollen Zeitraum dem Legatar zu, wenn er auch sofort nach ihrem Beginn mit Tod abgegangen wäre.

Das Vermächtniß ist jedoch vor Verfall der Zeitfrist nicht forderlich; wurde es aber unter dem Titel von Alimenten gemacht, so kann es gefordert werden, sobald die Zeitfrist angefangen hat.

703. Die zur Auslieferung des Vermächtnisses nothwendigen Kosten fallen der Erbschaft zur Last, ohne daß jedoch hierdurch die Verminderung des gesetzlichen Reservattheiles veranlaßt werden dürfte.

704. Die vermachte Sache muß mit dem nöthigen Zugehör und in dem Zustande, worin sie sich am Sterbetag des Testators befindet, ausgeliefert werden.

705. Wenn der, welcher das Eigenthum eines unbeweglichen Gutes vermacht hat, es in der Folge durch Erwerbungen vergrößert, so sind, ohne eine neuere Verfügung, diese Erwerbungen, wären sie auch angrenzend, nicht als Theile des Vermächtnisses anzusehen.

Anderß verhält es sich mit den Verschönerungen, oder neuen Bauten die auf dem vermachten Gute angebracht oder aufgeführt worden sind, oder mit einem geschlossenen Raume, dessen Umfang der Testator erweitert hat.

706. Ist die vermachte Sache mit einer Gilt, einer Grundsteuer, Nießbrauch, Dienstbarkeit oder mit einer andern ihr anhaftenden Last beschwert, so hat der Legatar selbe zu ertragen.

Ist jedoch vor oder seit dem Testamente die vermachte Sache für eine Schuld der Erbschaft, oder gar für die Schuld eines Dritten hypothekirt worden, so ist der, welcher das Vermächtniß abzutragen hat, gehalten, sie davon zu befreien, es sei denn, daß der Testator durch eine ausdrückliche Verfügung dem Legatar auferlegt habe, die Schuld zu bezahlen.

707. Wenn im Falle, wo mehrere Erben, durch oder ohne Testament, vorhanden sind, der Testator keinen derselben besonders mit der Abtragung des Vermächtnisses beauftragt hat, so sind sie alle persönlich gehalten selbes abzutragen, jeder im Verhältnisse dessen was ihm von der Erbschaft zukommt.

Sie sind dazu hypothekarisch für das Ganze verpflichtet, bis zum Belange des Werthes der Erbliegenschaften, deren Inhaber sie sind.

708. Wurde einer der Erben besonders mit der Bezahlung des Vermächtnisses beladen, so ist er allein persönlich gehalten, selbes abzutragen.

In diesem Falle kann der Legatar seine Hypothekarflagge nur auf diejenigen Liegenschaften ausüben, welche dem beschwerten Erbe hinterlassen worden sind, oder auf den Antheil der diesem davon in der Erbschaft zukommen wird.

Wenn die, einem der Miterben angehörige, Sache vermacht worden ist, so liegt es seinem oder seinen Miterben ob, ihn mit Geld oder erblichen Grundgütern zu entschädigen, im Verhältnisse ihres Antheils an dem Nachlasse, es sei denn, der Testator habe anders verfügt.

709. Wenn eine Erbschaft oder ein Vermächtniß, unter der Bedingung, nicht zu machen oder nicht zu geben, hinterlassen wurde, so hat der Erbe

oder der Legatar die Pflicht, Bürgschaft oder jede andere Sicherstellung zu leisten, welche geeignet ist, die Vollziehung des Willens des Testators, im Interesse derjenigen zu gewährleisten, denen die Erbschaft oder das Legat zustehe, falls der Bedingung zuwider gehandelt würde.

710. Wird ein Vermächtniß unter Bedingung gemacht, oder um nur nach einer gewissen Zeit statt zu finden, so kann der Legatar denjenigen, welcher das Vermächtniß abzutragen hat, verpflichten, Bürgschaft zu geben, oder deßhalb jede andere hinreichende Sicherstellung zu leisten.

Die nämliche Bestimmung gilt auch für die Erbsenezung mit Bedingniß.

Sechstes Kapitel.

Von dem Anwachsrechte.

711. Wenn zwei oder mehrere Erben ohne bestimmten Antheil eingesetzt worden sind, und einer derselben seinen Antheil nicht antreten kann oder nicht antreten will, so wächst dieser Antheil den übrigen eingesetzten Erben an.

712. Die Anthteile sind nur dann als bestimmt anzusehen, wenn der Testator die Quotität der Erbschaft, die jedem der Miterben zukommen soll,

ausdrücklich bezeichnet hat. Die Ausdrücke, zu gleichen Theilen, schließen das Anwachsrecht nicht aus.

713. Die Miterben, denen der Antheil des Miterben, welcher an der Erbschaft nicht Theil nimmt, kraft des Anwachsrechtes zufallen wird, haben alle Verpflichtungen und Lasten zu tragen, die diesem Miterben obgelegen hätten; es sey denn, daß diese Lasten und Verpflichtungen sich ausschließlich auf persönliche Handlungen des an der Erbschaft nicht Theil nehmenden Miterben beziehen.

714. Der Miterbe, dem der Antheil dessen, welcher an der Erbschaft nicht Theil nimmt, anwächst, kann selben nicht ausschlagen, wenn er nicht zugleich auch dem ihm übertragenen Erbtheile entsagt.

715. Wenn kein Anwachs statt findet, so fällt der Antheil des Erben, welcher an der Erbschaft nicht Theil nimmt, den abintestat Erben zu.

Diese haben die Lasten und Verpflichtungen zu tragen, die obgedachten Erben obgelegen hätten, unter der im Artikel 713 vorgemerkten Beschränkung.

716. Es findet Anwachs zwischen den Legataren unter Partikularartikel statt, wenn das Vermächtniß mehreren gemeinschaftlich gemacht worden ist.

Das Vermächtniß wird als gemeinschaftlich gemacht angesehen, wenn es durch den nämlichen Act gemacht wurde, und der Testator den Antheil eines jeden Mitlegataren an der vermachten Sache nicht angewiesen hat.

717. Wenn ein Nießbrauch mehreren Personen vermacht worden ist, und nach den hier oben vorgeschriebenen Regeln, der Anwachs unter denselben stattzufinden hat, so wächst der Antheil des Nugnießers, der das Vermächtniß nicht benutzt hat, oder der gestorben ist, oder der nachdem er selbes angenommen, aufgehört hat Theil daran zu nehmen, immer den übrigen Nugnießern an.

Hat der Anwachs nicht statt, so wird dieser Antheil sich mit dem Eigenthum vereinigen.

718. Wenn zwischen den Legataren der Anwachs nicht statthaftig ist, so gehört der Antheil des Nichttheilnehmers an dem Vermächtnisse, dem Erben oder dem persönlich mit der Abtragung desselben beladenen Legatar zu; lastet aber das Vermächtniß auf der Verlassenschaft, so kommt dieser Antheil allen Erben oder Legataren, im Verhältnisse ihres Erbtheiles, zu Gute.

719. Die, in den Artikeln 713 und 714 aufgestellten Regeln, in Betreff der Verpflichtungen, die dem Miterben, der die Erbschaft nicht antritt, obgelegen wären, sind auch auf den Mitlegatar, welchem

kraft des Anwachsrechtes, das Vermächtniß zu Gute kommt, und auf den Erben anwendbar, dem es, im Kraftlosigkeitsfalle, angehören würde.

Sie b e n t e s K a p i t e l.

Von den Substitutionen.

720. Man kann dem eingesetzten Erben oder dem Legatar, für den Fall, wo einer derselben die Erbschaft oder das Vermächtniß nicht anträte, eine andere Person substituiren. Diese Substitution heißt *Vulgarsubstitution*.

721. Es können mehrere Personen einer einzigen, oder eine einzige mehreren substituirt werden.

722. Wenn bei einer Substitution entweder nur der Fall ausgedrückt wurde, wo der zum ersten ernannte, die Erbschaft oder das Vermächtniß nicht annehmen könnte; oder nur der Fall, wo er es nicht annehmen wollte, so wird der unausgedrückte Fall, als im ausgedrückten begriffen, angesehen, es sey denn, der Testator hätte sich anders erklärt.

723. Die Substituten haben die Lasten zu ertragen, die denjenigen, welchen sie substituirt wurden, aufgelegt worden sind, außer es erhelle die Absicht des Testators, nur die zum ersten ernannten damit beladen zu wollen.

Es sollen jedoch die der Erbseinsetzung oder dem

Vermächtnisse beigesetzten, oder speziell der Person des Erben oder des Legatars auferlegten Bedingungen, in Hinsicht des Substituten, nur dann als wiederholt angesehen werden, wenn solches der Testator ausdrücklich erklärt hat.

724. Wenn Miterben oder Legatare, deren Antheile ungleich sind, wechselseitig einander substituirt worden sind, so ist das für die Antheile, welche ihnen durch die erste Verfügung zugeeignet wurden, aufgestellte Verhältniß, als in der Substitution wiederholt anzusehen.

Wenn aber, nebst den zum erst n e nannten, noch eine andere Person in der Substitution begriffen worden ist, so haben alle die, welche substituirt worden sind, einen gleichen Theil an der ledigen Portion.

725. Die Verfügung, mittelst welcher dem eingesetzten Erben oder Legatar die Pflicht auferlegt wurde, die Erbschaft oder das Vermächtniß aufzubewahren und einem Dritten zu restituiren, heißt *Fideikommissar substitution*.

726. Das von dem Testator, dem eingesetzten Erben oder dem Legatar gemachte Verbot, die Erbschaft oder das Vermächtniß zu veräußern, enthält eine Fideikommissar substitution, und verpflichtet dieselben, die Erbschaft oder das Vermächtniß auf ihre rechtmäßigen Erben zu übertragen.

727. Bei den Familiensfideikommissen wird, im Zweifel, die Substitution den männlichen Personen der männlichen Nachkommenschaft, und nach der für die Intestaterbfolgen bestimmten Ordnung übertragen.

728. Ist der Zeitpunkt zur Restitution nicht bestimmt, so wird vermuthet, solche habe nach dem Tode des mit der Substitution Beschwerten zu geschehen.

729. Jede Substitution, weiter als auf den ersten Grad, ist verboten. Sie ist erloschen, sobald die Güter des mit der Substitution Beschwerten auf den Substituten übergegangen sind.

730. Die Verfügung, kraft welcher es dem Erben oder dem Legatar obliegt, die Erbschaft oder das Vermächtniß einem Dritten zu restituiren, hat auch ihre Wirkung in dem Fall, wo der Erbe oder der Legatar die Erbschaft oder das Vermächtniß nicht annehmen wollte oder konnte.

731. Der Ascendent, welcher zwei oder mehrere seiner Kinder als Erben eingesetzt hat, kann selbe einander substituiren.

Diese Substitution hat bis zum lezt Ueberlebenden der erwähnten Kinder, ihre Wirkung. In diesem Falle ist ihm jede andere Substitution untersagt.

732. Der Testator kann eine, zur Zeit seines Absterbens noch nicht empfangene, Person substi-

tuiren. Um die Substitution erhalten zu können, genügt es, daß diese Person bei Eröffnung derselben empfangen war.

Für diesen Fall gilt die Bestimmung des ersten Absatzes des 585ten Artikels nicht.

733. Der Erbe oder Legatar, welchem eine Substitution aufgegeben wurde, genießt eines beschränkten Eigenthumsrechtes, mit den Vortheilen und Verpflichtungen eines Nießbrauchers. Er kann die mit einer Substitution beschwerten Liegenschaften weder veräußern noch hypothekiren. Er kann selbe durch Behaftung mit lästigen Grunddiensten nicht verschlimmern.

734. Er hat für die Restitution der Schuldforderungen, des baaren Geldes und der Mobiliareffekten Bürgschaft zu leisten. Will oder kann er dieser Verpflichtung nicht genuthun, so werden diese Güter von einem, auf Instanz der interessirten Parteien, oder ihrer Vertreter, oder von einem amts halber vom Richter, ernannten Curator verwaltet.

735. Die Rechte der Substituten werden zu der Zeit eröffnet, wo der Genuß, welchen der mit der Substitution Beschwerte hatte, aus welchem Grund immer aufhören wird.

Die zum voraus stattfindende Abtretung des Genusses zu Gunsten des Substituten, kann weder den Gläubigern des Beschwerten, die es schon vor der

Abtretung waren, noch den, mit Eintritt des testamentarisch bestimmten Zeitpunktes zur Substitution Berufenen nachtheilig seyn.

736. Stirbt der Substitut vor dem mit der Substitution beschwerten Erben oder Legatar, so erlischt die Substitution.

737. Die von dem Testator einem seiner Descendenten, zur Zeit wo dieser keine Kinder hatte, ausgesetzte Substitution, erlischt, wenn der mit der Substitution Beschwerte, rechtmäßige Descendenten hinterläßt.

738. Wer zu einer Fideikommissarsubstitution berufen wird, kann derselben, sey's vor, sey's nachdem sie zu seinen Gunsten eröffnet ward, entsagen, aber in keinem Falle kann er solches für jene thun, die an seiner Statt dazu berufen sind.

739. Nach dem Tode des Testators können die Betheiligten begehren, daß von allen, der Substitution unterliegenden, Gütern und Effekten ein Inventar aufgenommen werde. Der Richter kann solches auch von Amtswegen verordnen.

740. Die Verfügung, kraft welcher ein Nießbrauch zu Gunsten mehrerer Personen hintereinander ausgesetzt worden ist, gilt nur zum Vortheile derjenigen, welche beim Absterben des Testators, die ersten zu dessen Genuß berufen sind.

Ebenso verhält es sich mit jeder Verfügung, welche die Last enthält, mehreren Personen hintereinander Jahresabträge, auf immer oder auf eine bestimmte Zeit, zu bezahlen.

Es kann jedoch Jemanden die Last auferlegt werden, ein für immer oder für eine Zeit lang, zur Unterstützung der Dürftigkeit bestimmtes, Einkommen, alljährlich zu bezahlen. Gleichwohl kann diese Last unter den vom Gesetze aufzustellenden, Bedingungen, losgekauft werden.

Achtes Kapitel.

Von den Testamentsvollziehern.

741. Der Testator kann einen oder mehrere Testamentsvollzieher ernennen.

742. Wer über sein Vermögen nicht frei verfügen kann, ist unfähig, Testamentsvollzieher zu seyn.

743. Die Testamentsvollzieher haben über die Vollziehung des Testaments zu wachen, und, im Falle ein Rechtsstreit darüber entsteht, können sie interveniren, um die Gültigkeit desselben zu behaupten.

744. Die Vollmachten des Testamentsvollziehers gehen nicht auf seine Erben über.

745. Haben mehrere Testamentsvollzieher den

Auftrag angenommen, so kann einer allein, in Ermangelung der andern, handeln.

746. Die von dem Testamentsvollzieher, um seinem Auftrage nachzukommen, gemachten Auslagen, fallen der Erbschaft zur Last.

747. Der Testator kann den Testamentsvollzieher mit der Abtragung der Vermächtnisse beladen. Zu diesem Behufe kann er demselben die Besignahme seiner ganzen oder nur eines Theils seiner Fahrhabe gestatten; der Testamentsvollzieher kann diese jedoch nicht eher in Besitz nehmen, als bis er über selbe ein Inventar hat aufnehmen lassen.

Hat der Testator ihm die Besignahme nicht eingeräumt, so kann er dieselbe nicht verlangen.

748. Im Falle des vorgehenden Artikels soll der Testamentsvollzieher, nach vorerstlicher Aufforderung des Erben, und wenn dieser dawider nicht einspricht, die Vermächtnisse abtragen.

Im Einspruchsfalle, von Seite des Erben, soll er, bis zur definitiven Aburtheilung der Streitigkeit, jede Bezahlung einstellen.

749. Ist nicht hinreichend Geld vorhanden, um die Vermächtnisse abzutragen, so hat der Testamentsvollzieher den Verkauf der Fahrschaften zu veranlassen, und, bei Unzulänglichkeit derselben, um den Verkauf der Liegenschaften einzukommen.

750. Sind die Erben alle volljährig und gegen-

wärtig, so geschehen die Verkäufe in den Formen und durch den Act, wie es die Parteien für schicklich finden.

Befinden sich unter ihnen Minderjährige, Interdicirte, Abwesende oder verwaltete Körperschaften, so sollen bei den Verkäufen, die von dem Gesetze für die Veräußerungen der, solchen Personen angehörigen, Güter, vorgeschriebenen Förmlichkeiten befolgt werden.

751. Der Erbe kann entweder der Besitznahme ein Ende machen, oder aber den Verkauf, dessen in den 747 und 749 sten Artikeln erwähnt wird, verhindern, wenn er dem Testamentsvollzieher eine zur Zahlung der Mobilienvermächtnisse hinreichende Summe anbietet, oder diese Zahlung erweislich macht.

Neuntes Kapitel.

Von der Widerrufung der Testamente.

752. Man darf, auf keine Weise, der Freiheit entsagen, die durch ein Testament gemachten Verfügungen zu widerrufen oder abzuändern.

753. Die Testamente können ganz oder zum Theil durch ein nachfolgendes Testament, oder durch eine einfache Erklärung der Willensänderung widerrufen werden.

Diese Erklärung kann durch einen eigenhändigen, in der vom Art. 621 vorgeschriebenen Form, oder durch einen, von einem Notar in Gegenwart zweier Zeugen aufgenommenen Act geschehen. Sie kann auch in den für die privilegierten Testamente vorgeschriebenen Formen statt haben, in den Fällen, wo das Gesetz Verfügungen dieser Art zuläßt. In diesem letztern Falle unterliegt der Act, mittelst dessen das Testament widerrufen wird, allen, (für die privilegierten Testamente vorgeschriebenen, Regeln.

754. Das eigenhändige Testament kann auch mittelst seiner Cancellation widerrufen werden; den Betrugsfall ausgenommen, wenn nämlich erwiesen würde, daß solches nicht durch den Testator cancellirt worden sey.

Wurde das Testament zu zwei Doppeln gemacht, so ist es zur Widerrufung des Testaments nicht hinreichend, nur eines der Doppel zu cancelliren.

755. Das Testament bleibt bei seiner Kraft, wenn dessen Widerrufungsact als nichtig erklärt wird.

756. Die, wie hier oben gesagt worden, widerrufenen Verfügungen können nur kraft eines neuen Testaments wieder aufleben.

757. Das nachfolgende Testament, welches das vorgehende oder die vorgehenden nicht ausdrücklich widerruft, vernichtet in diesen bloß jene Verfügun-

gen, welche mit den spätern unverträglich sind, oder denselben zuwiderlaufen.

Zwei Erbseinsetzungen, in zwei Testamenten, werden für unverträglich gehalten.

Das Gleiche gilt, im Falle der Testator, in einem nachfolgenden Testamente Jemanden eine Sache vermachen würde, die er in einem vorgehenden Testamente einer andern Person vermacht hatte; es mag der Testator dieses, im ersten Testamente ausgesetzten, Vermächtnisses, im zweiten Testamente erwähnen oder nicht.

758. Die, in einem nachfolgenden Testamente gemachte, Widerrufung soll ihre gänzliche Wirkung haben, wenn gleich dieser neue Akt, entweder durch die Unfähigkeit des eingesetzten Erben oder Legatars, oder dadurch daß sie der Erbschaft oder dem Vermächtnisse entsagt haben, unvollzogen bleibt.

Dritter Titel.

Von den Erbschaften ohne Testament.

Allgemeine Verfügungen.

759. Die Erbschaft wird, ganz oder zum Theil,

abintestat übertragen, wenn kein Testament vorhanden, oder das vorsündliche nichtig ist; wenn der Verstorbene nicht über sein ganzes Erbgut verfügt hat; wenn die eingesetzten Erben nicht annehmen können oder wollen; endlich wenn mehrere Miterben zusammentreffen, zwischen denen kein Anwachs statt haben kann.

760. Das Gesetz überträgt die Erbschaft auf die Descendenten, die Ascendenten, auf die Seitenverwandten, die natürlichen Kinder, auf den Ehegatten und den Fiskus, nach den hier unten festgesetzten Rangordnung und Regeln.

761. Um die Erbschaft zu regeln, nimmt das Gesetz weder auf die Gattung noch auf den Ursprung des Vermögens Rücksicht.

762. Jede Erbschaft die Ascendenten oder Seitenverwandten zufällt, wird in zwei gleiche Theile getheilt, der eine für die Verwandten der väterlichen, der andere für jene der mütterlichen Linie.

Es fällt von einer Linie nichts an die andere, außer wenn in einer der beiden Linien kein Ascendent und kein Seitenverwandter vorhanden ist.

763. Nach dieser ersten Theilung zwischen der väterlichen und mütterlichen Linie, geschieht keine weitere Abtheilung mehr zwischen den verschiedenen Zweigen, sondern der jeder Linie zugefallene An-

theil gehört denjenigen Verwandten jeder der zwei Linien zu, die, gemäß den im 2. Abschnitte nachstehenden Kapitels aufgestellten Regeln, zur Erbfolge berufen sind.

764. Die Nähe der Verwandtschaft wird durch die Generationen bestimmt.

765. Jede Generation bildet einen Grad.

766. Die Folge der Grade bildet die Linie: man nennt gerade Linie die Folge der Grade unter Personen, wovon die eine von der andern abstammt; Seitenlinie, die Folge der Grade unter Personen, wovon die eine nicht von der andern abstammt, die aber doch einen gemeinschaftlichen Stammvater haben.

Die gerade Linie wird in die gerade absteigende und in die gerade aufsteigende Linie getheilt.

Die erstere verbindet den Stammvater mit seinen Abkömmlingen, die andere verbindet eine Person mit ihren Stammeltern.

767. In gerader Linie zählt man so viel Grade als Generationen sind, den Stammvater nicht eingezählt.

768. In der Seitenlinie zählt man die Grade nach den Generationen von einem Verwandten bis zum gemeinschaftlichen Stammvater, diesen nicht

einbegriffen, und von diesem bis zum andern Verwandten.

769. Diejenigen, welche wegen der im zweiten Kapitel, von der Unfähigkeit durch Testament zu verfügen oder zu empfangen, im Titel von den testamentarischen Erbschaften, aufgestellten Ursachen, unfähig oder unwürdig sind, durch Testament zu bekommen, sind es auch abintestat zu erben.

Sind auch, weil unwürdig, zu erben unfähig, jene die den Testator zu testiren verhindert haben.

Die Kinder und Descendenten des, oberrwähnter Ursachen halber, Unwürdigen, werden wegen der Schuld ihres Vaters, selbst dann, wenn er noch bei Leben wäre, von der Erbschaft nicht ausgeschlossen, wenn sie von sich aus zu derselben gelangen; können sie aber zu derselben nur vermittelt der Repräsentation zugelassen werden, so haben sie bloß ein Recht auf den Pflichttheil, welcher dem Unwürdigen gebührt hätte. Dieser kann in keinem Falle den Nießbrauch oder die Verwaltung der Güter dieser Erbschaft begehren, noch selbst, in Betreff dieser Güter, seine Kinder oder Descendenten abintestat beerben, gemäß den bezüglichlichen Bestimmungen der Artikel 592 und 617.

770. Die Fähigkeit oder Unfähigkeit, die Erbschaft

ten abintestat antreten oder ansprechen zu können, wird, in Betreff religiösen Corporationen angehöriger Personen, nach den, in dem Artikel 594 für die Erbschaften und testamentarischen Verfügungen aufgestellten, Regeln bestimmt.

771. Die Repräsentation bewirkt, daß die Repräsentanten in die Stelle, den Grad und die Rechte des Repräsentirten treten.

772. In der gerade absteigenden Linie findet die Repräsentation bis ins Unendliche statt. Sie wird in allen Fällen gestattet, sowohl wenn Kinder des Verstorbenen mit Descendenten eines vorher gestorbenen Kindes concurriren, als auch wenn alle Kinder des Verstorbenen vorhin gestorben sind, und die Descendenten derselben sich unter einander in gleichen oder ungleichen Graden befinden, und selbst dann, wenn die, im gleichen Grade sich befindenden Kinder, in jedem Stamme nicht gleichzählig wären.

773. Die Repräsentation tritt zu Gunsten von Ascendenten nicht ein; der Nähere in jeder der zwei Linien schließt den Entferntern immer aus.

774. In der Seitenlinie wird die Repräsentation zu Gunsten der Kinder und Descendenten der Geschwister des Verstorbenen zugelassen, sie mögen mit Oheimen oder Tanten zugleich zur Erbfolge gelan-

gen, oder diese mag wegen früheren Ablebens sämtlicher Geschwister des Verstorbenen, deren Descendenten in gleichen oder ungleichen Graden zugefallen seyn.

Sie wird auch zu Gunsten der Kinder und Descendenten der Geschwister derjenigen zugelassen, die von sich aus zur Erbfolge berufen sind, wenn gleich diese Kinder oder Abkömmlinge nicht mehr im erbfähigen Grade wären, und, ohne von ihren Oheimen oder Tanten geführt zu seyn, zur Erbfolge nicht zugelassen würden.

Dieses Repräsentationsrecht hat selbst in dem Falle statt, wenn die Oheimen und Tanten persönlicher Unfähigkeit wegen von der Erbfolge ausgeschlossen wären.

775. In allen Fällen, wo die Repräsentation zugelassen wird, geschieht die Theilung stammweise.

Hat ein Stamm mehrere Zweige, so geschieht die Unterabtheilung in jedem Zweige auch stammweise, und die Mitglieder desselben Zweigs theilen unter sich kopfweise.

776. Die lebenden Personen repräsentirt man nicht, außer es handle sich von Abwesenden, oder von solchen die der Civilrechte verlustig geworden sind, oder der Erbfolge entsagt haben.

Ihre Kinder oder Descendenten werden zugelassen

sie in den durch die Art. 772 und 774 vorgesehenen Fällen und nach den dort aufgestellten Regeln zu repräsentiren.

Die Kinder und Descendenten der, wegen Unwürdigkeit Ausgeschlossenen oder der Enterbten können sie gleichfalls repräsentiren, aber nur in den Fällen und nach den Regeln, welche in den Art. 592, 617 und 679 festgesetzt sind.

777. Man kann den repräsentiren, auf dessen Verlassenschaft man Verzicht gethan hat.

Erstes Kapitel.

Von den verschiedenen Erbfolgeordnungen.

Erster Abschnitt.

Von den Erbschaften, welche den Descendenten zufallen.

778. Die rechtmäßigen Kinder, jene, die durch nachfolgende Ehe legitimirt worden, oder deren Descendenten beerben ihre Vater und Mutter, und andere Ascendenten, auch wenn sie aus verschiedenen Ehen entsprossen sind.

Sie erben kopfweise, wenn sie alle im ersten Grade sind; sie erben stammweise, wenn sie alle oder

zum Theil, durch Repräsentation zur Erbschaft gelangen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Erbschaften, welche den Ascendenten und Seitenverwandten zufallen.

779. Sind keine Descendenten vorhanden, so vertheilt sich die Erbschaft in zwei gleiche Theile, laut Vorschrift des Art. 762.

Die der väterlichen Linie angewiesene Hälfte fällt dem Vater des Verstorbenen zu. Ist jener vorher gestorben, so fällt diese Hälfte den leiblichen oder vaterhalb Geschwistern des Verstorbenen oder ihren Descendenten zu; sind deren keine vorhanden, so den väterlichen Ascendenten, und, in deren Abgang, den Seitenverwandten der nämlichen Linie.

Die der mütterlichen Linie angewiesene Hälfte fällt der Mutter des Verstorbenen zu. Ist sie vorher gestorben, so fällt diese Hälfte den leiblichen oder mutterhalb Geschwistern des Verstorbenen oder ihren Descendenten zu; sind deren keine da, so fällt sie den mütterlichen Ascendenten, und, in deren Abgang, den Seitenverwandten dieser Linie zu.

780. In jeder Linie nimmt der im Grad nächste Ascendent die seiner Linie angewiesene Hälfte mit Ausschließung aller andern.

Sind in der nämlichen Linie mehrere Ascendenten im gleichen Grade, so erben sie kopfweise.

781. Die Geschwister des Verstorbenen erben kopfweise; ihre Kinder und Descendenten erben stammweise, in Gemäßheit der Art. 774 und 775.

Unter den übrigen Seitenverwandten fällt die Erbschaft denjenigen zu, welche mit den Verstorbenen den nächsten gemeinsamen Stamm haben.

Unter den Descendenten dieses Stammes schließen die Nähern die Entferntern aus, mit Vorbehalt des beim Artikel 774 aufgestellten Repräsentationsrechtes.

Diejenigen, die im gleichen Grade sind, erben kopfweise.

782. Die über den achten Grad hinaus entfernten Verwandten erben nicht, mit Vorbehalt dessen was beim Art. 774 gesagt ist.

Sind in der einen Linie keine Verwandten erbfähigen Grades, so erben die Verwandten der andern Linie das Ganze.

Zweites Kapitel.

Von den unregelmäßigen Erbschaften.

Erster Abschnitt.

Von den Rechten der unehelichen Kinder auf das Vermögen ihrer Vater und Mutter, und von der Erbschaft der ohne Nachkommenschaft verstorbenen unehelichen Kinder.

783. Das uneheliche Kind beerbt seine Mutter unter den hier folgendes aufgestellten Beschränkungen. Es beerbt auch seinen Vater, unter eben denselben Beschränkungen, aber nur in dem Falle, wo dieser das Kind in Gemäßheit des Art. 138 anerkannt hätte.

784. Das Recht des unehelichen Kindes auf das Vermögen seiner abintestat gestorbenen Vater und Mutter besteht im Drittel des Theils den es erhalten hätte, wenn es ein eheliches gewesen wäre; vorausgesetzt, daß der Verstorbene, Verwandte erbfähigen Grades in beiden Linien hinterlassen habe.

In Abgang der Verwandten erbfähigen Grades in der einen oder andern Linie fällt dem unehelichen Kinde die volle Hälfte zu, welche dieser Linie angewiesen war.

In Abgang der Verwandten erbfähigen Grades in beiden Linien hat das uneheliche Kind ein Recht auf den ganzen Nachlaß.

785. Das uneheliche Kind ist gehalten, in den Antheil, den es erbt, alles das einzurechnen, was es von dem Vater oder von der Mutter erhalten und was der Einwerfung unterworfen wäre, nach den im nachfolgenden vierten Kapitel, unter dem Titel, Verfügungen, die den testamentarischen und Abintestaterbschaften gemein sind, bestimmten Regeln.

786. Im Falle des frühern Absterbens des unehelichen Kindes, können seine rechtmäßigen oder legitimirten Kinder oder Descendenten die, von den vorigen Artikeln ihrem Vater oder ihrer Mutter zugestandenen, Rechte reklamiren.

787. Das uneheliche Kind, obschon es anerkannt ist, hat kein Recht auf das Vermögen der Verwandten seines Vaters und seiner Mutter, noch diese Verwandten auf das Vermögen des unehelichen Kindes, mit Vorbehalt dessen was im Artikel 792 gesagt wird.

788. Die in den vorgehenden Artikeln enthaltenen Verfügungen sind nicht anwendbar auf die Kinder, deren im Artikel 134 erwähnt wird, es mag ihre Kindschaft auf was immer für eine Art erwiesen seyn.

Das Gesetz gestattet denselben bloß Alimente.

789. Diese Alimente werden mit Rücksicht auf die Vermögensumstände des Vaters oder der Mutter

und nach der Anzahl und Qualität der rechtmäßigen Erben bestimmt.

790. Wenn der Vater oder die Mutter der Kinder, von denen im Artikel 134 die Rede ist, dieselben ein Handwerk haben erlernen lassen, oder wenn eines von ihnen bei seinen Lebzeiten denselben Alimente zugesichert hat, so können diese Kinder in dieser Beziehung keine Forderung machen.

791. Die Erbschaft des ohne eheliche oder uneheliche Nachkommen verstorbenen unehelichen Kindes wird zwischen dem Vater, der es anerkannt hat, und der Mutter, falls die Mutterschaft erwährt ist, halbgetheilt. Im Falle früheren Absterbens eines derselben gehört diese Erbschaft ganz dem Ueberlebenden zu, mit Vorbehalt dessen, was im nachstehenden Artikel gesagt wird.

792. Im Falle des frühern Absterbens des Vaters und der Mutter des ohne Nachkommenschaft verstorbenen unehelichen Kindes, oder eines von ihnen, fallen die Güter, welche es von selbst erhalten hat, oder deren Werth, den rechtmäßigen oder geechtigten Geschwistern und ihren Descendenten zu, und, in deren Abgang, denjenigen Verwandten von der Seite des früher verstorbenen Vaters, oder der früher verstorbenen Mutter, welche im Falle rechtmäßiger Verwandtschaft zur Erbfolge berufen würden. Alle übrigen Güter gehen auf die

unehelichen Geschwister oder deren Descendenten über.

Zweiter Abschnitt.

Von den Rechten des überlebenden Ehegatten und des Staates.

793. Der überlebende Ehegatte hat die Zugnießung der Hälfte des Vermögens von seinem verstorbenen Ehegatten, wenn dieser eheliche oder geechtigte Descendenten hinterläßt. In Abgang dieser Kinder, erstreckt sich die Zugnießung auf das sämmtliche Vermögen.

794. Die dem überlebenden Ehegatten zugestandene Zugnießung wird um die Hälfte reducirt, wenn er zu einer zweiten Ehe schreitet.

Das Gleiche gilt für den Fall, wenn die überlebende Frau ein liederliches Leben führt.

795. Der überlebende Ehegatte hat gar kein Recht auf die Zugnießung jener Güter, von welchen der früher verstorbene Ehegatte zur Zeit seines Absterbens nur das bloße Eigenthum hatte.

Jede Verabredung dagegen ist nichtig.

796. Mittelft Schenkungen unter Lebenden, oder testamentarischen Schenkungen, die von dem vorher gestorbenen Ehegatten gemacht worden, kann der dem überlebenden Ehegatten zukommende Nießbrauch nicht unter die Hälfte desjenigen reducirt

werden, welcher ihm gebührt hätte falls keine Verfügung wäre gemacht worden.

797. Wenn der Verstorbene weder Verwandte im erbfähigen Grade, in der einen oder andern Linie, noch uneheliche Kinder hinterläßt, so gehört seine Verlassenschaft dem ihn überlebenden Ehegatten.

798. In Ermangelung erbfähiger Verwandten, unehelicher Kinder und überlebenden Ehegattes, fällt das Vermögen dem Staate anheim.

Vierter Titel.

Verfügungen, die den Erbschaften mit und ohne Testament gemein sind.

Erstes Kapitel.

Von der Eröffnung der Erbschaften, von der Besitznahme und von der Inbesitzeinweisung der Erben.

799. Die Erbschaften mit und ohne Testament werden im Augenblicke des Todes eröffnet.

800. Die rechtmäßigen Erben treten unmittelbar und von Rechtswegen in das Vermögen, Rechte und Klagen des Verstorbenen ein, obschon sie die

Verlassenschaft noch nicht in reellen Besitz genommen hätten.

801. Die testamentarischen Erben und die unehelichen Kinder, welche auf einen Theil der Erbschaft Anspruch haben, sollen dessen Auslieferung von den erbfähigen Verwandten begehren.

Nicht desto weniger sind dieselben zu dem Genuße ihres Erbtheiles, von dem Tage des Hinschiedes des Erblassers an, berechtigt, wenn die Auslieferung innerhalb eines Jahres seit diesem Zeitpunkt begehrt worden ist; widrigenfalls hat dieser Genuß nur mit dem Tage des gerichtlichen Begehrens, oder mit demjenigen an dem die Auslieferung freiwillig zugegeben worden ist, zu beginnen.

802. Wenn, in Ermangelung rechtmäßiger Erben, die Erbschaft auf die testamentarischen Erben, die unehelichen Kinder, auf den überlebenden Ehegatten oder den Staat übergeht, so haben diese um die Auslieferung vor dem Richter erster Instanz desjenigen Ortes, wo die Erbschaft eröffnet worden, einzukommen.

Der Richter kann, nur mit Beobachtung der von dem Gesetzbuche über die bürgerliche Prozeßordnung vorgeschriebenen Förmlichkeiten, über dieses Begehren erkennen.

803. In dem durch vorstehenden Artikel vorgesehenen Falle, hat der Richter von Amtswegen die

Siegel anzulegen, ein Inventar aufnehmen zu lassen und die nöthigen vorläufigen Verwaltungsmaßnahmen zu treffen.

804. Der Testamentar-Erbe, das uneheliche Kind und der überlebende Ehegatte sind gehalten den Betrag der Mobilien an Zins zu legen, oder für deren Zurückgabe, falls sich rechtmäßige Erben des Verstorbenen einfinden sollten, genugsame Gewährschaft zu leisten. Nach fünf Jahren aber sind die gegebenen Sicherstellungen losgebunden, wenn die Erbschaft in dieser Zwischenzeit nicht angesprochen worden ist.

805. Die Erbschaft wird ferner durch die Ablegung, selbst zeitfristiger Gelübde, in den Mönchsorden, eröffnet.

806. Dessen ungeachtet haben die Ordensgeistlichen, welche ewige oder nur zeitfristige Gelübde abgelegt haben, und die hievon gültiger Weise entbunden, in zehn Jahren seit Ablegung derselben in die Welt zurückgetreten sind, das Recht, die Erstattung ihres Vermögens, und die Einkünfte nur eines Jahres zu begehren.

Die Erben, welchen solche Erbschaften zugekommen sind, haben über das Vermögen ein Inventar aufnehmen zu lassen und sich während der hierob festgesetzten zehnjährigen Frist, an die, für die Inbesitzseinweisung des Vermögens eines Abwesenden vorgeschriebenen, Verwaltungsregeln zu halten.

Das Gleiche gilt so oft eine Erbschaft zu Gunsten gedachter Ordensgeistlichen während der zehn Jahre seit Ablegung der Gelübde eröffnet wird.

807. Wenn die Ordensgeistlichen nach den im vorstehenden Artikel erwähnten zehn Jahren in die Welt zurücktreten, so sind diejenigen, welche in den Besitz ihres Vermögens eingewiesen wurden, gehalten, selben die Alimente zu verabfolgen, jedoch nur bis zum Belange des Ertrags dieses Vermögens.

Zur Garantie dieser Leistung, steht den Religiösen das Recht zu, sich sowohl diejenigen Liegenschaften, welche sie zur Zeit der Gelübdablegung besaßen, als auch diejenigen, welche ihnen nachher zufallen würden, durch hypothekarische Einschreibung zu sichern und hinreichende Gewährleistungen für die Erhaltung ihrer Schuldtiteln zu verlangen.

Können oder wollen die Erben diese Gewährleistungen nicht geben, so werden die Schuldtiteln in Beschlag genommen, deren Renten unter der hierob erwähnten Verpflichtung den Erben zugehören sollen.

Zweites Kapitel.

Von der Annahme und der Ausschlagung der Erbschaften.

Erster Abschnitt.

Von der Annahme.

808. Eine Erbschaft kann geradezu und unbedingt, oder unter Inventarswohlthat angenommen werden.

809. Niemand ist gezwungen eine ihm zugefallene Erbschaft anzunehmen.

810. Die Ehe-Frauen können nur mit den von den 93ten und folgenden Artikeln zur Abschließung eines Vertrages erheischten Ermächtigungen, eine Erbschaft gültig annehmen.

Wenn auf des Mannes Weigerung hin, die Frau durch das Waisenamt ermächtigt wird, so können die Gläubiger, bei Unzulänglichkeit des Erbschaftsvermögens, ihre Bezahlung auf dem Grunde des andern Vermögens der Frau nicht betreiben, außer mit Schonung des Genusses, welcher davon dem Manne zusteht.

Die volljährigen Töchter und Wittfrauen können eine Erbschaft nur mit Einwilligung ihres gerichtlichen Beistandes annehmen.

811. Die den Minderjährigen und Interdicirten

zugefallenen Erbschaften können nur in Gemäßheit der im Titel, über die Minderjährigkeit, Vormundschaft und Emancipation, enthaltenen Verfügungen, gültig angenommen werden.

812. Die Erbschaften, welche den unter väterlicher Gewalt stehenden Minderjährigen zufallen, können von dem Vater nur mit Ermächtigung des Waisenamtes angenommen werden.

813. Die Wirkung der Annahme beginnt vom Tage der Erbschaftseröffnung.

814. Die Befugniß eine Erbschaft anzunehmen wird durch den Abfluß von dreißig Jahren verjährt.

815. Die Annahme einer Erbschaft wird nicht vermuthet.

Sie kann ausdrücklich oder stillschweigend geschehen.

Sie ist ausdrücklich, wenn Jemand in einem authentischen oder Privatact den Titel oder die Eigenschaft eines Erben annimmt.

Sie ist stillschweigend, wenn der Erbe einen Act macht, welcher seinen Willen zur Annahme nothwendiger Weise vermuthen läßt, und welchen Act derselbe nur in seiner Eigenschaft als Erbe zu machen berechtigt wäre.

816. Die Handlungen, welche bloß in Erhaltung, Aufsichts- und provisorischen Verwaltungs-

maßregeln bestehen, werden nicht als Erbschafts-
Antretungsacte angesehen, wenn man dabei nicht den
Titel oder die Eigenschaft eines Erben angenommen
hat.

817. Die Schenkung, der Verkauf oder die Ab-
tretung der Erbrechte von Seiten eines Miterben an
einen Nichterben, oder an alle seine Miterben oder
an irgend einen von ihnen, bewirkt von seiner Seite
die Erbschaftsannahme.

818. Eben so verhält es sich mit der selbst un-
entgeltlichen Verzichtleistung eines Erben zu Gun-
sten eines oder mehrerer seiner Miterben, so wie auch
mit der Verzichtleistung selbst zu Gunsten aller sei-
ner Miterben ohne Unterschied, wenn ihm der Preis
dieser Verzichtleistung ausbezahlt wird.

819. Die Verzichtleistung bewirkt die Erbschafts-
annahme nicht, wenn selbe unentgeltlich zu Gunsten
aller testamentarischen oder intestat Miterben, denen
der Antheil des Verzichtthuenden, bei seinem Ab-
gang, zugefallen wäre, geschehen ist.

820. Ist derjenige, welchem eine Erbschaft zuge-
fallen ist, gestorben, ohne sie ausgeschlagen oder
weder ausdrücklich noch stillschweigend angenommen
zu haben, so übermacht er seinen Erben das Recht
selbe anzunehmen oder auszuschlagen.

821. Sind diese Erben nicht einig, ob sie die
Erbschaft annehmen oder ausschlagen sollen, so

muß sie unter Inventarswohlthat angenommen werden.

822. Die Erben, welche die Erbschaft des Verstorbenen angenommen haben, können dessen ungeachtet jene Erbschaft ausschlagen, die dem Verstorbenen zugefallen ist, die er aber noch nicht angenommen hat; allein die Verzichtleistung auf des Verstorbenen Erbschaft bewirkt die Verzichtleistung auf alle und jede Erbschaft die ihm zugefallen ist.

823. Der Erbe kann nur insofern die von ihm gethane ausdrückliche oder stillschweigende Annahme einer Erbschaft angreifen, als diese Annahme durch einen gegen ihn begangenen Betrug wäre bewirkt worden.

Er kann dagegen unter Vorwand der Verkürzung nie einkommen, außer wider die Legatäre, und nur in dem Falle, wenn die Erbschaft durch Entdeckung eines im Augenblicke der Annahme unbekannten Testamentes erschöpft oder um mehr als ein Drittel vermindert worden wäre.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ausschlagung der Erbschaften.

824. Die Ausschlagung einer Erbschaft wird nicht vermuthet.

Selbe kann nur mittelst einer Erklärung ge-

schehen, die bei dem von seinem Gerichtsschreiber verbeiständeten Richter erster Instanz des Ortes, wo die Erbschaft eröffnet ist, abgegeben wird.

Sie soll von dem Richter auf dem im Gesetzbuche über die bürgerliche Prozeßordnung vorgeschriebenen Wege kund gemacht werden.

825. Der verzichtthuende Erbe wird angesehen nie Erbe gewesen zu seyn.

Ungeachtet seines Verzichtes bleibt ihm jedoch das Recht die zu seinen Gunsten gemachten Vermächtnisse zu fordern.

826. Bei den Intestaterbschaften fällt der Antheil des Verzichtthuenden denjenigen zu, welche hiezu berufen würden, wenn der Verzichtende nicht da wäre.

827. Bei den Erbschaften mit Testament, fällt der Antheil des Verzichtthuenden seinen Miterben oder den gesetzlichen Erben zu, im Sinne der, in den Artikeln 711 und 715, so wie im vorstehenden Artikel aufgestellten Grundsätze.

828. Bei den Erbschaften abintestat, kann der Miterbe, welchem der Theil des Verzichtthuenden zugefallen ist, denselben ausschlagen und doch zugleich denjenigen Theil, zu dem er unmittelbar berufen ist, behalten.

829. Die Gläubiger desjenigen, der zum Nach-

theil ihrer Rechte Verzicht gethan hat, können die Erbschaft im Namen und statt ihres Schuldners annehmen.

Diese Annahme hat unter Inventarswohlthat zu geschehen.

In diesem Falle ist die Verzichtleistung nur zu Gunsten der Gläubiger und bis zum Belange ihrer Forderungen vernichtet; sie ist es nicht zu Gunsten des verzichtthuenden Erben.

§30. So lange die Erbschaft nicht ausdrücklich oder stillschweigend angenommen ist, kann sie immerdar ausgeschlagen werden.

Erklärt sich jedoch der Erbe über die Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft binnen drei Monaten seit ihrer Eröffnung nicht, so können diejenigen, welche bei seinem Abgang zur Erbfolge berufen sind, ihn anhalten, dies binnen einer neuen Frist von sechs Monaten zu thun, unter Strafe seines Erbfolgerechtes verlustig zu werden.

Wenn sich der Erbe über die Annahme oder Ausschlagung innerhalb drei Monaten nach Eröffnung der Erbschaft nicht erklärt, so haftet er für die Kosten der gegen ihn gerichteten Betreibungen, außer er erweise, von dem Tode des Erblassers keine Kenntniß gehabt zu haben, in welchem Falle die Kosten auf der Erbschaft lasten.

§31. So lange das Recht, die Erbschaft anzu-

nehmen, gegen die Erben, welche verzichtet haben, unverjährt ist, sind sie befugt, die Erbschaft annoch anzunehmen, insofern solche von andern Erben, dem überlebenden Ehegatten, dem unehelichen Kinde, oder vom Staate noch nicht angenommen worden ist; unbeschadet jedoch der Rechte, welche Dritter auf das Vermögen der Verlassenschaft entweder kraft Verjährung oder vermöge der mit dem Curator der vakanten Erbschaft gültig abgeschlossenen Verträge, erworben haben mag.

832. Man kann, selbst nicht im Heirathsvertrage, weder auf die Erbschaft einer lebenden Person verzichten, noch zukünftige Rechte, welche man auf diese Erbschaft erhalten könnte, veräußern.

833. Die Erben, welche Gegenstände einer Erbschaft entwendet oder verhehlet haben, sind der Befugniß darauf zu verzichten verlustig; ohnerachtet ihrer Verzichtleistung bleiben sie unbedingte Erben.

Dritter Abschnitt.

Von der Rechtswohlthat des Inventars, von deren Wirkungen und von den Verbindlichkeiten des Benefiziарverben.

834. Der Erbe kann begehren zur Rechtswohlthat des Inventars zugelassen zu werden, auch wenn dies von dem Testator auf welch irgend eine Weise

verboten wäre, und selbst dann, wenn die übrigen Erben die Erbschaft unbedingt angenommen hätten.

835. So lange die Befugniß die Erbschaft anzunehmen nicht verjährt ist, behält der Erbe das Recht die Inventarwohlthat zu begehren, wenn er übrigens keinen Act als Erbe gemacht hat.

836. Das Begehren zur Inventarwohlthat soll an den von seinem Gerichtschreiber verbeiständeten Richter erster Instanz jenes Ortes, wo die Erbschaft eröffnet ist, gerichtet werden.

837. Auf das Begehren der Inventarwohlthat hin hat der Richter von Amtswegen Jemanden zu bestellen, um das Vermögen zu verwalten.

Diese Verwaltung soll vorzugsweise dem Erben übertragen werden, wenn er genugsame Gewährung darbietet.

838. Der Richter soll ebenfalls von Amtswegen zur getreuen und genauen Inventaraufnahme des Vermögens der Erbschaft schreiten lassen, und die Gläubiger und Legatäre mit den im Gesetzbuche über die bürgerliche Prozeßordnung für das Concursverfahren vorgeschriebenen Förmlichkeiten, einladen, ihre Ansprüche beim Schreibamte, unter der im Artikel 843 verhängten Strafe, vormerken zu lassen.

839. Wenn im Nachlasse sich Sachen vorfinden, die dem Verderben ausgesetzt oder kostspielig zu

erhalten sind, so soll der Verwalter des Nachlasses nach vorerst vom Richter eingeholter Ermächtigung, zum Verkaufe dieser Gegenstände schreiten lassen.

Dieser Verkauf hat mit den für den Verkauf der Fahrnisse in Concursfällen vorgeschriebenen Formlichkeiten zu geschehen.

840. Innerhalb drei Monaten nach Schluß der Verifikation der Vormerkungen ist der Benefiziärerbe gehalten, die Erbschaft entweder anzunehmen oder auf sie zu verzichten.

Während dieser Frist kann gegen den Erben keine Verurtheilung erhalten werden.

841. Erklärt sich der Erbe in der im vorstehenden Artikel bestimmten Frist nicht, so wird vermuthet, er habe auf die Erbschaft Verzicht gethan, und die Erbschaft soll, wenn keine unbedingte Erben vorhanden sind, in Concurs versetzt werden.

842. Der Erbe, welcher sich der Unterschlagung schuldig gemacht, oder der wissentlich und bösslicher Weise unterlassen hat, zur Verlassenschaft gehörige Effekten ins Inventar einzutragen, ist der Rechtswohlthat des Inventars verlustig.

843. Die Rechtswohlthat des Inventars bewirkt, daß der Benefiziärerbe in den Stand gesetzt wird, den Werth der Verlassenschaft zu kennen, und, im Annahmsfalle, gegen die Gläubiger und

Legatäre, die ihre Forderungen nicht haben vormerken lassen oder deren Forderungen wegen Verificationsmangels nicht zugelassen wurden, nur bis zum Belange des Vermögens, das er in Empfang genommen, verpflichtet zu seyn.

844. Haben die Erben oder Erbfolger mit Universal-Titel von der Inventarwohlthat keinen Gebrauch gemacht, so sind sie zur Abzahlung aller Erbschaftsschulden gehalten, wenn gleich diese den Werth des erblasserischen Vermögens übersteigen sollten; um jedoch die Reduction der Schenkungen und Vermächtnisse zu begehren, genügt ihnen jederartiger anderer Beweis über den Bestand dieses Vermögens.

845. Die Hypothekargläubiger, welche auf die im Artikel 838 erwähnte Einladung hin, ihre Forderungen nicht vormerken lassen, oder deren Forderungen wegen Verificationsmangels nicht zugelassen wurden, sind ihres Hypothekarrechtes verlustig.

846. Die durch das Inventarwohlthatbegehren veranlaßten Kosten liegen der ganzen Verlassenschaft zur Last; außer es wären unbedingte Erben vorhanden, in welchem Falle die Kosten aus dem den Benefiziar-Erben zukommenden Theil bezahlt werden.

Vierter Abschnitt.

Von den vakanten Erbschaften.

847. Wenn die rechtmäßigen Erben die Frist von drei Monaten verstreichen ließen, ohne sich in den Besitz der Verlassenschaft zu setzen, ohne auf dieselbe zu verzichten, oder ohne die Inventarswohlthat zu begehren, so hat der Richter des Ortes, wo die Erbschaft eröffnet ist, entweder amts halber oder auf Begehren der dabei Interessirten, der Verlassenschaft einen Curator zu bestellen, und, in Gemäßheit der dießfälligen Bestimmungen des Gesetzbuches über die bürgerliche Prozeßordnung, alle diejenigen, welche als Erben ein Recht beanspruchen, einzuladen, ihre Ansprüche beim Gerichtschreibamte vormerken zu lassen.

In Dringlichkeitsfällen soll der Curator, sobald es die Umstände erheischen, bestellt werden.

848. Der Curator der Verlassenschaft ist vor allem gehalten, ihren Zustand durch ein Inventar bewähren zu lassen; er betreibt und übt ihre Rechte aus; er antwortet auf die gegen dieselbe gemachten Anforderungen und verwaltet das Vermögen derselben.

849. Wenn, in Folge der beim Artikel 847 erwähnten Einladung, kein Erbe sich einstellt, so wird die Verlassenschaft als vakant angesehen und

soll alsdann das Concursverfahren darüber vorgenommen werden.

Der allfällige Ueberschuß verfällt der Staatskasse; es bleibt jedoch den Rechtshabenden die Befugniß vorbehalten, selben zurückfordern zu können.

Drittes Kapitel.

Von der Theilung.

850. Niemand kann gezwungen werden in Gemeinschaft zu verbleiben, und die Theilung kann jederzeit verlangt werden, ohnerachtet dawider laufender Verbote oder Verträge.

Man kann jedoch miteinander übereinkommen, die Theilung während einer bestimmten Zeit zu verschieben; diese Uebereinkunft ist nur während fünf Jahre verbindlich, kann aber erneuert werden.

Dem Testator steht ebenfalls die Befugniß zu, die Theilung des disponiblen Antheiles während einer Frist, die nicht über fünf Jahre hinaus gehen darf, zu verbieten.

851. Die Theilungsklage, in Betreff der unter väterlicher Gewalt Stehenden, der Minderjährigen, oder der Interdicirten kann durch ihre Väter, Vormünder oder Curatoren, die von dem Waisenamte hiezu besonders ermächtigt wurden, geführt werden.

Haben mehrere Minderjährige an der Theilung entgegengesetzte Interessen, so soll einem jeden derselben ein Special- und Partikularvormund bestellt werden.

852. Die volljährige Frau eines nicht interdicirten Volljährigen kann, ohne Einwilligung ihres Mannes, die Theilung nicht verlangen.

Versagt ihr der Mann die Einwilligung, oder ist die Frau minderjährig, so darf sie die Theilung nur mit Ermächtigung des Waisenamtes hervorrufen.

Hat der Mann, aus irgend welcher Ursache, die Verwaltung des Vermögens seiner Frau nicht, so führt diese die Theilungsklage mit eben der Ermächtigung, welcher sie bei ledigem Stande bedürfen würde.

Die volljährige Tochter und Wittfrau führen diese Klage mit Einwilligung ihres gerichtlichen Beistandes.

853. Die Theilungsklage in Betreff des abwesend vermutheten Miterben wird, mit Ermächtigung des Waisenamtes, von dem Curator des Vermögens des Abwesendvermutheten geführt.

In Ansehung des abwesenderklärten Miterben steht die Klage den in Besiz gesetzten Verwandten zu.

854. In Ansehung der Güter, welche seiner Frau zugefallen sind, kann der Mann die Theilung nicht

ohne Mitwirkung derselben verlangen; hat er das Recht seiner Frau Güter zu genießen, so kann er nur eine provisorische Theilung begehren.

Die Miterben der Frau können die definitive Theilung, nur mittelst Vorladung des Mannes und der Frau zugleich, begehren.

855. Die Theilungsklage und die Streitigkeiten, die im Laufe der Verrichtungen zwischen den Theilenden entstehen können; jene die durch die Vollziehung der Theilung veranlaßt werden können, oder jene, die die Aufhebung derselben zum Gegenstande hätten, gehören vor das Gericht des Ortes wo die Erbfolge eröffnet ist.

856. Weigert sich einer der Miterben in die Theilung einzuwilligen oder erheben sich Streitigkeiten über die Art zur Theilung zu schreiten oder selbe zu beenden, so spricht der Richter gleichwie in summarischer Sache.

Er kann nöthigenfalls Jemanden bestellen, um die Miterben, welche sich weigern zur Theilung zu schreiten, zu vertreten.

857. Jeder Miterbe kann seinen Theil an den Fahrnissen und Liegenschaften der Verlassenschaft in Natura verlangen.

858. Wenn die Liegenschaften sich nicht bequem theilen lassen, so sollen sie mittelst öffentlicher Versteigerung, und mit Beobachtung der für den Ver-

kauf der Liegenschaften der Minderjährigen bestimmten Förmlichkeit, verkauft werden.

Sind jedoch die Mittheilhaber alle volljährig und nicht interdicirt, so kann der Verkauf, mit ihrer Einwilligung, durch Aufstreich unter ihnen geschehen.

859. Jeder Miterbe wirft in die Masse, nach den hiernach bestimmten Regeln, die Geschenke, welche ihm gemacht worden sind und die Summen die er schuldet.

860. Geschieht die Einwerfung nicht in Natura, so ziehen die Miterben, denen man sie schuldig ist, einen gleichen Theil von der Erbschaftsmasse zum voraus weg.

Der vorläufige Abzug geschieht, soviel möglich, in Gegenständen, die mit den nicht in Natura eingeworfenen Sachen von einerlei Gattung, Qualität und Güte sind.

861. Nach diesem vorläufigen Abzug schreitet man in Bezug dessen was in der Masse übrig bleibt, zur Bildung von eben so vielen gleichen Loosen als theilhabende Erben oder Stämme vorhanden sind.

862. Bei der Bildung und Verfertigung der Loose soll man, soviel möglich, die Zerstückelung der Grundgüter vermeiden; übrigens ist darauf zu sehen, daß in jedes Loos, soviel es sich thun läßt, die nämliche Anzahl Fahrnisse, Liegenschaften, Rechte und

Schuldforderungen von gleicher Natur und von gleichem Werthe gebracht werden.

863. Die Ungleichheit der Loose in Natura wird durch Zugabe an Schuldtiteln oder an Geld vergütet.

864. Die Loose werden von den Erben, insofern sie darüber mit einander einig werden, ansonsten von einem oder mehreren Sachkundigen gemacht.

Hierauf geschieht die Ziehung der Loose.

865. Bevor die Loose gezogen werden, kann jeder Theilhaber seine Einwendungen gegen die Bildung derselben anbringen.

Er kann auch die Revision der Werthigung verlangen.

866. Die für die Theilung der Massen vorgeschriebenen Regeln müssen ebenfalls bei der Unterabtheilung durch die theilenden Stämme beobachtet werden.

867. Jede Theilung, welche Liegenschaften zum Gegenstande hat und an welcher Ehefrauen, Minderjährige, Interdicirte, oder Abwesende ohne Vollmachtshaber betheiligt sind, soll unter Nichtigkeitsstrafe, von dem Gerichtsschreiber in Beiseyn des Richters, oder von einem Notar aufgesetzt werden.

868. Jede, selbst mit dem Verstorbenen verwandte Person, die nicht dessen Erbfolger ist und welcher ein Miterbe sein Recht auf die Erbschaft abgetreten

hat, kann entweder durch alle Miterben, oder nur durch einen derselben von der Theilung entfernt werden, wenn man ihr den Preis der Abtretung erstattet.

869. Nach der Theilung müssen jedem Theilhaber die Urkunden, welche die ihm zugefallenen Gegenstände betreffen, ausgeliefert werden.

Die Urkunden eines getheilten Eigenthums bleiben dem, der den größten Theil daran hat, unter der Bedingung, den Mittheilhabern damit in ihrem Interesse behülflich zu seyn, wenn er darum angegangen wird.

Die Urkunden, welche der ganzen Erbschaft gemein sind, werden demjenigen zugestellt, den sämtliche Erben als Depositar derselben bestellt haben, mit dem Bedinge, allen Theilhabern, so oft sie es begehren, damit verhülflich zu seyn.

Treten Schwierigkeiten bei dieser Wahl ein, so wird sie von dem Richter vorgenommen.

870. Die Gläubiger eines Mittheilhabers können zur Verhinderung, daß die Theilung nicht etwa zur Verkürzung ihrer Rechte geschehe, sich widersetzen, daß selbe in ihrer Abwesenheit statt finde: sie haben das Recht auf ihre Kosten zu interveniren; können aber eine vollbrachte Theilung nicht angreifen, außer selbe wäre ohne ihre Dazwischenkunft und mit

Hintansetzung ihrer gemachten Einsprache vorgenommen worden.

Viertes Kapitel.

Von den Einwerfungen (Collationen) und von den Anrechnungen.

871. Die Schenkungen unter Lebenden, welche ein Ascendent einem erbfähigen Descendenten gemacht hat, werden als Abschlagszahlung auf die Erbschaft angesehen und müssen von dem Schenknehmer wenn er, selbst in der Eigenschaft eines Benefiziärerben, mit seinen Geschwistern oder deren Descendenten zur Erbfolge des Ascendenten gelangt, in die Masse eingeworfen werden, außer der Schenker habe anders verfügt.

872. Selbst, wenn im Falle des vorgehenden Artikels das Kind oder der Descendent von der Einwerfung ausdrücklich wäre enthoben worden, kann die Schenkung nur bis zum Belange des disponiblen Theiles von demselben behalten werden: der Ueberschuß unterliegt der Einwerfung.

873. Der auf eine Erbschaft verzichtthuende Erbe kann jedoch das ihm ausgesetzte Vermächtniß begehren. Er kann auch die Schenkung unter Lebenden behalten bis zum Belange des disponiblen Theiles, wenn die Schenkung unter dem Titel

als zum Voraus und außer dem Erbtheile gemacht worden ist; und ist die Schenkung als Abschlagszahlung auf die Erbschaft gemacht worden, bis zum Belange des Erbtheiles, zu dem er im Annahmsfalle berechtigt gewesen wäre.

874. Die Schenkung, die demjenigen gemacht wurde, welcher zur Zeit derselben nicht Präsumtiverbe des Schenkgebers war, der aber am Tage der Erbschaftseröffnung erbfähig ist, unterliegt der Einwerfung nicht.

875. Die Geschenke, welche dem Descendenten desjenigen gemacht worden, der bei der Erbschaftseröffnung erbfähig ist, sind immerdar als einwerfungsfrei gemachte anzusehen.

Der Ascendent, welcher zur Erbfolge des Schenkgebers gelangt, ist zur Einwerfung der Geschenke nicht verbunden.

876. Ebenso ist der von sich aus zur Erbfolge des Schenkgebers kommende Descendent nicht gehalten, das seinem Ascendenten gemachte Geschenk einzuwerfen, auch wenn er die Erbschaft desselben angenommen hätte.

Kommt er aber nur durch Vertretung zur Erbfolge, so muß er das dem Ascendenten gemachte Geschenk einwerfen, selbst dann, wenn er dessen Erbschaft ausgeschlagen hätte.

877. Die dem Gatten eines Descendenten ge-

machten Schenkungen sind als einwerfungsfrei gemachte anzusehen. Wurden die Schenkungen beiden Ehegatten zugleich gemacht, deren aber einer nur des Schenkgebers Descendent ist, so unterliegt der diesem geschenkte Theil einzig der Einwerfung.

878. Die Einwerfung gebührt von dem was zur Ausstattung eines der Miterben, oder zur Zahlung seiner Schulden verwendet worden ist.

879. Alles was mittelst Testaments vermacht wird, ist einwerfungsfrei, außer der Testator hätte anders verfügt, und mit Ausnahme dessen was beim Artikel 895 gesagt wird.

880. Die Kosten für die Nahrung, den Unterhalt, die Erziehung, für den Unterricht, die gewöhnlichen Auslagen für Kleidung, die Hochzeitkosten und die dabei üblichen Geschenke sind der Einwerfung nicht unterworfen.

881. Die Liegenschaft, welche durch Zufall und ohne Verschulden des Schenknehmers zu Grunde gegangen ist, wird nicht eingeworfen.

Ist die zu Grunde gegangene Liegenschaft von dem Schenknehmer verkauft worden, so hat dieser den Preis davon einzuwerfen.

882. Die Früchte und Interessen von den der Einwerfung unterliegenden Sachen ist man nur vom Tage der Eröffnung der Erbschaft schuldig.

883. Die Einwerfung geschieht nur von einem

Erben in absteigender Linie zu Gunsten des Miterben, in Gemäßheit der Bestimmung des Artikels 871; sie geschieht weder zu Gunsten der andern Erben, noch der Legataren, noch der Gläubiger der Verlassenschaft, außer der Schenkgeber oder der Testator habe es verordnet und mit Ausnahme dessen was in den Art. 607 und 895 bestimmt wird.

884. Die Einwerfung geschieht, je nach Auswahl des Schenknehmers, entweder in Natura oder dadurch, daß man weniger bezieht.

885. Die Einwerfung geschieht nur dadurch, daß man weniger bezieht, wenn der Schenknehmer vor Eröffnung der Erbschaft die Liegenschaft hypothecirt oder veräußert hat.

886. Die Einwerfung, durch welche man weniger bezieht, gebührt nach dem Werthe der Liegenschaft zur Zeit der Erbschaftseröffnung.

887. In allen Fällen wird dem Schenknehmer für die Kosten, wodurch er die Sache verbessert hat, mit Rücksicht auf deren erhöhten Werth zur Zeit der Theilung, Rechnung gehalten.

888. Es wird ihm gleichfalls Rechnung gehalten für die zur Unterhaltung der Sache nothwendigen Auslagen, obgleich selbe dadurch nicht verbessert worden ist.

889. Der Schenknehmer muß seinerseits vergüten, was durch seine That, oder seine Schuld oder

Nachlässigkeit an der Liegenschaft verdorben oder beschädigt und wodurch deren Werth verringert worden ist.

890. Falls die Liegenschaft von dem Schenknehmer wäre veräußert worden, sollen die von dem Erwerber gemachten Verbesserungen oder Verschlimmerungen nach der Vorschrift der drei vorgehenden Artikel angerechnet werden.

891. Wenn die einem erbfähigen Descendenten als einwerfungsfrei geschenkte Liegenschaft den disponiblen Theil überschreitet, so kann der Schenknehmer, nach Belieben, entweder die Liegenschaft in Natura einwerfen, oder sie ganz behalten unter der Bedingung weniger zu beziehen und seine Miterben mit Geld oder auf eine andere Weise schadlos zu halten.

892. Der Miterbe, welcher eine Liegenschaft in Natura einwirft, kann bis zur wirklichen Zahlung der ihm schuldigen Unterhalts- und Verbesserungskosten, im Besitze derselben bleiben.

893. Die Einwerfung der Fahrnisse geschieht nur dadurch, daß man weniger bezieht. Sie findet nach dem Werthe der Fahrnisse zur Zeit der Schenkung, zufolge dem Werthigungsverzeichnisse, welches dem Akte beigefügt ist, statt; und, in Ermangelung eines solchen Verzeichnisses, nach einer

durch Sachkundige gemachten Werthigung, wobei der genaueste und wahre Preis anzugeben ist.

894. Die Einwerfung des geschenkten Geldes geschieht, indem man weniger von der Baarschaft des Erblassers bezieht.

Im Unzulänglichkeitsfalle kann der Schenknehmer sich der Einwerfung des Geldes entheben, wenn er bis zu dessen Belang Fahrnisse oder bei deren Ermangelung, Liegenschaften der Verlassenschaft preisgibt.

895. Wenn der Schenknehmer oder der Legatar, der auf den gesetzlichen Reservattheil ein Recht hat, die Reduction der zu Gunsten eines Mit-erben oder zu Gunsten eines, selbst fremden, Legatars gemachten Verfügungen auf dem Grunde der Behauptung begehrt, daß sie den disponiblen Theil überschreiten, so hat er, ungeachtet der Bestimmungen der Art. 879 und 883 von seinem Reservattheile die ihm gemachten Schenkungen und Vermächtnisse abzurechnen, außer er sei davon förmlich enthoben worden.

Die Enthebung von der Anrechnung kann jedoch zum Nachtheil eines frühern Schenknehmers keine Wirkung haben.

Jeder andere Gegenstand, dessen Einwerfung nach den vorstehenden aufgestellten Bestimmungen nicht zu geschehen hat, soll auch anrechnungsfrei seyn.

Fünftes Kapitel.

Von der Zahlung der Schulden.

896. Die Erben oder Erbfolger mit Universaltitel hatten für die Schulden und Lasten des Nachlasses, und zwar persönlich für den Theil und die Portion die sie davon beziehen, hypothekarisch für das Ganze; mit Vorbehalt ihres allfälligen Rekurses gegen die übrigen Erben oder Erbfolger mit universal Titel, im Verhältnisse des Anthells für welchen jeglicher von ihnen an diesen Schulden und Lasten beizutragen hat.

897. Der Miterbe, oder Erbfolger mit Universaltitel, welcher kraft der Hypothek mehr als seinen Antheil an der gemeinschaftlichen Schuld bezahlt hat, kann gegen die andern Miterben oder Erbfolger mit Universaltitel nur für den Theil, den jeder von ihnen persönlich ertragen muß, Regreß nehmen, wenn gleich der Miterbe, welcher die Schuld bezahlt hat, sich in die Rechte der Gläubiger hätte einsetzen lassen; es behält jedoch der Miterbe die Befugniß, die Zahlung seiner persönlichen Schuldforderung wie jeder andere Gläubiger zu begehren, mit dem Abzuge jenes Theils dieser Schuldforderung die auf ihm als Miterben lastet.

898. Im Zahlungs-Unfähigkeitsfalle eines der Erben wird sein Antheil an der Hypothekarschuld

unter alle Andere, nach Maaßgabe ihrer Erbsantheile, vertheilt.

899. Die Gläubiger und Legatäre der Verlassenschaft können in allen Fällen, die Trennung der Vermögensmasse des Verstorbenen von jener des Erben, begehren.

900. Dieses Recht kann jedoch nicht mehr ausgeübt werden, wenn durch die Annahme des Erben zum Schuldner eine Neuerung in der Schuldforderung gegen den Verstorbenen geschehen ist.

901. Das Trennungsrecht verwahrt sich auf den Liegenschaften des Erblassers mittelst bloßer auf jegliche dieser Liegenschaften innerhalb sechs Monaten seit Eröffnung des Erblassers genommenen Hypothekareinschreibung, ohne daß es nothwendig wäre dieser Einschreibung ein bezügliches Begehren an irgend jemand voran oder mitgehen zu lassen.

Dieses Recht kann in Betreff der Fahrnisse nur insofern ausgeübt werden als dieselben im Besitze des Erben sind, und verjährt sich mit dem Verlaufe von drei Jahren.

902. Innerhalb der im vorstehenden Artikel erwähnten sechs Monate können die Liegenschaften zum Nachtheile des Rechtes der Vermögensmasse-trennung nicht veräußert werden.

Jedoch kann dieses Recht in Betreff der in den Händen des Erben sich noch befindlichen Liegen-

schaften, oder in Betreff des noch geschuldeten Preises der veräußerten Liegenschaften, auch nach den sechs Monaten ausgeübt werden, unbeschadet des von Drittmann in der Zwischenzeit auf diese Güter erworbenen Rechtes.

903. Die auf die Liegenschaften des Erblassers kraft des Rechtes der Vermögensmassetrennung, genommene Einschreibung, gibt jenen, die um solche nachgesucht haben, das Recht, diesen Liegenschaften in den Händen von dritten Inhabern zu folgen.

904. Fand die Einschreibungsannahme innerhalb der im Artikel 901 erwähnten Frist oder auch nach derselben, doch vor der Vertheilung des Erblasses statt, so kann der Gläubiger, welcher um dieselbe nachgesucht hat, denjenigen Erben, dem die Liegenschaft auf der die Einschreibung genommen worden, zum Loos gefallen ist, für den Gesamtbetrag seiner Schuldforderung hypothekarisch belangen.

Ist dieses Recht erst nach oberwähnten Fristen ausgeübt worden, so kann der Gläubiger jeglichen Erben nur für dessen Erbtheil belangen.

905. Die Gläubiger des Erblasses, welche die Vermögensmassetrennung begehrt haben, werden, bis zum Belange der von ihnen genommenen Einschreibung, sowohl den Gläubigern des Erben, als den handschriftlichen Gläubigern des Erb-

lassesz, welche dieses Recht nicht benutzt haben, vorgezogen.

Sie haben jedoch bei Unzulänglichkeit dieses Vermögens auf dasjenige des Erben erst dann ihren Regreß, wenn sämtliche, vor dem Trennungsbegehren schon bestandenen persönlichen Gläubiger dieses Legtern, zufrieden gestellt seyn werden.

906. Die Gläubiger des Erben sind nicht zugelassen gegen jene der Erbschaft die Trennung der Vermögensmasse zu begehren.

907. Der Partikularlegatar ist zur Zahlung der Erbschaftsschulden nicht gehalten, ohne Nachtheil jedoch der Hypothekarklage von Seite der Gläubiger auf das vermachte Grundstück, und mit Vorbehalt des hierob aufgestellten Rechtes der Vermögensmassetrennung; es tritt jedoch der Legatar, welcher die Schuld, die auf dem vermachten Grundstück lastete, bezahlt hat, in die Rechte des Gläubigers gegen die Erben ein.

S e c h s t e s K a p i t e l .

Von den Wirkungen der Theilung und der Gewährschaftsleistung der Loose.

908. Jeder Miterbe wird angesehen, als habe er allein und unmittelbar alles, was sich in seinem Loose befindet, oder was ihm bei dem Aufstreiche

zugefallen ist, geerbt, und niemals das Eigenthum der andern Erbschaftssachen gehabt.

909. Die Miterben sind einander gegenseitig Bürge bloß für die Störungen und Entäußerungen welche von einer Ursache herrühren, die älter ist als die Theilung.

Die Gewährschaftsleistung hat nicht statt, wenn die erlittene Entäußerung durch eine besondere und ausdrückliche Clausel des Theilungsactes ausgenommen worden ist; sie hört auf, wenn der Miterbe durch eigene Schuld die Entäußerung leidet.

910. Jeder Miterbe ist persönlich verbunden nach Maaßgabe seines Erbtheils, seinen Miterben für den Verlust, den ihm die Entäußerung verursacht, zu entschädigen.

Ist einer der Miterben nicht zahlungsfähig, so muß der auf ihm haftende Theil, unter jenem, dem man die Gewährschaft zu leisten hat und allen zahlungsfähigen Miterben gleich vertheilt werden.

911. Die Erben sind gegen einander zur Gewährschaft der Zahlungsfähigkeit der Erbschaftsschuldner gehalten.

Diese Gewährschaft kann nur innerhalb fünf Jahren nach der Theilung ausgeübt werden.

Es findet keine Gewährschaftsleistung statt wegen der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, wenn diese erst nach vollbrachter Theilung eingetreten ist.

Siebentes Kapitel.

Von der Aufhebung in Theilungssachen.

912. Die Theilungen können wegen Gewaltthätigkeit oder Betrug aufgehoben werden.

Die Aufhebung kann ebenfalls statt haben, wenn einer der Miterben eine Verkürzung von mehr als ein Viertel zu seinem Schaden erweist.

Die bloße Auslassung eines Gegenstandes der Erbschaft gibt nie zu einer Aufhebungsklage, sondern nur zu einer Ergänzung des Theilungssactes Anlaß.

913. Die Aufhebungsklage wird gegen jeden Act gestattet, dessen Zweck ist, die Gemeinschaft zwischen Miterben aufzulösen, wäre er auch als Verkauf, Tausch, Vergleich, oder auf irgend eine andere Art qualifizirt.

Aber nach der Theilung oder dem Acte der ihre Stelle vertritt, wird die Aufhebungsklage gegen den Vergleich, den man über wirkliche Schwierigkeiten, die der erste Act darbot, getroffen hat, nicht mehr zugelassen, selbst wenn deshalb noch kein Prozeß angefangen wäre.

914. Die Aufhebungsklage wird nicht zugelassen gegen einen Verkauf, wodurch die andern Miterben oder einer von ihnen, einem der Miterben sein Erbrecht ohne Betrug und auf dessen eigene Gefahr und Wag übertragen hat.

915. Um zu beurtheilen, ob eine Verkürzung statt hatte, werden die Gegenstände nach ihrer Beschaffenheit und nach ihrem Werth zur Zeit der Theilung abgeschätzt.

916. Die Verantwortter gegen die Aufhebungs-klage wegen Verkürzung kann den Lauf derselben hemmen und eine neue Theilung verhindern, wenn er dem Kläger die Ergänzung seines Erbtheils entweder in Geld oder in Natura anbietet und abgeliefert.

917. Der Miterbe, welcher sein Loos ganz oder zum Theil veräußert hat, wird zur Aufhebungs-klage wegen Verkürzung nicht mehr zugelassen.

Desgleichen wird er zur Aufhebungs-klage wegen Betrugs oder Gewaltthätigkeit nicht mehr zugelassen, wenn die Veräußerung nach der Entdeckung des Betrugs, oder nachdem der Zwang aufgehört hat, von ihm vorgenommen worden ist.

918. Die Aufhebungs-klage wegen Verkürzung verjährt sich nach zwei Jahren von der Theilung an; jene wegen Betrugs oder Gewaltthätigkeit nach vier Jahren seit der Entdeckung des Betrugs oder nach der Aufhörung des Zwanges.

Fünfter Titel.

Von den Schenkungen zwischen Lebenden.

919. Die Schenkung zwischen Lebenden ist ein Act eigenmüthiger Freigebigkeit, wodurch der Schenkgeber auf der Stelle und unwiderruflich der geschenkten Sache zu Gunsten des Schenknehmers, der dieselbe annimmt, sich begiebt.

920. Jeder Freigebigkeitsact, dem die Dankbarkeit des Schenkgebers, das Verdienst des Beschenkten, die besondern Dienstleistungen, welche man zu belohnen gedenkt, so wie jeder andere Freigebigkeitsact, mittelst dessen dem Schenknehmer irgend welche Last auferlegt würde, zum Grunde liegt, wird ebenfalls für eine Schenkung gehalten.

Erstes Kapitel.

Von der Form der Schenkungen zwischen Lebenden.

921. Jede Schenkung zwischen Lebenden hat, unter Nichtigkeitsstrafe, mittelst eines vom Notar, in gewöhnlicher Form der Verträge abzufassenden Actes zu geschehen.

Diese Verfügung ist auf das Handgeschenk körperlicher Fahrnisse nicht anwendbar.

922. Die Schenkung zwischen Lebenden verbindet den Schenkgeber und hat ihre Wirkung nur von dem Tage an, wo sie mit ausdrücklichen Worten angenommen worden ist.

Die Annahme kann entweder im Acte selbst, oder mittelst eines spätern und bei Lebzeiten des Schenkgebers von einem Notar abgefaßten Actes geschehen, allein in diesem letztern Falle hat die Schenkung in Rücksicht auf den Schenkgeber nur von dem Tage der ihm gemachten Anzeige des Annahmßactes an, ihre Wirkung.

923. Ist der Schenknehmer volljährig, so muß die Annahme entweder von ihm selbst geschehen, oder in seinem Namen von einem Bevollmächtigten, der Gewalt hat diese gegenwärtig gemachte oder überhaupt alle Schenkungen anzunehmen, welche ihm gemacht worden wären oder gemacht werden könnten.

924. Die Frau kann ohne Ermächtigung ihres Mannes keine Schenkung annehmen.

Ist die Frau minderjährig, und handelt es sich von einer Schenkung, mittelst welcher dem Schenknehmer eine Verpflichtung auferlegt wird, so muß überdies die Ermächtigung des Waisenamtes eintreten.

925. Verweigert der Mann seiner Frau die Ermächtigung, so kann ihr diese von dem Waisenamte

nach vorläufiger Anhör oder Einberufung des Mannes, ertheilt werden.

926. Befindet sich der Mann in einem, der im Artikel 96 vorgemerkten Fälle, so können die Schenkungen von der Frau nur mit der Ermächtigung, die ihr bei ledigem Stande nöthig wäre, angenommen werden.

927. Die volljährige Tochter darf, ohne Einwilligung ihres gerichtlichen Beistandes, oder im Weigerungsfalle von Seite desselben, ohne Ermächtigung des Waisenamtes keine Schenkung annehmen.

928. Die einem Minderjährigen oder einem Interdicirten gemachte Schenkung muß von dem Vater, unter dessen Gewalt der Minderjährige steht, oder in den andern Fällen, von dem Vormunde oder Curator angenommen werden.

Weigern sich diese, oder wird mittelst der Schenkung dem Beschenkten eine Verpflichtung auferlegt, so hat die Annahme mit Ermächtigung des Waisenamtes zu geschehen.

929. Die moralischen Personen oder Körperschaften gemachten Schenkungen sollen von den hiezu kraft der betreffenden Verordnungen berechtigten Verwaltern und in Gemäßheit der Vorschriften des Artikels 595 in Bezug auf die testamentarischen Vermächtnisse, angenommen werden.

930. Die Schenkung einmal gehörig angenom-

men, ist zwischen den Parteien vollbracht und das Eigenthum der geschenkten Sache geht auf den Beschenkten über, ohne dabei einer Uebergabe zu bedürfen.

Die Schenkungen in Ansicht einer gewissen und bestimmten Ehe, welche spätestens am Hochzeitstage entweder von den Ehegatten einander, oder von irgend welcher andern Person zum Vortheile derselben und der aus ihrer Ehe entspringenden Abkömmlingen gemacht werden, können wegen Abgangs von Annahme nicht angestritten werden.

931. Gesah die Annahme der Schenkung von Liegenschaften mittelst eines besondern Actes, so wird dieser, gleich wie die in Gemäßheit des 922. Artikels gethane Anzeige desselben in der Hypothekenkammer jedes Bezirkes, wo die Güter gelegen sind, eingetragen, und davon am Rande der Eintragung des Actes Erwähnung gethan.

932. Die Schenkung zwischen Lebenden kann nur das gegenwärtige Vermögen des Schenkers begreifen; begreift sie zukünftiges Vermögen, so ist selbe in dieser Hinsicht nichtig, außer was hierüber in Betreff der Ehe bestimmt wird.

Besteht die Schenkung in der Verpflichtung, eine Summe oder eine andere nur durch die Gattung, zu der sie gehört, bestimmte Sache zu bezahlen, so wird sie als Schenkung des gegenwärtigen Vermögens

angesehen, wenn schon die Zahlung erst bei'm Tode des Schenkers und aus dem bei seinem Hinschiede vorfindlichen Nachlasse bewirkt werden müßte.

933. Jede Schenkung, die unter einer unmöglichen, den Gesetzen und den guten Sitten zuwiderlaufenden Bedingung geschieht, ist nichtig.

934. Sollte der Schenkgeber sich die Befugniß vorbehalten haben über einen in der Schenkung eingegriffenen Gegenstand, oder über eine von den geschenkten Gütern zu erhebende bestimmte Summe zu verfügen, so gehört gedachter Gegenstand, oder gedachte Summe, wenn der Schenkgeber stirbt, bevor er darüber verfügt hat, den Erben desselben zu, ungeachtet aller dawiderlaufenden Clauseln oder Stipulationen.

935. Der Schenkgeber kann für die geschenkten Gegenstände das Rückfallsrecht sich ausbedingen, sowohl auf den Fall des Vorabsterbens des Beschenkten allein, als auch auf den Fall des Vorabsterbens des Schenknehmers und seiner Abkömmlinge.

Das Rückfallsrecht kann nur innerhalb jener Beschränkungen ausbedungen werden, zwischen welchen die Substitution gestattet ist.

936. Das Rückfallsrecht hat die Wirkung, alle Veräußerungen der geschenkten Güter zu vernichten,

und sie, von allen Lasten und Hypotheken frei und ledig, an den Schenkgeber zurückfallen zu machen.

937. Die Substitutionen mittelst Schenkungen zwischen Lebenden sind nur in den Fällen und innerhalb der Beschränkungen, welche für die letzten Willensacte festgesetzt sind, erlaubt.

Die Nichtigkeit der Substitution bringt der Gültigkeit der Schenkung keinen Nachtheil.

938. Es ist dem Schenkgeber erlaubt den Gebrauch, oder die Nutznießung der beweglichen oder unbeweglichen, in der Schenkung begriffenen, Sachen, sich oder zum Vortheile einer oder mehrerer anderen, jedoch nicht aufeinander folgenden, Personen vorzubehalten.

939. Gesah die Schenkung von beweglichen Sachen mit Vorbehalt der Nutznießung, zum Vortheile des Schenkgebers oder eines Drittmannes, so ist der Beschenkte gehalten, nach Erlöschung der Nutznießung, die geschenkten Sachen, welche noch in Natura vorhanden sind, in dem Zustande anzunehmen, worin sie sich befinden, wenn sie anders nicht durch sträfliche Absicht oder Fahrlässigkeit des Nutznießers verschlimmert worden sind; und wegen der nicht mehr vorfindlichen Sachen steht dem Beschenkten gegen den Nutznießer ein Klagerecht zu, außer diese Sachen seyen ohne Verschulden dieses Letztern zu Grunde gegangen.

Zweites Kapitel.

Von der Fähigkeit mittelst Schenkung zwischen Lebenden zu verfügen oder zu bekommen.

940. Mittelst Schenkung zwischen Lebenden zu verfügen sind unfähig :

Derjenige, welcher nicht testiren kann ;

Die Minderjährigen, die Interdicirten, und die, in Gemäßheit des Artikels 335, unter gerichtlichen Beistand versetzten Individuen. Es ist jedoch den unter väterlicher Gewalt Stehenden mit Ermächtigung ihres volljährigen Vaters, und den übrigen Unfähigen, von welchen hieroben die Rede ist, mit Ermächtigung des Waisenamtes erlaubt, mittelst Ehevertrags dem andern Ehegatten alles das zu schenken, was das Gesetz dem volljährigen und nicht interdicirten Ehegatten dem andern Ehegatten zu schenken gestattet.

941. Die volljährige Frau kann ohne Ermächtigung des Waisenamtes zwischen Lebenden nicht schenken.

Sie kann jedoch mit alleiniger Ermächtigung ihres Mannes in Anschau einer gewissen und bestimmten Ehe Schenkungen machen ; außer es geschehe diese zu Gunsten solcher die mit ihrem Manne bis und mit dem dritten Grade verwandt sind, in welchem

Fälle die Ermächtigung des Waisenamtes einzutreten hat.

942. Fand die Schenkung von Seite der Frau ohne Ermächtigung des Mannes statt, so wird sein Nutznießungsrecht dadurch nicht geschmälert.

943. Die volljährige Tochter darf, ohne Einwilligung ihres gerichtlichen Beistandes, zwischen Lebenden nichts schenken.

Sie kann jedoch mittelst Ehevertrags, ohne diese Einwilligung ihrem Ehemanne schenken, diese Schenkung darf aber in keinem Falle die Hälfte ihres Vermögens übersteigen.

944. Die unfähig sind mittelst Testamentes zu bekommen, können durch Schenkung zwischen Lebenden, selbst unter dem Namen unterschobener Personen nichts erwerben, in den Fällen und in Gemäßheit der Vorschriften des Titels: Von den testamentarischen Erbschaften; im Kapitel: Von der Fähigkeit mittelst Testamentes zu verfügen und zu empfangen.

945. Jede Schenkung zwischen Lebenden zu Gunsten eines Unfähigen ist nichtig, obschon selbe unter der Form eines lästigen Vertrags versteckt wäre.

Die von dem Verluste der bürgerlichen Rechte oder derer Ausübung, in Folge eines, selbst aus dem Wege des Contumazverfahrens, erlassenen Ver-

dammungsurtheils herrührende Unfähigkeit bewirkt ebenfalls die Nichtigkeit der Schenkung, wenn schon die Unfähigkeit, welche zur Zeit der Schenkung bestand, beim Zeitpunkte der Annahme aufgehört hätte.

Drittes Kapitel.

Von der Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden.

946. Die Schenkungen zwischen Lebenden, selbst solche die in Ansicht der Ehe sowohl zwischen den Ehegatten als von Drittmann denselben oder den aus der Ehe zu gewärtigenden Kindern gemacht wurden, können, nach den im Titel: Von den testamentarischen Erbschaften beim Kapitel von dem Vermögensantheil worüber man mittelst Testamentes verfügen kann, enthaltenen Vorschriften, auf den disponiblen Antheil reducirt werden, wenn beim Tode des Schenkgebers die Schenkungen diesen Antheil übersteigen würden.

Für die Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden ist eben das zu beobachten, was für die Reduction der testamentarischen Verfügungen von dem Artikel 604, so wie von den Artikeln 600 und folgenden des zweiten Abschnittes desselben Kapitels, vorgeschrieben ist.

947. Die Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden kann nur durch die verlangt werden, zu deren Gunsten das Gesetz einen Pflicht- oder Reservattheil aufstellt, durch ihre Erben oder Rechtshabende.

Die Beschenkten, die Legatäre und die Gläubiger des Erblassers können diese Reduction weder begehren, noch zu Nutzen ziehen.

948. Die Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden kann nur statt haben, wenn vorher der Werth aller in den testamentarischen Verfügungen begriffenen Güter erschöpft ist; und findet sie statt, so geschieht solches immer, indem man mit der letzten Schenkung anfängt, und so fort von den jüngsten bis zu den ältesten Schenkungen hinaufsteigt.

949. Der Beschenkte muß die Früchte von dem, was den disponiblen Theil übersteigt, erstatten, und zwar vom Sterbetage des Schenkers an, wenn die Reductionsklage innerhalb eines Jahres nach demselben angestellt worden, wo nicht, vom Tage der Klage an.

950. Die mittelst der Reduction einzuziehenden Liegenschaften fallen in die Masse zurück, frei von den Hypotheken oder andern Lasten, womit sie der Schenknehmer beschwert haben mag.

951. Die Reductions- oder Vindicationsklage kann von den Erben, gegen die dritten Inhaber der

Eigenschaften, die einen Theil der Schenkungen ausmachen und von den Schenknehmern veräußert worden sind, angestellt werden, und zwar auf dieselbe Weise und in der nämlichen Ordnung, wie gegen die Schenknehmer selbst. Es können jedoch die Schenknehmer oder ihre Rechts habenden die Vindication verhindern, wenn sie das an die Reservattheile etwa Geschuldete, in Baarem auszahlen.

Diese Klage muß nach der Zeitfolge der Veräußerungen angestellt werden, so daß man die jüngste Veräußerung immer zuerst angreift.

Viertes Kapitel.

Von den Ausnahmen von der Regel der Unwiderruflichkeit der Schenkungen zwischen Lebenden.

952. Die Schenkung zwischen Lebenden kann nur wegen Nichterfüllung der Bedingungen, unter denen sie geschehen ist, wegen Undanks und wegen späterer Dazukunft von Kindern widerrufen werden.

Diese Widerrufung soll mit den oder ohne die Lasten, womit der Schenkgeber den Gegenstand der Schenkung beschwert haben mag, statt finden, in Gemäßheit folgender Artikel, und zwar auch dann wenn die Schenkung nicht wäre eingetragen worden.

953. Im Falle des Widerrufs wegen Nichter-

fällung der Bedingungen, fallen die Güter, frei von allen Lasten und Hypotheken, die vom Schenknehmer herrühren könnten, an den Schenkgeber zurück; und dieser hat gegen dritte Inhaber der geschenkten Eigenschaften alle Rechte, welche er gegen den Beschenkten selbst haben würde.

954. Die Schenkung zwischen Lebenden kann wegen Undanks nur in folgenden Fällen widerrufen werden:

Wenn der Beschenkte dem Schenker nach dem Leben getrachtet hat;

Wenn er sich gegen ihn Mißhandlungen, Vergehen, oder schwere Beleidigungen hat zu Schulden kommen lassen;

Wenn er ihm Alimente versagt.

955. Der Widerruf wegen Nichterfüllung der Bedingungen, oder wegen Undanks, findet nie einfach von Rechtswegen statt.

956. Die Klage auf Widerruf wegen Undanks muß innerhalb Jahresfrist, vom Tage der Thatfache an, derer der Schenkgeber den Beschenkten anschuldigt, angestellt werden, oder vom Tage an gerechnet, wo die Thatfache dem Schenkgeber bekannt werden konnte.

957. Der Widerruf wegen Undanks kann weder von dem Schenkgeber, gegen die Erben des Beschenkten, noch von den Erben des Schenkgebers

gegen den Beschenkten verlangt werden. Wenn jedoch die Klage von dem Schenkgeber gegen den Beschenkten bereits angefangen wurde, und der eine oder der andere während der Instanz gestorben wäre, so kann der Klage von den Erben und gegen die Erben Folge gegeben werden.

Die Klage kann desgleichen von den Erben des Schenkgebers angestellt werden, wenn dieser binnen Jahresfrist seit der angeschuldigten Thatsache, mit Tode abgieng. Starb aber der Schenkgeber ohne von dieser Thatsache Kenntniß erhalten zu haben, so fängt die im vorgehenden Artikel erwähnte Frist gegen die Erben des Schenkgebers erst von dem Tage des Hinschiedes desselben zu laufen an, oder aber vom Tage an, wo die Erben von der Thatsache des Undanks Kenntniß erhalten konnten.

958. Der Widerruf wegen Undanks wird weder den vom Beschenkten gemachten Veräußerungen, noch den Hypotheken und andern dinglichen Lasten womit er den Gegenstand der Schenkung beschwert haben mag, nachtheilig seyn, wenn anders dieß alles vor der im nachstehenden Artikel zu erwähnenden Eintragung geschehen ist.

Findet der Widerruf statt, so soll der Schenknehmer verurtheilt werden den Werth der veräußerten Sachen, mit Hinsicht auf die Zeit der Klage, sammt den Früchten, vom Tage dieser Klage an zu erstatten.

959. Die Klage auf Widerruf wegen Undanks soll bei der Hypothekenkammer mit Bezeichnung der Eigenschaften, die dem Widerruf zum Grunde liegen, in Gemäßheit des Artikels 1892 eingetragen, und am Rande der Eintragung der Schenkung mit gegenseitigem Rückweis wiederholt werden.

960. Die Schenkungen in Ansicht der Ehe können, wegen Undanks, nicht widerrufen werden.

961. Alle Schenkungen zwischen Lebenden, welche von Personen gemacht wurden, die zur Zeit derselben keine ehelichen Kinder oder Descendenten hatten, die Schenkung mag von welch irgend einem Werthe und unter was immer für einem Titel gemacht worden seyn, auch die gegenseitigen und remuneratorischen Schenkungen, ja selbst jene, die in Ansicht der Ehe von andern Personen, als von einem Ehegatten dem andern gemacht worden wären, sind durch die Dazukunft eines ehelichen selbst nachbürtigen Kindes des Schenkgebers oder durch die mittelst einer nachherigen Ehe erfolgte Ehtigung eines außerehelichen, seit der Schenkung gebornen Kindes, von Rechtswegen widerrufen.

Handelt es sich von gegenseitigen Schenkungen, und wird dem einen der Schenkgeber ein Kind geboren, so ist die von dem andern gemachte Schenkung gleichfalls widerrufen.

962. Dieser Widerruf findet selbst dann statt,

wenn auch das Kind des Schenkgebers zur Zeit der Schenkung schon empfangen war.

963. Die Dazukunft eines, aus einer zwar ungültigen aber von Seite wenigstens des einen Ehegatten mit gutem Glauben eingegangener Ehe gebornen Kindes, bewirkt den Widerruf selbst derjenigen Schenkung, welche von dem andern Ehegatten der mit bösem Glauben die Ehe eingegangen ist, gemacht wurde.

964. Die Schenkung bleibt ebenfalls widerrufen, selbst dann, wenn der Schenknehmer in den Besitz der geschenkten Güter schon getreten und von dem Schenkgeber seit der erfolgten Geburt des Kindes darin belassen worden wäre; der Beschenkte ist jedoch nicht verbunden die von ihm bezogenen Früchte, von welcher Gattung sie auch seyen, eher zu erstatten als vom Tage der gerichtlichen Klage um Wiedereintretung in den Besitz der geschenkten Güter.

965. Die in einer von Rechtswegen widerrufenen Schenkung begriffenen Güter fallen, frei von allen vom Beschenkten oder seinen Rechtshabenden herrührenden Lasten und Hypotheken, in die Vermögensmasse des Schenkgebers zurück, ohne daß sie, selbst subsidiarisch nicht, für die Erstattung des von der Frau eingebrachten Vermögens oder für die Ausübung der aus den Eheverträgen entspringenden Rechte beschwert verbleiben können; dieß findet selbst

dann statt, wenn die Schenkung in Ansicht der Ehe des Beschenkten gemacht und in den Ehevertrag eingerückt worden wäre, und wenn sich der Schenkgeber als Bürge für die Erfüllung des Ehevertrags verbunden hätte.

966. Die solchermaßen widerrufenen Schenkungen können nicht wieder aufleben oder von Neuem Wirkung erhalten, weder durch den Tod des Kindes des Schenkgebers, noch durch irgend einen Bestätigungsact; und wenn der Schenkgeber dieselben Güter demselben Beschenkten entweder vor oder nach dem Absterben des Kindes, durch dessen Geburt die Schenkung widerrufen worden ist, geben will, so kann er solches nur durch eine neue Verfügung thun.

967. Jede Clausel oder Uebereinkunft, wodurch der Schenkgeber auf den Widerruf der Schenkung, wegen Dazukunft eines Kindes, verzichtet hätte, wird als nichtig angesehen und hat keine Wirkung.

968. Der Beschenkte, seine Erben oder Rechtshabenden, oder andere Inhaber der geschenkten Sachen, können keine Verjährung entgegenhalten, um eine durch die Dazukunft eines Kindes widerrufenene Schenkung geltend zu machen, außer nach einem Besitze von dreißig Jahren, welche vom Tage der Geburt des jüngsten, sogar nachbürti-

gen, Kindes des Schenkgebers anfangen; und zwar unbeschadet der rechtmäßigen Ursachen, welche den Lauf der Verjährung unterbrechen oder aufschieben.

Fünftes Kapitel.

Von den Schenkungen in Ansicht der Ehe, zum Vortheile der Ehegatten und der aus der Ehe zu gewärtigenden Kinder, und von den Schenkungen zwischen den Ehegatten.

969. Die Schenkungen in Ansicht einer gewissen und bestimmten Ehe, zu Gunsten der Ehegatten und der aus der Ehe zu gewärtigenden Kinder, können ungeachtet der Verfügungen des Art. 932, alle Güter in sich begreifen, welche der Schenkgeber am Tage seines Hinschiedes zurücklassen wird.

Eine solche Schenkung, ob sie gleich bloß zum Vortheile der Ehegatten oder eines derselben gemacht ist, soll, im Falle der Schenkgeber den beschenkten Ehegatten überleben würde, angesehen werden, als wäre sie zum Vortheil der aus der Ehe zu gewärtigenden Kinder und Descendenten gemacht.

970. Die im vorstehenden Artikel erwähnte Schenkung ist bloß in dem Sinne unwiderruflich, daß der Schenkgeber nicht mehr unentgeltlich über

die in der Schenkung begriffenen Güter verfügen kann, außer für geringe Summe belohnungsweise, oder auf eine andere Art, es wäre denn der Schenkgeber hätte sich eine weitere Befugniß zum Verfügen ausbedungen.

971. Die Schenkung von zukünftigen Gütern, die in Ansicht der Ehe geschah, hat ihre Wirkung auf das Vermögen, welches der Schenkgeber bei seinem Tode hinterlassen wird; nach Abzug jedoch der Schulden und Lasten der Verlassenschaft.

972. Die Schenkung in Ansicht einer gewissen und bestimmten Ehe von welcher in den vorgehenden Artikeln die Rede war, kann zugleich das gegenwärtige und künftige Vermögen begreifen; in diesem Falle steht es dem Beschenkten frei, bei'm Hinscheiden des Schenkgebers, sich an das gegenwärtige Vermögen zu halten und auf das übrige zu verzichten, wenn nur die Schenkung gesetzmäßig eingetragen und dabei die gegenwärtigen Güter, in Gemäßheit des Art. 1892 bezeichnet worden sind.

In Abgang dieser Eintragung kann der Beschenkte nur die Güter, welche sich am Sterbetag des Schenknehmers vorfinden, verlangen, und zwar nach Abzug aller Schulden und Lasten der Verlassenschaft.

973. Bei den Schenkungen, selbst von gegenwärtigen Gütern, die in Ansicht der Ehe geschahen,

ist die Nugnießung der geschenkten Güter immerdar als dem Schenkgeber während seines Lebtages vorbehalten anzusehen, wenn nicht anders verabredet worden ist.

974. Wenn in einer Schenkung, sey's gegenwärtigen, sey's zukünftigen Vermögens, die in Ansicht einer gewissen und bestimmten Ehe geschah, der Schenkgeber sich die Befugniß vorbehalten hat, über einen der geschenkten Gegenstände, über eine Quotität, oder eine von diesem Vermögen zu erhebende bestimmte Summe zu verfügen, so verbleibt das Eigenthum davon dem Beschenkten, wenn der Schenkgeber ohne darüber verfügt zu haben, gestorben ist.

975. Jede in Ansicht der Ehe gemachte Schenkung ist ohne Kraft, wenn die Ehe nicht erfolgt.

976. Die einem der Ehegatten gemachte Schenkung von zukünftigen Gütern, oder von einem Vermögenstheile, welchen der Schenkgeber bei seinem Tode hinterlassen wird, bleibt ohne Wirkung, wenn dieser den beschenkten Ehegatten und die aus der Ehe, in Ansicht welcher die Schenkung geschah, gebornen Kinder überlebt.

977. Die Ehegatten können im Ehevertrage sich gegenseitig, oder nur einer von beiden dem andern alles das schenken, worüber mittelst Testamentes zu verfügen man berechtigt ist, gemäß den Artikeln

597 und folgenden des Titels von den testamentarischen Erbschaften, I. Abschnittes, III. Kapitels; und dieses ohne Nachtheil der in den Artikeln 940 und 943 enthaltenen Bestimmungen.

978. Jede Schenkung von gegenwärtigen Gütern, die zwischen Ehegatten mittelst Ehevertrags geschieht, wird nicht angesehen als wäre sie unter der Bedingung des Ueberlebens des Schenknehmers gemacht worden, wenn diese Bedingung nicht förmlich ausgedrückt ist.

979. Die einseitige, oder gegenseitige Schenkung von zukünftigen Gütern, welche Ehegatten im Ehevertrage sich machen, ist den vorgehend bestimmten Regeln in Betracht der Schenkungen, die ihnen von Drittmann gemacht wurden, unterworfen; mit der Ausnahme jedoch, daß sie nicht auf die aus der Ehe abstammenden Kinder übergeht, falls der beschenkte Ehegatte vor dem Schenkgeber stirbt.

980. Die Ehegatten können während der Ehe sich gegenseitig keine Schenkungen machen, außer durch letzten Willens Acte, nach den für diese vorgeschriebenen Formen und Regeln.

Sechstes Kapitel.

Besondere Verfügungen.

981. Die auf die Schenkungen zwischen Lebenden bezüglichen Bestimmungen sind auf die Verzichtleistungen, die beim Eintritte in einen religiösen Orden geschehen, nicht anwendbar. Diese Verzichtleistungen gelten dennoch, wenn schon selbe von Minderjährigen gethan wurden, die für volljährig gehalten werden sollen, vorausgesetzt daß sie das Alter erreicht haben, in welchem ihnen das Recht zu testiren zukömmt.

Diese Verzichtleistungen können sogar das zukünftige Vermögen begreifen, welches dem Verzichtthuenden während der Zeit, die zwischen seiner Verzichtleistung und Professuung abgelaufen, zugefallen ist.

982. Sie haben keine Wirkung mehr und sollen als nicht geschehen angesehen werden, wenn der Verzichtthuende nicht binnen sechs Monaten, seit seiner Verzichtleistung, das Ordenskleid genommen hat.

Ihre Wirkung hört gleichfalls auf, wenn der Verzichtleistende, nach rechtmäßiger Losbindung von seinen Gelübden, binnen zehn Jahren, seit der Ablegung derselben in die Welt zurücktritt.

983. In den, durch die zwei vorgehenden Artikel vorgesehenen Fällen, haben diejenigen, zu deren Vortheil die Verzichtleistungen statt fanden, sich nach den vom Artikel 806 vorgeschriebenen Erhaltsmaßregeln zu richten.

Sechster Titel.

Von den Contracten oder den vertragsgemäßen Verbindlichkeiten überhaupt.

Erstes Kapitel.

Vorläufige Bestimmungen.

984. Der Contract ist eine Uebereinkunft, wodurch eine, oder mehrere Personen gegen eine oder mehrere andere sich verbinden etwas zu geben, zu thun oder zu unterlassen.

985. Der Contract ist synallagmatisch oder zweiseitig, wenn die Contrahenten sich wechselseitig, einer gegen den andern, verbinden.

986. Er ist einseitig, wenn eine oder mehrere Personen gegen eine oder mehrere andere verbunden sind, ohne daß diese Letztern eine Verbindlichkeit eingegangen haben.

987. Der lästige Contract ist derjenige, mittelst dessen jede Partei die Erfüllung irgend einer Verbindlichkeit auf sich nimmt.

Der Wohlthätigkeits-Contract ist derjenige, durch welchen eine Partei der andern einen unentgeltlichen Vortheil verschafft.

988. Besteht der Gegenwerth in dem für beide Theile möglicherweise eintretenden, aber von einem ungewissen Ereignisse abhängenden Gewinn oder Verlust, so ist der Contract aleatorisch.

989. Die Contracte, mit eigener Benennung oder nicht, sind allgemeinen Regeln unterworfen, welche der Gegenstand dieses Titels sind.

Die Regeln, welche nur für gewisse Contracte geeignet sind, werden in den, jeden derselben betreffenden Titeln bestimmt.

Zweites Kapitel.

Von den zur Gültigkeit der Verträge wesentlichen Bedingungen.

990. Wesentliche Bedingungen zur Gültigkeit eines Vertrags sind :

Die Einwilligung der Parteien;

Die Fähigkeit zu contrahiren;

Eine bestimmte Sache, welche den Gegenstand der Verbindlichkeit ausmacht;

Eine erlaubte Ursache zur Verbindlichkeit.

Erster Abschnitt.

Von der Einwilligung.

991. Die Einwilligung ist ungültig, wenn sie aus Irrthum gegeben oder durch Zwang erpreßt, oder durch Betrug erschlichen worden ist.

992. Der Irrthum bewirkt nur dann die Nichtigkeit des Vertrags, wenn er das Wesen der Sache selbst betrifft, welche der Gegenstand des Vertrags ist.

Er bewirkt die Nichtigkeit nicht, wenn er nur die Person betrifft, mit welcher man zu contrahiren glaubt, außer wenn der Vertrag hauptsächlich in Rücksicht dieser Person getroffen worden ist.

993. Der gegen denjenigen, welcher die Verbindlichkeit eingegangen ist, angewandte Zwang, ist ein hinlänglicher Grund zur Nichtigkeit, auch wenn ihn ein anderer als der, zu dessen Vortheil der Vertrag geschlossen worden ist, angewandt hat.

994. Zwang ist vorhanden, wenn er auf eine vernünftige Person Eindruck machen und ihr die rechtmäßige Furcht einflößen kann, sich selbst oder ihr Vermögen auf der Stelle einem beträchtlichen Unglücke auszusetzen.

Es wird in diesem Falle auf das Alter, das Geschlecht und den Stand der Person Rücksicht genommen.

995. Zwang ist eine Ursache zur Nichtigkeit des Contracts, nicht bloß wenn er gegen die contrahirende Partei, sondern auch, wenn er gegen ihren Gatten, oder ihre Gattin, ihre Descendenten, oder Ascendenten angewandt worden ist.

996. Die bloße Ehrfurcht gegen den Vater, die Mutter, die übrigen Ascendenten oder den Ehegatten, ohne daß dabei Zwang wäre angewandt worden, vermag nicht den Contract von sich aus zu vernichten.

997. Ein Contract kann wegen Zwanges nicht mehr angefochten werden, wenn er seit Aufhörung des Zwanges entweder ausdrücklich oder stillschweigend, oder dadurch genehmigt worden ist, daß man die zur Anstreitung desselben vom Gesetze belassene Frist verstreichen ließ.

998. Der Betrug macht den Contract nichtig, wenn die von einer Partei angewandten Kunstgriffe es augenscheinlich machen, daß ohne diese die andere Partei nicht würde contrahirt haben.

Der Betrug kann nicht vorausgesetzt, sondern muß erwiesen werden.

999. Der aus Irrthum, Zwang oder Betrug geschlossene Vertrag ist nicht von Rechtswegen nichtig; er veranlaßt bloß eine Klage auf Nichtigkeit oder Auflösung, in den Fällen und auf die Weise,

wie es im 7. Abschnitte des 5. Kapitels gegenwärtigen Titels erklärt ist.

1000. Die Verlegung macht den Vertrag nur in den im gegenwärtigen Gesetzbuche speziell bezeichneten Fällen mangelhaft.

1001. In der Regel kann man im eignen Namen nur für sich selbst etwas angeloben oder ausbedingen.

1002. Jedoch kann man sich gegen einen andern verbindlich machen, indem man die That eines Dritten verspricht; dieses Versprechen veranlaßt aber nur eine Schadloshaltung von Seiten dessen, welcher sich verbindlich gemacht oder die Einwilligung eines Dritten beizubringen versprochen hat, wenn Letzterer die Erfüllung des Versprechens verweigert.

1003. Man kann gleichfalls sich zum Vortheile eines Dritten etwas versprechen lassen, wenn dieß die Bedingung ist einer für sich selbst abgeschlossenen Uebereinkunft oder einer Schenkung zu Gunsten eines Andern. Wer eine solche Uebereinkunft abgeschlossen hat, kann sie nicht mehr widerrufen, wenn der Dritte erklärt selbe benutzen zu wollen.

1004. Es wird angenommen, man habe für sich und für seine Erben und Rechtshabenden bedungen, inwiefern das Gegentheil nicht ausgedrückt

ist, oder aus der Beschaffenheit des Vertrags erhellt.

Zweiter Abschnitt.

Von der Fähigkeit der contrahirenden Parteien.

1005. Jedermann, den das Gesetz nicht dazu unfähig erklärt, kann contrahiren.

1006. Außer in den vom Gesetze vorbehaltenen Fällen, sind unfähig zu contrahiren:

Die Minderjährigen;

Die Interdicirten;

Die volljährigen Frauen und Töchter;

Und überhaupt alle die, welchen das Gesetz gewisse Contracte untersagt hat.

1007. Die vertragsfähigen Personen können die Unfähigkeit derjenigen, mit welchen sie contrahirt haben, nicht entgegenhalten.

Dritter Abschnitt.

Von dem Objecte und dem Gegenstande der Contracte.

1008. Jeder Contract hat eine Sache zum Gegenstande, welche eine Partei sich verbindet zu geben, zu thun, oder zu unterlassen.

1009. Der bloße Gebrauch, oder Besitz einer

Sache kann, gleich dieser selbst, den Gegenstand des Contractes ausmachen.

1010. Nur im Verkehre befindliche Sachen können Verträgen zum Gegenstande dienen.

1011. Die Verbindlichkeit muß eine, wenigstens in Rücksicht der Gattung, bestimmte Sache zum Gegenstande haben.

Die Quantität der Sache kann ungewiß seyn, wenn sie nur bestimmbar ist.

1012. Zukünftige Sachen können der Gegenstand einer Verbindlichkeit seyn.

Man kann jedoch weder auf eine nicht eröffnete Erbschaft verzichten noch über eine solche Erbschaft, sey's mit der Person von deren Erbschaft die Rede ist, sey's mit Drittmann und wäre es auch mit Einwilligung dieser Person, einen Vertrag eingehen, außer in dem vom Art. 981 vorgesehenen Falle.

Vierter Abschnitt.

Von der Ursache der Contracte.

1013. Die Verbindlichkeit ohne Ursache, oder aus einer falschen oder unerlaubten Ursache, kann keine Wirkung haben.

1014. Der Vertrag ist auch ohne Ausdrückung der Ursache gültig.

1015. Von jedem Vertrage wird vermuthet, daß

er eine Ursache habe, außer es würde von der Partei, welche sich verbunden hat, das Gegentheil erwiesen.

1016. Die Ursache ist unerlaubt, wenn sie vom Gesetze verboten ist, wenn sie der Sittlichkeit, oder der öffentlichen Ordnung zuwiderläuft.

Drittes Kapitel.

Von den Wirkungen der Verbindlichkeiten.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Verfügungen.

1017. Rechtmäßig abgeschlossene Verträge gelten als Gesetze für diejenigen, welche sie geschlossen haben.

Sie können nur mit beidseitiger Einwilligung, oder aus gesetzmäßigen Ursachen widerrufen werden.

Sie müssen redlich vollzogen werden.

1018. Die Verträge verbinden nicht bloß zu dem was darin ausgedrückt ist, sondern auch zu allen Folgen, welche die Billigkeit, der Landesgebrauch, oder das Gesetz mit dem Vertrage, seiner Beschaffenheit nach, verknüpfen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit etwas zu geben.

1019. Die Verbindlichkeit etwas zu geben führt mit sich jene, die Sache auszuliefern, und sie bis zur Lieferung zu erhalten, bei Strafe der Schadloshaltung gegenüber dem Gläubiger.

1020. Die Verbindlichkeit, die Erhaltung der Sache zu überwachen, verpflichtet denjenigen, dem sie obliegt, dafür wie ein guter Familienvater Sorge zu tragen; der Vertrag mag bloß den Nutzen einer der Parteien, oder ihren gemeinschaftlichen Nutzen zum Gegenstand haben.

Diese Verbindlichkeit ist bei gewissen Contracten, deren Wirkungen, in Ansehung dieses Punktes, in den sie betreffenden Titeln erklärt sind, mehr oder weniger ausgedehnt.

1021. Die Verbindlichkeit etwas zu liefern wird durch die alleinige rechtmäßig ausgedrückte Einwilligung der contrahirenden Parteien ganz vollständig.

Sie macht den Gläubiger zum Eigenthümer, und stellt die Sache, auf seine Gefahr von dem Augenblicke an, in dem die Verbindlichkeit eingegangen wurde, wenn auch ihre Uebergabe noch nicht erfolgt ist, es sei denn daß der Schuldner im Verzug wäre sie zu liefern; in welchem Falle die Sache auf Gefahr des letztern bleibt.

1022. Der Schuldner wird in Verzug gerathen entweder durch eine Aufforderung, oder einen andern gleichgeltenden Act, oder durch den Vertrag selbst, wenn darin steht, daß ohne Act und durch den bloßen Ablauf der Frist der Schuldner in Verzug gerathen werde.

1023. Die Wirkungen der Verbindlichkeit eine Liegenschaft zu geben, oder zu liefern, sind im Titel von dem Verkaufe, wie auch im Titel von den Vorzugsrechten und Hypotheken bestimmt.

1024. Ist die Sache, welche man mittelst unterschiedlicher Acte, zweien Personen nacheinander zu geben oder zu liefern versprochen hat, eine rein bewegliche Sache, so wird diejenige von beiden Personen, die zuerst in den wirklichen Besitz derselben gesetzt wurde, vorgezogen, und bleibt Eigenthümerin derselben, obgleich ihr Titel ein späteres Datum führt, wenn sie nur mit gutem Glauben besitzt.

Dritter Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit etwas zu thun oder zu unterlassen.

1025. Jede Verbindlichkeit etwas zu thun oder zu unterlassen, löset sich, im Falle der Nicht-

erfüllung von Seite des Schuldners, in Schadloshaltung auf.

1026. Jedoch hat der Gläubiger das Recht zu verlangen, daß alles vernichtet werde, was der Verbindlichkeit zuwider gemacht worden ist; er kann sogar sich ermächtigen lassen, es auf Kosten des Schuldners zu vernichten, mit Vorbehalt der allenfallsigen Schadloshaltung.

1027. Der Gläubiger kann auch im Falle der Nichterfüllung ermächtigt werden, auf Kosten des Schuldners die Verbindlichkeit selbst erfüllen zu lassen.

1028. Besteht die Verbindlichkeit darin, etwas zu unterlassen, so ist derjenige, der ihr zuwiderhandelt, durch sein bloßes Zuwiderhandeln, die Schadloshaltung schuldig.

Vierter Abschnitt.

Von der Schadloshaltung wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeit.

1029. Die Schadloshaltung ist der Schuldner erst schuldig, wenn er mit Erfüllung seiner Verbindlichkeit in Verzug ist, oder wenn die Sache, welche der Schuldner sich verbunden hatte zu geben oder zu thun, nur zu einer gewissen Zeit gegeben oder gethan werden konnte, die er verstreichen ließ.

1030. Der Schuldner wird, so oft er seine Verbindlichkeit entweder nicht, oder zu spät erfüllt, wenn gleich keine sträfliche Absicht von seiner Seite vorliegt, zur allenfallsigen Schadloshaltung verurtheilt, wenn er nicht erweist, daß die Nichterfüllung oder die Verzögerung von einer fremden Ursache herkommt, die ihm nicht zur Last gelegt werden kann.

1031. Ist der Schuldner durch unabwendbare Gewalt oder Zufall verhindert worden, das zu geben oder zu thun, wozu er sich verbunden hatte, oder gezwungen worden zu thun was ihm untersagt war, so findet keine Schadloshaltung statt.

1032. In der Regel besteht die dem Gläubiger schuldige Schadloshaltung, in dem Ersatze des von ihm erlittenen Verlustes, oder des ihm entzogenen Gewinnes, mit Vorbehalt der nachfolgenden Ausnahmen und Abänderungen.

1033. Der Schuldner haftet bloß für die Schadloshaltung, die man zur Zeit des Vertrags vorgesehen hat oder vorsehen konnte, insofern die Verbindlichkeit nicht in Folge sträflicher Absicht unerfüllt geblieben ist.

1034. Falls auch der Nichterfüllung des Vertrags die sträfliche Absicht des Schuldners zum Grunde läge, so soll die Schadloshaltung für den vom Gläubiger erlittenen Verlust und ihm entzogenen Gewinn, dennoch bloß auf das sich erstrecken,

was die Nichterfüllung des Vertrags zur unmittelbaren und direkten Folge hat.

1035. Ist in dem Vertrage ausbedungen, daß der ihn nicht Vollziehende eine gewisse Schadloshaltungssumme zu bezahlen habe, so darf der andern Partei keine größere und keine geringere Summe zuerkannt werden, außer es würde sich augenscheinlich ergeben, daß die Summe außerordentlich übertrieben sey, in welchem Falle der Richter sie herabsetzen kann.

1036. Bei den auf die Zahlung einer gewissen Summe sich beschränkenden Verbindlichkeiten, besteht die Schadloshaltung wegen verzögerter Vollziehung, in der Verurtheilung zu den gesetzmäßigen Zinsen; vorbehaltlich der besondern Regeln in Betreff der Bürgschaft und der Gesellschaft.

Diese Schadloshaltung ist man schuldig ohne daß der Gläubiger irgend einen Verlust zu erweisen hat.

Man ist sie nur vom Tage der gerichtlichen Klage an schuldig, außer in den Fällen, wo diese Zinse kraft des Gesetzes von Rechtswegen zu laufen anfangen.

1037. Verfallene Zinse von Kapitalien können weder in Folge einer gerichtlichen Klage, noch einer Uebereinkunft der Parteien Zins tragen.

Diese Zinse können jedoch zinsfähig werden, wenn sie die Eigenschaft eines Kapitals angenommen

haben, indem entweder der alten Schuld eine neue und von verschiedener Gattung substituirt worden ist, oder die Person des Schuldners oder des Gläubigers sich verändert hat.

1038. Gleichwohl tragen die fälligen Einkünfte, als Pachtzinse, Miethzinse, Rückstände von ewigen oder Leib-Renten, vom Tage der gerichtlichen Klage oder der Uebereinkunft an, Zinse.

Dieselbe Regel gilt auch für die Erstattung von Früchten, und für die Interessen, welche ein Drittmann dem Gläubiger, auf Rechnung des Schuldners bezahlt hat.

Fünfter Abschnitt.

Von der Auslegung der Verträge.

1039. In den Verträgen muß man vielmehr die gemeinschaftliche Absicht der contrahirenden Parteien zu erforschen suchen, als sich an den buchstäblichen Sinn der Worte halten.

1040. Ist eine Clausel doppelsinnig, so muß sie eher in dem Sinne verstanden werden, in welchem sie einige Wirkung haben kann, als in dem Sinne, worin sie keine haben kann.

1041. Doppelsinnige Ausdrücke müssen in dem Sinne verstanden werden, welcher dem Gegenstande des Vertrags am angemessensten ist.

1042. Zweideutiges muß nach dem, was im Lande, wo der Vertrag geschlossen worden, gebräuchlich ist, ausgelegt werden.

1043. Die gewöhnlichen Clauseln müssen im Verträge, wenn sie auch nicht ausgedrückt sind, hinzugedacht werden.

1044. Sämmtliche Clauseln der Verträge müssen die einen durch die andern erklärt werden, indem man einer jeden den Sinn beilegt, welcher sich aus dem ganzen Acte ergibt.

1045. Im Zweifel wird der Vertrag gegen denjenigen, der stipulirt hat, und zum Vortheil dessen, der sich verbindlich gemacht hat, ausgelegt.

1046. So allgemein auch die Ausdrücke eines Vertrags seyn mögen, so begreift er doch nur die Sachen, worüber es sich zeigt, daß die Parteien zu contrahiren die Absicht hatten.

1047. Hat man in einem Contracte zur Erläuterung der Verbindlichkeit einen Fall angeführt, so läßt sich daraus nicht schließen, als habe man dadurch den Umfang, welchen die Verbindlichkeit, in den nicht ausdrücklich angeführten Fällen, von Rechtswegen hat, einschränken wollen.

Sechster Abschnitt.

Von der Wirkung der Verträge Drittmann gegenüber.

1048. Die Verträge haben nur Wirkung zwischen den contrahirenden Parteien: Drittmann bringen sie keinen Nachtheil, und nugen ihm bloß in dem vom Artikel 1003 vorgesehenen Falle.

1049. Jedoch können die Gläubiger alle Rechte und Klagen ihres Schuldners ausüben, diejenigen ausgenommen, welche ausschließlich seiner Person anhängig sind.

1050. Sie können auch in ihrem eigenen Namen die von ihrem Schuldner betrügerischer Weise zum Nachtheil ihrer Rechte gemachten Acte angreifen.

Sind es lästige Contracte, so muß erhärtet werden, daß von Seite beider contrahirenden Parteien Betrug vorlag; sind es aber unentgeltliche Contracte, so genügt es daß von Seite des Schuldners Betrug obwaltete.

Viertes Kapitel.

Von den verschiedenen Gattungen der Verbindlichkeiten.

Erster Abschnitt.

Von den bedingten Verbindlichkeiten.

§ 1.

Von der Bedingung überhaupt und ihren verschiedenen Gattungen.

1051. Die Verbindlichkeit ist bedingt, wenn man sie von einem zukünftigen, ungewissen Ereignisse

abhängen läßt, indem man sie entweder aufschiebt, bis ein gewisses Ereigniß geschieht; oder indem man sie aufhebt, je nachdem das Ereigniß zutrifft oder nicht.

1052. Eine zufällige Bedingung ist die, welche vom Zufalle abhängt, und die keineswegs in der Macht des Gläubigers oder des Schuldners steht.

1053. Eine willkürliche Bedingung ist die, welche die Vollziehung des Vertrags, von einem Ereignisse, welches die eine oder die andere Partei herbeiführen oder verhindern kann, abhängig macht.

1054. Die vermischte Bedingung ist die, welche zugleich von der Willkühr einer der contrahirenden Parteien, und von der Willkühr eines Dritten, oder vom Ungefähr abhängt.

1055. Jede Bedingung einer unmöglichen, oder der Sittlichkeit zuwiderlaufenden, oder vom Gesetze verbotenen Sache ist nichtig, und verungültigt den davon abhängigen Vertrag.

1056. Die Bedingung, eine physisch unmögliche Sache zu unterlassen, macht den unter dieser Bedingung geschlossenen Vertrag nicht ungültig.

1057. Jede Verbindlichkeit ist ungültig, wenn sie unter einer Bedingung eingegangen wurde, welche die Gebundenheit einzig von dem Willen des sich Verpflichtenden abhängig macht.

1058. Jede Bedingung muß auf die Weise er-

füllt werden, wie die Contrahenten wahrscheinlich gewollt und verstanden haben, daß sie erfüllt werden solle.

1059. Wird ein Vertrag unter der Bedingung geschlossen, daß eine Begebenheit sich in einer bestimmten Zeit zutrage, so wird diese Bedingung für erloschen angesehen, wenn die Zeit verflossen ist, ohne daß die Begebenheit sich ereignet hat. Ist die Zeit nicht bestimmt, so kann die Bedingung immer erfüllt werden, und sie wird nur alsdann für erloschen erachtet, wenn es gewiß ist, daß die Begebenheit sich nicht ereignen wird.

1060. Wird eine Verbindlichkeit übernommen unter der Bedingung daß eine Begebenheit sich nicht innerhalb einer bestimmten Zeit ereigne, so ist die Bedingung erfüllt, wenn diese Zeit abgelaufen ist, ohne daß die Begebenheit sich zutrug. Sie ist ebenfalls erfüllt, wenn es vor dieser Zeit zur Gewißheit geworden ist, daß die Begebenheit sich nicht zutragen werde; und ist kein Zeitraum bestimmt, so ist sie nur alsdann erfüllt, wenn es gewiß ist, daß die Begebenheit nicht eintreffen werde.

1061. Die Bedingung wird als erfüllt angesehen, wenn der unter dieser Bedingung verpflichtete Schuldner die Erfüllung derselben verhindert hat.

1062. Die erfüllte Bedingung hat eine rückwirkende Kraft, bis zum Tage wo die Verbindlichkeit

übernommen worden ist. Starb der Gläubiger vor der Erfüllung der Bedingung, so gehen seine Rechte auf seine Erben über.

1063. Der Gläubiger kann, ehe die Bedingung erfüllt ist, alle zur Erhaltung seiner Rechte dienlichen Akte ausüben.

§ 2.

Von der aufschiebenden Bedingung.

1064. Eine unter einer aufschiebenden Bedingung eingegangene Verbindlichkeit ist die, welche von einer zukünftigen und ungewissen, oder von einer wirklich schon eingetretenen, aber den Parteien unbekannten Begebenheit abhängt.

In dem ersten Falle kann die Verbindlichkeit erst nach der Begebenheit ihre Wirkung haben.

Im zweiten Falle hat sie ihre Wirkung vom Tage an, wo sie übernommen worden ist.

1065. Wenn eine Verbindlichkeit unter einer aufschiebenden Bedingung übernommen worden ist, so bleibt die den Gegenstand des Vertrags ausmachende Sache, auf Gefahr des Schuldners, welcher sich bloß in dem Falle zur Lieferung derselben verbunden hat, wenn die Bedingung eintritt.

Ist die Sache ohne Verschulden des Schuldners

gänzlich zu Grunde gegangen, so ist die Verbindlichkeit erloschen.

Ist die Sache aus Verschulden des Schuldners gänzlich zu Grunde gegangen, so hat er dem Gläubiger Schadloshaltung zu leisten.

Hat sich die Sache ohne Verschulden des Schuldners verschlimmert, so hat der Gläubiger die Wahl, entweder die Verbindlichkeit aufzuheben oder die Sache in dem Stande worin sie sich befindet, und ohne Preisverminderung zu fordern.

Ist die Sache aus Verschulden des Schuldners verschlimmert worden, so hat der Gläubiger das Recht, entweder die Verbindlichkeit aufzuheben oder die Sache mit Schadloshaltung in dem Zustande worin sie sich befindet, zu fordern.

§ 3.

Von der aufhebenden Bedingung.

1066. Die aufhebende Bedingung ist die, deren Erfüllung die Aufhebung der Verbindlichkeit bewirkt und die Sachen wieder in denselben Zustand setzt, als wenn die Verbindlichkeit nicht statt gefunden hätte.

Sie schiebt die Vollziehung der Verbindlichkeit nicht auf; sie verbindet bloß den Gläubiger, das Empfangene in dem Falle zu erstatten, wenn die in der Bedingung vorgesehene Begebenheit eintritt.

1067. Bei synallagmatischen Verträgen ist die aufhebende Bedingung immer stillschweigend verstanden, für den Fall wenn eine der Parteien ihr Versprechen nicht erfüllt; jedoch unter der beim Titel vom Verkaufe aufgestellten Ausnahme.

In diesem Falle ist der Vertrag nicht von Rechts wegen aufgehoben. Die Partei, gegen welche das Versprechen nicht erfüllt worden ist, hat die Wahl entweder die andere Partei zur Erfüllung des Vertrags, wenn sie möglich ist, zu zwingen, oder die Aufhebung desselben nebst Schadloshaltung zu verlangen.

Die Aufhebung muß gerichtlich verlangt werden, und der Beklagte kann nach den Umständen einen Aufschub erhalten.

Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten mit Frist.

1068. Die Frist unterscheidet sich von der Bedingung darin, daß sie nicht die Verbindlichkeit selbst aufschiebt, sondern bloß die Vollziehung derselben verzögert.

1069. Was erst zu einer Frist geschuldet ist, kann vor dem Verfall derselben nicht gefordert werden, was aber zum Voraus bezahlt worden, ist unzurückforderlich.

1070. Die Frist wird immer als zum Vorthail des Schuldners verabredet angesehen, es sey denn, daß aus der Stipulation oder den Umständen erhelle, daß sie auch zu Gunsten des Gläubigers bestimmt worden ist.

1071. Der Schuldner kann die Fristwohlthat nicht mehr begehren wenn er in Concurſ gerathen ist, oder durch sein Verschulden die Sicherheiten vermindert hat, welche er mittelst Contractes seinem Gläubiger gegeben hat.

Dritter Abschnitt.

Von den alternativen Verbindlichkeiten.

1072. Der Schuldner einer alternativen Verbindlichkeit wird mittelst Auslieferung von einer der beiden in der Verbindlichkeit begriffenen Sachen, der Schuld entladen; er kann aber den Gläubiger nicht zwingen, einen Theil von der einen und einen Theil von der andern anzunehmen.

1073. Die Wahl steht dem Schuldner zu, wenn sie nicht ausdrücklich dem Gläubiger gestattet worden ist.

1074. Die Verbindlichkeit ist einfach, obschon sie alternativ geschah, wenn eine von den beiden versprochenen Sachen kein Gegenstand der Verbindlichkeit seyn konnte.

1075. Die alternative Verbindlichkeit wird einfach, wenn eine von den beiden versprochenen Sachen zu Grunde geht, und nicht mehr geliefert werden kann, wäre es auch aus Verschulden des Schuldners.

Der Werth dieser Sache kann nicht statt ihrer angeboten werden.

Wenn beide zu Grunde gegangen sind, und zwar eine aus Verschulden des Schuldners, so hat er den Werth der zuletzt zu Grunde gegangenen zu bezahlen.

1076. Wenn in den von dem vorstehenden Artikel vorgesehenen Fällen, kraft des Vertrags, dem Gläubiger die Wahl belassen wurde, so ist :

Entweder eine von den Sachen allein zu Grunde gegangen, und alsdann gehört dem Gläubiger die überbliebene Sache, wenn es ohne Verschulden des Schuldners geschah; geschah es aber durch sein Verschulden, so kann der Gläubiger entweder die überbliebene Sache oder den Werth der zu Grunde gegangenen begehren;

Oder beide Sachen sind zu Grunde gegangen; und dann kann der Gläubiger nach Belieben den Werth der einen oder der andern verlangen, wenn beide, oder auch nur eine allein, aus Verschulden des Schuldners zu Grunde gegangen sind.

1077. Sind beide Sachen ohne Verschulden des Schuldners, und bevor er in Verzug war zu Grunde

gegangen, so ist die Verbindlichkeit, in Gemäßheit des Art. 1172, erloschen.

1078. Dieselben Grundsätze gelten auch für die Fälle, wo mehr als zwei Sachen in der alternativen Verbindlichkeit begriffen sind.

Vierter Abschnitt.

Von den solidarischen Verbindlichkeiten:

§ 1.

Von der Solidarität zwischen den Gläubigern.

1079. Die Verbindlichkeit ist solidarisch zwischen mehreren Gläubigern, wenn der Rechtstitel jedem unter ihnen ausdrücklich das Recht einräumt, die Zahlung der ganzen Schuldforderung zu begehren; und wenn die einem unter ihnen gemachte Zahlung den Schuldner entladet; auch dann, wenn der aus der Verbindlichkeit entstehende Vortheil unter den verschiedenen Gläubigern theilbar ist.

1080. Es steht dem Schuldner frei, dem einen oder dem andern der solidarischen Gläubiger zu zahlen, so lange er noch nicht von einem unter ihnen eingeklagt ist.

Jedoch wird der Schuldner, im Falle ihm einer der solidarischen Gläubiger die Schuld erlassen hätte, bloß vom Antheil dieses Gläubigers entladen.

1081. Jeder Act, wodurch die Verjährung in Rücksicht eines der solidarischen Gläubiger unterbrochen wird, nützt auch den übrigen Gläubigern.

§ 2.

Von der Solidarität abseits der Schuldner.

1082. Von Seiten der Schuldner tritt Solidarität ein, wenn sie zu derselben Sache solcherge-
stalt verbunden sind, daß jeder das Ganze zu leisten
angehalten werden kann, und daß die von einem
einzigen gethane Zahlung, die übrigen, gegenüber
dem Gläubiger, entladet.

1083. Die Verbindlichkeit kann solidarisch seyn,
wenn gleich einer von den Schuldnern nicht so, wie
der andere, zur Zahlung der Schuld gehalten ist;
z. B. wenn einer nur bedingungsweise verbunden ist,
oder wenn der eine sich eine Frist ausbedungen hat,
welche dem andern nicht gestattet ist.

1084. Die Solidarität wird nicht vermuthet;
sie muß ausdrücklich stipulirt seyn.

Diese Regel leidet nur in den Fällen eine Aus-
nahme, wo die Solidarität, kraft einer gesetzlichen
Verfügung, von Rechtswegen statt hat.

1085. Der Gläubiger einer solidarisch einge-
gangenen Verbindlichkeit kann sich nach Belieben an
einen oder den andern Schuldner wenden, ohne daß

dieser ihm die Theilungswohlthat entgegenhalten darf.

1086. Das Betreiben eines der Schuldner hindert den Gläubiger nicht die übrigen gleichfalls zu belangen.

1087. Wenn die geschuldete Sache aus Verschulden, oder während des Verzugs eines oder mehrerer solidarischen Schuldner zu Grunde gegangen ist, so sind die andern Mitschuldner von der Verbindlichkeit, den Werth der Sache zu bezahlen, nicht enthoben, aber sie sind zu keiner Schadloshaltung verbunden.

Der Gläubiger kann die Schadloshaltung bloß von jenen Schuldnern fordern, wegen deren Verschulden die Sache zu Grunde gegangen ist, und von jenen, welche im Verzug waren.

1088. Das Betreiben eines der solidarischen Schuldner unterbricht die Verjährung gegen alle.

1089. Die wegen Zinsen gegen einen der solidarischen Schuldner gerichtete Klage, bewirkt den Zinsenlauf in Ansehung aller.

1090. Der vom Gläubiger eingeklagte solidarische Mitschuldner, kann alle die aus der Natur der Verbindlichkeit hervorgehenden und alle ihm persönlich zustehenden Einreden, sowie auch diejenigen, welche allen Mitschuldnern gemein sind, entgegenhalten.

Er kann diejenigen Einreden, welche bloß einigen der übrigen Mitschuldner persönlich zustehen, nicht entgegenhalten.

1091. Wird einer der Schuldner einziger Erbe des Gläubigers oder wird der Gläubiger einziger Erbe eines der Schuldner, so erlischt wegen dieses Zusammentreffens die solidarische Schuld nur für den Antheil des Schuldners oder des Gläubigers.

1092. Der Gläubiger, welcher in die Theilung der Schuld, in Betreff eines der Mitschuldner einwilligt, behält seine solidarische Klage gegen die übrigen, nach Abzug jedoch des Antheils des Schuldners, den er von der Solidarität entlassen hat.

1093. Der den Antheil eines der Schuldner besonders annehmende Gläubiger, ohne in der Quittung die Solidarität oder seine Rechte im allgemeinen, sich vorzubehalten, verzichtet auf die Solidarität bloß in Ansehung dieses Schuldners.

Es wird nicht vorausgesetzt, es habe der Gläubiger dem Schuldner die Solidarität erlassen, wenn er von ihm eine dem Antheil den er schuldig ist gleichkommende Summe empfängt, und nicht in der Quittung erklärt, daß es für seinen Antheil sey.

Ebenso verhält es sich mit einer bloßen Klage, die man gegen einen der Mitschuldner für seinen Antheil anstellt, insofern dieser in das Begehren nicht

eingewilligt hat, oder kein verurtheilender Spruch darauf erfolgt ist.

1094. Der Gläubiger, welcher von einem der Mitschuldner desselben Antheil an den Rückständen oder Zinsen der Schuld besonders und ohne Vorbehalt annimmt, verliert die Solidarität bloß in Ansehung der Rückstände oder verfallenen Zinse, und nicht in Ansehung der noch zu verfallenden Zinse oder des Kapitals, es sey denn, die besondere Zahlung habe während zehn nacheinander folgender Jahre fortgedauert.

1095. Die solidarisch gegen den Gläubiger übernommene Verbindlichkeit, theilt sich von Rechts wegen unter den Schuldnern, von denen ein jeder nur für seinen Antheil verbunden ist.

1096. Der Mitschuldner einer solidarischen Schuld, der solche ganz bezahlt hat, kann von jedem der übrigen nur dessen Antheil fordern.

Ist einer aus ihnen zahlungsunfähig, so wird der Verlust, den seine Zahlungsunfähigkeit verursacht, unter den andern zahlungsfähigen Mitschuldnern, und dem, der die Zahlung gemacht hat, verhältnißmäßig vertheilt.

1097. Im Falle der Gläubiger auf die Solidar-Klage gegen einen der Schuldner verzichtet hat, und einer oder mehrere der übrigen Mitschuldner zahlungsunfähig werden, vertheilt sich der Antheil der

Zahlungsunfähigen verhältnißmäßig unter alle Schuldner, sogar unter die, welche der Gläubiger früher von der Solidarität entlassen hat.

1098. Betrifft das Geschäft, für welches die solidarische Schuld contrahirt worden ist, nur einen aus den solidarischen Mitschuldnern, so haftet dieser eine, dem andern gegenüber, für die ganze Schuld; letztere sind in Bezug auf den einen bloß als dessen Bürgen anzusehen.

Fünfter Abschnitt.

Von den theilbaren und untheilbaren Verbindlichkeiten.

1099. Eine Verbindlichkeit ist theilbar oder untheilbar, je nachdem sie eine Sache, die bei ihrer Auslieferung, oder eine That, die bei der Vollziehung, theilungsfähig ist oder nicht, zum Gegenstande hat.

1100. Eine Verbindlichkeit ist untheilbar, obgleich die Sache oder die That, welche den Gegenstand derselben ausmacht, ihrer Beschaffenheit nach theilbar ist, wenn sie in der Beziehung, in welcher sie in der Verbindlichkeit betrachtet wird, keiner theilweisen Vollziehung fähig ist.

1101. Die Bedingung der Solidarität gibt der Verbindlichkeit die Eigenschaft der Untheilbarkeit nicht.

§ 1.

Von den Wirkungen der theilbaren Verbindlichkeit.

1102. Die Verbindlichkeit, welche sich theilen läßt, soll zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner so vollzogen werden, als wenn sie untheilbar wäre.

Die Theilbarkeit gilt nur für ihre Erben, die, als Vertreter des Gläubigers oder des Schuldners, bloß den Antheil fordern, oder zahlen dürfen, der ihnen zugefallen ist oder für den sie haften.

1103. Der in dem vorstehenden Artikel aufgestellte Grundsatz leidet in Bezug auf die Erben des Schuldners eine Ausnahme, wenn die Schuld eine gewisse Sache zum Gegenstande hat, welche in Folge der Vertheilung in den Händen eines aus ihnen sich befindet.

§ 2.

Von den Wirkungen der untheilbaren Verbindlichkeit.

1104. Von denjenigen, welche zusammen eine untheilbare Schuld eingegangen sind, haftet ein jeder für das Ganze, obgleich die Verbindlichkeit nicht solidarisch übernommen worden ist.

1105. Eben dieses gilt auch für die Erben desjenigen, der eine solche Verbindlichkeit übernommen hat.

1106. Jeder Erbe des Gläubigers kann, mittelst Eingabe einer zahlungsfähigen Bürgschaft für den seinen Miterben zukommenden Antheil, die Vollziehung der untheilbaren Verbindlichkeit im Ganzen verlangen.

Er allein kann nicht die ganze Schuld erlassen; er allein kann auch nicht, statt der Sache, ihren Werth annehmen.

Hat einer der Erben allein die Schuld erlassen oder den Werth der Sache empfangen, so kann sein Miterbe die untheilbare Sache zwar begehren, aber er muß für den Antheil des Miterben, der den Nachlaß gemacht oder den Werth erhalten hat, Rechnung tragen.

1107. Der für die ganze Schuld belangte Erbe des Schuldners kann, um seine Miterben in den Handel zu ziehen, eine Frist verlangen. Ist jedoch die Schuld von der Beschaffenheit, daß sie nur von dem belangten Erben abgetragen werden kann, so kann dieser allein verurtheilt werden, vorbehaltlich seines Regresses gegen seine Miterben wegen Entschädigung.

Sechster Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit mit Straf-Clauseln.

1108. Die Straf-Clausel ist jene, wodurch Jemand, um die Vollziehung eines Vertrags zu

sichern, auf den Fall der Nichtvollziehung sich zu etwas verbindlich macht.

1109. Die Nichtigkeit der Hauptverbindlichkeit zieht die Ungültigkeit der Straf-Clausel nach sich.

Dagegen führt die Nichtigkeit der Letztern nicht jene der Hauptverbindlichkeit mit.

1110. Der Gläubiger kann, statt die, gegen den in Verzug befindlichen Schuldner stipulirte Strafe zu verlangen, die Vollziehung der Hauptverbindlichkeit betreiben.

1111. Die Straf-Clausel dient zum Ersatz des Schadens, welchen der Gläubiger wegen der Nichtvollziehung der Hauptverbindlichkeit erleidet.

Er kann nicht zugleich die Hauptsache und die Strafe fordern, außer es sey diese auch für den bloßen Verzug bedungen worden.

1112. Die Hauptverbindlichkeit mag eine Frist, binnen welcher sie erfüllt werden soll, enthalten oder nicht, so hat der, welcher etwas zu liefern, zu nehmen oder zu thun verbunden ist, nicht eher die Strafe verwirkt, als bis er in Verzug ist.

1113. Der Richter kann die Strafe ermäßigen, wenn die Hauptverbindlichkeit zum Theil erfüllt worden ist.

1114. Hat die ursprüngliche, mit einer Straf-Clausel übernommene Verbindlichkeit eine untheilbare Sache zum Gegenstande, so kann die Strafe

durch einen einzigen von den Erben des Schuldners verwirkt, und entweder ganz von dem Uebertreter, oder von einem jeden der Miterben nach Verhältniß seines Antheils, und hypothekarisch für's Ganze, verlangt werden, vorbehaltlich ihres Regresses gegen den, aus dessen Verschulden die Strafe verwirkt worden ist.

1115. Ist die mit einer Straf-Clausel übernommene Hauptverbindlichkeit theilbar, so wird die Strafe nur von demjenigen der Erben des Schuldners verwirkt, welcher der Hauptverbindlichkeit zuwiderhandelt, und es findet keine Klage gegen diejenigen statt, welche sie erfüllt haben.

Diese Regel leidet Ausnahme, wenn die Straf-Clausel in der Absicht beigefügt worden ist, damit die Zahlung nicht theilweise geschehen könne, und einer der Miterben die Vollziehung der ganzen Verbindlichkeit verhindert hat; in diesem Falle kann die ganze Strafe gegen ihn, und gegen die übrigen Miterben bloß für ihren Antheil, vorbehaltlich ihres Regresses, gefordert werden.

Fünftes Kapitel.

Von der Erlöschung der Verbindlichkeiten.

1116. Die Verbindlichkeiten erlöschen:
Durch Zahlung;

Durch Novation;
 Durch freiwillige Erlassung;
 Durch Compensation;
 Durch Confusion;
 Durch Untergang der Sache;
 Durch Nichtigkeits-Erklärung oder durch Auf-
 lösung;
 Durch Wirkung der aufhebenden Bedingung,
 welche im vorgehenden Kapitel erläutert wor-
 den ist;
 Und durch Verjährung, wovon in einem beson-
 dern Titel die Rede seyn wird.

Erster Abschnitt.

Von der Zahlung.

§ 1.

Von der Zahlung überhaupt.

1117. Jede Zahlung setzt eine Schuld voraus: was ungeschuldet bezahlt worden, kann zurückgefordert werden.

Die Zurückforderung ist in Ansehung der natürlichen Verbindlichkeiten, welche freiwillig erfüllt worden sind, nicht zulässig.

1118. Eine Verbindlichkeit kann von jedem, der dabei betheiligt ist, z. B. von einem Mitschuldner oder einem Bürgen, erfüllt werden.

Die Verbindlichkeit kann sogar von einem dabei nicht theilhabenden Dritten erfüllt werden, wenn nur derselbe im Namen und für Rechnung des Schuldners handelt, oder, falls er in seinem eignen Namen handelt, nur nicht in die Rechte des Gläubigers eingesezt wird.

1119. Die Verbindlichkeit etwas zu thun, kann von einem Dritten gegen den Willen des Gläubigers nicht erfüllt werden, wenn dieser ein Interesse dabei hat, daß sie von dem Schuldner selbst erfüllt werde.

1120. Um gültig zu zahlen, muß man Eigenthümer der an Zahlung gegebenen Sache seyn, und die Fähigkeit haben, sie zu veräußern.

Jedoch kann die Zahlung einer Geldsumme, oder einer andern durch Gebrauch verzehrbaren Sache, von dem Gläubiger, welcher sie mit gutem Glauben verzehrt hat, nicht mehr zurückgefordert werden, obgleich die Zahlung von Jemanden gemacht worden ist, der nicht Eigenthümer derselben, oder zu deren Veräußerung unfähig war.

1121. Die Zahlung muß an den Gläubiger, oder den Vollmachthaber desselben, oder an denjenigen gemacht werden, den das Gericht oder Gesetz ermächtigt hat, für ihn zu empfangen.

Die Zahlung, welche an Jemanden gemacht wird, der keine Vollmacht hat für den Gläubiger zu em-

pfangen, ist gültig, wenn dieser solche genehmigt oder benutzt hat.

1122. Die im guten Glauben demjenigen, welcher im Besitze der Schuldforderung ist, gethane Zahlung, bleibt gültig, wenn auch dem Besitzer in Folge das Recht darauf abgesprochen wird.

1123. Die an einen zu empfangen unfähigen Gläubiger gemachte Zahlung, ist ungültig, außer der Schuldner erwiese, daß die bezahlte Sache dem Gläubiger genutzt habe.

1124. Die von dem Schuldner seinem Gläubiger, ungeachtet eines Beschlags, gemachte Bezahlung, ist, in Ansehung der Gläubiger, welche den Beschlagn gethan haben, ungültig: diese können, so weit ihr Recht geht, den Schuldner auf's neue zur Zahlung anhalten, und letzterem ist, in diesem Falle nur, sein Regreß gegen den Gläubiger vorbehalten.

1125. Der Gläubiger kann nicht gezwungen werden eine andere Sache anzunehmen, als die ihm geschuldet ist; wenn auch der Werth der angebotenen Sache eben so groß oder sogar noch größer wäre.

1126. Der Schuldner kann den Gläubiger nicht zwingen, die Zahlung einer selbst theilbaren Schuld theilweise anzunehmen.

1127. Wer eine gewisse und bestimmte Sache zu liefern hat, wird durch die Behändigung derselben

in dem Zustande, worin sie bei der Auslieferung sich befindet, seiner Verbindlichkeit entledigt, vorausgesetzt, daß die Verschlimmerungen, welche sie erlitten hat, nicht durch ihn, oder aus seinem, oder der unter seiner Verantwortlichkeit stehenden Personen Verschulden, geschehen sind, oder daß er vor diesen Verschlimmerungen nicht in Verzug sich befunden hat.

1128. Hat die Schuld eine, nur ihrer Gattung nach bestimmte Sache zum Gegenstande, so ist der Schuldner, um seiner Verbindlichkeit entledigt zu werden, nicht gehalten, sie von der besten Gattung zu geben, er kann sie aber auch nicht von der schlechtesten anbieten.

1129. Die Zahlung hat an dem im Vertrage bestimmten Orte zu geschehen. Ist der Ort darin nicht angezeigt, so muß die Zahlung, wenn von einem gewissen und bestimmten Gegenstande die Rede ist, an dem Orte geschehen, wo die Sache zur Zeit der Verbindlichkeit sich befand.

Außerhalb dieser zwei Fälle muß die Zahlung in dem Wohnsitz des Gläubigers geschehen, wenn er im Kantone sich befindet, oder in demjenigen seines Vollmachthabers, wenn er außer dem Kantone wohnt. Sie hat in dem Wohnsitz des Schuldners zu geschehen, wenn der Gläubiger außer dem Kantone wohnt und darin keinen Vollmachthaber hat.

1130. Die Kosten der Zahlung fallen dem Schuldner zur Last.

§ 2.

Von der Zahlung mit Subrogation.

1131. Die Subrogation in die Rechte des Gläubigers, zu Gunsten eines Drittmannes, der ihn bezahlt, geschieht entweder mittelst Ueber-einkunft, oder von Rechtswegen durch das Gesetz.

1132. Diese Subrogation geschieht mittelst Ueber-einkunft:

- 1) Wenn der Gläubiger, welcher seine Zahlung von einem Drittmanne empfängt, denselben in seine Rechte, Klagen, Vorzugsrechte oder Hypotheken gegen den Schuldner einsetzt. Diese Subrogation muß ausdrücklich und zu gleicher Zeit mit der Zahlung geschehen;
- 2) Wenn der Schuldner zur Zahlung seiner Schuld und um den Darleiher in die Rechte des Gläubigers einzusetzen, eine Summe entlehnt. Zur Gültigkeit dieser Subrogation wird erfordert, daß der Act über das Darleihen und die Quittung vor Notaren ausgefertigt werden; daß im Acte über das Darleihen erklärt werde, daß die Summe entlehnt worden ist, um die Zahlung zu machen; und daß in der Quittung

ebenfalls erklärt werde, daß die Zahlung mit dem deshalb von dem neuen Gläubiger vorgeschossenen Gelde gemacht worden sey. Diese Subrogation geschieht ohne Bestimmung des Gläubigers.

1133. Die Subrogation findet von Rechtswegen statt :

- 1) Zum Vortheil eines Gläubigers, welcher einen andern Gläubiger bezahlt, der, kraft seiner Vorzugsrechte oder Hypotheken, ihm vorzuziehen ist;
- 2) Zum Vortheil des Käufers einer Liegenschaft, der den Kaufpreis zur Zahlung der Gläubiger verwendet, welchen diese Liegenschaft verpfändet war;
- 3) Zum Vortheil desjenigen, welcher, da er mit andern, oder für andere zur Zahlung einer Schuld verbunden war, ein Interesse hatte, sie zu bezahlen.

1134. Die in den vorgehenden Artikeln bestimmte Subrogation findet sowohl gegen die Bürgen als gegen die Schuldner statt: sie kann dem Gläubiger, wenn er nur zum Theil bezahlt worden ist, nicht nachtheilig seyn; er kann in diesem Falle seine Rechte für den Ueberrest seiner Forderung, vorzugsweise vor demjenigen, von dem er nur eine theilweise Zahlung erhalten hat, geltend machen.

§ 3.

Von der Anrechnung der Zahlungen.

1135. Der Schuldner mehrerer Schulden hat das Recht bei der Zahlung zu erklären, welche Schuld er zu tilgen Willens sey.

1136. Der Schuldner einer zinstragenden oder Rückstände erzeugenden Schuld, kann ohne Einwilligung des Gläubigers die Zahlung, die er macht, auf das Kapital, vorzugsweise vor den Rückständen und Zinsen, nicht anrechnen: die Zahlung, die auf Kapital und Zinsen, jedoch nicht vollständig, geschieht, wird zuerst auf die Zinsen angerechnet.

1137. Hat derjenige, welcher mehrere Schulden zu entrichten hat, eine Quittung angenommen, wodurch der Gläubiger das Empfangene auf eine von diesen Schulden besonders angerechnet hat, so kann der Schuldner die Anrechnung auf eine andere Schuld nicht mehr verlangen, es sey denn, daß Betrug oder Ueberlistung von Seiten des Gläubigers statt gehabt habe.

1138. Enthält die Quittung keine Anrechnung, so muß unter mehreren gleichmäßig verfallenen Schulden die Zahlung auf diejenige angerechnet werden, an deren Tilgung der Schuldner damals das größte Interesse hatte; im Falle, daß nicht mehrere Schulden fällig wären, geschieht die Anrechnung

auf die verfallene Schuld, wäre sie auch weniger lästig als die nicht verfallenen.

Sind die Schulden von derselben Beschaffenheit, so geschieht die Anrechnung auf die älteste; wenn alle Umstände gleich sind, so geschieht sie verhältnißmäßig.

§ 4.

Von dem Anbieten der Zahlung und der Niederlegung.

1139. Weigert sich der Gläubiger die Zahlung anzunehmen, so kann ihm der Schuldner ein reelles Anbieten machen, und, nach verweigerter Annahme desselben, die angebotene Summe oder Sache niederlegen.

Das reelle Anbieten, worauf die Niederlegung erfolgt ist, entladet den Schuldner; es dient ihm an Zahlungsstatt, wenn es auf eine gültige Weise gemacht worden ist, und die also niedergelegte Sache bleibt auf Gefahr des Gläubigers.

1140. Zur Gültigkeit des reellen Anbietens wird erfordert:

- 1) Daß es dem zum Empfange befähigten Gläubiger, oder seinem dazu Bevollmächtigten, gemacht werde;
- 2) Daß es von Jemanden, der zum Zahlen befugt ist, geschehe;
- 3) Daß es das Ganze der zu fordernden Summe,

der Rückstände, oder schuldigen Zinse, der bereinigten Kosten, nebst einer Summe für die nicht bereinigten, mit dem Erbieten sie zu ergänzen, enthalte;

- 4) Daß die Frist, wenn sie zu Gunsten des Gläubigers bedungen worden, verfallen sey;
- 5) Daß die Bedingung, unter welcher die Schuld übernommen worden ist, erfüllt worden sey;
- 6) Daß das Anbieten an dem für die Zahlung bestimmten Orte geschehe, oder, daß im Falle, wenn über den Zahlungsort nichts besonderes ausbedungen worden, und wenn der Gläubiger im Kantone wohnsitz, es diesem in Person oder in seinem Wohnsitze, oder in dem für die Vollziehung des Vertrages erwählten Wohnsitze gemacht worden sey; und wenn der Gläubiger nicht im Kantone wohnsitz und darin keinen Vollmachthaber bestellt hat, daß die Anzeige des Zahlungsanbietens unter der Amtsgewalt des Richters, welchem der Schuldner untersteht, gemacht werde;
- 7) Daß das Anbieten in Beiseyn des Richters, oder des Gerichtschreibers, oder des Weibels geschehe, welcher darüber Verbalproceß aufzunehmen hat.

1141. Zur Gültigkeit der Niederlegung genügt:

- 1) Daß ihr eine Anzeige an den Gläubiger mittelst Rechtbotes vorangegangen sey, in welcher der Tag, die Stunde und der Ort, wo die angebotene Sache hinterlegt werden soll, enthalten ist;
- 2) Daß der Schuldner sich der angebotenen Sache entschlagen habe, indem er sie, mit den bis zum Tage der Niederlegung verfallenen Zinsen, wenn solche geschuldet werden, beim Richter niedergelegt hat.

1142. Die Kosten des reellen Anbieters und der Niederlegung, wenn beides auf eine gültige Weise geschehen ist, fallen dem Gläubiger zur Last.

1143. So lange die Niederlegung von dem Gläubiger noch nicht angenommen ist, kann sie der Schuldner zurücknehmen; und nimmt er sie zurück, so lebt die Schuld mit all' ihren Anhängigkeiten wieder auf.

1144. Hat der Gläubiger das Anbieten und die Niederlegung von Seiten seines Schuldners angenommen, oder sind, vermöge eines in Rechtskraft übergangenen Urtheils, das Anbieten und die Niederlegung von Seiten dieses Schuldners als gut und gültig erklärt worden, so kann dieser die hinterlegte Sache sogar mit Einwilligung des Gläubigers nicht mehr zum Nachtheil seiner Mitschuldner, oder seiner Bürgen, zurücknehmen.

1145. Der Gläubiger, welcher eingewilligt hat, daß der Schuldner die angenommene oder kraft eines maßgebend gewordenen Urtheils gültig erklärte Niederlegung zurückziehe, kann für die Bezahlung seiner Schuldforderung, die damit verbunden gewesen Vorzugs- und Hypothekarrechte zum Nachtheil eines Dritten, der inzwischen Einschreibung genommen hat, nicht mehr ausüben.

1146. Ist die schuldige Sache ein bestimmter Gegenstand, welcher an dem Orte übergeben werden soll, wo er sich befindet, so muß der Schuldner den Gläubiger mittelst eines Actes, der demselben in Person, oder in seinem Wohnsitz, oder in dem zur Vollziehung der Uebereinkunft erwählten Wohnsitz, oder in demjenigen des Schuldners, falls über den Zahlungsort nichts ausbedungen ist und der Gläubiger außer dem Kantone wohnsitzt und darin keinen Vollmachthaber bestellt hat, anzuzeigen ist, auffordern lassen, den Gegenstand abzuholen. Holt aber, nach gethaner Aufforderung, der Gläubiger die Sache nicht ab, so kann der Schuldner vom Richter die Erlaubniß erhalten, sie an einem andern Orte niederzulegen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Novation.

1147. Die Novation geschieht auf dreierlei Weise :

- 1) Wenn der Schuldner mit seinem Gläubiger eine neue Schuld eingeht, welche an die Stelle der alten tritt, die erloschen ist ;
- 2) Wenn ein neuer Schuldner an die Stelle des alten, vom Gläubiger entladenen, tritt ;
- 3) Wenn , kraft einer neuen Uebereinkunft , ein neuer Gläubiger an die Stelle des alten eintritt , hinsichtlich dessen der Schuldner entladen ist.

1148. Die Novation kann nur zwischen contractsfähigen Personen stattfinden.

1149. Die Novation wird nicht vorausgesetzt ; die Absicht, sie zu erwirken, muß deutlich aus dem Acte hervorgehen.

1150. Die Novation mittelst Substitution eines neuen Schuldners, kann ohne Mitwirkung des ersten Schuldners geschehen.

1151. Die bloße Anzeige, welche der Schuldner von einer Person macht, die an seiner Stelle bezahlen soll, bewirkt keine Novation.

Eben so verhält es sich mit der bloßen Anzeige, die der Gläubiger von einer Person macht, die für ihn empfangen soll.

1152. Die Vorzugsrechte und Hypotheken der alten Schuld gehen nicht auf die ihr substituirte Schuld über, es sey denn, der Gläubiger habe sie ausdrücklich vorbehalten.

1153. Geschieht die Novation mittelst Substitution eines neuen Schuldners, so gehen die ursprünglichen Vorzugsrechte und Hypotheken der Forderung nicht auf die Güter des neuen Schuldners über.

1154. Mittelst der zwischen dem Gläubiger und einem Solibarschuldner geschehenen Novation, sind die Mitschuldner losgeschlagen.

Sie in Ansehung des Hauptschuldners stattgefundene Novation, schlägt die Bürgen los.

Hat jedoch der Gläubiger, im ersten Falle, den Beitritt der Mitschuldner, und im andern, den Beitritt der Bürgen erheischt, und die Mitschuldner, oder die Bürgen weigern sich der neuen Uebereinkunft beizutreten, so bleibt die alte Forderung in ihrer Kraft.

Dritter Abschnitt.

Von der Erlassung der Schuld.

1155. Die freiwillige Zurückgabe der Urschrift eines Handzettels beweist die Losschlagung, sowohl zu Gunsten des Schuldners, dem sie zurückgegeben wurde, als zu Gunsten seiner Solidarmitschuldner.

1156. Die vertragsgemäße Erlassung oder Losschlagung, welche zu Gunsten eines der Solidarmitschuldner geschieht, entladet auch alle andere, es sey denn, daß der Gläubiger seine Rechte gegen letztere sich ausdrücklich vorbehalten hätte.

In diesem letztern Falle kann er die Schuld nur mit Abzug des Theiles, welchen er dem Betreffenden erlassen hat, zurückfordern.

1157. Die Zurückgabe der zum Pfand gegebenen Sache, genügt nicht um die Erlassung der Schuld zu vermuthen.

1158. Die zum Vortheile des Hauptschuldners stattfindende vertragsgemäße Erlassung oder Losschlagung, entladet die Bürgen;

Diejenige, welche zu Gunsten des Bürgen geschieht, entladet den Hauptschuldner nicht;

Diejenige, welche einem der Bürgen zu Theil wird, entladet die andern nicht von dem, was in der Schuld den Theil dieses Bürgen übersteigt.

Vierter Abschnitt.

Von der Compensation.

1159. Sind zwei Personen einander schuldig, so tritt unter ihnen Compensation ein, mittelst welcher die beiden Schulden auf die Weise und in den Fällen, wie hiernach bestimmt wird, getilgt werden.

1160. Die Compensation tritt von Rechts wegen, und durch die bloße Kraft des Gesetzes, sogar ohne Vorwissen der Schuldner ein; die beiden Schulden tilgen sich gegenseitig bis zum Belauf der geringern, vom Augenblicke an, wo sie zu gleicher Zeit bestehen.

1161. Die Compensation hat nur zwischen zwei Schulden statt, welche beide eine Summe Geldes oder eine gewisse Quantität aufzehrbarer Sachen derselben Gattung, zum Gegenstande haben, und gleich liquid und forderlich sind.

1162. Die Gnadenfrist hindert die Compensation nicht.

1163. Die Compensation hat statt, welch immer die Ursache der einen oder der andern Schuld seyn mag; jedoch mit Ausnahme folgender Fälle :

- 1) Wenn eine Sache, deren der Eigenthümer ungerechter Weise beraubt worden ist, zurückbegehrt wird ;
- 2) Wenn eine anvertraute oder zum Gebrauch geliehene Sache zurückverlangt wird ;
- 3) Wenn eine Schuld als unpfändungsbar erklärte Alimente zum Gegenstande hat.

1164. Der Bürge kann die Compensation von dem entgegenhalten, was der Gläubiger dem Hauptschuldner schuldig ist.

Der Hauptschuldner aber kann die Compensation von dem nicht entgegenhalten, was der Gläubiger dem Bürgen schuldet.

Der Solidarschuldner kann gleichfalls die Compensation von dem nicht entgegenhalten, was der Gläubiger seinem Mitschuldner schuldig ist.

1165. Hat der Schuldner unbedingt die Abtretung angenommen, welche der Gläubiger von seinen Rechten an einen Dritten gemacht hat, so kann er dem Cessionar die Compensation nicht mehr entgegensetzen, welche er dem Cedenten vor der Annahme hätte entgegenhalten können.

Die Abtretung, die vom Schuldner nicht angenommen, aber ihm doch angezeigt worden, hindert die Compensation bloß unter den Schulden, welche erst nach dieser Anzeige entstanden sind.

1166. Sind die beiden Schulden nicht an demselben Orte zahlbar, so kann die Compensation nur mittelst Anrechnung der Ueberlieferungskosten entgegengesetzt werden.

1167. Schuldet Jemand mehrere ausgleichbare Posten, so werden für die Compensation, die für die Anrechnung im 1138. Artikel bestimmten Regeln befolgt.

1168. Die Compensation hat nicht zum Nachtheil der von Drittmann erworbenen Rechte statt. Demnach kann derjenige, welcher Schuldner war,

und seit dem von einem Drittmann in seine Hände angelegten Beschlag, Gläubiger geworden ist, nicht zum Nachtheil desjenigen, welcher den Beschlag angelegt hat, die Compensation entgegeng halten.

1169. Wer eine von Rechtswegen mittelst Compensation erloschene Schuld bezahlt hat, kann, bei Forderung der Sache, deren Compensation er nicht entgegeng gehalten hat, die Vorzugsrechte oder Hypotheken, sowie die Bürgschaften, die mit dieser verbunden gewesen sind, zum Nachtheil dritter Personen nicht mehr benutzen, es wäre denn, daß ihm die Forderung, mittelst welcher seine Schuld compensirt werden sollte, aus gültiger Ursache unbekannt war.

Fünfter Abschnitt.

Von der Confusion.

1170. Vereinigen sich in derselben Person die Eigenschaften des Gläubigers und Schuldners, so entsteht eine Confusion der Rechte, welche die Schuld und die Forderung tilgt.

1171. Die Confusion, welche in der Person des Hauptschuldners sich zuträgt, nützt seinen Bürgen.

Diejenige, welche sich in der Person des Bürgen zuträgt, zieht die Tilgung der Hauptschuld nicht nach sich.

Diejenige, welche in der Person des einen der Solidarschuldner geschieht, nützt seinen Mitschuldnern nur für den Antheil den er schuldig war.

Sechster Abschnitt.

Von dem Untergange der schuldigen Sache.

1172. Wenn die bestimmte und gewisse Sache, welche der Gegenstand einer Verbindlichkeit war, zu Grunde geht oder außer Verkehr gesetzt wird, oder solchergestalt verloren geht, daß man von ihrem Daseyn gar nichts weiß, so ist die Verbindlichkeit erloschen, wofern nämlich die Sache ohne Verschulden des Schuldners, und bevor er im Verzuge war, außer Verkehr gesetzt worden, zu Grunde oder verloren gegangen ist.

Hat der Schuldner die Gefahren des Zufalls nicht übernommen, so ist die Verbindlichkeit dennoch getilgt, obgleich er in Verzug wäre, wenn anders die Sache in den Händen des Gläubigers ebenfalls zu Grunde gegangen wäre.

Der Schuldner muß den von ihm vorgeschügten Zufall beweisen.

Auf welche Art auch immer eine gestohlene Sache zu Grunde oder verloren gegangen ist, so befreit ihr Verlust den Entwender nie von der Erstattung des Werthes.

1173. Ist die Sache ohne Verschulden des Schuldners zu Grunde gegangen, außer Verkehr gesetzt, oder verloren worden, so ist er gehalten, wenn ihm in Betreff dieser Sache einige Rechte und Klagen auf Schadloshaltung zustehen, solche an seinen Gläubiger abzutreten.

Siebenter Abschnitt.

Von der Klage auf Nichtigkeit oder Auflösung der Verträge.

1174. Die Klage auf Nichtigkeit oder Auflösung eines Vertrags dauert vier Jahre in allen Fällen, wo sie nicht durch ein besonderes Gesetz auf eine kürzere Zeit beschränkt ist.

Diese Zeit läuft, im Falle eines Zwanges, nur von dem Augenblicke an, wo er aufgehört hat; im Falle eines Irrthums oder Betrugs, von dem Tage an, wo er entdeckt worden ist; und für die von contractsunfähigen Personen abgeschlossenen Acte, vom Tage der Aufhörung der Unfähigkeit an.

1175. Diese Klage kann auch auf die Erben übergehen, die jedoch solche nur während der Zeit ausüben können, die noch zu Gunsten ihrer Urheber zu laufen hatte; unbeschadet der bezüglichen Bestimmungen über die Unterbrechung oder den Aufschub der Verjährungen.

1176. Die bloße Erklärung des Minderjährigen,

daß er volljährig sey, hindert das Begehren um Nichtigkeit oder um Auflösung nicht.

1177. Der unfähige, welcher ein Handelsmann oder ein Handwerker ist, kann gegen die Verbindlichkeit, die er in Betreff seines Handels, oder seines Handwerkes übernommen hat, die Wiedereinsetzung nicht anrufen.

1178. Gegen die Verbindlichkeiten, die aus seinem Vergehen, oder Halbvergehen entspringen, ist der Unfähige ebenfalls nicht wiedereinsetzbar.

1179. Gegen eine Verbindlichkeit, die er während der Unfähigkeit eingegangen, und nach erreichter Fähigkeit genehmigt hat, kann er nicht einkommen, diese Verbindlichkeit mag der Form nach ungültig, oder bloß der Wiedereinsetzung unterworfen seyn.

1180. Wird den unfähigen Personen die Wiedereinsetzung gegen ihre Verbindlichkeiten gestattet, so kann man von ihnen, was während der Unfähigkeit, in Folge dieser Verbindlichkeiten bezahlt worden wäre, nicht zurückfordern, außer man erwiese, daß ihnen die Zahlung genügt habe.

1181. Wenn die in Betreff der unfähigen Person, seys zur Veräußerung von Liegenschaften, seys zur Annahme oder Theilung einer Erbschaft, seys zu irgend welchem andern Acte erheischten Förmlichkeiten erfüllt worden sind, so wird dieselbe, in

Betreff dieser Acte, angesehen, als hätte sie solche im Fähigkeitsstande geschlossen.

1182. Die Nichtigkeitseinwendung kann von Jedermann, der um die Vollziehung der Verbindlichkeit betrieben wird, entgegengesetzt werden, in allen Fällen wo es ihm gestattet ist, auf dem Wege der Nichtigkeit oder der Auflösung handeln zu können.

Diese Einwendung ist der im Art. 1174 aufgestellten Verjährung nicht unterworfen.

Sechstes Kapitel.

Von dem Beweise der Verbindlichkeiten und der Zahlung.

1183. Wer die Vollziehung einer Verbindlichkeit begehrt, muß diese erweisen.

Andererseits muß derjenige, welcher entladen zu seyn behauptet, entweder die Zahlung, oder die Thatfache beweisen, wodurch seine Verbindlichkeit getilgt wurde.

1184. Die Regeln, welche den schriftlichen Beweis, den Zeugenbeweis, die Vermuthungen, das Geständniß der Partei und den Eid betreffen, sind in den nachstehenden Abschnitten erklärt.

Erster Abschnitt.

Von dem schriftlichen Beweise.

1185. Der schriftliche Beweis entsteht aus einer authentischen oder aus einer Privatverschreibung.

§ 1.

Von der authentischen Verschreibung.

1186. Der authentische Act ist derjenige, welcher nach den vorgeschriebenen Förmlichkeiten, von einem Notar oder von einem andern öffentlichen Beamten, der an dem Orte, wo der Act verfertigt wurde, berechtigt ist, dem Acte die Eigenschaft der Deffentlichkeit zu ertheilen, verschrieben wird.

1187. Der Act, welcher wegen Unzuständigkeit oder Unfähigkeit des Beamten, oder wegen eines Fehlers in der Form nicht authentisch ist, gilt als eine Privatverschreibung, wenn er von den Parteien unterschrieben ist.

1188. Der authentische Act beweist vollständigst den Vertrag und die Thatsachen, welche in Gegenwart des Notars oder des öffentlichen Beamten der ihn aufgenommen hat, geschehen sind.

Jedoch im Falle einer Hauptklage oder im Falle einer Incidentklage wegen Fälschung, haben die Gerichte die Vollziehung des Actes einstweilig zu verschieben.

1189. Sowohl der authentische als der privat-

schriftliche Act hat für die Parteien Beweiskraft, selbst in Betreff dessen, was nur beiläufig darin angeführt ist, vorausgesetzt, daß die beiläufigen Ausdrücke sich unmittelbar auf die Verfügung beziehen.

Ausdrücke, die zur Verfügung in keinem Bezug stehen, können nur als Beweisanzang dienen.

1190. Gegenbriefe können nur unter den contra-
hierenden Parteien, nicht aber gegen Drittmann, ihre Wirkung haben.

§ 2.

Von der Privatverschreibung.

1191. Die Privatverschreibung, wenn sie von demjenigen anerkannt ist, dem man sie entgegensetzt, oder auf eine gesetzliche Weise für anerkannt gehalten wird, hat zwischen den Personen, welche sie unterschrieben haben und ihren Erben und Rechtshabenden dieselbe Beweiskraft, wie eine authentische Verschreibung.

1192. Wem eine Privatverschreibung entgegengehalten wird, der ist verbunden seine Schrift oder Unterschrift förmlich anzuerkennen oder abzuläugnen.

Seine Erben oder Rechtshabenden können sich auf die Erklärung beschränken, daß sie die Schrift oder Unterschrift ihres Urhebers nicht kennen.

1193. In dem Falle, wo eine Partei ihre Schrift oder Unterschrift läugnet, und in dem Falle, wo ihre

Erben oder Rechtshabenden erklären, daß sie dieselben nicht kennen, wird gerichtlich die Untersuchung derselben verordnet.

1194. Der Handzettel oder eine sonstige Privat-schuldverschreibung, wodurch eine Partei der andern verspricht, ihr eine Geldsumme, oder eine Sache, die sich schätzen läßt, zu geben, muß gänzlich von der Hand desjenigen geschrieben werden, der sie unterschreibt: oder wenigstens muß er, außer seiner Unterschrift, eigenhändig „G u t f ü r 2c. oder g u t g e h e i ß e n“ hinzugeschrieben und dabei die Summe oder die Quantität der Sache ganz mit Buchstaben ausgedrückt haben.

1195. Wenn die im Innern des Actes ausgedrückte Summe, von der in dem „Gut für 2c.“ ausgedrückten Summe verschieden ist, so wird vermuthet, es bestehe die Verbindlichkeit nur in der geringern Summe, sogar wenn der Act und das „Gut für“ gänzlich von der Hand des Schuldners geschrieben sind, es müßte denn erwiesen seyn, auf welcher Seite der Irrthum obwalte.

1196. Die Privatverschreibungen haben gegen Drittmann bloß von dem Tage an ein sicheres Datum, wo sie legalisirt oder von einem Beglaubigungs-Notar visirt worden sind, oder wo der, oder einer von denjenigen, die sie unterschrieben haben, gestorben ist, oder auch von dem Tage an, wo ihr

wesentlicher Inhalt mittelst von einem öffentlichen Beamten verrichteter Acte, wie z. B. mittelst eines Verbalß über Versiegelung oder Inventar, bekundet worden ist.

1197. Die Bücher derjenigen, welche eine Kunst oder eine Profession ausüben, beweisen, vorbehaltlich des Gegenbeweises, die darin enthaltenen Lieferungen, wie folgt:

Die Bücher der Handwerker bis auf	Fr. 35
Jene der Wirthe bis auf	„ 60
Jene der Bäcker bis auf	„ 75
Jene der Fleischer und der im Lande wohnitzenden Handelsleute bis auf	„ 120

1198. Damit diese Bücher beweisen, wird erfordert:

- 1) Daß jene, die davon Gebrauch machen, von anerkannter Redlichkeit seyen;
- 2) Daß sie ihre Anforderungen in einem Tagbuche in pünktlicher Ordnung, der Zeitangabe nach, ohne verdächtige Durchstriche und Zwischenräume, einschreiben;
- 3) Daß dieses Tagebuch von einem Beglaubigungs-Notar mit Datum, Visa und fortlaufenden Seitenzahlen versehen und auf jedem Blatt unterschrieben sey;
- 4) Daß es die Angabe des verkauften Gegenstandes, des Jahres und Tages der Lieferung, den

Namen und Vornamen, sowohl desjenigen, dem geborgt wurde, als auch der Person, die sie in Empfang genommen hat, enthalte;

- 5) Daß der Beweisführer, wenn er von dem Richter oder von der Gegenpartei dazu aufgefordert wird, die Richtigkeit seiner Anforderung beschwöre;

Diese Bücher beweisen während eines Jahres, von dem Tage an zu zählen, an dem die Lieferung gemacht wurde.

1199. Die Bücher der Handelsleute beweisen gegen sie; derjenige aber, welcher daraus Vortheil ziehen will, kann das, was sie Nachtheiliges gegen seine Forderung enthalten, davon nicht trennen.

1200. Die Hausbücher und Hauspapiere können demjenigen, welcher sie geschrieben hat, nicht zum Beweise gelten. Sie beweisen gegen ihn:

- 1) In allen Fällen, wo sie förmlich eine empfangene Zahlung anzeigen;
- 2) Wenn ausdrücklich darin gemeldet ist, daß die Aufzeichnung in der Absicht geschehen sey, den Abgang der Urkunde zu Gunsten desjenigen zu ersetzen, zu dessen Vortheil eine Verbindlichkeit darin angezeigt ist.

1201. Was der Gläubiger am Schlusse, am Rande, oder auf der Rückseite einer Verschreibung, die er immerfort in Besitz hatte, aufgezeichnet hat,

wenn auch solches von ihm nicht unterschrieben noch betagt wäre, ist ein Beweis für den Schuldner, in sofern es zu seiner Entladung dient.

Das Gleiche gilt auch von dem, was der Gläubiger auf die Rückseite, oder an den Rand, oder an den Schluß des Doppels einer Verschreibung, oder einer Quittung geschrieben hat, vorausgesetzt, daß dieses Doppel in den Händen des Schuldners sich befindet.

§ 3.

Von den Kerbhölzern.

1202. Kerbhölzer, die auf ihre Muster passen, haben Beweiskraft zwischen den Personen, welche gewohnt sind, die Lieferungen, die sie im Kleinen machen und empfangen, auf diese Art zu bekunden.

§ 4.

Von den Abschriften der Urkunden.

1203. Die Abschriften der öffentlichen Acte haben ebensoviel Beweiskraft als das Original, wenn sie aus der Urschrift entnommen und von dem Notar oder einem andern öffentlichen Beamten, der diese Acte verfaßt hat, oder von demjenigen, welcher mit der Ausfertigung der authentischen Abschriften derselben gesetzlich betraut ist, beglaubigt worden sind.

1204. Die Verweisung des Originals kann, wenn es vorhanden ist, immerfort begehrt werden.

1205. In Abgang der Urschrift haben die in Gemäßheit des Art. 1203 ausgefertigten authentischen Abschriften vollständige Beweiskraft, vorausgesetzt, daß sie unverändert und unverdächtig seyen.

1206. Die Abschriften welche, in Abgang des Originals, von öffentlichen Beamten, ohne Eigenschaft dazu, ausgefertigt werden, haben keine Beweiskraft, außer es sey von Urkundabschriften die Rede, welche vor mehr als dreißig Jahren verfaßt worden sind: in diesem Falle können sie zu einer Anzeige oder zu einem mehr oder minder starken Beweis-Anfang, je nach Umständen, dienen.

Die Abschriften, welche einfach in öffentliche Register überschrieben werden, können bloß zu einem schriftlichen Beweis-Anfang dienen.

1207. Außer den im vorgehenden Artikel bezeichneten Fällen haben die Abschriften der Abschriften keine Beweiskraft.

1208. Die authentische Abschrift eines eigenhändigen Testaments, die aus der, in Gemäßheit der 622. und 625. Artikel bei einem Notar hinterlegten Urschrift gezogen worden, beweist eben so viel als diese; unbeschadet jedoch des Rechtes, die Vergleichung derselben mit der Urschrift, falls sie vorhanden ist, zu begehren.

§ 5.

Von den Anerkennungs- und Bestätigungs-Acten.

1209. Der Anerkennungsact beweist gegen den Schuldner, seine Erben und Rechtshabenden, außer diese würden, mittelst Vorweisung des ursprünglichen Actes, erhärten, daß in dem Anerkennungs-Acte die ursprüngliche Schuld irthümlich oder vermehrt angegeben werde.

Sind mehrere Anerkennungs-Acte, so hat der jüngste den Vorzug.

1210. Der Bestätigungs- oder Genehmigungs-Act einer Verbindlichkeit, gegen welche das Gesetz eine Nichtigkeits- oder Auflösungs-Klage gestattet, ist nur in sofern gültig, als man darin den wesentlichen Inhalt dieser Verbindlichkeit, den Grund zur Auflösungs-Klage und die Absicht den Fehler zu verbessern, worauf diese Klage sich gründet, angezeigt findet.

Bei Abgang eines Bestätigungs- oder Genehmigungs-Actes genügt es, daß die Verbindlichkeit ganz oder zum großen Theile freiwillig nach der Zeit vollzogen wurde, wo dieselbe gültig bestätigt oder genehmigt werden konnte.

Die Bestätigung, Genehmigung oder freiwillige Vollziehung, bringt, wenn sie in der vom Gesetze bestimmten Form und Zeitfrist geschehen ist, die Verzichtleistung auf die Rechtsmittel und Einreden, welche

man der Verbindlichkeit entgegensetzen könnte, mit sich, unbeschadet jedoch drittmännlicher Rechte.

Die Bestimmungen gegenwärtigen Artikels sind auf die Auflösungs-Klage, welcher eine Verkürzung zum Grunde liegt, nicht anwendbar.

1211. Der Schenkgeber kann mittelst eines Bestätigungs-Actes die Mängel einer der Form nach ungültigen Schenkung zwischen Lebenden nie verbessern, sie muß in gesetzlicher Form aufs neue gemacht werden.

1212. Die Bestätigung, Genehmigung oder freiwillige Vollziehung einer Schenkung oder testamentarischen Verfügung von Seiten der Erben oder Rechtshabenden des Schenkgebers oder Testators, nach seinem Tode, bewirkt ihre Verzichtleistung auf das Recht, die Mängel in der Form, oder irgend eine andere Einrede entgegenzuhalten.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Zeugen-Beweise.

1213. Ueber einen Vertrag, dessen Gegenstand oder Werth dreihundert Franken übersteigt, selbst bei freiwilligen Hinterlagen, ist der Zeugen-Beweis nicht zugelassen; dieser Beweis wird ebenfalls nicht zugelassen gegen das, und über das hinaus, was im Acte enthalten ist, noch in Betreff dessen, was

vor, bei, oder seit dem Acte abgeredet worden zu seyn, behauptet wird, selbst wenn es eine geringere Summe oder einen geringern Werth als dreihundert Franken beträfe.

1214. Obige Regel gilt auch für den Fall, wo die Klage, nebst der Forderung des Kapitals, eine Forderung von Zinsen enthält, welche zum Kapital geschlagen, die Summe von dreihundert Franken übersteigen würde.

1215. Wer eine Forderung von mehr als dreihundert Franken gemacht hat, kann nicht mehr zum Zeugen-Beweis zugelassen werden, selbst wenn er seine ursprüngliche Forderung heruntersetzt.

1216. Der Zeugen-Beweis über die Forderung selbst einer geringern Summe als dreihundert Franken, kann nicht mehr angenommen werden, wenn erklärt wird, daß diese Summe den Rest oder einen Theil einer größern Summe ausmacht, die nicht schriftlich bewiesen ist.

1217. Macht in einer und derselben Instanz eine Parthei mehrere Forderungen über die keine schriftliche Urkunde vorhanden ist und die zusammen die Summe von dreihundert Franken übersteigen, so ist der Zeugen-Beweis darüber nicht zulässig, wenn auch die Parthei behaupten sollte, daß diese Forderungen von verschiedenen Ursachen herrühren und

daß sie zu verschiedenen Zeiten entstanden; es wäre denn, daß diese Rechte aus Erbfolge, Schenkung oder auf andere Weise von verschiedenen Personen ausgehen.

1218. Obige Regeln leiden eine Ausnahme, wenn ein schriftlicher Beweis-Anfang vorhanden ist.

So nennt man jede Schrift die von demjenigen herrührt, gegen welchen die Forderung gemacht wird, oder von dem, den er vertritt, und welche die angeführte Thatsache wahrscheinlich macht.

1219. Sie leiden ferner eine Ausnahme, jedesmal, wo es dem Gläubiger unmöglich war, sich einen schriftlichen Beweis der gegen ihn übernommenen Verbindlichkeit zu verschaffen.

Diese zweite Ausnahme ist anwendbar :

- 1) Auf die Verbindlichkeiten, welche aus den Halb-Contracten und aus den Vergehen oder Halb-Vergehen entspringen ;
- 2) Auf Sachen, die im Nothfalle, bei einer Feuersbrunst, bei einem Einsturze, bei Aufruhr oder Schiffbruch, und auf solche die von Reisenden in den Gasthöfen, wo sie eintreten, oder den Fuhrleuten die sie führen, in Verwahrung gegeben worden sind; alles nach der Eigenschaft der Personen und der Sachverhältnisse ;
- 3) Auf die Verbindlichkeiten, die in unvorgese-

nen Fällen geschlossen wurden, wo keine schriftliche Acte errichtet werden konnten;

- 4) Auf den Fall wo der Gläubiger durch einen zufälligen, unvorgesehenen und von einer Uebergewalt herrührenden Umstand, die Urkunde, welche ihm als schriftlicher Beweis diente, verloren hat.

Dritter Abschnitt.

Von den Vermuthungen.

1220. Die Vermuthungen sind Folgerungen, welche das Gesetz oder der Richter aus einer bekannten Thatsache auf eine unbekannte zieht.

§ 1.

Von den gesetzlichen Vermuthungen.

1221. Die gesetzliche Vermuthung ist diejenige, welche durch ein besonderes Gesetz mit gewissen Acten oder Thatsachen verknüpft ist.

Vergleichen sind :

- 1) Acte, welche das Gesetz für nichtig erklärt, weil ihre bloße Beschaffenheit vermuthen läßt, daß sie zur Umgehung des Gesetzes gemacht worden sind;
- 2) Die Fälle, in welchen das Gesetz erklärt, daß das Eigenthum oder die Losschlagung aus gewissen bestimmten Umständen hervorgeht;

3) Das Ansehen, welches das Gesetz einem rechtskräftigen Urtheil beilegt ;

4) Die Kraft, welche das Gesetz mit dem Geständnisse der Partei oder ihrem Eide verknüpft.

1222. Das Ansehen eines rechtskräftigen Urtheils bezieht sich nur auf das was den Gegenstand des Urtheils bildet. Zu dem Ende muß die eingeklagte Sache, die nämliche, die Ursache worauf die Klage beruht, dieselbe seyn; und die Klage muß zwischen denselben Parteien, in derselben Eigenschaft als Kläger und Beklagter statt haben.

1223. Die gesetzliche Vermuthung enthebt denjenigen, zu dessen Vortheil sie eintritt, alles Beweises.

1224. In Betreff der im Auslande gefällten Urtheile wird auf die gleiche Art verfahren wie man daselbst in Betreff der von den Gerichten im Wallis gefällten Urtheile zu verfahren pflegt.

§ 2.

Von den außergesetzlichen Vermuthungen.

1225. Die außergesetzlichen Vermuthungen sind der Klugheit des Richters überlassen, welcher nur gewichtige, bestimmte und übereinstimmende Vermuthungen und zwar bloß in den Fällen annehmen kann, in welchen das Gesetz den Zeugenbeweis zuläßt, es sey denn der Act würde wegen Betrug oder Arglist angegriffen.

Vierter Abschnitt.

Von dem Geständnisse der Partei.

1226. Das Geständniß, welches einer Partei entgegengehalten wird, ist entweder ein gerichtliches oder ein außergerichtliches.

1227. Die Anführung eines außergerichtlichen bloß mündlichen Geständnisses dient zu nichts, sobald es sich über eine Forderung handelt, worüber der Zeugenbeweis unzulässig wäre.

1228. Handelt es sich über eine Forderung worüber der Zeugenbeweis zulässig ist, so hat das außergerichtliche Geständniß Beweiskraft, wenn es in Gegenwart desjenigen, dem es nützt, geschah.

1229. Das gerichtliche Geständniß ist die Aussage, welche die Partei vor Gericht macht.

Es hat vollkommene Beweiskraft gegen den, der es abgelegt hat ;

Es kann nicht wider ihn getheilt werden ;

Es kann nicht widerrufen werden, außer wenn erwiesen wird, daß es die Folge eines factischen Irrthums ist ;

Es kann unter dem Vorwande eines Rechtsirrhums nicht widerrufen werden.

1230. Das gerichtliche Geständniß des Anwalts oder des Vollmachthabers hat dieselbe Beweiskraft, wie das Geständniß der Partei selbst.

Dieses Geständniß kann jedoch vor dem Urtheile widerrufen werden, mit Bezahlung der Kosten des Einhaltens.

1231. Das gerichtliche Geständniß hat nur dann die, ihm vom 1229. Artikel zugeordneten Wirkungen, wenn es von einer Person abgelegt wird, die sich verpflichten kann.

Das Geständniß der Vormünder und Verwalter schadet den ihnen untergestellten Personen nur dann, wenn es in den Fällen geschieht, wo das Gesetz ihnen die Verbindlichmachung dieser Personen gestattet, und wenn die gesetzlich bestimmten Förmlichkeiten befolgt wurden.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Eide.

1232. Der Eid, jeder Gattung, muß von der Person selbst, und nicht von einem Vollmachtshaber geleistet werden.

1233. Der gerichtliche Eid hat zwei Gattungen :

- 1) Derjenige, den eine Partei der andern zuschiebt, um davon die Entscheidung der Sache abhängen zu lassen : er heißt der *Entscheidungs Eid*.
- 2) Derjenige, welchen der Richter der einen

Partei entweder von Amtswegen oder auf Begehren der Partei zufolge einer ausdrücklichen Verfügung des Gesetzes auferlegt.

§ 1.

Von dem Entscheidungsseide.

1234. Der Entscheidungsseid kann über jede Gattung von Civilstreitigkeiten aufgetragen werden.

Er darf nicht eine vom Gesetze als Verbrechen aufgestellte Handlung zum Gegenstande haben.

1235. Er kann der Partei bloß über eine ihr persönliche Thatsache aufgetragen werden; er kann jedoch über das einfache Wissen einer Thatsache aufgetragen werden.

1236. Er kann in jedem Zustande des Handels aufgetragen werden, auch wenn kein Beweisanzug der Klage, oder der Einrede, worüber er verlangt wird, vorhanden ist.

1237. Derjenige, welcher den ihm aufgetragenen Eid zu leisten weigert, oder seinem Gegner nicht zurückschieben will, wie auch der Gegner, dem er zurückgeschoben worden ist, der ihn aber von sich ablehnt, muß in seiner Klage oder Einrede unterliegen.

1238. Die Partei, welcher der Eid aufgetragen worden, kann ihn nicht zurückschieben, wenn sie sich bereit erklärt hat, denselben zu leisten.

1239. Der Eid kann nicht zurückgeschoben werden, wenn die Thatfache, die den Gegenstand desselben ausmacht, nicht beiden Parteien gemeinschaftlich, sondern nur demjenigen persönlich ist, dem der Eid aufgetragen war.

1240. Ist der aufgetragene oder zurückgeschobene Eid geleistet worden, so wird der Gegner nicht zugelassen die Falschheit desselben zu beweisen.

Wäre jedoch die Falschheit kraft eines Criminalurtheils erwahrt, so bestehen die Civilwirkungen des Entscheidungsbeides dennoch, unbeschadet der durch denjenigen, zu dessen Nachtheil er geleistet wurde, auszuübenden Klage um Schadloshaltung, die ihm kraft des Criminalurtheils zustehen könnte.

1241. Die Partei, welche den Eid aufgetragen oder zurückgeschoben hat, kann ihren Antrag nicht mehr zurücknehmen, wenn der Gegner zur Leistung des Eides sich bereit erklärt hat.

1242. Derjenige, welcher den Eid aufgetragen oder zurückgeschoben hat, kann den Gegner, welcher sich zur Leistung desselben bereit erklärt hat, davon entheben; in diesem Falle wird der Eid als geleistet angesehen.

1243. Der geleistete Eid beweist nur für oder wider den, der ihn aufgetragen hat, und für seine Erben oder Rechtshabenden, oder wider sie.

Jedoch entladet der von einem der Solidar- Gläu-

biger, dem Schuldner aufgetragene Eid lehtern nur für den Antheil dieses Gläubigers;

Der dem Hauptschuldner aufgetragene Eid entladet ebenfalls die Bürgen;

Der einem der Solidar-Schuldnern aufgetragene Eid nügt den Mitschuldnern;

Und der dem Bürgen aufgetragene Eid nügt dem Hauptschuldner.

In den beiden lehtern Fällen nügt der Eid des Solidar-Mitschuldners oder des Bürgen den andern Mitschuldnern oder dem Hauptschuldner nur insofern er über die Schuld selbst, und nicht über den Umstand der Solidarität, oder der Verbürgung aufgetragen worden ist.

§ 2.

Von dem durch den Richter aufgelegten Eide.

1244. Der durch den Richter einer der Parteien auferlegte Eid hat zum Zweck, entweder einen Beweis zu vervollständigen und heißt *Ergänzungseid*, oder den Belang einer Verurtheilung zu bestimmen.

1245. Außer in dem im Art. 1198 vorgesehenen Falle kann der Ergänzungseid nur unter den zwei nachstehenden Bedingungen auferlegt werden; es muß:

- 1) Das Begehren oder die Einwendung nicht völlig bewiesen seyn;

- 2) Sich auf die Aussagen eines nicht verwerflichen Zeugen stützen.

1246. Der Ergänzungseid ist unzulässig:

- 1) Wenn das Begehren an Kapital und Zinsen hundertfünfzig Franken übersteigt, mit Vorbehalt der im Art. 1219 vorgesehenen Fälle;
- 2) Wenn nach einem Begehren das hundertfünfzig Franken übersteigt, die ursprüngliche Forderung beschränkt wird;
- 3) Wenn die geforderte Summe der Rest ist, oder ein Theil eines Werthes, der hundertfünfzig Franken übersteigt.

1247. Der vom Richter einer der Parteien auferlegte Eid kann von ihr der andern Partei nicht zurückgeschoben werden.

1248. Der Eid über den Werth der eingeklagten Sache kann von dem Richter dem Kläger nur alsdann auferlegt werden, wenn es unmöglich ist, diesen Werth auf eine andere Weise auszumitteln.

Selbst in diesem Falle muß der Richter die Summe bestimmen, bis zu deren Belauf dem Kläger auf seinen Eid hin geglaubt werden soll.

Siebenter Titel.

Von den Verbindlichkeiten, die ohne Vertrag entstehen.

1249. Gewisse Verbindlichkeiten entstehen ohne daß weder von Seiten dessen, der sich verbindet, noch von Seiten dessen, gegen den man sich verbindlich macht, irgend etwas verabredet wird.

Die einen entstehen bloß kraft des Gesetzes; die andern haben ihren Grund in einer persönlichen Handlung des Schuldners.

Die ersten sind die unwillkürlich eingegangenen Verbindlichkeiten, zum Beispiel die zwischen benachbarten Eigenthümern, oder die der Vormünder und anderer Verwalter, welche die ihnen aufgetragene Verrichtung nicht ausschlagen können.

Die Verbindlichkeiten, welche in einer persönlichen Handlung des Schuldners ihren Grund haben, entstehen entweder aus Halb-Contracten, oder aus Vergehen oder Halbvergehen.

Sie machen den Gegenstand gegenwärtigen Titels aus.

Erstes Kapitel.

Von den Halb-Contracten.

1250. Die Halb-Contracte sind die völlig freiwilligen Handlungen des Menschen, woraus irgend eine Verbindlichkeit gegen Drittmann, und bisweilen eine gegenseitige Verbindlichkeit zweier Parteien entspringt.

1251. Jemand, der freiwillig die Geschäftsführung eines andern übernimmt, sey's mit oder ohne Vorwissen des Geschäftsherrn, geht die stillschweigende Verbindlichkeit ein, die angefangene Verwaltung fortzusetzen und selbe nicht unzeitig und auf die Weise aufzugeben, daß dadurch dem Geschäftsherrn ein Nachtheil zustoßen könnte; er muß sogar Alles, was von demselben Geschäfte abhängt, auf sich nehmen.

Er ist allen den Verbindlichkeiten unterworfen, welche aus einem ausdrücklichen, vom Geschäftsherrn ihm gegebenen Auftrag, entstehen würden.

1252. Er ist verbunden, auch wenn der Geschäftsherr stirbt bevor das Geschäft beendigt ist, die Verwaltung fortzusetzen, bis der Erbe sie selbst übernehmen kann.

1253. Er ist gehalten, bei seiner Geschäftsführung alle Sorgfalt eines guten Familienvaters anzuwenden. Jedoch können die Umstände, welche ihn

bewogen die Verwaltung zu übernehmen, den Richter vermögen, die Schadloshaltung zu mindern, zu welcher der Geschäftsführer aus seinem Verschulden oder aus Nachlässigkeit Anlaß gegeben hat.

1254. Der Geschäftsherr, dessen Geschäft gut verwaltet worden ist, muß die Verbindlichkeiten erfüllen, die der Geschäftsführer in seinem Namen übernommen hat, ihn für alle persönlichen Verbindlichkeiten, die er eingegangen, entschädigen, und ihm alle nützlichen und nothwendigen Auslagen, die er gemacht hat, ersetzen.

1255. Wer aus Irrthum oder wissentlich etwas das ihm nicht geschuldet ist, empfängt, verpflichtet sich, es demjenigen, von dem er es unrechter Weise empfangen hat, wieder zu erstatten.

1256. Hätte Jemand aus Irrthum eine Schuld bezahlt, die er zu schulden glaubte, so kann er solche mit Recht von dem Gläubiger zurückfordern.

Dieses Recht hört jedoch auf, wenn der Gläubiger, in Folge der Zahlung, seine Urkunde bei gutem Glauben vernichtet oder auf das Unterpfand seiner Schuldforderung verzichtet hätte, vorbehaltlich des Regresses von Seiten des Zahlers gegen den wahren Schuldner.

1257. Hat der Empfänger in betrügerischer Absicht gehandelt, so ist er verpflichtet, das Kapital so-

wohl, als die Zinsen oder Früchte, vom Tage der Zahlung an, zurückzuerstatten.

1258. Derjenige, welcher eine Sache ungebührlicher Weise empfangen hat, ist gehalten sie in Natura zu erstatten, wenn sie vorhanden ist; falls sie aber zu Grunde gegangen oder verschlimmert wäre, so muß er, wenn er selbe in betrügerischer Absicht zu Handen genommen hat, den Werth derselben erstatten, obschon der Verlust oder die Verschlimmerung zufälliger Weise sich zugetragen hätte; hat er sie mit gutem Glauben empfangen, so hat er den Werth derselben nur bis zum Belange dessen, was er benutzt hat, zu erstatten.

1259. Hat der, welcher die Sache mit gutem Glauben empfangen hat, dieselbe verkauft, so muß er bloß den erlösten Preis erstatten, oder die Klage abtreten, welche er hat, um die Zahlung derselben zu erhalten.

1260. Derjenige, welchem die Sache erstattet wird, muß, sogar dem unredlichen Besitzer, alle nothwendige und nützliche Auslagen, welche für die Erhaltung der Sache gemacht worden sind, vergüten.

Zweites Kapitel.

Von den Vergehen und Halb-Vergehen.

1261. Jede menschliche Handlung, welche einem Andern Schaden zufügt, verbindet denjenigen, aus dessen Verschulden der Schade entstanden ist, ihn zu ersetzen.

1262. Jeder ist für den Schaden verantwortlich, den er nicht bloß durch sein Thun, sondern auch durch seine Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit veranlaßt hat.

1263. Man ist nicht bloß für den Schaden verantwortlich, den man durch sein eigenes Thun verursacht, sondern auch für denjenigen, der durch das Thun der Personen geschieht, für die man haften muß, oder durch Sachen die man unter seiner Obhut hat.

Der Vater, und nach dem Absterben des Mannes, die Mutter, sind für den Schaden, der von ihren minderjährigen, bei ihnen wohnenden Kindern verursacht wird, verantwortlich.

Die Hausherren und die, welche Jemanden ein Geschäft übertragen haben, sind verantwortlich für den Schaden, den ihr Hausgesinde und die von ihnen Beauftragten in den Geschäften verursachten, die ihnen anvertraut waren.

Die hierobige Verantwortlichkeit hat nicht statt, wenn Vater und Mutter, die Hausherren und Auf-

traggeber beweisen, daß sie die That, welche diese Verantwortlichkeit veranlaßt, nicht haben verhindern können.

1264. Der Eigenthümer eines Thieres, oder der welcher sich dessen bedient, haftet, während es in seinem Dienste ist, für den durch dasselbe verursachten Schaden, das Thier mag sich unter seiner Aufsicht befunden haben, verirrt, oder entlaufen gewesen seyn.

1265. Der Eigenthümer eines Gebäudes ist für den durch den Einsturz desselben verursachten Schaden verantwortlich, wenn solcher aus Mangel an Unterhalt oder durch einen Baufehler geschehen ist.

1266. Derjenige, welcher aus gutem Grunde zu befürchten hat, daß sein Grundstück, oder jede andere Sache, in deren Besitz er ist, durch ein Gebäude, einen Baum, oder durch einen sonstigen Gegenstand von gleicher Gattung, die ein Anderer in der Nachbarschaft besitzt, einem bedeutenden und baldigen Schaden ausgesetzt sey, kann, indem er die Sache dem Richter vortragt, je nach der Verschiedenheit der Umstände, begehren, daß dieser entweder die zur Verhütung des angezeigten Schadens zweckmäßige Maßnahmen vorschreibe, oder daß der Nachbar verurtheilt werde, für die Bezahlung des Schadens, den der gegenwärtige Zustand verursachen könnte, Bürgschaft zu leisten.

1267. Wer zu befürchten hat, es könnte das neue Werk, welches Jemand auf seinem eignen oder auf fremden Boden unternommen hat, seinem Grundstücke Schaden bringen, kann, innerhalb eines Jahres, von dem Zeitpunkte an zu rechnen, wo das Werk angefangen wurde, und bevor es vollendet ist, dem Richter die Anzeige machen, auf daß er einstweilen verordne, bis über die gegenseitigen Rechte der Parteien endgültig abgeurtheilt seyn wird.

1268. Der Richter kann, nach Kenntnißnahme der Sache, je nach den Umständen, entweder das neue Werk einstellen, oder dasselbe fortsetzen lassen; verordnet er die Einstellung der Arbeiten, so wird er, wenn sich der Fall dazu ergibt, die gehörigen Sicherheiten für die Bezahlung des Schadens fordern, welchen die Verordnung, daß die Arbeit einzustellen sey, dem Unternehmer verursachen kann; gestattet er hingegen die Fortsetzung, so wird er die gleichen Sicherheitsleistungen fordern, für den Fall des Abbrechens oder der Einschränkung des neuen Werkes, und für den Schaden den derjenige, welcher die Anzeige darüber gemacht hat, erleiden könnte.

Achter Titel.

Von dem Ehevertrage und von den gegenseitigen Rechten der Ehegatten hinsichtlich ihres Vermögens.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

1269. Die Ehegatten können in ihrem Ehevertrage jede Uebereinkunft nach ihrem Gutbefinden abschließen, wofern diese nur den guten Sitten nicht zuwiderläuft, und nebstdem unter nachstehenden Beschränkungen.

1270. Die Ehegatten können weder die aus der Gewalt des Mannes über die Person der Frau und der Kinder folgenden oder dem Manne als Familienhaupt zustehenden, noch die dem überlebenden Ehegatten kraft der Titeln: Von der väterlichen Gewalt; Von der Minderjährigkeit, der Vormundschaft und der Emancipation, zukommenden Rechte, noch die verbietenden Bestimmungen gegenwärtigen Gesetzbuches aufheben.

1271. Sie können keine Verabredung treffen oder Verzichtleistung thun, die zur Absicht hätte, die ge-

seghliche Ordnung der Erbfolge abzuändern, sey's in Rücksicht auf sich selbst bei der Erbschaft ihrer Kinder oder Nachkommen, oder in Rücksicht ihrer Kinder unter einander, unbeschadet jedoch der Schenkungen zwischen Lebenden oder der testamentarischen Verfügungen, welche in den vom gegenwärtigen Gesetzbuche bestimmten Formen und Fällen stattfinden können.

1272. Die Verabredung im allgemeinen, daß irgend ein Gesetz, ein Gewohnheitsrecht oder Lokal-Statut, welche vormals im Wallis befolgt wurden, ihrem Ehevertrage zur Regel dienen solle, ist den Ehegatten untersagt.

1273. Alle Eheverträge sollen vor der Trauung mittelst eines Actes vor einem Notar oder mittelst eines Privat-Actes mit sicherem Datum abgefaßt werden.

1274. Nach der Trauung darf an denselben nichts mehr abgeändert werden.

1275. Die an dem Ehevertrage vor der Trauung gemachten Aenderungen müssen durch einen in derselben Form wie der Ehevertrag abgeschlossenen Act befundet werden.

Uebrigens ist keine Aenderung, kein Gegenbrief gültig ohne die gleichzeitige Gegenwart und Einwilligung aller Personen, die sich an dem Ehevertrage betheiligten.

1276. Der Minderjährige welcher ehefähig ist, ist unter Ermächtigung seines Vormundes auch zu jedem Uebereinkommen befähigt, daß ein Gegenstand des Ehevertrags sein kann; und die Schenkungen, die er darin gemacht hat, sind gültig, wenn er gemäß dem Art. 940 bevollmächtigt war.

1277. Für die zwischen zwei Personen, deren eine im Wallis, die andere im Auslande wohnsitz, geschlossene Ehe, soll, wenn anders kein Vertrag dawider besteht, hinsichtlich der Errungenschaften das Gesetz desjenigen Ortes gelten, wo der Mann zur Zeit der Heirath wohnsitz.

Z w e i t e s K a p i t e l .

**Von den Rechten und den Verpflichtungen des Mannes
in Hinsicht des Vermögens seiner Frau.**

1278. Während der Ehe steht dem Manne allein die Verwaltung des Vermögens seiner Frau zu.

Die Früchte und Interessen gehören ihm an.

Es kann jedoch im Ehevertrage ausbedungen werden, daß die Frau jährlich, bloß auf ihre Quittungen hin, einen Theil ihrer Einkünfte für ihre kleinen Auslagen und persönlichen Bedürfnisse beziehen werde.

1279. Hat die Frau den Genuß des zu ihren Gunsten ausbedungenen Einkünftentheiles ihrem

Manne überlassen, so ist dieser, sey's auf allfällige Anforderung der Frau, sey's nach Auflösung der Ehe, oder im Gütertrennungsfalle, nur zur Erstattung der wirklich vorhandenen Früchte verbunden, und hat für diejenigen, welche bis dahin verzehrt worden sind, keine Rechenschaft zu geben.

1280. Dem Manne allein gebührt das Recht, die Schuldner der seiner Frau zugehörigen Schuldforderungen zu betreiben und die Kapitalien, welche zurückbezahlt werden, in Empfang zu nehmen.

1281. Er allein kann das der Frau zustehende Mobiliar- und Besizstandsflagerrecht ausüben.

Er kann weder die seiner Frau zugehörigen Liegenschaften veräußern, noch die bezüglichlichen Klagen ausüben ohne ihre Einwilligung.

Er ist für jeden Verfall der Güter seiner Frau, welchen er durch Unterlassung der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorkehrungen veranlaßt hat, verantwortlich.

1282. Die Verpachtungen, welche der Mann allein über die Güter seiner Frau auf mehr als zwei Jahre geschlossen hat, verbinden, im Falle der Eheauflösung oder der Gütertrennung, die Frau oder ihre Erben nur für diejenige Zeit, welche von dem ersten Zeitraume von zwei Jahren, wenn die Parteien sich noch darin befinden, übrig ist, oder von dem zweiten Zeitraume und so weiter; also daß der

Pächter nur das Recht hat den zweijährigen Zeitraum, in dem er sich befindet, zu vollenden.

1283. Die Einkünfte des Vermögens der Frau gehören dem Manne zu, mit der Verpflichtung :

- 1) Seine Frau ihrem Vermögen und Stande gemäß mit Alimenten zu versehen; für den Unterhalt und die Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder zu sorgen und jede andere Eheast zu ertragen ;
- 2) Die während der Ehe fällig gewordenen Rückstände und Zinsen der Passivrenten oder Schulden seiner Frau zu bezahlen.

1284. Der Mann ist nebstdem hinsichtlich des Vermögens seiner Frau allen Verbindlichkeiten des Nutznießers unterworfen, doch ist er der Bürgschaftsleistung enthoben.

Er ist für alle aus seiner Nachlässigkeit entstandenen Verjährungen und Verschlimmerungen verantwortlich.

1285. Hat der Mann über dem Grundboden seiner Frau ein Gebäude aufgeführt oder zur Ausbesserung der Güter derselben Auslagen gemacht, so gebührt ihm das Recht bei Auflösung der Ehe oder im Falle der Gütertrennung eine Vergütung zu verlangen, in Gemäßheit der Bestimmung des letzten Gliedes der Art. 389 und 395.

Drittes Kapitel.

Von den während der Ehe gemachten Errungenschaften und Schulden.

1286. Bei Abgang eines Vertrags ist die eheliche Gesellschaft hinsichtlich der Errungenschaften den gesetzlichen Bestimmungen über die Gemeinschaft unterworfen, in Gemäßheit der hierunter erläuterten Regeln.

1287. Es ist den Ehegatten verboten eine Universalgütergemeinschaft zu errichten, außer für die Errungenschaften.

1288. Es ist den Ehegatten erlaubt die Errungenschaftsgemeinschaft durch spezielle Verträge zu regeln, wenn diese nur den Artikeln 1269, 1270, 1271 und 1272 nicht zuwiderlaufen; in jedem Falle müssen jedoch die im nachstehenden Artikel enthaltenen Beschränkungen und anderweitige Bestimmungen beobachtet werden.

1289. Die gesetzliche sowohl als vertragsgemäße Errungenschaftsgemeinschaft beginnt mit dem Tage der Heirath; die Verabredung, es solle dieselbe zu einem andern Zeitpunkte anfangen, ist unzulässig.

1290. Die Errungenschaftsgemeinschaft umfaßt alles Vermögen, welches von den Gatten während der Ehe gemeinschaftlich oder von jedem in's besondere erworben wurde, und sowohl von ihrem Ge-

werbsleiße als von den Ersparnissen herrührt, die sie an den Früchten und Einkünften ihrer beidseitigen Güter gemacht haben.

1291. Es kann weder das bestehende Activ- noch das Passivvermögen der Ehegatten in die Gemeinschaft fallen, noch die Güter welche denselben während ihrer Dauer durch Erbfolge, Legat oder Schenkung zufallen können.

Die Gemeinschaft wird jedoch den Genuß sowohl ihrer fahrenden als liegenden, gegenwärtigen und zukünftigen Güter umfassen.

1292. Jedes fahrende oder liegende Gut wird als Errungenschaft angesehen, wenn nicht bewiesen wird, daß einer der Gatten schon vor der Heirath das Eigenthum oder den rechtmäßigen Besitz desselben hatte, oder daß es ihm seither durch Erbfolge, Legat oder Schenkung zugefallen ist.

Dieser Beweis kann sowohl mittelst Urkunden als mittelst Zeugen geführt werden.

1293. Im Falle von Errungenschaftsgemeinschaft zählen die Auslagen für die an den Gütern des Einen der Gatten gemachten Ausbesserungen oder für die Bauten auf gedachten Gütern zu dem Gemeinschaftsvermögen, und der Gatte dem sie nutzen, ist deren Ersatz schuldig, in Gemäßheit des im letzten Absätze der Artikeln 389 und 395 aufgestellten Grundsatzes.

Das gleiche gilt jedesmal wenn einer der Ehegatten aus den Gütern der Gemeinschaft einen persönlichen Nutzen gezogen hat.

1294. Der Mann verwaltet allein das Vermögen der Gemeinschaft und übt vor Gericht die selbige betreffenden Klagen aus : er kann jedoch die Güter, deren Eigenthum in die Gemeinschaft fällt, nur unter einem lästigen Titel veräußern oder verpfänden.

1295. Die Errungenschaften werden auf dasjenige berechnet was nach Voraussnahme abseiten der Ehegatten des von ihnen Zugebrachten und nach Abzug der, während der Ehe unter irgend welchen Titel gemachten Schulden überbleibt.

Reicht das Vermögen der Gemeinschaft zu dieser Schuldentilgung nicht hin, so hat der Mann allein dafür zu haften.

Jede Verabredung dawider ist nichtig.

1296. Die von der Frau mit Einwilligung des Mannes gemachten Schulden sind anzusehen im Interesse dieses Letztern oder in jenem der Gemeinschaft gemacht worden zu seyn, außer es würde bewiesen, daß sie im persönlichen Interesse der Frau contrahirt wurden.

Es können jedoch die Gläubiger die Bezahlung derselben selbst aus dem Vermögen der Frau betreiben, unbeschadet des Erfsages, wenn der Fall dazu eintritt.

1297. Die von der Frau oder in deren Namen während der Ehe gemachten Erwerbungen werden nur insofern der Frau zugeeignet, als es erwahrt ist, daß sie durch Wiederverwendung ihr angehöriger Gelder statt gefunden haben.

1298. Im Abgang einer speziellen Verabredung werden die während der Ehe gemachten Errungenschaften zwischen den Ehegatten oder ihren Vertretern zur Hälfte getheilt.

1299. Derjenige Gatte, welcher einige Gegenstände der Gemeinschaft entzogen oder verhehlt hat, wird seines Antheils an diesen Gegenständen verlustig.

1300. Wenn bei Theilung der Gemeinschaft eine Passivschuld von dem Aktivvermögen nicht abgezogen worden ist, so steht dem Manne oder dessen Erben der Regreß gegen die Frau oder deren Rechts habende zu, im Verhältniß des Antheils den sie im Aktivvermögen erhalten hat.

1301. Wenn die Ehegatten erklären, sich ohne Gemeinschaft zu heirathen, so gehört die sämtliche Errungenschaft dem Manne zu.

1302. Die Errungenschaftsgemeinschaft kann nur durch den Tod eines der Gatten; durch den Verlust der bürgerlichen Rechte oder durch die Entziehung des Genusses eben dieser Rechte, in Gemäßheit der Bestimmungen des Titels: Von dem Genusse und

von dem Verluste der bürgerlichen Rechte; durch die Abwesenheitserklärung; durch die Trennung von Tisch und Bett und durch die gerichtlich ausgesprochene Gütertrennung aufgelöst werden.

Viertes Kapitel.

Von der Gütertrennung.

1303. Wenn die Zerrüttung der Geschäften des Mannes befürchten läßt, es könnte desselben Vermögen nicht mehr hinreichen, um die Ansprüche der Frau und ihr Eingebrahtes zu decken, oder wenn durch das zügellose Betragen des Mannes die Frau der Gefahr ausgesetzt ist, den sämmtlichen Verdienst ihrer Arbeit zu verlieren, so kann diese die Gütertrennung begehren.

1304. Die Gütertrennung soll von den Gerichten ausgesprochen werden.

Jede freiwillige Trennung ist nichtig.

1305. Die persönlichen Gläubiger der Frau können die Gütertrennung nicht nachsuchen.

1306. Um auf Gütertrennung klagen zu können, muß die Frau von dem Waisenamte ermächtigt werden.

1307. Jede Gütertrennung soll auf dieselbe Weise wie die Interdiction veröffentlicht werden.

Selbe hat Drittmann gegenüber ihre Wirkung

in Gemäßheit dessen was im Artikel 332 über die Interdiction verfügt ist.

In Betreff ihrer Wirkungen dem Manne gegenüber wird sie bis auf den Tag der Klage zurückgezählt.

1308. Die hinsichtlich der Güter getrennte Frau übernimmt wieder deren Verwaltung mit derselben Ermächtigung, welcher sie bedürfen würde falls sie unverheirathet wäre.

Sie muß jedoch nach Maaßgabe ihres und ihres Mannes Vermögens sowohl zu den Kosten der Haushaltung als der Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder beitragen.

Sie muß, wenn dem Manne kein Vermögen mehr übrig bleibt, diese Kosten allein übernehmen.

1309. Die Gläubiger des Mannes können sich gegen eine bösslicherweise zur Gefährdung ihrer Rechte ausgesprochene und selbst schon vollzogene Gütertrennung vor Gericht versehen; sie können sogar in dem Rechtsstreite über das Trennungsgesuch dazwischen treten, um solches anzustreiten.

1310. Die Gütertrennung kann mit Einwilligung beider Parteien, welche durch einen vom Notar abgefaßten Act bekundet werden soll, wieder aufhören.

Zu diesem Behufe muß die Frau durch das Waisenamt ermächtigt werden.

In diesem Falle erhält die Errungenschaftsgemeinschaft, wenn die Ehegatten unter deren Bestand sich verheirathet haben, vom Tage der Heirath an wieder ihre Wirkung; die Dinge werden wieder in den nämlichen Zustand versetzt, gleich als hätte keine Trennung statt gefunden, unbeschadet jedoch der Vollziehung der Acte, welche in dieser Zwischenzeit von der Frau etwa abgeschlossen wurden.

Jede Uebereinkunft, zufolge welcher die Ehegatten ihre Gemeinschaft unter andern Bedingungen als denjenigen, die ihr vorher zur Regel dienten, wieder herstellen würden, ist nichtig.

1311. Ist die Gütertrennung eine Folge jener von Tisch und Bett, so hört ihre Wirkung mittelst der gemäß dem Artikel 107 geschehenen Vereinigung der Ehegatten auf.

Fünftes Kapitel.

Von der Wiedererstattung des Frauenvermögens und von dem Ersatz.

1312. Bei der Auflösung der Ehe oder im Falle der Gütertrennung, nimmt die Frau ihr noch in Natura sich vorfindliches Vermögen wieder zurück, und in Betreff des nicht mehr vorfindlichen begehrt sie dessen Ersatz, welchen der Mann oder seine Erben ihr zu leisten gehalten sind.

1313. Wenn die der Frau zugehörigen Fahrnisse durch den Gebrauch und ohne Verschulden des Mannes verringert worden sind, so ist er nur gehalten, die noch vorfindlichen und im Zustande wie sie angetroffen werden, zurückzuerstatten.

1314. Die Schulforderungen der Frau, falls deren sich vorfinden, sollen in Natura zurückgenommen werden; widrigenfalls soll deren Werth im Baaren oder sonst wie repräsentirt werden.

Wenn einige dieser Schulforderungen Gefahr laufen oder wegen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner verloren gegangen sind, so ist der Mann dafür nicht verantwortlich, wenn dieses ohne irgend eine Schuld oder Nachlässigkeit von seiner Seite geschehen ist.

1315. Der Mann bleibt Bürge für den Preis der Güter seiner Frau, welche veräußert wurden und schuldet dafür den Ersaz.

Der Ersaz ist jedoch nur für diejenige Summe geschuldet, um welche die Veräußerung statt fand, auch dann, wenn diese Summe geringer wäre als der eigentliche Werth der veräußerten Liegenschaft.

1316. Die Liegenschaft, welche von dem Manne im Namen seiner Frau, oder mit der Erklärung, daß die Erwerbung durch Verwendung ihr angehörigen Geldes geschehen sey, erworben wurde, wird als eigenes Gut der Frau angesehen, wenn diese Wieder-

verwendung von ihr mit Ermächtigung des Waisenamtes genehmiget worden ist.

Die Genehmigung der Wiederverwendung von Seite der Frau kann so lange geschehen, als die unter diesem Titel erworbene Liegenschaft im Besitze des Mannes ist und er seine Erklärung nicht zurückgenommen hat.

1317. Die Liegenschaften, welche mittelst Tausch gegen solche, die der Frau angehören, erworben wurden, treten von Rechtswegen an die Stelle dieser letztern und nehmen auch ohne irgend welche Erklärung die Eigenschaft als eigne Güter der Frau an.

1318. Der Ersatz der von dem Manne seiner Frau geschuldeten Werthe geschieht mittelst einer Vorausnahme, welche dieser, erstlich: auf das baare Geld; dann auf die während der Heirath erworbenen Güter, nach Auswahl der Frau oder ihrer Erben, und, im Unzulänglichkeitsfalle, auf die persönlichen Güter des Mannes, zukömmt.

1319. Die natürlichen und industriellen Früchte, welche im Augenblicke der Gütertrennung oder der Auflösung der Ehe an den Aesten oder an den Wurzeln hängen, gehören dem Eigenthümergatte zu, in Gemäßheit der im Art. 421 für die Nugnießung aufgestellten Regel.

Zu Betreff der Civilfrüchte gelten die Verfügungen der Art. 422 und 423.

Neunter Titel.

Von dem Verkaufscontracte.

Erstes Kapitel.

Von der Beschaffenheit und der Form des Verkaufscontractes.

1320. Der Verkauf ist eine Uebereinkunft, kraft welcher der Eine sich verpflichtet, eine Sache zu liefern, und der Andere, sie zu bezahlen.

1321. Er ist zwischen den Parteien vollständig, und in Ansicht des Verkäufers geht das Eigenthum von Rechtswegen auf den Käufer über, sobald man wegen der Sache und wegen des Preises einverstanden ist, obschon selbe noch nicht ausgeliefert und der Preis noch nicht entrichtet worden ist.

1322. Der Verkauf kann unbedingt oder unter einer sey's aufschiebenden, sey's aufhebenden Bedingung geschlossen werden.

Er kann auch zwei oder mehrere auswählbare Sachen zum Gegenstande haben.

In allen Fällen richtet er sich in seinen Wirkungen nach den allgemeinen Grundsätzen der Verträge.

1323. Sind Waaren nicht in Bausch und Bogen, sondern nach Gewicht, Zahl oder Maaß ver-

kaufte worden, so ist der Verkauf nicht sofort vollständig, weil die verkauften Sachen so lange auf der Gefahr des Verkäufers verbleiben, bis sie gewogen, gezählt oder gemessen worden sind; allein der Käufer kann entweder ihre Auslieferung, oder, nach bewandten Umständen, Schadloshaltung fordern, falls die Verbindlichkeit nicht erfüllt wird.

1324. Sind dagegen die Waaren in Bausch und Bogen verkauft worden, so ist der Verkauf sofort vollständig.

Es wird angenommen, der Verkauf sey in Bausch und Bogen geschehen, wenn er um einen einzigen und gewissen Preis statt findet, ohne auf das Gewicht, die Zahl oder das Maaß Rücksicht zu nehmen, oder selbst dann, wenn darauf nur zur Bestimmung des Belaufes des Preises Rücksicht genommen wird.

1325. In Betreff des Weines, des Oels und der andern Sachen, die man vor dem Kaufe zu kosten pflegt, ist der Verkauf so lange unvollständig, bis der Käufer sie gekostet und für annehmbar befunden hat.

1326. Ein auf Probe abgeschlossener Verkauf wird immerdar als unter einer aufschiebenden Bedingung geschehen, vermuthet.

1327. Das Versprechen zu verkaufen oder zu kaufen hat nur dann Wirkung, wenn es ein wechselsei-

tiges, und wenn Einwilligung sowohl über die Sache als über den Preis eingetreten ist, mit Ausnahme dessen, was im Art. 1329 gesagt wird.

Jedoch sind die in einer Steigerung gethanen Angebote verbindlich, wenn sie vor Aufhebung der Steigerungssitzung von dem Verkäufer angenommen wurden.

1328. Das gültig gethane Versprechen zu verkaufen oder zu kaufen, bewirkt nur eine persönliche Verpflichtung, die zur Folge hat, daß die Partei, welche die Erfüllung ihres Versprechens verweigert, zur Schadloshaltung verurtheilt wird.

1329. Vereinigt das Versprechen zu verkaufen oder zu kaufen nicht die im Art. 1327 aufgezählten Bedingungen, geschah es aber mit Aufgeld, so können die Parteien nur dann davon abgehen;

Wenn diejenige, welche das Aufgeld gegeben, selbes zurückläßt;

Und wenn die, welche es empfangen, selbes doppelt zurückgibt.

1330. Jedes ohne Festsetzung einer Frist gethane Versprechen zu verkaufen oder zu kaufen, verjährt sich nach einem Jahre.

1331. Bei den Verkäufen, oder bei den mit Aufgeld gethanen Verkaufsversprechen werden die aus der Nichterfüllung des Vertrages sich ergebenden

Schadloshaltungen immerdar angesehen, wenigstens dem Werthe des Aufgeldes gleichzukommen.

1332. Das an Baarschaft vom Käufer gegebene Aufgeld soll auf den Verkaufspreis angerechnet werden.

Besteht das Aufgeld in einer andern Sache als in Baarschaft, so kann derjenige, welcher es empfing, solches als Pfand behalten, bis er gänzlich zufrieden gestellt ist.

1333. Der Verkaufspreis muß von den Parteien bestimmt und bezeichnet werden.

1334. Die Festsetzung desselben kann jedoch dem Gutachten eines, von den Parteien im Kaufacte bestellten, Drittmannes überlassen werden. Es kann auch verabredet werden, daß dieser Drittmann mit beidseitiger Einwilligung nach dem Verkaufe gewählt werde, wenn nur dabei ausdrücklich bedungen wird, daß im Falle über die Wahl keine Einigung eintreten sollte, dieser Drittmann vom Richter bezeichnet werde. Will oder kann der im Acte ernannte Drittmann die Abschätzung nicht vornehmen, so ist der Verkauf nichtig.

1335. Man kann überdieß zur Festsetzung des Preises auf Kauf und Lauf des Preiscourants eines Ortes oder eines gewissen und bestimmten Marktes sich berufen.

1336. Die Kosten der Acte und die Nebenkosten

des Verkaufs fallen dem Käufer zur Last, außer wenn anders verabredet worden ist.

Zweites Kapitel.

Wer verkaufen oder kaufen kann.

1337. Jeder, dem solches von dem Gesetze nicht verboten ist, kann verkaufen oder kaufen.

1338. Der Verkaufscontract kann unter Ehegatten nicht stattfinden.

Es darf jedoch der eine Ehegatte dem anderen Güter abtreten, zur Zahlung einer dem Käufer-Ehegatten gebührenden Schuld, oder für die Anwendung einer Summe, als deren Eigenthümer letzterer anerkannt ist;

In diesem Falle ohne Nachtheil der Rechte, welche den Erben der contrahirenden Parteien zustehen, in sofern ein indirecter Vortheil für den Ehegatten statt findet.

1339. Es können, bei Strafe der Nichtigkeit, weder von sich aus, noch mittelst Drittmannes, steigerungsweise an sich bringen:

Die Vormünder und Curatoren, die Güter derer, über welche sie die Vormundschaft oder Curatel führen;

Die Bevollmächtigten, die Güter, deren Verkauf ihnen aufgetragen ist;

Die Richter, die Güter, die unter ihrer Amtsgewalt verkauft werden; desgleichen die mit dem Betrieb der Steigerung beauftragten Gerichtsschreiber.

1340. Die Advokaten und Prokuratoren können sich keine Prozesse, streitige Rechte und Klagen abtreten lassen, bei Strafe der Nichtigkeit, des Ersazes der Kosten und der Schadloshaltung.

Sie können überdies, bei gleicher Strafe, mit ihren Klienten keinen Vertrag, weder Verkaufs- Schenkungs- Tausch- noch andere dergleichen Contracte eingehen über Sachen, welche den Gegenstand der Prozesse ausmachen, in denen sie ihren Beistand leisten.

Drittes Kapitel.

Von den Sachen die verkauft werden können.

1341. Alles im Verkehre Liegende kann verkauft werden, wenn anders die Veräußerung kraft besonderer Gesetze nicht verboten ist.

1342. Der Verkauf der Aerndten ist vor dem Zeitpunkte, wo das Gesetz deren Pfändung gestattet, zum Nachtheile der Gläubiger des Verkäufers nicht zulässig.

1343. Der Verkauf einer fremden Sache ist nichtig; er kann zur Schadloshaltung Anlaß geben, wenn der Käufer nicht wußte, daß die Sache eine fremde war.

1344. Die Erbschaft einer noch lebenden Person kann, selbst mit ihrer Einwilligung, nicht verkauft werden.

1345. Der Verkauf ist nichtig, wenn im Augenblicke des Verkaufs die verkaufte Sache völlig zu Grunde gegangen war.

Ist nur ein Theil der Sache zu Grunde gegangen, und ist selber in Bezug auf das Ganze von solcher Wichtigkeit, daß es der Käufer ohne den zu Grunde gegangenen Theil nicht gekauft hätte, so steht es diesem frei, entweder von dem Kaufe abzustehen, oder den Theil der Sache, welcher erhalten worden ist, zu fordern, und dessen Preis, durch Schätzung, bestimmen zu lassen.

Viertes Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten des Verkäufers.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Verfügungen.

1346. Der Verkäufer ist zur deutlichen Erklärung dessen verbunden, zu was er sich verpflichtet.

Jeder dunkle oder zweideutige Vertrag wird zum Nachtheil des Verkäufers ausgelegt.

1347. Er hat zwei Hauptverbindlichkeiten, nämlich: die Sache, die er verkauft, auszuliefern, und Gewähr dafür zu leisten.

Zweiter Abschnitt.

Von der Auslieferung oder der Uebergabe der Sache.

1348. Die Auslieferung ist die Uebertragung der verkauften Sache in die Gewalt und den Besitz des Käufers.

1349. In Betreff der Liegenschaften wird angenommen, daß die Auslieferung, in sofern es sich von Gebäuden handelt, mittelst der Einhändigung der Schlüssel, erfüllt wurde, und mittelst der alleinigen Thatsache des Vertrags, wenn es sich um jede sonstige Liegenschaft handelt.

1350. Die Auslieferung von Fahrnissen findet statt:

Entweder mittelst deren wirklicher Uebergabe;

Oder durch Einhändigung der Schlüssel zu den Gebäuden, worin sie sich befinden;

Oder auch nur mit bloßer Einwilligung der Parteien, wenn die Uebergabe nicht im Augenblicke des Verkaufes geschehen kann, oder wenn der Käufer die Sachen schon unter einem andern Titel in seiner Gewalt hatte.

1351. Die Uebergabe unkörperlicher Rechte geschieht entweder mittelst der Einhändigung der Urkunden oder mittelst des Gebrauches welchen der Käufer, mit Bewilligung des Verkäufers, davon macht.

1352. Die Kosten der Auslieferung hat der Verkäufer, und die des Hinwegbringens der Käufer zu tragen, außer es wäre anderst abgeredt worden.

1353. Die Auslieferung muß, wenn es nicht anders verabredet wurde, an demjenigen Orte geschehen, wo zur Zeit des Verkaufes der Gegenstand desselben sich vorfand.

1354. Unterläßt der Verkäufer die Auslieferung innerhalb der zwischen den Parteien verabredeten Frist, so steht es dem Käufer frei, entweder die Auflösung des Verkaufs, oder seine Einsetzung in den Besitz zu begehren, wenn der Verzug von dem Verkäufer allein herrührt.

1355. Jedenfalls ist der Verkäufer in den Schadenersatz zu verurtheilen, wenn dadurch, daß die Auslieferung der Sache nicht in der verabredeten Frist statt fand, dem Käufer ein Nachtheil erwachsen ist.

1356. Der Verkäufer ist zur Auslieferung der Sache nicht verbunden, wenn der Käufer den Preis derselben nicht bezahlt und ihm der Verkäufer keine Zahlungsfrist bewilligt hat.

1357 Der Verkäufer ist eben so wenig zur Auslieferung verbunden, sollte er auch eine Zahlungsfrist bewilligt haben, wenn der Käufer seit dem Verkaufe in Concurs verfallen ist, oder wenn der Verkäufer in augenscheinlicher Gefahr steht, den Verkaufspreis zu verlieren, außer es würde ihm der

Käufer für die pünktliche Bezahlung einen Bürgen stellen.

1358. Die Sache muß in dem Zustande, worin sie sich zur Zeit des Verkaufs befindet, ausgeliefert werden.

Alle Früchte gehören von diesem Augenblicke an dem Käufer zu.

1359. Die Verpflichtung, die Sache zu liefern, begreift auch all ihr Zubehör und alles was zu ihrem steten Gebrauche bestimmt worden ist.

1360. Der Verkäufer ist gehalten die Sache in dem im Vertrage angegebenen Maaße zu liefern; jedoch unter den hiernach aufgestellten näheren Bestimmungen.

1361. Wenn eine Liegenschaft mit Angabe ihres Flächeninhaltes zu so viel das Maaß verkauft worden ist, so hat der Verkäufer die Verpflichtung, dem Käufer auf sein Begehren die im Contracte angegebene Menge abzuliefern;

Und ist ihm dieses nicht möglich, oder verlangt es der Käufer nicht, so ist der Verkäufer gehalten, sich eine verhältnißmäßige Minderung des Verkaufspreises gefallen zu lassen.

1362. Wenn sich hingegen, im Falle des vorstehenden Artikels, ein größerer Flächeninhalt vorfindet, als im Contracte angegeben ist, so hat der Käufer den Zuschuß des Kaufpreises zu entrichten;

er kann jedoch vom Contracte absteigen, wenn der Ueberschuß den angegebenen Flächeninhalt um den zwanzigsten Theil übersteigt.

1363. In allen andern Fällen,

Es mag nun ein bestimmter und beschränkter Gegenstand verkauft worden seyn;

Oder der Verkauf mag unterschiedene und getrennte Grundstücke zum Gegenstande haben;

Oder er mag mit der Angabe des Maaßes anfangen, oder die Bezeichnung des verkauften Gegenstandes mag vorausgehen und das Maaß folgen;

Giebt die Angabe dieses Maaßes, wenn nicht anders verabredet wurde, keinen Anlaß, weder zu Gunsten des Verkäufers, zu einer Mehrung des Verkaufspreises wegen Ueberschuß an Maaß; noch zu Gunsten des Käufers, zu einer Minderung des Kaufpreises, wegen geringern Maaßes, wofern nicht der Unterschied zwischen dem wirklich vorhandenen, und dem im Contracte angegebenen Maaße, rücksichtlich des Werthes aller im Kaufe begriffenen Gegenstände, den zwanzigsten Theil mehr oder weniger beträgt.

1364. Im Falle wo, nach vorstehendem Artikel, eine Mehrung des Verkaufspreises, wegen Ueberschuß an Maaß, statt finden kann, hat der Käufer die Wahl, entweder vom Contracte abzustehen, oder den Zuschuß des Verkaufspreises, und zwar nebst den Zin-

sen, zu bezahlen, wenn er die Liegenschaft in Besitz behalten hat.

1365. In allen Fällen, wo der Käufer berechtigt ist, vom Contracte abzustehen, ist der Verkäufer gehalten, ihm, nebst dem Kaufpreise, wenn er denselben bereits erhalten hat, auch noch die Kosten dieses Contracts zu erstatten.

1366. Die Klage des Verkäufers auf Zuschuß des Verkaufspreises, so wie diejenige Seitens des Käufers um Minderung des Kaufpreises oder Aufhebung des Contracts, muß, bei Strafe des Verfalls, innerhalb eines Jahres, vom Tage des Contracts an gerechnet, geführt werden.

1367. Sind im nämlichen Contracte zwei Grundstücke, mit Angabe des Maasses eines jeden, um einen und denselben Preis verkauft worden, und wird das eine von einem geringern, das andere von einem größern Flächeninhalte befunden, so wird der Ueberschuß und der Abgang, bis zum gehörigen Belange, gegen einander aufgehoben, und die Klage auf Zuschuß des Preises oder auf Minderung desselben hat nur nach den hierob aufgestellten Regeln statt.

1368. Die Frage, ob der Verlust oder die Verschlimmerung, die vor Auslieferung der verkauften Sache statt fand, auf den Verkäufer oder auf den Käufer fallen solle, wird nach den, im Titel von

den Contracten oder vertragsgemäßen Verbindlichkeiten überhaupt, aufgestellten Regeln entschieden.

Dritter Abschnitt.

Von der Gewährleistung.

1369. Die vom Verkäufer dem Käufer schuldige Gewährleistung besteht in zwei Gegenständen: der erste betrifft den ruhigen Besitz der verkauften Sache, der zweite die verborgenen Fehler dieser Sache oder ihre Hauptmängel.

§ 1.

Von der Gewährleistung im Entäußerungsfall.

1370. Wenn auch beim Verkaufe über die Gewährleistung nichts ausbedungen worden, so ist der Verkäufer dennoch von Rechtswegen gehalten, dem Käufer für die Entäußerung Gewähr zu stehen, die er in Ansehung des Ganzen, oder eines Theils des verkauften Gegenstandes leidet; sowie auch für die Lasten, die darauf angesprochen werden, und beim Verkaufe nicht angegeben worden sind.

1371. Die Parteien können durch besondere Verabredung diese gesetzliche Verbindlichkeit ausdehnen oder einschränken; sie können sogar übereinkommen, daß der Verkäufer keiner Gewährleistung unterworfen seyn solle.

1372. Obschon ausbedungen worden ist, daß der Verkäufer keiner Gewährleistung unterworfen seyn solle, so bleibt er dennoch zu derjenigen verbunden, die aus einer ihm persönlichen Thatsache hervorgeht; jede Abredung dawider ist nichtig.

1373. Im nämlichen Falle, wo ausbedungen worden, daß keine Gewährleistung statt finden solle, ist der Verkäufer, wenn Entäußerung eintritt, gehalten, den Kaufpreis zu erstatten, es sei denn, der Käufer habe, zur Zeit des Kaufes, die Gefahr der Entäußerung gekannt, und dennoch auf sein eigen Gefahr gekauft.

1374. Ist Gewährleistung versprochen, oder nichts darüber ausbedungen worden, so hat der Käufer, falls Entäußerung eintritt, das Recht von dem Verkäufer zu fordern:

- 1) Den Ersatz des Kaufpreises;
- 2) Den Ersatz der Früchte, wenn er gehalten ist, sie an den Eigenthümer, der ihn der Sache entäußert hat, herauszugeben;
- 3) Die Kosten, welche mittelst der Klage auf Gewährleistung Seitens des Käufers verursacht worden, so wie auch diejenigen, welche der Hauptkläger veranlaßt hat;
- 4) Endlich die Schadloshaltung, so wie auch die rechtmäßigen Kosten des Contractes.

1375. Wurde, zur Zeit der Entäußerung, die

verkaufte Sache an ihrem Werthe, sey's aus Nachlässigkeit des Käufers, sey's aus unvermeidlichen Zufällen verringert, oder beträchtlich verschlimmert, so ist der Verkäufer demungeachtet gehalten, den Kaufpreis ganz zu erstatten.

1376. Sollte aber der Käufer aus den von ihm verursachten Verschlimmerungen Vortheil gezogen haben, so ist der Verkäufer berechtigt, eine diesem Vortheil gleichkommende Summe vom Kaufspreise zurückzubehalten.

1377. Ergiebt es sich, daß die verkaufte Sache, zur Zeit der Entäußerung, auch ohne Zuthun des Käufers, im Preise gestiegen sey, so ist der Verkäufer gehalten, ihm dasjenige zu bezahlen, was die Sache über den Kaufpreis werth ist.

1378. Der Verkäufer ist gehalten, dem Käufer alle Unterhaltskosten und nützlichen Verbesserungen, die er an dem Grundstücke vorgenommen hat, zu erstatten, oder von dem, welcher ihn der Sache entäußert hat, erstatten zu lassen.

1379. Hat der Verkäufer bösslicher Weise das Grundstück eines andern verkauft, so ist er gehalten, dem Käufer allen Kostenaufwand, den er, wäre es auch nur zur Verschönerung oder zum Vergnügen, am Grundstücke gemacht hat, zu erstatten.

1380. Ist der Käufer zwar nur eines Theils der Sache entäußert worden, der aber in Bezug des

Ganzen von solcher Wichtigkeit ist, daß der Käufer ohne den Theil, dessen er entäußert wurde, das Ganze nicht gekauft hätte, so kann er die Aufhebung des Verkaufs begehren.

1381. Wenn, im Falle der Entäußerung, aus einem Theile des verkauften Grundstückes, der Verkauf nicht aufgehoben wird, so ist dem Käufer der Preis des ihm entäußerten Theiles nach dessen Werthe zur Zeit der Entäußerung zu erstatten; dieser Werth wird nicht nach Maafgabe des ganzen Kaufpreises, sondern mittelst einer Abschätzung bestimmt; die verkaufte Sache mag an Werth zu oder abgenommen haben.

1382. Ist das verkaufte Grundstück mit Dienstbarkeiten belastet, die nicht augenscheinlich sind und nicht angezeigt wurden, aber doch von solcher Wichtigkeit sind, daß zu vermuthen ist, der Käufer hätte das Grundstück nicht gekauft, wenn er davon einberichtet gewesen wäre, so kann er die Aufhebung des Contractes verlangen, wenn er anders nicht lieber mit einer Entschädigung sich begnügen will.

1383. Die übrigen Fragen, zu denen die Schadloshaltung Anlaß geben kann, die dem Käufer wegen nicht erfolgter Vollziehung des Verkaufes gebührt, müssen nach den allgemeinen Regeln entschieden werden, die im Titel von den Contracten

oder den vertragsgemäßen Verbindlichkeiten überhaupt, aufgestellt sind.

1384. Die Gewährleistung wegen Entäußerung hört auf, wenn der Käufer kraft eines Urtheils in letzter Instanz, oder worüber keine Weiterziehung mehr zulässig ist, sich hat verfallen lassen, ohne seinen Verkäufer in den Handel zu ziehen, wosern dieser beweist, daß hinreichende Rechtsmittel vorhanden waren, um die Klage abweisen zu lassen.

Der Käufer kann in keinem Falle die vor Einberufung des Verkäufers gehaltenen Kosten fordern, wenn diese Einberufung nicht stattfindet, sobald sich aus dem Verfahren ergibt, daß der Regreß auf Gewährleistung ausgeübt werden kann.

§ 2.

Von der Gewährleistung für die Fehler der verkauften Sache.

1385. Der Verkäufer ist zur Gewährleistung für die verborgenen Fehler der verkauften Sache gehalten, wenn selbe die Sache zu dem Gebrauche, wozu sie bestimmt ist, untauglich machen, oder ihre Brauchbarkeit so sehr vermindern, daß der Käufer die Sache nicht würde gekauft, oder dafür nur einen geringern Preis gegeben haben, wenn er die Fehler gekannt hätte.

1386. Der Verkäufer haftet nicht für die augenscheinlichen Mängel, und worüber der Käufer sich

selbst überzeugen konnte, weder für die nicht augenscheinlichen Mängel, von denen letzterer Kenntniß hatte.

1387. Er haftet für die verborgenen Mängel, selbst dann, wenn er sie nicht gekannt hätte, wofern er sich nicht ausbedungen hat, in diesem Falle zu keiner Gewährleistung verbunden zu seyn.

1388. In den Fällen der Artikel 1385 und 1387 hat der Käufer die Wahl, entweder die Sache zurückzugeben und sich den Preis erstatten zu lassen, oder die Sache zu behalten und sich einen Theil des Preises, nach Erachtung der Sachkundigen, herausgeben zu lassen.

1389. Kannte der Verkäufer die Mängel der Sache, so muß er dem Käufer nicht allein den empfangenen Preis erstatten, sondern ihn auch noch vollkommen schadlos halten.

1390. Waren die Mängel der Sache dem Verkäufer unbekannt, so ist dieser gegenüber dem Käufer nur zur Erstattung des Preises und zur Vergütung der durch den Verkauf veranlaßten Kosten gehalten.

1391. Ist eine mit Mängeln behaftete Sache wegen ihrer schlechten Beschaffenheit zu Grunde gegangen, so trifft der Verlust den Verkäufer, der gegenüber dem Käufer zum Ersatze des Preises und

zu den sonstigen in den zwei vorgehenden Artikeln angeführten Entschädigungen verbunden ist.

Gingegen hat der Käufer den Verlust der Sache zu tragen, wenn selbe durch einen Zufall zu Grunde gegangen ist.

1392. Die aus den Hauptmängeln herrührende Klage, soll von dem Käufer innerhalb der Frist eines Jahres, von der Auslieferung der Sache an gerechnet, geführt werden, wenn es sich von Liegenschaften handelt, und innerhalb drei Monaten, wenn es sich um Fahrhabe, doch nicht um Thiere handelt.

1393. Die Hauptmängel, welche in Betreff der Thiere zur Klage auf Wiedernahme berechtigen, und die Frist innerhalb welcher Klage gestellt werden soll, sind von einem besondern Gesetze geregelt.

Fünftes Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten des Käufers.

1394. Die Hauptverbindlichkeit des Käufers besteht in der Bezahlung des Kaufpreises an dem Tage und Orte, wie man übereingekommen ist.

1395. Ist hierüber beim Verkaufe nichts ausbedungen worden, so muß der Käufer zu der Zeit und an dem Orte bezahlen, wo die Auslieferung zu geschehen hat.

1396. In folgenden drei Fällen ist der Käufer von dem Kaufpreise bis zur Zahlung des Kapitals die Zinse schuldig :

Wenn es beim Kaufe also verabredet wurde ;

Wenn die verkaufte und abgelieferte Sache Früchte oder sonstige Einkünfte hervorbringt ;

Wenn der Käufer zur Zahlung aufgefordert wurde.

In diesem letzten Falle laufen die Zinsen nur vom Tage der Aufforderung.

1397. Wenn der Käufer, mittelst einer Hypothekar- oder Vindications-Klage, in seinem Besitze gestört wird, oder gegründete Ursache hätte, eine solche Störung zu befürchten, so kann er die Zahlung des Kaufpreises so lange aufschieben, bis der Verkäufer der Störung ein Ende gemacht hat, wenn dieser nicht lieber Bürgschaft stellen will, oder wenn nicht ausbedungen wurde, daß der Käufer der Störung ungeachtet bezahlen soll.

1398. Der Verkäufer kann wegen Nichtbezahlung des Kaufpreises die Aufhebung des Verkaufes nicht begehren; mit Ausnahme was in nachstehenden Artikeln wird gesagt werden.

1399. Wenn bei dem Verkaufe ausbedungen ward, daß wegen Nichtbezahlung des Kaufpreises zu der verabredeten Frist, der Verkauf von Rechtswegen aufgehoben sei, so kann die Aufhebung, falls vorliegenschaften die Rede ist, von dem Verkäufer ohne

vorläufige Mahnung, selbst zum Nachtheile der von Drittmann erworbenen Rechte, begehrt werden; und ist von Fahrnissen die Rede, so kann die Aufhebung nur insofern begehrt werden, als diese Fahrnisse noch im Besitze des Käufers sich befinden.

1400. Sind Fahrnisse der Gegenstand des Verkaufes, die dem Käufer noch nicht ausgeliefert wurden, so kann, wegen Nichtbezahlung des Verkaufspreises zur verabredeten Frist, oder wenn keine Verabredung darüber geschehen, wegen Nichtbezahlung innerhalb zehn Tagen seit dem Verkaufe, der Verkäufer die Aufhebung des Verkaufes begehren.

Die Bestimmung gegenwärtigen Artikels gilt selbst dann, wenn nicht verabredet worden wäre, daß wegen Nichtbezahlung der Verkauf von Rechtswegen aufgehoben sei.

S e c h s t e s K a p i t e l .

Von der Nichtigkeit und von der Aufhebung des Verkaufs.

1401. Außer den in diesem Titel schon erläuterten Nichtigkeits- und Aufhebungs-Gründen und denjenigen, welche alle Verträge mit einander gemein haben, kann der Verkaufscontract auch noch mittelst der Ausübung des Wiederkaufsrechtes und wegen Verletzung aufgehoben werden.

Erster Abschnitt.

Von dem Wiederkaufsrechte.

1402. Das Wiederkaufsrecht ist ein Vertrag, wodurch der Verkäufer sich die Befugniß vorbehält, mittelst der Erstattung des Hauptpreises und der im Artikel 1415 erwähnten Vergütung, die Sache wieder an sich zu bringen.

1403. Das Wiederkaufsrecht kann nicht über eine längere als fünfjährige Frist ausbedungen werden.

Ward es auf eine längere ausbedungen, so soll es auf diese Frist herabgesetzt werden.

1404. An die festgesetzte Frist soll strenge gehalten und sie darf vom Richter nicht verlängert werden.

1405. Hat der Verkäufer innerhalb der festgesetzten Frist das Wiederkaufsrecht nicht benutzt, so bleibt der Käufer unwiderruflicher Eigenthümer.

1406. Die Frist läuft gegen Jedermann, selbst gegen den Minderjährigen, mit Vorbehalt jedoch des allfälligen Regresses gegen wen Rechtens.

1407. Der Verkäufer mit Wiederkaufsvorbehalt kann seine Klage gegen einen zweiten Käufer einlegen, wenngleich der bedungene Wiederkauf im zweiten Vertrag unerwähnt geblieben wäre.

1408. Der Käufer unter Wiederkaufsvorbehalt übt alle Rechte seines Verkäufers aus; er kann so-

wohl gegen den wahren Eigenthümer der verkauften Sache, als gegen diejenigen, welche Rechte und Hypotheken darauf zu haben behaupten, Verjährung erwerben.

1409. Hat der Käufer eines unter Wiederkaufsvorbehalt verkauften ungetheilten Grundstückantheiles nachher in einer gegen ihn hervorgerufenen Steigerung das Ganze an sich gebracht, so kann er den Verkäufer anhalten, das Ganze zurückzunehmen, wenn dieser von dem bedungenen Wiederkaufsrechte Gebrauch machen will.

1410. Haben mehrere zusammen und mittelst des einen und selben Contractes, ein ihnen gemeinschaftlich zugehöriges Grundstück verkauft, so kann jeder aus ihnen den Wiederkauf nur in Ansehung des daran ihm zugestandenen Theiles ausüben.

1411. Eben so verhält es sich, wenn derjenige, welcher allein ein Grundstück verkauft hat, mehrere Erben hinterläßt.

Jeder von diesen Miterben kann von dem Wiederkaufsrechte nur in Ansehung des Theiles der ihm an dem Erblasser zusteht, Gebrauch machen.

1412. Der Käufer kann aber, im Falle der zwei vorgehenden Artikel, begehren, daß alle Mitverkäufer oder alle Miterben in den Handel gezogen werden, um sich über die Zurücknahme des ganzen Grund-

stückes zu vereinigen; werden sie darüber nicht einig, so soll er von der Klage abgewiesen werden.

1413. Ist der Verkauf eines, Mehreren zugehörigen, Grundstückes nicht von diesen gemeinschaftlich und zusammen über das ganze Grundstück abgeschlossen worden, sondern hat jeder nur den ihm daran zustehenden Antheil verkauft, so kann jeder für sich besonders das Wiederkaufsrecht in Ansehung des Antheils, der ihm daran zustand, ausüben, und der Käufer kann denjenigen, welcher dieses Recht auf diese Art ausübt, nicht zwingen, das Ganze zurückzunehmen.

1414. Hat der Käufer mehrere Erben hinterlassen, so kann der Wiederkauf gegen jeden derselben nur für seinen Antheil ausgeübt werden, die verkaufte Sache mag nun noch allen gemeinschaftlich zugehören oder schon unter ihnen vertheilt seyn.

Ist aber die Erbschaft vertheilt worden, und die verkaufte Sache einem der Erben in seinem Loose zugefallen, so kann die Klage auf Wiederkauf gegen ihn für das Ganze angestellt werden.

1415. Der von dem Wiederkaufsrechte Gebrauch machende Verkäufer hat nicht allein den Kaufpreis, sondern auch die rechtmäßigen Kosten des Kaufes, die Ausgaben für die nothwendigen Ausbesserungen, und diejenigen, welche den Werth des Grundstückes gesteigert haben, bis zum Belange dieses ge-

steigerten Werthes, zu erstatten. Er kann vor der Erfüllung aller dieser Verbindlichkeiten nicht in den Besitz treten.

Wenn der Verkäufer, kraft des ausbedungenen Wiederkaufes, den Besitz seines Grundstückes wieder antritt, so bekommt er es frei von allen Lasten und Hypotheken, womit der Käufer es beschwert haben mag, zurück.

Der Verkäufer ist jedoch gehalten, die vom Käufer ohne Betrug abgeschlossenen Pachtungen zu vollziehen, wenn selbe die Frist von drei Jahren nicht übersteigen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Auflösung des Verkaufes wegen Verletzung.

1416. Ist der Verkäufer oder der Käufer um mehr als ein Drittel des Preises einer Liegenschaft verkürzt worden, so hat er das Recht auf Auflösung des Verkaufes zu klagen, wenngleich er im Contracte ausdrücklich, auf die Befugniß diese Auflösung zu begehren, Verzicht gethan und erklärt hätte, daß er den Mehrwerth zu Geschenk gebe.

1417. Um zu erfahren, ob Verkürzung um mehr als ein Drittel eingetreten sei, muß die Liegenschaft nach ihrem Zustande und Werthe zur Zeit des Verkaufes abgeschätzt werden.

1418. Nach Abfluß von zwei Jahren, vom Tage des Verkaufes an zu rechnen, ist die Klage nicht mehr zulässig.

Diese Frist läuft gegen die verehelichten Frauen, gegen die Abwesenden, die Interdicirten und Minderjährigen, wenn diese in die Rechte eines volljährigen Verkäufers getreten sind.

Diese Frist läuft auch während der zur Ausübung des Wiederkaufes ausbedungenen Zeit, ununterbrochen fort.

1419. Im Falle die Klage um Auflösung zugelassen wird, steht es dem Verantwortler frei, entweder die Auflösung des Contractes zuzugeben, oder diesen festzuhalten, indem er die von den Sachkundigen gemachte Abschätzung als Kaufspreis annimmt.

1420. Wird die Auflösung von dem Verkäufer begehrt, und zieht der Käufer vor, mittelst Nachzahlung einer Summe bis zum Belange des richtigen Kaufpreises die Sache zu behalten, so ist er vom Tage der Klage um Auflösung an, den Zins dieser nachzuzahlenden Summe schuldig.

Will er dagegen lieber die Sache zurückgeben und deren Preis in Empfang nehmen, so ist er die Früchte, vom Tage der Klage an, schuldig.

Hingegen wird ihm auch für den Zins des von ihm bezahlten Kaufpreises, vom Tage dieser Klage, oder

von demjenigen der Zahlung an, wenn er keine Früchte bezogen hat, Rechnung getragen.

1421. Wenn der Käufer um Auflösung klagt, und der Verkäufer lieber den Verkauf beibehalten und dabei den Preis auf den richtigen Werth der Liegenschaft herabsetzen will, so hat dieser den Ueberschuß des richtigen Preises zu erstatten, und ist für diesen Ueberschuß den Zins, vom Tage der Klage an, schuldig.

Entschließt er sich für die Auflösung des Contractes, so hat er die Sache zurückzunehmen und dem Käufer den von ihm erhaltenen Kaufpreis zu erstatten.

Er ist demselben auch die Zinse dieses Preises, vom Tage der Klage, oder von demjenigen der Zahlung an, falls der Käufer keine Früchte bezogen hat, schuldig.

Er hat überdieß die für nothwendige Ausbesserungen gemachten Auslagen, und solche, wodurch der Werth des Grundstückes gesteigert wurde, bis zum Belange dieser Steigerung zu vergüten.

1422. Die Auflösung wegen Verkürzung findet bei Verkäufen durch öffentliche Steigerungen, die von Gerichtswegen geschehen, nicht statt.

1423. Sie hat gleichfalls nicht statt zu Gunsten des Käufers, wenn die Sache aus dessen Verschulden zu Grunde gegangen, oder wenn er aus sonst

irgend einer Ursache alle angekauften Gegenstände nicht erstatten, oder die Liegenschaft von den Lasten, mit denen er sie beschwert hat, nicht ledigen kann.

1424. Gieng die Sache durch Zufall zu Grunde, so kann der Verkäufer wegen Verkürzung nicht klagen; ist dagegen der Käufer verkürzt, so entzieht der Verlust der Sache ihm nicht das Recht auf Minderung des Kaufpreises zu klagen.

1425. Die Regeln welche im vorstehenden Abschnitte für die Fälle aufgestellt sind, wo mehrere gemeinschaftlich oder jeder von ihnen für sich besonders verkauft hat, so wie auch für den Fall, wo der Käufer oder Verkäufer mehrere Erben hinterlassen hat, sind bei Anwendung der Klage um Auflösung gleichfalls zu beobachten.

1426. Das Begehren um Auflösung wegen Verkürzung ist ein persönliches Klagerecht, welches eben so wenig gegen den dritten Inhaber der Liegenschaft, als zum Nachtheile der Hypotheken und sonstigen Lasten, womit sie der Käufer etwa beschwert hat, statt finden kann.

Siebentes Kapitel.

Von der Versteigerung gemeinschaftlicher Sachen.

1427. Wenn eine, mehreren gemeinschaftlich zugehörige Sache nicht füglich und ohne Verlust getheilt werden kann;

Oder wenn bei einer freiwilligen Theilung gemeinschaftlicher Sachen sich einige Stücke vorfinden, welche keiner von den Theilhabern nehmen kann oder will;

So werden sie versteigert und der Preis davon unter die Miteigenthümer vertheilt;

Es kann die Steigerung der Confortenalpen nicht begehrt werden.

1428. Jedem der Miteigenthümer steht es frei, zu begehren, daß Fremde zur Versteigerung eingeladen werden; sie müssen nothwendiger Weise dazu eingeladen werden, wenn einer der Miteigenthümer minderjährig ist.

1429. Art und Weise der Versteigerung, die dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten, werden im Titel von den Erbschaften und in dem Gesetzbuche über die bürgerliche Prozeßordnung erklärt.

Achtes Kapitel.

Von der Uebertragung der Schuldforderungen und sonstiger unkörperlicher Rechte.

1430. Der Verkauf oder die Abtretung einer Schuldforderung, eines Rechtes, oder einer Klage ist vollbracht, und das Eigenthum dem Käufer von Rechtswegen erworben, sobald man über die Schuldforderung oder das Recht einig geworden ist, obgleich die Auslieferung noch nicht geschehen wäre.

Die Auslieferung geschieht mittelst der Einhändigung der Belegurkunde der Schuldforderung, oder des abgetretenen Rechtes, und, in Abgang einer Urkunde, mittelst der alleinigen Abtretung.

1431. Drittmann gegenüber gelangt der Cessionar zum Besitze, sobald die Uebertragung, mittelst eines authentischen oder privatschriftlichen Actes, sicheres Datum erhalten hat.

1432. Hatte der Schuldner den Cedenten in gutem Glauben bezahlt, ehe dieser oder der Cessionar ihm die Uebertragung angezeigt hatte, so ist er gültiger Weise seiner Schuld entladen.

1433. Der Verkauf oder die Abtretung einer Schuldforderung begreift auch die ihr anhängigen Rechte, wie z. B. die Bürgschaften, die Vorzugsrechte und Hypotheken; die verfallenen Renten und Zinsen werden jedoch, wenn anders kein Vertrag darüber besteht, darin nicht einbegriffen.

1434. Wer eine Schuldforderung oder ein sonstiges unkörperliches Recht verkauft, muß deren Bestand zur Zeit der Uebertragung gewährleisten, sollte diese auch ohne Gewähr geschehen seyn.

1435. Er haftet nur dann für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, wenn er sich dazu verbindlich gemacht hat, und nur bis zum Belange des Preises, den er für die abgetretene Schuldforderung erhalten hat.

Er ist zur Gewährleistung der Hypotheken nicht gehalten, wenn anders selbe nicht ausbedungen worden ist.

1436. Hat der Cedent für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners Gewährleistung versprochen, ohne daß über derselben Dauer etwas ausbedungen wurde, so dehnt sie sich nicht über ein Jahr hinaus, von der Abtretung der Schuldforderung an zu rechnen, wenn die für die Zahlung verabredete Frist schon abgelaufen ist.

Ist die Frist noch nicht abgelaufen, so hört die Gewährleistung ein Jahr nach dem Verfall auf.

Besteht die Schuldforderung in Ausstellungen ewiger Renten, so hat die Gewährleistung nach zehn Jahren, von der Betagung der Abtretung an, nicht mehr statt.

1437. Wer eine Erbschaft verkauft, ohne die Bestandtheile derselben einzeln anzugeben, ist nur seine Eigenschaft als Erbe zu gewährleisten schuldig.

1438. Hat er schon die Früchte von einem oder dem andern Grundstücke genossen, oder den Betrag irgend einer Schuldforderung, die zu dieser Erbschaft gehört, empfangen, oder einige Effecten daraus verkauft, so ist er verbunden, sie dem Käufer zu ersetzen, wenn er dieselben beim Verkaufe nicht ausdrücklich sich vorbehalten hat.

1439. Der Käufer muß auch seinerseits dem Ver-

käufer alles ersetzen, was dieser bereits für Schulden und Lasten der Erbschaft bezahlt hat, und ihm für alles, was er als Gläubiger zu fordern hatte, Rechnung halten, wenn nicht anders verabredet worden ist.

1440. Derjenige, gegen welchen ein streitiges Recht abgetreten worden ist, kann sich aller Verbindlichkeit gegen den Cessionar dadurch entledigen, daß er ihm den wahren Preis der Abtretung, nebst den rechtmäßigen Kosten, so wie auch die Zinse, seit dem Tage, an welchem der Cessionar den Preis der ihm gethanen Abtretung bezahlt hat, erstattet.

1441. Die Sache wird für streitig gehalten, sobald über den Grund des Rechtes ein Prozeß und Streit obwaltet.

1442. Die im 1440. Artikel enthaltene Verfügung fällt weg:

- 1) Im Falle wo die Abtretung an einen Miterben oder Miteigenthümer des abgetretenen Rechtes geschehen ist;
 - 2) Wenn sie an einen Gläubiger an Zahlungsstatt gethan worden;
 - 3) Wenn sie an den Besitzer des dem streitigen Rechte unterworfenen Grundstückes geschehen ist.
-

Zehnter Titel.

Von dem Tausche.

1443. Der Tausch ist ein Contract, mittelst dessen die Parteien sich wechselseitig eine Sache für die andere geben.

1444. Der Tausch wird ebenso wie der Verkauf mittelst bloßer Einwilligung bewirkt.

1445. Wenn einer der Tauschenden die ihm zum Tausche gegebene Sache bereits empfangen hat und hernach beweist, daß der andere Contrahent nicht Eigenthümer dieser Sache ist, so kann er nicht gezwungen werden, diejenige Sache, welche er zum Gegentausche versprochen hatte, auszuliefern, sondern nur diejenige, welche er empfangen hat, zurückzugeben.

1446. Der Tauschende, welcher der Sache, die er zum Tausche erhalten hat, entäußert wird, hat die Wahl, entweder auf Schadloshaltung zu klagen, oder seine dafür gegebene Sache zurückzufordern; ohne Nachtheil jedoch des Rechtes, das Drittmann durch die That des Tauschenden zugleich Inhabers der Sache hätte erwerben können.

1447. Alle andere für den Kaufcontract vorgeschriebenen Regeln sind übrigens auch auf den Tausch anwendbar.

Filfter Titel.

Von dem Miethcontracte.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

1448. Es gibt zwei Gattungen von Miethcontracten :

Der von Sachen,

Und der von Arbeit.

1449. Die Vermiethung von Sachen ist ein Vertrag, wodurch eine der Parteien sich verpflichtet, der andern, während einer bestimmten Zeit und um einen gewissen Preis, welcher diese zu zahlen sich verbindet, den Genuß einer Sache zu überlassen.

1450. Die Vermiethung von Arbeit ist ein Vertrag, wodurch eine der Parteien, gegenüber der andern, um einen zwischen ihnen übereingekommenen Preis, etwas zu thun sich verpflichtet.

1451. Diese beiden Gattungen von Miethcontracten zerfallen wieder in mehrere besondere UnterGattungen.

Man nennt Mieth die Verpachtung der Häuser und der beweglichen Güter;

Pacht, die Vermiethung der Feldgüter;

V e r d i n g u n g, die Vermiethung der Arbeit oder der Dienste;

V i e h p a c h t, die Vermiethung des Viehes, wovon der Gewinn unter dem Eigenthümer und der Person, welcher er es anvertraut, getheilt wird;

Die U e b e r n a h m e eines Werkes nach einem Bauanschlag, nach einem Accord oder um einen gewissen Preis, ist auch Vermiethung, wenn die Materialien von der Person geliefert werden, für welche das Werk gefertigt wird.

Diese drei letzten Gattungen haben ihre besondern Regeln.

1452. Jede zeitfristige Verleihung von Liegenschaften, mittelst Leistung eines jährlichen Abtrags, sie mag unter was immer für einem Titel geschehen seyn, ist als Pacht anzusehen.

Diese Verleihung überträgt dem Concessionar kein Grundeigenthum, ungeachtet jeder dawider sprechenden Clausel, die als nicht verschrieben gehalten werden soll.

1453. Die Verpachtung von Liegenschaften kann nicht für länger als für dreißig Jahre bedungen werden. Ward eine längere Frist verabredet, so ist dafür zu halten, sie sey auf diese Dauer beschränkt, von dem Tage an zu rechnen, an dem die Verpachtung ihre Vollziehung erhielt; jede dawidrige Clausel ist nichtig.

Wenn jedoch von einem Wohnhause die Rede ist, so kann ausbedungen werden, daß die Vermiethung während des Lebtages des Miethers und noch zwei Jahre nachher dauern solle.

1454. Von der Bestimmung vorgehenden Artikels sind ausgenommen die Miethen und Verpachtungen hinsichtlich deren der Miether oder Pächter sich zu beträchtlichen Baukosten verpflichtet; so wie die Verpachtung brach liegenden Bodens, dessen Urbarmachung außergewöhnliche Arbeiten erfordert, und der in Pacht gegeben wurde, damit er urbar gemacht und bebaut werde. Diese Verpachtungen können für mehr als dreißig, doch nicht für mehr als hundert Jahre bedungen werden.

Zweites Kapitel.

Von der Vermiethung von Sachen.

1455. Man kann bewegliche oder unbewegliche Güter aller Art vermiethen.

Erster Abschnitt.

Von den Regeln, welche die Hausmiethen und die Feldgüterpacht mit einander gemein haben.

1456. Man kann entweder schriftlich oder mündlich vermiethen oder verpachten.

1457. Ist der nicht schriftlich gemachte Bestand noch nicht vollzogen, und läugnet ihn eine der Parteien, so darf kein Zeugenbeweis angenommen werden, wie gering der Bestandspreis auch seyn mag, und obgleich behauptet würde, daß Aufgeld gegeben worden sey.

Nur kann demjenigen, welcher den Bestand läugnet, der Eid aufgetragen werden.

1458. Ist Streit über den Preis des mündlichen Bestandes, dessen Vollziehung bereits angefangen hat, und ist keine Quittung vorhanden, so muß dem Eigenthümer, auf seine eidliche Versicherung hin, geglaubt werden, es seye denn, der Miether oder Pächter würde vorziehen, eine Abschätzung durch Sachverständige zu begehren; in welchem Falle die Kosten der Abschätzung ihm zur Last fallen, wenn diese den von ihm angegebenen Preis übersteigt.

1459. Der Beständer hat das Recht, Austerbestände zu machen, und selbst seinen Bestand einem andern abzutreten, wenn ihm diese Befugniß nicht ausdrücklich untersagt worden ist, und wenn solches ohne Gefährde für den Eigenthümer geschehen kann.

Sie kann ihm ganz oder zum Theil untersagt werden.

Diese Clausel ist immer unerläßlich.

1460. Die Bestände der Güter der Minderjährigen können, ohne spezielle Ermächtigung des Waisen-

amtes nicht für länger als für eine Frist von zwei Jahren bewilligt werden.

1461. Der Bestandgeber ist schon durch die Natur des Vertrags, und ohne daß es deshalb einer besondern Ausbedingung bedarf, verpflichtet:

- 1) Dem Beständer die vermiethte Sache auszuliefern;
- 2) Diese Sache in einem solchen Stande zu erhalten, daß sie zum Gebrauche, wozu sie gemietht wurde, dienen kann;
- 3) Den Beständer im ruhigen Genusse derselben, während der Dauer des Bestandes, zu handhaben.

1462. Der Bestandgeber ist gehalten, die Sache in einem guten Stande von Ausbesserungen jeder Art auszuliefern.

So lange der Bestand dauert, muß er alle etwa nothwendigen Ausbesserungen machen, mit Ausnahme jener Mieth- oder geringfügigen Unterhalts-Ausbesserungen, die nach Herkommen dem Beständer zur Last fallen.

1463. Dem Beständer gebührt Gewährleistung für alle Fehler und Mängel der vermiethteten Sache, welche am Gebrauche derselben hindern, selbst dann, wenn der Bestandgeber sie im Augenblicke des Bestandes nicht gekannt hätte.

Entsteht aber aus diesen Fehlern oder Mängeln

irgend ein Verlust für den Beständer, so ist der Bestandgeber nur insofern ihn zu entschädigen schuldig, als ihm die Fehler oder Mängel bekannt waren.

1464. Geht während der Dauer des Bestandes die vermiethte Sache durch Zufall gänzlich zu Grunde, so ist der Bestand von Rechtswegen aufgehoben; geht aber die Sache nur zum Theil zu Grunde, so kann der Beständer, je nach Umständen, entweder eine Verminderung des Bestandpreises oder die Aufhebung des Bestandes selbst begehren.

In dem einen sowohl als in dem andern Falle hat keine Entschädigung statt.

1465. Der Bestandgeber darf, während der Dauer des Bestandes, die Gestalt der vermiethten oder verpachteten Sache nicht ändern.

1466. Wenn während der Bestandszeit die vermiethte oder verpachtete Sache dringlicher Ausbesserungen bedarf, die nicht bis zum Ende derselben verschoben werden können, so muß sie der Beständer zulassen, sollten sie ihm auch noch so beschwerlich fallen und ihm sogar, während sie vorgenommen werden, einen Theil der vermiethten oder verpachteten Sache entziehen.

Allein, wenn diese Ausbesserungen länger als zwanzig Tage dauern, so muß der Bestandpreis nach Maßgabe der Zeit und des Theils der gemiethten

oder gepachteten Sache, den der Beständer entbehren mußte, vermindert werden.

Wenn die Ausbesserungen von der Art sind, daß dadurch unbewohnbar gemacht wird, was zur Wohnung des Beständers und seiner Familie nothwendig ist, so kann der Bestand, je nach den Umständen, aufhebungsfällig werden.

1467. Der Bestandgeber ist nicht gehalten, dem Beständer für die Störung Gewähr zu leisten, welche Drittmann ihm an dem Genuße gewaltsamer Weise, jedoch ohne ein Recht auf die vermiethte oder verpachtete Sache zu beansprechen, verursacht; hingegen bleibt es dem Beständer unverwehrt, die Störer in seinem eignen Namen gerichtlich zu belangen.

1468. Ist hingegen der Miether oder Pächter durch eine das Eigenthum oder den Genuß des Grundstückes betreffende Klage, in seinem Genuße gestört worden, so hat er das Recht, eine verhältnißmäßige Minderung des Bestandpreises zu begehren, vorausgesetzt, daß die Störung und das Hinderniß dem Eigenthümer gehörig angezeigt worden sind.

1469. Behaupten die, welche die gewaltsame Störung verübt haben, daß ihnen irgend ein Recht auf die vermiethte oder verpachtete Sache zustehe, oder ist der Beständer selbst vor Gericht geladen worden, um zur Räumung der Sache oder eines Theils derselben, verurtheilt zu werden, oder um die Aus-

übung irgend welcher Dienstbarkeit zu leiden, so muß er den Bestandgeber zur Gewährleistung vorladen, und muß, wenn er es verlangt, außer Prozeß gesetzt werden, sobald er den Bestandgeber nennt, in dessen Namen er besißt.

1470. Der Beständer hat zwei Hauptverpflichtungen:

- 1) Die gemiethete oder verpachtete Sache wie ein guter Hausvater und nach der Bestimmung zu gebrauchen, die ihr entweder im Bestandvertrage gegeben worden ist, oder, in Ermangelung einer Uebereinkunft, nach derjenigen, die sich den Umständen zufolge vermuthen läßt;
- 2) Den Bestandpreis zu den verabredeten Fristen zu entrichten.

1471. Bedient sich der Beständer der Sache zu einem andern, als dem bestimmten Gebrauche, oder nicht auf die Art eines guten Hausvaters, so kann der Bestandgeber, je nach den Umständen, den Bestand aufheben lassen.

1472. Ist zwischen dem Bestandgeber und dem Beständer eine örtliche Beschreibung der vermiethten oder verpachteten Sache gemacht worden, so muß letzterer solche in dem Zustande zurückgeben, in welchem er sie, der Beschreibung zufolge, erhalten hat, mit Ausnahme dessen, was Altershalber oder durch unabwendbare Gewalt zu Grunde gegangen oder beschädigt worden ist.

1473. Wurde keine örtliche Beschreibung gemacht, so wird vermuthet, der Beständer habe die Sache in gutem Stande von Miethsausbesserungen erhalten, und muß sie daher auch in demselben Stande zurückgeben, außer er würde das Gegentheil beweisen.

1474. Er haftet für alle Verluste und Verschlimmerungen, die während seines Genusses sich zutragen, wenn er anders nicht beweiset, daß sie ohne sein Verschulden geschehen sind.

1475. Er haftet auch für die Verschlimmerungen und die Verluste, die durch Personen seines Hauses oder durch seine After-Beständer verursacht worden sind.

1476. Er ist für die Feuersbrunst verantwortlich, es sey denn, er beweise:

Daß der Brand durch Zufall, unabwendbare Gewalt oder fehlerhafte Bauart, oder ungeachtet aller Behutsamkeit, die ein sorgsamer Hausvater auszuüben pflegt, entstanden ist;

Oder daß sich das Feuer aus einem benachbarten Hause mitgetheilt habe.

1477. Sind mehrere Miethleute vorhanden, so sind sie alle für die Feuersbrunst verantwortlich, sowie der Bestandgeber, wenn er das nämliche Hauptgebäude bewohnt; jeder nach dem Verhältniß des Werthes des Haustheiles, den er inne hat.

Wenn sie anders nicht beweisen können, daß das Feuer in der Wohnung eines von ihnen ausgekommen ist, in welchem Falle dieser allein dafür haftet;

Oder wenn nicht einige beweisen, daß der Brand bei ihnen nicht hat entstehen können, in welchem Falle diese nicht dafür verantwortlich sind.

1478. Der Bestand erlischt von Rechtswegen, wenn die festgesetzte Frist abgelaufen ist.

1479. Der ohne Bestimmung einer Frist gemachte Bestand ist für ein Jahr abgeschlossen zu halten, mit Ausnahme dessen, was im Art. 1498 gesagt wird.

1480. Wenn bei Ablauf der Frist, für welche der Bestand gemacht worden ist, der Beständer im Besitze bleibt und darin gelassen wird, so entsteht dadurch eine Bestandserneuerung unter den nämlichen Bedingungen, wie der erste, dessen Dauer folgendes geregelt wird:

Wurde der Bestand auf ein Jahr oder auf mehr gemacht, so ist dafür zu halten, er sey auf ein Jahr erneuert.

Wurde er auf eine kürzere Zeit gemacht, so ist dafür zu halten, er sey auf die im Vertrage festgesetzte Zeit erneuert.

1481. Ist dem Beständer eine Aufkündigung gemacht worden, so kann er sich, ungeachtet er seinen Besitz fortgesetzt hat, dennoch nicht auf eine stillschweigende Bestandserneuerung berufen.

1482. In dem Falle der beiden vorgehenden Artikel erstreckt sich die für den Bestand geleistete Bürgschaft nicht auf die Verbindlichkeiten, welche aus der Verlängerung entspringen.

1483. Der Bestandsvertrag wird durch den gänzlichen Untergang der Sache aufgelöst.

Desgleichen kann er durch die Nichterfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen des Bestandgebers und des Beständers aufgelöst werden.

1484. Der Bestandsvertrag erlischt weder durch den Tod des Bestandgebers, noch durch denjenigen des Beständers.

1485. Der Bestandsvertrag, wenn er mittelst authentischen oder eigenhändig unterschriebenen Aktes mit sicherer Betagung abgeschlossen worden ist, wird wegen Veräußerung der vermiethteten oder verpachteten Sache nicht aufgelöst, außer der Bestandgeber hätte sich dieses Recht im Bestandsvertrage vorbehalten.

1486. Ist man bei Abschließung des Bestandsvertrages übereingekommen, daß im Falle einer Veräußerung der Käufer den Miether oder Pächter vertreiben könne, und hat man dabei der Schadloshaltungen wegen nichts bedungen, so hat der Bestandgeber den Miether oder Pächter auf folgende Weise zu entschädigen.

1487. Wenn von einem Hause, einer Wohnung,

einem Keller oder Kramladen die Rede ist, so zahlt der Vermiether dem zur Räumung angehaltenen Miether zur Schadloshaltung eine dem Miethspreise von drei Monaten gleichkommende Summe.

Ist von einem einzigen Zimmer oder von andern getrennten Gemächern die Rede, so zahlt er ihm den Miethpreis eines Monats.

1488. Handelt es sich um Feldgüter, so besteht die Entschädigung, bei der Verpachter dem Pächter zahlen muß, in dem Drittel des Pachtpreises für die ganze noch übrige Pachtzeit.

1489. Die Entschädigung wird durch Sachkundige bestimmt, wenn von Fabriken, Hüttenwerken oder andern Anstalten, die einen großen Vorschuß erfordern, die Rede ist.

1490. Der Käufer, welcher von dem im Verkaufsvertrage ausbedungenen Rechte, den Beständer im Falle eines Verkaufes zu vertreiben, Gebrauch machen will, ist noch überdieß verbunden, diesen drei Monate zum voraus zu benachrichtigen.

Er muß gleichfalls den Pächter von Feldgütern ein Jahr zum voraus davon benachrichtigen.

1491. Die Pächter und Miethleute können nicht eher vertrieben werden, als bis ihnen vom Bestandgeber, oder, in dessen Ermangelung, von

dem neuen Eigenthümer die festgesetzte Schadloshaltung bezahlt worden ist.

1492. Ist die Miethe oder die Pacht nicht durch einen authentischen Akt abgeschlossen worden, oder hat sie keine sichere Betagung, so kann der Käufer den Miether oder den Pächter vertreiben, ohne diesem gegenüber zur Schadloshaltung verbunden zu seyn; mit Vorbehalt des Regresses von Seite des Beständers gegen den Bestandgeber für diesen Gegenstand.

1493. Der Käufer mit der Bedingung [des Wiederkaufes kann erst dann das Recht, den Beständer zu vertreiben, ausüben, wenn er durch den Ablauf der zum Wiederkaufe festgesetzten Frist unwiderruflicher Eigenthümer geworden ist.

Zweiter Abschnitt.

Von den besondern Regeln der Hausmiethe.

1494. Der Miether, welcher das Haus nicht mit hinlänglichem Hausgeräthe versieht, kann vertrieben werden, wenn er für den Miethzins eines Jahres keine hinreichende Sicherheit leistet.

1495. Der Aftermieter haftet gegenüber dem Eigenthümer nur bis zum Betrag des Aftermiethpreises, den er im Augenblicke einer Pfändung

noch schuldig seyn mag; er kann aber keine zum voraus gemachten Zahlungen entgegensehen.

Die Zahlungen, welche der Astermiether kraft einer in seinem Miethvertrage enthaltenen Verschreibung, oder zu Folge des Ortsgebrauches gemacht hat, werden nicht als zum voraus gemachte Zahlungen angesehen.

1496. Die Mieths- oder geringfügigen Unterhaltsausbesserungen, welche dem Miether obliegen, wenn nicht das Gegentheil ausbedungen worden ist, werden durch den Ortsgebrauch bestimmt und bestehen unter andern, in den Ausbesserungen:

An den Fensterscheiben, wenn sie anders nicht durch Hagel oder andere außerordentliche Zufälle und unabwendbare Gewalt, wofür der Miether nicht verantwortlich seyn kann, zerbrochen werden;

An den Thüren, Fensterrahmen, Bretterwänden, die zu Unterschlügen oder zu Verschließung von Läden dienen, an den Thürangeln, Schiebrigeln und Schlössern.

1497. Keine von den als Miethunterhalt angesehenen Ausbesserungen fällt dem Miether zur Last, wenn sie durch Alter oder unabwendbare Gewalt veranlaßt worden sind.

1498. Man nimmt an, die Miethе einer mit Hausgeräthe versehenen Wohnung sey Jahresweise

geschlossen, wenn die Vermiethung zu so und so viel des Jahrs ;

Monatsweise, wenn sie für so und so viel des Monats ;

Tagesweise, wenn sie für so und so viel des Tags geschehen ist.

1499. Der Vermiether kann den Miethvertrag nicht aufheben, wenn er auch erklärt, das Haus selbst beziehen zu wollen, wofern nicht eine entgegengesetzte Uebereinkunft getroffen worden ist.

1500. Ist im Miethvertrag festgesetzt worden, daß der Vermiether das Haus selbst beziehen könne, so ist derselbe verbunden, drei Monate zum voraus aufzukündigen.

Dritter Abschnitt.

Von den besondern Regeln für die Pachtverträge.

1501. Wird in einem Pachtvertrage dem Grundstück ein kleinerer oder größerer Flächeninhalt gegeben, als es wirklich hat, so tritt blos in den Fällen und nach den Regeln, welche im Titel vom Verkaufe bestimmt sind, eine Mehrung oder Minderung des Pachtpreises für den Pächter ein.

1502. Jeder Pächter von Grundstücken ist gehalten, die Erndte an den im Pachtvertrage dazu bestimmten Orten einzuschleuern.

1503. Der Pächter eines Landguts ist, bei Strafe aller Unkosten und Schadloshaltungen, schuldig, den Eigenthümer über die widerrechtlichen Eingriffe, die auf seine Grundstücke gemacht werden, zu benachrichtigen.

Diese Benachrichtigung hat binnen zwanzig Tagen zu geschehen.

1504. Wenn ein beträchtlicher Theil der Erndte durch Zufall zu Grunde gieng, so kann der Pächter bei Verpachtungen auf mehr als zwei Jahre einen Nachlaß am Pachtprice begehren, vorausgesetzt, daß wenigstens die Hälfte der Früchte zu Grunde gegangen ist.

Dieser Verlust wird Jahr für Jahr geschätzt werden, ohne Rücksicht auf den Ertrag in den andern Jahren der Pacht.

1505. Ist die Pacht nur für ein oder zwei Jahre abgeschlossen worden, so wird dem Beständer ein verhältnißmäßiger Theil an dem Bestandpreis nachgelassen, wenn wenigstens ein Drittel der Früchte zu Grunde gieng.

Er kann keinen Nachlaß verlangen, wenn der Verlust ein geringerer war.

1506. Der Pächter kann keinen Nachlaß mehr erhalten, wenn der Verlust der Früchte sich erst dann zuträgt, wenn sie vom Boden getrennt sind, es sey denn, daß der Pachtvertrag dem Eigenthümer

einen Theil der Grundte in Natura zusichere, in welchem Falle letzterer seinen Antheil am Verluste auch zu tragen hat; vorausgesetzt jedoch, daß der Pächter nicht im Verzug war, ihm seinen Antheil an der Grundte zu entrichten.

Der Pächter kann ebenfalls keinen Nachlaß begehren, wenn die Ursache des Schadens schon bei Abschließung der Pacht vorhanden und bekannt war.

1507. Selbst der Zufall kann durch eine ausdrückliche Stipulation dem Pächter zur Last gelegt werden.

1508. Diese Stipulation erstreckt sich jedoch nur auf die gewöhnlichen Zufälle, als: Hagel, Bliß oder Frost.

Sie begreift nicht die außerordentlichen Zufälle, als: Kriegsverheerungen, welchen das Land nicht insgemein ausgesetzt ist; der Pächter müßte denn sich mit allen vorausgesehenen und nicht vorausgesehenen Zufällen beladen haben.

1509. Der austretende Pächter muß das Futter, das Stroh und den Dünger vom letzten Jahre zurücklassen, wenn er diese Gegenstände beim Eintritt in den Genuß erhalten hat, und selbst dann, wenn er sie nicht erhalten hätte, ist der Eigenthümer berechtigt, sie nach Abschätzung zurückzuhalten, indem er dem Pächter ein Jahr vor Ablauf des Bestandes diese seine Absicht zu Wissen gibt, und sechs

Monate vor gedachtem Zeitpunkte, wenn die Pacht nur auf ein Jahr lauter.

Vierter Abschnitt.

Von der Pacht der Meiergüter.

1510. Derjenige, welcher ein Feldgut auf Pacht nimmt, mit der Verpflichtung, die Früchte mit dem Bestandgeber zu theilen, heißt Theilpächter, und der Vertrag, welcher ihre Uebereinkunft enthält, wird mit dem Namen Meiergut-Pacht bezeichnet.

Dieser Vertrag ist den für die Miethe von Sachen überhaupt und insbesondere für die Pacht der Feldgüter aufgestellten Regeln, mit nachstehenden näheren Bestimmungen unterworfen.

1511. Der gänzliche oder auch nur theilweise Verlust der zu theilenden Früchte wird verhältnißmäßig vom Eigenthümer und vom Theilpächter ertragen; er gibt zu keiner Klage um Schadloshaltung von Seite des einen gegen den andern Anlaß.

1512. Der Theilpächter kann weder wiederverpachten, noch abtreten, wenn ihm diese Befugniß nicht ausdrücklich im Pachtvertrage zugestanden worden ist.

Im Zuwiderhandlungsfalle hat der Eigenthümer das Recht, wieder in den Genuß einzutreten, und

der Theilpächter ist zu der aus der Nichtvollziehung sich ergebenden Schadloshaltung zu verurtheilen.

1513. Der Theilpächter kann ohne Bewilligung des Eigenthümers das Stroh, das Heu und den Dünger nicht verkaufen.

Verweigert der Eigenthümer seine Einwilligung zu diesem Verkaufe, so ist er verpflichtet selbe um den Schätzungspreis zu übernehmen.

1514. Die Meiergutpacht kann zu jeder Zeit aufgekündigt werden, wenn rechtmäßige Gründe dazu bestehen, wie z. B. wenn der Eigenthümer oder der Theilpächter seinen Verpflichtungen nicht genügt, oder wenn Letzterer durch eingewurzelte Krankheit in die Unmöglichkeit versetzt wird, das Feld anzubauen oder anderer Ursachen halber, deren Wichtigkeit und Rechtmäßigkeit der Würdigung der Gerichte überlassen ist.

1515. Durch den Tod des Theilpächters wird die Pacht am Ende des laufenden landwirthschaftlichen Jahres aufgelöst; wenn jedoch dieser Todesfall erst in den vier letzten Monaten sich zugetragen hat, so steht es der Wittve und den Kindern, und, in deren Abgang, den übrigen Erben des Verstorbenen, die mit ihm wohnten, frei, die Pacht selbst für das folgende Jahr fortzusetzen.

Wenn aber die Wittve oder die Erben die Güter nicht wie ein guter Hausvater bebauen, so kann der

Bestandgeber selbe, sey's für die Zeit, welche noch vom laufenden landwirthschaftlichen Jahre erübrigt, sey's für das folgende Jahr, selbst bebauen lassen und ihm steht alsdann das Recht zu, die Anbaukosten auf den der Wittwe oder den Erben zukommenden Früchtenantheil voraus zu erheben.

1516. In dem vom vorstehenden Artikel vorgesehenen Falle hört die Pacht nicht von Rechtswegen auf; der Eigenthümer desgleichen als die Nachfolger des Theilpächters haben wenigstens drei Monate früher die Pacht aufzukündigen.

1517. Die in den vorgehenden Bestimmungen oder in den ausdrücklichen Vertragsclauseln nicht vorgesehenen Fälle werden je nach den Ortsgebräuchen geregelt.

In Abgang von Gebräuchen oder ausdrücklichen Verträgen sollen nachstehende Regeln beobachtet werden.

1518. Der Theilpächter hat die zum Anbau der Feldgüter nöthigen Thiere und die Ackerwerkzeuge, die zur Ausbesserung des Pachtgutes erforderlich sind, herzuschaffen.

1519. Die Ausfaat wird in Gemeinschaft vom Bestandgeber und dem Theilpächter geliefert.

1520. Der Theilpächter hat die Unkosten, welche der Anbau der Feldgüter und die Einsammlung der Früchte veranlassen, einzig zu bestreiten.

1521. Die gewöhnlichen Pflanzungen, z. B. die zur Ersetzung abgestandener, durch Zufall abgerissener oder während der Zeit der Verpachtung des Meiergutes unfruchtbar gewordener Bäume liegen dem Theilpächter zur Last; es liegt aber dem Eigenthümer ob, die Sehlinge, sowie die Faschinen, Bande und Schutzpfähle zu deren Führung und Unterstützung herzugeben.

Es gebührt jedoch dem Pächter keine Vergütung, wenn die Sehlinge aus einer vom Pachtgute abhängigen Baumpflanzschule gezogen werden.

1522. Die öffentlichen Lasten werden von dem Bestandgeber und dem Theilpächter, im Verhältnisse des Anthells welches jeder von ihnen aus den Erzeugnissen des Pachtgutes bezieht, getragen.

1523. Die Reinigung der Gräben, welche sowohl innerhalb der Güter als den Land- und Gemeindstraßen entlang aufgeworfen werden, fällt dem Pächter zur Last.

Dieser ist außerdem gehalten, die gewöhnlichen Fuhren, sey's für die Ausbesserungen der Grundstücke und des Pachthauses, sey's für die Fahrt der Früchte in das Haus des Pacht Herrn zu machen.

1524. Der Theilpächter kann, gültige Hindernisse vorbehalten, ohne vorläufige Einberichtung des Eigenthümers, weder erndten oder das Korn dreschen, noch weinlesen.

1525. Das Futter der Meiergüter gehört zu zwei Dritttheilen dem Eigenthümer und zu einem Dritttheil dem Pächter zu; von allen übrigen, sey's natürlichen, sey's industriellen Früchten kommt jedem von ihnen die Hälfte zu.

Der Schlag des für das Anpfählen der Reben und für die übrigen Bedürfnisse des Pachtgutes nothwendigen Holzes liegt dem Pächter zur Last. Der Ueberrest des Schlagholzes gehört dem Eigenthümer zu, welcher die durch den Schlag dieses Holzes verursachten Kosten zu tragen hat. Die abgestandenen oder umgerissenen Bäume sind ebenfalls dem Eigenthümer vorbehalten.

Drittes Kapitel.

Von der Verdingung.

1526. Es gibt drei Hauptgattungen von Verdingung:

- 1) Die Verdingung von Arbeitsleuten, die bei Jemanden in Dienst treten;
 - 2) Die der Schiffer und Fuhrleute, die den Transport von Personen oder Waaren und Effecten übernehmen;
 - 3) Die der Unternehmer von Werken nach Bauanschlag und Accord.
-

Erster Abschnitt.

Von der Verdingung der Dienstboten und Arbeitsleute.

1527. Man kann sich nur für eine gewisse Zeit oder für einen bestimmten Geschäftskreis verdingen.

1528. Dem Dienstherrn wird auf seine eidliche Versicherung geglaubt:

In Ansehung des Betrags des Dienstlohnes;
Der Bezahlung des Lohnes für das verflossene Jahr;

Der Abschlagzahlungen für das laufende Jahr.

1529. Die Polizei über die Dienstboten und Arbeitsleute wird durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Zweiter Abschnitt.

Von den Schiffern und Fuhrleuten.

1530. Die Schiffer und Fuhrleute sind, in Hinsicht auf die Verwahrung und Erhaltung der ihnen anvertrauten Sachen, denselben Verbindlichkeiten, wie die Gastwirth, unterworfen, von welchen im Titel: Von der Hinterlage und von dem Beschlage die Rede ist.

1531. Sie haften nicht nur für das, was sie schon in ihr Schiff oder auf ihren Wagen aufgenommen haben, sondern auch noch für das, was ihnen im Hafen oder im Lagerhaus übergeben worden ist, um

in ihr Schiff oder auf ihren Wagen geladen zu werden.

1532. Sie sind für den Verlust und die Beschädigung dessen, was ihnen anvertraut worden ist, verantwortlich, wenn sie anders nicht beweisen, daß es durch Zufall oder unabwendbare Gewalt zu Grunde gegangen oder beschädigt worden ist.

1533. Die Unternehmer öffentlicher Reisewagen oder Schiffe, und jene öffentlicher Frachtwagen müssen über die Gelder, Effekten und Päckte, welche sie übernehmen, ein Register führen.

1534. Die Unternehmer und Direktoren öffentlicher Reise- und Frachtwagen, sowie die Boots- oder Schiffsmeister und die Fuhrleute sind überdies noch besondern Verordnungen, die zwischen ihnen und denen mit ihnen Uebereinkommenden als Gesetze gelten, unterworfen.

Dritter Abschnitt.

Von der Uebernahme der Bauwerke nach Anschlag und Akkord.

1535. Wenn Jemanden ein Bauwerk in Bestellung gegeben wird, so kann dabei verabredet werden, daß er entweder nur seine Arbeit oder seinen Kunstfleiß dazu hergeben, oder daß er auch die Materialien dazu liefern solle.

1536. Wenn im Falle, wo der Arbeiter die Materialien liefert, die Sache, auf irgend eine Art, vor ihrer Auslieferung zu Grunde geht, so trägt der Arbeiter den Verlust, es sey denn, der Herr wäre in Verzug, die Sache in Empfang zu nehmen.

1537. Im Falle, wo der Arbeiter nur seine Arbeit oder seinen Kunstfleiß hergibt, haftet er nur für sein Verschulden, wenn die Sache zu Grunde geht.

1538. Wenn, im Falle des vorgehenden Artikels die Sache auch ohne Verschulden des Arbeiters zu Grunde geht, ehe noch die Arbeit angenommen worden ist, und ohne daß der Herr in Verzug war, sie zu untersuchen, so kann der Arbeiter keinen Lohn fordern, es sey denn, die Sache wäre durch die schlechte Beschaffenheit der Materialien zu Grunde gegangen.

1539. Ist von einem Werke, das stückweise oder nach dem Maaße verfertigt wird, die Rede, so kann die Untersuchung theilweise vorgenommen werden; es wird vermuthet, daß sie für alle bezahlten Theile statt gefunden habe, wenn der Herr den Arbeiter nach Verhältniß der gemachten Arbeit bezahlt.

1540. Wenn innerhalb zehn Jahren, von dem Tage an zu zählen, an dem ein Gebäude oder sonst irgend welches große, für einen gewissen Preis gebautes Werk vollendet worden ist, das Gebäude

oder das Werk ganz oder zum Theil durch die fehlerhafte Bauart, oder selbst durch die schlechte Beschaffenheit des Bodens zu Grunde geht oder Einsturz droht, so sind die Baumeister und Unternehmer dafür verantwortlich.

1541. Hat ein Baumeister oder Unternehmer die Aufführung eines Gebäudes in Bausch und Bogen, nach einem zwischen ihm und dem Eigenthümer des Bodens angenommenen Plane übernommen, so kann er weder unter dem Vorwande einer Erhöhung des Arbeitslohns oder der Baumaterialien, noch unter dem Vorwande, daß an dem Plane Veränderungen oder Vergrößerungen gemacht worden wären, eine Preismehrung fordern, wenn er zu diesen Veränderungen oder Vergrößerungen nicht schriftlich berechtigt und der Preis derselben nicht mit dem Eigenthümer bedungen worden ist.

1542. Der Eigenthümer kann, nach Belieben, einen in Bausch und Bogen abgeschlossenen Bauhandel wieder aufheben, obgleich das Werk schon angefangen worden ist, wenn er den Unternehmer für alle seine Auslagen, für seine Arbeit, sowie für alles, was er bei der Unternehmung hätte gewinnen können, entschädigt.

1543. Die Verdingung wird durch den Tod des Arbeiters, Baumeisters oder Unternehmers aufgelöst.

1544. Allein der Eigenthümer ist gehalten, den Erben derselben den Werth der schon fertigen Arbeit, sowie der zubereiteten Materialien, nach Maaßgabe des übereingekommenen Preises, zu bezahlen, jedoch nur, wenn diese Arbeiten oder Materialien ihm von Nutzen seyn können.

1545. Der Unternehmer haftet für die Handlungen der von ihm angestellten Personen.

1546. Die Maurer, Zimmerleute und andere Arbeiter, welche bei Auführung eines Gebäudes oder anderer unternehmungsweise verfertigter Werke angestellt worden sind, haben gegen die Person, für welche die Arbeiten verfertigt werden, kein weiteres Klagerrecht, als bis zum Belauf dessen, was diese dem Unternehmer, in dem Augenblicke wo die Klage angestellt worden, schuldig ist.

1547. Die Maurer, Zimmerleute, Schlosser und andere Arbeitsleute, welche unmittelbar Sachen auf Akkord zu bestimmten Preisen in Bestellung übernehmen, sind verbunden, die im gegenwärtigen Abschnitt vorge schriebenen Regeln zu befolgen; sie werden für die Sachen, die sie in Bestellung nehmen, als Unternehmer angesehen.

Viertes Kapitel.

Von der Viehpacht.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

1548. Die Viehpacht ist ein Vertrag, kraft dessen eine Partei der andern eine gewisse Anzahl von Vieh übergibt, um es zu hüten, zu füttern und zu besorgen, unter den zwischen ihnen verabredeten Bedingungen.

1549. Es gibt mehrere Gattungen von Viehpacht:

Die einfache oder gewöhnliche Viehpacht;

Die Viehpacht zur Hälfte;

Die Viehpacht, die man mit dem Pächter oder Theilpächter abschließt.

Es giebt noch eine vierte Gattung, die man aber uneigentlich Viehpacht nennt.

1550. Es kann jede Gattung von Vieh, das sich vermehrt, oder Nutzen für den Anbau oder den Handel verschaffen kann, in Viehpacht gegeben werden.

1551. In Abgang besonderer Verabredungen, richten sich diese Verträge nach folgenden Grundsätzen.

Zweiter Abschnitt.

Von der einfachen Viehpacht.

1552. Die einfache Viehpacht ist ein Vertrag, wodurch man einem Andern Vieh zu hüten, zu füttern und zu besorgen unter der Bedingung übergibt, daß der Pächter die Hälfte von dem Zuwachse erhalten soll.

Der Zuwachs besteht sowohl in der Vermehrung als im Mehrwerthe des Viehes am Ende der Pacht.

1553. Die Abschätzung des Viehes im Pachtvertrage trägt das Eigenthum desselben nicht auf den Pächter über; sie hat keinen andern Endzweck, als den Gewinn oder den Verlust zu berechnen, der sich am Ende der Pacht ergeben kann.

1554. Der Pächter soll für das Pachtvieh wie ein guter Hausvater sorgen.

1555. Er haftet nur dann für den Zufall, wenn irgend ein Fehler seinerseits vorhergegangen ist, ohne den der Verlust nicht erfolgt wäre.

1556. Entsteht Streit hierüber, so ist der Pächter verpflichtet, den Zufall zu beweisen, und der Verpachter den Fehler, dessen er den Pächter beschuldigt.

1557. Der Pächter ist immerdar gehalten, von den Häuten der Thiere, welche durch Zufall zu Grunde gegangen sind, Rechnung abzustatten, außer diese

Häute wären auf Polizeiverordnung oder durch Zufall vernichtet worden.

1558. Wenn das Pachtvieh gänzlich zu Grunde gieng, oder dessen ursprünglicher Werth ohne Verschulden des Pächters vermindert wurde, so hat der Verpachter den Verlust zu ertragen.

1559. Der Pächter hat allein den Gewinn des Milchwerkes, des Düngers und der Arbeit des gegebenen Pachtviehes.

Die Wolle und die Jungen werden getheilt.

1560. Man kann nicht bedingen:

Daß der Pächter mehr als halben Verlust des Pachtviehes tragen soll, wenn sich solcher auch ohne sein Verschulden und durch bloßen Zufall ereignet hat;

Oder daß er einen größern Antheil am Verlust als am Gewinn nehmen solle;

Oder daß der Verpachter am Ende der Pacht noch etwas über den Betrag des in Pacht gegebenen Viehes zum Voraus nehmen dürfe;

Jede Uebereinkunft dieser Art ist nichtig.

1561. Der Pächter kann über kein zur Heerde gehöriges Vieh, es mag nun von dem ursprünglichen Ansatz oder vom Zuwachse herrühren, ohne Einwilligung des Verpachters, verfügen; Letzterer kann es selbst nur mit Einwilligung des Erstern thun.

1562. Schließt man mit dem Pächter eines An-

dern einen Viehpacht ob, so muß solche dem Eigenthümer, von welchem dieser Pächter abhängt, angezeigt werden; widrigenfalls kann derselbe das Pachtvieh für das, was der Pächter ihm schuldig seyn möchte, pfänden lassen.

1563. Der Pächter darf die Schur nicht vornehmen, ohne den Verpachter darüber im Voraus zu benachrichtigen.

1564. Ist die Dauer der Viehpacht durch den Vertrag nicht festgesetzt worden, so ist anzunehmen, sie sey für drei Jahre abgeschlossen worden.

1565. Der Verpachter kann die Auflösung derselben früher begehren, wenn der Pächter seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt.

1566. Am Ende der Pacht oder bei ihrer Auflösung wird eine neue Abschätzung des Pachtviehes vorgenommen.

Der Verpachter nimmt bis zum Belauf der ersten Abschätzung, von jeder Gattung die bezügliche Anzahl Vieh zum voraus weg; der Ueberschuß wird getheilt.

Ist nicht genug Vieh mehr vorhanden, um den Belauf der ersten Abschätzung zu ersetzen, so nimmt der Verpachter das, was noch da ist, ohne daß der Pächter gehalten wäre, sich an dem Verlust zu betheiligen.

Dritter Abschnitt.

Von der Viehpacht zur Hälfte.

1567. Die Viehpacht zur Hälfte ist eine Gesellschaft, worin jeder der Contrahenten die Hälfte des Viehes zu gemeinschaftlichem Gewinn und Verlust liefert.

1568. Der Pächter gewinnt allein, wie in der einfachen Viehpacht, das Milchwerk, den Dünger und die Arbeit des Viehes.

Der Verpachter hat bloß ein Recht auf die Hälfte der Wolle und der Jungen.

1569. Alle anderweitigen Vorschriften über die einfache Viehpacht sind auch auf die Viehpacht zur Hälfte anwendbar.

Vierter Abschnitt.

Von der Viehpacht, die der Eigenthümer mit seinem Pächter oder Theilpächter eingeht.

§ 1.

Von der mit dem Pächter eingegangenen Viehpacht.

1570. Diese Viehpacht ist die, wodurch der Eigenthümer eines Meiergutes dasselbe unter der Bedingung verpachtet, daß am Ende der Pachtzeit der Pächter eine gewisse Anzahl Vieh zurücklasse, dessen Werth dem Abschägungspreis des ihm übergebenen Viehes gleichkomme:

1571 Die Abschätzung des in Pacht gegebenen Viehes überträgt zwar dem Pächter das Eigenthum desselben nicht, stellt es jedoch auf seine Gefahr.

1572. Aller Gewinn, während der Pachtzeit, gehört dem Pächter, wenn nicht anders bedungen wurde.

1573. Bei der mit dem Pächter des Meiergutes abgeschlossenen Viehpacht wird der Dünger nicht persönliches Eigenthum des Pächters, sondern er gehört zum Meiergute, zu dessen Anbau er ausschließlich verwendet werden muß.

1574. Der Verlust, selbst der des sämmtlichen Viehes und der durch Zufall veranlaßt, fällt ganz auf den Pächter, wenn nicht anders verabredet worden ist.

1575. Am Ende der Pacht darf der Pächter das ihm in Pacht gegebene Vieh nicht gegen Zahlung des ursprünglichen Anschlags zurückbehalten, sondern er muß eine Anzahl Vieh, welches dem, das er empfangen hat, an Werth gleich kommt, zurücklassen.

Ist weniger vorhanden, als er empfangen hat, so muß er das Fehlende bezahlen, und nur der Ueberschuß allein gehört ihm.

§ 2.

Von der mit dem Halb- oder Theil-Pächter eingegangenen Viehpacht.

1576. Man kann bedingen, daß der Theil-Päch-

ter dem Verpachter seinen Antheil an der Schur, um einen geringeren Preis, als den gewöhnlichen, überlassen soll;

Daß der Verpachter einen größeren Antheil am Gewinne haben soll;

Daß er die Hälfte des Milchwerkes bekommen soll.

1577. Diese Viehpacht geht mit der Pacht des Meiergutes zu Ende.

1578. Sie ist übrigens allen Regeln der einfachen Viehpacht unterworfen.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Vertrage, welchem man uneigentlich den Namen Viehpacht gibt.

1579. Wenn man bei Jemanden eine oder mehrere Kühe zur Fütterung einstellt, so behält der Verpachter das Eigenthum derselben und der Pächter gewinnt die Milch und die während der Pachtzeit von diesen Kühen geworfenen Kälber.

1580. Der Verpachter erträgt den Verlust, außer es sey irgend ein Verschulden seitens des Pächters vorangegangen, ohne welches der Verlust nicht erfolgt wäre; in diesem Falle hat der Pächter den Verlust zu ertragen.

Zwölfter Titel.

Von dem Gesellschaftsvertrage.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

1581. Die Gesellschaft ist ein Vertrag, mittelst welchem zwei oder mehrere Personen sich verabreden, etwas zusammen zu schießen, in der Absicht, den daraus möglicherweise entspringenden Gewinn zu theilen.

1582. Jede Gesellschaft muß einen erlaubten Gegenstand und das gemeinschaftliche Interesse der Parteien zum Zwecke haben.

Jeder Gesellschafter muß entweder Geld, oder andere Güter, oder seinen Kunstfleiß in die Gesellschaft bringen.

Zweites Kapitel.

Von den verschiedenen Gattungen der Gesellschaften.

1583. Es gibt Universal- und Partikular-Gesellschaften.

Erster Abschnitt.

Von den Universal-Gesellschaften.

1584. Man unterscheidet zwischen zwei Gattungen von Universal-Gesellschaften, die Gesellschaft alles gegenwärtigen Vermögens und die Universal-Gesellschaft des Gewinnes.

1585. Die Gesellschaft alles gegenwärtigen Vermögens ist diejenige, mittelst welcher die Parteien alle ihre beweglichen und unbeweglichen Güter, die sie wirklich besitzen, so wie den Gewinn, den sie daraus ziehen können, zusammenschließen.

Sie können auch jede andere Art von Gewinn darin begreifen; von den Gütern aber, welche ihnen mittelst Erbschaft, Schenkung oder Vermächtniß zufallen mögen, wird nur der Genuß in die Gesellschaft gebracht; jede Uebereinkunft, kraft der das Eigenthum dieser Güter in die Gesellschaft fallen sollte, ist verboten.

1586. Die Universal-Gesellschaft des Gewinnes begreift alles, was die Parteien mit ihrem Kunstfleiß, unter welchem Namen es auch seyn mag, während der Gesellschaft erwerben.

Die beweglichen sowohl als die unbeweglichen Güter, die jeder Gesellschafter zur Zeit des Vertrags besitzt, sind in der Gesellschaft nicht begriffen; es fällt bloß der Genuß derselben in die Gesellschaft.

1587. Die Uebereinkunft über eine Universal-Gesellschaft, ohne weitere Erklärung, bewirkt nur eine Universal-Gesellschaft des Gewinnes.

1588. Universal-Gesellschaften können nur zwischen solchen Personen bestehen, welche fähig sind, gegenseitig zu geben und zu empfangen, und denen es nicht verboten ist, einander zum Nachtheil Drittmanns zu begünstigen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Partikular-Gesellschaft.

1589. Die Partikular-Gesellschaft ist diejenige, die auf gewisse bestimmte Gegenstände, oder auch auf die davon zu beziehenden Früchte sich beschränkt.

1590. Der Vertrag, mittelst welchem mehrere Personen, entweder zu einer bestimmten Unternehmung, oder zur Ausübung irgend eines Gewerbes, oder eines Handwerkes, in Gesellschaft treten, ist eine Partikular-Gesellschaft.

Drittes Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter unter sich selbst und Drittmann gegenüber.

Erster Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter unter sich.

1591. Die Gesellschaft beginnt mit dem Augenblicke des Vertrags, wenn in demselben kein anderer Zeitpunkt bestimmt worden ist.

1592. Ist in Betreff der Dauer der Gesellschaft nichts verabredet, so wird sie erachtet für die ganze Lebenszeit der Gesellschafter abgeschlossen zu seyn, jedoch unter der im 1617. Artikel enthaltenen Beschränkung; wenn sie jedoch ein Geschäft betrifft, dessen Dauer bestimmt ist, so wird angenommen, sie sey nur für die Zeit, während der dieses Geschäft dauern soll, abgeschlossen worden.

1593. Jeder Gesellschafter ist, in Bezug dessen, was er in die Gesellschaft zu schießen versprochen hat, Schuldner derselben.

Besteht der Einschuß in einem gewissen Gegenstande, und wird die Gesellschaft dessen entäußert, so ist ihr der Gesellschafter eben die Gewähr schuldig, die der Verkäufer dem Käufer zu leisten hat.

1594. Der Gesellschafter, der eine gewisse Summe einschießen sollte und es nicht gethan hat, wird die Zinse dieser Summe von Rechtswegen, und ohne

gerichtliche Forderung, vom Tage an schuldig, an welchem sie bezahlt werden sollte.

Eben so verhält es sich mit den Summen, die er aus der Gesellschaftskasse erhoben hat, von dem Tage an, wo er sie zu seinem besondern Vortheile daraus bezogen hat.

Alles dieses unbeschadet einer allenfalls größern Schadloshaltung.

1595. Die Gesellschafter, die sich verbindlich gemacht haben, ihren Kunstfleiß in die Gesellschaft zu bringen, sind ihr für jeden Gewinn, den sie durch die Gattung von Kunstfleiß, welcher der Gegenstand dieser Gesellschaft ist, gemacht haben, Rechnung zu halten schuldig.

1596. Wenn einer der Gesellschafter für seine besondere Rechnung Gläubiger eines Schuldners der Gesellschaft ist, und beide Schuldforderungen wirklich fällig sind, so muß das, was der Gesellschafter von diesem Schuldner empfängt, verhältnißmäßig von beiden Schuldforderungen abgerechnet werden; selbst dann, wenn der Gesellschafter durch seine Quittung die Zahlung nur von seiner Privatforderung abgerechnet hätte; hat er aber in dieser Quittung erklärt, daß die Abrechnung ganz auf die Schuldforderung der Gesellschaft geschehen soll, so muß diese Verschreibung erfüllt werden.

1597. Hat einer der Gesellschafter seinen ganzen

Antheil an einer gemeinschaftlichen Schuldforderung erhalten, und ist der Schuldner seitdem zahlungsunfähig geworden, so muß dieser Gesellschafter alles, was er empfangen hat, wieder in die gemeinschaftliche Masse einschießen, selbst dann, wenn er ausschließlich für seinen Antheil quittirt hätte.

1598. Jeder Gesellschafter ist gegenüber der Gesellschaft für den Schaden verantwortlich, den sie durch sein Verschulden erleidet, und kann diesen Schaden mit den Vortheilen, die er der Gesellschaft durch seinen Kunstfleiß in andern Geschäften verschafft haben mag, nicht ausgleichen.

1599. Bestehen die Sachen, wovon bloß der Genuß in die Gesellschaft gebracht worden ist, in bestimmten und gewissen, durch den Gebrauch nicht verzehrbaren Gegenständen, so stehen sie auf Gefahr des Gesellschafters, welcher Eigenthümer derselben ist.

Werden aber diese Sachen durch den Gebrauch verzehrt, oder nutzen sie sich ab, wenn man sie behält; sind sie zum Verkaufe bestimmt, oder, nach einer durch Inventar gemachten Abschätzung, in die Gesellschaft gebracht worden, so stehen sie auf Gefahr der Gesellschaft.

Ist die Sache abgeschätzt worden, so kann der Gesellschafter nur den Preis dieser Abschätzung fordern.

1600. Ein Gesellschafter hat ein Klagerecht gegen die Gesellschaft, nicht nur in Betreff der für die Gesellschaft ausgelegten Summen, sondern auch in Betreff der mit gutem Glauben in Geschäften der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten, und der von seiner Geschäftsführung unzertrennlichen Gefahren.

1601. Bestimmt der Gesellschaftsvertrag nicht den Antheil jedes Gesellschafters an dem Gewinn und Verluste, so wird dieser Antheil, nach Maaßgabe seines Beitrags zum Gesellschafts-Kapitale, bestimmt.

In Bezug desjenigen Gesellschafters aber, welcher nur seinen Kunstfleiß in die Gesellschaft gebracht hat, ist dessen Antheil am Gewinn oder Verlust dem Antheile desjenigen gleich zu stellen, der am wenigsten beigeschossen hat.

1602. Sind die Gesellschafter miteinander eingeworden, die Bestimmung der Antheile auf einen unter ihnen, oder auf einen Drittmann ankommen zu lassen, so kann die von ihm gemachte Vertheilung, wenn sie nicht augenscheinlich unbillig ist, keineswegs angestritten werden.

Sind mehr als drei Monate verflossen, seit dem die Partei, welche sich für verkürzt ausgibt, von der Vertheilung Kenntniß hat, oder hat sie solche schon zu erfüllen angefangen, so ist in dieser Beziehung keine Klage mehr zulässig.

1603. Jede Uebereinkunft, mittelst welcher einem der Gesellschafter aller Gewinn zugetheilt würde, ist nichtig.

Eben so verhält es sich mit der Bedingung, kraft welcher die von einem oder mehreren der Gesellschafter, zum Gesellschafts-Kapital eingeschossenen Summen oder Effekten von allem Antheil am Verluste freigesprochen wären.

1604. Der Gesellschafter, welcher mittelst einer besondern Clausel des Gesellschaftsvertrags mit der Verwaltung beauftragt worden ist, kann, auch gegen den Willen der übrigen Mitgesellschafter, alles thun, was von seiner Verwaltung abhängt, wenn es nur ohne Betrug geschieht.

Diese Gewalt kann ohne rechtmäßige Ursache, so lange die Gesellschaft fortdauert, nicht zurückgenommen werden; ist sie aber dem Gesellschafter erst mittelst eines spätern Actes als der Gesellschaftsvertrag übertragen worden, so kann sie als eine bloße Vollmacht entzogen werden.

1605. Sind mehrere Gesellschafter mit der Verwaltung der Gesellschaft beauftragt, ohne daß ihre Verrichtungen bestimmt oder dahin festgesetzt worden wären, daß keiner ohne die andern etwas unternehmen dürfe, so kann jeder von ihnen einzeln alle Verwaltungsgeschäfte besorgen.

1606. Ist aber bedungen worden, daß keiner

von den Verwaltern ohne den andern etwas unternehmen dürfe, so kann, ohne eine neue Uebereinkunft, keiner allein, in Abwesenheit des andern handeln, selbst dann nicht, wenn es diesem augenblicklich unmöglich wäre, zu den Verwaltungsakten mitzuwirken; außer es träte Dringlichkeit ein und es würde durch die Versäumung der Gesellschaft ein wichtiger und unwiederbringlicher Nachtheil zufließen.

1607. An Abgang einer besondern Uebereinkunft über die Verwaltungsweise müssen nachstehende Regeln befolgt werden:

- 1) Es wird vorausgesetzt, die Gesellschafter haben sich gegenseitig das Recht gegeben, für einander zu verwalten. Das, was jeder thut, ist selbst für den Antheil seiner Mitgesellschafter gültig, auch wenn er vorher ihre Einwilligung dazu nicht eingeholt hat; doch bleibt diesen letztern und jedem derselben das Recht unbenommen, sich dem Geschäfte, ehe es abgeschlossen wird, zu widersetzen;
- 2) Jeder Gesellschafter kann die Sachen, die der Gesellschaft zugehören, gebrauchen, wenn er sich derselben ihrer Bestimmung gemäß, und nicht dem Interesse der Gesellschaft zuwider, oder nicht so bedient, daß er dadurch seine Mitgesellschafter hindert, sie ihrem Rechte nach gleichfalls zu gebrauchen;

- 3) Jeder Gesellschafter hat das Recht, seine Mitgesellschafter zu zwingen, gemeinschaftlich mit ihm, die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der Gesellschaftssachen erfordert werden;
- 4) Keiner der Gesellschafter kann, ohne die Einwilligung der übrigen, mit den von der Gesellschaft abhängigen und unbeweglichen Gütern, Neuerungen vornehmen, wenn er sie auch als vortheilhaft für die Gesellschaft erachten würde.

1608. Der Gesellschafter, der nicht Verwalter ist, kann die von der Gesellschaft abhängenden Sachen, selbst die Fahrnisse nicht, weder veräußern noch verpfänden.

1609. Jeder Gesellschafter kann, auch ohne Einwilligung seiner Mitgesellschafter, sich einen Drittmann in Betreff seines Antheils an der Gesellschaft beigesellen; allein er darf ihn nicht ohne diese Einwilligung in die Gesellschaft selbst aufnehmen, wenn er auch die Verwaltung derselben hätte.

Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter Drittmann gegenüber.

1610. Wenn einer der Gesellschafter ausdrückliche Vollmacht erhielt, im Namen der Gesellschaft

zu handeln und sich der Gesellschafts-Firma zu bedienen, so sind die Verbindlichkeiten, welche er im Namen der Gesellschaft, innerhalb der Schranken der ihm übertragenen Vollmacht, eingegangen ist, für alle Gesellschafter solidarisch gegen Drittmann verpflichtend.

1611. Außer dem in vorstehendem Artikel bezeichneten Falle, haften die Gesellschafter nicht solidarisch für die Gesellschaftsschulden; sie haften aber gegenüber dem Gläubiger, mit dem sie abgeschlossen haben, jeder für eine gleiche Summe und für einen gleichen Antheil, obschon der Antheil eines von ihnen an der Gesellschaft geringer wäre; wenn durch den Akt die Verpflichtung desselben nicht speziell auf das Maaß dieses geringeren Antheils beschränkt worden ist.

1612. Die, wenngleich auf Rechnung der Gesellschaft von einem Gesellschafter eingegangene Verbindlichkeit, wenn er dazu mit den nöthigen Vollmachten nicht versehen war, verpflichtet nur den abschließenden Gesellschafter und nicht die übrigen, es sey denn, daß das Geschäft zum Vortheil der Gesellschaft ausgefallen wäre.

Viertes Kapitel.

Von den verschiedenen Arten, wie die Gesellschaft aufhört.

1613. Die Gesellschaft hört auf:

- 1) Durch den Ablauf der Zeit, auf welche sie eingegangen worden ist;
- 2) Durch den Untergang des Gegenstandes oder durch die Vollendung des Geschäftes;
- 3) Durch den Tod eines der Gesellschafter;
- 4) Durch den Verlust der im Art. 19 erwähnten Civilrechte, durch die Interdiction oder in Concurssetzung des Vermögens einer der Gesellschafter;
- 5) Durch den von einem oder mehreren bezeugten Willen, die Gesellschaft nicht mehr fortzusetzen.

1614. Die Verlängerung der auf eine bestimmte Zeit geschlossenen Gesellschaft kann nur auf die Weise bewiesen werden, wie der Gesellschaftsvertrag selbst.

1615. Hat einer der Gesellschafter versprochen, das Eigenthum einer Sache in die Gesellschaft zu schießen, so bewirkt der Untergang dieser Sache, wenn er vor dem Einschuss statt fand, die Auflösung der Gesellschaft in Ansehung aller Mitgesellschafter.

Die Gesellschaft wird gleichermaßen in allen

Fällen durch den Untergang der Sache aufgelöst, wenn bloß der Genuß derselben in die Gesellschaft gebracht wurde, das Eigenthum aber dem Gesellschafter verblieben ist.

Die Gesellschaft wird aber durch den Untergang der Sache nicht getrennt, wovon das Eigenthum schon in die Gesellschaft gebracht worden ist.

1616. Ist bedungen worden, daß auf den Sterbefall eines der Gesellschafter die Gesellschaft mit seinem Erben, oder bloß unter den überlebenden Gesellschaftern fortgesetzt werden soll, so müssen diese Verfügungen befolgt werden. Im zweiten Falle hat der Erbe des Verstorbenen nur ein Recht auf die Theilung der Gesellschaft, in dem Zustande, worin sie beim Tode des Gesellschafters sich befand, und er nimmt an den weitem Rechten der Gesellschaft nur in soweit Theil, als sie eine nothwendige Folge von dem sind, was vor dem Absterben des Gesellschafters, den er beerbt, geschehen ist.

1617. Die Auflösung der Gesellschaft durch bloßen Willen einer der Partheien, findet nur bei Gesellschaften statt, deren Dauer unbestimmt ist; sie wird durch eine allen Mitgesellschaftern angezeigte Verzichtleistung bewerkstelligt, vorausgesetzt, daß diese Verzichtung redlicher Weise und nicht zur Unzeit geschehe.

1618. Die Verzichtleistung geschieht nicht auf

eine redliche Weise, wenn der Gesellschafter nur darum der Gesellschaft entsagt, um sich allein einen Gewinn zuzueignen, den die Gesellschafter die Absicht hatten, gemeinschaftlich zu beziehen.

Sie geschieht zur Unzeit, wenn die Sachen-Angelegenheiten zerrüttet sind, und es der Gesellschaft daran gelegen ist, daß ihre Auflösung verschoben werde.

1619. Die Auflösung einer auf eine bestimmte Zeit eingegangenen Gesellschaft kann nicht vor dem angenommenen Zeitpunkt von einem der Gesellschafter begehrt werden, er habe denn gegründete Ursachen dazu, z. B. wenn einer der Mitgesellschafter seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt, oder wenn ihn eine anhaltende Gebrechlichkeit zu den Geschäften der Gesellschaft untauglich macht, oder wenn andere ähnliche Fälle eintreten, deren Rechtmäßigkeit und Wichtigkeit dem Gutachten der Richter anheimgestellt sind.

1620. Die Vorschriften über die Theilung der Erbschaften, das Verfahren bei dieser Theilung, sowie die Verbindlichkeiten, die daraus zwischen Miterben entspringen, sind auch auf die Theilungen zwischen Gesellschaftern anzuwenden.

Dreizehnter Titel.

Von dem Darlehn.

1621. Es gibt Darlehn zweierlei Gattungen:

Das Darlehn von Dingen, die man gebrauchen kann, ohne sie zu verzehren;

Und das Darlehn von Dingen, die mittelst Gebrauches, welchen man von ihnen macht, verzehrt werden.

Die erste Gattung heißt Darlehn zum Gebrauche oder Commodat;

Die zweite Gattung nennt man Darlehn zum Verbrauche, oder schlechthin Darlehn.

Erstes Kapitel.

Von dem Darlehn zum Gebrauche oder Commodat.

Erster Abschnitt.

Von der Natur des Darlehns zum Gebrauche.

1622. Das Darlehn zum Gebrauche oder das Commodat ist ein Vertrag mittelst dessen eine der Parteien der andern eine Sache übergibt, um sich derselben auf eine gewisse Zeit zu bedienen, oder sie

auf eine bestimmte Art zu gebrauchen, unter dem Bedinge, daß sie der Entlehner, nachdem er sich selber bedient hat, wieder erstatte.

1623. Dieses Darlehn ist seiner Wesenheit nach unentgeltlich.

1624. Der Leiher bleibt Eigenthümer der geliehenen Sache.

1625. Alles, was im Verkehre ist und sich mittelst Gebrauches nicht verzehrt, kann Gegenstand dieses Vertrags seyn.

1626. Die Verbindlichkeiten, welche durch das Commodat entstehen, gehen auf die Erben des Leiheres sowohl als auf diejenigen des Entlehners über.

Hat man aber nur aus Rücksicht des Entlehners und ihm persönlich geliehen, so können seine Erben nicht fortfahren der geliehenen Sache zu genießen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten des Entlehners.

1627. Der Entlehner ist gehalten, für die Verwahrung und Erhaltung der geliehenen Sache wie ein guter Hausvater zu sorgen.

Er kann sich ihrer nur zu dem, durch ihre Natur oder den Vertrag bestimmten Gebrauche, bedienen, und zwar bei Strafe allfälliger Schadloshaltung.

1628. Bedient sich der Entlehner der Sache zu einem andern Gebrauche oder auf eine längere Frist, als er sollte, dann ist er selbst für den, aus bloßem Zufalle entstandenen, Verlust derselben verantwortlich.

1629. Geht die geliehene Sache durch einen Zufall zu Grunde, vor dem sie der Entlehner hätte sicher stellen können, wenn er sich seiner eigenen Sache bedient hätte, oder hat dieser, falls er nur eine von beiden erhalten konnte, die seinige vorgezogen, so haftet er für den Verlust der andern.

1630. Ward die Sache beim Ausleihen abgeschätzt, so trifft, selbst der durch bloßen Zufall eingetretene, Verlust für den Entlehner; es wäre denn anders verabredet worden.

1631. Wird die Sache allein durch den Gebrauch, wofür sie entlehnt worden, und ohne Verschulden von Seiten des Entlehners abgenutzt, so haftet dieser für die Verschlimmerung nicht.

1632. Hat der Entlehner Kosten gehabt, um die geliehene Sache gebrauchen zu können, so kann er dieselben nicht zurückfordern.

1633. Haben mehrere miteinander die nämliche Sache entlehnt, so sind sie dem Leihher dafür solidarisch verantwortlich.

Dritter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten desjenigen, der eine Sache zum Gebrauche leiht.

1634. Der Leihher kann die geliehene Sache erst nach der verabredeten Frist, oder, in Abgang einer bezüglichen Verabredung, erst dann zurückziehen, wann sie zu dem Gebrauche gedient hat, für den sie entlehnt worden ist.

1635. Wenn jedoch während dieser Frist oder ehe das Bedürfniß des Entlehners aufgehört hat, der Leihher selbst auf eine dringende und unvorhergesehene Art seiner Sache bedürftig würde, so kann der Richter, nach Beschaffenheit der Umstände, den Entlehner anhalten, ihm dieselbe zurück zu geben.

1636. Ward während der Dauer des Darlehns der Entlehner für Erhaltung der Sache zu einer außerordentlichen und nothwendigen Auslage verpflichtet, die so dringend war, daß er den Leihher nicht vorerst darüber benachrichtigen konnte, so ist dieser verbunden, sie ihm zu ersetzen.

1637. Hat die geliehene Sache solche Mängel, daß sie dem, welcher sich ihrer bedient, Schaden beibringen kann, so ist der Leihher, wenn er diese Mängel kannte und dem Entlehner verschwieg, dafür verantwortlich.

Zweites Kapitel.

Von dem Darlehn zum Verbrauche oder von dem Darlehn schlechthin.

Erster Abschnitt.

Von der Natur des Darlehns zum Verbrauche.

1638. Das Darlehn zum Verbrauche ist ein Vertrag, mittelst welchem eine Partei der andern eine gewisse Quantität durch den Gebrauch verzehrbarer Sachen, unter dem Bedinge liefert, daß letztere ihr eben so viel, von eben der Gattung und Qualität wiedergeben soll.

1639. Kraft dieses Darlehns wird der Entleiher Eigenthümer der geliehenen Sache, und diese geht im Falle des Verlustes ihm zu Grunde; auf welche Art immer dieß geschehen möge.

1640. Die Verbindlichkeit, welche aus einem Geld-Darlehn entsteht, beschränkt sich immerdar auf die im Vertrage ausgedrückte numerische Summe.

Wenn vor der Zahlungsfrist die Geldsorten im Werthe gestiegen oder gefallen sind, so muß der Schuldner die geliehene numerische Summe wieder erstatten, und zwar nur diese Summe in den zur Zeit der Zahlung gangbaren Sorten.

1641. Die im vorstehenden Artikel aufgestellte Regel hat nicht statt, wenn das Darlehn in Gold- oder Silbermünze besteht, mit der Bedingung, selbe

in den nämlichen Sorten und in der nämlichen Quantität zurückzugeben.

Fand Verringerung am innern Werthe dieser Münzen statt, oder kann man sich deren nicht verschaffen, oder sind selbe nicht gangbar, so ist der Gleichwerth des innern Werthes, den sie zur Zeit des gethanen Darlehns hatten, zu erstatten.

1642. Sind Gold- Silber-Stangen oder Lebensmittel geliehen worden, so muß der Schuldner, sie mögen noch so sehr im Preise gestiegen oder gefallen seyn, nichts mehr und nichts weniger als die nämliche Quantität und Qualität zurückgeben.

Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten des Darleihers.

1643. Bei dem Verbrauchsdarlehn hat der Leihher die im 1637sten Artikel für das Gebrauchsdarlehn festgesetzte Verantwortlichkeit.

1644. Der Darleiher kann die geliehenen Sachen vor der verabredeten Frist nicht zurückfordern.

1645. Ist für die Wiedererstattung keine Frist bestimmt worden, so kann der Richter, je nach den Umständen, dem Entlehner eine Frist zugestehen.

1646. Ward bloß verabredet, daß der Entlehner zahlen soll, wann er kann, oder die Mittel dazu haben wird, so soll ihm der Richter, je nach den Umständen, eine Zahlungsfrist festsetzen.

Dritter Abschnitt.

Von den Verpflichtungen des Entlehners.

1647. Der Entlehner ist verpflichtet, die geliehenen Sachen in derselben Quantität und Qualität, sowie in der verabredeten Frist, wiederzugeben.

1648. Ist es ihm unmöglich, dieser Verpflichtung genug zu thun, so muß er den Werth der Sache, mit Hinsicht auf Zeit und Ort, zu welcher sie nach der Verabredung hätte sollen wiedergegeben werden, bezahlen.

Ist diese Zeit und dieser Ort nicht bestimmt, so geschieht die Zahlung nach dem Preise der entlehnten Sache in der Zeit und an dem Orte, wo das Darlehn gemacht worden ist.

1649. Erstattet der Entlehner die geliehene Sache oder ihren Werth zur bestimmten Zeit nicht wieder, so ist er die Zinse dafür, vom Tage der gerichtlichen Klage an, schuldig.

Drittes Kapitel.

Von dem Darlehn auf Zinse.

1650. Es ist erlaubt, für das einfache Darlehn von Geld, von Lebensmitteln oder anderen beweglichen Sachen, Zinse zu verabreden.

1651. Der Entlehner, welcher Zinse bezahlt hat,

die nicht verabredet waren, kann sie weder zurückfordern, noch auf das Capital anrechnen.

1652. Der Zins ist gesetzlich oder vertragsmäßig.

Der gesetzliche Zins ist zu fünf Prozenten.

Der vertragsmäßige Zins kann diesen Fuß nicht übersteigen.

Der auf einen höhern Fuß verabredete Zins wird auf den gesetzlichen Fuß reduzirt werden; mit Vorbehalt der durch die peinlichen Gesetze gegen den Wucher verhängten Strafen.

1653. Ist mittelst Verabredung der Zinsfuß nicht bestimmt, so kann man den gesetzlichen Zins fordern.

1654. Ward ein höherer Zins, als durch das Gesetz zugestanden ist, gezahlt, dann soll der Ueberschuß Jahr für Jahr auf das Capital angerechnet werden.

1655. Die über ein Capital ohne Vorbehalt der Zinse gegebene Quittung, läßt vermuthen, diese seyen bezahlt, und schlägt davon los; der Beweis des Gegentheils vorbehalten.

1656. Der Schuldner kann in den Fällen des Art. 1666 angehalten werden, das Capital vor Ablauf der verabredeten Frist zurückzuzahlen.



Vierzehnter Titel.

Von den ewigen Renten.

1657. Es kann ein Zins oder eine Rente bedungen werden, mittelst eines Kapitals, auf dessen Zurückforderung der Darleiher Verzicht leistet.

1658. Es kann auch eine jährliche Leistung oder Rente bedungen werden, entweder an Geld oder an Lebensmitteln, für den Veräußerungspreis einer Piegenschaft oder als Beding der Abtretung eines Grundstückes, unter irgend einem selbst unentgeltlichen Titel.

1659. Die Renten können auf zwei Arten bestellt werden, entweder auf ewig oder auf lebenslänglich.

Die Regeln, welche die lebenslänglichen Renten betreffen, sind im Titel, Von den Zufallsverträgen, bestimmt.

1660. Die Bestellung einer ewigen Rente mittelst eines Kapitals nimmt den Namen Schuldforderung mit ewiger Rente an;

Die mittelst Abtretung eines Grundstückes bestellte Rente heißt, Grundstück-Rente.

1661. Die Schuldforderung mit ewiger Rente

soll mittelst einer auf ein gewisses und bestimmtes Grundstück ausgestellten Spezialhypothek gewährleistet werden; in dessen Ermangelung verbleibt das Kapital forderlich.

Der Belang der jährlichen Rente kann den vom Gesetze zur Zeit des Vertrags festgesetzten Zinsfuß nicht übersteigen.

1662. Die Verleihung einer Liegenschaft, von der im Artikel 1658 die Rede ist, überträgt deren volles Eigenthum auf den Cessionär ungeachtet jeder dawidrigen Clausel, selbst jener des Vorbehalts des Grundeigenthums; diese Clauseln werden als nicht geschrieben angesehen.

Jede Verleihung mit einem lästigen Titel, unter irgend welcher Benennung, z. B. als Erbbestand, Erbzinnsvertrag oder sonst dergleichen, unterliegt den für den Verkaufsvertrag aufgestellten Regeln. Ist die Verleihung mit unentgeltlichem Titel, so sollen dabei die auf die Schenkungen bezüglichen Regeln angewandt werden.

1663. Die ewige Rente ist ihrem Wesen nach loskäuflich, ungeachtet jeder dawider gehenden Verabredung.

Die Parteien können jedoch bedingen, daß der Loskauf nicht vor einer gewissen Zeitfrist, welche bei Grundstück-Renten nicht über dreißig und bei andern nicht über zehn Jahre sich erstrecken kann, statt-

finden dürfe, oder nicht ohne daß der Gläubiger vorher in der von den Parteien dazu bestimmten Frist, und die ein Jahr nicht übersteigen darf, darüber benachrichtiget werde.

Sind längere Fristen verabredet worden, so sind sie bezüglich auf die hier oben angesetzten zu reduzieren.

1664. Der Loskauf der mittelst eines Kapitals an Geld bestellten Rente geschieht durch die Zurückzahlung der für die Bestellung der Rente ausgezahlten Summe.

Der Loskauf einer Grundstück-Rente geschieht mittelst Bezahlung einer der jährlichen Rente zwanzigmal gleichgeltenden Summe.

Besteht diese Rente in Lebensmitteln, so wird der Mittelpreis derselben während der zehn letzten Jahre als Grundlage angenommen.

Es darf jedoch verabredet werden, daß der Loskauf mittelst eines mindern, aber nicht größern Kapitals als das durch gegenwärtigen Artikel festgesetzte, bewirkt werden könne.

1665. Der Schuldner einer Grundstück-Rente kann sich davon mittelst Ueberlassung der ihm mit dieser Last abgetretenen Liegenschaft nicht los schlagen.

1666. Abgesehen von den im Vertrage vorgesehenen Fällen, kann der Schuldner einer jährlichen Rente zum Loskaufe gezwungen werden :

- 1) Wenn er während drei aufeinander folgender Jahre die Rente zu bezahlen verabsäumt;
- 2) Wenn er die dem Gläubiger im Vertrage versprochene Sicherstellung zu leisten unterläßt;
- 3) Wenn bei Abgang oder Verringerung der geleisteten Sicherstellung, er selbe nicht durch andere gleichwerthige Garantien ersetzt;
- 4) Wenn, durch Veräußerung oder Theilung, das Grundstück, welches für die Rente als Hypothek ausgestellt wurde, vom Schuldner der Rente in den Besitz eines andern übergeht.

1667. Das auf ewige Rente ausgestellte Kapital wird auch forderlich, wenn der Schuldner in Concurß fällt.

1668. In dem N° 1 des 1666ten Artikels vorgesehenen Falle, wird angenommen, der Gläubiger habe dem Rechte, den Loskauf zu begehren, entsagt, wenn er, ohne Vorbehalt, die verspäteten Rückstände oder eine Zahlung auf Abschlag derselben empfangen hat.

1669. In den Fällen der Art. 1666 und 1667, sowie in allen andern, wo man den im Vertrage verabredeten Bestimmungen zuwider gehandelt hat, kann der Gläubiger bloß den Schuldner zum Loskaufe der Rente zwingen, ohne das Recht zu haben, die von ihm abgetretenen Liegenschaften beanspruchen zu können, ungeachtet jeder zuwiderlaufenden Ver-

abredung und jedes Vorbehaltes, die als nicht bestehend angesehen werden sollen.

1670. Die Artikel 1663, 1664, 1666 und 1667 sind auf jede andere jährliche Leistung, die unter irgend welchem Titel, selbst durch letzten Willensakt auf ewige Zeiten bestellt worden ist, anwendbar.

Fünftehnter Titel.

Von der Hinterlegung und der Beschlagnahme.

Erstes Kapitel.

Von der Hinterlegung im Allgemeinen und ihren verschiedenen Gattungen.

1671. Die Hinterlegung im Allgemeinen ist ein Akt, wodurch man eine fremde Sache mit dem Bedinge in Empfang nimmt, sie aufzubewahren und in Natura wiederzugeben.

1672. Es gibt zwei Gattungen von Hinterlegung; die Hinterlegung im eigentlichen Sinne und die Beschlagnahme.

Zweites Kapitel.

Von der Hinterlegung im eigentlichen Sinne.

Erster Abschnitt.

Von der Natur und dem Wesen der Hinterlegung.

1673. Die Hinterlegung ist ein seinem Wesen nach unentgeltlicher Vertrag.

1674. Sie kann nur bewegliche Sachen zum Gegenstande haben.

1675. Sie wird erst durch die wirkliche oder fingirte Uebergabe der hinterlegten Sache vollständig.

Die fingirte Hinterlegung genügt, wenn der Depositar schon unter einem andern Titel der Sache habhaft ist, die man unter dem Titel: *Hinterlegung*, ihm zu lassen einwilliget.

1676. Die Hinterlegung ist freiwillig oder nothgedrungen.

Zweiter Abschnitt.

Von der freiwilligen Hinterlegung.

1677. Die freiwillige Hinterlegung entsteht durch die gegenseitige Einwilligung des Hinterlegers einer Sache und des Inempfangnehmers derselben.

1678. Die freiwillige Hinterlegung kann der Re-

gel nach nur von dem Eigenthümer der hinterlegten Sache, oder mit dessen ausdrücklicher oder stillschweigender Einwilligung geschehen.

1679. Die freiwillige Hinterlegung muß schriftlich bewiesen werden. Der Zeugenbeweis ist nicht zulässig, wenn der Werth der hinterlegten Sache dreihundert Franken übersteigt.

1680. Ist eine Hinterlegung über dreihundert Franken nicht schriftlich bewiesen, so muß dem als Depositar Belangten auf seine Aussage hin, sowohl bezugs der Hinterlegung selbst, als der hinterlegten Sache und ihrer Wiedererstattung, geglaubt werden, mit Ausnahme der in den Art. 1234 und 1236 aufgestellten Bestimmungen.

1681. Die freiwillige Hinterlegung kann nur zwischen Vertragfähigen statt finden.

Wenn jedoch ein Vertragfähiger die von einem Unfähigen vollzogene Hinterlegung in Händen nimmt, so obliegen ihm alle Verbindlichkeiten eines wahren Depositars; er kann von dem Vormunde oder Verwalter des Hinterlegers belangt werden.

1682. Hat ein Vertragfähiger bei einem Andern, der es nicht ist, eine Sache hinterlegt, so hat jener, nur so lange die hinterlegte Sache in den Händen des Depositars sich befindet, die Vindicationsklage gegen diesen, oder auch eine Klage auf

Ersatz bis zum Belange dessen, was diesem Letztern zum Vortheile gereicht hat.

Dritter Abschnitt.

Von den Verpflichtungen des Depositar.

1683. Der Depositar soll für die Verwahrung der ihm anvertrauten Sache eben so viel Sorgfalt haben, wie für die seiner eigenen Sache.

1684. Die Bestimmung des vorstehenden Artikels ist mit größerer Schärfe anzuwenden:

- 1) Wenn der Depositar sich selbst angeboten hat, die Hinterlage zu Handen zu nehmen;
- 2) Wenn er für die Verwahrung der hinterlegten Sache sich einen Lohn bedungen hat;
- 3) Wenn die Hinterlegung einzig im Interesse des Depositar geschah;
- 4) Wenn ausdrücklich verabredet worden ist, daß der Depositar für jeden Fehler verantwortlich seyn wird.

1685. Der Depositar hat in keinem Falle die durch unabwendbare Gewalt eintretenden Zufälle zu verantworten, außer er wäre mit der Erstattung der hinterlegten Sache in Verzug gewesen.

1686. Er kann sich der hinterlegten Sache ohne ausdrückliche oder vermuthete Erlaubniß des Hinterlegers nicht bedienen.

1687. Er soll nicht nach näherer Kenntnißnahme der bei ihm hinterlegten Sachen streben, wenn solche ihm in einem verschlossenen Koffer oder unter versiegeltem Umschlage anvertraut werden.

1688. Der Depositar hat die nämliche Sache, die er zu Handen genommen hat, wiederzugeben.

Daher muß die bei ihm in gemünzten Geldsorten hinterlegte Summe in den nämlichen Sorten, wie er sie empfangen hatte, wiedererstattet werden, diese mögen im Werthe gestiegen oder gefallen seyn.

1689. Der Depositar ist gehalten, die hinterlegte Sache lediglich in dem Zustande, worin sie sich im Augenblicke der Zurückgabe befindet, zurückzugeben.

Die von ihm nicht verursachten Verschlimmerungen hat der Hinterleger zu ertragen.

1690. Der Depositar, dem die hinterlegte Sache mittelst unabwendbarer Gewalt entrisßen worden ist und der einen Preis oder eine andere Sache dafür erhalten hat, muß das Dafürerhaltene zurückgeben.

1691. Hat der Erbe des Depositars redlicher Weise eine Sache verkauft, ohne zu wissen, daß sie eine hinterlegte ist, so ist er bloß verpflichtet, den ihm dafür ausbezahlten Preis zu erstatten, oder, wenn er diesen noch nicht bezogen, sein Klagerecht gegen den Käufer abzutreten.

1692. Hat die hinterlegte Sache Früchte getragen und der Depositar die Früchte bezogen, so ist er verpflichtet, diese zu erstatten. Er ist für hinterlegtes Geld, nur vom Tage an, wo er in Verzug gesetzt worden, Zins schuldig.

1693. Der Depositar soll die hinterlegte Sache nur demjenigen zurückgeben, der sie ihm anvertraut hat, oder demjenigen, in dessen Namen die Hinterlegung geschehen ist, oder demjenigen endlich, der angewiesen worden ist, sie in Empfang zu nehmen.

1694. Er kann von demjenigen, der eine Sache bei ihm hinterlegt hat, den Beweis, daß er Eigenthümer derselben war, nicht fordern.

Wenn er jedoch entdeckt, daß die Sache gestohlen worden, und wer der wahre Eigenthümer derselben ist, so muß er diesem die bei ihm geschehene Hinterlegung anzeigen, und ihn auffordern, die Sache in einer bestimmten und hinlänglichen Zeitfrist zurückzuverlangen.

Wenn derjenige, dem diese Anzeige gemacht wurde, die hinterlegte Sache zurückzuverlangen verabsäumt, so wird der Depositar mittelst der Ablieferung derselben an denjenigen, von dem er sie empfangen hat, gültig von aller Verbindlichkeit entladen.

1695. Im Todesfalle des Hinterlegers, oder des gemäß der Bestimmung des 19. Artikels eingelaufenen Verlustes der bürgerlichen Rechte, kann die

hinterlegte Sache nur den Erben oder den im Art. 24 erwähnten Personen ausgeliefert werden.

Sind ihrer Mehrere, so haben sie sich über deren Zurücknahme einzuverstehen; in Abgang eines Einverständnisses kann sich der Depositar entledigen, wenn er die hinterlegte Sache dem Richter einhändigt.

1696. Wenn die Person, welche hinterlegt hat, ihren Stand verändert; wenn z. B. der volljährige Hinterleger mit der Interdiction belegt wurde, so kann in diesem und andern ähnlichen Fällen die hinterlegte Sache nur demjenigen zugestellt werden, der mit der Verwaltung der Rechte und des Vermögens des Hinterlegers betraut ist.

1697. Gesah die Hinterlegung von einem Vormunde, einem Eheanne oder einem Verwalter, in einer dieser Eigenschaften, so kann, wenn ihre Verwaltung aufgehört hat, die hinterlegte Sache nur denjenigen wiedergegeben werden, die ihnen in der Verwaltung gefolgt sind, oder der Person selbst, welche sie vertraten, falls diese die freie Verwaltung ihres Vermögens erlangt hätte.

1698. Ist der Ort, wo die Zurückgabe zu geschehen hat, im Hinterlegungsvertrage bestimmt, so ist der Depositar gehalten, die hinterlegte Sache dahin zu bringen. Die allfälligen Unkosten des Dahinbringens fallen dem Hinterleger zur Last.

1699. Ist der Ort der Zurückgabe im Vertrage nicht bestimmt, so hat sie am Orte der Hinterlegung selbst zu geschehen.

1700. Die hinterlegte Sache muß dem Hinterleger, sobald er sie verlangt, zurückgegeben werden, selbst wenn im Vertrage eine gewisse Zeitfrist für die Erstattung festgesetzt wäre; es sey denn, der Depositar habe einen Beschlagnahme zum Nachtheile des Hinterlegers in Händen, oder es bestehe eine Einsprache gegen die Zurückgabe oder gegen die Versehung der hinterlegten Sache.

Seinerseits kann der Depositar den Hinterleger zwingen, die hinterlegte Sache zu Handen zu nehmen; behauptet Letzterer, es sey die Zurückgabe unzeitig, so erkennt der Richter über den Werth dieser Einsprache.

1701. Alle Verbindlichkeiten des Depositors hören auf, wenn er entdeckt und beweist, daß er selbst Eigenthümer der hinterlegten Sache ist.

Vierter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten des Hinterlegers.

1702. Der Hinterleger ist verbunden, dem Depositar die von ihm für die Erhaltung der hinterlegten Sache gemachten Auslagen zu erstatten, und

denselben für allen, ihm durch die Hinterlegung etwa verursachten Verlust zu entschädigen.

1703. Der Depositär kann die hinterlegte Sache so lange zurückbehalten, bis er für seine in Rücksicht der Hinterlegung gemachten Auslagen völlig bezahlt ist.

Fünfter Abschnitt.

Von der nothgedrungenen Hinterlegung.

1704. Die nothgedrungene Hinterlegung ist eine solche, zu welcher man durch einen Zufall, wie z. B. Feuersbrunst, Einsturz, Plünderung, Schiffbruch oder irgend ein dergleichen unvorhergesehenes Ereigniß genöthiget worden ist.

1705. Der Zeugenbeweis kann bei nothgedrungener Hinterlegung sogar für einen Werth über dreihundert Franken zugelassen werden.

1706. Uebrigens sind bei der nothgedrungenen Hinterlegung alle für die freiwillige Hinterlegung aufgestellten Regeln anwendbar.

1707. Die Wirthe oder Gastgeber sind als Depositare für die Effekten verantwortlich, welche die bei ihnen eingekehrten Reisenden mitgebracht haben; die Hinterlegung dieser Effekte ist wie eine nothgedrungene betrachtet.

1708. Sie haften für den Diebstahl oder die Beschädigung der Effekte der Reisenden, der Dieb-

stahl oder die Beschädigung mag von den Dienstleuten oder denjenigen, welche der Wirthschaft vorstehen, oder von fremden Personen, die im Gasthose ein- und ausgehen, herrühren.

1709. Sie sind nicht verantwortlich für die mit gewaffneter Hand oder sonst mit Uebergewalt verübten Diebstähle, noch für solche, woran die Fahrlässigkeit des Eigenthümers Schuld ist.

D r i t t e s K a p i t e l .

Von dem Beschlage.

Erster Abschnitt.

Von den verschiedenen Arten des Beschlags.

1710. Der Beschlagnahme ist entweder vertragsmäßig oder gerichtlich.

Zweiter Abschnitt.

Von dem vertragsmäßigen Beschlage.

1711. Der vertragsmäßige Beschlagnahme ist die Hinterlegung einer streitigen Sache, von Seiten einer oder mehrerer Personen, in Drittmanns Hände, der sich verpflichtet, nach Beilegung des Rechtsstreites, sie an denjenigen, dem sie zuerkannt worden ist, abzugeben.

1712. Für den Beschlag kann ein Lohn ausbezungen werden.

1713. Der unentgeltliche Beschlag ist den Regeln der Hinterlegung im eigentlichen Sinne, jedoch mit Ausnahme nachstehender Abweichungen, unterworfen.

1714. Nicht allein Fahrnisse, sondern auch Viegenschaften können der Gegenstand des Beschlags seyn.

1715. Der mit dem Beschlage beauftragte Depositar kann, vor Beilegung des Rechtsstreites, nur mit Einwilligung aller dabei betheiligten Parteien, oder wegen einer als rechtmäßig anerkannten Ursache entladen werden.

Dritter Abschnitt.

Von der gerichtlichen Beschlagnahme oder Hinterlegung.

1716. Der gerichtliche Beschlag ist ein solcher Vertrag, der in den vom Gesetze bestimmten Fällen von dem Richter verordnet wird.

1717. Die Bestellung eines gerichtlichen Hüters erzeugt zwischen den Ansprechern der in Beschlag genommenen Sache und dem Hüter, gegenseitige Verbindlichkeiten.

Der Hüter soll für die mit Beschlag belegte Sache alle Sorgfalt eines guten Hausvaters haben.

Er muß sie demjenigen ausliefern, bei welchem sie nach Befund zu verbleiben haben werden.

Dieser hat die Verpflichtung, dem Hüter den ihm vom Gesetze, oder, bei dessen Stillschweigen, vom Richter zuerkannten Lohn zu bezahlen.

1718. Der gerichtliche Beschlagnahme wird entweder einer von den betheiligten Parteien gewählt oder vom Gesetze oder dem Richter bezeichneten Person anvertraut.

In beiden Fällen ist derjenige, dem die Sache anvertraut wird, den Verbindlichkeiten unterworfen, welche der vertragsmäßige Beschlagnahme mit sich bringt.

Sechszehnter Titel.

Von den Zufallsverträgen.

1719. Ein Zufallsvertrag ist eine wechselseitige Uebereinkunft, deren Wirkungen in Rücksicht auf Gewinn und Verlust, entweder für alle Parteien zugleich, oder nur für eine oder mehrere unter ihnen, von einer ungewissen Begebenheit abhängen.

Vergleichen sind:

Das Spiel und die Wette;

Der Leib-Renten-Vertrag.

Erstes Kapitel.

Von dem Spiele und der Wette.

1720. Das Gesetz bewilligt kein Klagerrecht für Spielschulden oder für Bezahlung einer Wette.

1721. Die zur Uebung in den Waffen dienlichen Spiele sind von vorstehenden Regeln ausgenommen.

Das Gericht kann jedoch die Klage abweisen, wenn ihm die Summe zu übermäßig scheint.

1722. Der Verspieler kann in keinem Falle das schon freiwillig Bezahlte zurückfordern, es sey denn von Seiten des Gewinners Betrug, Ueberlistung oder Prellerei eingetreten, oder der Verspieler sey minderjährig.

Zweites Kapitel.

Von dem Leib-Renten-Vertrage.

Erster Abschnitt.

Von den zur Gültigkeit dieses Vertrags erheischten Bedingungen.

1723. Die Leibrente kann unter lästigem Titel gegen eine Summe Geldes, oder gegen eine abschätzungsfähige Fahrniß, oder gegen eine Liegenschaft gestiftet werden.

1724. Sie kann auch unter einem ganz unentgeltlichen Titel durch Schenkung oder durch Testament bestellt werden.

1725. Im Falle des vorstehenden Artikels kann die Leibrente, wenn sie den disponiblen Theil übersteigt, reduziert werden. Sie ist ungültig, wenn sie zu Gunsten einer nicht empfangsbefähigten Person gestiftet worden ist.

1726. Die Leibrente kann entweder auf den Kopf desjenigen, welcher den Preis dazu hergibt, oder auf den Kopf eines Drittmanns, der kein Recht auf ihren Genuß hat, bestellt werden.

1727. Sie kann auf einen oder mehrere Köpfe bestellt werden:

1728. Sie kann zum Vortheile eines Dritten bestellt werden, obgleich ihr Preis von einer andern Person geliefert wird.

Obchon die Leibrente, im letzten Falle, die Kennzeichen einer Freigebigkeit an sich trägt, so ist sie dennoch den für die Schenkungen erheischten Förmlichkeiten nicht unterworfen; mit Vorbehalt jedoch der im Art. 1725 erwähnten Reductions- oder Nichtigkeitssfälle.

1729. Jeder Leibrenten-Vertrag, welcher auf den Kopf einer Person abgeschlossen worden ist, die am Tage des Vertrags schon todt war, ist wirkungslos.

1730. Ebenso verhält es sich mit dem Vertrage, mittelst welchem die Rente auf den Kopf einer Person gestiftet worden ist, welche innerhalb vierzig

Sagen, von der Betagung des Vertrags an zu rechnen, stirbt.

1731. Die Leibrente kann auf, nach Belieben der Parteien gewähltem Fuße gestiftet werden, wenn nur dieser höher ist als der Betrag, den die für den Preis der Rente abgetretene Sache erzeugen kann.

Zweiter Abschnitt.

Von den Wirkungen des Leibrenten-Vertrags zwischen den vorkommenden Parteien.

1732. Derjenige, zu dessen Gunsten die Leibrente mittelst eines Preises gestiftet worden ist, kann die Auflösung des Vertrags begehren, wenn ihm der Stifter der Leibrente die für die Vollziehung des Vertrags bedungenen Sicherheiten nicht verschafft oder durch sein Thun vermindert.

1733. Sind die bedungenen Sicherheiten ohne Zuthun des Schuldners vermindert worden, so kann der Gläubiger die Auflösung des Vertrags nicht anders begehren, als mit Rechnungstragung des Unterschieds zwischen dem Fuße der verfallenen Rente, die er bis dahin bezogen, und zwischen dem gesetzlichen Zinsfuße des Kapitals während der nämlichen Zeit, das er für die Stiftung der Rente bezahlt hat.

1734. Die bloße Zahlungsunterlassung der Rückstände der Rente gibt denjenigen, zu dessen Gunsten

dieselbe gestiftet worden ist, kein Recht, das Kapital zurückzufordern, oder in den Besitz des von ihm veräußerten Grundstückes einzutreten; er hat nur das Recht von dem Vermögen des Schuldners Güter oder Kapitalien welche eine der dem Gläubiger versprochenenen, gleichkommende jährliche Rente abwerfen, zu pfänden, damit solche für die Entrichtung der Rückstände angewiesen werden.

1735. Ward es ausbedungen worden, daß in Abgang der Zahlung der verfallenen Rente während einer bestimmten Zeit der Gläubiger die Auflösung des Vertrags begehren dürfe, so kann er diese Verabredung nur insoweit benutzen, als er den Uberschuß des verfallenen Rentefußes mit Hinsicht auf den gesetzlichen Zinsfuß in Rechnung bringt, in Gemäßheit dessen, was für den im Art. 1733 vorgesehenen Fall bestimmt ist.

1736. Der Stifter der Leibrente kann von deren Zahlung sich dadurch nicht befreien, daß er die Zurückzahlung des Kapitals anbietet, und auf die Zurückforderung der schon bezahlten Renten Verzicht leistet; er ist verbunden, die Rente während der ganzen Lebenszeit der Person, oder der Personen, auf deren Köpfe dieselbe gestiftet worden ist, zu entrichten, wie lange auch immer diese Personen leben mögen, und wie lästig auch immer die Entrichtung der Rente seyn mag.

1737. Der Eigenthümer der Leibrente erwirbt dieselbe bloß nach Maaßgabe der Anzahl Tage, die er gelebt hat.

Wenn man jedoch übereingekommen ist, daß sie zum voraus bezahlt werden soll, so erwirbt er die Frist, welche hätte bezahlt werden sollen, schon am Tage, auf welchen die Zahlung bestimmt war.

1738. Die Leibrente kann nicht pfändungsfrei bedungen werden, außer sie sey unter unentgeltlichem Titel gestiftet worden.

1739. Die Leibrente erlischt nicht durch den Verlust der bürgerlichen Rechte von Seiten des Eigenthümers; sie muß ihm sein ganzes natürliches Leben hindurch entrichtet werden.

1740. Der Eigenthümer einer Leibrente kann das Verfallene nicht fordern, ohne seine Existenz oder diejenige der Person zu beweisen, auf deren Kopf die Rente ausgestellt worden ist.



Siebenzehnter Titel.

Von der Vollmacht.

Erstes Kapitel.

Von der Natur der Vollmacht.

1741. Die Vollmacht oder die Prokuration ist ein Akt, mittelst welchem Jemand einem Andern die Gewalt einräumt, etwas für den Vollmachtgeber und in seinem Namen zu thun.

Der Vertrag wird erst durch die Annahme seitens des Bevollmächtigten vollständig.

Die Annahme der Vollmacht kann auch stillschweigend stattfinden und aus der Vollziehung entstehen, welche ihr der Bevollmächtigte gegeben hat.

1742. Die Vollmacht ist unentgeltlich, außer es sey anders verabredet worden.

1743. Sie ist entweder eine Spezial-Vollmacht für ein oder mehrere gewisse Geschäfte, oder eine General-Vollmacht für alle Geschäfte des Vollmachtgebers.

1744. Die in allgemeinen Ausdrücken abgefaßte Vollmacht erstreckt sich bloß auf Verwaltungsakte.

Soll veräußert, hypothezirt oder sonst irgend welcher Eigenthumsact vorgenommen werden, so muß es in der Vollmacht ausgedrückt seyn.

1745. Der Bevollmächtigte muß in seinem Handeln innerhalb der Schranken der Vollmacht bleiben. Die Vollmacht sich zu vergleichen, umfaßt die nicht, sich einem Schiedsspruche zu unterwerfen.

1746. Die volljährigen Frauen oder Töchtern und die Minderjährigen können zu Bevollmächtigten erkiesen werden; allein dem Vollmachtgeber steht dann gegen den Bevollmächtigten keine andere Klage zu, als in Gemäßheit der allgemeinen, auf die Verbindlichkeiten der Minderjährigen sich beziehenden Regeln, und gegen die Weibspersonen, welche die Vollmacht ohne gesetzliche Ermächtigung dazu angenommen haben, nur nach den, in den verschiedenen auf sie Bezug habenden Titeln aufgestellten Regeln.

Zweites Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten des Bevollmächtigten.

1747. Der Bevollmächtigte ist verpflichtet, die Vollmacht, so lange er damit betraut ist, zu erfüllen, und ist für den sich aus der Nichterfüllung etwa ergebenden Nachtheil verantwortlich.

Er muß desgleichen das beim Tode des Voll-

machtgebers angefangene Geschäft vollenden, falls Gefahr im Verzuge ist.

1748. Der Bevollmächtigte haftet nicht nur für den Betrug, sondern auch für den Fehler, den er in seiner Geschäftsführung begeht.

Jedoch ist die Verantwortlichkeit für den Fehler weniger streng auf denjenigen anzuwenden, der die Vollmacht unentgeltlich übernommen hat, als auf denjenigen, der dafür einen Lohn erhält.

1749. Jeder Bevollmächtigte ist gehalten, über seine Geschäftsführung Rechenschaft zu geben, und dem Vollmachtgeber alles, was er kraft seiner Vollmacht empfangen hat, zu überantworten, selbst wenn das, was er empfangen hat, dem Vollmachtgeber nicht gebührt hätte.

1750. Der Bevollmächtigte ist für denjenigen, den er sich in seiner Amtsführung substituirt, verantwortlich:

- 1) Wenn er die Vollmacht, sich Jemand zu substituiren, nicht erhalten hat;
- 2) Wenn ihm diese Vollmacht ohne Bezeichnung der Person ertheilt worden ist, und diejenige, welche er auerkiesen hat, offenbar untauglich oder zahlungsunfähig war.

In allen Fällen kann der Vollmachtgeber geradezu die vom Bevollmächtigten sich substituirt Person belangen.

1751. Sind in dem nämlichen Akte mehrere Bevollmächtigte oder Mandataren bestellt worden, so besteht nur dann Solidarität unter denselben, wenn sie in diesem Akte ausdrücklich bedungen worden ist.

1752. Der Bevollmächtigte schuldet die Zinse für die Summen, welche er zu seinem Gebrauche verwendet hat, vom Tage ihrer Verwendung an, und für diejenigen, die er rückständig schuldig blieb, vom Tage an, wo er in Verzug gesetzt worden ist.

1753. Der Bevollmächtigte, welcher der Partei, mit der er in dieser Eigenschaft einen Vertrag abschließt, eine genugsame Kenntniß von seiner Vollmacht gegeben hat, ist, in Betreff dessen, was über die Schranken derselben hinaus geschehen ist, keine Gewähr schuldig, wenn er sich derselben nicht persönlich unterzogen hat.

D r i t t e s K a p i t e l.

Von den Verbindlichkeiten des Vollmachtgebers.

1754. Der Vollmachtgeber ist gehalten, die von dem Bevollmächtigten in Gemäßheit der ihm ertheilten Vollmacht eingegangenen Verbindlichkeiten zu vollziehen.

Er ist zu dem, was über die Schranken der Vollmacht eingegangen seyn mag, nicht gehalten, wenn

er anders dasselbe nicht ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt hat.

1755. Der Vollmachtgeber muß dem Bevollmächtigten die Auslagen und Kosten, welche dieser für die Vollziehung der Vollmacht machen mußte, ersetzen und den ihm versprochenen Lohn bezahlen.

Kann dem Bevollmächtigten kein Fehler zur Schuld gelegt werden, so darf der Vollmachtgeber selbst dann, wenn das Geschäft mißlungen ist, sich nicht weigern, die Auslagen zu erstatten und den Lohn zu bezahlen; noch, unter dem Vorwande, daß die Auslagen und Kosten geringer hätten seyn können, den Betrag derselben reduzieren lassen.

1756. Der Vollmachtgeber muß den Bevollmächtigten auch für den Verlust entschädigen, den dieser bei Gelegenheit seiner Geschäftsführung erlitten hat, ohne daß man ihn einer Unvorsichtigkeit beschuldigen könnte.

1757. Der Vollmachtgeber ist dem Bevollmächtigten für die von diesem gemachten Auslagen, von dem Tage an, wo dieselben erwahrt sind, Zinsen schuldig.

1758. Ist der Bevollmächtigte von mehreren Personen für ein gemeinschaftliches Geschäft bestellt worden, so haftet ihm Jede solidarisch für alle Wirkungen der Vollmacht.

Viertes Kapitel.

Von den verschiedenen Arten, wie die Vollmacht endet.

1759. Die Vollmacht hört auf:

Mitteltst Abbestellung des Bevollmächtigten;

Mitteltst Verzicht desselben auf die Vollmacht;

Mitteltst Todes, oder Verlustes der bürgerlichen Rechte, mitteltst Interdiction oder in Concursversetzung, sowohl des Vollmachtgebers als des Bevollmächtigten.

1760. Der Vollmachtgeber kann seine Vollmacht nach Belieben zurücknehmen und wo nöthig, den Bevollmächtigten zwingen, ihm die authentische Vollmachtsurkunde abzugeben.

1761. Die einfach dem Bevollmächtigten angezeigte Zurücknahme kann Drittmann, welcher, ohne von derselben zu wissen, in einen Vertrag sich eingelassen hat, nicht entgegengehalten werden; doch bleibt hiebei dem Vollmachtgeber der Regreß gegen seinen Bevollmächtigten vorbehalten.

1762. Die Bestellung eines neuen Bevollmächtigten für das nämliche Geschäft gilt als Wiederufung des ersten, von dem Tage an zu rechnen, an dem sie diesem angezeigt worden ist.

1763. Der Bevollmächtigte kann mitteltst der dem Vollmachtgeber gethanen Anzeige seines Verzichtes der Vollmacht entsagen.

Wäre jedoch dieser Verzicht dem Vollmachtgeber nachtheilig, so hat ihn der Bevollmächtigte deßhalb zu entschädigen; es seye denn, er fände sich in der Unmöglichkeit, die Vollmacht fortzusetzen, ohne selbst einen beträchtlichen Schaden dabei zu leiden.

1764. Ist der Tod des Vollmachtgebers oder eine der andern Ursachen, wodurch die Vollmacht erlischt, dem Bevollmächtigten unbekannt, so ist das, was er während dieser Unkenntniß gethan, gültig.

1765. In den hierobigen Fällen werden die Verbindlichkeiten des Bevollmächtigten gegen Drittmann, der in gutem Glauben ist, vollzogen.

1766. Stirbt der Bevollmächtigte, so müssen seine Erben den Vollmachtgeber darüber benachrichtigen; indessen aber das, was die Umstände für des Letztern Interesse erfordern, besorgen.



Achtzehnter Titel.

Von der Bürgschaft.

Erstes Kapitel.

Von der Natur und dem Umfange der Bürgschaft.

1767. Wer für eine Verbindlichkeit Bürge steht, verpflichtet sich gegenüber dem Gläubiger, dieser Verbindlichkeit genug zu leisten, falls der Schuldner es nicht selbst thut.

1768. Die Bürgschaft kann nur hinsichtlich einer gültigen Verbindlichkeit bestehen.

Man kann sich jedoch für eine Verbindlichkeit verbürgen, die kraft einer dem Schuldner ganz persönlichen Einrede, z. B. der Minderjährigkeit, vernichtet werden kann.

1769. Die Bürgschaft kann das, wozu der Schuldner verbunden ist, nicht übersteigen, noch unter lästigeren Bedingungen eingegangen werden.

Sie kann aber bloß für einen Theil der Schuld und unter minder lästigen Bedingen geleistet werden.

Die die Schuld übersteigende oder unter lästigeren Bedingungen eingegangene Bürgschaft ist nicht ungültig, nur kann sie auf das Maaß der Hauptverbindlichkeit reduzirt werden.

1770. Man kann ohne Auftrag dessen, für den man sich verbindet, und selbst ohne sein Vorwissen, sich für ihn verbürgen.

Nicht allein für den Hauptschuldner, sondern auch für dessen Bürgen kann Bürgschaft geleistet werden.

1771. Die Bürgschaft wird nicht vermuthet; sie muß ausdrücklich geschehen, und darf über die Schranken hinaus, innerhalb welcher sie geleistet ward, nicht ausgedehnt werden.

1772. Die unbeschränkte Bürgschaft einer Hauptverbindlichkeit erstreckt sich auf Alles zur Schuld gehörige, sogar auf die Kosten der ersten Klage, sowie auf alle jene, welche nach der dem Bürgen gegebenen dießfälligen Anzeige erfolgt sind.

1773. Der zur Leistung einer Bürgschaft verbundene Schuldner hat einen vertragsfähigen, ein hinreichendes Vermögen besitzenden, um für den Gegenstand der Verbindlichkeit zu haften, und einen im Kantone wohnsitzenden Bürgen zu stellen.

1774. Die Zahlungsunfähigkeit eines Bürgen wird nach dessen Grundvermögen berechnet, außer in Handelsfachen und wenn die Schuld gering ist.

Streitige Liegenschaften oder außer dem Kantone gelegene werden nicht berücksichtigt.

1775. Wenn der vom Gläubiger freiwillig oder vor Gericht angenommene Bürge, in der Folge

zahlungsunfähig wird, so muß ein anderer gestellt werden.

Diese Regel leidet nur dann eine Ausnahme, wenn der Bürge kraft einer Uebereinkunft gestellt worden ist, mittelst welcher der Gläubiger eine gewisse Person zum Bürgen begehrt hat.

Zweites Kapitel.

Von der Wirkung der Bürgschaft.

Erster Abschnitt.

Von der Wirkung der Bürgschaft zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner.

1776. Der Bürge ist dann erst verbunden, den Gläubiger zu bezahlen, wenn der Hauptschuldner es nicht thut; dieser muß vorläufig in seinem Vermögen ausgeklagt werden, der Bürge müßte denn auf die Rechtswohlthat der Ausklagung verzichtet, oder sich mit dem Schuldner solidarisch verbindlich gemacht haben; in welchem Falle die Wirkung seiner Verbindlichkeit sich nach den für die Solidarschulden aufgestellten Grundsätze richtet.

1777. Haben sich mehrere Personen für den nämlichen Schuldner und für die nämliche Schuld als Bürgen gestellt, so ist jede aus ihnen zur ganzen Schuld verbunden.

1778. Demungeachtet kann jede aus ihnen, wenn sie auf die Rechtswohlthat der Theilung nicht Verzicht gethan hat, begehren, daß der Gläubiger seine Klage vorderhand theile, und von jedem Bürgen nur seinen Antheil fordere.

Wenn zur Zeit, da einer der Bürgen die Theilung begehrt hat, einer oder der andere aus ihnen zahlungsunfähig war, so muß dieser Bürge, verhältnißmäßig, für seine zahlungsunfähigen Mitbürgen bezahlen; allein für die Zahlungsunfähigkeiten, welche erst nach diesem Theilungsbegehren eingetreten sind, kann er nicht mehr nachgesucht werden.

Wird die Verbindlichkeit eines der Bürgen kraft einer ganz persönlichen Einrede vernichtet, so wird dessen Antheil an der Schuld auf die übrigen Bürgen vertheilt.

1779. Es wird nicht angenommen, daß die Bürgen auf die Rechtswohlthat der Theilung verzichtet haben, obschon sie erklärt hätten, sich unter einander oder mit dem Schuldner solidarisch zu verpflichten.

1780. Hat der Gläubiger selbst und von freien Stücken seine Klage getheilt, so kann er gegen diese Theilung nicht mehr einkommen, selbst dann nicht, wenn schon, bevor er in dieselbe gewilligt hat, einige der Bürgen zahlungsunfähig waren.

1781. Der Afterbürge ist dem Gläubiger gegenüber nur im Zahlungsunfähigkeitsfalle des Haupt-

schuldners und sämmtlicher Bürgen, oder, wenn der Schuldner und die Bürgen kraft ihnen persönlichen Einreden losgesprochen sind, verbunden.

Der Bürge des Bürgen wird als Afterbürge angesehen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Wirkung der Bürgschaft zwischen dem Schuldner und dem Bürgen.

1782. Dem Bürgen, welcher bezahlt hat, steht der Regreß gegen den Hauptschuldner zu, die Bürgschaft mag mit oder ohne Vorwissen des Schuldners geleistet worden seyn.

Dieser Regreß hat sowohl für die Hauptschuld als für die Zinsen und Kosten statt; jedoch hat der Bürge seinen Regreß nur für diejenigen Kosten, die er ausgelegt, seitdem er dem Hauptschuldner den gegen ihn gerichteten Trieb angezeigt hat.

Ihm gebührt der Regreß für die Zinsen alles dessen, was er für den Schuldner bezahlt hat, ob schon die Schuld nicht zinstragend wäre.

Er hat auch für die allenfallsige Schadloshaltung seinen Regreß.

Wenn jedoch die Schuldforderung zu Gunsten des Gläubigers nicht zinstragend wäre, so laufen die Zinsen zu Gunsten des Bürgen nur von dem Tage an, wo er die Bezahlung angezeigt hat.

1783. Der Bürge, welcher die Schuld bezahlt hat, tritt in alle Rechte, welche dem Gläubiger gegen den Schuldner zustehen.

1784. Sind mehrere Solidarhauptschuldner einer und derselben Schuld vorhanden, so hat der Bürge, welcher sie alle verbürgt hat, gegen jeden derselben, seinen Regreß für die Zurückforderung alles dessen, was er bezahlt hat.

1785. Dem Bürgen, welcher schon einmal bezahlt hat, steht kein Regreß gegen den Hauptschuldner zu, wenn dieser noch einmal bezahlt, weil ihm der Bürge über die geleistete Zahlung keine Nachricht zukommen ließ; dem Letztern steht aber die Klage auf Rückforderung gegen den Gläubiger offen.

Hat der Bürge bezahlt, ohne belangt worden zu seyn und ohne den Hauptschuldner davon bekundigt zu haben, so hat er keinen Regreß gegen ihn, wenn im Augenblicke der Zahlung dieser Schuldner Mittel gehabt hätte, die Schuld für erloschen erklären zu lassen; dagegen steht dem Bürgen die Klage auf Rückforderung gegen den Gläubiger offen.

1786. Der Bürge kann, selbst bevor er bezahlt hat, gegen den Schuldner verfahren, um durch ihn von seiner Verpflichtung enthoben zu werden:

- 1) Wenn er wegen der Bezahlung gerichtlich belangt wird;

- 2) Wenn der Schuldner im Concursfalle ist;
 - 3) Wenn der Schuldner sich verpflichtet hat, ihm zu einer gewissen Zeit seine Entladung zu verschaffen;
 - 4) Wenn die Schuld durch Verfall der Frist, unter welcher sie eingegangen wurde, klagbar ist;
 - 5) Nach Verlauf von zehn Jahren, wenn die Hauptverbindlichkeit keine Verfallsfrist hat; wenn anders diese Verbindlichkeit nicht von der Beschaffenheit ist, daß sie zu irgendwelcher, sey's bestimmten oder unbestimmten, Zeit erlöschen kann.
-

Dritter Abschnitt.

Von der Wirkung der Bürgschaft unter den Mitbürgen.

1787. Haben mehrere Personen den nämlichen Schuldner für die nämliche Schuld verbürgt, so hat der Bürge, welcher die Schuld entrichtete, einen Regreß gegen die andern Bürgen und zwar gegen jeden für seinen Antheil; jedoch können diese Bürgen diejenigen Einreden geltend machen, welche dem Hauptschuldner gegenüber dem Gläubiger, zugestanden hätten, und die diesem Schuldner nicht ganz persönlich wären.

1788. Der Regreß, dessen im vorstehenden Artikel erwähnt ist, hat zu Gunsten des Solidar-

bürgen gegen den einfachen Bürgen, so wie zu Gunsten dieses Letztern gegen den Afterbürgen nicht statt.

Ward aber die Zahlung von dem einfachen oder von dem Afterbürgen geleistet, so tritt dieser in die Rechte des Gläubigers gegen den einfachen Bürgen, sowie dieser Letztere gegenüber dem Solidarbürgen.

Drittes Kapitel.

Von der Erlöschung der Bürgschaft.

1789. Die aus der Bürgschaft erwachsende Verbindlichkeit erlischt aus den nämlichen Gründen, wie die übrigen Verbindlichkeiten.

1790. Die in der Person des Hauptschuldners und seines Bürgen, vorgegangene Confusion, weil einer des andern Erbe wurde, macht die Klage des Gläubigers gegen den Bürgen des Bürgen nicht erlöschen.

1791. Der Bürge kann dem Gläubiger alle Einreden, welche dem Hauptschuldner zustehen und in der Natur der Schuld liegen, entgegenhalten.

Er kann diejenigen Einreden nicht entgegenhalten, welche bloß dem Schuldner persönlich zustehen.

1792. Der Bürge, auch der Solidarbürge wird freigesprochen, wenn die Subrogation in die Rechte,

Hypotheken und Vorzüge des Gläubigers, in Folge seiner That oder seiner Nachlässigkeit zu Gunsten des Bürgen nicht mehr geschehen kann.

Der aus Abgang der hypothekarischen Einschreibung sich ergebende Schaden ist jedenfalls dem Gläubiger anzurechnen, wenn diese Einschreibung nicht innerhalb der auf die Hypothekbestellung folgenden fünfzehn Tage genommen wurde; außer die Amtsstube des Verwahrers wäre unzugänglich gewesen.

1793. Nimmt der Gläubiger eine unbewegliche oder anderweitige Sache freiwillig für die Schuld an Zahlungsstatt an, so ist der Bürge losgeschlagen, auch wenn der Gläubiger dieser Sache in der Folge entäußert wird.

1794. Die bloße Fristverlängerung, welche von dem Gläubiger dem Hauptschuldner anberaumt wird, entladet den Bürgen nicht; er kann in diesem Fall gegen den Schuldner einkommen, um ihn zur Zahlung zu zwingen.

1795. Der Bürge, welcher seine Verpflichtung auf die dem Hauptschuldner anberaumte Frist beschränkt hat, verbleibt über die ange setzte Frist, und während der ganzen Zeit, die nothwendig ist um den Schuldner zur Zahlung zu zwingen, verbunden, wenn nur innerhalb der drei Monate der Verfallzeit,

der Gläubiger den Trieb begonnen, und solcher thätig fortgesetzt worden ist.

Viertes Kapitel.

Von dem gesetzlichen und gerichtlichen Bürgen.

1796. So oft Jemand kraft des Gesetzes, oder einer Verurtheilung angehalten wird, eine Bürgschaft zu leisten, so muß der angetragene Bürge die von den Artikeln 1773 und 1774 vorgeschriebenen Bedinge erfüllen.

1797. Wer keinen Bürgen finden kann, wird zugelassen, an dessen Stelle, ein zur Gewähr der Schuldforderung für hinlänglich befundenes Unterpfand oder sonstige Versicherung einzugeben.

1798. Der gesetzliche oder gerichtliche Bürge genießt der Ausklagungs-Rechtswohlthat nicht.

1799. Derjenige, welcher bloß den gesetzlichen oder gerichtlichen Bürgen verbürgt hat, kann sowohl die Ausklagung des Hauptschuldners als des Bürgen begehren.

Neunzehnter Titel.

Von den Vergleichen.

1800. Der Vergleich ist ein Vertrag mittelst welchem die Parteien einen entstandenen Rechtsstreit beschwichtigen, oder einem zu entstehenden zuvorkommen.

1801. Um einen Vergleich eingehen zu können, muß man über die im Vergleiche begriffenen Gegenstände verfügungsfähig seyn.

Der Vormund darf für den Mündel oder den Interdicirten nur in Gemäßheit des Art. 283 einen Vergleich eingehen; und er darf mit dem volljährig gewordenen Minderjährigen, auf Rechnung der Vormundschaft nicht anderswie einen Vergleich abschließen als in Gemäßheit des Art. 301.

1802. Man kann sich über das Civilinteresse, das aus einem Vergehen hervorgeht, vergleichen.

Der Vergleich hindert das Verfahren der öffentlichen Behörde nicht.

1803. Es kann in einem Vergleiche eine Strafe gegen denjenigen bedungen werden, der ihn nicht halten würde.

Diese Strafe tritt an die Stelle des aus der Verspätung erwachsenden Schadenersatzes, ohne Gefährdung jedoch der Vollziehung des Vergleiches, der seine Wirkung erhalten soll.

Die Gerichte können jedoch die Strafe vermindern, wenn sie augenscheinlich ungeheuer übertrieben ist.

1804. Die Vergleiche beschränken sich auf ihren Gegenstand: der in ihnen enthaltene Verzicht auf alle Rechte, Klagbarkeiten und Forderungen wird nur auf den Zwist bezogen, der zum Vergleiche Anlaß gegeben hat.

1805. Die Vergleiche schlichten nur diejenigen Streitigkeiten, die in selben enthalten sind; es mögen nun die Parteien ihre Absicht durch besondere, oder allgemeine Ausdrücke erklärt haben, oder diese Absicht durch eine nothwendige Folgerung aus dem, was ausgedrückt ist, erkannt werden.

1806. Wenn Jemand, der einen Vergleich über ein Recht eingeht, das er durch sich selbst hatte, in der Folge ein ähnliches Recht von Seiten eines Andern erwirbt, so ist er, in Ansehung des neuerworbenen Rechts, an den vorhergehenden Vergleich nicht gebunden.

1807. Der von einem der Interessirten eingegangene Vergleich bindet die andern Interessirten nicht, und kann von diesen auch nicht entgegengehalten werden.

1808. Die Vergleiche haben unter den Parteien die Kraft einer in letzter Instanz abgeurtheilten Sache.

Sie können weder wegen Rechtsirrthums noch wegen Verkürzung angestritten werden.

1809. Jedoch kann ein Vergleich aufgelöst werden, wenn Irrthum in der Person oder über den Gegenstand des Rechtsstreites obwaltet.

Dies kann auch in allen Fällen geschehen, wo Betrug oder gewaltsamer Zwang eintritt.

1810. Die Auflösungsklage findet ebenfalls gegen einen Vergleich statt, der auf eine nichtige Urkunde hin eingegangen worden ist, außer die Parteien hätten sich über diese Nichtigkeit ausdrücklich abgefunden.

1811. Der Vergleich, welcher auf Schriften hin gemacht worden ist, die seitdem als falsch anerkannt worden sind, ist ganz ungültig.

1812. Der Vergleich über einen Rechtsstreit, der kraft eines rechtskräftig gewordenen Urtheils beendet ist, wovon die Parteien oder eine derselben keine Kenntniß hatten, ist nichtig.

War das den Parteien unbekannte Urtheil weiterziehungsfähig, so ist der Vergleich gültig.

1813. Haben die Parteien sich im Allgemeinen über die Angelegenheiten, die sie miteinander haben mögen, verglichen, so sind die Urkunden, welche ihnen

damals unbekannt waren, aber nachher entdeckt wurden, keine Ursache zur Auflösung, wenn sie anders nicht durch die That einer der Parteien vorenthalten worden sind.

Aber der Vergleich wäre ungültig, wenn er nur einen Gegenstand haben sollte, hinsichtlich dessen durch neu entdeckte Urkunden erwiesen wird, daß eine der Parteien gar kein Recht hatte.

1814. Der Rechnungsirrthum in einem Vergleich muß wieder gut gemacht werden.

1815. Es darf, ohne Guttheißung des Waisenamtes kein Vergleich abgeschlossen werden über noch nicht fällige, gerichtlich zuerkannte Unterhaltssummen, noch über solche, die kraft eines Freigebigkeits-Actes erworben wurden.

Zwanzigster Titel.

Von der körperlichen Haft in Civilsachen.

1816. Die körperliche Haft in Civilsachen kann in den Fällen statt finden, wo die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners erhärtet ist.

Der Fall ist ausgenommen, wo der Schuldner beweisen würde, daß diese Zahlungsunfähigkeit nicht von seinem unflugen Betragen herrühre.

1817. Die körperliche Haft kann auch ausgesprochen werden; ohne einer Erhärtung über die Zahlungsfähigkeit des Schuldners zu bedürfen:

- 1) Gegen denjenigen, welcher Liegenschaften veräußert oder hypothekirt, die, wie es ihm bewußt ist, andern angehören; oder schon hypothekirte Güter als freie darstellt; oder mindere Hypotheken erklärt, als die, womit seine Güter seines Wissens behaftet sind;
- 2) Bei Noth-Hinterlegung;
- 3) Gegen diejenigen, die verurtheilt worden sind ein Grundstück abzutreten und solches zu thun sich weigern;
- 4) Behufs Zurückforderung von Geldern, die in die Hände, zur Entgegennahme bestellter, öffentlicher Personen hinterlegt worden sind;
- 5) Behufs Darlegung der bei Beschlagnehmern, Verwaltern und andern richteramtlich zur Aufsicht bestellten Personen hinterlegten Sachen;
- 6) Gegen alle öffentlichen Beamten behufs Darlegung ihrer Urschriften, wenn diese verordnet ist, und behufs Ausfertigung der Abschrift der Urkunden an diejenigen, die solche zu begehren das Recht haben;
- 7) Gegen die Richter, Gerichtschreiber, Advokaten und Prokuratoren behufs Zurückgabe der ihnen anvertrauten Urkunden und der Gelder, die

sie in ihren Amtsgeschäften für ihre Klienten empfangen.

1818. Die Pächter und Theilpächter können verhaftet werden, wenn sie am Ende der Pacht das Urvieh, die Saatfrüchte, den Dünger und das Ackergeräthe, die ihnen anvertraut worden sind, nicht herstellen, sie müßten denn beweisen, daß diese Gegenstände ohne ihr Verschulden fehlen.

1819. Auch gegen den flüchtigen oder der Flucht verdächtigen Schuldner kann Verhaftung eintreten, wenn er zur Bezahlung seiner Schuld nicht hinreichendes liegendes oder fahrendes Vermögen im Kantone besißt.

In diesem Falle ist der Schuldner auf sein Begehren hin vor den Richter zu bringen, welcher die Verhaftnahme verordnet hat, der dann je nach den Umständen mittelst oder ohne Bürgschaft die Freilassung desselben bescheiden kann.

Wird die Verhaftung beibehalten, so ist der Gläubiger verpflichtet, innerhalb drei Tagen, seit der Verhaftung des Schuldners, um Verurtheilung einzukommen; im Unterlassfalle kann dieser seine Freilassung begehren.

1820. Außer den durch die vorgehenden Artikel bestimmten Fällen, oder jenen, die in Zukunft durch ein förmliches Gesetz bestimmt werden könnten, ist es allen Richtern verboten, die persönliche Haft auszu-

sprechen, allen Notaren und sonstigen öffentlichen Beamten, Acte zu verfassen, in welchen sie verabredet wäre: Alles bei Strafe der Nichtigkeit, Unkosten und Schadloshaltung.

1821. Den im Artikel 1819 vorgesehenen Fall ausgenommen, kann die persönliche Haft nur kraft eines Urtheils statt finden.

1822. Das Urtheil, mittelst welchem die Verhaftung ausgesprochen wird, soll die Dauer derselben bestimmen, welche nicht über neunzig Tage seyn darf.

1823. Die persönliche Haft wegen Gegenständen, deren Werth in Geld abgeschätzt wird, kann für eine Summe unter hundert Franken nicht beschieden werden.

1824. Sie kann nicht ausgesprochen werden:

- 1) Gegen die Weibspersonen und die Minderjährigen;
- 2) Gegen diejenigen, welche in das siebenzigste Altersjahr eingetreten sind; außer in den im Art. 1817, N^o 1, vorgesehenen Fällen;
- 3) Gegen denjenigen, der für sein Vaterland unter Waffen steht, so lange er im Activdienst ist.

1825. Die Anverwandten in gerader Linie, die Geschwister, die Oheime und Neffen oder die Verschwägerten im nämlichen Grade, die Ehegatten, können die Verhaftung gegen einander nicht begehren.

1826. Die Vollziehung des die Verhaftung verordnenden Urtheils, hindert und verschiebt nicht das Verfahren und die Vollziehung in Betreff der Güter.

1827. Die Verhaftung befreit den Schuldner von seiner Schuld nicht.

1828. Die körperliche Haft hat die Wirkung, daß der Gläubiger seinen Schuldner, mittelst Vor- schuß der Kosten, so lange in Verhaft behalten kann, bis er für das Kapital, Anhang und Kosten, die des Verhaftes mitbegriffen, vollends zufrieden gestellt worden ist.

1829. Die Förmlichkeiten bei der körperlichen Haft werden in den Gesetzen über die bürgerliche Prozeßordnung geregelt.



Einundzwanzigster Titel.

Von dem Versaße.



1830. Der Versaß ist ein Vertrag, mittelst dessen ein Schuldner seinem Gläubiger eine Sache zur Sicherheit der Schuld übergibt.

1831. Der Versatz einer beweglichen Sache heißt Unterpfand;

Der einer unbeweglichen Sache heißt Pfand-
nungsvertrag.

Erstes Kapitel.

Von dem Unterpfande.

1832. Das Unterpfand gibt dem Gläubiger das Recht, sich aus der Sache, die der Gegenstand desselben ist, mit Vorrecht und Vorzug, vor den übrigen Gläubigern bezahlt zu machen; mit Ausnahme der Bestimmungen der Art. 1861 und 1862.

1833. Dieses Vorrecht hat nur in soweit statt, als ein öffentlicher oder Privatakt, mit sicherem Datum, vorhanden ist, worin die geschuldete Summe, nebst der Art und Gattung der zum Unterpfande gegebenen Sache angegeben sind, oder dem ein Verzeichniß über Qualität, Gewicht und Maaß derselben beigegeben ist.

Die schriftliche Abfassung des Aktes ist jedoch nur bei Sachen erforderlich, von einem Werthe über dreihundert Franken.

1834. Auf unkörperliche Fahrnisse, z. B. auf Schuldforderungen, kann das im vorgehenden Artikel erwähnte Vorrecht nur durch einen öffentlichen oder durch einen Privatakt mit sicherem Datum

übertragen werden, welcher überdieß dem Schuldner der zum Unterpfand gegebenen Schuldforderung angezeigt werden muß.

1835. In jedem Falle haftet das Vorrecht nur insofern auf dem Unterpfande, als letzteres in den Besitz des Gläubigers oder eines Drittmanns, den die Parteien dazu ausersehen haben, gekommen und darin verblieben ist.

1836. Das Unterpfand kann auch von einem Drittmanne für den Schuldner gegeben werden.

1837. Der Gläubiger darf im Falle der Nichtzahlung keineswegs über das Unterpfand verfügen; er kann jedoch selbes auspfänden, wobei er sich nach den für den Schuldentrieb bestimmten Vorschriften zu richten hat.

Jede Clausel, wodurch der Gläubiger berechtigt würde, sich das Unterpfand zuzueignen, oder darüber ohne die obigen Förmlichkeiten zu verfügen, ist nichtig.

1838. Der Schuldner bleibt, bis zur gerichtlichen Entschlagung, wenn sich der Fall dazu ergiebt, Eigenthümer des Unterpfandes, welches in der Hand des Gläubigers nur eine Hinterlage ist zur Sicherung seines Vorrechtes.

1839. Der Gläubiger haftet nach den im Titel: Von den Contracten oder vertragsmäßigen Verbindlichkeiten im Allgemeinen

aufgestellten Bestimmungen für den Verlust oder die Verschlimmerung des Unterpfandes, die durch seine Nachlässigkeit sich zugetragen hat.

Der Schuldner muß auch seinerseits dem Gläubiger die nützlichen und nothwendigen Auslagen vergüten, welche dieser für die Erhaltung des Unterpfandes gemacht hat.

1840. Ist eine zinstragende Schuldforderung zum Unterpfande gegeben worden, so hat der Gläubiger diese Zinsen auf diejenigen anzurechnen, welche er zu fordern haben mag.

Ist die Schuld, für deren Sicherheit die Schuldforderung zum Unterpfande gegeben worden ist, selbst nicht zinstragend, so geschieht die Anrechnung auf das Kapital der Schuld.

1841. Mißbraucht der Gläubiger das Unterpfand, so kann der Schuldner um dessen Inbeschlagnahme nachsuchen.

1842. Der Schuldner kann das Unterpfand nicht eher zurückfordern, als bis er die Schuld, zu deren Sicherstellung das Unterpfand gegeben worden ist, an Kapital, Zinsen und Kosten gänzlich abbezahlt hat.

Wäre seitens des nämlichen Schuldners gegen eben denselben Gläubiger noch eine andere Schuld vorhanden, die zwar erst nach dem Versage aufgenommen, aber vor Bezahlung der ersten Schuld

fällig geworden ist, so kann der Gläubiger nicht angehalten werden, das Unterpfand zurückzugeben, ehe er für beide Schulden gänzlich bezahlt ist, selbst dann nicht, wenn gar keine Bedingung zu dem Behufe statt gehabt hätte, das Unterpfand für die Bezahlung der zweiten Schuld haften zu machen.

1843. Das Unterpfand ist untheilbar, ungeachtet der Theilbarkeit der Schuld unter den Erben des Schuldners, oder denjenigen des Gläubigers.

Der Erbe des Schuldners, welcher seinen Theil an der Schuld bezahlt hat, kann die Zurückgabe seines Anthells am Unterpfande nicht begehren, so lange die Schuld nicht gänzlich abgetragen ist.

Anderseits kann der Erbe des Gläubigers, welcher seinen Theil an der Schuld empfangen hat, das Unterpfand nicht zum Nachtheil derjenigen seiner Miterben, welche nicht bezahlt sind, zurückgeben.

Zweites Kapitel.

Von der Pfandnutzung.

1844. Die Pfandnutzung hat Drittmann gegenüber nur dann Wirkung, wenn sie auf einem authentischen oder privatschriftlichen Akt, mit sicherem Datum, beruht.

Der Gläubiger erwirbt mittelst dieses Vertrags

nur die Befugniß, die Früchte der Piegenschaft zu beziehen, unter der Obliegenheit, selbe jährlich auf die Zinse anzurechnen, falls ihm deren gebühren, und nachdem auf das Kapital seiner Schuldforderung.

Das Nämliche gilt für den Fall, wo die Parteien es ausdrücklich bedungen hätten, daß die Früchte mit den Zinsen ausgeglichen werden sollen; und es darf der gesetzliche Zinsfuß nicht überstiegen werden, welche Verabredung immer darüber abgeschlossen worden seyn mag.

Diese Bestimmung findet auch ihre Anwendung, selbst bei dem mit Vorbehalt des Rückkaufes geschehenen Verkaufe, wenn der Verkäufer in der Eigenschaft als Pächter oder Miether im Besitze der Sache verbleibt. Während der Rückkaufstrist kann der Käufer unter dem Titel von Miethen oder Pacht keine Summe beziehen, welche den gesetzlichen Zinsfuß des jährlichen Zinses übersteigt.

1845. Außer einer anderweitigen Verabredung ist der Gläubiger gehalten, die jährliche Abgabe und Last der Piegenschaft, die er pfandnüglich besitzt, zu bezahlen.

Er hat desgleichen, bei Strafe der Schadloshaltung, für den Unterhalt und die nützlichen sowohl als nothwendigen Ausbesserungen der Piegenschaft zu sorgen; doch kann er auf die Früchte alle Aus-

gaben, welche sich auf diese verschiedenen Gegenstände beziehen, zum voraus erheben.

1846. Der Schuldner kann vor der gänzlichen Tilgung der Schuld den Genuß der zur Pfandnuzung von ihm gegebenen Liegenschaft nicht begehren.

Der Gläubiger aber, welcher sich der im vorgehenden Artikel erwähnten Verbindlichkeiten entheben will, kann jederzeit den Schuldner zwingen, wieder in den Genuß seiner Liegenschaften zu treten, außer derselbe hätte diesem Rechte entsagt.

1847. Der Gläubiger wird nicht Eigenthümer der Liegenschaft, durch das bloße Ausbleiben der Zahlung zur angesetzten Frist; jede dawidergehende Clausel ist nichtig, er kann in diesem Falle die Auspfändung seines Schuldners auf gesetzlichem Wege betreiben.

1848. Die Bestimmungen der Artikel 1836 und 1843 sind auf die Pfandnuzung gleichermaßen wie auf das Unterpfand anwendbar.

1849. Die Bestimmungen gegenwärtigen Kapitels schmälern keineswegs die Rechte, welche Drittmann auf die zur Pfandnuzung gegebene Liegenschaft haben mag.

Hat der mittelst eines solchen Titels besizende Gläubiger, sonst noch gesegzmäßig begründete und

bewahrte Vorzugsrechte und Hypotheken auf die Eigenschaft selbst, so übt er sie in seinem Range und wie jeder andere Gläubiger aus.

Zweiundzwanzigster Titel.

Von den Vorzugsrechten und Hypotheken.

Erstes Hauptstück.

Allgemeine Verfügungen.

1850. Wer eine persönliche Verbindlichkeit eingegangen hat, haftet für deren Erfüllung, mit allen seinen beweglichen und unbeweglichen, gegenwärtigen und zukünftigen Gütern.

1851. Die Güter des Schuldners sind das gemeinschaftliche Unterpfand seiner Gläubiger; und der Preis derselben wird zwischen ihnen vertheilt, wenn nicht unter den Gläubigern rechtmäßige Ursachen eines Vorzugs obwalten.

1852. Rechtmäßige Ursachen des Vorzugs sind: die Vorzugsrechte und die Hypotheken, und die Sicherheit des Datums.

Zweites Hauptstück.

Von den Vorzugsrechten.

1853. Das Vorzugsrecht ist ein von der Eigenschaft der Person oder der Schuldforderung einem Gläubiger gegebenes Recht, den andern, selbst Hypothekar-Gläubigern, unter den hiernach bestimmten Beschränkungen, vorgezogen zu werden.

1854. Zwischen den vorzugsrechtlichen Gläubigern regelt sich der Vorzug nach den verschiedenen Gattungen der Vorzugsrechte.

1855. Die vorzugsrechtlichen Gläubiger, welche den nämlichen Rang haben, werden nach Verhältniß ihrer Forderungen bezahlt.

1856. Die Vorzugsrechte sind entweder allgemeine auf die Gesamtheit der Güter, oder spezielle auf gewisse bewegliche Güter.

Erster Abschnitt.

Von den allgemeinen Vorzugsrechten.

1857. Die vorzugsrechtlichen Schuldforderungen, auf die Gesamtheit der Güter, sind folgende:

- 1) Die Leichenkosten;
- 2) Die im allgemeinen Interesse der Gläubiger gehaltenen Gerichtskosten;

- 3) Die Krankheits-Kosten während der zwölf Monate, welche dem Tode des Schuldners, oder dem gerichtlichen Akte, durch den die Verjährung unterbrochen ward, vorangingen;
- 4) Der Lohn der Dienstboten für das verflossene Jahr, und was daran noch für das laufende geschuldet wird;
- 5) Der Lohn der Tagelöhner während der sechs letzten Monate;
- 6) Die dem Schuldner und seiner Familie während der sechs letzten Monate gemachten Lieferungen von Alimenten;
- 7) Der Ehrenlohn der Rechtsanwälde und Procuratoren während der zwölf letzten Monate;
Die in den Nummern 4, 5, 6 und 7 angeführten Fristen werden rückwärts gezählt, von dem Tage an zu rechnen, an dem der gerichtliche Akt, durch welchen die Verjährung unterbrochen wurde, statt fand;
- 8) Die Rechte und Schuldforderungen der Frauen auf die Güter ihrer Ehemänner, für die Ausstände ihres eingebrachten Gutes und für die Vollziehung der Eheverträge; insofern diese Rechte anders als durch die Erklärung des Mannes erwiesen wären;
- 9) Die Schuldforderungen der Kinder und anderen Descendenten, gegen ihre Vater, Mutter

oder andere Ascendenten, für die Werthe, deren Genuß oder Verwaltung diese hatten;

- 10) Die Forderungen der unter Vormundschaft oder Curatel versetzten Personen, gegen ihre Vormünder oder Curatoren, für die Schulden welche von ihrer Verwaltung herrühren.
-

Zweiter Abschnitt.

Von den speziellen Vorzugsrechten auf gewisse bewegliche Güter.

1858. Die vorzugsrechtlichen Schuldforderungen auf gewisse bewegliche Güter sind :

- 1) Die Pacht- und Miethgelder von Liegenschaften auf die Früchte der Erndte des Jahres; auf die Lebensmittel die sich in den zum Grundeigenthume gehörigen Häusern und Gebäuden befinden, wenn nur diese Lebensmittel von diesen Grundeigenthumen herkommen; auf alles was zur Ausrüstung des vermiethteten Hauses oder Landgutes und auf alles was zur Bewirthschaftung des Pachtgutes dient, nämlich, für die Rückstände von zwei Jahren und was noch während des laufenden Bestandjahres fällig wird.

Das nämliche Vorzugsrecht kommt dem Vermiether zu, für die Schaden, die an dem vermiethteten Gebäude oder an dem Pachtgute

veranlaßt worden sind: für die Miethverbesserungen, für die Erstattung der zur Bewirthschaftung der Grundgüter bestimmten Geräthe, und für alles was die Vollziehung des Bestandes betrifft;

Das Vorzugsrecht auf die vorhandenen Früchte besteht auch dann, wenn die Früchte dem Unterpächter angehören;

Das Vorzugsrecht auf alles, womit das vermiethte Haus oder das Pachtgut ausgerüstet ist und auf alles was zur Bewirthschaftung des Pachtgutes dient, wenn diese Sachen dem Unter-Miether oder Unter-Pächter angehören, hat nur bis zum Belange dessen statt, was dieser schuldet, ohne auf das was er zum voraus bezahlt hätte, Acht zu nehmen;

Der Vermiether kann die Mobilien des Miethers, des Unter-Miethers oder Unter-Pächters, mit denen sein Haus ausgerüstet oder sein Pachtgut versehen ist, pfänden, wenn diese Mobilien ohne seine Einwilligung anderswohin gebracht worden sind, und er behält auf dieselben sein Vorzugsrecht, wenn er nur in einer vierzigtägigen Frist die Vindicationsklage angestellt hat; mit Ausnahme dessen was im Artikel 1880 gesagt wird;

- 2) Die Schuldforderung auf das Unterpfind , welches der Gläubiger in Händen hat ;
- 3) Die gehabtten Kosten zur Erhaltung und Ausbesserung der Mobilien , welche diejenigen noch zurückhalten , die die Kosten gehabt haben ;
- 4) Der Preis nicht bezahlter Mobiliareffekten , wenn der Schuldner selbe noch besitzt ;

Das Vorzugsrecht des Verkäufers wird jedoch nur nach demjenigen des Eigenthümers des Hauses oder des Pachtgutes ausgeübt; es sey denn es würde bewiesen, der Eigenthümer hätte Kenntniß gehabt, daß der Preis der Mobilien, mit denen sein Haus oder Pachtgut versehen wurde, zur Zeit wo dieselben dahin versetzt worden sind, noch nicht bezahlt war ;

- 5) Die Lieferungen eines Gastwirths , so wie der diesem gebührende Lohn, auf die Effekten des Reisenden, welche in seine Herberge überbracht worden sind und noch in derselben sich befinden ;
- 6) Die Frachtkosten und Nebenausgaben, auf die geführten und noch in den Händen des Fuhrmannes sich befindlichen Sachen, oder selbst auf die, welche innerhalb der vorhergegangenen vierundzwanzig Stunden, von diesem aus-

geliefert wurden, wenn sie nur noch in den Händen desjenigen dem sie zubestimmt waren, sich befinden.

Drittes Hauptstück.

Von der Rang-Ordnung der Vorzugsrechte, und von den Gütern, auf denen sie ausgeübt werden.

1859. Die Vorzugsrechte, von welchen in den Nummern 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 des Artikels 1857 die Rede ist, werden in dem Range, in welchem sie aufgezählt sind, ausgeübt.

Das Vorzugsrecht der Frauen auf die Güter ihrer Ehemänner für die Ausstände des Einbringens, findet von dem Tage an statt, an dem der Ehemann das Vermögen seiner Frau in Empfang genommen hat, und für die Vollziehung der Eheverträge, vom Tage der Heirath an.

Das Vorzugsrecht der unter väterlicher Gewalt stehenden, und der unter Vormundschaft oder Curatel versetzten Personen, auf die Güter der Ascendenten, Vormünder oder Curatoren, zählt vom Tage an, wo diese den Genuß oder die Verwaltung der Güter, von welchen das Vorzugsrecht hervorgeht, angetreten haben.

Im Concurssfalle zwischen den Vorzugsrechten,

die in den N^o 5 und 6 des Art. 1858 erwähnt werden, hat das N^o 6 angeführte den Vorzug.

1860. Die vorzugsrechtlichen Schuldforderungen auf die Gesamtheit der Güter werden von den jedes Unterpfandes, Spezial-Vorzugsrechtes oder Hypothek ledigen Gütern zum voraus erhoben.

Finden sich keine solche Güter oder deren nicht genugsam vor, so werden sie von den hypothecirten Gütern, mit der jüngsten Hypothek anzufangen, und in deren Abgang von den Spezial-Vorzugsrechten zum voraus erhoben; mit der im nachstehenden Artikel enthaltenen Beschränkung.

1861. Wenn, in Abgang freier Güter, die allgemeinen Vorzugsrechte auf die hypothecirten Güter oder auf Fahrnisse die mit einem Spezial-Vorzugsrechte behaftet sind, ausgeübt werden, so haben einzig die in den N^o 1, 2 und 3 des Art. 1857 angeführten allgemeinen Vorzugsrechte vor der gesetzlichen Hypothek, von welcher N^o 2 des Art. 1885 die Rede seyn wird, und vor den Spezial-Vorzugsrechten, den Vorrang.

Die in den N^o 4, 5, 6 und 7 des Art. 1857 bezeichneten allgemeinen Vorzugsrechte nehmen unmittelbar nach den oben erwähnten speziellen Vorzugsrechten und gesetzlichen Hypotheken ihren Rang.

Die Vorzugsrechte, derer in den N^o 8, 9 und 10 des Art. 1857 erwähnt wird, concurriren je nach

ihr Datum mit den anderweitigen hierob nicht erwähnten Hypotheken.

1862. In Abgang anderer Güter werden die in den N^o 1, 2 und 3 des Art. 1857 erwähnten allgemeinen Vorzugsrechte von den N^o 1, 2, 3 und 4 des Art. 1885 bezeichneten Hypotheken und von den mit speziellem Vorzugsrechte behafteten Gütern nach Verhältniß ihres Betrages zum voraus erhoben.

1863. Die Vorzugsrechte erstrecken sich nur auf diejenigen Güter, welche zur Zeit wo das Vorzugsrecht ausgeübt wird, im Besitze des Schuldners sind; in Drittmanns Hand haben sie keine Wirkung.

V i e r t e s H a u p t s t ü c k .

Wie die Vorzugsrechte bewahrt und abgeändert werden.

1864. Sowohl die allgemeinen als besondern Vorzugsrechte werden auch ohne irgendwelche Einschreibung bewahrt.

Es können jedoch die Vorzugsrechte der Frauen, der unter väterlicher Gewalt Stehenden, der Minderjährigen und Interdicirten, gemäß der Bestimmungen nachfolgender Artikel abgeändert werden.

1865. Die Ehemänner, die Ascendenten, die Vormünder und Curatoren können begehren, daß das Vorzugsrecht der Frauen, der unter väterlicher Gewalt Stehenden, der Minderjährigen und Inter-

dicirten, mittelst einer Einschreibung, die auf Eigenschaften, welche das Waisenamt zu bezeichnen hat, genommen werden soll, beschränkt werde.

1866. Die Frauen, die unter väterlicher Gewalt Stehenden, die Minderjährigen und Interdicirten, so wie auch ihre Verwandten und Freunde, können gleichfalls die Einschreibungsnahme auf die Güter der Ehemänner, der Ascendenten, der Vormünder und Curatoren nachsuchen.

In diesem Falle hat das Waisenamt Eigenschaften von hinreichendem Werthe zur völligen Bewahrung ihrer Rechte zu bezeichnen.

1867. Die von dem Waisenamte in Gemäßheit des vorstehenden Artikels verordnete Einschreibung soll auf Betrieb eines gerichtlichen Beistandes, oder eines Curators ad hoc genommen werden, wenn es um die Bewahrung der Rechte einer Frau, oder eines unter väterlicher Gewalt Stehenden zu thun ist; handelt es sich aber um die Bewahrung der Rechte eines Minderjährigen oder Interdicirten, so hat die Eintragung auf Betrieb des Nebenvormundes oder des Neben-Curators zu geschehen.

Der gerichtliche Beistand, der Curator ad hoc, der Neben-Vormund oder der Neben-Curator, welche die ihnen von dem gegenwärtigen Artikel auferlegte Verpflichtung verabsäumen würden, bleiben für den Mangel der Einschreibung verantwortlich.

1868. Die Frau kann auch darin einwilligen, daß einige Liegenschaften ihres Ehemannes, die speziell bezeichnet werden müssen, zum Nachtheile ihres Vorzugsrechtes hypothecirt werden können.

Diese Einwilligung soll, mit der zur Verbindlichmachung der Frau zu Gunsten ihres Ehemannes, erforderlichen Ermächtigung abgegeben werden.

Das Waisenamt kann gleichfalls dazu einwilligen, daß gewisse speziell bezeichnete Liegenschaften der Ascendenten, der Vormünder oder Curatoren, zum Nachtheile der Vorzugsrechte der unter väterlicher Gewalt Stehenden, der Minderjährigen und Interdicirten hypothecirt werden können.

1869. Es kann im Ehevertrage verabredet werden, daß, zur Sicherstellung des Vermögens, welches die Frau zur Zeit besitzt, die Ginschreibung nur auf eine oder auf gewisse Liegenschaften des Ehemannes genommen werde.

In Betreff der Ginschreibung zur Sicherstellung desjenigen Vermögens aber, welches der Frau während der Ehe zufallen würde, kann ein solcher Vertrag nicht stattfinden.

Ein Vertrag zu gänzlichem Begleiben aller Ginschreibung ist nicht zulässig.

1870. Find eine Ginschreibung gemäß der Art. 1865, 1866 und 1869 statt, so können die übrigen Liegenschaften der Ehemänner, der Ascendenten, der

Vormünder und Curatoren, zum Nachtheile der in den N^o 8, 9 und 10 des Artikels 1857 angeführten Vorzugsrechte hypothecirt werden; diese Vorzugsrechte bleiben jedoch in Kraft um den ersten Rang, nach den eingeschriebenen Hypothekar-Gläubigern, auf das freie Vermögen zu erhalten.

1871. Das Vorzugsrecht der Frau dauert während der Ehe, und, während eines Jahres nach deren Auflösung, falls die volljährige Frau ihren Ehemann überlebt, und wenn sie minderjährig ist, während eines Jahres nach Erreichung der Volljährigkeit.

Im Falle des frühern Absterbens der Frau geht, wenn sie minderjährige Kinder hinterläßt, das Vorzugsrecht welches ihr angehörte, auf ihre Kinder über, und wird während eines Jahres nach dem diese die Volljährigkeit erreicht haben, fort dauern, oder während eines Jahres, nach dem der Genuß oder die Verwaltung des Vaters aufgehört hat, wenn selbe nach der Volljährigkeit fortgesetzt worden ist.

Die nämliche Bestimmung ist auch auf das Vorzugsrecht der unter väterlicher Gewalt Stehenden auf das Vermögen ihrer Ascendenten anzuwenden.

Während des hieroben erwähnten Jahres können die Interessirten die Einschreibung auf Liegenschaften, von hinlänglichem Werthe, zur Bewahrung ihrer Rechte, nachsuchen.

1872. Das Vorzugsrecht der Minderjährigen auf die Güter des Vormundes dauert während eines Jahres nach Aufhören der Vormundschaft fort. Ist der Vormund im Rückstande, so hat dessen Nachfolger, unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit, eine Einschreibung auf das Vermögen seines Vorfahrers nachzusuchen, außer es wäre, kraft des Art. 1865 oder 1866, schon eine hinlängliche Einschreibung genommen worden.

Er hat von dem Waisenamte die Liegenschaften, auf welche die Einschreibung statt finden soll, bezeichnen zu lassen.

Die Vorschrift dieses Artikels ist auch auf die Curatellen anwendbar.

1873. Ueber die Einspruchsfälle gegen die, kraft der Art. 1865, 1866 und 1872 gestellten Begehren und Ansuchen, wird von den ordentlichen Gerichten contradictorisch gegen denjenigen erkannt, welcher kraft der Art. 1867 und 1872 mit der in diesen Artikeln erwähnten Einschreibungsnahe beauftragt ist.

Fünftes Hauptstück.

Von der Bewahrung des Rechtes die Vermögensmassen abzufordern.

1874. Die Gläubiger und die Legatäre einer Verlassenschaft, welche auf Absonderung der Ver-

mögensmasse des Verstorbenen von jener des Erben klagen, behalten auf die Liegenschaften der Verlassenschaft denjenigen Vorzug, welcher ihnen, vermöge der auf jede dieser Liegenschaften geschehenen Einschreibung, die innerhalb sechs Monaten seit der Erbschafts-Eröffnung vor sich zu gehen hat, gesetzlich zusteht.

Wurde die Einschreibung der den Legataren zugestandenen gesetzlichen Hypothek innerhalb sechs Monaten seit der Erbschafts-Eröffnung genommen, so hat selbe zu Gunsten der Legataren die nämliche Wirkung wie das Absonderungs-Recht.

1875. Vor Abfluß der sechs Monate, von denen im vorstehenden Artikel die Rede ist, kann Seitens der Erben oder Stellvertreter des Verstorbenen, zum Nachtheile der Gläubiger oder Legataren desselben, keine Hypothek auf die Güter der Erbschaft bestellt werden.

Sechstes Hauptstück.

Von den Hypotheken.

1876. Die Hypothek ist ein dingliches Recht auf die Güter, welche zur Erfüllung einer Verbindlichkeit angewiesen worden sind.

Sie ist ihrer Natur nach untheilbar und haftet gänzlich auf allen angewiesenen Gütern, auf jedem besonders, und auf jedem Theile derselben.

1877. Alle sowohl unbeweglichen als beweglichen Güter, welche im Verkehre sind, können mit einer Hypothek behaftet werden.

1878. Die Hypothek kann auch auf einen unvertheilten Antheil von Gütern angewiesen werden, die man in Gemeinschaft unter Erbschafts- oder sonstigem Titel besitzt; im Theilungsfalle aber wird die Hypothek auf diejenigen Güter übertragen, welche dem Schuldner, der in selbe eingewilligt hat, zu Theil kommen.

Die übrigen Theilhaber haben das Recht, die Einschreibung, welche die ihnen bei der Theilung zugekommenen Güter betrifft, ausstreichen zu lassen.

1879. Die auf Liegenschaften bestellte Hypothek folgt selben, in was immer für Hände sie fallen mögen.

1880. Die auf bewegliche Güter bestellte Hypothek ist wirkungslos, wenn selbe veräußert werden und sich in Drittmanns Händen befinden, der sie in gutem Glauben erworben hat.

1881. Die erworbene Hypothek erstreckt sich auf alle an dem hypothecirten Gegenstande bewirkten Verbesserungen.

1882. Die Hypothek findet nur in den Fällen und mit den Formen statt, zu welchen das Gesetz die Ermächtigung gibt.

1883. Die Hypothek ist entweder gesetzlich oder conventionell, oder sie wird unter unentgeltlichem Titel bestellt.

Erster Abschnitt.

Von der gesetzlichen Hypothek.

1884. Die gesetzliche Hypothek ist die, welche aus dem Gesetze hervorgeht.

1885. Gesetzliche Hypothek haben folgende Gläubiger:

- 1) Die Unternehmer, Baumeister und andere, welche an dem Bau, an der Herstellung oder Verbesserung einer Liegenschaft gearbeitet oder dafür Sorge getragen, oder dazu Materialien geliefert haben;

Die Hypothek beschränkt sich auf den zur Zeit wo das Recht ausgeübt wird, bestehenden, und aus den Arbeiten die daran gemacht wurden hervorgehenden Mehrwerth;

Sie wird nur bis zum Belang dessen, was der Eigenthümer der Liegenschaft dem Unternehmer annoch schuldet, bewilligt, wenngleich die Arbeiter, welche letzterer gebraucht hat, oder jene, die ihm die Materialien geliefert haben, nicht befriedigt wären;

- 2) Der Verkäufer, auf die verkaufte Liegenschaft für die Zahlung des Preises, und der Tauschende

auf die zum Austausch gegebene Sache für die Bezahlung des Ueberschusses;

Diese Verfügung ist auf den Gläubiger einer ewigen oder lebenslänglichen Rente anwendbar, die mittelst Abtretung einer Liegenschaft bestellt wurde;

- 3) Derjenige, welcher in den Loskauf eines dinglichen Immobilial-Rechtes, kraft eines ihn dazu verpflichtenden besondern Gesetzes, eingewilligt hat, auf das mittelst dieses Loskaufes frei gemachte Grundstück für den Preis dieses Rechtes;
 - 4) Derjenige, welcher auf seinem Grundstücke eine nothwendige Dienstbarkeit, kraft eines dazu ihn verpflichtenden Gesetzes, zugestanden hat, auf das Grundstück, zu dessen Gunsten die Dienstbarkeit errichtet wird, für den dafür schuldigen Preis, und für den Schaden, der daraus entstehen könnte;
 - 5) Der Gläubiger, welcher der Plakanweisung, die er im Concurſurtheile gegen seinen Schuldner erhalten, entsagt hat, auf die überlassene Sache;
 - 6) Die Legatäre, auf die Liegenschaften der Verlassenschaft.
-

Zweiter Abschnitt.

Von der conventiellen Hypothek.

1886. Die conventionelle Hypothek ist die, welche von den Verträgen abhängt.

1887. Die conventionellen Hypotheken können nur von solchen Personen bewilligt werden, die befähigt sind, die Güter, welche sie damit belasten, zu veräußern.

1888. Die Güter, die den zum Veräußern nicht Befähigten, oder Abwesenden angehören, in wiefern die Güter dieser letztern nur kraft einer provisorischen Besiz-Einweisung besessen werden, können nur aus den Ursachen und mit den Ermächtigungen, die durch das Gesetz erfordert sind, mit einer conventionellen Hypothek belastet werden.

1889. Wer auf die Liegenschaft nur ein von einer Bedingung abhängiges, oder in gewissen Fällen auflösliches, oder der Aufhebung unterworfenenes Recht hat, kann nur eine den nämlichen Bedingungen oder der nämlichen Aufhebung unterworfenene Hypothek bewilligen.

1890. Die conventionelle Hypothek kann nur mittelst eines authentischen oder eigenhändigen Aktes bewilligt werden.

1891. Die conventionelle Hypothek ist immerdar eine spezielle. Selbe kann auf alle gegenwärtigen Güter, mit namentlicher Bezeichnung derselben, oder

auf eines oder mehrere dieser Grundgüter bestellt werden.

1892. Die hypothecirten unbeweglichen Güter sollen mit dem Namen der Gemeinde und des Gebietes dieser Gemeinde in welchem selbe gelegen sind, sowie mit ihrem allfällig besondern Namen, mit ihrer Beschaffenheit, mit ihrem wenigstens ungefähren Inhalte, mit ihrer Herkunft und mit den Begrenzungen von drei Seiten wenigstens, und mit der Nummer des Cadasters in den Gemeinden wo ein solcher besteht, oder auf sonst eine zur Kennbarmachung derselben hinreichende Art, bezeichnet werden.

Sind mehrere Begrenzungen auf der nämlichen Seite, so genügt es eine derselben zu bezeichnen.

1893. Auf zukünftige Güter kann keine conventionelle Hypothek bestellt werden.

1894. Sollte die Liegenschaft oder die Liegenschaften, welche der Hypothek unterworfen sind, zu Grunde gegangen seyn, oder eine solche Verschlimmerung erlitten haben, daß sie für die Sicherheit des Gläubigers nicht mehr hinreichen, so kann dieser auf eine Hypotheken-Ergänzung klagen, und, in Abgang, seine Bezahlung betreiben.

Ist die hypothecirte Liegenschaft einem, der Hypothek vorgehenden, Vorzugsrechte unterworfen, so kann der Gläubiger gleichfalls die Bezahlung seiner Schuld fordern, außer der Schuldner würde die Hypothek frei machen.

1895. Die Conventioneß - Hypothek kann zur Sicherheit jedartiger gültigen Verbindlichkeit bewilliget werden, es mag die Schuldforderung gewiß und von einer bestimmten Summe, oder ihrem Dasein nach bedingt oder in ihrem Werthe unbestimmt seyn.

1896. Wenn die Schuldforderung in ihrem Werthe unbestimmt ist, so kann der Gläubiger die Einschreibung, von welcher hiernach gesprochen wird, nur bis zum Belange eines beiläufig geschätzten Werthes nachsuchen, der von ihm ausdrücklich angegeben werden soll, und welchen der Schuldner, nöthigenfalls, herabsetzen zu lassen berechtigt ist.

1897. Besteht die Hypothek zur Sicherstellung einer immerwährenden oder lebenslänglichen Rente, so wird angenommen, dieselbe sey für ein dreißigmal der Rente gleichkommendes Kapital bewilligt, außer es wäre anders verabredet worden.

Dritter Abschnitt.

Von der unter unentgeltlichem Titel bestellten Hypothek.

1898. Die unter unentgeltlichem Titel bestellte Hypothek ist die, welche mittelst eines Testamentes oder mittelst eines andern Freigebigkeits-Aktes gegeben wird.

Siebentes Hauptstück.

Wie die Hypotheken bewahrt werden.

1899. Die Hypotheken werden gegen den Schuldner auch ohne irgend eine Einschreibung bewahrt.

Gegen Drittmann werden die Hypotheken auf Liegenschaften nur mittelst Einschreibungsnahme in den dazu bestimmten öffentlichen Registern bewahrt, mit Ausnahme dessen was im Artikel 1922 gesagt wird.

Im Falle jedoch der in Concursversetzung des Schuldners, kann von der Verkündigung derselben an, auf dessen Güter keine Einschreibung mehr genommen werden.

1900. Die Einschreibungen finden auf Betrieb der interessirten Parteien, ihrer Vormünder oder Curatoren statt.

Selbe können auch von einem andern in ihrem Namen genommen werden, ohne daß es zu diesem Behufe einer Vollmacht bedarf.

Der Bürge kann dem Gläubiger den Abgang der Einschreibung nicht vorhalten.

1901. Das Eintragen des Eigenthums - Uebertragungs - Aktes, welches in der vom 12ten Hauptstücke dieses Titels vorgeschriebenen Form geschieht, gilt dem Verkäufer oder dem Tauschenden als Einschreibung zum Bewahr der gesetzlichen Hypothek, von der N° 2 des Art. 1885 die Rede ist.

1902. Die Einschreibungen geschehen in der Amtsstube jenes Bezirkes, wo die der Hypothek unterworfenen unbeweglichen Güter gelegen sind.

1903. Die Einschreibung geschieht in das Register derjenigen Gemeinde, in welcher die hypothecirte Liegenschaft gelegen ist.

Begreift die Einschreibung Liegenschaften, welche in verschiedenen Gemeinden des nämlichen Bezirkes gelegen sind, so hat selbe, in Betreff der Liegenschaften, welche in jeder derselben gelegen sind, in den Registern dieser verschiedenen Gemeinden zu geschehen.

Das gleiche gilt für den Fall, wo die Liegenschaften in verschiedenen Bezirken gelegen wären.

1904. Wer eine Einschreibung nachsucht, legt zwei Zettel vor, wovon einer auf die Urkunde oder auf deren Ausfertigung eingetragen werden kann; diese enthalten:

- 1) Die Bezeichnung des Gläubigers und des Schuldners durch ihren Namen, Vornamen, Gewerbe und Wohnsitz, oder durch jede sonstige Bezeichnung, die geeignet ist, dieselben genügend erkenntlich zu machen;

Wird die Hypothek von einem andern als dem Schuldner bestellt, so soll deren Eigenthümer auf gleiche Weise bezeichnet werden;

- 2) Das Datum und die Beschaffenheit der Urkunde, aus welcher die Hypothek hervorgeht;
- 3) Den Namen des Notars welcher die Urkunde abgefaßt hat, oder die Bezeichnung der Behörde von der sie ausgeht, oder den Namen dessen, der sie unterschrieben hat;
- 4) Den Betrag der Schuldforderung an Kapital und verfallenen Zinsen;
- 5) Die Bezeichnung der hypothecirten Liegenschaften, welche nach Vorschrift des Artikels 1892 zu geschehen hat.

1905. Handelt es sich um die Einschreibung einer Hypothek, welche ohne irgendwelchen Akt besteht, so genügt es die Thatsache anzugeben, aus der sie entsprungen ist.

1906. Wenn der Gläubiger im Wallis keinen Wohnsitz hat, so sollen die Zettel seinerseits eine Wohnsitz-Erwählung, in irgend einer Gemeinde des Kantons, enthalten.

1907. Die auf die Güter eines Verstorbenen zu machenden Einschreibungen können unter bloßer Bezeichnung des Verstorbenen, mit den für die übrigen Einschreibungen erheischten Formen und ohne daß es nothwendig sey den Erben zu bezeichnen, gemacht werden.

1908. Der Hypotheken-Bewahrer erwähnt in seinem Register den Inhalt der Zettel, und stellt dem-

jenigen, welcher die Einschreibung begehrt, sowohl die Urkunde oder die Ausfertigung derselben, als auch einen Zettel wieder zu, an dessen Schluß er die von ihm geschehene Einschreibung bescheinigt.

1909. Es kann die Einschreibung der gesetzlichen Hypothek, von der N^o 1 des Art. 1885 die Rede ist, nachgesucht werden, sobald der Vertrag wegen der zu machenden Arbeiten abgeschlossen ist, oder, in dessen Abgang, sobald die Arbeiten, welche die Hypothek begründen, vollzogen seyn werden.

1910. Die Einschreibung gilt nur für die Summe die im Zettel ausgedrückt ist, obschon es sich aus dem Schuldtitel ergäbe, daß die schuldige Summe jene, die im Zettel vermerkt ist, übersteigt.

Übersteigt die vermerkte Summe jene, die wirklich geschuldet wird, dann gilt die Einschreibung für diese letztere.

1911. Der im Wallis nicht Wohnsitzende, welcher eine Einschreibung nachgesucht hat, kann auf dem Register der Hypotheken den von ihm gewählten Wohnsitz abändern; ihm liegt jedoch ob, einen andern im Kantone zu wählen.

1912. Die Unterlassung der im gegenwärtigen Hauptstück vorgeschriebenen Förmlichkeiten vernichtet die Einschreibung nur in soweit als sie nicht genugsam wäre, den Drittinteressirten die Beschwerden die auf der hypothecirten Liegenschaft lasten, oder die

Eigenschaft welche mit den Beschwerden behaftet ist, erkennbar zu machen.

1913. Die Kosten der Einschreibung fallen dem Schuldner zur Last, außer es sey das Gegentheil verabredet.

Jedoch fallen die Kosten der Einschreibungen, welche, kraft der Art. 1865 und 1866 auf die Güter der Vormünder und Curatoren genommen werden, der verwalteten Vermögensmasse zur Last.

Das gleiche gilt für die Kosten der auf die Güter der Ascendenten genommenen Einschreibung, im Falle wo diese des Vermögens der Descendenten nicht genießen.

In jedem Falle hat der Einschreibungs-Nachsucher die Kosten vorzuschießen, mit Vorbehalt jedoch dieselben, eintretenden Falles, zurückfordern zu können.

1914. Die Einschreibung hat gar keinen Einfluß auf die Gültig- oder Ungültigkeit der eingetragenen Akte, sowohl zwischen den Parteien als in Hinsicht Drittmanns.

1915. Die Klagen gegen den Gläubiger, wozu die Einschreibungen Anlaß geben können, werden vor dem Gerichte des Wohnsitzes des Beklagten angestellt, oder aber vor dem Gerichte in dessen Gebiete die den Gegenstand der Einschreibung bildende Eigenschaft sich befindet.

Wohnt der Gläubiger nicht im Kantone, so kön-

nen die auf die Einschreibungen bezüglichen Anzeigen in dem gewählten Wohnsitz geschehen, und zwar ungeachtet des Absterbens des Gläubigers oder desjenigen, bei dem er den Wohnsitz erwählt hat. In Ermangelung der Wohnsitzwahl können die Anzeigen selbst auf der Amtsstube, wo die Einschreibung genommen wurde, geschehen.

1916. Ein besonderes Gesetz wird die Weise vorschreiben, wie die Register gehalten werden sollen und wird die Verpflichtungen und Verantwortlichkeit des mit deren Haltung betrauten öffentlichen Beamten festsetzen.

Achtes Hauptstück.

Von der Erneuerung der Einschreibungen.

1917. Die Einschreibungen bewahren die Hypothek während dreißig Jahren von ihrem Datum an zu rechnen; ihre Wirkung hört auf, wenn sie nicht vor Verlauf dieser Frist erneuert worden sind, jedoch mit der im nachstehenden Artikel erwähnten Ausnahme.

1918. Die zu Gunsten der Frauen, der unter väterlicher Gewalt Stehenden und der Interdicirten genommenen Einschreibungen behalten ihre Wirkung während der für die Dauer ihres Vorzugsrechtes von den Art. 1871 und 1872 festgesetzten Zeit, ohne der

Erneuerung zu bedürfen, selbst nach den dreißig Jahren, von denen im vorstehenden Artikel die Rede ist.

N e u n t e s H a u p t s t ü c k .

Von dem Range, den die Hypotheken unter sich haben.

1919. Unter den Hypothekar - Gläubigern hat die Hypothek nur von dem Tage an Rang, wo der Gläubiger oder Drittmann in des Gläubigers Namen die Einschreibung in die Register des Hypotheken - Bewahrers, in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Form und Weise, bewerkstelligt hat, außer in dem im Art. 1922 enthaltenen Falle.

1920. Die am nämlichen Tage eingetragenen Hypotheken concurriren gleichmäßig miteinander, ohne Unterschied der Stunde in welcher die Einschreibungen geschahen.

Find jedoch die Einschreibung der gesetzlichen Hypothek des Verkäufers oder des Vertauschers am nämlichen Tage statt, als jene der Hypothek, welche der Käufer auf das nämliche Grundstück bestellt hat, so soll die Hypothek des Verkäufers oder des Vertauschers vorgezogen werden.

1921. Die Einschreibung für ein Zins- oder eine sonstige Jahresrente tragendes Kapital gibt das Recht mit diesen Zinsen oder Renten, für drei Jahre und das laufende, in den nämlichen Rang, wie das

Kapital, eingewiesen zu werden. Der Gläubiger kann jedoch für die ihm etwa gebührenden sonstigen Rückstände, besondere, von ihrem Datum an, Hypothek bestellende Einschreibungen nehmen.

Die Einschreibung für ein Kapital wird auch die Kosten des Aktes, der Einschreibung, und die gewöhnlichen Einlagungs-Kosten gegen den Schuldner in den nämlichen Rang einweisen, obschon diese Kosten zur Zeit der Einschreibung, in Gemäßheit des Artikels 1896 nicht berechnet wären.

1922. Die gesetzlichen Hypotheken, von denen N^o 1, 3 und 4 des Artikels 1885 die Rede ist, haben vor jenen, welche dem Umstande, aus dem die gesetzliche Hypothek entstand, vorangegangen sind, bis zum Belange des Mehrwerths, den die hypothecirten Liegenschaften mittelst dieses Umstandes erhielten, den Vorzug.

1923. Mit Ausnahme der im vorstehenden Artikel vorgesehenen Fälle, gewährt die nichteingeschriebene Hypothek dem Gläubiger, zu dessen Gunsten dieselbe bestellt worden ist, kein Vorzugsrecht.

Zehntes Hauptstück.

Von der Wirkung der Hypotheken zwischen den Hypothekar-Gläubigern.

1924. Wenn eine Liegenschaft zwei geschnäblich eingeschriebenen Gläubigern hypothecirt worden ist

und der Gläubiger mit früherem Datum die Hypothek in Beschlag genommen hat, so kann der Gläubiger mit späterem Datum diese Liegenschaft in Anspruch nehmen mittelst Erstattung der dem Ersteren zustehenden Hypothekar-Schuldforderung an Kapital und gesetzlichem Anhang, in Gemäßheit des Artikels 1921.

1925. Hat der Gläubiger mit früherem Datum, welcher die Hypothek in Beschlag genommen, die Beschlagnahme dem spätern Gläubiger angezeigt, so verjährt sich das von dem vorstehenden Artikel bewilligte Anspruchs-Recht nach drei Monaten seit der Anzeige der Beschlagnahme.

Wurde die Beschlagnahme den spätern Gläubigern nicht angezeigt, so verjährt sich das Anspruchs-Recht nach zehn Jahren seit der Beschlagnahme.

1926. Wurde die Hypothek vom Gläubiger mit späterem Datum in Beschlag genommen, so behält nichtsdestoweniger der frühere Gläubiger das Hypotheken-Recht, welches ihm auf dem nämlichen Grundstücke zustand.

Dieses Recht erlischt nur, wenn dem frühern Gläubiger der Betrag seiner Schuldforderung an Kapital und gesetzlichem Anhang bezahlt wird, im Sinne der Bestimmungen des Art. 1921, oder auf eine der Weisen, die im 15. Hauptstück dieses Titels erwähnt werden.

Fünftes Hauptstück.

Von der Wirkung der Hypotheken gegen die dritten Inhaber.

1927. Der Gläubiger, welcher auf eine Liegenschaft ein eingeschriebenes Hypotheken-Recht hat, behält seine Rechte, in welche Hände auch die Liegenschaft kommen mag, um nach dem Range seiner Einschreibung bezahlt zu werden.

1928. Die Hypothekar-Klage kann gegen den dritten Inhaber der hypothecirten Liegenschaft ohne vorläufige Ausklagung des Schuldners angestellt werden, und selbst dann, wenn dieser andere für die nämliche Schuld zur Hypothek gegebene Güter besäße.

1929. Nichtsdestoweniger soll der Hypothekar-Klage gegen den dritten Inhaber der Hypothek, eine an den ursprünglichen Schuldner gerichtete Mahnung zur Zahlung vorangehen oder zugleich mit der Klage angebracht werden, indem ihm einberichtet wird, daß die Hypothekar-Klage bereits eingeleitet wurde oder eingeleitet werden soll, und daß im Falle der Nichtachtung die Forderung betrieben wird.

Spricht der Schuldner wider das Begehren des Gläubigers ein, so hat er vor Ablauf der ihm zur Zahlung angesetzten Frist, die Einsprache dem dritten Inhaber anzuzeigen.

1930. Im Concursversehungsfalle des Schuld-

ners findet die im obstehenden Artikel erwähnte Mahnung nicht statt; allein der Gläubiger kann gegen den dritten Inhaber der Hypothek die Hypothekar-Klage, ohne andere Förmlichkeit, aufstellen, sobald seine Forderung bewährt wurde.

1931. Der dritte Inhaber ist gehalten, alle forderlichen Kapitale sammt Anhang, für die der Gläubiger eine eingeschriebene Hypothek hat, zu bezahlen, wie hoch sich auch die Summe belaufen möge; widerigensfalls soll zur Pfändung der Hypothek geschritten werden.

Im ersten Falle genießt er der dem ursprünglichen Schuldner zugestandenen Termine und Fristen.

1932. Die Pfändung hindert den dritten Inhaber nicht, die Liegenschaft, bis zur Zeit wo selbe dem Gläubiger als Eigenthum zugefallen ist, mittelst Bezahlung der Schuld, die in Gemäßheit des Art. 1931 zu geschehen hat, und mittelst der Kosten-Ergänzung zurücknehmen zu können.

1933. Die Verschlimmerungen, welche aus Verschulden des dritten Inhabers, zum Nachtheil der Hypothekar-Gläubiger, entspringen geben gegen denselben zu einer Entschädigungs-Klage Anlaß.

Er kann die für Verbesserungen und Reparaturen angewandten Kosten zurückfordern in Gemäßheit des im Art. 339 aufgestellten Grundsatzes.

1934. Die Früchte des hypothecirten liegenden

Gutes ist der dritte Inhaber nur vom Tage an schuldig, an dem die Aufforderung zur Zahlung oder zur Abtretung des Gutes an ihn ergangen ist, und falls der Gläubiger die Instanz verfallen ließ, von der erneuerten Aufforderung an.

1935 Die Dienstbarkeiten und dinglichen Rechte, welche der dritte Inhaber auf das unbewegliche Gut vor seinem Besitze hatte, leben nach der Abtretung oder nach der ihm gewordenen gerichtlichen Zuspreehung wieder auf.

Die persönlichen Gläubiger des dritten Inhabers, welche eine auf die nämliche Liegenschaft eingeschriebene Hypothek haben, üben in ihrem Range ihre Hypothek aus, nach allen denjenigen, welche vor der Eintragung des Veräußerungs-Aktes auf die vorhergehenden Eigenthümer eingeschrieben waren.

1936. Wenn der Schuldner in der vom Artikel 1929 festgesetzten Frist weder bezahlt noch Einspruch gethan hat, so soll der Hypothekar-Klage gegen den dritten Inhaber Folge gegeben werden; diesem steht sodann, sey's vor, sey's nach der Bezahlung oder der Enteignung der Hypothek, der Regreß auf Gewährleistung gegen seinen Urheber offen, auch wenn er dem Hauptschuldner die gegen ihn gerichteten Einflagen nicht angezeigt hätte.

1937. Der dritte Inhaber, welcher die Hypothekar-Schuld bezahlt hat, tritt in die Rechte des Gläu-

bigers gegen den späteren Hypothekar - Gläubiger, falls dieser von dem Anspruchs-Rechte, wovon im Art. 1924 die Rede ist, Gebrauch machen würde.

1938. Der dritte Inhaber, welcher die Hypothekar - Schuld bezahlt hat, oder dem die Hypothek enteignet worden ist, tritt ferner in die Rechte des Gläubigers auf die übrigen Liegenschaften, welche für die nämliche Schuld zur Hypothek gegeben wurden; nimmt er aber seinen Regreß gegen die Inhaber dieser Liegenschaften, so kann er solchen nur bis zum Belauf des Antheils ausüben, den jeder aus ihnen an der Schuld zu nehmen hat, mit Rücksichtnahme des Werthes der hypothecirten Liegenschaften, die sie inne haben.

Z w ö l f t e s H a u p t s t ü c k .

Von der Eintragung (Transcription).

1939. Die Veräußerungen von Liegenschaften mittelst Aktes zwischen Lebenden gelten, Drittmann gegenüber, nur vermöge der Eintragung (Transcription).

Die Verfügung des Art. 1920 über die an einem und demselben Tage geschehenen Einschreibungen, sind auch auf die Eintragung anwendbar.

1940. Die Eintragung besteht in der Einschreibung der, ein unbewegliches Eigenthum übertragen-

den, Akte zwischen Lebenden, in die öffentlichen Register.

1941. Die Eintragung geschieht auf der Amtsstube des Hypotheken-Bewahrers, welche in dem Bezirke, wo die veräußerten Liegenschaften gelegen sind, errichtet ist; mit Beobachtung der Verfügungen des Art. 1903 in Betreff der Hypothek-Einschreibungen.

1942. Die Eintragung geschieht auf die Vorweisung eines authentischen oder eigenhändig unterschriebenen, die Veräußerung darthuenden, Aktes.

Der Hypotheken-Bewahrer hat am Fuße des Aktes oder auf einem Ansagblatte zu bescheinigen, daß die Eintragung geschehen sey, und denselben dem Ansuchen wieder anheimzustellen.

1943. Die Eintragung kann auf Begehren des einen oder des andern der Contrahenten oder jedes andern dabei Interessirten stattfinden.

Die Abgabe an Drittmann des das Eigenthum übertragenden Aktes, gilt als Vollmacht zum Ansuchen der Eintragung.

1944. Wenn, mittelst des nämlichen Aktes, das Eigenthum auf mehrere übertragen wurde, so gilt die auf Ansuchen eines derselben geschehene Eintragung auch für alle die übrigen.

1945. Bei Eintragung des das Eigenthum übertragenden Aktes ist der Hypotheken-Bewahrer ge-

halten, die aus der Veräußerung hervorgehende Hypothek zur Sicherheit des Preises oder des Belanges, den man ganz oder zum Theil noch schulden würde, von amtswegen einzuschreiben.

Die Hypothekar-Einschreibung zum Vortheile des Verkäufers oder des Tauschenden findet nicht statt, wenn aus dem zur Eintragung vorgewiesenen, oder aus einem andern in authentischer Form abgefaßten Akte ersichtlich ist, daß der Preis vollständig bezahlt worden ist.

1946. Die Eintragung des Veräußerungs-Aktes bewirkt den Fall der, obschon frühern, Hypotheken, welche zur Zeit der Eintragung nicht eingeschrieben sind.

Falls jedoch die Einschreibung der Hypothek und die Eintragung des das Eigenthum übertragenden Aktes am nämlichen Tage statt fanden, so hat die Hypothekar-Einschreibung den Vorzug.

1947. Fand die Eintragung des das Eigenthum einer Liegenschaft übertragenden Aktes nicht statt, so kann der Erwerber jene Einschreibungen nicht als ungültig anstreiten, welche auf diese Liegenschaft, kraft früherer oder späterer Akte als sein Erwerbstitel, genommen wurden; ihm bleibt jedoch, eintretenden Falls, der Regreß gegen den Veräußerer vorbehalten.

1948. Wenn nicht das Gegentheil verabredet

wurde, so fallen die Kosten der Eintragung dem Erwerber zur Last; gleichwohl sollen selbe von dem Ansucher vorgeschossen werden.

Sind mehrere Erwerber, so kann derjenige, welcher die Eintragungs-Kosten vorgeschossen hat, selbe von jedem aus ihnen, im Verhältnisse ihres Antheils an dieser Erwerbung, zurückfordern.

Dreizehntes Hauptstück.

Von der gänzlichen oder theilweisen Ausstreichung der
Einschreibungen.

1949. Die gänzliche sowohl als die theilweise Ausstreichung der Einschreibungen ist entweder freiwillig oder gezwungen.

1950. Die Ausstreichung ist freiwillig, wenn sie mit Einwilligung der dabei Interessirten und dazu Befähigten geschehen ist.

1951. Die Einwilligung soll mittelst eines authentischen Aktes, welcher auf der Amtsstube des Hypothekenbewahrers zu verbleiben hat, dargethan werden.

1952. Kann der Gläubiger über sein Vermögen nicht frei verfügen, so kann die gänzliche oder theilweise Ausstreichung nur mit den, zu Veräußerungs-Handlungen erheischten, Ermächtigungen bewilligt werden.

Wird die Auslöschung des Rechtes, für dessen Bewahrung eine Einschreibung genommen wurde, mittelst authentischen Aktes bewiesen, so wird gleichwohl die Einwilligung zur Ausstreichung als ein nothwendiger Akt angesehen und selbe kann sodann von den Vormündern, Curatoren oder andern Vertretern der unfähigen Person, ohne sonstige Förmlichkeit, abgegeben werden.

1953. Enthält der Akt zur Einwilligung der Ausstreichung die Bedingung einer andern Hypothek, einer Bürgschaft oder sonst irgendwelcher Gewährleistung, so ist die Ausstreichung nur dann bewirkt, wenn die Erfüllung der Bedingung mittelst eines in der Amtsstube des Hypotheken-Bewahrers hinterlegten Aktes, erwiesen wird.

1954. Die gänzliche oder theilweise Ausstreichung ist gezwungen, wenn selbe durch ein in Rechtskraft erwachsenes Urtheil verordnet wird.

1955. Die gänzliche Ausstreichung soll von den Gerichten verordnet werden:

- 1) Wenn die Einschreibung ohne rechtmäßige Ursache genommen wurde;
- 2) Wenn die Hypothek auf irgend einem gesetzlichen Wege erloschen ist.

1956. Die theilweise Ausstreichung oder die Herabsetzung soll verordnet werden, wenn der für unbestimmte Werthe oder Liegenschaften zur Einschrei-

bungsnahme berechnigte Gläubiger, diese Befugniß auf übertriebene Werthe ausdehnen würde.

1957. Die Bestimmung vorstehenden Artikels ist anwendbar :

- 1) Auf die zur Sicherheit eines Vorzugs-Rechtes genommene Einschreibung, wenn sich selbe auf mehr Liegenschaften bezieht als zur Sicherheit dieses Vorzugs-Rechtes nothwendig ist;
- 2) Auf die zur Sicherheit einer bedingten, eventuellen oder unbestimmten Schuldforderung genommene Einschreibung, wenn der von dem Gläubiger gemachte Anschlag als übertrieben erkannt wurde.

1958. Wenn die Herabsetzung darum begehrt wird, weil der Gläubiger seine unbestimmte Schuldforderung zu einem übertriebenen Werth angesetzt hat, so wird das Uebermaß von den Richtern nach den Umständen, nach den Wahrscheinlichkeitsfällen und nach den factischen Vermuthungen dermaßen angeschlagen, daß die wahrscheinlichen Rechte des Gläubigers mit dem Interesse des Schuldners, einen billigen Credit zu behalten, vereinbar werden; unbeschadet des Rechtes neuer Einschreibungsnahmen mit Hypothekar-Recht von dem Tage ihres Datums an, wenn die unbestimmten Schuldforderungen durch die Folgen auf eine höhere Summe gestiegen wären.

1959. Als übertrieben werden die Einschreibungen in Bezug der Güter, welche sie treffen, angesehen, wenn ihr Werth den Verlauf der Schuldforderungen an Capital und gesetzlichen Anhängen um mehr als einen Drittheil, in freien Grundstücken übersteigt.

1960. Für eine durch Vertrag oder unter unentgeltlichem Titel bestellte Hypothek kann keine Herabsetzung begehrt werden, welche immer der Werth der hypothecirten Güter seyn mag.

1961. Das Urtheil, wodurch eine gänzliche oder theilweise Ausstreichung verordnet wird, kann erst nach Anzeige an den Gläubiger vollzogen werden.

1962. Will der Gläubiger wider die Vollziehung des die Ausstreichung verordnenden Urtheils Einspruch erheben, so hat er solches sowohl dem Hypotheken-Bewahrer, als demjenigen, der die Ausstreichung nachsuchte, innerhalb zwanzig auf die im vorigen Artikel erwähnte Anzeige folgender Tage zu Wissen zu geben.

Geschieht kein Einspruch in gedachter Frist, so soll die Ausstreichung nach Hinterlage der dem Gläubiger gemachten Anzeige auf der Amtsstube des Hypotheken-Bewahrers bewerkstelligt werden.

1963. Die einmal ausgestrichenen Einschreibungen können nicht wieder mit ihrem frühern Datum hergestellt werden, wenngleich die Ausstreichung als

nichtig oder ohne Wirkung erklärt würde; es können jedoch, eintretenden Falls, sowohl die Partei als der Hypotheken-Bewahrer um den Schaden- und Interessen-Ersatz belangt werden.

Vierzehntes Hauptstück.

Von den provisorischen Einschreibungen.

1964. Wird in Betreff einer Einschreibung, welche kraft gesetzlicher Verfügung nachgesucht wurde, Einspruch erhoben, so können die Gerichte eine provisorische Einschreibungsnahe verordnen.

Gegen diesen Bescheid ist keine Weiterziehung zulässig.

1965. Sobald die Ansprüche des Nachsuchers anerkannt seyn werden, wird die provisorische Einschreibung durch eine endgültige ersetzt.

1966. Die provisorische Einschreibung hat gegen Drittmann von dem Tage an ihre Wirkung, an dem sie genommen wurde.

Sie behält ihre Wirkungen selbst nach der endgültigen Einschreibung, in Betreff der in der provisorischen Einschreibung verzeichneten und in der endgültigen beibehaltenen Eigenschaften.

Was die Eigenschaften betrifft, welche in der endgültigen Einschreibung verzeichnet wurden, aber in der provisorischen Einschreibung nicht vorkommen,

ist solche gegen Drittmann nur von dem Datum der endgültigen Einschreibung an, wirksam.

1967. Die Ausstreichung der provisorischen Einschreibung kann nachgesucht werden, wenn derjenige, welcher selbe genommen hat, drei Monate verstreichen läßt, ohne dem Handel Folge zu geben.

Das Ansuchen um Ausstreichung muß dem Gläubiger angezeigt werden. Spricht dieser dawider ein, so wird verfahren wie es im Artikel 1962 vorgeschrieben ist.

F ü n f z e h n t e s H a u p t s t ü c k .

Von der Erlöschung der Hypotheken.

1968. Die Hypotheken erlöschen durch die Tilgung der Schuldforderung; sie leben aber mit derselben wieder auf, wenn die Zahlung, weil sie in Gütern geschah, deren der Gläubiger später entäußert wurde, oder jeder andern Ursache wegen, nichtig ist.

Wenn jedoch, in Folge der Zahlung, die Einschreibung ausgestrichen oder in der vom Gesetze bestimmten Frist nicht erneuert worden ist, so nimmt der Gläubiger den Rang nur vom Tage der neuen Einschreibung an.

1969. Die Hypotheken erlöschen außerdem durch die ausdrückliche Verzichtleistung des Gläubigers.

1970. Sie erlöschen gleichfalls durch die Verjährung.

In Ansehung der Güter, die in den Händen des Schuldners sind, wird die Hypothek nur mit der Schuldforderung verjährt.

In Betreff der Güter in Drittmanns Händen wird die Hypothek nur durch die Zeit und auf die Art, welche zur Verjährung des Eigenthums festgesetzt sind, verjährt.

Die von dem Gläubiger genommenen Einschreibungen genügen zur Unterbrechung der Verjährung nicht.

Um ihren Lauf zu verhindern kann jedoch der Gläubiger den dritten Inhaber der Güter gerichtlich um eine Hypothek-Erklärung belangen.



Dreiundzwanzigster Titel.

Von der Rangordnung zwischen den Gläubigern.

1971. Die vorzugsrechtlichen so wie die Hypothekar-Gläubiger werden nach den im Titel: Von den Vorzugsrechten und Hypotheken, aufgestellten Grundsätzen eingetheilt.

1972. Die Gläubiger ohne Vorzugsrechte oder Hypothek heißen entweder persönliche oder handschriftliche.

1973. Die handschriftlichen Schuldforderungen werden in zwei Klassen getheilt. Die erste besteht aus solchen, deren Datum sicher ist; die zweite aus solchen, deren Datum unsicher ist.

1974. Die handschriftlichen Schuldforderungen der ersten Klasse haben den Vorrang vor jenen der zweiten, und werden, ohne Rücksichtnahme auf ihr Datum aus dem durch die Vorzugsrechte und Hypotheken nicht erschöpften Vermögen verhältnißmäßig bezahlt.

1975. Die handschriftlichen Schuldforderungen der zweiten Klasse concurriren gleichmäßig mit einander, und werden verhältnißmäßig bezahlt aus dem Vermögen, welches nach Tilgung der Schuldforderungen mit sicherem Datum übrig bleibt.

1976. Die speziellen Vorzugsrechte und die Hypothekar-Schuldforderungen, welche aus den für sie angewiesenen Gütern nicht völlig bezahlt worden sind, treten für den Ueberrest in die Klasse der handschriftlichen Schuldforderungen.

Vierundzwanzigster Titel.

Von der Verjährung.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Verfügungen.

1977. Die Verjährung ist ein Mittel, um durch den Abfluß der gesetzlich festgesetzten Zeit und unter den gesetzlich bestimmten Bedingungen ein Recht zu erwerben, oder sich einer Verpflichtung zu entladen.

1978. Man kann auf die Verjährung nicht zum Voraus verzichten; auf die erworbene Verjährung kann man Verzicht leisten.

1979. Das Verzichten auf die Verjährung hat entweder ausdrücklich, oder stillschweigend statt; die stillschweigende Verzichtleistung geht aus einer Handlung hervor, welche voraussetzt, daß man das erworbene Recht aufgegeben habe.

1980. Der nicht veräußerungsmächtig ist, kann nicht auf die erworbene Verjährung Verzicht thun.

1981. Die Richter können nicht von Amtswegen das aus der Verjährung hervorgehende Rechtsmittel nachholen.

1982. Die Verjährung kann in jedem Zustande des Handels, selbst in Appel, entgegengehalten

werden; in wiefern nicht die Partei welche zur Verjährungseinrede berechtigt war, darauf ausdrücklich oder stillschweigend Verzicht gethan hat.

1983. Die Gläubiger. oder jede andere Person die an der Erwerbung der Verjährung ein Interesse hat, können dieselbe entgegenhalten, selbst wenn der Schuldner oder der Eigenthümer Verzicht darauf thut.

1984. Das Eigenthum der Sachen, die nicht im Verkehr sind, ist unverjährlich.

1985. Alle moralischen Personen und Körperschaften sind den nämlichen Verjährungen, wie die Privatpersonen unterworfen, und können selbe gleicherweise entgegenhalten.

Zweites Kapitel.

Von dem Besitze.

1986. Der Besitz ist das Inhaben oder der Genuß eines Dinges oder Rechtes, welches wir entweder selbst ausüben oder durch einen Andern, der es inne hat oder es ausübt in unserm Namen.

1987. Um verjähren zu können bedarf es eines anhaltenden und ununterbrochenen, friedlichen öffentlichen und unzweideutigen Besitzes unter einem Eigenthumstitel.

1988. Man wird immer als im eigenen Namen und mit Eigenthumstitel besitzend angesehen, so lange nicht bewiesen ist, daß man für einen andern zu besitzten angefangen habe.

1989. Hat man für einen andern zu besitzten angefangen, so wird vermuthet, daß man unter dem nämlichen Titel besitze, so lange das Gegentheil nicht bewiesen ist.

1990. Ganz willkürliche Handlungen, oder solche die bloß geduldet werden, können weder Besitz noch Verjährung begründen.

1991. Die gewaltthätigen Handlungen können ebensowenig einen verjährungswirkenden Besitz begründen.

Der nützliche Besitz beginnt dann erst, wann die Gewaltthätigkeit aufgehört hat.

1992. Von dem jetzigen Besitzer, welcher beweist, ehemals besessen zu haben, wird vermuthet, er habe auch in der Zwischenzeit besessen; mit Vorbehalt des Gegenbeweises.

1993. Um die Verjährung zu ergänzen, kann man zu seinem Besitze, den seines Gewährsmannes hinzufügen, man mag demselben auf welcher irgend eine Art, sey's unter einem universal-, oder partikular-, sey's unter einem lästigen oder unentgeltlichen Titel nachgefolgt seyn.

D r i t t e s K a p i t e l .

Von den Ursachen, welche die Verjährung verhindern.

1994. Wer für einen Andern besitzt, verjährt durch keinen Zeitabfluß.

Demnach kann der Beständer, der Depositar, der Nutznießer und alle andern, welche die Sache des Eigenthümers verstattungsweise besitzen, nicht verjähren.

1995. Die Universal-Erben derjenigen, welche die Sache eines andern unter einem im vorgehenden Artikel bezeichneten Titel inne hatten, können ebensowenig verjähren.

1996. Demungeachtet können die in den zwei vorgehenden Artikeln erwähnten Personen verjähren, wenn der Titel ihres Besitzes mittelst einer von Drittmann herrührenden Ursache, oder mittelst Widerspruches umgewandelt ward, den sie dem Rechte des Eigenthümers entgegengehalten haben.

1997. Diejenigen, auf welche die Beständer, Depositaren und andere Verstattungsinhaber die Sache mittelst eines das Eigenthum abtretenden Aktes übertragen haben, können solche verjähren.

1998. Man kann nicht gegen seinen Titel verjähren, in dem Sinne daß man sich selbst die Ursache und den Grund seines Besitzes nicht abändern kann.

1999. Man kann gegen seinen Titel verjähren in dem Sinne, daß man die Befreiung von der Verbindlichkeit, die man eingegangen ist, verjährt.

Viertes Kapitel.

Von den Ursachen, welche den Lauf der Verjährung unterbrechen oder aufschieben.

Erster Abschnitt.

Von den Ursachen, welche die Verjährung unterbrechen.

2000. Die Verjährung kann entweder natürlich oder civilisch unterbrochen werden.

2001. Die natürliche Unterbrechung tritt ein, wenn der Besitzer, über ein Jahr lang, entweder von dem vorherigen Eigenthümer, oder auch von einem Drittmanne, des Genusses der Sache beraubt gewesen ist.

2002. Eine Ladung vor Gericht, eine Aufforderung zur Zahlung, eine Beschlagnahme, eine beim Gerichtsschreibamte genommene Vormerkung im Concurseröffnungsfalle oder beim Edictalverfahren oder jeder sonstige gerichtliche Akt, bewirken die Civilunterbrechung.

2003. Selbst durch die vor einem unzuständigen Richter geschehene Ladung wird die Verjährung unterbrochen.

2004. Ist die Vorladung wegen eines Fehlers in der Form nichtig,

Steht der Kläger von seiner Klage ab,

Oder wird seine Klage abgewiesen,

So ist die Unterbrechung als nicht geschehen zu betrachten.

2005. Die Verjährung wird unterbrochen, wenn der Schuldner oder Besitzer das Recht desjenigen, gegen welchen er verjährte, anerkennt.

2006. Die in Gemäßheit obiger Artikel an einen der Solidar-Schuldner geschehene Aufforderung, oder seine Anerkennung, unterbricht die Verjährung gegen alle andere Mitschuldner, selbst gegen ihre Erben.

Die an einen der Erben eines Solidarschuldners gethane Aufforderung, oder die Anerkennung seitens dieses Erben, unterbricht die Verjährung sogar einer hypothekarischen Schuldforderung, in Ansehung der andern Miterben nicht, wenn die Verbindlichkeit keine untheilbare ist.

Diese Aufforderung, oder diese Anerkennung unterbricht die Verjährung in Ansehung der andern Mitschuldner nur für den Theil, den dieser Erbe schuldig ist.

Um in Hinsicht auf die andern Mitschuldner, die Verjährung für das Ganze zu unterbrechen, ist die

Aufforderung an alle Erben des verstorbenen Schuldners, oder die Anerkennung aller Erben nöthig.

2007. Die an den Hauptschuldner gethane Aufforderung, oder seine Anerkennung der Schuld, unterbricht die Verjährung den Bürgen gegenüber.

Zweiter Abschnitt.

Von den Ursachen, welche den Lauf der Verjährung aufschieben.

2008. Die Verjährung läuft gegen Jedermann, der nicht in einer vom Gesetze aufgestellten Ausnahme sich befindet.

2009. Die Verjährung läuft nicht gegen die Minderjährigen und die Interdicirten, mit Vorbehalt der Bestimmung des 2029sten Artikels und mit Ausnahme der andern durch das Gesetz bestimmten Fälle.

2010. Sie läuft nicht zwischen Ehegatten.

2011. Die Verjährung läuft gegen die Ehefrau, selbst wenn sie nicht getrennt ist, unter Vorbehalt des Regresses gegen ihren Mann: jedoch läuft sie während der Ehe in dem Falle nicht, wo der Mann, welcher das eigene Gut der Frau ohne ihre Einwilligung verkauft hat, den Verkauf gewährleisten muß, und in allen andern Fällen, wo die Klage der Frau auf den Mann zurückfiel.

2012. Die Verjährung läuft in Hinsicht der mit

einer Fideicommissar-Substitution behafteten Güter selbst den als Substituten eingesetzten gegenüber, außer diese seyen minderjährig oder noch nicht geboren.

2013. Die Verjährung läuft nicht,

In Hinsicht einer Schulforderung, die von einer Bedingung abhängt, bis diese erfüllt ist;

In Hinsicht einer Klage auf Gewährleistung, bis die Entäußerung eintritt;

In Hinsicht einer auf einen bestimmten Tag zahlbaren Schulforderung, bis dieser Tag gekommen ist.

Fünftes Kapitel.

Von der zur Verjährung erforderlichen Zeit.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Verfügungen.

2014. Die Verjährung wird nach Tagen und nicht nach Stunden berechnet.

Jedoch wird der Tag, an dem sich die That zuge tragen hat, durch welche die Verjährung entstanden ist, in die Frist eingerechnet, ohne Rücksicht auf die Stunde in der sie statt fand.

2015. Die Verjährung ist erworben, wenn der letzte Tag der Zeitfrist verflossen ist.

Fällt jedoch der letzte Tag auf einen Fest-Ferien-

tag, so wird die Verjährung nur an dem auf den Ferientag unmittelbar folgenden Tage vollständig.

Zweiter Abschnitt.

Von der dreißigjährigen Verjährung.

2016. Alle, sowohl dingliche, als persönliche Klagen werden in dreißig Jahren verjährt, ohne daß derjenige, welcher diese Verjährung anführt, nöthig habe, eine Urkunde darüber beizubringen, oder daß man ihm die Einrede des unredlichen Besiesses entgegenhalten könne.

2017. Achtundzwanzig Jahre nach der Betagung der letzten Urkunde kann der Schuldner einer Rente gezwungen werden, auf seine Kosten, seinem Gläubiger oder dessen Rechtshabenden eine neue Urkunde auszustellen.

Dritter Abschnitt.

Von einigen besondern Verjährungen.

2018. Die Klage der Gast- und Speisewirthe, in Betreff der Wohnung und der Nahrung die sie liefern;

Die Klagen der Meister und Lehrer, der Wissenschaften und Künste, für den von ihnen monatsweise gegebenen Unterricht;

Die der Gerichtsboten für die Bezahlung der Akte,

welche sie anzeigen, und der Aufträge, welche sie vollziehen;

Die der Handelsleute für die Waaren, welche sie an nicht Handelsleute verkaufen;

Verjähren sich in einem Jahre.

2019. Die Klagen der Unternehmer von Erziehungsanstalten für den Preis der Wohnung und der Nahrung ihrer Kostgänger, und für den Unterrichtspreis ihrer Zöglinge und Lehrlingen;

Die der Dienstboten, welche sich auf ein Jahr oder für mindere Zeit verdingen, so wie diejenigen der Arbeiter und der Tagelöhner, für die Bezahlung ihrer Tagelohnen, Lieferungen und Löhne;

Die der Meister und Lehrer, der Wissenschaften und Künste, deren Gehalt für mehr als einen Monat verabredet ist;

Verjähren sich in zwei Jahren.

2020. Die Klagen der Aerzte, Wundärzte und Apotheker, für ihre Besuche, Operationen und Arzneimittel, verjähren sich in fünf Jahren.

Das gleiche gilt auch für die Klagen der Anwälde und Procuratoren für die Bezahlung ihrer Auslagen und Ehrengelder; die fünf Jahre laufen von der Aburtheilung der Prozesse, von dem Abstande oder Ausgleichung der Parteien oder von der Abberufung der Sachwalter an zu rechnen.

2021. Die Klage der Notaren für die Bezahlung

ihrer Auslagen und Ehrenlöhne, verjährt sich in fünf Jahren, die für die letzten Willensakte von dem Ableben des Testators, und für die übrigen Akte von ihrer Betagung an zu berechnen sind.

2022. In den obigen Fällen hat die Verjährung dennoch statt, wenn gleich die Lieferungen, Dienste und Arbeiten fortgesetzt worden sind.

Sie läuft bis eine Abrechnung, eine Handschrift oder Schuldverschreibung, oder eine Ladung vor Gericht stattgefunden hat.

2023. Die verfallenen ewigen oder Leibrenten,
Die rückständigen Alimente;

Die Mieth- und Pachtzinse der Häuser und Feldgüter;

Die Zinse geliehener Summen, und überhaupt alles, was jahrsweise, oder in noch kürzern periodischen Fristen zahlbar ist;

Verjähren sich in zehn Jahren.

2024. Demungeachtet können diejenigen, welchen diese Verjährungen entgegengehalten werden, denen welche sie entgegenhalten, den Eid über die Frage zuschieben, ob die Sache wirklich bezahlt worden ist.

Der Eid kann der Wittwe, wenn sie daran betheilig ist, und den Erben oder den Vormündern dieser Letztern, wenn sie minderjährig sind, zugeschoben werden, um zu erklären, ob sie nicht wissen, daß die Sache geschuldet ist.

2025. Die Secretäre und Gerichtsschreiber, die Anwälde und Prokuratoren, sind fünf Jahre nach Aburtheilung oder anderweitiger Erledigung der Prozesse von der Verpflichtung über die bezüglichen Schriften Rechnung zu geben, entladen.

2026. Die Gerichtsboten sind zwei Jahre nach der Anzeige der Akte, mit der sie beauftragt waren, ebenfalls davon entladen.

2027. Es kann jedoch den, in den zwei vorgehenden Artikeln erwähnten, Personen ebenfalls der Eid aufgetragen werden, um zu erklären, ob sie die hierob gemeldten Akte oder Schriftstücke innehaben, oder ob sie wissen, wo sich solche befinden.

2028. Nach zehn Jahren sind der Baumeister und die Unternehmer der Gewähr für die Arbeiten entledigt, die sie gemacht oder geleitet haben.

2029. Die Verjährungen, von denen in den Artikeln gegenwärtigen Abschnittes die Rede ist, laufen gegen die Minderjährigen und Interdicirten, mit Vorbehalt ihres Regresses gegen ihre Vormünder.

2030. Bei Fahrnissen gilt der Besitz als Urkunde, wenn nicht erwiesen wird, daß der Inhaber der Sache, oder derjenige, dessen Erbe er ist, solche von dem Beausprecher oder dessen Rechthabendem unter einem vorübergehenden Titel erhalten habe; und wenn es sich nicht etwa von einer gestohlenen oder verlornen Sache handelt.

In Diebstahls- oder Verlustfällen kann derjenige, welchem eine Sache gestohlen ward, oder welcher eine verloren hat, wenn in diesem letzteren Falle die von den Artikeln 568 und 569 vorgeschriebene Angabe und Verkündigungen nicht gemacht worden sind, selbe während drei Jahren vom Tage des Diebstahls oder des Verlierens an, gegen denjenigen vindiciren, in dessen Händen er sie findet; diesem Letztern ist jedoch der Regreß gegen denjenigen vorbehalten, von dem er sie hat.

2031. Wenn der jetzige Besitzer der gestohlenen oder verlorenen Sache sie auf einer Messe oder auf einem Markte, oder in einer öffentlichen Versteigerung, oder von einem Krämer gekauft hat, welcher dergleichen Dinge verkauft, so kann der ursprüngliche Eigenthümer sie nicht an sich ziehen, ohne dem Besitzer den Preis, den sie ihn gekostet hat, zu erstatten.

2032. Die Regeln, denen die besondern Verjährungen unter dreißig Jahren, welche andere Gegenstände betreffen als die im gegenwärtigen und vorhergehenden Abschnitte bezeichneten, unterworfen sind, werden in den übrigen Titeln gegenwärtigen Gesetzbuches oder durch besondere Gesetze und Verordnungen bestimmt.

Allgemeine Bestimmungen.

2033. Die Römischen Gesetze, die Walliser Statuten, die Zusätze und Revisionen der Abscheide hören auf Gesetzeskraft zu haben für Sachen, die in gegenwärtigem Gesetzbuche enthalten sind.

Das Nämliche gilt auch von den Verordnungen, Gebräuchen, Gewohnheiten und von allen übrigen gesetzlichen Bestimmungen, außer in den Fällen wo gegenwärtiges Gesetzbuch sich darauf beruft.

2034. Gegenwärtiges Gesetzbuch wird vollziehbar zur Zeit, welche das Uebergangsgesetz bestimmt hat.

Gegeben im Großen Rathe zu Sitten, den 1. Dezember 1853.

Der Präsident des Großen Rathes:

Alex von Torrente.

Die Sekretäre:

A. Allet. L. Ribordy.

Uebergangsgesetz

für die

Inkraftsetzung des Civilgesetzbuches.

Der Große Rath

des

Kantons Wallis,

Auf den Vorantrag des Staatsrathes,

Verordnet:

Art. 1. Das Civilgesetzbuch, bestehend in zweitausend und vier und dreißig Artikeln, wird am 1. Jänner 1855 in Kraft treten.

2. Die unter dem Namen beständiger Einwohner bekannten Walliser genießen die bürgerlichen Rechte, die vom Gesetze aufgestellten Ausnahmen vorbehalten.

3. Die Einbürgerung im Auslande hat für den beständigen Einwohner den Verlust der Eigenschaft eines Wallisers zur Folge.

Die vor dieser Einbürgerung gebornen Kinder dieses Wallisers bewahren ihre Eigenschaft als Walliser, so lange sie im Wallis wohnhaft sind.

Diejenigen dieser Kinder, welche als minderjährig ihrem Vater ins Ausland gefolgt sind, können ihre Eigenschaft als Walliser wieder erwerben, wenn sie vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Altersjahre in den Kanton zurückkehren um ihren Wohnsitz da aufzuschlagen.

4. Die Bestimmungen des gegenwärtig noch bestehenden Gesetzbuches über den Anspruch der unehelichen Kinder, sind noch auf diejenigen dieser Kinder anwendbar, welche in den dreihundert Tagen vom 1. Jänner 1855 an zu zählen geboren wurden.

5. Die Geburtsrechti gung mittelst großrät hlichen Rescripts ist abgeschafft. S ohin betreffen die Artikel des Civilgesetzbuches, worin es von geechti gten Kindern die Rede ist, nur solche die mittelst nachheriger Ehe geechti gt worden sind.

Diejenigen unehelichen Kinder jedoch, welche vor dem 1. Jänner 1852, kraft großrät hlichen Rescripts, geechti gt worden sind, werden die Rechte genießen, welche das alte Gesetz dieser Günst zutheilt, sey's in Betreff des Rechtes, abintestat zu erbfolgen, sey's in

Betreff der Befugniß unter unentgeltlichem Titel zu bekommen, selbst dann, wenn selbe unter diejenigen Kinder gezählt würden, von denen der Artikel 134 des Civilgesetzbuches spricht.

6. Die vor dem 1. Jänner 1855 verheiratheten Minderjährigen fahren fort die Rechtswohlthat der Emancipation, die ihnen das Gesetz, unter dessen Bestand die Heirath stattfand, zuerkannte, zu genießen.

7. Die auf die gemeinschaftlichen Mauern und Gräben bezüglichen Bestimmungen sind auf die vor dem 1. Jänner 1844 erstellten Mauern und Gräben ebenfalls anzuwenden.

8. Die Vorschriften des Civilgesetzbuches, in Betreff der bei den Baumpflanzungen zu beobachtenden Entfernung, gelten für jene Bäume nicht, die vor dem 1. Jänner 1844 gepflanzt sind, jedoch ohne Beeinträchtigung der Anwendung des 509. Artikels selbst auf die vor diesem Zeitpunkte gepflanzten Bäume.

9. Das vor der Inkraftsetzung des Titels: Von den testamentarischen Erbschaften, errichtete Testament, worin keine Erbseinfegung vorkommt, ist deßhalb nicht ungültig wenn der Testator erst nach oberwähnter Inkraftsetzung gestorben ist.

10. Die im Civilgesetzbuche über die Auslegung der letzten Willens-Acte aufgestellten Regeln, sind

auch für die Testamente maßgebend, deren Urheber nach Inkraftsetzung desselben absterben würden, zu welcher immer einem Zeitpunkte diese Testamente haben verfertigt werden mögen.

11. Die Fideikommissar-Substitutionen, welche mittelst vor Inkraftsetzung des darauf bezüglichen Theiles des Civilgesetzbuches unwiderruflich gewordenen Acten, errichtet wurden, werden in Betreff ihrer Dauer, von demjenigen Gesetze geregelt, welches zur Zeit, da sie entstanden, maßgebend war.

12. Die Rechte des überlebenden Ehegatten auf das Vermögen des früher Verstorbenen werden von demjenigen Gesetze regiert, unter dem die Ehe eingegangen wurde.

Das Gleiche gilt für die während der Ehe gemachte Errungenschaft, wenn bei Eingehung der Ehe über die gegenseitigen Rechte der Ehegatten kein daheriger Vertrag abgeschlossen worden ist.

13. Die Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden, so vor Inkraftsetzung des 5ten Titels, 3ten Theils des Civilgesetzbuches geschahen, deren Urheber beim angeregten Zeitpunkte noch am Leben war, kann nur in dem Falle begehrt werden, wo das alte Recht dieselbe zuließ.

Die Bestimmung des 607ten Artikels des Civilgesetzbuches ist nur auf die nach dem 31. Dezember 1851 gemachten Schenkungen anzuwenden.

14. Die von einem Vater mit Beiwirkung der mit ihm wohnenden Kinder vor dem 1. Jänner 1855 gemachten Errungenschaften, fallen, wenn er nach diesem Zeitpunkte stirbt, ungeachtet der Bestimmungen des 109. Kapitels der Statuten von Wallis, wie die übrigen Güter des Verstorbenen, ohne Unterschied allen Kindern zu, unbeschadet jedoch der dem letztern zustehenden Befugniß darüber unter Lebenden oder durch Testament innert den Grenzen und nach den Regeln, welche das Civilgesetzbuch aufstellt, zu verfügen.

15. Der bei Inkraftsetzung des 6ten Titels, 3ten Theil des Civilgesetzbuches, von den Contracten und den vertragsgemäßen Verbindlichkeiten überhaupt noch nicht eingelaufene Verzug, wird es nur nach den Bestimmungen des gedachten Gesetzbuches, selbst zur Vollziehung einer alten Verbindlichkeit.

16. Die Bestimmung des Art. 1403 des Civilgesetzbuches ist auf die vor dessen Inkraftsetzung abgeschlossenen Verkäufe, in denen das Wiederkaufsrecht für eine fünf Jahre übersteigende Frist ausbedungen wurde, nicht anwendbar.

17. Die Dauer der Klage um Auflösung wegen Verlegung die sich aus einem vor dem 1. Jänner 1855 abgeschlossenen Vertrage ergibt, wird durch

das Gesetz geregelt, unter dessen Bestande der Vertrag eingegangen wurde.

18. Das Näherrecht (Zugrecht zwischen Anverwandten), ist abgeschafft.

19. Der Art. 3 des Gesetzes vom 30. Mai 1808 ist zurückgenommen.

Dem zufolge ist die Veräußerung der Rechte in den Consorten-Alpen eben so frei wie sonst eines anderweitigen Eigenthums.

20. Die chirographischen Schuldforderungen mit einer der Inkraftsetzung des Civilgesetzbuches frühern sichern Betagung, behalten die Rangordnung den ihnen das Gesetz anwies, unter dessen Bestande sie ausgestellt worden sind.

Desgleichen behalten die Gläubiger, welche eine vor dem 1. Jänner 1855 eingeschriebene Hypothek haben und die ihrer Hypothek von einem vorzüglichern Gläubiger beraubt würden, das Recht auf die ledigen Güter vor den chirographarischen Gläubigern bezahlt zu werden, in Gemäßheit des im Art. 75 des Hypothekengesetzes und in frühern Gesetzen aufgestellten Grundsatzes.

21. Die zur Zeit der Inkraftsetzung des Civilgesetzbuches begonnenen Verjährungen müssen nach den alten Gesetzen behandelt werden, außer es würde noch eine mehrere als die vom Gesetzbuche bestimmte Frist erfordert; in welchem Falle die Verjährungen

durch den Zeitabfluß vervollständigt wird, den das Gesetzbuch, von seiner Inkraftsetzung an zu rechnen, verlangt.

Nichtsdestoweniger werden die hypothekarischen Schuldtitel, welche seit dem 1. Jänner 1844 einschließlich ausgestellt worden sind, deren Verjährung zur Zeit der Inkraftsetzung gedachten Gesetzbuches noch nicht eingelaufen wäre, nur nach den Bestimmungen desselben verjährt.

Also gegeben im Großen Rathe, zu Sitten, den 20. Mai 1854.

Der Vice-Präsident des Großen Rathes:

Zermatten.

Die Sekretäre:

Allet. — Ribordy.



Register.

Seite

Einleitungstitel. Von der Wirkung und Anwendung der Gesetze überhaupt.	5
Erstes Buch. Von den Personen	7
Erster Titel. Von dem Genuße und Verluste der bürgerlichen Rechte	7
Erstes Kapitel. Von dem Genuße der bürgerlichen Rechte	7
Zweites Kapitel. Von den Wirkungen der Einbürgerung im Auslande und von dem Verluste der bürgerlichen Rechte	9
Zweiter Titel. Von den Akten des Civilstandes und von deren Berichtigung	13
Dritter Titel. Von dem Wohnsitz	14
Vierter Titel. Von den Abwesenden	16
Erstes Kapitel. Von der Abwesenheits-Vermuthung	16
Zweites Kapitel. Von der Abwesenheits-Erklärung	17
Drittes Kapitel. Von den Wirkungen der Abwesenheit	18
Erster Abschnitt; von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf das Vermögen, welches der Abwesende am Tage des Verschwindens, oder am Tage der letzten Kunde von seinem Leben besaß	18
Zweiter Abschnitt; von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf die eventuellen Rechte, welche dem Abwesenden zustehen können	25

	Seite
Fünfter Titel. Von dem Verlöbniſſe und der Ehe.	
Ehe.	26
Erſtes Kapitel. Von dem Eheverlöbniſſe.	26
Zweites Kapitel. Von den erforderlichen Eigenſchaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu geben.	27
Drittes Kapitel. Von den Verbindlichkeiten, die aus der Ehe entſtehen.	27
Viertes Kapitel. Von den gegenseitigen Rechten und Pflichten der Ehegatten.	29
Fünftes Kapitel. Von den zweiten Ehen.	32
Sechſtes Kapitel. Von den bürgerlichen Wirkungen der Scheidung von Bett.	33
Sechster Titel. Von der Vaterschaft und der Abſtammung.	35
Erſtes Kapitel. Von der Abſtammung ehelicher oder in der Ehe geborner Kinder.	35
Zweites Kapitel. Von den Beweisen der Abſtammung der ehelichen Kinder.	38
Drittes Kapitel. Von den unehelichen Kindern.	41
Erſter Abſchnitt; von der Geburtsſchätzung der unehelichen Kinder.	41
Zweiter Abſchnitt; von der Anerkennung und dem Zuſpruche der unehelichen Kinder.	42
Dritter Abſchnitt; von dem Civilſtande, dem Unterhalte und der Erziehung der unehelichen Kinder.	46
Siebenter Titel. Von der väterlichen Gewalt.	48
Achter Titel. Von der Minderjährigkeit, der Vormundſchaft und der Emancipation.	54
Erſtes Kapitel. Von der Minderjährigkeit.	54
Zweites Kapitel. Von der Vormundſchaft.	54

Erster Abschnitt; von dem Waisenamte und den Familienrätthen	54
§ 1. von dem Waisenamte	54
§ 2. von den Familienrätthen	56
Zweiter Abschnitt; von der Uebertragungsart der Vormundschaft	59
§ 1. von der testamentarischen Vormundschaft	59
§ 2. von der Vormundschaft der Ascendenten	61
§ 3. von der durch das Waisenamt übertragenen Vormundschaft	61
Dritter Abschnitt; von dem Nebenvormunde	64
Vierter Abschnitt; von der Dauer der Vormundschaft	65
Fünfter Abschnitt; von den Ursachen, welche der Vormundschaft überheben und von der Verweigerung, dieselbe zu verwalten	66
Sechster Abschnitt; von der Unfähigkeit zur Vormundschaft, von der Ausschließung und Absetzung von derselben	69
Siebenter Abschnitt; von der Verwaltung d. Vormundes	72
Achter Abschnitt; von den Vormundschaftsrechnungen	81
Drittes Kapitel. Von der Emancipation	84
Neunter Titel. Von der Volljährigkeit, der Interdiction und von dem gerichtlichen Beistande	87
Erstes Kapitel. Von der Volljährigkeit	87
Zweites Kapitel. Von der Interdiction	87
Drittes Kapitel. Von dem gerichtlichen Beistande der Weibspersonen	94
Zehnter Titel. Von der Curatel	96
<hr/>	
Zweites Buch. Von den Gütern und den verschiedenen Verhältnissen des Eigenthums	98
Erster Titel. Von der Unterscheidung der Güter	98

	Seite
Erstes Kapitel. Von den unbeweglichen Gütern	98
Zweites Kapitel. Von den beweglichen Gütern	100
Drittes Kapitel. Vom Verhältnisse der Güter zu ihren Besitzern	102
Zweiter Titel. Von dem Eigenthume	103
Erstes Kapitel. Von dem Zuwachsrechte auf das, was die Sache hervorbringt	104
Zweites Kapitel. Von dem Zuwachsrechte auf das, was sich mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird	106
Erster Abschnitt; von dem Zuwachsrechte in Beziehung auf unbewegliche Sachen	106
Zweiter Abschnitt; von dem Zuwachsrechte in Bezie- hung auf bewegliche Sachen	113
Dritter Titel. Von der Nutznießung, dem Ge- brauche und von der Wohnung	116
Erstes Kapitel. Von der Nutznießung	116
Erster Abschnitt; von den Rechten des Nutznießers	116
Zweiter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten des Nut- znießers	122
Dritter Abschnitt; wie sich die Nutznießung endiget	129
Zweites Kapitel. Von dem Gebrauche und von der Woh- nung	132
Vierter Titel. Von den Dienstbarkeiten oder Grunddiensten	134
Erstes Kapitel. Von den Dienstbarkeiten, die aus der Lage der Orte entstehen	134
Zweites Kapitel. Von den durch das Gesetz festgesetzten Dienstbarkeiten	137
Erster Abschnitt; von der Mittelmauer und dem Mittel- graben	138
Zweiter Abschnitt; von der Entfernung und den Zwi- schenwerken, welche bei gewissen Gebäuden, Aus- grabungen und Pflanzungen erheischt werden	144

Dritter Abschnitt ; von der Aussicht auf das Eigenthum des Nachbarn	148
Vierter Abschnitt ; von der Dachtraufe	149
Fünfter Abschnitt ; von dem Durchgangrechte und von den Wasserleitungen	149
Drittes Kapitel. Von den durch die That des Menschen festgesetzten Dienstbarkeiten	152
Erster Abschnitt ; von den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeiten , welche auf den Gütern errichtet werden können	152
Zweiter Abschnitt ; wie die Dienstbarkeiten errichtet werden	154
Dritter Abschnitt ; von den Rechten des Eigenthümers des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zukommt	157
Vierter Abschnitt ; wie die Dienstbarkeiten erlöschen	159

Drittes Buch. Von den verschiedenen Arten das Eigenthum zu erwerben	161
Allgemeine Verfügungen	161
Erster Titel. Von den Erbschaften	164
Zweiter Titel. Von den testamentarischen Erb- schaften.	165
Erstes Kapitel. Von den Testamenten	165
Zweites Kapitel. Von der Fähigkeit, mittelst Testaments zu verfügen oder zu empfangen	166
Drittes Kapitel. Von dem Vermögensantheil , worüber man mittelst Testaments verfügen kann, und von dem Pflicht- oder Reservattheil ; von der Reduction und der Enterbung	173
Erster Abschnitt ; von dem Vermögensantheil, worüber man mittelst Testaments verfügen kann , und von dem Pflicht- oder Reservattheil	173

	Seite
Zweiter Abschnitt ; von der Reduction der testamentarischen Verfügungen	176
Dritter Abschnitt ; von der Enterbung	178
Viertes Kapitel. Von der Form der Testamente	181
Erster Abschnitt ; von dem eigenhändigen Testamente	181
Zweiter Abschnitt ; von dem öffentlichen Testamente	183
Verfügung , die den zwei vorgehenden Abschnitten gemein ist	185
Dritter Abschnitt ; von den privilegierten Testamenten	185
Vierter Abschnitt ; Verfügung , die den verschiedenen Testamentsgattungen gemeinsam ist	189
Fünftes Kapitel. Von der Erbseinfetzung und von den Vermächtnissen	189
Sechstes Kapitel. Von dem Anwachsrechte	207
Siebentes Kapitel. Von den Substitutionen	210
Achtes Kapitel. Von den Testamentsvollziehern	215
Neuntes Kapitel. Von der Widerrufung der Testamente	217
Dritter Titel. Von den Erbschaften ohne Testament	219
Allgemeine Verfügungen	219
Erstes Kapitel. Von den verschiedenen Erbfolgeordnungen	225
Erster Abschnitt ; von den Erbschaften, welche den Descendenten zufallen	225
Zweiter Abschnitt ; von den Erbschaften, welche den Ascendenten und Seitenverwandten zufallen	226
Zweites Kapitel. Von den unregelmäßigen Erbschaften	228
Erster Abschnitt ; von den Rechten der unehelichen Kinder auf das Vermögen ihrer Vater und Mutter, und von der Erbschaft der ohne Nachkommenschaft verstorbenen unehelichen Kinder	228
Zweiter Abschnitt ; von den Rechten des überlebenden Ehegatten und des Staates	231

Vierter Titel. Verfügungen, die den Erbschaften mit und ohne Testament gemein sind .	232
Erstes Kapitel. Von der Eröffnung der Erbschaften, von der Besignahme und von der Inbesitzeinweisung der Erben	232
Zweites Kapitel. Von der Annahme und der Ausschlagung der Erbschaften	236
Erster Abschnitt; von der Annahme	236
Zweiter Abschnitt; von der Ausschlagung der Erbschaften	239
Dritter Abschnitt; von der Rechtswohlthat des Inventars, von deren Wirkungen und von den Verbindlichkeiten des Benefiziarerben	242
Vierter Abschnitt; von den vakanten Erbschaften .	246
Drittes Kapitel. Von der Theilung	247
Viertes Kapitel. Von den Einwerfungen (Collationen) und von den Unrechnungen	253
Fünftes Kapitel. Von der Zahlung der Schulden . .	259
Sechstes Kapitel. Von den Wirkungen der Theilung und von der Gewährschaftsleistung der Loose	262
Siebentes Kapitel. Von der Aufhebung in Theilungssachen	264
Fünfter Titel. Von den Schenkungen zwischen Lebenden	266
Erstes Kapitel. Von der Form der Schenkungen zwischen Lebenden	266
Zweites Kapitel. Von der Fähigkeit mittelst Schenkung zwischen Lebenden zu verfügen oder zu bekommen .	272
Drittes Kapitel. Von der Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden	274
Viertes Kapitel. Von den Ausnahmen von der Regel der Unwiderruflichkeit der Schenkungen zwischen Lebenden	276
Fünftes Kapitel. Von den Schenkungen in Aussicht der Ehe, zum Vortheile der Ehegatten und der aus der Ehe zu gewärtigenden Kinder, und von den Schenkungen zwischen den Ehegatten	282
Sechstes Kapitel. Besondere Verfügungen	286

Sechster Titel. Von den Contracten oder den vertragsgemäßen Verbindlichkeiten überhaupt	287
Erstes Kapitel. Vorläufige Bestimmungen	287
Zweites Kapitel. Von den zur Gültigkeit der Verträge wesentlichen Bedingungen	288
Erster Abschnitt; von der Einwilligung	289
Zweiter Abschnitt; von der Fähigkeit der contrahirenden Parteien	292
Dritter Abschnitt; von dem Objecte und dem Gegenstande der Contracte	292
Vierter Abschnitt; von der Ursache der Contracte	293
Drittes Kapitel. Von den Wirkungen der Verbindlichkeiten	294
Erster Abschnitt; allgemeine Verfügungen	294
Zweiter Abschnitt; von der Verbindlichkeit etwas zu geben	295
Dritter Abschnitt; von der Verbindlichkeit etwas zu thun oder zu unterlassen	296
Vierter Abschnitt; von der Schadloshaltung wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeit	297
Fünfter Abschnitt; von der Auslegung der Verträge	300
Sechster Abschnitt; von der Wirkung der Verträge Drittmann gegenüber	302
Viertes Kapitel. Von den verschiedenen Gattungen der Verbindlichkeiten	302
Erster Abschnitt; von den bedingten Verbindlichkeiten	302
§ 1. von der Bedingung überhaupt und ihren verschiedenen Gattungen	302
§ 2. von der aufschiebenden Bedingung	305
§ 3. von der aufhebenden Bedingung	306
Zweiter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten mit Frist	307
Dritter Abschnitt; von den alternativen Verbindlichkeiten	308
Vierter Abschnitt; von den solidarischen Verbindlichkeiten	310

	Seite
§ 1. von der Solidarität zwischen den Gläubigern	310
§ 2. von der Solidarität abseits der Schuldner	311
Fünfter Abschnitt; von den theilbaren und untheilbaren Verbindlichkeiten	315
§ 1. von den Wirkungen der theilbaren Verbindlichkeit	316
§ 2. von den Wirkungen der untheilbaren Verbindlichkeit	316
Sechster Abschnitt; von der Verbindlichkeit mit Strafgeldern	317
Fünftes Kapitel. Von der Erlöschung der Verbindlichkeiten	319
Erster Abschnitt; von der Zahlung	320
§ 1. von der Zahlung überhaupt	320
§ 2. von der Zahlung mit Subrogation	324
§ 3. von der Anrechnung der Zahlungen	326
§ 4. von dem Anbieten der Zahlung und der Niederlegung	327
Zweiter Abschnitt; von der Novation	331
Dritter Abschnitt; von der Erlassung der Schuld	332
Vierter Abschnitt; von der Compensation	333
Fünfter Abschnitt; von der Confusion	336
Sechster Abschnitt; von dem Untergange der schuldigen Sache	337
Siebenter Abschnitt; von der Klage auf Nichtigkeit oder Auflösung der Verträge	338
Sechstes Kapitel. Von dem Beweise der Verbindlichkeiten und der Zahlung	340
Erster Abschnitt; von dem schriftlichen Beweise	341
§ 1. von der authentischen Verschreibung	341
§ 2. von der Privatverschreibung	342
§ 3. von den Kerkhölzern	346
§ 4. von den Abschriften der Urkunden	346
§ 5. von den Anerkennungs- und Bestätigungs-Acten	348
Zweiter Abschnitt; von dem Zeugen-Beweise	349
Dritter Abschnitt; von den Vermuthungen	352

	Seite
§ 1. von den gesetzlichen Vermuthungen	352
§ 2. von den außergesetzlichen Vermuthungen	353
Vierter Abschnitt; von dem Geständnisse der Partei	354
Fünfter Abschnitt; von dem Eide	355
§ 1. von dem Entscheidungs-eide	356
§ 2. von dem durch den Richter aufgelegten Eide	358
Siebenter Titel. Von den Verbindlichkeiten, die ohne Vertrag entstehen	360
Erstes Kapitel. Von den Hal-Contracten	361
Zweites Kapitel. Von den Vergehen und Halb-Vergehen	364
Achter Titel. Von dem Ehevertrage und von den gegenseitigen Rechten der Ehegatten hinsichtlich ihres Vermögens	367
Erstes Kapitel. Allgemeine Bestimmungen	367
Zweites Kapitel. Von den Rechten und den Verpflichtungen des Mannes in Hinsicht des Vermögens seiner Frau	369
Drittes Kapitel. Von den während der Ehe gemachten Errungenschaften und Schulden	372
Viertes Kapitel. Von der Gütertrennung	376
Fünftes Kapitel. Von der Wiedererstattung des Frauen- vermögens und von dem Ersatz	378
Neunter Titel. Von dem Verkaufscontracte	381
Erstes Kapitel. Von der Beschaffenheit und der Form des Verkaufcontractes	381
Zweites Kapitel. Wer verkaufen oder kaufen kann	385
Drittes Kapitel. Von den Sachen die verkauft werden können	386
Viertes Kapitel. Von den Verbindlichkeiten des Verkäu- fers	387
Erster Abschnitt; allgemeine Verfügungen	387
Zweiter Abschnitt; von der Auslieferung oder der Ueber- gabe der Sache	388
Dritter Abschnitt; von der Gewährleistung	393

	Seite
§ 1. von der Gewährleistung im Entäußerungsfalle .	393
§ 2. von der Gewährleistung für die Fehler der verkauften Sache	397
Fünftes Kapitel. Von den Verbindlichkeiten des Käufers	399
Sechstes Kapitel. Von der Nichtigkeit und von der Aufhebung des Verkaufs	401
Erster Abschnitt; von dem Wiederkaufsrechte . . .	402
Zweiter Abschnitt; von der Auflösung des Verkaufes wegen Verlegung	405
Siebentes Kapitel. Von der Versteigerung gemeinschaftlicher Sachen	408
Achtes Kapitel. Von der Uebertragung der Schuldforderungen und sonstiger unkörperlicher Rechte . . .	409
Neunter Titel. Von dem Tausche	413
Zehnter Titel. Von dem Miethcontracte	414
Erstes Kapitel. Allgemeine Bestimmungen	414
Zweites Kapitel. Von der Vermiethung von Sachen . .	416
Erster Abschnitt; von den Regeln, welche die Hausmieth und die Feldgüterpacht mit einander gemein haben	416
Zweiter Abschnitt; von den besondern Regeln der Hausmieth	426
Dritter Abschnitt; von den besondern Regeln für die Pachtverträge	428
Vierter Abschnitt; von der Pacht der Meiergüter . .	431
Drittes Kapitel. Von der Verdingung	435
Erster Abschnitt; von der Verdingung der Dienstboten und Arbeitsleute	436
Zweiter Abschnitt; von den Schiffen und Fuhrleuten .	436
Dritter Abschnitt; von der Uebernahme der Bauwerke nach Anschlag und Akford	437
Viertes Kapitel. Von der Viehpacht	441
Erster Abschnitt; allgemeine Bestimmungen . . .	441
Zweiter Abschnitt; von der einfachen Viehpacht . .	442

	Seite
Dritter Abschnitt; von der Viehpacht zur Hälfte . . .	445
Vierter Abschnitt; von der Viehpacht, die der Eigenthümer mit seinem Pächter oder Theilpächter eingeht	445
§ 1. von der mit dem Pächter eingegangenen Viehpacht	445
§ 2. von der mit dem Halb- oder Theilpächter eingegangenen Viehpacht	446
Fünfter Abschnitt; von dem Vertrage, welchem man eigentlich den Namen Viehpacht gibt	447
Zwölfter Titel. Von dem Gesellschaftsvertrage	448
Erstes Kapitel. Allgemeine Bestimmungen	448
Zweites Kapitel. Von den verschiedenen Gattungen der Gesellschaften	448
Erster Abschnitt; von den Universal-Gesellschaften	449
Zweiter Abschnitt; von der Partikular-Gesellschaft	450
Drittes Kapitel. Von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter unter sich selbst und Drittmann gegenüber	451
Erster Abschnitt; von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter unter sich	451
Zweiter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten der Gesellschafter Drittmann gegenüber	457
Viertes Kapitel. Von den verschiedenen Arten, wie die Gesellschaft aufhört	459
Dreizehnter Titel. Von dem Darlehn	462
Erstes Kapitel. Von dem Darlehn zum Gebrauche oder Commodat	46
Erster Abschnitt; von der Natur des Darlehns zum Gebrauche	462
Zweiter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten des Entlehners	463
Dritter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten desjenigen, der eine Sache zum Gebrauche leiht	465

	Seite
Zweites Kapitel. Von dem Darlehn zum Verbrauche oder von dem Darlehn schlechthin	466
Erster Abschnitt; von der Natur des Darlehns zum Ver- brauche	466
Zweiter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten des Dar- leihers	467
Dritter Abschnitt; von den Verpflichtungen des Entleh- ners	468
Drittes Kapitel. Von dem Darlehn auf Zinse	468
Vierzehnter Titel. Von den ewigen Renten	470
Fünfzehnter Titel. Von der Hinterlegung und der Beschlagnahme	474
Erstes Kapitel. Von der Hinterlegung im Allgemeinen und ihren verschiedenen Gattungen	474
Zweites Kapitel. Von der Hinterlegung im eigentlichen Sinne	475
Erster Abschnitt; von der Natur und dem Wesen der Hinterlegung	475
Zweiter Abschnitt; von der freiwilligen Hinterlegung	475
Dritter Abschnitt; von den Verpflichtungen des Depositi- tars	477
Vierter Abschnitt; von den Verbindlichkeiten des Hinter- legers	481
Fünfter Abschnitt; von der nothgedrungenen Hinter- legung	482
Drittes Kapitel. Von dem Beschlage	483
Erster Abschnitt; von den verschiedenen Arten des Be- schlags	483
Zweiter Abschnitt; von dem vertragsmäßigen Beschlage	483
Dritter Abschnitt; von der gerichtlichen Beschlagnahme oder Hinterlegung	484
Sechzehnter Titel. Von den Zufallsver- trägen	485

	Seite
Erstes Kapitel. Von dem Spiele und der Wette . . .	486
Zweites Kapitel. Von dem Leib-Renten-Vertrage . . .	486
Erster Abschnitt; von den zur Gültigkeit dieses Vertrags erheischten Bedingungen	486
Zweiter Abschnitt; von den Wirkungen des Leibrenten- Vertrags zwischen den vorkommenden Parteien . . .	488
Siebenzehnter Titel. Von der Vollmacht . . .	491
Erstes Kapitel. Von der Natur der Vollmacht . . .	491
Zweites Kapitel. Von den Verbindlichkeiten des Bevoll- mächtigten	492
Drittes Kapitel. Von den Verbindlichkeiten des Vollmacht- gebers	494
Viertes Kapitel. Von den verschiedenen Arten wie die Voll- macht endet	496
Achtzehnter Titel. Von der Bürgschaft . . .	498
Erstes Kapitel. Von der Natur und dem Umfange der Bürgschaft	498
Zweites Kapitel. Von der Wirkung der Bürgschaft . . .	500
Erster Abschnitt; von der Wirkung der Bürgschaft zwi- schen dem Gläubiger und dem Schuldner . . .	500
Zweiter Abschnitt; von der Wirkung der Bürgschaft zwischen dem Schuldner und dem Bürgen . . .	502
Dritter Abschnitt; von der Wirkung der Bürgschaft un- ter den Mitbürgen	504
Drittes Kapitel. Von der Erlöschung der Bürgschaft . .	505
Viertes Kapitel. Von dem gesetzlichen und gerichtlichen Bürgen	507
Neunzehnter Titel. Von den Vergleichen . . .	508
Zwanzigster Titel. Von der körperlichen Haft in Civilsachen	511
Einundzwanzigster Titel. Von dem Versahe . . .	515
Erstes Kapitel. Von dem Unterpfande	516
Zweites Kapitel. Von der Pfandnutzung	519

	Seite
Zweiundzwanzigster Titel. Von den Vorzugs-	
rechten und Hypotheken	522
Erstes Hauptstück. Allgemeine Verfügungen	522
Zweites Hauptstück. Von den Vorzugsrechten	523
Erster Abschnitt; von den allgemeinen Vorzugsrechten	523
Zweiter Abschnitt; von den speziellen Vorzugsrechten auf gewisse bewegliche Güter	525
Drittes Hauptstück. Von der Rangordnung der Vorzugs- rechte, und von den Gütern, auf denen sie ausgeübt werden	528
Viertes Hauptstück. Wie die Vorzugsrechte bewahrt und abgeändert werden	530
Fünftes Hauptstück. Von der Bewahrung des Rechtes die Vermögensmassen abzufordern	534
Sechstes Hauptstück. Von den Hypotheken	535
Erster Abschnitt; von der gesetzlichen Hypothek	537
Zweiter Abschnitt; von der conventionellen Hypothek	539
Dritter Abschnitt; von der unter unentgeltlichem Titel bestellten Hypothek	541
Siebentes Hauptstück. Wie die Hypotheken bewahrt werden	542
Achtes Hauptstück. Von der Erneuerung der Einschreibungen	547
Neuntes Hauptstück. Von dem Range, den die Hypotheken unter sich haben	548
Zehntes Hauptstück. Von der Wirkung der Hypotheken zwi- schen den Hypothekar-Gläubigern	549
Elfstes Hauptstück. Von der Wirkung der Hypotheken gegen die dritten Inhaber	551
Zwölftes Hauptstück. Von der Eintragung (Transcriptionen)	554
Dreizehntes Hauptstück. Von der gänzlichen oder theilwei- sen Ausstreichung der Einschreibungen	557
Vierzehntes Hauptstück. Von den provisorischen Einschrei- bungen	561
Fünfzehntes Hauptstück. Von der Erlöschung der Hypo- theken	562

	Seite
Dreißundzwanzigster Titel. Von der Rangordnung zwischen den Gläubigern	563
Vierundzwanzigster Titel. Von der Verjährung	565
Erstes Kapitel. Allgemeine Verfügungen	565
Zweites Kapitel. Von dem Besitze	566
Drittes Kapitel. Von den Ursachen, welche die Verjährung verhindern	568
Viertes Kapitel. Von den Ursachen, welche den Lauf der Verjährung unterbrechen oder aufschieben.	569
Erster Abschnitt; von den Ursachen, welche die Verjährung unterbrechen	569
Zweiter Abschnitt; von den Ursachen, welche den Lauf der Verjährung aufschieben	571
Fünftes Kapitel. Von der zur Verjährung erforderlichen Zeit	572
Erster Abschnitt; allgemeine Verfügungen	572
Zweiter Abschnitt; von der dreißigjährigen Verjährung	573
Dritter Abschnitt; von einigen besondern Verjährungen	573
Allgemeine Bestimmungen	578

Alphabetisches Register

der

im Civilgesetzbuche enthaltenen Gegenstände.

(Die Zahlen weisen die Artikel des Gesetzbuches.)

A.

Abbruch. Kann den Gesetzen, welche die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit betreffen, Abbruch gethan werden, 4.

Abgaben. Wer besteht dieselben bei einer Antichrese, 1845.

Ablegung der Gelübde. Sie erwirkt den Verlust der Verfügungs-Befugniß und denjenigen zu bekommen, 593; vergl. 940, 944. — Die Mönche können diese Befugniß wieder erhalten, 594. — Können dieselben abintestat zur Erbfolge kommen, 770. — Die Erbschaft wird mittelst der Ablegung der Gelübde eröffnet, 805 u. folg. — Recht der in die Welt zurücktretenden Mönche, 594, 806 u. folg. 892. — Wirkung der Verzichtleistungen abseiten des in einen religiösen Orden Eingetretenen, 981 u. folg.

Abmarkung. Der Nachbar kann dazu gezwungen werden, 487.

Absehung, früherer Gesetze, Gebräuche und Statuten, 1272, 2033.

Abzlagszahlung auf die Erbschaft Welche Schenkungen sind als daherig gemachte zu betrachten, 871.

Abchriften. Welche Beweiskraft haben sie, 1203 u. folg.

A b s t a m m u n g. Bestimmungen über die Abstammung ehelicher Kinder, 112 u. folg. — Wie wird sie erwiesen, 120 u. folg. — Ueber die Abstammung der unehelichen Kinder. S. Kinder, uneheliche.

Abträge, Jahres=. Wirkung des jährlich abzutragenden Vermächtnisses, 702. — Was Rechtens, wenn die Jahresabträge mehreren Personen nacheinander bezahlt werden sollen, 740.

Abtretung von Schuldforderungen. S. Uebertragung.

Abtritt. S. Abtrittsgruben.

Abtrittsgruben. Entfernung so bei Anbringung derselben an eine Mauer zu beobachten ist, 511.

Abwesenheit, Abwesende. Wohnsitz des Abwesenden, 45. — Wie wird das Vermögen des Abwesendvermutheten verwaltet, 46, 47. — Verhältniß der Frau und Kinder des Abwesenden, 48. — Wann und wie findet die Abwesenheitserklärung statt, 49 u. folg. — Wem fällt das Vermögen des Abwesenden zu, 54, 61, 63 u. folg. — Rechte und Verbindlichkeiten derjenigen, welche den provisorischen Besitz erhalten, 55 u. folg. — Wann ist die endgültige Besitzeinweisung statthaftig, 62. — Was Rechtens, wenn der Tod des Abwesenden nach der Besitzeinweisung der Erben bewiesen wird, 63. — Erstattung, die bei Wiedererscheinung des Abwesenden oder seiner Abkömmlinge statt zu finden hat, 64 u. folg. — Gegen wen sind die wider einen Abwesenden einzuleitenden Klagen geltend zu machen, 67. — Wem anfällt der Nachlaß, zu dem Jemand berufen ist, dessen Existenz nicht anerkannt wurde, 73 u. folg. — Verläugnung eines Kindes wegen Entfernung, 112. — Wirkung der Abwesenheit der väterlichen Gewalt gegenüber, 166, 309. — Höflichkeiten, so bei Theilungen zu befolgen, in denen Abwesende interessirt sind, 867.

Abwesenheitserklärung. S. Abwesenheit.

Abwesenheitsvermuthung. S. Abwesenheit.

Acte. Bestimmungen über die Acte welche im Auslande gemacht werden, 3, 636.

Acte. Anerkennungs- und Bestätigungs-. Ihre Wirkung, 1209 u. folg.

Acte, authentische. Was sind sie und was bewirken sie, 1186 u. folg.

Acte des Civilstandes. Ihr Gegenstand, 27. — Sie werden mittelst besonderer Verfügungen angeordnet, a l l d a. — Beweiskraft, die sich aus denselben ergibt, 28. — Wie kann ihr Mangel ersetzt werden, 29. — Verantwortlichkeit des Verwahrers derselben, 30. — Klagerrecht, so aus der Fälschung derselben hervorgeht, 31. — Berichtigung dieser Acte, 32, 33. — S. Register, Civilstand.

Acte, Erhaltungs-. Der Gläubiger unter Bedingung kann sie ausüben, 1063. — Der Mann ist gehalten für das Vermögen seiner Frau die Erhaltungsacte zu thun, 1281.

Acte letzten Willens. S. Testament.

Advokaten. Sie sind von Rechtswegen emancipirt, 313. — Wirkung ihres Geständnisses, 1230. — Sie können nicht streitige Rechte abtreten lassen, 1340. — Fälle in denen sie zur körperlichen Haft verfaßt werden können, 1817. — Verjährung des Klagerrechts wegen ihrer Kosten und Ehrentlöhne, 2020. — Wann sie von den Schriftstücken entledigt sind, 2025.

Aerzte. Vorzugsrecht zu ihren Gunsten, 1857. — Verjährung ihres Klagerrechtes, 2020.

Aeste, Baum-. Die Baumäste, welche des Nachbars Eigenthum überhangen, sollen abgeschnitten werden, 518.

Asterbestand. Recht des Beständers Asterbestände abzuschließen, 1459. — Verbindlichkeit des Asterbeständers dem Eigenthümer gegenüber, 1495. — Vorzugsrecht des Miethers im Unter-miethungsfalle, 1858.

Asterbürgе. Seine Verbindlichkeiten, 1781. — Regreß der ihm gegenüber dem Bürgen zusteht, 1788.

Akkord. S. Anschlag.

Aleatorisch. S. Verträge, Zufalls-.

Alimente. Der zur Todesstrafe Verurtheilte kann Alimente bekommen, 19. — Sie gebühren a) von den Eltern und Kindern gegenseitig, 80 n. folg. 109; — b) von den Ehegatten zwischen ihnen, 88, 90, 106, 1283, 1308. — Verhältniß und Weise in der sie zugestanden werden, 85 u. folg. — Wer ist sie dem unehelichen Kinde schuldig, 150 u. folg. — Der Vater hat sie dem Kinde zu verabreichen, das er in Haft setzen läßt, 161. — Die ehedurcherischen Kinder 2c. können nur Alimente bekommen, 587, 788 u. folg. — Die Verweigerung der Alimente ist eine Ursache zur Enterbung, 612. — Derjenige, welcher den Erbtheil des Enterkten bekommt, ist diesem die Alimente schuldig, 619. — Was wird unter dem Vermächtniß von Alimenten verstanden, 698. — Von welcher Zeit an gehören die Alimente dem Legatar, 701. — Die den Ordensgeistlichen gebührenden Alimente, 807. — Widerrufung einer Schenkung wegen Versagung der Alimente, 954. — Vorschrift bezüglich die Verträge über Aliment., 1815. — Verjährung der Alimentar-Gehalte. 2023.

Alimentar-Gehalt. S. Alimente.

Alpen, Consorten. Befugniß dieselben veräußern zu können, Uebergangsgelei, 19.

Alter. Dessen Rücksicht bei der Ueberlebens-Vermuthung, 11. — Welches Alter wird zur Volljährigkeit erheischt, 314. — In welchem Alter kann man sich als Vormund entledigen lassen, 231. 235. — In welchem Alter kann der Minderjährige emancipirt werden, 303, 309. — Das zum Testiren fähige Alter, 581. — Rücksicht des Alters zur Ermessung der Furcht, 994. — Alter, in welchem die körperliche Haft unzulässig wird, 1824.

Amtsblatt. Einrückung in dasselbe der Abwesenheits-Erklärungsfälle, 51, 53. — Der Verkäufe von Pappillen-Gütern, 276. — von Interdiction, 332; — von Gütertrennung, 1307; — der verlorren Sachen, 569.

Anbieten und Niederlegung. Wann tritt der Fall dazu ein, und mittelst welcher Vorschriften werden sie angeordnet, 1139 u. folg.

Anerkennung. Wie geschieht die eines unehelichen Kindes, 138. — Wirkung dieser Anerkennung, 139 u. folg. — Kinder, in Rücksicht derer die Anerkennung nicht stattfinden kann, 138.

Anfall. Fall in dem bei Erbschaften Anfall von einer Linie an die andere eintritt, 762.

Anhäufungen. Vorschrift bezüglich der Anhäufungen ährender Stoffe an eine Mauer, 513.

Annahme, Erbschafts. Verschiedene Weisen eine Erbschaft anzunehmen, 808, 815 u. folg. — Die Annahme ist willkürlich, 809. — Die Erbschafts-Annahme, a) abseiten der Frauen und mehrjährigen Töchtern, 810; — b) abseiten der Minderjährigen, 282, 811; — c) abseiten der unter väterlicher Gewalt Stehenden, 812; — d) abseiten der Erben desjenigen, dem die Erbschaft angefallen ist, 820 u. folg. — Wirkung der Annahme, 813. — Verjährung des Annahmrechtes 814, 831. — Fall, in welchem der Erbe die von ihm gethane Annahme einer Erbschaft angreifen kann, 823. — Folgen des Abgangs der Erbschaftsannahme innert den drei Monaten seit Eröffnung derselben, 830, 847.

Annahme einer Schenkung zwischen Lebenden. Unablässigkeit, Zeitpunkt und Förmlichkeiten derselben, 922 u. folg. — Die Schenkung in Ansicht einer Ehe kann wegen Abgangs der Annahme nicht angestritten werden, 930.

Annahme einer Vollmacht. Sie ist zur Bildung des dahेरigen Vertrages unablässig, 1741. — Sie kann stillschweigend geschehen; allda.

Anrechnung. Fall, wo die dem Erben gemachten Schenkungen und Vermächtnisse auf dessen Pflchttheil anzurechnen sind, 895. — Zene der Zahlungen im Allgemeinen, 1135 u. folg. — Zene der Zahlung von Schulden die einer Gesellschaft gebühren, 1596.

Anschlag. Bestimmungen über Anschläge und Accorde, 1535 u. folg.

Anschwemmung. Was heißt und wem nuhet sie, 398 u. folg. — Rechte des Anznießers auf die Anschwemmung, 435.

Ansehen eines rechtskräftigen Urtheils. Vermuthung die aus demselben hervorgeht, 1221. — Wann findet es statt, 1222.

Anspühlungen. S. Anschwemmung.

Anstalten öffentlichen Nutzens. Können sie mittelst Testaments oder Schenkung bekommen, 595, 944.

Antheil. Wem fällt der Antheil des Erben oder Legatars an, der denselben nicht antreten kann oder nicht antreten will, 711 u. folg. 827, 828. — Welchen Antheil haben die Gesellschafter am Gewinne oder Verluste, 1601, 1602.

Antichrese. (Pfandnuzung). Was ist sie, 1831. — Wie wird sie erstellt, 1844. — Rechte und Verbindlichkeiten die aus ihr hervorgehen, 1844 u. folg.

Antretung, Erbschafts. S. Annahme, Erbschafts.

Anvertraung. Hinterlegung. Der provisorische Besitz des Vermögens eines Abwesenden ist eine Anvertraung, 57. — Wird eine anvertraute Sache zurückverlangt, so kann keine Compensation entgegengesetzt werden, 1163. — Was ist die Hinterlegung, 1671. — Gattungen, 1672, 1676. — Eigenschaft und Wesenheit derselben, 1673 u. folg. — Grundsätze zur Anordnung der freiwilligen Hinterlegung, 1677 u. folg. — Die körperliche Haft hat wegen nothgedrungener Hinterlegung statt; 1817. S. Beschlag.

Anwachs, an den Grundstücken, welche an einen See, an den Fluß zc. anstoßen, 398.

Anwachsrecht. Wann und wie findet es zwischen Erben und Legatären statt, 711 u. folg. — Ueber den Unterschied des Anwachsrechtes zwischen den Erben mit Testament und der Abintestaterben vergleiche man die Art. 714 u. 828.

Anzeige. Verbindlichkeit des Ruhnießers die Eingriffe anzuzeigen, 453. — Unwürdigkeit wegen Abgangs der Anzeige einer Ermordung, 590.

Apotheker. Vorzugsrecht ihrer Schuldforderung, 1857. — Verjährung ihrer Lieferungen, 2020.

Arbeiter. Verjährung ihres Lohnes, 2019.

Arbeitskosten. Der die Früchte beziehende Eigenthümer hat die von Drittman besrrittenen Arbeitskosten zu erstatten, 385. — Ausnahme im Nießbrauchsalle, 421.

Arme. Wirkung der Erbseinsetzung armer Personen, oder des Vermächtnisses zu Gunsten der Armen, 656, 658.

Ascendenten. Sie sind ihren Abkömmlingen die Alimente schuldig, 80 u. folg. — Sie sind die rechtmäßigen Verwande ihrer Abkömmlinge, 211. — Gründe zur Enterbung der Ascendenten, 613. — Die Repräsentation hat zu ihren Gunsten nicht statt, 773. — Auf welche Weise beerben sie ihre Abkömmlinge, 779 u. folg.

Aufgel der. Ihre Wirkung bei den Verkäufen und bei dem Versprechen zu verkaufen, 1331 u. folg.

Aufhebung. Zuständiger Gerichtshof um über die Aufhebung einer Theilung zu erkennen, 855. — Grundsätze in Beziehung auf diese Aufhebung, 912 u. folg. — Aufhebung der Verträge wegen Irrthums, Zwangs, Betrug oder Verlesung, 999, 1000. — Aufhebung der betrügerischer Weise zum Nachtheil der Gläubiger gemachten Acte, 1050. — Dauer des Magerrechtes um Aufhebung eines Vertrags, 1174. — 3. Wichtigkeit. — Aufhebung des Verkaufes: a) wegen verborgener Fehler, 1385 u. folg.; — b) wegen Nichtbezahlung des Preises, 1398 u. folg.; — c) wegen Verlesung, 1416 u. folg. — Andere Aufhebungsfälle des Verkaufes, 1401 u. folg. — Der Ankäufer kann den Verkauf aufheben lassen a) wegen theilweiser Entäußerung, 1380; — b) wegen Nichtanzeige der nicht augenscheinlichen Dienstbarkeiten, 1382. — Bedingungen unter denen der Eigenthümer einen in Baufch und Boagen abgeschlossenen Baahandel wieder aufheben kann, 1542. — Aufhebung der synallagmatische Verträge wegen Nichterfüllung, 1067. — Der Miethcontract wird wegen Verlust der Sache aufgehoben, 1483; — nicht aber durch den Tod, 1484; — vergl. 1515; -- weder durch die Veräußerung, 1485, -- noch durch den Fall wo der Vermiether das vermiethete Haus selbst beziehen wollte, 1499. -- Aufhebung der Pacht der Meiergüter durch den Tod des Pächters, 1515.

Aufhebungs urtheil. Es ist zur Einstellung der Interdiction erfordert, 338. --- Wann ist es vollziehbar, 341.

Aufkündigung. Sie verhindert eine stillschweigende Bestandeseerneuerung, 1481. --- Im Todesfalle des Theilpächters muß sie der Aufhebung des Pachtcs vorangehen, 1516.

Aufkündigung des neuen Werkes. S. Werk, neues.

Aufstreich. S. Versteigerung.

Ausbedingung. Kann man für einen Dritten etwas angeloben oder ausbedingen, 1001 u. folg. --- Eine künftige Erbschaft kann ihr Gegenstand nicht seyn, 1012.

Ausbesserungen. Ihre verschiedenen Gattungen, 446. --- Zu welchen ist der Nutznießer gehalten, 445. --- Wer hat sie in der Mittelmauer zu machen, 495. --- Vorschriften über die Ausbesserungen eines, Verschiedenen angehörigen, Hauses. 503. --- Wer hat solche im Miethsfalle zu machen, 1462. --- Worin bestehen die Miethsausbesserungen, 1496. --- Fall, wo diese Ausbesserungen nicht dem Miether zur Last fallen, 1497. --- Vorzugsrecht für die Miethsausbesserungen, 1858.

Ausgaben, kleine. S. Auslagen.

Ausflagung & wohlt hat. Sie steht dem Bürgen zu, 1776, 1799. --- Ausnahme in Betreff des gesetzlichen oder gerichtlichen Bürges, 1798.

Ausländer. Er genießt der bürgerlichen Rechte unter dem Titel von Gegenseitigkeit, 7. --- Ihre Rechte in Betreff der Befugniß testiren und mittelst Testaments bekommen zu können, 582, 583, 585, 586. --- Können sie abintestat erbfolgen, 769.

Auslagen. Kann sie der Besitzer zurückfordern, 389, 393 u. folg. 1260. --- Der Nutznießer kann die von ihm gemachten Auslagen nicht zurückfordern, 438. --- Zu welchen Auslagen ist der Nutznießer verbunden, 445 u. folg. --- Auslagen welche im Falle der zur Massewerfung erstattet werden sollen, 887, 888, 892. --- Zurückforderung der Auslagen, welche der Mann an dem Grundstück seiner Frau gemacht hat, 1285. --- Zurückforderung der von

dem entäußerten Käufer gehabten Auslagen, 1378; --- oder von dem Dritten=Inhaber der Hypothek, 1933. S. **Ausbefferungen**.

Auslegung. Bestimmungen über die Auslegung der Verträge, 1039 u. folg. --- eines Verkaufes, 1346. --- der frühern Testamente, Uebergangsgesetz, 10.

Auslieferung. Von wem hat die Auslieferung der Vermächtnisse zu geschehen, 699. --- Wer hat die Kosten dieser Auslieferung zu bestehen, 703. --- Welche haben das Begehren um Auslieferung einer ihnen zugefallenen Erbschaft zu stellen, 801, 802. --- Vorschriften über die Auslieferung der verkauften Sache, 1347 u. folg.

Ausschlagung. Die eines Vermächtnisses verungültigt dasselbe, 683. --- Die der Erbschaften ist willkürlich, 809, 820. --- S. **Verzichtleistung**.

Ausschließungen. Gründe zur Ausschließung von der Vormundschaft, 19, 249, 250. --- auch auf den gerichtlichen Beistand anwendbar, 351.

Aussichten. Es dürfen ohne Bewilligung des Nachbars keine Aussichten in der Mittelmauer angebracht werden, 520. --- Welche kann der Eigenthümer einer Mauer anbringen, 521. --- Entfernungen, so bei den Bauten zu beobachten, wo der Nachbar ein Aussichtsrecht hat, 522. --- Die Aussichten gehören zu den unabgebrochenen Dienstbarkeiten, 537.

Ausstreichung der Einschreibungen. Gattungen, 1949. --- Wie dabei zu verfahren und wann sie nachgesucht werden kann, 1950 u. folg. --- Ihre Wirkung, 1963. --- Ausstreichung der provisorischen Einschreibung, 1967.

Auswahl. Wem kommt sie zu bei der Schenkung einer Gattung, 691 u. folg.

Auswahlvermächtniß. Anordnungen über dasselbe, 694 u. folg.

Auszug der Register. S. **Register**.

B.

B ä c k e r. Beweisraft ihrer Bücher, 1197.

B ä u m e. Sie werden unter die Berechtigkeiten gezählt, sowie sie nach und nach gefällt werden, 363. — Rechte des Grundeigenthümers in Bezug auf die vom Drittmann gepflanzten Bäume, 395. — Rechte des Magnifiers auf die Bäume, 428 u. folg. — Gemeinschaft der Bäume die sich in einer gemeinschaftlichen Hecke befinden, 509. — Entfernungen, so bei den Pflanzungen derselben zu beobachten sind, 515 u. folg. *S.* Uebergangsgesetz, 8.

B a s t a r d e n. *S.* Kinder, uneheliche.

B a u m e i s t e r. Ihre Verantwortlichkeit, 1540, 1545. — Sie dürfen keine Mchrung des verabredeten Preises fordern, 1541. — Hypothek zu ihren Gunsten, 1885. — Dauer der Gewährung, zu welcher sie gehalten sind, 2028.

B a u t e n. Jene, zu welchen der Eigenthümer des Bodens berechtigt ist, 391. — Die auf einem Grundstücke befindlichen Bauten werden vermuthet von dem Eigenthümer gemacht worden zu seyn, 393. — Recht, welches aus Bauten hervorgeht die auf eigenem Boden aber nicht mit eigenen Materialien und im Gegentheile gemacht wurden, 394 u. folg. — Entfernungen und anderweitige Vorschriften, so bei den Bauten zu befolgen, 510 u. folg. — Was Rechten, bei Vorhandenheit eines Ausichtsrechtes, 522. — Die Bauten auf dem vermachten Gute machen einen Theil des Vermächtnisses, 705. — Recht, so sich aus dem Gebäude ergibt, welches der Mann über dem Grundboden seiner Frau aufgeführt hat, 1285.

B e a m t e t e r. Wo ist sein Wohnsitz, 41. — Amtsstellen die von der Vormundschaft entheben, 232, 234.

B e d i n g u n g. Wirkung eines Vermächtnisses unter einer Bedingung, a) einer unmöglichen, 672; — b) sich nicht zu verheirathen, 673; — c) einer verfänglichen, 675; — d) einer aufschiebenden, 676, 677, 709, 710. — Wirkung der Nichterfüllung der Bedingung, unter welcher die Schenkung geschehen ist, 952 u. folg. —

Bestand der bedingten Verbindlichkeit, 1051. — Verschiedene Gattungen von Bedingungen, 1052 u. folg. — Wirkung der den Verträgen angehängten Bedingungen, 1055 u. folg. — Auf welche Weise soll die Bedingung erfüllt werden, 1058. — Aufschiebende Bedingung, ihre Wirkungen, 1064 u. folg. — Aufhebende Bedingung, 1066 u. folg.

Begräbnissesten. Ihr Verzuagsrecht, 1857.

Behörde, öffentliche. S. Berichtsteller.

Beistand, gerichtlicher. Wann und wie kann ein solcher einem Volljährigen gegeben werden, 325, 343. — Rechtsfähigkeit des einem gerichtlichen Beistande Unterstellten, 325, 940. — Es wird ein solcher den volljährigen Töchtern und Wittwen gegeben, 344. — Der Frau des Abwesenden, 48; — oder der von Gütern geschiedenen, 96, 1303. — Wie wird er ernannt, 325, 345. — Bei welchen Rechtshandlungen hat er zu interveniren, 325, 347, 810, 943. — Was Rechtens, wenn der Beistand seine Einwilligung verweigert, 348. — Dauer der Verrichtungen des Beistandes, 350. — Unfähigkeit, Ausschließung 2c. des gerichtlichen Beistandes, 351.

Beistand, Vormundschafts=. Es kann ein solcher der Mutter-Vormünderin beigegeben werden, 204.

Berechnungsirrtum. S. Irrthum.

Bergwerke. Rechte des Nugnießers auf dieselbe, 437.

Berichtigung der Civilstands-Akten, 32, 33.

Berichtsteller. Er intervenirt bei den Abwesenheits-Erklärungen, 50. — Beim Inventar des Vermögens eines Abwesenden, 58. — Er durchsicht die Vormundschafts-Protokolle, 192. — Wann intervenirt er bei den Vormunds-Absehung, 254. — Bei den Interdictionen, 318, 322, 340.

Beschädigungen, Verschlimmerungen. Verantwortlichkeit hinsichtlich derselben, a) abseiten des Nugnießers, 453, 459; — b) abseiten des zur Massenanweisung verpflichteten Legatars, 889 u. folg.; — c) abseiten des Mannes, 1281; — d) abseiten des enkäufern Käufers, 1376; — e) abseiten des Beständers, 1474, 1475;

— f) abseiten des Depositors, 1689; — g) abseiten des Gläubigers mit Unterpfand, 1839; — h) abseiten des dritten Inhabers der hypothecirten Eigenschaft, 1933.

Beschlag. Es kann Beschlag eintreten, wenn der Nutznießer keine Bürgschaft leistet, 442. — Item. Wegen Abgangs der Gewährleistungen abseiten der Erben eines Ordensmannes, 807. — Item. Wenn der Gläubiger das Unterpfand mißbraucht, 1841. — Bestimmungen über die verschiedenen Gattungen des Beschlages, 1710 u. folg.

Besitz. Wann kann der Besitz des Vermögens eines Abwesenden nachgesucht werden, 54. — Wann wird er im guten Glauben vermuthet, 387. — Rechte des redlichen Besitzers, 386, 389. — Verpflichtungen des unredlichen Besitzers, 388. — Dienstbarkeiten, die mittelst des Besitzes errichtet werden können, 540, 541. — Auf welche Weise erhält der Legatar den Besitz der vermachten Sache, 699. — Was ist der Besitz, 1986. — Eigenschaften, die der Besitz haben muß, um verjähren oder nicht verjähren zu können, 1987 u. folg. — Gesetzliche Vermuthungen, welche aus dem Besitze entstehen, 1988, 1989, 1992. — Bei Fahrnissen gilt der Besitz als Urkunde, 2030.

Besitzeseinweisung. Von der provisorischen Besitzeseinweisung in das Vermögen des Abwesenden, 54 u. folg. — Von der endgültigen Besitzeseinweisung, 62.

Besignahme. Sie ist ein Erwerbungsmodus, 564 u. folg. — Der Testator kann die Besignahme der Fahrhabe dem Testamentsvollzieher überlassen, 747. — Wie kann der Erbe derselben ein Ende machen, 751. — Wie und zu welchen Gunsten geschieht die Besignahme einer Verlassenschaft, 800.

Bestand. S. Pacht.

Bestandserneuerung, stillschweigende. Wann findet sie statt, unter welchen Bedingungen und für welche Zeit, 1480 u. folg.

Bestätigung. Wirkung der Bestätigungsacten, 1210 u. folg.

Bestimmung des Hausvaters. Was ist sie und welche Dienstbarkeiten können durch sie erseut werden, 542 u. folg.

Betrug. Er berechtigt eine Erbschaft anzugreifen, 823. — Die Aufhebung einer Theilung zu begehren, 912. — Er bewirkt die Nichtigkeit der Verträge, 991, 998. — Verjährung der Aufhebungs-klage wegen Betrugs, 1174. — Er ist ein Grund zur Aufhebung der Vergleiche, 1809.

Bettverlassung. Wem gehört in diesem Falle das verlassene Bett, 407.

Bevollmächtigter. Er kann ein Mitglied des Familienrathes vertreten, 197. — Er kann Zahlungen und Anbieten zur Zahlung abnehmen, 1121, 1140. — Er kann die Güter, welche er zu verkaufen beauftragt ist, sich nicht aneignen, 1339. — Seine Gewalten, 1744, 1746. — Wer kann als Mandatar ausgewählt werden, 1746. — Seine Obliegenheiten, 1747 u. folg. — Was haben beim Tode des Bevollmächtigten seine Erben zu thun, 1766.

Beweglichkeiten, S. Fahrnisse.

Beweise. Wie geschieht der Beweis der Geburts-, Ehe- und Todesfälle, 27 u. folg. — Der Abstammung der ehelichen Kinder, 120 u. folg. — Der Vaterschaft der unehelichen Kinder, 138, 142. — Beweis der Vosschlagung, so aus der Zurückgabe der Urschrift hervorgeht, 1155. — Wer muß beweisen, 1183. — Schriftlicher Beweis, 1186 u. folg. — Zeugenbeweis, 1213 u. folg. — Beweis durch Vermuthungen, 1220 u. folg. — Durch Geständniß, 1226 u. folg. — Beim mündlichen Bestande darf kein Zeugenbeweis angenommen werden, 1457.

Beweisanfang, schriftlicher. Acte, aus welchen er hervorgeht, 127, 1189, 1218.

Blödsinn. Er ist eine der Ursachen zur Interdiction, 315; — und zur Unfähigkeit zu testiren, 581. Vergl. 940.

Blutschänderisch. S. Kinder, blutschänderische.

Bienen. Rechte auf die Bienenschwärme, 566.

Brennojen. Vorschriften über ihren Bau, 512.

Brunnen. Recht zu ihrer Errichtung zu Gunsten von Gemeinden, Dörfern oder Weilern, 532.

Bücher der Handelssteuer. Bestimmungen über dieselben, 1197 u. folg.

Bürge. Eigenschaft die er haben soll, 1773. — Wie wird dessen Zahlungsfähigkeit ermessen, 1774. — Was Rechtens, wenn er unzahlungsfähig wird, 1775. — Rechtswohlthaten zu Gunsten der Bürgen, 1776 u. folg. — Vergl. 1798, 1799. — Gattung ihres Recesses, a) gegen den Schuldner, 1782 u. folg.; — b) gegen die Mitbürgen, 1787 u. folg. — E. Afterbürgen.

Bürge des Bürgen. E. Afterbürgen.

Bürge, gesetzlicher oder gerichtlicher. Eigenschaften desselben, 1796. — Er kann durch eine andere Sicherheitsleistung ergänzt werden, 1797. — Wirkung dieser Bürgschaft, 1798 u. folg.

Bürgerliche Rechte. Vorschriften über den Genuß derselben, 6 u. folg.; — abseiten eines Walliser Bürgers, 6; — abseiten eines Ausländers, 7; — abseiten moralischer Personen, 8; — abseiten eines ungebornen Kindes, 9; — Verlust dieser Rechte, 15 u. folg.; — durch Einbürgerung im Auslande, 15, 17; — durch Verurtheilungen, 18 u. folg.

Bürgschaft. Ihre Wirkung im Allgemeinen, 1767. — Ihr Object, 1768. — Ihre Schranken, 1769. — Für wen kann man sich verbürgen, 1770. — Sie wird nicht ver.äuhet, 1771. — Sie erstreckt sich auch auf das Zubehör, 1772. — Wirkung der Bürgschaft, a) zwischen dem Gläubiger und dem Bürgen, 1776 u. folg.; — b) zwischen dem Schuldner und dem Bürgen, 1782 u. folg.; — c) zwischen den Mitbürgen, 1787 u. folg. — Erlöschung der Bürgschaft, 1789 u. folg. — Vergl. 1141, 1154, 1158, 1164, 1171. — Ermächtigung deren die mehrjährige Tochter bedarf um sich verbürgen zu können, 347. — Unterbrechung der Verjährung gegen den Bürgen, 2007.

Buße. Gegen die Anverwandten, die beim Familienrath nicht erscheinen, 198. — Gegen den Vormund der sich weigert, die Vormundschaft zu verwalten, 246.

C.

Cessionar. Wie kann der Cessionar erblicher Rechte von der Theilung entfernt werden, 868. — Wer kann sich streitige Rechte nicht abtreten lassen, 1340.

Civilgesetzbuch. Zeitpunkt dessen Inkraftsetzung, Uebergangsgesetz, 1.

Civilstand. Wie wird er beurkundet, 27 u. folg. — Unverjährbarkeit der Klage um denselben, 130. — Wann kann diese Klage von den Erben des Kindes geführt oder fortgesetzt werden, 131, 132.

Commodat. Daherige Bestimmungen, 1622. **C. Darlehen.**

Compromiß. Nothwendige Ermächtigung, um für einen Minderjährigen ein Compromiß eingehen zu dürfen, 283. — Die Vollmacht, einen Vergleich einzugehen, berechtigt nicht zu einem Compromiß, 1745.

Confusion. Mittelt ihr Erlöschen die Verbindlichkeiten, 1116. — Wann tritt sie ein, 1170 u. folg. — Ihre Wirkungen bei Solidarität, 1091.

Contract. Was ist er, 984. — Gattungen, 985 u. folg. — Fähigkeit um einen Contract abzuschließen, 1005 u. folg. — Object und Gegenstand der Contracte, 1008 u. folg. — Ihre Ursache, 1013 u. folg.

Corporationen, religiöse, können mittelst Testamentes oder Schenkung nicht erwerben, 595, 944.

Curator. Der zur Todesstrafe Verurtheilte bedarf eines Curators um vor Gericht rechten zu können, 19. — Wann wird dem Vermögen des Abwesenden ein Curator gegeben und was ist dabei zu thun, 46, 47, 69 u. folg. — Wann wird dem unter väterlicher Gewalt Stehenden ein Curator bestellt, 174. — Dem emancipirten Minderjährigen wird ein Curator bestellt, 305; — der ledigen Verlassenschaft, 847. — Verschiedene anderweitige Fälle, in denen ein Curator zu bestellen ist, 352. — Wie wird er erwähnt, 354.

vergl. 734, 847. — Fälle, in welchen von Rechtswegen ein Curator besteht, 306, 335. — Vorschriften für die Vormundschaften, so auch auf die Curatelen anwendbar, 355. — Wann endet die Curatel, 338, 356. — Vorzugsrecht, daß ihren Gütern zukommt, 1857.

D.

Dachtraufen. Wie sollen dieselben eingerichtet werden, 523.

Dächer. S. Dachtraufen.

Dämme. Wer unterhält die Dämme des mit einem Nießbrauche beschwerten Grundstückes, 446. — Es darf zur Verhinderung des Wasserabflusses von dem höher gelegenen Grundstück kein Damm aufgeführt werden, 478.

Darlehn. Gattungen, 1621.

Darlehn zum Gebrauche. Seine Beschaffenheit, 1622 u. folg. — Verpflichtungen a) des Entlehners, 1627 u. folg.; — b) des Leihers, 1634 u. folg.

Darlehn zum Verbrache. Seine Beschaffenheit, 1638 u. folg. — Verbindlichkeiten des Leihers, 1643 u. folg.; — des Entlehners, 1647 u. folg.

Darlehn auf Zinse. Vorschriften über dasselbe, 1650 u. folg.

Datum. Wie erhalten die Privatverschreibungen ein sicheres Datum, 1196. — Vorzug zwischen den Gläubigern, der aus der Sicherheit des Datums hervorgeht, 1973 u. folg. — vergl. Uebereingangseseß, 20.

Dazukunft von Kindern. Die testamentarischen Verfügungen werden durch sie von Rechtswegen widerrufen, 684, 685. — Wann bewirkt sie die Erlöschung der Substitution, 737. — Ihre Wirkung bei den Ehenkungen zwischen Lebenden, 961 u. folg.

Diebstahl. Verantwortlichkeit des Diebes in Beziehung auf den Werth der gestohlenen Sache, 1172. — Verantwortlichkeit der Gastwirth in Beziehung auf den Diebstahl von Effecten der Reisenden, 1788. — Revindication der gestohlenen Sache, 2030. — Fall, in dem der Preis der gestohlenen Sache dem entäußerten Eigenthümer ersattet werden muß, 2031.

Dienstbarkeiten. Sie werden unter die unbeweglichen Dinge gezählt, 366. — Was sind sie, 476. — Wie werden sie errichtet, 477. — Vorschriften über die Dienstbarkeiten, welche aus der Ortslage entstehen, 478 u. folg. — Durch das Gesetz festgesetzte 489 u. folg. — Dienstbarkeiten, welche durch die That des Menschen errichtet werden können und auf welche Weise, 534 u. folg. — Gattungen von Dienstbarkeiten, 537, 538. — Wie wird die Dienstbarkeit errichtet auf einem unvertheilten Grundgute, 546. — Rechte, die aus den Dienstbarkeiten hervorgehen, 547 u. folg. — Wie erlöschen sie, 553. — Fall wie eine erloschene Dienstbarkeit wieder auflebt, 1935.

Dienstboten. Wo haben sie ihren Wohnsitz, 40. — Ihre Dienstesdauer, 1527. — Verjährung ihres Lohnes, 2019.

Dienstleistungen, persönliche. Können nur auf eine bestimmte Zeit verbunden werden, 1527.

Dienstlohn. Glaubwürdigkeit des Dienstherrn wegen der Bezahlung des Dienstlohnes, 1528. — Vorzugsrecht zu Gunsten der Dienstlöhne, 1857.

Doctoren, die, der Rechte, der Medizin oder Chirurgie sind von Rechtswegen emancipirt, 313.

Dritter Inhaber. Wirkung der Widerrufung den dritten Inhabern gegenüber, 958, 965. — Die Aufhebung wegen Verletzung kann den dritten Inhabern gegenüber nicht eingeklagt werden, 1426. — Wirkung der Hypotheken gegenüber den dritten Inhabern, 1927 u. folg.

Drittmann. Wirkung des Vermächtnisses zu Gunsten einer von Drittmann zu ernennenden Person, 657. — Wirkung der Angelobung oder der Ausbedingung für einen Dritten, 1001 u. folg. — Wirkung der Verträge Drittmann gegenüber, 1048 u. folg. — Verbindlichkeiten die von Drittmann erfüllt werden können, 1118 u. folg. — Fall wo Drittmann gegenüber Subrogation eintritt, 1131 u. folg. — Die Compensation hat nicht statt zum Nachtheile der von Drittmann erworbenen Rechte, 1168. — Die Gegenbriefe haben Drittmann gegenüber keine Wirkung, 1190. — Die Leibrente kann zu Gunsten eines Dritten bestellt werden, 1728.

D ü n g e r. Der austretende Pächter soll ihn zurücklassen, 1509. — Der Theilpächter kann ihn nicht verkaufen, 1513. — Bei der Viehpacht, wem gehört er zu, 1559, 1568, 1573.

D u r c h g a n g. Bestimmungen in Beziehung auf den Durchgang, den der Eigenthümer des eingeschlossenen Grundstückes durch die Grundgüter seiner Nachbarn fordern kann, 524 u. folg. — Das Recht Wasser zu schöpfen, führt das Durchgangsrecht mit, 545. — Wie wird das Durchgangsrecht ausgeübt, wenn das Grundstück, zu dessen Vortheil die Dienstbarkeit errichtet ist, getheilt wird, 550.

E.

E h e. Wie wird sie erwiesen, 27. — Die Bedingungen derselben werden mittelst eines besondern Gesetzes angeordnet werden, 79. — Verbindlichkeiten, die aus derselben hervorgehen, 80 u. folg. — Bestimmungen über die Schenkung in Ansicht der Ehe, 102, 105, 930, 969 u. folg. — Wirkung der Ehe zwischen zwei Personen, deren eine im Wallis, die andere im Auslande wohnsitz, 1277.

E h e b r e c h e r i s c h (Kinder). Können nicht geechtiert werden, 134. — Sie können bloß Alimente bekommen, 587, 788 u. folg.

E h e b r u c h. Er ist eine Ursache zur Scheidung, 106. — Fall wo er die Verläugnung eines Kindes begründen kann, 113.

E h e g a t t. Rechte des überlebenden Ehegatts, 793 u. folg.; vergl. die Art. 102, 106, 107 und das *U e h e r g a n g s g e s e z*, 12. — Förmlichkeiten, so im Beerbungsfalle des früher verstorbenen Ehegatts zu befolgen sind, 802 u. folg. — Rechte des Ehegatts des zur Todesstrafe Verurtheilten, 19, 25. -- Rechte des gegenwärtigen Ehegatts gegenüber dem abwesend erklärten Nebenehegatt, 56. -- Obliegenheiten der Ehegatten ihren Kindern gegenüber, 80 u. folg. -- Gegenseitige Rechte und Verpflichtungen der Ehegatten, 88 u. folg. -- Bestimmungen über die Schenkungen zwischen Ehegatten vor oder während der Ehe, 977 u. folg. -- Rechte denen sie keinen Abbruch thun können, 1270 u. folg. -- Gegenseitige Verhältnisse der Ehegatten bezüglich ihres Vermögens, 1278 u. folg.; vergl.

Uebergangsgesetz, 12. — Kann zwischen Ehegatten Verkauf eintreten, 1338. — Die Verjährung läuft zwischen Ehegatten nicht, 2010.

Eheliche Gesellschaft. In Abgang eines dahierigen Vertrags ist sie dem Gesetze untergeordnet, 1286.

Eheverlöbniße. Ihre bürgerlichen Wirkungen, 77, 78.

Ehevertrag. Uebereinkommnisse deren er empfänglich ist, 1269. — Er hat vor der Trauung zu geschehen, 1273. — Kann er abgeändert werden, 1274 u. folg. — Ermächtigung derer zu diesem Verträge der Minderjährige bedarf, 1276.

Ehe, zweite. Ihre Wirkungen, a) in Betreff der Frau die eine solche innert den zehn Monaten seit dem Hinschied ihres Mannes eingeht, 102; — b) in Betreff des Ehegatts, welcher aus früherer Ehe Kinder hat, 103, 104, 105, 169; — c) in Betreff des dem überlebenden Ehegatt zugestandenem Nießbrauche, 794.

Eid. Er soll von dem Vormunde geleistet werden, 257. — Fall, wo er den Handelsleuten aufgetragen werden kann, 1198. — Er kann von einem Bevollmächtigten nicht geleistet werden, 1232. — Gattungen des gerichtlichen Eides, 1233. — Vorschriften über den Entscheidungseid, 1234 u. folg. — Gattung des vom Richter auferlegten Eides, 1244. — Dieser Eid kann nicht zurückgeschoben werden, 1247. — Wann tritt der Fall ein, a) zum Ergänzungseide, 1245 u. folg.; vergl. 1198; — b) zum Eide über den Werth der eingeklagten Sache, 1248. — Eid der im Verjährungsfall aufgelegt werden kann, 2024, 2027.

Eigenthum. Was ist es, 380. — Wann kann man gezwungen werden, dasselbe abzutreten, 381. — Eigenschaft des Eigenthumsrechtes, 382, 391. — Wie wird es erworben, 562 u. folg.

Eigenthum, bloßes. Fall wo der eine zweite Ehe eingehende Gatte das bloße Eigenthum verliert der ihm von seinem verstorbenen Nebengatt gemachten Schenkungen, 103.

Einbürgerung. Wirkung der Einbürgerung im Auslande, 15 u. folg. — In Beziehung auf den Walliser-Bürger, a) da. — In Betreff des beständigen Einwohners, Uebergangsgesetz, 3.

Eingriffe. Der Nutznießer ist für die Eingriffe, welche während der Nutznießung begangen werden, verantwortlich, 453. --- Verpflichtung des Beständers den Eigenthümer darüber einzuberichten, 1503.

Einkünfte. Wem gehören die Vermögens-Einkünfte eines Abwesenden, 59, 61, 63, 69, 76. --- Jene des Vermögens eines unter väterlicher Gewalt Gestellten, 166; vergl. 170. --- Der emancipirte Minderjährige bezieht seine Einkünfte, 307. --- Wie sollen die Einkünfte eines wegen Wahn- oder Blödsinn interdicirten verwendet werden, 337. --- Die der Frau gehören dem Manne, 1278. --- Unter welcher Beschwerde, 1283.

Einreden. Welche Einreden kann der Solidarschuldner entgegensetzen, 1090. --- Umstände, welche die Verzichtleistung auf die Einreden bewirken, 1210. --- Einreden, die der Bürge dem Gläubiger entgegensetzen kann, 1791.

Einschließung. Recht des Eigenthümers sein Grundgut einzuschließen, 488.

Einschreibung. Sie wird zur Bewahrung der Vorzugsrechte nicht erheischt, 1864. --- Ausnahme, 1871, 1872. --- Was Rechts zur Bewahrung der Hypotheken, 1899; vergl. 1919 u. 1922. --- Weise dabei zu verfahren, 1900 u. folg. --- Zuständiger Gerichtshof über die dahergigen Klagen, 1915. --- Erneuerung der Einschreibungen, 1917 u. folg. --- Hinweisung auf ein besonderes Gesetz über die Weise die Register zu führen, 1916. --- Fall wo die Einschreibung amtlich zu geschehen hat, 1945. --- Ihre Ausstreichung, 1949 u. folg.

Einschreibung, provisorische. Wann hat sie einzutreten, 1964. --- Ihre Wirkung, 1966. --- Ihre Ausstreichung, 1967.

Eintagung. Sie unterbricht die Verjährung, 2002.

Eintragung. Die Annahme einer Schenkung mittelst eines besondern Actes muß eingetragen werden, 931. --- Item die Klage um Widerrufung wegen Undanks, 959. --- Item die Veräußerungen von Liegenschaften mittelst Actes zwischen Lebenden,

1939. — Worin besteht sie, 1940. — Verjährungsart, 1941 u. folg. — Wirkung der Eintragung und des Abgangs derselben, 1946, 1947. — Bezahlung der Kosten, 1948.

Einverleibung. Sie ist ein Erwerbungsmodus, 563. S. Zuwachs.

Einwilligung. Umstände, welche sie verungültigen, 991 u. folg.

Einwohner, beständige. Ihr Verhältniß. Uebergangsgesetz, 2, 3.

Emancipation. Wann und von wem kann sie bewilligt werden, 303, 304, 309. — Wirkung derselben, 305 u. folg. — Von Rechtswegen Emancipirte, 313. — Sie befreit von der väterlichen Gewalt, 157, 166. — Emancipation durch Heirath vor dem ersten Jänner 1855. Uebergangsgesetz, 6.

Entäußerung. Gewährleistung welche sie zwischen Miterben veranlaßt, 909. — Verpflichtung des Verkäufers im Entäußerungsfalle der verkauften Sache, 1370 u. folg. — Fall wo Seitens des Verkäufers die Gewährleistung aufhört, 1384. — Gewährleistung, welche der Gesellschafter schuldig ist für den gewissen Gegenstand, den er in die Gesellschaft eingeschlossen hat, 1593.

Entbindung (Kosten der). Die der Mutter des unehelichen Kindes schuldige Entschädigung, 151.

Enterbung. Was ist sie, 611. — Enterbungsgründe, a) der Descendenten, 612; — b) der Ascendenten, 613; — c) der Seitenverwandten, 615. — Officiöse Enterbung, 615. — Wer hat den Enterbungsgrund zu erweisen, 616. — Wirkung der Enterbung in Beziehung auf die Kinder des Enterbten, 617. — Was Rechts, wenn des Enterbungsgrundes nicht erwähnt ist oder darüber kein Beweis vorliegt, 618. — Alimente, die dem Enterbten abseits desjenigen, der seines Antheils genießt, verabreicht werden sollen, 619.

Entfernung. Welche Entfernung ist bei Pflanzungen und Bauten zu beobachten. S. Bäume, Bauten.

Entsagung. Die entsagten Verlassenschaften fallen dem Staate an, 378. — Kann man dem Nießbrauche ganz oder zum Theil entsagen, 426, 457. — Was Rechts bezüglich der Entsagung des Nießbrauches zum Nachtheil der Gläubiger, 463. — Bestimmung über das verlassene Wasser, 485. — Kann man mittelst Entsagung der Gemeinschaft sich der Ausbesserung der Mittelmauer entheben, 496. — Mittelst Abtretung des dienstpflichtigen Grundstückes kann man sich von der Dienstbarkeit losschlagen, 549. — Man kann das Eigenthum des verfügbaren Antheils fahren lassen, 604. — Kann der mit Substitution Beschwerte sein Recht zum Voraus abtreten, 735. — Man kann sich mittelst Abtretung der dießfalls cedirten Eigenschaft von der Bezahlung einer Rente nicht entledigen, 1665.

Entschädigung. Für die Entbindungskosten, 151. — Im Falle gezwungener Abtretung gebührt Entschädigung, 381. — Im Falle gezwungener Abtretung einer Quelle, 482. — Der Erhöhung einer Mittelmauer, 499. — Der Errichtung eines Durchgangsweges, 524; oder einer Wasserleitung, 531, 532. — Verschiedene andere Fälle, wo Entschädigungen eintreten können, 1002, 1254, 1285, 1382, 1486 u. folg., 1756.

Entschuldigungen. Welche entheben von der Vormundschaft, 232 u. folg. — Weise dieselben vorzubringen, 241 u. folg.

Entsetzung. Welche können von der Vormundschaft entsetzt werden, 249, 250 — Was ist bei denselben zu befolgen, 252 u. folg. — Entsetzung des gerichtlichen Beistandes und des Curators, 351, 355.

Entziehung. Wirkung der von einem Erben begangenen Entziehung, 833. — Von einem Ehegatt eines Gegenstandes aus der Gemeinschaft, 1299.

Erben. Rechte der Erben eines Abwesenderklärten, 54 u. folg. — Frist, die den Erben des Mannes anverraunt ist, um den ehelichen Stand eines Kindes anzustreiten, 117. — Rechte der Erben des Kindes in Betreff der Klage um den Stand, 131 u. folg. — Wie sind die Erben zur Zahlung der Vermächtnisse gehalten, 707,

708. --- Wie sind sie zur Zahlung der Schulden gehalten, 896 u. folg. --- Wie sind sie dazu gehalten im Falle der Inventarwohlthat, 843. --- Wann tritt zwischen den Erben Anwachs ein und was er= wirkt dieses Recht, 711 u. folg. --- Wie treten sie in die Erbschaft ein, 800 u. folg. --- Fälle, wo der Erbe die Vermächtnisse oder Schenkungen auf seinen Pflichttheil anrechnen lassen muß, 895.

Erben, rechtmäßige. Sie treten von Rechtswegen in die Erbschaft ein, 800.

Erben, testamentarische. Was sind sie, 649. --- Un= fähigkeit durch Testament zu bekommen, 585 u. folg. --- Wie wird die Erbschaft zwischen mehreren Testamentarerben vertheilt, 652 u. folg. --- Wann tritt unter ihnen Anwachs ein, 711 u. folg. --- Sie haben um die Auslieferung der Erbschaft nachzusuchen, 801 u. folg. --- Gewährschaftsleistungen zu denen sie gehalten sind, 804.

Erbeinsetzung. Was Rechtens, wenn sie nur für einen Theil der Verlassenschaft geschieht, 651. --- Vorschriften über die Bestimmung der Theile der Testamentarerben, 652 u. folg. --- Sie kann nicht zeitfristig sein, 674. --- Nichtigkeit der verfänglichen Erbeinsetzung, 675. --- Wirkung der Erbeinsetzung unter aufschiebender Bedingung, 676, 677. --- S. Vermächtnisse. --- Sie ist bei den Testamenten nicht mehr erfordert, Uebergangsgesetz, 9.

Erbrechte. Die Veräußerung derselben bewirkt die Erbschaftsannahme, 817. --- Man darf über die Erbschaft einer lebenden Person weder etwas verabreden noch auf selbe verzichten, 832, 1012. --- Grundsätze über den Verkauf einer Erbschaft, 1437 u. folg.

Erbschaft. Wirkung des Verkaufes einer Erbschaft 1437 u. folg. --- S. Verlassenschaft.

Erbschaft, Abintestat. Wann findet sie statt, 759. --- Wem wird sie im Allgemeinen übertragen, 760. --- Vorschriften über die Vermögensstheilung zwischen der väterlichen und der mütterlichen Linie, 761 u. folg. --- Personen, die erben oder nicht erben können, 769, 770. --- Von dem Repräsentationsrechte, 771 u. folg. --- Wie wird die Erbschaft auf die Descendenten übertragen, 778. --- Wie auf die Ascendenten und Seitenverwandte, 779 u. folg. ---

Gegenseitige Rechte der unehelichen Kinder und ihrer Vater und Mutter, 783 u. folg. --- Rechte des überlebenden Ehegatts und des Staates, 793 u. folg.

Erbschaft, testamentarische. S. Testament.

Erbsatz. Rechte und Verbindlichkeiten des Eigenthümers der eingefallenen Gegenstände, 404. --- S. Vertiefungen. Umgrabungen.

Erhaltung. Verpflichtung die geschuldete Sache zu erhalten, 1019, 1020, 1127. --- Verpflichtung für die zur Erhaltung einer Sache gehaltenen Auslagen Rechnung zu tragen, 888, 1260, 1636, 1702, 1839. --- Vorzugsrecht der Unterhaltungskosten einer Fahrniß, 1858.

Erhöhung. Verbindlichkeit desjenigen, welcher eine gemeinschaftliche Mauer will erhöhen lassen, 498.

Erlassung der Schuld. Wann hat sie statt, 1155 u. folg. Nachlaß des Pachtpreises wegen Verlustes der Früchte, 1504 u. folg.

Ermächtigung des Mannes. Die Frau bedarf derselben, a) um vor Gericht zu rechten, 91; Ausnahme, 92; --- b) um Verbindlichkeiten einzugehen, 93; außer sie sei eine öffentliche Handelsfrau, 98. --- Was Rechts, wenn der Mann seine Ermächtigung weder geben will noch geben kann, 94 u. folg. --- Auf welche Weise muß sie abgegeben werden, 99. --- Wer kann den Mangel der Ermächtigung entgegensehen, 100. --- Die Frau kann ohne dieselbe testiren, 101.

Erndte. Die an den Aesten oder an den Wurzeln hangende Erndte ist unbewegliches Gut, 361. --- In welchem Falle berechtigt der Verlust der Erndte zu einem Nachlaß des Pachtpreises, 1504 u. folg.

Erneuerung der Hypothek-Einschreibungen, 1917 u. folg.

Eröffnung der Erbschaften. Wann tritt sie ein, 799, 805; vergl. 26. --- An welchem Orte, 42.

Errungenschaften. Grundsätze, laut welchen die von den Ehegatten während der Ehe gemachten Errungenschaften angeord-

net werden, 1286. --- S. Errungenschafts-Gemeinschaft. Uebergangsgesetz, 12.

Errungenschafts-Gemeinschaft. Es darf unter den Ehegatten keine ansonst bestehen, 1287. --- Wann beginnt sie, 1289. — Was umfaßt sie, 1290 u. folg. — Ihre Verwaltung, 1294. — Wie wird sie berechnet, 1295 u. folg. — Auflösung derselben, 1302. S. Errungenschaften.

Ersatz. Für welche Güter gebührt der Frau Ersatz, 1312 u. folg. — Wie findet er statt, 1318.

Erstattung. Wie geschieht die Erstattung einer ungebührlich empfangenen Sache, 1255 u. folg. — Item jene eines Gelddarlehens, 1640 u. folg. — Item jene einer Anvertrauung, 1688 u. folg.

Erwerbung. Nothwendige Ermächtigung im Erwerbungs-falle, a) im Namen eines Minderjährigen, 283; — b) von einem unter gerichtlichen Beistand Gestellten, 325; — c) von einer mehrjährigen Tochter, 347. — Wirkungen der von der Frau oder von dem Manne in ihrem Namen während der Ehe gemachten Erwerbungen, 1297, 1316, 1317.

Erziehung. Die Eltern sind ihren Kindern Erziehung schuldig, 80. — Wem wird im Falle einer Ehescheidung die Erziehung der Kinder anvertraut, 108, 109. — Kann der Vormund dem Vater oder der Mutter die Erziehung der Kinder entziehen, 258. — Die Erziehungskosten unterliegen der Einwerfung nicht, 880. — Die von Gütern geschiedene Frau soll zur Erziehung der Kinder beisteuern, 1308.

Existenz. Durch wen muß die Existenz einer Person erwiesen werden, 10, 73. — Wirkungen des Existenz-Beweises eines Abwesenderklärten, 64 u. folg.

F.

Fahrnisse. Obliegenheit die Fahrhabe eines Abwesenden zu verkaufen, 58. — Item eines Minderjährigen, 264. — Ausnahme, 265. — Förmlichkeit bei diesem Verkaufe, 264, 279. —

Fahrnisse für welche der Vormund nicht verantwortlich ist, 296. — Gattungen der beweglichen Güter, 367 u. folg. — Bedeutung der Ausdrücke Beweglichkeiten, bewegliche Güter 2c. 371. — Was wird unter möblirenden Geräthschaften verstanden, 372, und unter einem möblirten Hause, 373. — Von dem Zuwachse in Betreff der Fahrnisse, 409 u. folg. — Wirkung des Nießbrauches auf die Fahrhabe, 424 u. folg. 454 u. folg. — Verbindlichkeit des mit Substitution Beschwerten in Betreff der substituirtten Fahrnisse, 734. — Der Testator kann die Besitznahme der Fahrhabe dem Testamentsvollzieher gestatten, 747. — Wie geschieht die zur Massawerfung der Fahrhabe, 893. — Vorzug welcher dem Besitzer beweglicher Sachen zukommt, 1024. — Vorzugsrechte auf gewisse Fahrnisse, 1858. — Die auf bewegliche Güter bestellte Hypothek ist wirkungslos, 1880. — In Beziehung auf die Fahrnisse gilt der Besitz als Urkunde, 2030.

Familienrätthe. Selbe haben bei den wichtigen Geschäften der Vormundschaft und Curatel zu interveniren, 182, 212, 259, 293, 304, 320, 336, 339. — Bildung und Einberufung derselben, 194 u. folg.

Familienvater, guter. Wie gute Familienväter sollen verwalten, a) der Vormund, 261; — b) der Nießnießer, 439; — c) der Gebrauchsberechtigte 2c., 468; — d) derjenige, welcher sich verbunden hat, etwas zu geben, 1020; — e) der Geschäftsführer, 1253; — f) der Beständer einer Wiedpacht, 1554; — g) der Anleiher, 1627; — h) der Hüter bei den Beschlagnahmen, 1717.

Familienzweige. Wie werden sie zur Erbfolge berufen, 763, 775.

Fähigkeit. Durch Testament zu verfügen und zu bekommen, 580 u. folg. — Item durch Schenkung unter Lebenden, 940 u. folg. 980. — Man kann sich die Fähigkeit zu testiren nicht versagen, 584. — Fähigkeit zu contrahiren, 1005 u. folg. — Erforderliche Fähigkeit, a) um gültig zu zahlen, 1120, 1123; — b) um ein gültiges Anbieten zur Zahlung zu machen, 1140; — c) um zu kaufen oder zu verkaufen, 1337 u. folg.; — d) um einen Vergleich einzugehen, 1801.

Fähigkeit der Personen. S. Personen.

Fälschung. Klagen, veranlaßt durch die in den Acten des Civilstandes begangene Fälschung, 31. — Die Vollziehung eines der Fälschung beklagten Actes ist zu verschieben, 1188.

Fehler. Klagen und Gewährleistung für die Fehler der verkauften Sache, 1369, 1385 u. folg.; — für diejenigen der verpachteten Sache, 1463; und für jene der geliehenen Sache, 1637.

Fenster. Es dürfen in einer gemeinschaftlichen Mauer keine angebracht werden, 520; — wohl aber in eigener Mauer, obschon diese an das Grundgut eines Andern stößt, 521. — Wann sind sie ein augenscheinliches Merkmal einer Dienstbarkeit, 538.

Feuersbrunst. Verantwortlichkeit des Beständers im Falle von Feuersbrunst, 1476 u. folg.

Fischfang. Wird durch besondere Geseze angeordnet, 565.

Flächeninhalt. Recht der Parteien, wenn dem verkauften Grundstück ein größerer oder kleinerer Flächeninhalt gegeben wird, 1361 u. folg.; — oder verpachteten, 1501.

Fleischer. Beweiskraft ihrer Bücher, 1197.

Fluß. S. Rhone.

Forderbarkeit. S. Zurückzahlung.

Fortschaffung. Fortreißen. Wirkung des Fortreißen das durch die Gewalt des Wassers geschieht, 403. — Auf wen lasten die Fortschaffungskosten der verkauften Sache, 1352.

Frau. Sie folgt dem Stande ihres Mannes, 14, und seinem Wohnsitz, 38. — Ihre Verpflichtung dem Manne gegenüber, 88 u. folg. — Fälle, in denen sie der Ermächtigung ihres Mannes bedarf, 91 u. folg. — Was Rechtens, wenn ihr der Mann die Ermächtigung versagt, wenn er selbst betheiligt oder verhindert ist, 94 u. folg. — Verhältniß einer öffentlichen Handelsfrau, 98. — Wichtigkeit der im Allgemeinen erteilten Ermächtigung, 99. — Wer kann den Mangel der Ermächtigung entgegensetzen, 100. — Sie bedarf keiner Ermächtigung um zu testiren, 101. — Sie kann interdicirt werden, 349. — Ermächtigung, derer sie zur Annahme einer Erbschaft nothwendig hat, 810. — Item zur Annahme einer Schen-

fung, 924 u. folg. --- Förmlichkeiten, so bei Theilungen zu befolgen, wo Frauen interessirt sind, 867. --- Ermächtigung, mit der sie zwischen Lebenden schenken kann, 941. --- Sie kann sich einen Theil ihrer Einkünfte vorbehalten, 1278. --- Vermuthung in Betreff der Schulden, welche sie während der Ehe macht, 1296. --- Ihre Rechte auf die in ihrem Namen während der Ehe gemachten Erwerbungen, 1297, 1316, 1317; und in Betreff der Veräußerungen, die unter Ermächtigung ihres Mannes geschehen sind, 1315. --- Wann kann sie die Gütertrennung nachsuchen, 1303 u. folg. --- Weise, auf die sie das von ihr zugebrachte Vermögen zurücknimmt, 1312 u. folg. --- Sie kann körperlich nicht verhaftet werden, 1824. --- Vorzugsrecht zu Gunsten der Frau auf das Vermögen ihres Mannes, 1857, 1865 u. folg. **E. Ermächtigung des Mannes. Mann.**

Frist. Worin unterscheidet sich dieselbe von der Bedingung, 1068. --- Wirkung der Frist, 1069. --- Sie wird angesehen zu Gunsten des Schuldners ausbedungen zu seyn, 1070. --- Verfall der Fristwohlthat, 1071. --- Fall, wo die geliehene Sache vor der Frist zurückgefordert werden kann, 1635, 1656. --- Fall wo die Frist für die Wiedererstattung des Darlehns vom Richter angeordnet wird, 1645, 1646. --- Welche Frist wird dem Vormunde gestattet, um seine Entschuldigungen geltend zu machen, 242. --- Frist zur Annahme einer Benefiziarerbschaft, 840.

Früchte. Wem gehören die Früchte, a) der Güter eines zur Todesstrafe Verurtheilten, 24; --- b) der Güter eines Abwesend-erklärten, 59, 61, 63, 69, 76; --- c) der Güter des unter väterlicher Gewalt Stehenden, 166 u. folg. --- Gattungen von Früchten, 384. --- Sie gehören dem Eigenthümer der Sache, die sie hervorbringt, 382, 383. --- Fall, wo sie dem Besitzer angehören, 386. --- Verbindlichkeit des unredlichen Besitzers, in Betreff der Früchte, 388. --- Wie werden die Früchte von dem Nutznießer erworben, 421, 422. --- Seit wann gebühren dem Legatar die Früchte der vermachten Sache, 700, 701; seit wann dem Testamentarverben, 801. --- Von welchem Tage an gebühren die Früchte und Interessen der Sachen so der zur Massawerfung unterliegen, 882. --- Fälle, bei denen die Zurückerstattung der Früchte eintritt, 1257. --- In-

teressen, welche durch die Zurückerstattung der Früchte entstehen, 1038. — Wem gehören die zur Zeit der Gütertrennung oder der Auflösung der Ehe noch hangenden Früchte, 1319.

F u h r l e u t e. Verbindlichkeit der Fuhr- und Schiffleute, 1530 u. folg. — Ihr Vorzugsrecht auf die geführten Sachen, 1858.

F u r c h t. Ihre Wirkung auf die Verträge, 993 u. folg.

F u ß. Worin besteht der Fuß des gesetzlichen oder conventi-
nellen Zinses, 1652. — Item: der Leibrente, 428.

F u ß b o d e n. Wer hat ihn zu unterhalten in einem Hause das
verschiedenen Eigenthümern angehört, 503.

F u t t e r. Verpflichtung des austretenden Pächters das Futter
zurückzulassen, 1509.

G.

G a s t w i r t h e. Ihre Verantwortlichkeit, 1707 u. folg. —
Verjährung auf sie bezüglich, 2018.

G e b ä u d e. Verantwortlichkeit der Unternehmer für die Ge-
bäude, welche sie aufführen, 1540; und für die von ihnen angestell-
ten Personen, 1545. — Der Baumeister kann für die Aufführung
eines Gebäudes in Bausch und Bogen keine Erhöhung des Lohnes
begehren, 1541.

G e b r a u c h. Er dient zur Bezeichnung des Nießbrauchs-
Rechtes der Waldungen, 428, 429, 431; — zur Auslegung der Ver-
träge, 1018, 1042.

G e b r a u c h s = R e c h t. Erstellung und Ermessung dieses Rech-
tes, 466. — Rechte und Verpflichtungen des Gebrauchsberechtigten,
467 u. folg.

G e b r ä u c h e, O r t s=. Ihre Verbeibaltung in gewissen Fällen,
483, 516; vergl. 1042, 2033.

G e b r e c h l i c h k e i t e n. Welche überheben der Vormundschaft,
236.

G e b u r t. Wie wird sie erwiesen, 27, 29.

G e b u r t s e c h t i g u n g. Wie geschieht dieselbe, 133. — Kinder,
die nicht geechttiget werden können, 134. — Kinder, denen sie zu
Nutzen kommt, 135, 136. — Wirkung der Echttigung, 137. — Ab-

schaffung der Ectigung mittelst Rescriptes, Uebergangsgesetz, 5. — In Betreff der Wirkung früherer Ectigungen. S. Uebergangsgesetz, 5.

Gefahr der Sache. Bei den Verbindlichkeiten, etwas zu geben, 1021. — Bei den Verbindlichkeiten unter aufschiebender Bedingung, 1065. — Bei den Verkäufen, 1368. — Bei den Gesellschaften, 1599.

Gegenbriefe. Ihre Wirkung, 1190, 1275.

Gegenseitigkeit. Sie wird den Ausländern gegenüber in Anwendung gebracht, 7.

Gegenstand. Was kann den Verträgen zum Gegenstand dienen, 1008 u. folg. — Was dem Darlehn zum Gebrauche, 1625.

Gehorsam. Die Frau ist ihrem Manne Gehorsam schuldig, 89. — Der Mündel seinem Vormunde, 260.

Gemeinden. Sie sind moralische Personen, 8. — Güter, denselben angehörend, 377, 401, 405. — Der Lauf einer Quelle darf nicht verändert werden wenn sie einer Gemeinde das Wasser verschafft, 482. — Sie können zur Anlegung von Brunnen den erheischten Durchgang anfordern, 532.

Gemeinschaft. Niemand kann gezwungen werden darin zu verbleiben, 850; vergl. 1427.

Genehmigung. Ein genehmigter Vertrag kann wegen Zwangs nicht mehr angegriffen werden, 997. — Förmlichkeit so bei Genehmigung eines Handzettels zu befolgen, 1194.

Generationen. Sie bilden die Verwandtschaftsgrade, 765.

Genuß. Wem gehört derjenige des Vermögens, der unter väterlicher Gewalt Gestellten, 166. — Mit welchen Lasten ist er verbunden, 167. — Fall, wo er nicht einzutreten hat, 168, 169. — Vermögen, das demselben nicht unterliegt, 170. — Der Genuß ist bei Schenkungen in Ansicht der Ehe dem Schenkgeber vorbehalten, 973. S. Nießbrauch.

Gerichtsbote n. Verjährung, die sie betrifft, 2018, 2026.

Gerichtsschreiber. Die mit dem Betrieb der Steigerung beauftragten Gerichtsschreiber können steigerungsweise nichts an sich bringen, 1339. — Wann können sie mit körperlicher Haft belegt werden, 1817. — Verjährung die sie betrifft, 2025.

Geschäftsführung. Verbindlichkeit desjenigen, der freiwillig die Geschäftsführung eines Andern übernommen hat, 1251 u. folg.

Gesellschaft. Was ist sie, 1581. — Object des Vertrags und Zuschuß der Gesellschaften, 1582. — Gattungen, 1583. **Universal-Gesellschaften.** Gattungen, 1584. — Was umfaßt, a) die Gesellschaft alles gegenwärtigen Vermögens, 1585; — b) die Universal-Gesellschaft des Gewinnes, 1586; — c) die Universal-Gesellschaft im Allgemeinen, 1587. — Zwischen welchen kann sie eingegangen werden, 1588. — **Partikular-Gesellschaften.** Was sind sie, 1589, 1590. — Verbindlichkeiten der Gesellschafter, a) unter sich, 1591 u. folg.; — b) Drittmann gegenüber, 1610 u. folg. — Auflösung der Gesellschaft, 1613 u. folg. — Hinweisung in Betreff der gesetzlichen Bestimmungen über die Theilung zwischen den Gesellschaftern, 1620.

Gesellschaften, befugte. Sie genießen der bürgerlichen Rechte, 8.

Gesellschafter. Ihre gegenseitigen Verpflichtungen, 1591 u. folg.

Gesetze. Sie haben keine rückwirkende Kraft, 1. — Ihre Verbindlichmachung gegenüber den Personen und Sachen, 2. — Wirkung der im Auslande abgeschlossenen Acte, 3; vergl. 636. — Kann mittelst Verträgen den Gesetzen Abbruch gethan werden, 4. — Grundsätze, welche beim Stillschweigen des Gesetzes zu befolgen, 5. — Abschaffung der alten Gesetze, 2033.

Geständniß. Gattungen desselben, 1226. — Wirkung des außergerichtlichen Geständnisses, 1227 u. folg. — Was ist das gerichtliche Geständniß und dessen Wirkungen, 1229 u. folg.

Gewalt. Sie kann die Aufhebung einer Theilung bewirken, 912. — Sie verungültigt die Einwilligung, 991, 993 u. folg.

Gewalt des Mannes. Sie kann von dem Verurtheilten zur Todesstrafe nicht ausgeübt werden, 19. — Rechte des Mannes auf die Person seiner Frau, 88 u. folg. — Der Mann ist Curator seiner interdicirten Frau, 335. — Die Frau bedarf der Ermächtigung ihres Mannes um vor Gericht zu rechten, 91; — um eine Verbindlichkeit einzugehen, 93; vergl. 98; um eine Erbschaft anzunehmen, 810; — um eine Theilung hervorzurufen, 852; vergl. 854; — um eine Schenkung anzunehmen, 924 u. folg. — Kann die Frau mit Ermächtigung ihres Mannes schenken, 941. — Es darf dieser Gewalt im Ehevertrage kein Abbruch geschehen, 1270.

Gewalt, unabwendbare. Es gebührt keine Schadloshaltung wenn wegen unabwendbarer Gewalt die Vollziehung der Verbindlichkeit verhindert worden ist, 1031.

Gewalt, väterliche. Wem steht sie zu, 156, 158, 166. — Ihre Dauer, 157. — Wird sie auch über die unehelichen Kinder ausgeübt, 163. — Worin bestehen ihre dießfälligen Rechte, 156 u. folg., 940. — Wie wird sie verloren, 19, 178 u. folg. — Es kann derselben im Ehevertrag kein Abbruch gethan werden, 1270.

Gewähr- und andere Sicherheitsleistungen. Abzugeben von Solchen, welche um den Besitz des Vermögens nachsuchen, a) des zur Todesstrafe Verurtheilten, 24; — b) eines Abwesenden, 55, 74. — Was Rechtes bei Abgang von daherigen Gewährschaften, 68. — Dauer der Abwesenheit um die Gewährschaften aufzuheben, 62. — Gewährschaft, so der Vater zu leisten hat, 176; — der Nutznießer, 439 u. folg.; — der Inhaber eines Wohnungs- oder Gebrauchs-Rechtes, 467; — um die Willensvollziehung des Testators oder die Abtragung des Vermächtnisses zu sichern, 709, 710. — Von demjenigen zu leisten, dem eine Substitution aufgegeben ist, 734. — Von dem Testamentarerbe, unehelichen Kinde und dem Ehegatte, 804. — Den Ordensmännern für die Erstattung ihres Vermögens oder für die Verabfolgung der Alimente, 806, 807; — zu welchen sind die Miterben gehalten, 909 u. folg. — Der Verkäufer schuldet sie, 1347, 1369 u. folg. — Wann hört sie auf, 1384, 1386. — Welche Gewährschaft ist zu leisten, a) bei

Uebertragung einer Schuldbforderung, 1434 u. folg. -- b) bei einem Erbschaftsverkaufe, 1437 u. folg. — Gewährschaftsleistung; a) für die Fehler der vermiethteten Sache, 1463. ; — b) für die Störungen des dem Beständer zukommenden Genusses, 1467 u. folg. ; — c) abseiten der Baumeister, 1540, 1545, 2028. — Refurs auf Gewährleistung abseiten des dritten Inhabers der Hypothek, gegen ihren Urheber, 1936.

Gewohnheiten. Fälle, in welchen sie beobachtet werden, 1517. — Sie können in Eheverträge nicht zur Regel dienen, 1272. — Ihre Abschaffung, 2033.

Gewölbe. Wer hat sie zu unterhalten in einem gemeinschaftlichen Hause, 503.

Glaube. Welchen verdienen die Urkunden und derselben Abschrift, 1186 u. folg. --- Welchen das gerichtliche oder außergerichtliche Geständniß, 1227 u. folg.

Glaube, guter. Seine Wirkung bei nichtigen Ehen, 124, 963. — Wann trittet Besitz mit gutem Glauben ein, und was bewirkt er, 386, 387, 389, 395. --- Die Verträge müssen redlich vollzogen werden, 1017. --- Seine Wirkung bei Uebertieferung beweglicher Sachen, 1024 ; --- und bei den Zahlungen, 1122. --- Beim Verkaufe einer fremden Sache, 1259.

Glaube, schlechter. Obliegenheit des Besitzers mit schlechtem Glauben, 388, 1257. --- Fall, in dem er den Verlust der Inventarswohlthat nach sich zieht, 842. — Seine Einwirkung auf die Verjährung, 2016 ; vergl. 2024, 2027.

Gläubiger. Sie können die Entsagung von dem Nießbrauche als nichtig erklären lassen, 463. --- Wirkung des Vermächtnisses, so dem Gläubiger des Testators gemacht wird, 689. --- Die Vorausgethane Entsagung einer Substitution kann ihnen nicht nachtheilig seyn, 735. --- Recht, das ihnen zusteht, eine Erbschaft im Namen und statt ihres Schuldners anzunehmen, 829 ; --- und bei der Theilung zu interveniren, 870. --- Den Gläubigern einer Verlassenschaft gebührt keine zur Massewerfung, 883. --- Sie können die Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden nicht begehren, 947. — Sie können die Rechte ihrer Schuldner ausüben, 1049 ; und die zum Nachtheil

ihrer Rechte gemachten Acte angreifen, 1050. --- Die Gläubiger der Frauen können die Gütertrennung nicht nachsuchen, 1305. --- Diejenigen des Mannes können sich dawider versehen, 1309. Rang zwischen den Gläubigern, 1971 u. folg.; vergl. Uebergangsgesetz, 20.

G r ä b e n. Grundsätze über die Gemeinschaft der Gräben, 505 u. folg. --- Entfernung, so bei Anlegung derselben zu beobachten, 514.

G u t, e i g e n s. Güter, so als der Frau eigens angesehen werden, 1297, 1316, 1317.

G u t f ü r. Wann ist dieß bei Handzetteln nothwendig, 1194.

G ü t e r. Ihre Unterscheidung in bewegliche und unbewegliche, 357 u. folg. --- Ihre Verhältnisse zu den Besitzern, 375 u. folg. --- Rechte, die man auf die Güter haben kann, 379. --- Wem gehören diejenigen Güter, welche nicht Privateigenthum seyn können, 376. --- bei den Erbfolgen ist auf die Herkunft der Güter nicht zu achten, 761.

G ü t e r, b e w e g l i c h e. S. B e w e g l i c h k e i t e n. **G ü t e r, l e d i g e.** Wem gehören selbe, 377.

G ü t e r, u n v e r t h e i l t e. Wie wird die Dienstbarkeit auf einem unvertheilten Grundgute erstellt, 546. --- Wirkung der Unvertheilung in Beziehung auf die Verjährung der Dienstbarkeiten, 560, 561. --- Wirkung der auf ein unvertheiltes Gut ausgestellten Hypothek, 1878.

G ü t e r t r e n n u n g. Ihre Wirkung in Beziehung auf die Fähigkeit der Frau, 96. --- Sie ist eine Folge der Scheidung von Bett, 111. --- Wann kann sie eingeklagt werden und von Wem, 1303, 1305. --- Dießfalls nothwendige Ermächtigungen, 1306. --- Sie kann nicht freiwillig seyn, 1305. --- Veröffentlichung derselben, 1307. --- Ihre Wirkung, 1308. 1319. --- Ihr Ende, 1310 u. folg. --- Einsprache der Gläubiger des Mannes, 1309.

H.

H ä n d l e r i n, ö f f e n t l i c h e. Verhältniß der öffentlichen Handelsfrau, 98. --- Wann ist selbe als öffentliche Händlerin zu halten, allda.

S a f t. Sie ist ein Züchtigungsmittel, a) für ein unter väterlicher Gewalt stehendes Kind, 160 u. folg. — b) für den Minderjährigen, 259.

S a f t, körperliche. Wann ist sie zulässig, 1816 u. folg. — Ihre Dauer, 1822. — Werth, für welchen sie beschieden werden kann, 1823. — Fall, wo sie unzulässig ist, 1824 u. folg. Ihre Wirkung, 1826 u. folg.

S a l b = C o n t r a c t e. Was sind sie, 1250. — Geschäftsführung, 1251 u. folg. — Zahlung einer ungebührten Schuld, 1255 u. folg.

S a l b = V e r g e h e n. Verantwortlichkeit für den Schaden der aus denselben entsteht, 1261 u. folg.

S a n d e l. Bestimmung in Betreff, a) der öffentlichen Handelsfrau, 98; — b) des handeltreibenden Minderjährigen, 311, 312, 1117.

S a n d e l s l e u t e. Beweis kraft ihrer Bücher, 1197 u. folg. — Verjährung ihrer Klage wegen Verkaufs von Waaren, 2018.

S a n d w e r k e r. Wem gehört das von ihm mit fremdem Material aufgeführte, 411. — Wirkung der Verpflichtungen eines minderjährigen Handwerkers, 1177.

S a n d z e t t e l. Welche Formlichkeiten sind bei demselben zu befolgen, 1194.

S a u s. Wie werden die Ausbesserungen an einem, verschiedenen Eigenthümern angehörigen Hause gemacht, 503.

S a u s, möblirtes. Was versteht man unter dem Verkaufe oder unter der Schenkung eines möblirten Hauses, 373; — und unter dem Verkaufe eines Hauses mit Allem was sich darin befindet, 374.

S a u s b ü c h e r u n d S a u s p a p i e r e. Ihre Wirkung für den Beweis der Abstammung, 127. — Für den Beweis der Zahlung oder der Verbindlichkeit, 1200.

S a u s h e r r e n. Ihre Verantwortlichkeit in Beziehung auf den von ihren Diensthofen verursachten Schaden, 1263. — Verjährung der Klagen der Hausherrn und Lehrer, 2018.

Hauspapiere. S. **Hausbücher** und **Hauspapiere**.

Hecke. Fall, wo sie als gemeinschaftlich angesehen wird, 508. — Entfernung, so bei Anlegung derselben zu beobachten, 519.

Heerde. Wirkung des Nießbrauches auf eine Heerde, 456; vergl. 455.

Hinterlegung. S. **Anvertraung**.

Hochwaldung. Rechte des Nutznießers auf die Hochwaldung, 428 u. folg.

Hüter. Seine Verbindlichkeit bei den Beschlagnahmen, 1717.

Hypothek. Können die Güter eines Abwesenden hypothekirt werden, 60, 1888; — jene eines Minderjährigen, 274, 308; — jene eines unter gerichtlichen Beistand Gestellten, oder Interdicirten, 325, 336. — Ermächtigung, derer die mehrjährige Tochter bedarf um hypothekiren zu können, 347. — Die substituirtten Güter können nicht hypothekirt werden, 733. — Gesetzliche Hypothek der Legataren, 708, 1885. — Verfall von dem Hypothekrechte, 845. — Die Hypothek verhindert die zur Massewerfung in Natur, 885. — Erlöschung der Hypothek durch die Wirkung des Rückfallsrechtes, 936. — Hypothek, so aus der Trennung der Vermögensmasse sich ergibt, 903 u. folg. — Kann der Bevollmächtigte Hypothek ausstellen, 1744. — Definition und Eigenschaft dieses Rechtes, 1876. — Güter, welche mit einer Hypothek behaftet werden können, 1877 u. folg., 1888, 1891, 1893. — Folge-recht, 1879 u. folg., 1927. — Recht auf die Verbesserungen, 1881. — Wie wird sie bestellt, 1883. — Gesetzliche Hypothek, 1884. — Gattungen, 1885. — Conventionele Hypothek, 1886. — Von wem kann sie bewilligt werden, 1887, 1889. — Förmlichkeit, 1890. — Weise, die Liegenschaften zu bezeichnen, 1892. — Fall, wo eine Hypotheken-Ergänzung eintritt, 1894. — Für welche Schuldforderungen kann sie bestellt werden, 1895 u. folg. — Wie die Hypotheken bewahrt werden, 1899 u. folg. — Rang, den sie unter sich haben, 1919 u. folg. — Ihre Wirkung, a) zwischen den

Gläubigern, 1924 u. folg.; — b) gegenüber den dritten Inhabern, 1927 u. folg.; — c) gegen die handschriftlichen Gläubiger, 1976; vergl. Uebergangsgesetz, 20. — Erlöschung der Hypotheken, 1968 u. folg.; vergl. 845, 936, 1145, 1152, 1169, 1415. E. Einschreibung, Ausstreichung.

J.

J a g d. Sie wird durch besondere Gesetze angeordnet, 565. — Kann man auf eines andern Boden jagen, a l l d a.

I n s e l. Wem gehören die Inseln, welche sich im Flusse, in den Strömen oder Bächen bilden, 405.

I n t e r d i c i r t. **I n t e r d i c t i o n.** Wo ist der Wohnsitz des Interdicirten, 39. — Ursachen zur Interdiction, 315, 316. — Wer kann sie herborrufen, 317, 318. — Von wem wird sie beschieden, 319. — Wie ist bei der Interdiction zu verfahren und wie dawider einzusprechen, 320 u. folg. — Sie ist provisorisch vollziehbar, 330. — Seit wann hat sie ihre Wirkung, 332. — Wirkung der vor der Interdiction geschehenen Acte, 333, 334. — Der Mann ist von Rechtswegen Curator seiner interdicirten Frau, 335. --- Zustand des Interdicirten, 336. --- Verwendung seiner Einkünfte, 337. --- Aufhebung der Interdiction, 338 u. folg. --- Wirkung der Interdiction auf die Befugniß zu testiren, 581. --- Formlichkeiten, welche bei Theilungen zu befolgen sind, an denen Interdicirte theilhaftig sind, 867. — Annahme einer Schenkung die dem Interdicirten gemacht wird, 928. — Kann der Interdicirte unter Lebenden schenken, 940. — Er kann nicht contrahiren, 1006. — Die Gesellschaft endet durch die Interdiction eines Gesellschafters, 1613. — Vorzugerecht der Interdicirten auf das Vermögen ihrer Curatoren, 1857. — Die Verjährung läuft gegen sie nicht, 2009.

I n v e n t a r. Es soll über das Vermögen eines Abwesenden ein Inventar aufgenommen werden, 58, — und über dasjenige, welches ihm während der Abwesenheit anfallen möchte, 74. — Der Vater hat das Vermögen seiner Kinder zu inventuriren, 175. — Vorschriften über die Inventur des Vermögens der Minderjährigen,

262,, 263, 266, 267. — Aufbewahrung dieser Inventarien in den Archiven des Waisenamtes, 58, 175, 262. — Berichtigung des Inventars, 302. — Inventur, im Nießbrauchsfalle vorzunehmen, 439 u. folg.; — oder abseiten der Gebrauchs- und Wohnungsberechtigten, 467. — Inventur des substituirtten Vermögens, 739. — Inventur abseiten des Testamentvollziehers, 747; — abseiten der Testamentarerben, der unehelichen Kinder 2c., 803; — abseiten derjenigen, welche den Besitz des Vermögens eines Ordensmannes erhalten, 806. *S. Inventarswohlthat.*

Inventarswohlthat. Wann soll selbe bei den Erbschaften, welche Minderjährige erhalten, nachgesucht werden, 282. — Andere Fälle wo sie nachgesucht werden muß, 821, 829. — Wann kann sie nachgesucht werden, 834, 835. — Auf welche Weise hat dieser Nachsuch zu geschehen, 836. — Obliegenheit des Richters in ähnlichem Falle, 837, 838. — Zu veräußernde Gegenstände, 839. — Erklärung, welche der Erbe dießfalls zu machen hat, 840. — Wirkung desselben Stillschweigens, 841. — Verlust dieses Rechtes, 842. — Wirkung dieser Wohlthat, 843 u. folg.

Irrthum. Er verungültigt die Einwilligung, 991 u. folg. — Wann berechtigt er die Widerrufung des Geständnisses, 1229; — die Zurückforderung des Bezahlten, 1256. — Der Rechtsirrtum verungültigt den Vergleich nicht, 1808; — wohl aber der Irrthum über die Person, 1809. — Der Berechnungsirrtum soll gut gemacht werden, 1814.

K.

Kaminschlauche. Bestimmung über die Aufführung derselben, 512.

Kapitalien. Vorschriften über die Anlegung der Kapitalien des Minderjährigen, 269 — 285; und in Bezug auf die dießfalls auszustellende Quittung von Seiten des Vormundes, 286. — Ermächtigung, deren die mehrjährige Tochter bedarf, um Kapitalien in Empfang zu nehmen, 347. — Der Mann ist berechtigt, die Kapitalien seiner Frau zu beziehen, 1280.

Käuf er. Seine Verbindlichkeiten, 1394 u. folg.

Kerbhölzer. Ihre Beweiskraft, 1202.

Kerbhölzer=Muster. S. Kerbhölzer.

Kind. Das einem Walliser im Auslande geborne Kind ist Walliser, 12. --- Wem sollen bei Scheidungsfällen die Kinder anvertraut werden, 108. --- Recht der Kinder im nämlichen Falle, 110. --- Verhältnisse der Kinder ihren Eltern gegenüber, a) in Betreff der Alimente, 80 u. folg.; --- b) in Betreff der Abstammung, 112 u. folg.; --- c) in Betreff der väterlichen Gewalt, 156 u. folg. --- S. Alimente, Verläugnung, Versorgung, Abstammung, Ehelicher Stand, Geburt, Väterliche Gewalt, Zukunft von Kindern.

Kind, ausgesetztes, das auf dem Gebiete des Kantons gefundene, ist Walliserbürger, 13.

Kinder, ehebrecherische, blutschänderische. sacrilegische, können nicht geächtet werden, 134. --- Können nur Alimente bekommen, 587, 788 u. folg.

Kind, nicht empfangenes. Kann es durch Testament oder Schenkung bekommen, 585, 586, 944. --- Kann es substituirt werden, 732.

Kind, nicht gebornes. S. Kind, ungebornes.

Kinder, uneheliche. Wann und wie können sie geächtet werden, 133 u. folg. Wie kann ihre Vaterschaft erwiesen werden, 138 u. folg.; vergl. Urbergangsgesetz, 4. --- Welches ist ihr Verhältniß, 149 u. folg. --- Wer hat für ihren Unterhalt zu sorgen, 150 u. folg. --- Welcher Gemeinde gehören sie an, 151, 153 u. folg. --- Können sie durch Testament bekommen, 587 u. folg. --- In wie viel besteht ihr Reservattheil, 601. --- Ihre Rechte auf den Nachlaß ihrer Vater und Mutter, 783 u. folg. --- Rechte der Seitenverwandten auf deren Nachlaß, und gegenseitig, 787, 792. --- Sie müssen die Auslieferung der Erbschaft begehren, 801, 802. --- Gewährschaften die sie im Erbschaftsfalle zu leisten haben, 804.

Kind, ungebornes. Wann genießt es der bürgerlichen Rechte, 9. --- Wann tritt der Fall ein, ihm einen Curator zu be-

stellen, 352. — Kann es durch Testament oder durch Schenkung zwischen Lebenden bekommen, 585, 944. — Die Verjährung der substituirtten Güter läuft gegen dasselbe nicht, 2012.

Kind, unter väterlicher Gewalt. Seine Pflichten den Eltern gegenüber, 156 u. folg. — Rechte des Vaters und der Mutter auf das Vermögen ihrer Kinder, 166 u. folg. — Befreiung von der väterlichen Gewalt, 157, 178, 179, 303 u. folg. — Seine Fähigkeit in besondern Fällen, 180. — Ermächtigung, deren es zur Annahme einer Erbschaft bedarf, 812; oder zur Annahme einer Schenkung, 928; — um zwischen Lebenden schenken zu können, 940. — Vorzugsrecht, dessen sie genießen. *S. väterliche Gewalt.*

Klagen, gerichtliche. Wie werden sie geführt, a) von dem zur Todesstrafe Verurtheilten, 19; — b) gegen einen Abwesenden, 67. — Klagerecht, so aus dem Eheverlöbniß hervorgeht, 77, 78. — Das Kind hat kein Klagerecht auf Versorgung, 81. — Ermächtigung, welche die Frau zu einer gerichtlichen Einklagung haben muß, 91, 92, 94 u. folg. — Klage um Verläugnung des ehelichen Standes eines Kindes, 112, 116 u. folg. — Klage um Beanspruchung des ehelichen Standes, 120 u. folg. — Um von der Vormundschaft entschuldigt zu werden, 243 u. folg. — Verjährung der Klage gegen den Vormund, 300. — Welche Klagen sind beweglich und welche unbeweglich, 366, 369. — Klagerecht, welches aus dem plötzlichen Fortreißen eines Grundstücktheiles von einem Flusse entsteht. 403. — Klagen, welche von der Vereinigung oder Trennung hervorgehen, 409 u. folg. — Klage um Auslieferung des Vermächtnisses, 699; — um Auslieferung einer Erbschaft, 802, 806. — Klage um den Erben zu zwingen, sich über die Annahme eines Nachlasses zu erklären, 830. — Klagerecht um Theilung einer Erbschaft, 851 u. folg.; — um Zahlung der Erbschaftsschulden, 896 u. folg.; — um Gewährschaft der Loose, 909; — um Aufhebung der Theilung, 912 u. folg.; — um Reduction der Schenkungen unter Lebenden oder der Schenkungen mittelst Testaments, 606 u. folg., 946 u. folg.; — um Aufhebung der Verträge wegen Irrthums, Betrugs,

2c. 999; — aus der Nichterfüllung des Vertrags hervorgehend, 1025 u. folg. — Klagen, welche die Gläubiger im Namen und statt ihres Schuldners ausüben können, 1049. — Klagerecht, so sich aus der aufhebenden Bedingung ergibt, 1067; — aus der Solidarität, 1082 u. folg.; — aus der untheilbaren Verbindlichkeit, 1104 u. folg.; — oder mit Straf-Clauseln, 1108 u. folg. — Klagen aus den auf die Zahlung bezüglichen Umständen hervorgehend. 1120 u. folg. — Dauer und Eigenschaft der Klage um Aufhebung der Verträge, 1174 u. folg. — Kann der Mann die seiner Frau zustehenden Klagen ausüben, 1281. — Klage um Gütertrennung, 1303 u. folg. — Klage, aus dem Verkaufsversprechen sich ergebend, 1328; — aus der Entäußerung, 1370 u. folg.; — aus den redhibitorischen Mängeln, 1385 u. folg.; — aus dem Wiederkaufsrechte, 1402 u. folg. — aus der Verletzung, 1416 u. folg. — Klage eines Gesellschafters gegen die Gesellschaft, 1600. — Klage um Erstattung eines Darlehns vor der Frist, 1656. — Klage um Wiederkauf einer ewigen Rente, 1666, — um Aufhebung einer Leib-Rente, 1732 u. folg. — Vorschriften in Bezug auf die Hypothekarklage, 1928 u. folg.

Kosten. Wer hat die Prozeßkosten zu ertragen, der Ruhnießer oder der Eigenthümer, 452. — Fall, wo der Erbe, welcher die Erbschaft weder angenommen noch ausgeschlagen, die Betreibungskosten zu bestehen hat, 830. — Wer hat die durch Anrufung der Inventarswohlthat veranlaßten Kosten zu ertragen, 846. — Die Zahlungskosten liegen dem Schuldner ob, 1130. — Die Verschreibungskosten lasten auf dem Käufer, 1336. — Wer hat die Kosten der Auslieferung und Fortschaffung der verkauften Sache zu bestehen, 1352. — Gebraucht der Verkäufer des Wiederkaufsrechtes so hat er die Verkaufskosten zu ertragen, 1415. — Kosten mit Vorzugsrecht, 1857.

K o s t h e r r e n. Verjährung ihres Klagerechtes, 2019.

Körperschaften, moralische. Sie sind den nämlichen Bestimmungen untergeordnet wie die Partikularen, 1985.

Kraft, rückwirkende. Das Gesetz hat keine, 1. — Die in Erfüllung gegangene Bedingung ist rückwirkend, 1062.

Kraftlosigkeit. Fälle, in denen das Vermächtniß kraftlos wird, a) durch die Wirkung der Schenkungen zwischen Lebenden, 608; — b) durch den Tod oder den Frühertod des Legatars, 676, 682; — c) durch die ausdrückliche und stillschweigende Widerrufung, 678, 679; — d) durch den Verlust der Sache, 680; — e) durch die Ausschlagung oder Unfähigkeit des Legatars, 683; — f) durch die Dazukunft von Kindern, 684, 685. — Fälle, in denen die Schenkung in Aussicht der Ehe wirkungslos ist, 975, 976.

L.

Lebensfähigkeit. Sie muß seyn um der bürgerlichen Rechte zu genießen, 9, 585, 769. — Wann wird sie vermuthet, 9. — Das lebensunfähig erklärte Kind kann von dem Manne nicht verläugnet werden, 114.

Legatar. Was ist's, 650. — Er kann bei einem Testamente nicht Zeuge seyn, 647. — Von dem Anwachs zwischen Legataren, 716 u. folg. — Der Partikular-Legatar haftet für die Erbschaftsschulden nicht, 907. — Die Legataren haben kein Recht auf Reduction der Schenkungen zwischen Lebenden zu klagen, 947. **S. Vermächnisse.**

Lehrer. Verjährung ihres Klagerechtes, 2018.

Leinpfad. **S. Wege.**

Lam an er See. Gehört zum Staatsgute, 376. — Die Anschwemmungen desselben sind Staatseigenthum, 400.

Lieferungen. Vorzugsrecht zu Gunsten der von Gastwirthen gemachten Lieferungen, 1858.

Liegenschaften. Kraft welcher Geseze werden sie angeordnet, 2. — Verschiedene Gattungen der Liegenschaften, 358 u. folg.

Loose. Anordnung über die Bildung derselben, 861 u. folg. -- Gewährleistung der Loose zwischen Miterben, 909 u. folg.

Loskauf. Wann und wie geschieht der Loskauf der ewigen Renten, 1663 u. folg.

M.

Mandatar. S. Bevollmächtigter.

Mann. Seine Verpflichtungen gegen die Frau, 89, 90. — Er ermächtigt sie in allen Civilhandlungen, 91 u. folg. — Was Rechtens, wenn er sie nicht ermächtigen will oder nicht ermächtigen kann, 94 u. folg. — In welchen Fällen kann er ein Kind verläugnen. 112 u. folg. — Der Mann ist von Rechtswegen der Curator seiner interdicirten Frau, 335. — Kann er die Theilung der seiner Frau angefallenen Erbschaft einklagen, 854. — Seine Rechte und Obliegenheiten in Beziehung auf das Vermögen seiner Frau, 1278 u. folg. — Er verwaltet die Gemeinschaft, 1294. — Er haftet für die während der Ehe gemachten Schulden, 1295, 1296. — Seine Verantwortlichkeit für die Schuldforderungen seiner Frau, 1314. Er ist Bürge für den Preis der Güter seiner Frau, 1315.

Massenerfung (zu) Anordnungen über die Weise wie selbe zu geschehen hat, 605, 871 u. folg.

Mauern. Es dürfen solche an den Grenzen seines Eigenthums aufgeführt werden, 510. — Oeffnungen die in denselben angebracht werden können, 520, 521. S. Mittelschaft.

Mauerer. Beschaffenheit ihres Klagerrechtes, 1546. Hypothekenrecht zu ihren Gunsten, 1885. S. Gebäude.

Mehrjährig. Volljährig. Mehrjährigkeit. Volljährigkeit. Die Volljährigkeit schlägt los von der väterlichen Gewalt, 157, 166. — In welchem Altersjahre wird man volljährig, 314. — Fähigkeit des Mehrjährigen, *alld.* — Wann der Volljährige zu interdiciren ist, 315, 316, 349. — Die Erklärung des Minderjährigen, daß er volljährig sey hindert den Nachsuch um Nichtigkeit oder um Auflösung nicht, 1176.

Miethcontract. Seine verschiedene Gattungen, 1448 u. folg. — Sachen die vermieethet werden können, 1455. — Verdingung von Arbeit und Kunstfleiß, 1526 u. folg. — Verdingung von Dienstboten und Arbeitsleuten, 1527 u. folg. — Man kann sich nur auf eine Zeit verdingen, 1527. — Gegenstand für welchen dem

Dienstherrn auf seine Versicherung hin geglaubt wird, 1528. — Verbindlichkeiten der Fuhr- und Schiffsleute, 1530 u. folg. — Bestellung von Bauwerken nach Anschlag und Accord, 1535 u. folg. — Diese Verdingung wird durch den Tod des Arbeiters aufgelöst, 1543. — Verjährung der Miethpreise, 2023. — E. Pachtvertrag.

Miethzins. Sie sind Civilfrüchte, 384. — Sie werden von Tag zu Tag erworben, 422. — Vorzugsrecht das ihnen anhängig ist, 1858. — Sie verjähren sich in zehn Jahren, 2023.

Milchwerk. Das Milchwerk des Pachtviehes gehört dem Beständer, 1559, 1568, 1579; vergl. 1576.

Minderjährig. Wo ist dessen Bohnsiß, 39. — Kann er denselben verändern, 44. — Ermächtigung, derer er zu einem Eheverlöbniße bedarf, 77. — Wie lange dauert die Minderjährigkeit, 181. — Wie kann der Minderjährige gezüchtigt werden, 259. — Er ist seinem Vormunde Ehrfurcht schuldig, 260. — In seinem sechszehnten Altersjahre wohnt er dem Inventar, den Verkäufen und Rechnungen bei, 266, 293. — Kann er zwischen Lebenden schenken, 940. — Er ist unfähig zu contrahiren, 1006. — Ueber die Aufhebung oder Nichtigkeit der von den Minderjährigen abgeschlossenen Verträge; vergl. 1007, 1174 u. folg. — Fähigkeit des Minderjährigen um Eheverträge einzugehen, 1276. — Vorzugsrecht zu ihren Gunsten auf das Vermögen des Vormundes, 1857.

Mißbrauch. Welche Mißbräuche können die Aufhebung des Nießbrauches veranlassen, 459. — Der Mißbrauch des Unterpandes berechtigt zur Beschlagnahme, 1841.

Mist. E. Dünger.

Mittelschaft. Umstände, welche zur Vermuthung oder Nichtvermuthung der Mittelschaft der Mauern verleiten, 493, 494. — Grundsätze zur Anordnung dieser Mittelschaft, 495 u. folg., 520. — Fall, wo sie angesprochen werden kann, 501. — Vorschriften über die Mittelgräben, 505 u. folg. — Welche Bäume sind gemeinschaftlich, 509. — Vorschriften über die Mittelschaft in Beziehung auf die alten Gräben und Mauern, Uebergangsgesetz, 7.

Mitvormund. Der zweite Ehegatte der Mutter-Vormünderin ist ihr Mitvormund, 209.

Mobiliar-Effekten. Bedeutung dieses Ausdruckes, 371.

Mönche. S. Ablegung der Gelübde.

Mutter. Sie hat in Abgang des Vaters für den Unterhalt des unehelichen Kindes zu sorgen, 150, 152, 154. -- In Abgang des Vaters übt sie die väterliche Gewalt aus, 157, 162, 166. -- Wann kann sie einen testamentarischen Vormund erwählen, 201. -- Sie kann ihren Kindern Vormünderin seyn, 203, 247. -- Die Mutter-Vormünderin ist von dem Verkaufe der Fahrhabe enthoben, 265. -- Sie hat einen gerichtlichen Beistand, 344. -- Wie beerbt sie ihr eheliches Kind, 779 -- und wie ihr uneheliches, 791.

Mutterschaft. Ihr Nachsuch, 148.

N.

Nachbarschaft. Sie ist eine Ursache zu willkührlichen Verbindlichkeiten, 1249. -- Rechte und Verbindlichkeiten die aus derselben hervorgehen. S. Abmarkung; Mittelschaft; Gräben; Abtrittsgruben; Schöpfbrunnen; Dachtraufe; Aussicht; Durchgang; Pflanzungen; Bauten.

Nachsuch. Bestimmungen über den Nachsuch der Vater- oder Mutterschaft eines unehelichen Kindes, 142 u. folg.

Nahrung. Die Nahrungskosten sind der zur Massenerfung nicht unterstellt, 880.

Neben-Vormund. Neben-Curator. Ihre Ernennung und ihre Verrichtungen, 223 u. folg., 353. -- Die Quittung muß von dem Nebenvormunde genehmigt werden, 286. -- Verantwortlichkeit des Nebenvormundes wegen Abgangs der Einschreibung auf die Güter des Vormundes, 1867.

Nichterfüllung. Die Nichterfüllung der synallagmatischen Verträge ist ein Grund zur Aufhebung, 1067. S. Straf-Clausel.

Nichtigkeit. Nichtigkeit der von dem Manne seiner Frau gegebenen Ermächtigung, 99. -- Wer kann die aus dem Abgang der Ermächtigung entstehende Nichtigkeit entgegensetzen, 100; vergl. 1007. -- Nichtigkeit des Vertrages zwischen dem Vormund und dem

volljährig gewordenen Minderjährigen, 301. — Wann können die vor der Interdiction stattgefundenen Acten verungültigt werden, 333. — Die Gläubiger des Nutznießers können die zu ihrem Nachtheil gemachte Entfagung als nichtig erklären lassen, 463. — Item die Entfagung einer Erbschaft, 829. — Nichtigkeitsfall einer Vertheilung, 867. — Nichtigkeit der Schenkung zukünftigen Vermögens, 932. — Nichtigkeit der Schenkung unter unmöglicher Bedingung, 933. — Nichtigkeit der Verzichtung auf den Widerruf der Schenkung wegen Dazukunft von Kindern, 967. — Nichtigkeitsgründe wegen Irrthums, Betrugs, Zwangs, 991 u. folg. — Nichtigkeit der Verbindlichkeit unter unmöglicher Bedingung, 1055; — oder wegen Mangels an Gebundenheit, 1057. — Dauer des Klagerrechtes um Nichtigkeit eines Vertrags, 1174. — Uebergang dieses Klagerrechtes auf die Erben, 1175. — Dauer der Nichtigkeitseinwendung, 1182. — Nichtigkeit der freiwilligen Gütertrennung, 1304; — verschiedene Fälle nichtiger Stipulationen, 795, 1270 u. folg., 1560, 1585, 1603, 1663, 1664, 1837, 1847. — Nichtigkeitsfälle der Vergleiche, 1811 u. folg. — Nichtigkeitsfall der Hypothekareinschreibung, 1912

Niederlegung. S. Anbieten und Niederlegung.

Niederwaldungen. Rechte des Nutznießers auf die Niederwaldungen, 428.

Nießbrauch. Nutznießung. Was ist's, 416. — Wie wird er festgesetzt, a) im Allgemeinen, 417; — b) zu Gunsten der Vater und Mutter auf das Vermögen der Kinder, 166; — c) zu Gunsten des überlebenden Ehegattes, 793 u. folg.; — d) im Eingangsfall einer zweiten Ehe, 103. — Wie kann er festgesetzt werden, 418. — Auf welches Vermögen, 419. — Kann er mehreren Personen nacheinander gelassen werden, 740. — Rechte des Nutznießers im Allgemeinen, 420. Auf die hängenden Früchte, bei Eröffnung oder am Ende der Nutznießung, 421. — Auf die Civilfrüchte, 422, 423. — Auf verzehrbare Sachen, 424. — Auf nicht verzehrbare Sachen, 425; vergl. 939. — Recht die Mobilien zu überlassen, 426; — auf eine Leib-Rente, 427; — auf Nieder- und anderweitige

Waldungen, 428 u. folg. — Abtretung des Nießbrauchsrechtes, 433. — Dauer des vom Nutznießer abgeschlossenen Pachtvertrages, 434. — Sein Recht auf die Anschwemmung, 435; — auf die Dienstbarkeiten, 436; — auf die Bergwerke, Steinbrüche und den Schatz, 437. — Verbindlichkeiten des Eigenthümers und Verbesserungen, so von dem Nutznießer gemacht worden sind, 438. — Verbindlichkeiten des Nutznießers. Schätzungsinventur und Bürgschaftsleistung, 439 u. folg. — Wer ist zu den Ausbesserungen verbunden, 445. — Worin bestehen die Hauptausbesserungen, 446. — Soll das zusammengefallene Gebäude wieder aufgebaut werden, 447. — Der Nutznießer ist zu den jährlichen Lasten gehalten, 448. — Wer hat die während der Nutznießung dem Eigenthume etwa auferlegten Lasten zu ertragen, 449. — Vorschriften über die Bezahlung der Schulden, 450, 451; — der Prozeßkosten, 452. — Der Nutznießer ist für die Eingriffe verantwortlich, 453; — für den Verlust der verzehrbaren Sachen, 454. — Ist er für den Verlust der Thiere verantwortlich, 455 u. folg. — Verlust, Ende und Reduction des Nießbrauch-Rechtes, 102, 106, 169, 457 u. folg., 794. S. Genuß.

Notaren. Sie sind von Rechtswegen emancipirt, 313. — Sie fassen ab die öffentlichen Testamente, 627; — und bei ihnen wird die Hinterlegung der olographischen Testamente gemacht, 622 u. folg. — Item der privilegirten Testamente, 640, 643. — Sie fassen ab die Acte über Schenkungen zwischen Lebenden, 921. — Acte, worin eine körperliche Haft ausbedungen wird, dürfen von ihnen nicht verschrieben werden, 1820. — Verjährung ihrer Gebühren, 2021.

O.

Oeffnungen. Können in einer gemeinschaftlichen oder nicht gemeinschaftlichen Mauer Oeffnungen angebracht werden, 520 u. folg.; vergl. 538.

Ordensgeistliche. S. Ablegung der Gelübde.

Ordnung, öffentliche. Es darf an den sie betreffenden Gesetzen kein Abbruch gethan werden, 4.

P.

Pachtvertrag. Pachtzinse. Förmlichkeiten, welche bei Verpachtung der Güter der Minderjährigen zu beobachten sind, 280. — Die Pachtzinse sind Civilfrüchte, 384. — Sie werden von Tag zu Tag erworben, 422. — Zinse die sie tragen, 1038. — Vorzugsrecht das sie genießen, 1858. — Ihre merjährrung, 2023. — Dauer der vom Ruznießer eingegangenen Pachtverträge, 434; — und jener des Mannes über das Frauenvermögen, 1282. — Verschiedene Gattungen von Pachtverträgen, 1451 u. folg. — Ihre Dauer im Allgemeinen, 1453 u. folg., 1479, 1498. — Beweisform und Beweismittel, 1456 u. folg. — Recht, Aftersbestände zu machen, 1459. — Dauer der Bestände der Güter eines Minderjährigen, 1460. — Verpflichtungen des Bestandgebers, 1461 u. folg. — Er darf die Gestalt der vermiethteten Sache nicht verändern, 1465. — Rechte der Parteien bei dringlichen Ausbesserungen, 1466. — Gewährleistung für die Störungen, welche dem Beständer an dem Genuße verursacht werden, 1467 u. folg. — Verpflichtungen des Beständers überhaupt, 1470 u. folg. — Erlöschung und Aufkündung des Bestandes, a) durch die Frist, 1478 u. folg., 1498; — b) durch den Untergang der Sache, 1464, 1483. — Der Bestandsvertrag erlischt nicht durch den Tod einer der Parteien, 1484. — Was Rechtens im Veräußerungsfalle der vermiethteten Sache, 1485 u. folg. — Vertreibung des Miethers, welcher das Haus nicht mit Hausgeräth versieht, 1494. — Verpflichtungen des Aftersbeständers dem Eigenthümer gegenüber, 1495. — Worin bestehen die Mieths-Ausbesserungen, 1496. — Fall, wo der Miether dazu nicht gehalten ist, 1497. — Dauer einer Wohnungsmieth, 1498. — Fall, in dem der Vermietther das vermiethte Haus selbst beziehen wollte, 1499, 1500. — Irrthum über den Flächeninhalt des vermiethteten Grundstückes, 1501. — Verpflichtung in den dazu bestimmten Orten einzuscheunen, 1502; — und den Eigenthümer

über die widerrechtlichen Eingriffe die an seinem Gute begangen werden, zu benachrichtigen, 1503. — Nachlaß am Pachtpreise wegen Verlust der Erndte, 1504 u. folg. — Stipulation über die Zufälle, 1507, 1508. — Verpflichtungen des austretenden Pächters in Betreff des Futters, Stroh 2c., 1509. S. Miethecontract.

Pacht der Meiergüter. Was ist sie, 1510. — Wer hat den Verlust der Früchte zu ertragen, 1511. — Verbot wieder zu verpachten, das Heu 2c. zu verkaufen, 1512, 1513. — Aufkündigung, a) wegen rechtmäßigen Gründen, 1514; — b) durch den Tod des Pächters, 1515, 1516. — Gebräuche, so in Abgang anderweitiger Bestimmungen zu befolgen, 1517. — Bestimmungen in Betreff, a) der Verschaffung der Thiere, Ackergeräthschaften und der Aussaaten, 1518, 1519; — b) der Anbau unkosten, 1520; — c) der gewöhnlichen Pflanzungen, 1521; — d) der Ertragung der öffentlichen Lasten, 1522; — e) der Reinigung der Gräben, und der gewöhnlichen Fuhren, 1523. — Vorläufige Einberichtung vor der Erndte, 1524. — Theilung der Früchte, 1525.

Pächter. Fall zu seiner körperlichen Haft, 1818. — Erkann nicht verjähren, 1994.

Personen. Mitteltst welchen Gesetzes wird ihre Fähigkeit angeordnet, 3.

Personen, moralische. Sie genießen der bürgerlichen Rechte, 8. — Welche können durch Testament bekommen, 595; vergl. 944. — Wie geschieht ihrerseits die Annahme der Schenkungen, 929.

Personen, unterstellte. Was sind solche, 596. — Wirkung der unter dem Namen solcher Personen gemachten Verfügung, 596, 659.

Pfähle. Der Ruhnießer kann deren zu den Weinbergen nehmen, 431.

Pfändung. Fall, wo die Leib-Rente als pfändungsfrei ausbedungen werden kann, 1738. — Wirkung der Pfändung der Hypothek den frühern oder spätern Hypothekar-Gläubigern gegenüber, 1924 u. folg.

Pfand. Was ist es, 1831. — Vorzugsrecht das aus demselben hervorgeht, 1832. — Bedingniß zu seiner Gültigkeit, 1833 u. folg. — Es kann durch Drittmann abgegeben werden, 1836. — Wirkungen, die es sowohl zwischen den Contrahenten als in Beziehung auf ihren Erben hervorbringt, 1837 u. folg. -- Das Vermögen des Schuldners ist das gemeinsame Unterpfand der Gläubiger, 1851.

Pfarrpfründen. Ihre Fähigkeit durch Testament oder durch Schenkung zu bekommen, 595, 944.

Pflanzungen. Der Eigenthümer kann nach Belieben Pflanzungen anlegen, 391. — Bei den auf einem Grundgute sich befindlichen Pflanzungen tritt die Vermuthung ein, sie seyen vom Eigenthümer gemacht worden, 393. — Recht, welches sich aus den auf eigenem Boden, aber nicht mit eigenen Materialien gemachten Pflanzungen ergibt, und gegenseitig, 394 u. folg. — Entfernungen so bei Pflanzungen zu beobachten, 515 u. folg.; vergl. Uebergangsgesetz, 8.

Pflichttheil. Was ist er, 600. — Wem gebührt er, 600; vergl. 597 u. 603. — Dessen Belang, 597, 601. — Er kann mit keiner Last behaftet werden, 602; vergl. 170. — Der Pflichttheil der Kinder kann dem Genuße des Vaters oder der Mutter nicht entzogen werden, 170.

Pforte. Sie ist ein augenscheinliches Merkmal der Dienstbarkeit, 538.

Polizei-Gesetze. Verbinden Alle auf dem Gebiete des Kantons Wohnende, 2.

Preis. Wie soll er bestimmt werden bei den Verkäufen, 1333. — Vorschriften über die Bezahlung des Kaufpreises, 1394 u. folg. — Kann wegen Nichtbezahlung des Preises der Verkauf aufgehoben werden, 1398 u. folg. — Vorzugsrecht für den Preis unbezahlter Mobiliar-Effekten, 1858.

Privatverschreibungen. Ihre Wirkung, 1191 u. folg. — Wirkung der Privatverschreibungen abseiten eines Interdicirten vor seiner Interdiction, 334.

Procuratoren. Sie dürfen sich keine streitige Rechte aneignen, 1340. — Fall, wo sie der körperlichen Haft unterstellt sind, 1817.

Q.

Quelle. Recht desjenigen, welcher auf seinem Grundgute eine Quelle hat, 480. — Wie wird sie verjährt, 481. — Kann der Eigenthümer ihren Lauf verändern, 482. S. Wasser.

Quittung. Die von dem Vormunde ausgestellte Quittung muß von dem Neben-Vormunde genehmigt werden, 286. — Wer hat die Quittungskosten zu bezahlen, 1130.

R.

Rang. Wie wird der Rang zwischen den Gläubigern bestimmt, 1971 u. folg.

Rechnungsablegung. Sie gebührt durch den Verwalter des Vermögens eines Abwesenden, 47, 59, 69; — durch den Vater als Verwalter des Vermögens seiner Kinder, 172, 177; — durch den Vormund, 291 u. folg.; — durch den Curator, 355.

Rechnungsabstattung. S. Rechnungsablegung; Vormundschaftsrechnungen.

Rechte, streitige. Die Advokaten und Procuratoren können sich solche Rechte nicht aneignen, 1340. — Mittel gegen die Abtreter eines streitigen Rechtes, sich zu entledigen, 1440; vergl. 1442. — In welchem Falle wird eine Sache für streitig gehalten, 1441.

Reduction. Wann tritt bei testamentarischen Verfügungen Reduction ein, 606 u. folg. — Wie geschieht dieselbe, 609, 610. — Wie soll der Bestand der Erbschaft erwiesen werden, um die Reduction zu begehren, 844. — Vorschriften über die Reduction der Schenkung zwischen Lebenden, 946 u. folg. — Ueber die Reduction der früheren Schenkungen. S. Uebergangsgesetz, 13. — Reduction der Hypothekar-Einschreibungen, 1956 u. folg.

R e g i s t e r. Beweiskraft der Register des Civilstandes und ihrer Ausfertigung, 27 u. folg. — Es soll über die Vormünder ein Register geführt werden, 191. — Desgleichen über die Interdicirten, 342.

R e g r e ß. R ü c k g r i f f. R e k u r s. Welcher Regreß steht demjenigen Erben zu, welcher an eine Erbschaftsschuld über den ihn betreffenden Antheil bezahlt hat, 897. — Item dem Mitschuldner einer Solidarschuld, welcher solche ganz ausbezahlt hat, 1096. — Regreß desjenigen, welcher die Schuld eines Andern bezahlt hat, 1256. — Er kommt dem Bürge gegen den Schuldner zu, 1782 u. folg. — Item gegen die andern Bürgen, 1787.

R e n t e n. Wie können sie bedungen werden, 1657 u. folg. — Gattungen, 1659. — Verjährung der verfallenen Renten, 2023.

R e n t e n, e w i g e. Gattungen, 1660. — Grundsätze derselben, 1661 u. folg. — Sie sind ihrem Wesen nach löskäuflich, 1663. Wie geschieht dieser Loskauf, 1664. — Fall gezwungenen Loskaufs, 1666 u. folg. S. S c h u l d f o r d e r u n g m i t e w i g e r R e n t e.

R e n t e. G r u n d s t ü c k s=. Was ist sie, 1660. — Ihre Wirkung auf das Eigenthum der mit derselben beschwerten Liegenschaft, 1662. — Wie geschieht der Loskauf dieser Rente, 1644. — Der Schuldner dieser Rente kann sich mittelst Ueberlassung des Grundstückes nicht lösschlagen, 1665. — Hypothek die aus derselben entsteht, 1885. — Wer zahlt die Rente falls die damit beschwerte Sache vermacht wird, 706.

R e n t e. L e i b=. Sie kann unter lästigem sowohl, als unentgeltlichem Titel bestellt werden, 1723 u. folg. — Auf welche Köpfe, 1726 u. folg.; — zu wessen Vortheil, 1728. — Richtigkeitsfall des Vertrags, 1729, 1730. — Fuß der Rente, 1731. — Aufhebungsfall und Bestimmung über die Bezahlung der Rückstände, 1732 u. folg. — Verjährung der verfallenen Leibrenten, 2023.

R e p r ä s e n t a t i o n. Worin besteht sie und wie findet sie statt, 771 u. folg.

R e s e r v a t t h e i l. S. P f l i c h t t h e i l.

Revision. Die Mittheilhaber können die Revision der Werthigung verlangen, 865.

Rhone. Sie ist Staatseigenthum, 376.

Richter. Seine Dazwischenkunft bei der Abwesenheits-Erklärung, 49 u. folg. --- Fall, wo er einer Substitution einen Curator zu bestellen hat, 734. --- Er kann die Inventur der substituirtten Güter verordnen, 739. --- Wann ist bei ihm um die Auslieferung einer Erbschaft nachzusuchen, 802. --- Versiegelung die er amts- halber vorzunehmen hat, 803. --- Wann nimmt er die Verzicht- leistungserklärung auf eine Verlassenschaft entgegen, 824; --- und den Nachsuch der Inventarwohlthat, 836. --- Seine Pflichten in diesem letztern Falle, 837 u. folg. --- Seine Pflicht bei einer ledigen Verlassenschaft, 847. --- Er empfängt die Niederlegungen, 1141. --- Wann kann er den Eid auferlegen, 1244 u. folg. --- Die Richter können in den unter ihrer Amtsgewalt stattfindenden Verkäufen sich nichts aneignen, 1339. --- Sie können von Amtswegen das aus der Verjährung hervorgehende Rechtsmittel nicht nachholen, 1981.

Rückstände. Fall, wo die Rückstände zinstragend sind, 1038. --- Anrechnung der Rückstände bei den Zahlungen, 1136. --- Sie werden mit zehn Jahren verjährt, 2023.

S.

Sachen. Es gibt Sachen deren Gebrauch allen gemeinsam ist, 573. --- Welche Sachen dienen zum Gegenstande der Verträge, 1008. --- Wie wird ihr Eigenthum übertragen, 1021. **S. Güter.**

Sache, rechtskräftige. **S.** Ansehen eines rechtskräftigen Antheils.

Sachen, verlorne oder gestohlene. **S.** Verlust; Diebstahl.

Sachen, verzehrbare. Wirkung des Nießbrauchs auf verzehrbare Sachen, 424, 454. --- Gefahr der zur Gesellschaft gebrachten verzehrbaren Sachen, 1599.

Sacrilegisch. Die sacrilegischen Kinder können nicht geächtigt werden, 134.

Satzmagazin. Wie kann ein solches gegen eine Mauer aufgeführt werden, 513.

Schade. Wann und durch Wen muß er vergütet werden, 1261, 1262. --- Ersetzung des verursachten Schadens, a) abseiten des unter väterliche Gewalt Gestellten, der Diensthote 2c., 1263; --- b) durch die Thiere, 1264; --- c) durch den Einsturz einer Gebäudes, 1265. --- Verhütung gegen einen befürchteten Schaden, 1266 u. folg.

Schadloshaltung. Welche können wegen Nichtvollziehung der Eheverlöbniße um selbe nachsuchen, 78. --- Wann ist der Vormund solche schuldig, 256, 261. --- Von demjenigen zu entrichten, der auf eines Andern Boden baut, 395. --- Die Nichtvollziehung der Verpflichtung etwas zu unterlassen, löst sich in Schadloshaltung auf, 1025 u. folg. --- Wann gebührt diese Schadloshaltung, 1029 u. folg. --- Die Ausbedingung einer Strafe gilt statt der Schadloshaltung, 1035, 1111, 1803. --- Schadloshaltung so der Schuldner schuldig ist, falls die geschuldete Sache zu Grunde geht, 1065, 1087; --- oder für die Nichtvollziehung einer Verbindlichkeit, 1067. --- Schadloshaltung so der Verkäufer wegen Abgangs der Auslieferung der verkauften Sache schuldig ist, 1355; --- oder im Entäußerungsfalle derselben, 1374. --- Item im Entäußerungsfalle der zum Tausch erhaltenen Sache, 1446. --- Schadloshaltung so die Gesellschafter schuldig sind, 1594; --- der Bevollmächtigte, 1747. --- Fall, wo der Bürge selbe beansprechen kann, 1782. --- Die widergesetzlich beschiedene oder ausbedungene körperliche Haft kann zur Schadloshaltung berechtigen, 1820.

Schaz. Der Nutznießer hat gar kein Recht auf den Schaz der im Grundgute, dessen er genießt, gefunden wurde, 437. --- Was ist er und wie wird sein Eigenthum angeordnet, 567.

Scheidung von Bett. Ihre Civilwirkungen, a) in Beziehung auf die Ehegatten, 38, 106, 107, 111; --- b) in Beziehung auf die Kinder, 108, 109, 110, 168.

Schenkung. Was begreift die Schenkung eines möblirten Hauses, 373; --- oder eines Hauses mit allem was sich darin befindet, 374.

Schenkung zwischen Lebenden. Schranken der Schenkungsbefugniß im Falle einer zweiten Ehe, 105. --- Sie ist ein Modus das Eigenthum zu erwerben, 562. --- Fall, wo die dem Erben gemachte Schenkung auf den Pflichttheil angerechnet werden muß, 895. --- Was ist die Schenkung zwischen Lebenden, 919, 920. --- Sie geschieht mittelst öffentlichen Actes, 921. --- Ausnahme, 111da und 1728. --- Nothwendigkeit, Zeitpunkt und Förmlichkeit der Annahme, 922 u. folg. --- Die Schenkung in Ansicht der Ehe kann wegen Abgangs von Annahme nicht angegriffen werden, 930. --- Die Annahme mittelst eines besondern Actes muß eingetragen werden, 931. --- Kann zukünftiges Vermögen geschenkt werden, 932, 969 u. folg. --- Bedinge, welche die Schenkung vernichten, 933. --- Wirkung des Vorbehaltes über einen in der Schenkung begriffenen Gegenstand verfügen zu können, 934. --- Ausbedingung des Rückfallsrechtes, 935, 936. --- Substitution mittelst Schenkung, 937. --- Vorbehalt des Nießbrauches auf das geschenkte Vermögen, 938 u. folg. --- Wer kann zwischen Lebenden schenken und bekommen, 940 u. folg., 981. --- Grundsätze über die Reduction der Schenkungen, 946 u. folg. --- Widerrufungsfälle der Schenkungen, 952 u. folg. --- Bestimmungen über die Schenkungen in Ansicht der Ehe, 105, 930, 940, 941, 943, 969 u. folg. --- Von den Schenkungen zwischen Ehegatten während der Ehe, 980. --- Fall, wo die Schenkung durch Drittmann zu Gunsten eines Andern versprochen werden kann, 1003. --- Die Mängel einer Schenkung können mittelst eines Bestätigungsactes nicht verbessert werden, 1211. --- Ausnahme von dieser Bestimmung, 1212.

Schmieden. Bestimmungen über den Aufbau derselben, 512.

Schöpfbrunnen. In welcher Entfernung können sie erbaut werden, 511.

Schulden. Wie sind die Erben zur Zahlung der Erbschaftsschulden verbunden, 896 u. folg. --- Wie sind sie dazu verbunden, im Falle der Vermögensmasseentrennung, 904. --- Der Legatar unter einem Partikularartitel ist dazu nicht verbunden, 907. --- Von wem

werden die während der Ehe gemachten Schulden bezahlt, 1295 u. folg.

Schuldforderung. Wirkung des Vermächtnisses einer Schuldforderung, 686. --- Rechte der Frau in Betreff ihrer Schuldforderungen, 1314. S. Uebertragung. Vorzugsrecht. Gläubiger.

Schuldforderung mit ewiger Rente. Was ist sie, 1660. --- Sie soll mittelst einer Hypothek gewährleistet werden, 1661. --- Für welchen Belang kann sie verabredet werden, 1661. --- Wie wird der Loskauf derselben bewirkt, 1664. --- Fall, wo der Loskauf obligatorisch wird, 1666 u. folg.

Schwangerschaft. Wirkung der Schwangerschaft vor der Ehe, 114; vergl. 135.

Schwiegerson. Er hat seinem Schwiegervater den Unterhalt zu verabreichen, 83.

Schwiegertochter. Sie ist ihrem Schwiegervater die Alimmente schuldig zc., 83.

Schwiegervater. Er ist dem Schwiegerson und der Schwiegertochter den Unterhalt schuldig, und gegenseitig, 83, 84.

Seitenverwandte. Rangordnung in der sie zur Erbfolge gelangen, 779 u. folg. --- Beerben sie das uneheliche Kind, 787.

Siegel. Wann soll der Vormund um die Aufhebung derselben nachsuchen, 262. --- Fall, wo die Fahrhabe einer Verlassenschaft unter Siegel gelegt werden soll, 803.

Sitten, gute. Es darf den sie betreffenden Gesetzen kein Abbruch geschehen, 4. --- Wirkung der Bedinge die denselben zuwidergehen, 672, 1055. --- Richtigkeit solchartiger Verträge, 1016, 1055, 1269.

Solidarität. Bestimmungen über die Solidarität, a) zwischen den Gläubigern, 1079 u. folg.; b) zwischen den Schuldnern, 1082 u. folg. --- Die Unvertheilbarkeit geht aus der Solidarität nicht hervor, 1101. --- Wirkung der Zurückgabe des Urtheils oder der Erlassung der Schuld in Beziehung auf die Solidarmitschuldner, 1155, 1156. --- Einwirkung der Solidarität auf die Compensation

und die Confusion, 1164, 1171. — Wirkung des abseiten eines der Gläubiger auferlegten oder von einem der Schuldner geleisteten Eides, 1243. — Wann tritt zwischen den Gesellschaftern Solidarität ein, 1610. — Solidarität der Entlehner, 1633. — Der Vollmachtgeber und der Bevollmächtigte, 1751, 1758. — Die Solidarität umfaßt nicht die Verzichtleistung auf die Rechtswohlthat der Theilung, 1779.

Specification. Wem gehört das mit Materialien eines andern aufgeführte Werk, 411 u. folg.

Spiel. Für Spielschulden ist kein Klagerecht, 1720. — Ausnahme, 1721. — Fall, wo der Verlierer das von ihm Bezahlte zurückverlangen kann, 1722.

Spitälcr. Können sie mittelst Testament oder Schenkung bekommen, 595, 944.

Staat. Er genießt der bürgerlichen Rechte, 8. — Güter, die ihm zugehören, 376, 378, 400. — Fall, wo ihm eine Verlassenschaft anfällt, 798.

Staatsrath. Er hat die Aufsicht über die Waisen mter, 193.

Stall. Kann oder kann er nicht an eine gemeinschaftliche Mauer gebaut werden, 513.

Standesbesitz. Er dient zum Beweise der Abstammung, 121. — Wie wird er erwahrt, 122. — Seine Wirkung, wenn kein Beweis der Ehe vorliegt, 123.

Stand, ehelicher. Bestimmungen über den Stand der in der Ehe gebornen Kinder, 112 u. folg., 124.

Stand der Personen. S. Personen.

Steinbrüche. Rechte des Ruznießers auf die Steinbrüche, 437.

Stiege. Wer unterhält sie in einem Hause das verschiedenen Eigenthümern angehört, 503.

Stillschweigende Bestandeseerneuerung. S. Bestandeseerneuerung, stillschweigende.

Stockwerke eines Hauses. S. Haus.

Stoffe, ägende. S. Anhäufungen.

Strafe. Bürgerliche Wirkungen der Verurtheilung zu einer Strafe, 19 u. folg. — Kann die conventionelle Strafe vom Richter abgeändert werden, 1035, 1113, 1803. S. Straf-Clausel.

Straf-Clausel. Wirkung der bei Eheverlöbnißnissen verabredeten Straf-Clausel, 78. — Was ist sie, 1108. — Wirkungen der Verbindlichkeit unter Straf-Clausel, 1035, 1109 u. folg.

Stroh. Verpflichtung des austretenden Pächters, selbes zurückzulassen, 1509. -- Der Theilpächter kann es nicht verkaufen, 1513.

Subrogation. Sie ist entweder conventionell oder gesetzlich, 1131 u. folg. -- Sie tritt zu Gunsten des Afterbürgen ein, 1788, und zu Gunsten des dritten Inhabers, welcher die Hypothekar-Schuld bezahlt hat, 1937 u. folg.

Substitution. Fideicommissar=. Was ist sie, 725. — Fälle, in welchen sie eintritt, 726, 730. — Wirkung der Familienfideicommissie, 727. — Zeitpunkt der Erstattung, falls solcher nicht bestimmt worden ist, 728. — Substitutions-Grade, 729, 731. — Kann ein nicht Empfangener substituiert werden, 732. --- Rechte und Verbindlichkeiten des mit Substitution Beschwerten, 733 u. folg. — Bürgschaft, so derselbe zu leisten hat, 734. — Eröffnung der Rechte der Substituirten 735. — Erlöschung der Substitution, a) durch den frühern Tod des Substituirten, 736; --- b) durch die Dazukunft von Kindern, 737. -- Kann auf eine Substitution verzichtet werden, 738. --- Inventur der substituirten Güter, 739. --- Wirkung des mehreren Personen hintereinander ausgesetzten Nießbrauches oder Jahres-Rente, 740. -- Von der Substitution mittelst Schenkung zwischen Lebenden, 937. -- Wirkung der früheren Substitutionen. S. Uebergangsgesetz, 11.

Substitution, Vulgar=. Was ist sie, 720. --- Anordnungen über dieselbe, 721 u. folg.

T.

Tagelöhner. Verjährung ihres Lohnes, 2019.

Tausch. Gattung der Liegenschaften, welche gegen die einer Frau eingetauscht worden sind, 1317. --- Was ist er und wie wird er angeordnet, 1443 u. folg.

Zeich. Es hat in Bezug der Zeiche keine Anschwemmung statt, 402.

Testament. Der zur Todesstrafe Verurtheilte darf nicht testiren, 19. — Wann wird das Testament eines Abwesenden eröffnet, 54. — Die Frau kann ohne die Ermächtigung ihres Mannes testiren, 101. — Was ist es, 576. — Sein Inhalt, 577. — Zwei Personen können nicht mittelst des nämlichen Actes testiren, 579. — Welche können mittelst Testamentes verfügen und bekommen, 580 u. folg. — Die Befugniß zu testiren darf Niemand sich versagen, 584. — Vermögens-Antheil über den mittelst Testamentes verfügt werden kann, 597 u. folg. — Reduction der testamentarischen Verfügungen, 606 u. folg. — Enterbung, 611 u. folg. — Form der Testamente, a) im Allgemeinen, 620; — b) des olographischen Testamentes, 621 u. folg.; — c) des öffentlichen Testamentes, 627 u. folg.; — d) des im Auslande gemachten Testamentes, 636.; vergl. 3; — e) der privilegierten Testamente, 637 u. folg. — Erbseinfetzung und Vermächtnisse, 648 u. folg. — Anwachsrecht, 711 u. folg. — Substitutionen, 720 u. folg. — Testamentsvollzieher, 741 u. folg. — Widerrufung der Testamente, 752 u. folg. — Vorschrift über die Auslegung der alten Testamente. Uebergangsgesetz, 10.

Testament, militärisches. Wann und wie kann es errichtet werden, 641, 642, 644. — Die militärischen Testamente sollen dem Regierungsrath überantwortet werden, 643. — Wann endet ihre Wirkung, 645.

Testament, öffentliches. Seine Form, 627 u. folg. — Besondere Bestimmungen über die Dringlichkeitsfälle, 633. — Verfügung über das Testament der Gehörlosen, 634. — Form des im Auslande errichteten Testamentes, 636.

Testament, olographisches. Seine Form, 621. — Es soll bei einem Notar hinterlegt werden, 622. — Vorschriften in Betreff dieser Hinterlegung, 623 u. folg. — Von dem im Auslande errichteten olographischen Testamente, 636. — Wie kann es widerrufen werden, 754.

Testament, privilegiertes. Wann und wie kann es errichtet werden, 637, 640. — Es soll bei einem Notar hinterlegt werden, 638, 640. — Wann endet seine Wirkung, 639, 640.

Testamentsvollzieher. Wahl, Vollmacht und Obliegenheiten der Testamentsvollzieher, 741 u. folg.

Testamentar=Verfügungen. Sie können unter einem Universal= sowohl als Partikularartitel geschehen, 577, 578. S. Vermächtnisse; Erbseinführung; Testament.

Theilbarkeit. Wirkungen der theilbaren Verbindlichkeit, 1102 u. folg., 1115.

Theilpächter. Rechte des Theilpächters, welcher beim Anfang oder beim Erlöschen der Nutznießung existirt, 421. — Was ist er, 1510. — Bestimmungen, so ihn betreffen. S. Pacht der Meiergüter; Viehpacht.

Theilung. Vorschriften über die Erbschafts=Theilungen, bei welchen Minderjährige interessirt sind, 284, 867. — Kann die Theilung durch Verbote oder durch Verträge verhindert werden, 850. — Nothwendige Ermächtigung um eine Theilungsklage zu führen, a) abseiten der unter väterliche Gewalt Gestellten, der Minderjährigen ze., 851; — b) abseiten der Frau oder der mehrjährigen Tochter, 852; vergl. 854; — c) im Namen des Abwesenden, 853. — Kann sie von dem Manne ohne Mitwirkung seiner Frau begehrt werden, 854. — Zuständiger Gerichtshof, 855. — Was Rechts, wenn einer der Miterben sich weigert in die Theilung einzuwilligen, 856. — Grundsätze über die Rechte der Miterben und über die Bildung der Loose, 857 u. folg. — Nothwendigkeit eines authentischen Theilungsactes, wo unfähige Personen betheiligt sind, 867. — Drittmann kann in Betreff des ihm von einem Erben auf seinen Erbschaftsbelang abgetretenen Rechtes von der Theilung entfernt werden, 868. — Wirkungen der Theilung in Betreff der Urkunden, 869. — Recht der Gläubiger eines Mittheilhabers bei der Theilung zu interveniren, 870. — Wirkung der Theilung auf das Eigenthum der vertheilten Sachen, 908. — Gewährleistung der Loose, 909 u. folg. — Aufhebung der Theilung, 912 u. folg. — Vorschriften über die Theilung zwischen Gesellschaftern, 1620.

Theilung & Wohlthat. Sie wird den Solidarschuldnern nicht gestattet, 1085; --- dagegen aber den Bürgen, 1778, 1779.

Thiere. Sie werden zu den Beweglichkeiten gezählt, 368. --- Die Vermehrung derselben gehört zu den Civilfrüchten, 384. --- Wirkung des Nießbrauches auf die Thiere, 455, 456. --- Welche können durch die Besignahme angeeignet werden, 564. --- Wer haftet für den Schaden welchen sie verursachen, 1264. --- Hinweisung in Betreff des Klagerrechtes wegen der Hauptmängel derselben, 1393. --- Bestimmung der zur Viehpacht gegebenen Thiere, 1553 u. folg.

Tochter, mehrjährige. Sie ist mit einem gerichtlichen Beistand zu versehen, 344. --- Ihre persönliche Fähigkeit, 347; vergl. 145. --- Ermächtigung die sie zur Annahme einer Erbschaft bedarf, 810. --- Item um zwischen Lebenden schenken zu können, 943. **S. Beistand, gerichtlicher.**

Tod. Wie wird er bewährt, 27 u. folg. --- Von wem muß er bewiesen werden, 10. --- Vermuthung des Ueberlebens im Todesfalle mehrerer Personen in einem und demselben Ereignisse, 11. --- Bürgerliche Wirkungen der Verurtheilung zur Todesstrafe, 19, 22 u. folg. --- Durch den Tod des Ruhniesers erlischt der Nießbrauch, 457. --- Die Pacht oder Miethen wird durch den Tod nicht aufgehoben, 1484; --- wohl aber die Pacht der Meiergüter, 1515; --- und die Verdingung von Arbeiten, 1543. --- Er löst die Gesellschaften auf, 1613; vergl. 1616. --- Durch ihn endet die Vollmacht, 1759; vergl. 1764 u. folg.

II.

Uebergabe. Sie ist zur Uebertragung des Eigenthums nicht nothwendig, 930, 1021. --- Vorzug, der in Betreff der Fahrnisse aus der Uebergabe hervorgeht, 1024; vergl. 2030. --- Wie geschieht die Uebergabe von Liegenschaften, Fahrnissen und Schuldforderungen, 1349 u. folg., 1430, 1431. --- Sie ist bei der Hinterlegung und beim Unterpfande unerlässlich, 1675, 1835. **S. Auslieferung.**

Ueberhebungen. Ursachen, die der Vormundschaft überheben, 232 u. folg.

Ueberleben. Bestimmung über die Ueberlebens-Vermuthung im Todesfalle mehrerer Personen, die in einem und demselben Ereignisse umgekommen sind, 11. — Die testamentarische Verfügung hängt von dem Ueberleben desjenigen ab, zu dessen Gunsten selbe geschehen ist, 682. — Rechte des überlebenden Ehegatts, 793 u. folg. — Einwirkung des Ueberlebens bei den Schenkungen in Ansehung der Ehe, 976, 978.

Ueberschuß. Von wo an ist der vom Vormunde geschuldete Ueberschuß zinstragend, 298. — Er berechtigt zur Hypothekar-Einschreibung, 1872.

Uebertragung von Schuldforderungen. Der Vormund kann dem Mündel gegenüber keine annehmen, 281. — Wie geschieht sie, 1430. — Wann hat sie ihre Wirkung Drittmann gegenüber, 1431. — Ihre Wirkung gegenüber dem eedirten Schuldner, 1432. — Was umfaßt sie, 1433. — Gewährleistung der Schuld und der Zahlungsfähigkeit des Schuldners, 1434 u. folg. — Vorschriften über die Abtretung streitiger Rechte, 1440 u. folg.

Umgrabungen. Recht des Nachbarn, dem sie nachtheilig werden könnten, 392.

Undank. Fall, wo er den Widerruf der Schenkung bewirken kann, 954. — Wie findet dieser Widerruf statt und von Wem kann er nachgesucht werden, 955 u. folg. — Wirkung dieses Widerrufs, 958. — Eintragung des Nachsuchs um Widerruf, 959.

Unfähigkeit. Personen, die unfähig sind, Vormünder zu seyn, 247; — gerichtliche Beistände, 351; — mittelst Testament zu verfügen, 19, 581 u. folg., 593, 594; — mittelst Testament zu bekommen, 585 u. folg., 647; vergl. 732; — abintestat zu erbfolgen, 769; — in Bezug der Schenkung zwischen Lebenden, 940 u. folg.; — vergl. 981; — mittelst Schenkung zwischen Lebenden zu bekommen, 944, 945; — zu contrahiren, 1006. — Wer kann diese Unfähigkeit entgegensehen, 1007.

Unterbrechung. Wie geschieht die der Verjährungen, 2000 u. folg. — Wirkung der Unterbrechung gegenüber einem der Solidar-Schuldner, 1088. — Item. Die Aufforderung an den Hauptschuldner unterbricht die Verjährung den Bürgen gegenüber, 2007.

Unterhalt. Der Unterhalt der Kinder ist eine dem Genusse ihres Vermögens anhängige Last, 167. — Die Unterhaltskosten sind der Zurmassenwerfung nicht unterstellt, 880. — Verantwortlichkeit für den Schaden wegen Mangels an Unterhalt der Gebäude, 1265. — Wer hat im Nießbrauchsfall die Unterhaltsausbesserungen zu bestehen, 445. — Folgen, die aus dem Mangel des Unterhalts entstehen, 459. — Was Rechtens bei einer Antichrese, 1845. — Ueber die an den Gütern der unter väterlicher Gewalt Gestellten und der Frauen zu machende Ausbesserungen. S. die Artikel 167 u. 1284.

Unternehmer. Verpflichtungen der Unternehmer von öffentlichen Reisewägen, 1533. — Bestimmungen über die Unternehmer von Bau- und andern Werken, 1535 u. folg. — Hypothek die sie haben, 1885.

Unterricht. Die Kosten des Unterrichts werden nicht zur Masse geworfen, 880. — Verjährung des Unterrichtsgehaltes, 2019.

Unterschlagung. Standes-. Wann kann die aus diesem Vergehen entstehende Klage geführt werden, 129.

Untersuchung. Wie hat zur Bewahrung der Abwesenheit die Untersuchung zu geschehen, 50 u. folg.

Untheilbarkeit. Fall, wo die Verbindlichkeit untheilbar ist, 1099 u. folg. — Wirkungen der untheilbaren Verbindlichkeit, 1104 u. folg. 1114.

Untüchtigkeit. Sie kann zur Verläugnung eines Kindes nicht vorgeschützt werden, 113.

Unvorsichtigkeit. Verantwortlichkeit, die aus ihr hervorgeht, 1262.

Unwürdigkeit. Welche sind unwürdig durch Testament zu bekommen, 590. — Der Unwürdige hat die bezogenen Früchte zu erstatten 591. — Wirkung der Unwürdigkeit in Beziehung auf die Kinder des Unwürdigen, 592. — Unwürdigkeit abintestat zu erbsolgen, 769.

Urkunden. Wem sollen die das Vermögen einer Verlassenschaft beschlagenden Urkunden eingeliefert werden, 869. — Ihre verschiedene Gattungen, 1185 u. folg. — Beweiskraft ihrer Abschriften, 1203 u. folg. — Mittel, um die Zurückgabe derselben zu erwirken, 1817. — Verjährung der Klage um Zurückgabe der Urkunden, 2025 u. folg. *S. Acte.*

Urkunde, neue. Wann kann sie begehrt werden, 2017.

Ursache. Die Verbindlichkeiten sollen eine Ursache haben, 1013 u. folg.

Urtheile. Wirkung der im Auslande eingegangenen Urtheile, 1224.

V.

Vater und Mutter. Sie sollen ihre Kinder erziehen und erhalten, 80. — Was für Rechte haben sie auf die Person und das Vermögen ihrer Kinder, 156 u. folg. — Der Vater ist der Verwalter des Vermögens seiner minderjährigen Kinder, 172. — Er vertritt sie in allen Civilgeschäften, 173. — Seine Verpflichtungen in Beziehung auf das Vermögen seiner Kinder, 167, 175 u. folg. — Der Vater und in dessen Abwesenheit die Mutter kann einen testamentarischen Vormund wählen, 201. — Der Vater kann seinen Sohn emancipiren, 303. — Er ist von Rechtswegen Curator des emancipirten Minderjährigen, 306. — Er ist von Rechtswegen gerichtlicher Beistand seiner volljährigen Tochter, 346. — Rechte der Vater und Mutter auf den Nachlaß ihrer Kinder, 779 u. folg., 791. — Kann der Vater die seinem Sohne gemachte Schenkung annehmen, 928. — Ihre Verantwortlichkeit in Beziehung auf den von ihren Kindern verursachten Schaden, 1263.

Vaterschaft. Bestimmungen über die Vaterschaft der in der Ehe empfangenen oder gebornen Kinder, 112 u. folg. — Fall, wo die der un-

ehelichen Kinder nachgesucht werden kann, 142. -- Fall, wo dieser Nachsuch abgewiesen wird, 144. -- Frist in der die Klage um die Vaterschaft geführt werden soll, 145. -- Kann sie von einer Ausländerin gegen einen Walliser geführt werden, 146. — Zuständiger Gerichtshof, 147.

Ventilation. Fall zu ihrem Eintritt, 1345, 1388.

Veränderung. Wie geschieht die Wohnsitzes-Veränderung, 35 u. folg., 44. — Wirkung der an einer vermachten Sache geschehenen Veränderung, 679. — Wie finden die Veränderungen am Ehevertrage statt, 1275.

Veräußerung. Bestimmungen über die Veräußerung der Güter eines Abwesenden, 60; — derjenigen eines Minderjährigen, 274, 308; — derjenigen einer volljährigen Tochter, 347. — Wirkung der Veräußerung, a) einer mit dem Nießbrauche belasteten Liegenschaft, 458; — b) der vermachten Sache, 678; — c) der Erbrechte, 817; — d) eines Looses zum Ganzen oder zum Theile, 917. — Die Veräußerung löset die Pacht nicht auf, 1485. — Die Veräußerung der Consorten Alpen ist freigestellt. Uebergangsgesetz, 19.

Verantwortlichkeit. Die des Depositars der Register des Civilstandes, 30; --- der Mitglieder des Waisenamtes, 188; --- des zweiten Ehegatts der Mutter-Vormünderin, 208; --- des Vormundes, 256, 261; --- der Erben des Vormundes, 222. --- Fahrhabe, für welche der Vormund nicht verantwortlich ist, 296. --- Verantwortlichkeit des Rugnießers in Betreff der auf dem mit dem Nießbrauche belasteten Grundgute begangenen Eingriffe, 453. --- Verantwortlichkeit für den durch ein Vergehen oder Halbvergehen verursachten Schaden, 1261 u. folg.; --- durch ein Thier, 1264; — durch den Einsturz eines Gebäudes, 1265. --- Verantwortlichkeit des Mannes für das Vermögen seiner Frau, 1281, 1284, 1312 u. folg. --- Verantwortlichkeit des Miethers oder Pächters, 1474 u. folg.; --- der Fuhrleute, 1530 u. folg. --- Verantwortlichkeit der mit der Einschreibungsnahme auf das Vermögen der Ehemänner, Vormünder zc. Beladenen, 1867, 1872.

Verbesserungen. Der Nutznießer kann für die von ihm gemachten Verbesserungen nichts verlangen; 438. --- Recht, das im Falle einer zur Massenerwerb aus denselben hervorgeht, 887 u. folg. --- Rechte des Mannes auf die von ihm an dem Grundstücke seiner Frau gemachten Verbesserungen, 1285. --- Sie müssen dem entäußerten Käufer vergütet werden, 1378; --- und dem dritten Inhaber der Hypothek, 1933. --- Sie fruchten dem Hypothekargläubiger, 1881. *S. Auslagen; Ausbesserungen.*

Verbindlichkeiten. Welche sind beweglich, 369. -- Worin bestehen die Verbindlichkeiten des Nutznießers, 439 u. folg. --- Das Eigenthum wird durch die Wirkung der Verbindlichkeiten erworben. 562. --- Kann man sich für andere verbinden, 1001 u. folg. --- Wirkung der Verbindlichkeiten im Allgemeinen, 1017, 1018. --- Wirkung der Verbindlichkeit etwas zu geben, 1019 u. folg.; --- etwas zu thun oder zu unterlassen, 1025 u. folg.; --- der bedingten, 1051 u. folg.; -- der zeitfristigen, 1068 u. folg.; -- der alternativen, 1072 u. folg.; -- der solidarischen, 1079 u. folg. -- der theil- und untheilbaren, 1099 u. folg.; -- mit Straf-Clausel, 1108 u. folg. -- Erlöschung der Verbindlichkeiten, 1116 u. folg. -- Beweis der Verbindlichkeiten, 1183 u. folg. --- Verbindlichkeiten die ohne Vertrag entstehen, 1249 u. folg. -- Verbindlichkeiten des Mannes in Hinsicht des Vermögens seiner Frau, 1284, 1312 u. folg. --- Verbindlichkeiten des Verkäufers, 1346 u. folg; --- des Käufers, 1394 u. folg; --- des Bestandgebers und des Beständers. *S. Pacht*; --- des Lehnens und des Entlehners. *S. Darlehen* u. c. --- Die Verbindlichkeiten sollen auf alle Güter des Schuldners erfüllt werden, 1850.

Vereinigung. Bestimmungen über die Vereinigung beweglicher Sachen, welche verschiedenen Herren angehören, 409, 410.

Vergehen. Verantwortlichkeit für den durch Vergehen verursachten Schaden, 1261 u. folg.

Vergleich. Was heißt er, 1800. --- Wer kann ihn eingehen, 1801. -- Sein Gegenstand, 1802. -- Wirkung der in ihm bedungenen Strafe, 1803. --- Bestimmungen über die Auslegung derselben,

1804 u. folg. --- Ihre Wirkung, 1808. --- Aufhebungsfälle, 1808 u. folg. --- Anordnung über den Vergleich wegen Alimente, 1815.

Verhehlung. Der Gegenstände einer Verlassenschaft verhehlt kann dieser nicht mehr entsagen, 833. --- Er ist von der Rechtswohlthat des Inventars verfallen, 842. --- Wirkung der Verhehlung von Gegenständen, welche der Gemeinschaft angehören, 1299.

Verjährung. Die Klage um den Stand verjährt sich nicht, 130. --- Verjährung der Klage um uneheliche Vaterschaft, 145; --- der Vormundschaftsklage, 300. --- Welche Dienstbarkeiten können mittelst Verjährung errichtet werden, 540, 541. --- Erlöschung der Dienstbarkeiten mittelst Verjährung, 556 u. folg. --- Die Verjährung ist ein Erwerbungs-Modus, 563. --- Verjährung der Befugniß, eine Erbschaft anzunehmen, 814, 831; --- der Klage um Aufhebung der Erbschaftstheilung, 918; --- der Klage um Widerruf der Schenkungen wegen Undankes, 956; --- der Klage zur Geltendmachung einer wegen Dazukunft eines Kindes widerrufenen Schenkung, 968. --- Die Unterbrechung der Verjährung in Hinsicht eines der Solidargläubiger nußt auch den übrigen Gläubigern, 1081, 1088. --- Verjährung der Klage wegen Verletzung, 1418; vergl. Uebergangsgesetz, 17. --- Wie findet die Verjährung der Hypotheken statt, 1970. --- Was heißt Verjährung, 1977. --- Kann man ihr entsagen, 1978 u. folg. --- Die Richter können nicht von Amtswegen das aus der Verjährung hervorgehende Rechtsmittel nachholen, 1981. --- Wann kann dieselbe entgegengesetzt werden, 1982. --- Von wem, 1983. --- Unverjährbare Sachen, 1984; --- vergl. 1985, 2008 u. folg. --- Verjährung den moralischen Körperschaften gegenüber, 1985. --- Eigenschaften, welche der Besitz haben soll, um verjähren zu können, 1987. --- Vermuthungen über die Eigenschaft und die Dauer des Besitzes, 1988, 1989, 1992. --- Handlungen die keine Verjährung begründen können, 1990, 1991. --- Wirkung des Besitzes durch verschiedene Personen, 1993. --- Läßt es sich gegen seinen eigenen Titel verjähren, 1998 u. folg. --- Unterbrechung der Verjährung, 2000 u. folg. --- Personen, welchen gegenüber die Verjährung nicht läuft und Umstände mittelst welcher ihr Lauf unterbrochen wird, 2008 u. folg.; vergl. 2029. --- Die

zur Verjährung erheischte Frist und Berechnungs-Weise derselben, 2014 u. folg. — Wie werden die vor Inkraftsetzung des Civilgesetzbuches begonnenen Verjährungen angeordnet, U e b e r g a n g s g e s e h, 21.

Verkauf. Was heißt er, 1320. — Wann ist er vollbracht, 1321. — Wie kann er abgeschlossen werden, 1322. — Wirkung des Waaren-Verkaufs, 1323 u. folg. — Verkauf auf Probe, 1326. — Wirkung des Kaufversprechens, 1327 u. folg. — Verkauf mit Aufgeld, 1331 u. folg. — Festsetzung des Preises, 1333 u. folg. — Zahlung der Kosten, 1336. — Wer kann kaufen oder verkaufen, 1337 u. folg. — Verkaufbare Sachen, 1341 u. folg. — Verbindlichkeiten des Verkäufers, 1346 u. folg.; — des Käufers, 1394 u. folg. — Nichtigkeits- oder Aufhebungsfall des Verkaufes, 1401 u. folg. — Verkauf mit Aufstreich, 1427 u. folg. — Uebertragung von Schuldforderungen, 1430 u. folg. — Verkauf einer Erbschaft, 1437 u. folg. — Fall, wo der Verkauf eine Einschreitung von Amtswegen veranlaßt, 1945.

Verkommniß. Bedingungen, unter welchen sie zwischen dem Vormund und dem volljährig gewordenen Mündel zu Stand kommen kann, 301.

Verläugnung. In welchen Fällen kann der Mann ein Kind verläugnen oder nicht verläugnen, 112 u. folg. — Wie und in welcher Frist, 116 u. folg. — Fälle, wo er das vor dem 180ten Tage der Ehe geborne Kind nicht verläugnen kann, 114.

Verlassenschaft. Erbschaft. Eröffnung der Erbschaft des zur Todesstrafe Verurtheilten, und wem fällt sie zu, 22 u. folg. — Eröffnung der Erbschaft eines Abwesenden, 62, 63. — Wem gehört die ledige oder nicht angenommene Verlassenschaft, 378, 798, 849. — Sie ist ein Erwerbungs-Modus, 562. — Wie wird sie übertragen, 574, 778 u. folg. — Es kann über die Erbschaft nur mittelst Testamente verfügt werden, 575. — Wann wird sie eröffnet, 799, 805. — Annahme und Querschlagung, 808 u. folg. — Von den ledigen Verlassenschaften, 847 u. folg. — Es darf über eine zukünftige Erbschaft nichts ausbedungen und auf dieselbe nicht Verzicht geleistet

werden, 1012; vergl. 1344. — Ausnahme, 981. — Die gesetzliche Ordnung der Erbfolge darf im Ehevertrage nicht abgeändert werden, 1271. — Die Verlassenschaft einer lebenden Person kann nicht verkauft werden, 1344. — Die zukünftige Verlassenschaft fällt sie in die Universal-Gesellschaft, 1585.

Verlassenschaft, ledige. Es wird ihr ein Curator bestellt, 352. — Wem gehört sie, 378, 798, 849. — Förmlichkeiten, die bei derselben zu befolgen, 847.

Verletzung. Fall, wo sie zum Einspruch gegen die Erbschaftsannahme berechtigt, 823. — Wann bewirkt sie die Aufhebung einer Ehe, 912 u. folg. — Fall, wo durch sie die Verträge verungültigt werden, 1000. — Wann bewirkt sie die Aufhebung des Verkaufes, 1416 u. folg.; vergl. Uebergangsgesetz, 17. — Was Rechts, bei dem Vergleiche, 1808.

Verlust. Rechte, Verpflichtungen und Förmlichkeiten, in Betreff verlorner Sachen, 568 u. folg. — Erlöschung einer Verbindlichkeit durch den Verlust der Sache, 1116, 1172. — Verantwortlichkeit in Bezug auf den Verlust einer ungebührlich empfangenen Sache, 1258. — Verantwortlichkeit des Mannes in Beziehung auf den Verlust der Güter seiner Frau, 1281, 1314. — Wer hat den Verlust der verkauften Sache zu ertragen, 1368; — jenen der gemietheten Sache, 1474 u. folg.; — jenen der Erndte des gemietheten Grundstückes, 1504 u. folg.; — jenen des Pachtviehes, 1555 u. folg., 1560, 1566, 1571, 1574, 1580; — jenen der in die Gesellschaft eingeschlossenen Sache, 1599. — Verlust, durch welchen die Auflösung der Gesellschaft bewirkt wird, 1615. — Wer hat den Verlust der geliehenen Sache zu ertragen, 1628, 1639.

Vermächtnisse. Sie haben den Vorzug vor den Verfügungen unter einem Universal-Titel, 655. — Wirkung des Vermächtnisses zu Gunsten einer ungewissen Person, 657. — Bestimmungen über die Anwendung frommer Vermächtnisse, 658. — Wirkung des Vermächtnisses unter einem falschen Beweggrund, 660, 661; — oder unter einer irrigen Bezeichnung, 662. — Vermächtniß, dessen Bestimmung dem Erbe oder einem Dritten überlassen

wurde, 663. --- Wirkung des Vermächtnisses einer einem Andern angehörigen Sache, 664; --- der Sache, die dem mit der Entrichtung des Vermächtnisses Beladenen angehört, 665; --- einer zwischen Mehreren gemeinschaftlichen Sache, 666, 667; --- einer Gattung, 668; --- einer in der Verlassenschaft nicht vorfindlichen Sache, oder nicht in angegebener Menge, 669; --- einer dem Legatar angehörigen Sache, 670. --- Weise des Vermächtnisses, 671. --- Wirkung des Vermächtnisses unter unmöglicher Bedingung, 672; --- oder unter der Bedingung sich nicht zu verheirathen, 673; --- unter verfallender Bedingung, 675. --- Verschiedene Wirkungen des bedingungsweisen Vermächtnisses, 676, 677, 709, 710. --- Stillschweigender Widerruf des Vermächtnisses, 678, 679. --- Entkräftigung des Vermächtnisses durch den Verlust der Sache, 680, 681; --- durch den Frühertod des Beschenkten, 682; --- durch die Ausschlagung oder die Unfähigkeit des Legatars, 683; --- durch die Dazukunft von Kindern, 684, 685. --- Vermächtniß einer Schuldforderung oder der Befreiung von der Schuld, 686, 697; einer Quantität, 687; --- einer Schuld, 688. --- Vermächtniß abseiten des Schuldners an den Gläubiger, 689. --- Wirkung des unbedingten Vermächtnisses, 690. --- Auswahl, a) beim Vermächtnisse einer Gattung, 691 u. folg.; --- b) beim Auswahlvermächtnisse, 694, 696; c) beim alternativen Vermächtnisse, 695. --- Vermächtniß der Schuldbefreiung 697; --- von Alimenten, 698. --- Auslieferung des Vermächtnisses, 699; --- der Früchte oder Zinse der vermachten Sache, 700, 701. --- Vermächtniß jährlicher Abträge, 702. --- Auslieferungskosten, 703. --- Zubehör des Vermächtnisses, 704. --- Vergrößerung der vermachten Sache, 705. --- Wer hat die dinglichen Beschwerden der vermachten Sache zu ertragen, 706. --- Auf welche Weise sind die Erben zur Entrichtung des Vermächtnisses gehalten, 707, 708. --- Bürgschaftsleistung, um die Vollziehung des Legats zu sichern, 709, 710. --- Abtragung der Vermächtnisse durch den Testamentsvollzieher, 747 u. folg. --- Der auf die Erbschaft verzichtthuende Erbe kann dem ungeachtet das ihm ausgesetzte Vermächtniß begehren, 873. --- Fall, wo das dem Erbe ausgesetzte Vermächtniß auf den Pflichttheil angerechnet wird, 895.

Vermächtniß, frommes. Wer hat dessen Anwendung zu bestimmen, 658.

Vermehrung. Die der Thierewird zu den natürlichen Früchten gezählt, 384. — Wem gebührt die Vermehrung bei der Viehpacht, 1559, 1568, 1579.

Vermischung. S. Vereinigung.

Vermögens-Antheil, verfügbarer. Worin besteht er, 597, 598, 601, 603; vergl. 946. — Wie wird er im Falle des Vermächtnisses eines Nießbrauches oder einer Leibrente angeordnet, 604. — Veräußerungen die auf denselben angerechnet werden, 605.

Vermögensmasse-Trennung. Wer kann sie eintragen, 899; vergl. 906. — Stillschweigender Verzicht auf dieses Recht, 900. — Wie es verwahrt und Frist innert welcher es ausgeübt wird, 901. — Ihre Wirkung, 902 u. folg., 1874 u. folg.

Vermögen, zugebrachtes. Ihm zustehendes Vorzugsrecht, 1857. — Voraus- und Zurücknahme des zugebrachten, 1295, 1312 u. folg. — Gewährleistung des zugebrachten, zwischen Gesellschaftern, 1593.

Vermuthungen. Vorschriften über die Vermuthungen des Ueberlebens, 11. — In welchem Falle berechtigen die Vermuthungen zu dem Zeugenbeweis für die Abstammung, 126. — Für den Betrug haben keine statt, 998. — Was sind sie, 1220. — Gesetzliche Vermuthung, 1221. — Wirkungen, 1222 u. folg. — Außergesetzliche Vermuthungen, 1225. — Vermuthung in Beziehung auf die von der Frau während der Ehe gemachten Schulden, 1296. — Fall, wo die Zahlung der Zinse vermuthet wird, 1655. — Vermuthungen die aus dem Besitze hervorgehen, 1988, 1989, 1992.

Verordnung, richterliche. Im Abwesenheitserklärungs-Fache, 50 u. folg.

Versaß. Was ist er, 1830. — Gattungen, 1831.

Verschlimmerung. S. Beschädigung.

Verschönerungen. Die an einem vermachten Grundstücke angebrachten Verschönerungen sind Theile des Vermächtnisses, 705.

Versorgung. Das Kind hat gegen den Vater und Mutter kein Klagerecht um Versorgung, 81. — Die Versorgungskosten müssen zur Masse geworfen werden, 878.

Versprechen, zu verkaufen. Seine Wirkungen, 1327 u. folg.

Versteigerung. Sie ist angeordnet für den Verkauf der Liegen- und Fahrschaften des Minderjährigen, 264, 275. — Ausnahme, 279. — Item für die Verpachtung der Pupillen-Güter, 280. — Item für den Verkauf der Güter des Abwesenden, 60. — Item für den Verkauf einiger Gegenstände bei Anruf der Inventarswohlthat, 839. — Vorschriften, so zu befolgen, wenn sie gegen einen Minderjährigen angesprochen wird, 277. — Sie hat statt zu finden, wenn eine Sache durch Mischung oder Vereinigung gemeinsam wird, 414. — Fall, wo sie bei einer Erbschaftstheilung eintritt, 858. — Wann und wie ist dabei zu verfahren, 1427 u. folg.

Vertiefungen. Es dürfen dem Nachbar zum Nachtheil keine gemacht werden, 392.

Verträge. Wesentliche Bedinge zu ihrer Gültigkeit, 990. — Ursachen zu ihrer Verungültigung, 991 u. folg. — Jeder Vertrag muß seine Ursache haben, 1013 u. folg. — Auslegung der Verträge, 1039 u. folg. — Ihre Wirkung Drittmann gegenüber, 1048 u. folg.; vergl. 1807.

Verträge, Zufalls. Bestimmung und Gattungen derselben, 1719. — Spiel und Wette, 1720 u. folg. — Vorschriften über den Leib-Renten-Vertrag, 1723 u. folg.

Vernurtheilung. Ihre Wirkung in Betreff der bürgerlichen Rechte, 18 u. folg. — Durch welche wird die Ausschließung von der Vormundschaft bewirkt, 250. — Durch welche wird die Bestellung eines Curators veranlaßt, 352. — Mittelft welcher wird man der Fähigkeit zu schenken und zu bekommen beraubt, 581, 590, 940, 944.

Verwalter, Verwaltung. Auf welche Weise geschieht jene des Vermögens, a) des zur Todesstrafe Verurtheilten, 23; — b) des Abwesendvermutheten, 46; — c) des Abwesenderklärten, 55,

68 u. folg. — Der Vater ist der Verwalter des Vermögens seiner minderjährigen Kinder, 172. — Vorschriften über die Vormundschaftsverwaltung, 256 u. folg. — Bezüglich des Vermögens eines Interdicirten, 336; — desjenigen, so nicht Partikularen angehört, 375. — Wer verwaltet das Vermögen bei Anrufung der Inventarswohlthat, 837. — Der Mann ist der Verwalter seines Frauenvermögens, 1278; — und des Gemeinschaftsvermögens, 1294. — Ausnahme für den Fall der Gütertrennung, 1308. — Vorschriften über die Verwaltung einer Gesellschaft, 1604 u. folg.

Verwandtschaft. Wie wird die Verwandtschaftsnähe bestimmt, 764. — Bildung der Grade, 765. — Bildung und Gattungen der Linien, 766. — Weise, die Grade zu berechnen, 767, 768.

Verwandtschaftsberechnung. Wie geschieht sie, 764 u. folg.

Verwandtschaftsgrade. Wie werden sie gebildet, 765. — Wie gezählt, 767 u. folg. — Bis in welchem Grade kann man erbfolgen, 782.

Verwandtschaftslinie. Bildung und Gattungen, 766. — Theilung der Erbschaft zwischen der väterlichen und mütterlichen Linie, 762, 763.

Verwandtschaftsnähe. (Genealogie) in Erbschaftsachen. Wie wird sie erstellt, 764 u. folg.

Verwendung. S. Wiederverwendung.

Verzichtleistung. Kann auf die Nutznießung nur zum Theil verzichtet werden, 426, 457. — Was Rechts, wenn die Entsagung zum Nachtheil der Gläubiger geschieht, 463. — Kann einer Substitution entsagt werden, 735, 738; — der Befugniß zu testiren, 584; — ein Testament zu widerrufen, 752. — Fall, wo die Verzichtleistung auf eine Erbschaft die Annahme derselben mitführt, 818. — Wie geschieht die Verzichtleistung auf eine Erbschaft, 824. — Wirkung dieser Verzichtleistung, 825 u. folg. — Kann der Antheil des Verzichtthuenden ausgeschlagen werden, vergl. 714, 828. — Rechte der Gläubiger des Verzichtthuenden, 829. — Was Rech-

ten s, wenn der Erbe innert den drei Monaten seit Eröffnung der Erbschaft sich über die Annahme derselben nicht ausspricht, 830; vergl. 847. — Kann man von der Verzichtleistung zurückkommen, 831. — Einer nicht eröffneten Erbschaft kann nicht entsagt werden, 832, 1012. — Verfall von der Fähigkeit einer Erbschaft entsagen zu können, 833. — Der verzichtthuende Erbe, kann er das Vermächtniß beansprechen oder die ihm gemachte Schenkung behalten, 873. — Man kann der Vollmacht entsagen, 1759, 1763. — Kann auf die Verjährung verzichtet werden, 1978.

Verzug. Wie fällt man in Verzug, 1022; vergl. Uebergangsgesetz, 15.

Wiehpacht. Was ist sie, 1548. — Gattungen, 1549. — Gegenstand, 1550.

Wiehpacht, einfache. Was ist sie, 1552. — Object der Abschätzung des Pachtviehes, 1553. — Obliegenheit des Pächters, 1554. — Wer hat den Verlust des Pachtviehes zu ertragen, 1555 u. folg. — Rechte des Pächters, 1559. — Verbotene Bedingungen in Betreff des Wiehpachtes, 1560. — Wer kann darüber verfügen, 1561. -- Wirkung der dem Pächter eines Andern übertragenen Wiehpacht, 1562. -- Schur der Thiere, 1563. -- Dauer der Wiehpacht, 1564. -- Auflösungsfall, 1565. -- Theilungsart, 1566.

Wiehpacht zur Hälfte. Was ist sie, 1567. -- Grundsätze, laut welchen sie angeordnet wird, 1568 u. folg.

Wiehpacht mit dem Pächter eingegangen. Was ist sie, 1570. -- Wirkung der Abschätzung des in Pacht gegebenen Viehes, 1571. -- Rechte und Verpflichtungen des Pächters in Beziehung auf den Gewinn, 1572; -- auf den Dünger, 1573; -- auf den Verlust, 1574; -- auf die Erstattung des Pachtviehes, 1575.

Wiehpacht, mit dem Theilpächter eingegangen. Gestattete Ausbedingungen, 1576. -- Ende, 1577. -- Bestimmungen, 1578.

Wiehpacht, uneigentliche. Daherige Bestimmungen, 1579 u. folg.

Vollmacht. Was ist sie, Eigenschaft und Gattungen derselben, 1741 u. folg. — Verbindlichkeiten die aus derselben entstehen, 1747 u. folg. — Weise, auf die sie endet, 1759 u. folg.

Vollmachtgeber. Seine Verpflichtungen, 1754 u. folg.

Vorausnahme. Wie geschieht sie im Falle der Zumassenerwerb-
ung dadurch, daß man minder nimmt, 860. — Vorausnahme, welche
die Frau in Ergänzung ihres zugebrachten Vermögens zu machen be-
rechtigt ist, 1318.

Vormund. Der zur Todesstrafe Verurtheilte kann nicht Vor-
mund seyn, 19. — Dem Kinde, dessen Abstammung angestritten
wird, soll ein Vormund bestellt werden, 118. — Fall, in dem ein
Vormund dem unter väterliche Gewalt Stehenden ernannt wird,
176. — Ist der testamentarische Vormund gehalten, die Vormund-
schaft anzunehmen, 210. — Wer kann einen testamentarischen Vor-
mund wählen und in welchem Acte, 201, 202. — Wann soll der
Vormund die Verwaltung antreten, 256. — Pflichten des Vor-
mundes, a) im Allgemeinen, 257; — b) in Beziehung auf die Per-
son des Mündels, 258, 259; — c) in Betreff des Vermögens, 261
u. folg. — Er kann die Abtretung einer Schuldforderung gegen den
Mündel nicht annehmen, 281. — Vorschriften über die Rechnungs-
abstattung, 291 u. folg. — Vergütung, die er bekommt, 299. —
Erforderliche Bedingungen damit der Vormund mit seinem volljäh-
rig gewordenen Mündel einen Vertrag eingehen könne, 301. — Er
kann die Güter des Mündels nicht an sich ziehen, 1339.

Vormund (Neben-). S. Neben-Vormund.

Vormund, provisorischer. Wann tritt der Fall ein, einen
solchen zu bestellen, 221.

Vormundschaft. Allgemeiner Grundsatz über die Verwal-
tung der Vormundschaften, 182. — Wie wird sie übertragen, 201,
211, 212. — Vorschriften über die der Mutter übertragenen Vor-
mundschaft, 203 u. folg. — Wem und wie wird die Vormund-
schaft der Ascendenten übertragen, 211. — Vorschriften über die
vom Waisenamte übertragenen Vormundschaft, 212 u. folg. —
Die Vormundschaft ist eine persönliche Last, 222. — Dauer der

Vormundschaft, 229 u. folg. — **Enthebungsgründe**, 232 u. folg. — **Weise**, selbe vorzubringen, 241 u. folg. — **Strafe** gegen die **Weigerung**, eine **Vormundschaft** zu verwalten, 246. — **Unfähigkeit**, **Ausschließung** und **Absetzung** von der **Vormundschaft**, 247 u. folg. — **Von der Verwaltung** des **Vormundes**, 256 u. folg. — **Von den Vormundschaftsrechnungen**, 291 u. folg.

Vormundschaftsrechnungen. Wann sollen sie abgegeben werden, 291. — Man kann davon nicht enthoben werden, 292. — Wem werden sie abgegeben, 293. — Was **Rechtens**, wenn der **Vormund** nicht erscheint, 294. — Wie sollen die **Ausgaben** gerechtfertigt werden, 295 u. folg. — **Zahlung** des **Ueberschusses**, 298. — **Vergütung**, so dem **Vormunde** gebührt, 299. — **Verjährung** der **Vormundschaftsklage**, 300. — **Wirkung** der abgeschlossenen **Verträge**, 301.

Vormundschaftsverwaltung. Ihr **Beginn**, 256. — **Pflichten** des **Vormundes**, a) im Allgemeinen, 257; — b) in Bezug auf die **Erziehung** des **Mündels**, 258. — **Züchtigungsmittel**, 259. — **Pflicht** des **Mündels** seinem **Vormunde** gegenüber, 260. — Der **Vormund** soll verwalten wie ein guter **Hausvater**, 261. — **Vorschriften** über die **Inventur** des **Vermögens** des **Minderjährigen**, 262, 263, 266, 267. — **Verkauf** der **Fahrnisse**, 264, 265, 279. — **Anlegung** der **Baarschaften** des **Mündels**, 268 u. folg., 285. — **Partikular-Verwalter**, 272, 273. — **Anleihen**, **Veräußerungen**, **Hypotheken**, 274. — **Zu befolgende Förmlichkeiten**, a) bei dem **Verkaufe**, 275 u. folg.; — b) für die **Verpachtung** der **Güter** des **Minderjährigen**, 280. — **Dauer** dieser **Pacht**, 1460. — **Nothwendige Ermächtigung**, a) um eine **Erbschaft** anzunehmen oder auszuschlagen, 282, 811; — b) um zu erwerben, einen **Vergleich** und einen **Compromiß** einzugehen, 283; — c) im **Theilungsfalle**, 284, 851; — d) im **Darlehnsfalle**, 285; — e) um **Quittung** auszustellen, 286; — f) um vor **Gericht** zu **rechten**, 287; — g) um zwischen **Lebenden** zu **schenken**, 940. — Der **Vormund** verrichtet die **Acte** bloßer **Verwaltung**, 288. — **Wirkungen** der vom **Mündel** eingegangenen **Verbindlichkeiten**, 289, 290.

Vorzug. Ursachen, die solchen zwischen den Gläubigern veranlassen, 1852. — Wie wird er zwischen den vorzugsrechtlichen Gläubigern angeordnet, 1854, 1855. — Vorzug der alten Schuldforderungen, so aus dem früheren Rechte hervorgeht, Uebergangsgesetz, 20.

Vorzugsrecht. Wirkung des Zahlungsanbietens und der Niederlegung in Beziehung auf die Vorzugsrechte, 1145. — Item der Novation, 1153. — Item der Compensation, 1169. — Vorzugsrecht das aus dem Unterpfand hervorgeht, 1832 u. folg. — Was ist das Vorzugsrecht, 1853. — Gattungen, 1856. — Was sind die allgemeinen Vorzugsrechte, 1857. — Was die speciellen, 1858. — Rang der Vorzugsrechte, 1854, 1855, 1859. — Güter auf die sie ausgeübt werden, 1860 u. folg. — Verwahrung und Modification der Vorzugsrechte, 1864 u. folg. — Dauer des Vorzugsrechtes der Frau und des Minderjährigen, 1871, 1872.

W.

Waisenamtsamt. Seine Einrichtung, 183 u. folg. — Seine Verrichtungen im Allgemeinen, 187. — Seine Verantwortlichkeit, 188. — Seine Gerichtsbarkeit, 189. — Ablehnbarkeit seiner Mitglieder, 190. — Protokollführung, 191. — Durch- und Aufsicht, 192, 193. — Fall, in dem es eine Frau ermächtigt, 93 u. folg. — Es gibt sein Gutachten über den Inhaftsetzungsfall eines Minderjährigen, 160. — Es intervenirt bei den Veräußerungen der Güter der Abwesenden und der nicht Emancipirten, 60, 173. — Bei der Erbschaftsannahme abseiten dieser Letztern, 812. — Bei dem abseiten des Vaters zu errichtenden Inventar, 175. — Bei der Vormundschaftsverwaltung, 182. — Er einberuft die Familienräthe, 194, 195, — und ersetzt sie im Nothfalle, 200. — Es bestätigt die testamentarische Vormundschaft der Mutter, 203, 204, 208, 209. — Fall, in dem es die Vormundschaft überträgt, 211 u. folg. — Es setzt die Vormünder ab, 252. — Es intervenirt bei der Erziehung und bei der Züchtigung der Minderjährigen, 258, 259. — Bei'm Verkaufe der Fahrnisse, 264. — Bei der Verwahrung und An-

legung der Gelder des Minderjährigen, 268 u. folg. -- Bei der Wahl von Partikularverwaltern, 272 u. folg. -- Bei den Anleihen, den Veräußerungen, und bei sonstigen wichtigen Acten der Vormundschaft, 274 u. folg. --- Es nimmt ab die Rechnungen des Vormundes 2c., 293 u. folg. --- Es kann emancipiren, 304, 309. --- Es bescheidet die Interdictionen, 317, 319 u. folg. --- Es wählt den gerichtlichen Beistand der Töchter, 345; --- und ermächtigt sie Bürgschaft zu leisten, 347. --- Es ermächtigt zur Theilungsklage in Betreff der Nichtemancipirten 2c., 851 u. folg. -- Es intervenirt bei der Annahme der Schenkungen abseiten der Frauen, der Töchter und der Minderjährigen, 924 u. folg.; -- und bei den Schenkungen von Seiten der Unfähigen und Frauen, 940, 941. -- Es ermächtigt zum Nachsuch um die Gütertrennung, 1306; -- zur Aufhebung derselben, 1310; -- zur Annahme der Wiederverwendung, 1316; -- zum Vergleiche über Unterhaltssummen, 1815; --- zur Beschränkung des Vorzugsrechtes der Frauen, Minderjährigen 2c., 1865 u. folg.

Waldungen. Wann werden sie zu den Beweglichkeiten gezählt, 363.

Walliser. Er genießt der bürgerlichen Rechte, 6. **E. Uebergangsgesetz**, 2. --- Verhältniß des einem Walliser im Auslande gebornen Kindes, 12. --- Item des Findelkindes, 13. -- Verlust der Rechte und der Eigenschaft als Walliser, 15 u. folg. **Uebergangsgesetz**, 3.

Wäschzeug. Bestimmungen über den Nießbrauch desselben, 425.

Wässerung. Wasser, dessen man zur Wässerung seiner Grundgüter sich bedienen kann, 483. -- Die Mühlen und Hüttenwerke können das zur Wässerung der Güter bestimmte Wasser nicht ableiten, 484. -- Es kann für das Wässerungs-Wasser ein Durchgang begehrt werden, 531.

Wasser. Die tiefer gelegenen Grundgüter müssen das Wasser aufnehmen, welches von dem höher gelegenen abfließt, 478. -- Wem gehört das in einem Grundgute ent quellende Wasser, 480. --

Grundsätze über den Gebrauch des fließenden Regen- und verlassenen Wassers, 483 u. folg. — Wie sollen die Dächer eingerichtet werden, um das Regenwasser abfließen zu lassen, 523. — Wann kann für das Wasser ein Durchgang begehrt werden, 531 u. folg.

Wasserleitungen. Anordnungen über ihre Anlegung und ihren Wiederbau im Nießbrauchsfall, 446. — Entfernung in der sie erstellt werden können, 514. — Wann eine Wasserleitung auf des Nachbarn Grundstücke begehrt werden kann, 531. — Wie soll sie erstellt werden, 533. — Sie werden zu den unabgebrochenen und augenscheinlichen Dienstbarkeiten gezählt, 538, 539.

Wasser schöpfen. Das Recht Wasser zu schöpfen, führt das Durchgangsrecht mit sich, 545.

Weg. Welche werden als Staatsseigenthum angesehen, 376. -- Verpflichtung einen Leinpfad zu lassen, 398.

Weigerung. Was ist zu thun, wenn der Mann sich weigert seine Frau zu ermächtigen, 94, 810, 925. — Item wenn der gerichtliche Beistand seine Einwilligung versagt, 348. — Item wenn der Vormund sich weigert, eine seinem Mündel gemachte Schenkung anzunehmen, 928. — Strafe gegen die Weigerung eine Vormundschaft zu verwalten, 246.

Werke. Bestimmungen über die Werke die auf eigenem Boden mit fremden Materialien und gegenseitig aufgeführt werden, 394 u. folg.

Werk, neues. Recht desjenigen, dem es Schaden bringt, 1267.

Wette. Vorschriften über dieselbe, 1720 u. folg.

Widerrufung. Können die Vollmachten eines Gesellschafters zurückgenommen werden, 1604. — Widerrufung einer Vollmacht, 1759 u. folg.

Widerrufung einer Schenkung. Ursachen die dazu verleiten können und ihre Wirkungen, 952 u. folg. — Wegen Dazukunft von Kindern darf auf die Widerrufung der Schenkung nicht verzichtet werden, 967. — Verjährung der Widerrufungsklage aus dieser Ursache, 968.

Widerrufung eines Testaments. Auf das Recht ein Testament zu widerrufen darf nicht verzichtet werden, 752. — **Widerrufung**, a) mittelst eines spätern Actes, 753; — b) mittelst Cancellation, 754. — **Wirkungen der Widerrufung**, 755, 756, 758. — **Wirkung des spätern Testaments**, worin das frühere nicht ausdrücklich widerrufen wird, 757.

Widerrufung eines Vermächtnisses. Wie findet sie statt, 678 u. folg. **S. Kraftlosigkeit.**

Wiederaufbau. Der Eigenthümer oder Nutznießer, ist er gehalten, wieder aufzubauen was eingefallen oder zerstört worden ist, 447. — Im Falle des Wiederaufbaues dauern die Dienstbarkeiten fort, 504.

Wiederkaufsrecht, conventionelles. Was ist es, dessen Dauer, und Rechte die aus ihm entstehen, 1402 u. folg. — **Dauer des Wiederkaufsrechtes**, so aus einem alten Vertrag hervorgeht. **Uebergangsgesetz**, 16.

Wiederverwendung. Bestimmungen über dieselbe, 1297, 1316.

Wirthe. Ihre Verantwortlichkeit in Bezug auf die Effecte der Reisenden, 1707 u. folg. — **Vorzugsrecht zu ihren Gunsten**, 1858. — **Verjährung ihrer Klage**, 2018.

Wolle. Die des Pachtviehes wird getheilt, 1559, 1568

Wohnsitz. Wo ist der bürgerliche Wohnsitz, 34. — **Wie geschieht die Wohnsitzveränderung**, 35, 37. — **Wohnsitzveränderung abseiten des Minderjährigen**, 44. — **Wo ist der Wohnsitz**, a) der Frau, 38; — b) des Minderjährigen und des Interdicirten, 39; — c) der Dienstboten, 40; — d) des öffentlichen oder widerruflichen Beamten, 41; — e) des Abwesenden, 45. — **Wohnsitz mittelst dem der Ort der Erbschaftseröffnung bestimmt wird**, 42. — **Wohnsitzwahl für die Vollziehung eines Actes**, 43; — **für eine Hypothekar-Einschreibung**, 1906, 1911.

Wohnsitzeswahl. **S. Wohnsitz.**

Wohnungsrecht. Wie wird es erstellt und wie verloren, 466. — **Rechte und Verpflichtungen desjenigen, dem es zusteht**, 467 u. folg.

Wundärzte. Verjährung ihrer Klage für ihre Operationen, 2020.

Wurzeln. Recht, diejenigen abzuschneiden, die bis in sein Grundgut sich erstrecken, 518.

3.

Zahlung. Wie sind die Erben zur Zahlung der Vermächtnisse gehalten, 707, 708. — Grundsätze über die Zahlung der Erbschaftsschulden, 896 u. folg. — Grundsätze über die Entrichtung der Zahlungen und über deren Gültigkeit, 1117 u. folg. — Zahlung mit Subrogation, 1131 u. folg. — Anrechnung der Zahlungen, 1135 u. folg. — Zahlungsanbieten und Niederlegung, 1139 u. folg. — Zahlung einer ungebührlichen Schuld, 1255 u. folg. — Vorschriften über die Zahlung eines Kaufpreises, 1394 u. folg. — **S. Schulden.**

Zahlungsanzeige. Sie ist keine Novation, 1151.

Zahlungsfähigkeit. Gewährschaftsleistung für diejenige der Schuldner einer Verlassenschaft, 911. — Wie wird diejenige des Bürgen berechnet, 1774. — Was ist zu thun wenn in der Folge der Bürge zahlungsunfähig wird, 1775.

Zahlungsunfähigkeit. Wirkung der Zahlungsunfähigkeit eines der Erben für die Zahlung einer Hypothekarschuld, 898. — Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit der Erbschaftsschuldner, 911. — Wirkung der Zahlungsunfähigkeit eines Solidarmitschuldners, 1096. — Ersetzung des zahlungsunfähig gewordenen Bürgen, 1775.

Zettel. Wie sollen die Zettel zu einer Hypothekar-Eintragung beschaffen seyn, 1904 u. folg.

Zeuge. Der zur Todesstrafe Verurtheilte kann es nicht seyn, 19. — Kann für die Abstammung der Zeugenbeweis geführt werden, 126. — Anzahl, Gegenwart, Unterschrift und Unfähigkeit der Zeugen bei den Testamenten, 627, 630, 632, 633, 634, 637, 641, 642, 647. — Fälle, in denen der Zeugenbeweis nicht zulässig ist, 1213 u. folg.

Zimmerleute. Ihre Rechte in Bezug auf die Bauten die sie in Accord auf Bestellung nehmen 1546, 1547.

Zinse. Wann wird sie der Vormund seinem Mündel schuldig, 268 u. folg., 298. — Sie sind Civilfrüchte, 384. — Seit wann gebühren die Zinse der einwerfungsfälligen Sachen, 882. — Vorschriften über die Zinse der Zinsen und die verfallenen Einkünfte, 1037, 1038. — Wirkung der Zinsforderung gegen einen der Solidarschuldner, 1089. — Wann gebührt der Zins des Verkaufspreises, 1396. — Wann ist sie ein Gesellschafter schuldig, 1594. — Wann der Depositär, 1692. — Wann der Mandatar, 1752. — Wann kann der Mandatar Zins heischen, 1757. — Schulden, für welche Zinsen ausbedungen werden können, 1650. --- Zinstuß, 1652 u. folg. --- In welcher Frist werden sie verjährt, 2023.

Zubehör. Es soll mit der vermachten Sache ausgeliefert werden, 704 --- oder mit der verkauften, 1359. --- Welches Zubehör ist in der Abtretung einer Schuldforderung einverstanden, 1433. --- Die Bürgschaft erstreckt sich auf das Zubehör, 1772.

Züchtigungsmittel. Züchtigungsmittel so, a) dem Vater gegen seine Kinder, 160 u. folg.; --- b) dem Vormunde gegen seinen Mündel zustehen, 259.

Zufall. Die aus Zufall zu Grunde gegangene geschenkte Liegenschaft ist nicht einwerfungsfällig, 884. --- Durch den Zufall ist man der Schadloshaltung überhoben, die aus der Nichtvollziehung der Verbindlichkeiten entsteht, 1031. --- Durch ihn wird der Schuldner der auf diese Weise zu Grund gegangenen Sache losgeschlagen. 1172. --- Wirkung auf die Beweise des Verlustes der Urkunde durch Zufall, 1219. --- Verantwortlichkeit für den Verlust aus Zufall einer auf ungebührliche Weise empfangenen Sache, 1258. --- Zufall, welcher die Aufhebung des Bestandes erwirken kann, 1464; --- oder einen Nachlaß des Bestandespreises, 1504 u. folg. --- Ausbedingung, mittelst welchem selbst der Zufall zur Last gelegt werden kann, 1507 u. folg. --- Wann ist der Pächter der Viehpacht dafür gehalten, 1555.

Zugrecht. Im Abtretungsfalle eines Rechtes auf eine Verlassenschaft, 868.

Zugrecht unter Verwandten. Dessen Abschaffung, Uebergangsgesetz, 18.

Zurückzahlung. Darf der Vormund die Zurückbezahlung der Kapitalien des Mündels annehmen, 286. -- Der Mann bezieht die Kapitalien seiner Frau, 1280. -- Fall, wo die Zurückbezahlung eines Kapitals vor der verabredeten Frist begehrt werden kann, 1656, 1894.

Zurückfall. Wann tritt er ein für die dem unehelichen Kinde geschenkten Güter, 792. -- Die Ungleichheit der Looshe wird durch Zugabe vergütet, 863. -- Ausbedingung des Zurückfallsrechtes bei den Schenkungen und Wirkungen dieses Rechtes, 935 u. folg.

Zurückforderung. Sie wird demjenigen gestattet, der etwas ungebührlich bezahlt hat, 1117, 1256.

Zurücknahme. Vorzugsrecht zu Gunsten der Frau für die Zurücknahme ihres zugebrachten Vermögens, 1857.

Zusammenfall. Er ist ein Grund zur Erlöschung des Nießbrauches, 457.

Zuspruch. Wie werden die unehelichen Kinder zugesprochen, 142 u. folg. -- *E. Uebergangsgesetz*, 4. -- Personen, welche gewisse Güter steigerungsweise nicht an sich ziehen können, 1339.

Zuwachsrecht. Worin besteht es, 382 u. folg. -- Recht, welches es gibt auf das was die Sache hervorbringt und unter welcher Obliegenheit, 382, 383, 385. -- Vom Zuwachsrechte in Beziehung auf unbewegliche Sachen, 391 u. folg. -- Von dem Zuwachsrechte in Beziehung auf bewegliche Sachen, 409 u. folg. -- Es ist ein Modus das Eigenthum zu erwerben, 563.









